

51  
1917  
24. II. - 13. III.  
empire Politik  
31.

### Deutsch-Oesterreich in Berlin.

Es ist eigentlich falsch, zu sagen: 1866 hätte Deutsch-Oesterreich von Deutschland getrennt. In Wahrheit war diese Trennung schon viel früher da, und bereits seit 1848, zumindest seit 1859 hat man auf sie mit Bewußtsein und Absicht und häufig auch mit fanatischem Eifer hingearbeitet. Die ganze Geschichte des Nationalvereins ist im Grunde nichts anderes als ein einziges leidenschaftliches „Los von Oesterreich“. Das hat man in jenen Zeitläuften freilich noch nicht immer so nackt sagen mögen. Die Trennung, philosophierte Miquel einmal zu Anfang der 60er Jahre, sei im Interesse der Deutschen Oesterreichs, die mit dem geeinigten Deutschland als mächtigen Rückhalt erst in stand gesetzt würden, ihre weltgeschichtliche Aufgabe zu erfüllen, deutsche Kultur nach Osten zu tragen und ihr die Verbindung mit Donau und Levante zu sichern. Gewiß, so hätte es kommen können, und vielleicht war es sozusagen die historisch-politische Generalidee, der nachzuleben auch heute noch verlohnte. Aber als es dann so ganz anders kam, hielten wir das für natürlich und durchaus in der Ordnung. Wir hatten soviel mit uns selber zu tun, mit Handel und Wandel, Technik, Uebersee und inneren Feinden, die, wenn wir nicht auf sie kiefen, wir uns schleunigst erfanden. In den letzten Jahren vor dem großen Krieg begann leis eine Gegenbewegung einzusetzen. Im Verein für das Deutschtum im Ausland, dem alten Deutschen Schulverein, und zum Teil auch im Alldeutschen Verband, war man sich des Zusammenhangs mit den deutschen Stämmen Oesterreichs ja immer bewußt geblieben und hatte für sie geworben und gearbeitet. Aber das war ein Häuflein und, wenn es hoch kam, waren es ihrer zwei. Und auch die Welle, die nun von jenem Teil der deutschen akademischen Geschichtsforschung ausging, der nicht mehr so ganz ohne Bedenken und Vorbehalte in die Posaunenstöße der Sybel-Treitschke-Schule miteinstimmen mochte, erfaßte doch nur eine dünne Oberschicht der deutschen Bildung. Erst der große Krieg brachte hierin einen Wandel und trug in weitere Kreise, wenn auch noch nicht in die Massen, was bisher nur die Sonntagsidee besonders gestimmter, enger Gefolgschaften gewesen.

Von drei Seiten, oder besser vielleicht auf drei verschiedenen Wegen suchte man dem Problem nun beizukommen. Die einen legten das Hauptgewicht auf das Wirtschaftsbündnis, von dem sie meinten, daß es alles andere mit Notwendigkeit nach sich ziehen würde. Das waren die, die man am ehesten verstand, wenn schon man ihnen nicht gleich und nicht allenthalben folgte. Die anderen hofften,

durch Zusammenkünfte und persönliche Begegnungen, insbesondere solche von Abgeordneten, ein Stück weiterzukommen. Deren haben inzwischen ein paar in Salzburg stattgefunden, und für die nächste Zeit bereitet man eine neue auf reichsdeutschem Boden, diesmal in Berlin, vor. Aber es ist seltsam: gerade mit diesen Zusammenkünften wollte man sich bei uns nicht recht befreunden. Viele meinten: es läme ja doch nichts heraus, und waren geneigt, von vornherein ihre Beteiligung abzulehnen. Hernach wieder vernahm man die Klage: die Liebesmüh' wäre umsonst gewesen, mit leeren Händen wäre man heimgekommen. Sah man näher zu, so fand man für Ablehnung wie Bedauern dieselbe Quelle: den Mangel an Resolutionen, die schwarz auf weiß nach Haus zu bringen waren. Ich habe, ob schon ich mich bald ein Vierteljahrhundert bemühe, in das Wesen politischer Betätigung und politischer Dinge einzudringen, nie ergründen können, warum die Entschlüsse, die man in Vereinen und Versammlungen faßt, eine so mystische Verehrung genießen. Sind sie denn wirklich mehr als Drucker-schwärze auf Papier? Wohnt ihnen eine geheimnisvolle Kraft inne, auch die Nichtwollenden zu binden und zu lösen. Die Abgeordnetentage sind ja keine neue Erfindung. Wir haben sie schon einmal gehabt zwischen 1862 und 1866, als aus den damals zerklüfteten deutschen Landen die Abgeordneten zusammekamen, um mit einander zu beraten, wie die großen Sehnsüchte jener Generation, die Einheit und die Freiheit, zu erfüllen wären. Die Abgeordnetentage haben sie nicht erstritten, die Einheit nicht und die Freiheit auch nicht. „Ihre Bedeutung“, bemerkt Hermann Onken, „beschränkt sich auf die persönliche Annäherung.“ Aber gerade durch diese persönliche Annäherung wurden der Abgeordnetentag und sein Ausschuß doch auch mit zu Schrittmachern auf dem Wege, den hernach Otto v. Bismarck bis zum stolzen Ende ging.

Die Dinge liegen zwischen Deutsch-Oesterreich und Deutschland ja heute anders. Der Ausgangspunkt ist anders, die Ziele sind es auch. Aber in dem einen Stück gleicht dem Damals das Heute, daß es nottut, die Brücken zu schlagen, wie einst von einem Stamm zum anderen im ungeeinten deutschen Vaterland, so jetzt aus dem geeinten Reich zu den Blutsbrüdern in der Donaumonarchie. Wir müssen sie kennen lernen, die Bedingungen, unter denen sie leben, die Bedeutung, die ihre Schicksale, ihr Fortkommen und Gedeihen für das alte Habsburgische Reich haben und damit auch für uns. Mit einem Wort: wir bedürfen der oft so geringschätzig behandelten „persönlichen Annäherung“. Diesen Weg aber, den dritten, geht die Waffenbrüderliche Vereinigung. Sie denkt dabei nicht an Deutsch-Oesterreich allein; sie hat ihren Rahmen weitgespannt und will die kulturelle und persönliche Annäherung an alle Völker betreiben, die in diesem Ringen auf Leben und Tod mit uns Schulter an Schulter standen. Aber in dieser gewollt und betont unpolitischen Organisation bietet sie uns die Möglichkeit, daß zwei verehrte und vortreffliche Männer Deutsch-Oesterreichs am heutigen Abend zu Berlin reden. Und indem wir die Gäste und Stammesbrüder grüßen und von Herzen willkommen heißen, danken wir ihr dafür.

Dr. Richard Bahr.

## Schweden und der Tauchbootkrieg.

Unterredung mit einem schwedischen Staatsmann.

Von Universitätsprofessor Dr. Ludwig Stein.

Berlin, 21. Februar.

Ein hervorragender schwedischer Staatsmann, der mich gestern aufsuchte, um mir über die schwedischen Stimmungen nach dem Notenwechsel mit Wilson und nach dem Inkrafttreten des ungehemmten Tauchbootkrieges Aufschlüsse zu gewähren, äußerte sich in bemerkenswerter Weise über die tieferen Beweggründe des Verhaltens der schwedischen Regierung und des schwedischen Volkes.

— Beim Ausbruch des Krieges, so führte mein Gewährsmann aus, war man über Schweden in Deutschland durchweg mangelhaft unterrichtet. Wohl wußte man, daß wir an die Ålandsinseln mit unserer stärksten Lebensader gebunden sind, dagegen war man geneigt, unser Asehen auf Finnland erheblich zu überschätzen. Wenngleich Finnland während fünf Jahrhunderten zu Schweden gehörte, so war das Verhältnis von Schweden und Finnland ein mehr äußerliches als innerliches. Als Finnland an Schweden fiel, war es freilich vollkommen unzivilisiert. Was es an Kultur besitzt, dankt es den eingewanderten schwedischen Familien. Aber niemals war die dünne Schicht der schwedischen Kultur so tief in das finnische Volk eingedrungen, daß dieses die Verpflichtungen der Dankbarkeit anerkannt hätte, die Finnland Schweden gegenüber schuldet. Einer kleinen Partei „Evekomanen“ stand vielmehr eine überwiegend starke Gegenpartei „Fenomanen“ gegenüber. Die ersteren bildeten eine dünne schwedische Oberschicht, die letzteren eine dichte geschlossene Unterschicht. Hätten beide Parteien vor dem Kriege zusammengeschlossen, um aus einem Kompromiß eine spezifisch finnische Kultur zu erzeugen, so wäre die Stellung Finnlands Rußland gegenüber eine völlig andere gewesen, als sie durch die schwächende Spaltung war. Rußland fand vielmehr durch die inneren Zwistigkeiten einen günstigen Nährboden vor, so daß bei Ausbruch des Krieges auf Seiten Schwedens kein besonderer Anreiz vorlag, sich für Finnland sonderlich einzusetzen. Man hielt sogar die wenigen schwedischen Familien von Rang für verloren.

— Um Schweden restlos zu verstehen — so fuhr mein Gewährsmann fort —, darf man zweierlei niemals aus dem Auge verlieren: 1. Die Schweden sind eine rein germanische Rasse, die eine Blutmischung mit den mongolischen Finnen zu meiden sucht, eben weil die Rasse sich rein erhalten will. 2. Schweden ist ein reiner Nationalstaat und kein Nationalitätenstaat. Wir Schweden wollen unter uns bleiben oder nur mit germanischen Elementen zu tun haben. Es liegt uns deshalb fern, an unseren Grenzen uns politische Fremdkörper an- und einzugliedern. Deshalb haben wir die Rückeroberung Finnlands niemals ernstlich ins Auge gefaßt. Landhungrig sind wir Schweden nicht. Ist doch Schweden fast so groß wie das Deutsche Reich, und es hat auf dieser gewaltigen Fläche nur sechs Millionen Menschen zu ernähren. Bei intensiver Bewirtschaftung könnte der schwedische Boden mehr als doppelt so viel hergeben, so daß wir eine unvergleichlich größere Menschenzahl zu ernähren vermöchten. Dazu treten unsere gewaltigen Wälder, Wasserfälle, Erzvorräte. Finnland hätte uns nur seine Wälder zu bieten, an denen wir ohnehin keinen Mangel leiden, dagegen hat es in Bodenerzeugnissen keinen Uberschuß, so daß wir weder nach finnischen Erzeugnissen, noch nach finnischen Menschen sonderliches Verlangen tragen.

— Was die schwedische Neutralität anbetrifft, so ist sie in der Volksseele tief verankert. Schweden ist das Land mit der geringsten Analphabetenzahl der Welt; 99,9 vom Hundert aller Schweden können lesen und schreiben. Der Schwede ist daher für politische Fragen reifer als Angehörige anderer Staaten, so daß die von Kriegsbegier an in das schwedische Gehirn eingehämmerte Forderung einer unbedingten Neutralität von jedermann begriffen wird und alle Volksschichten ohne Ausnahme tief durchdrungen hat. Solange die schwedischen Lebensinteressen nicht gefährdet sind, wurzelt die Ueberzeugung von der Aufrechterhaltung der schwedischen Neutralität unausreißbar in der schwedischen Volksseele. Das geht so weit, daß im Ernstfalle auch der Sozialistenführer Branting, dessen Sinneigung zu Frankreich weltkundig ist, an dieser Grundstimmung Schwedens schlechterdings nicht zu rütteln vermag.

24. II. 1917 3

— Seit der Ausübung des verschärften Unterseebootkrieges mit seinem verblüffenden Erfolge schlug die Stimmung in Schweden ganz ausgesprochen zugunsten der Mittelmächte um. In Schweden waren ohnehin schon die meisten Gebildeten, vor allem alle Konservativen, auf deutscher Seite. Armee und Marine haben ausgesprochene Sympathien für deutsche Art und Sitte, besonders aber für den militärischen Geist Deutschlands. Man soll im Kriege nichts weißsagen. Aber es gibt, auch im Weltkriege, einen Punkt, der mit mathematischer Gewisheit vorausgesagt werden kann, und das ist die Haltung der schwedischen Armee. Daß diese ihre Waffen niemals gegen Deutschland kehren könnte, das ist mit apodiktischer Sicherheit zu verneinen, denn nach meiner genauen

Kenntnis der Dinge ist das einfach ausgeschlossen!

— Bezüglich der augenblicklichen Stimmung in Schweden bleibt folgendes festzuhalten: Schweden ist in bezug auf seine Neutralität ein ebenso ruhiger Pol in der Erscheinungen Flucht, wie die Schweiz. Mag auch Schweden bezüglich der Kohle leiden, so sehen einsichtige schwedische Kreise ein, daß das Leiden kein Monopol der kriegführenden Staaten bleiben darf. Der Weltkrieg hat sich nach und nach zu einem verzweifeltsten Ringen um die Kohle verdichtet. Die Haltung der deutschen Regierung bezüglich der Kohlenversorgung findet in ganz Skandinavien rüchhaltige Billigung. Mag auch Schweden in bezug auf Kohle etwas besser gestellt sein als Dänemark und Norwegen, so werden wir mit Hilfe Deutschlands uns gegenseitig aushelfen, denn seit dem Abkommen von Malmö bilden die skandinavischen Staaten nach außen eine geschlossene politische Einheit, die auch auf unsere wirtschaftliche Solidarität abfärben wird und muß. Von Skandinavien droht dem Deutschen Reiche keine Gefahr.

## Die Ahnungen des Lloyd George.

Lloyd George ist ohne Zweifel der stärkste Mann in England. Sein glühender Optimismus hat wie nichts anderes die Siegesphantasien des englischen Volkes entzündet und wenn man sich erinnert, so klang während 2½ Jahren durch die Reden des ministeriellen Brandredners mehr als Zuversicht und Vertrauen: es war hoffärtiger Hohn, mit dem er sich auf den Gegner stürzte. Das England des Lloyd George schien wie ein Ungeheuer, dessen Panzer aller Lanzenangriffe spottet und das schließlich mit seiner furchtbaren Umarmung jeden Gegner zu erdrücken sicher sei.

Wie hat sich die Tonart des Lloyd George gewandelt! Es muß den Engländern, die bisher mit den Heißumschlägen der Lloyd Georgeschen Redekunst behandelt wurden, jetzt sein, als wenn sie plötzlich in eiskaltes Wasser geworfen wurden. Er hoffe die Mittel zu finden, um den Unterseebooten wirksam entgegentreten zu können, sagte gestern im Unterhause der englische Ministerpräsident, aber ganz sicher sei dies, ja, die Annahme, es werde das Mittel sicher gefunden werden, sei sogar sträfliche Torheit. — Und Lloyd George entwickelte dann einen Ersparungsplan für England, der sich zum großen Teil auf die Voraussetzung gründet, daß es gelingen werde, die Lebensmittelerzeugung im eigenen Lande ausgiebig zu heben. Das ist ein Wechsel auf lange Sicht und wenn man auch England viel Geschicklichkeit in der Organisation zumessen muß, so weiß man doch, was es heißt, plötzlich den Wirtschaftsvetrieb eines Landes auf den Kopf stellen, aus einem Land mit sehr schwacher Landwirtschaft und vorwiegender Weidwirtschaft mit einem Schläge ein Land mit intensiver Getreidekultur machen zu wollen. Und indessen ist der Feind vor den Toren und der englische Ackerbauminister ringt die Hände, wie wenig Menschen der Frontdienst ihm für die Bestellung der Wirtschaften übrig läßt.

Lloyd George baut seine Darlegung auf den Hinweis auf, daß vor dem Kriege jedes Jahr Schiffe mit einem Gesamtausmaß mit 50 Millionen Tonnen in englischen Häfen ankamen und diese Zahl jetzt auf 30 Millionen herabgesunken sei. Und dabei kommt in Betracht, was Lloyd George nicht sagte, daß viele dieser Schiffe englische Häfen nicht etwa deshalb anlaufen, weil sie Nahrungsmittel bringen, sondern weil sie die ungeheuren Bedarfsmassen für die in Frankreich stehende englische Millionenarmee abzuschleppen haben. Für die Bedürfnisse der Zivilbevölkerung sind sicherlich höchstens zwei Drittel der anlaufenden Schiffe zu rechnen. Und das war vor der Seesperre. Wenn es auch wahr sein sollte, wie jüngst Marineminister Carson rühmte, daß immer noch eine große Anzahl von Schiffen durch das Sperrgebiet gelangen, so zeigen doch schon die Zahlen Lloyd Georges, was jede Verminderung des bisher schon aufs äußerste gedrosselten Verkehrs bedeutet.

Die gestrige Rede Lloyd Georges ist das beginnende große Zähneklappern; es sind Laute, wie sie seit Menschengedenken nicht über den Kanal herüber in die Welt drangen.

Ein deutscher Agrarier gegen Tisza. Mehrere Berliner Blätter, in erster Linie das Reichsanzeigerblatt, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, beschäftigen sich mit einer Rede, welche der agrarische Abgeordnete Dr. Wildgrube in der Jahresversammlung des Bundes der Landwirthe gegen den Ministerpräsidenten Grafen Stephan Tisza losgelassen hat. Der in weiteren politischen Kreisen ziemlich unbekanntere Abgeordnete, der erst vor einem Jahr in einem sächsischen Bezirk gewählt wurde, sagte in seiner Rede ungefähr Folgendes: „Fünf Tage vor der Ausrufung des verschärften Unterseeboottkrieges war der ungarische Ministerpräsident noch immer bereit zu Friedensverhandlungen, und ich halte es noch für gefährlicher, als das Wort Friedensverhandlungen, wenn Graf Tisza auf Grundlage der Friedensbestrebungen Wilson's zu Verhandlungen Geneigtheit zeigt, demnach bereit ist, Frieden zu schließen ohne Sieg. Sie wissen es genau, auf welcher Basis solch ein Frieden sich aufbauen würde. Der Frieden Wilson's wäre für uns Deutsche gleichbedeutend mit der Besiegelung der Niederlage. Es ist zu hoffen, daß von verantwortlicher Seite auch Graf Stephan Tisza hierüber belehrt wird.“ — Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt hierüber, daß die Kritik des Abgeordneten Dr. Wildgrube sachlich ohne Verechtigung sei und schon deshalb scharf zurückgewiesen werden müsse. Der Angreifer habe auch die volle Unabhängigkeit unserer Bundesgenossen in ihren Handlungen und Entschlüssen nicht berücksichtigt. Das Rügerecht gegen den ungarischen Ministerpräsidenten stehe keinem deutschen Politiker zu und die schuldige Rücksicht

auf einen der getreuesten und erprobtesten Staatsmänner werde außer Acht gelassen, wenn ihm in öffentlicher Versammlung ebenso haltlose wie ungehörige Vorhaltungen gemacht werden. Zum Schluß spricht die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ihr lebhaftes Bedauern über die Äußerungen des Abgeordneten Wildgrube aus.

## Eine Niederlage des Kabinetts Briand.

360 Stimmen gegen, 114 für die Regierung.

B. Bern, 24. Februar. Nach den Lyoner Blättern besprach die französische Kammer gestern eine Interpellation mehrerer Deputierten wegen Verzögerung der Entlassung von Aderbauern der Jahresklassen 1888/89 aus der Front und den Werkstätten. Deputierter Brun, einer der Interpellanten, erklärte ihre Entlassung für unbedingt notwendig, da

Frankreich vor einer Hungersnot  
siehe.

Staatssekretär Besnard erklärte, aus dem Heeresgebiet seien bisher 8000 Aderbauer der beiden Jahresklassen entlassen worden, aber ihre Entlassung und Erziehung durch Erfahrungstruppenteile könne nicht schneller gehen. (Zwischenrufe: Ganz wie bei den Kohlen!) Die Militärbehörden hätten dabei große technische Schwierigkeiten, doch würden demnächst viele Aderbauer freigegeben.

Deputierter Raffin-Dugens bedauerte, daß die Regierung sich keinen Gehorsam verschaffen könne. Ihre Anordnungen in dieser Sache würden von den Militärbehörden oft nur im Maßstabe 6 zu 100 befolgt.

Der Staatssekretär für Munitionswesen Thomas erklärte die geforderte Entlassung der Aderbauer aus den Kriegswerkstätten zum 1. März für unausführbar. Sie seien für die stark vermehrte Herstellung chemischer Produkte besonders ausgebildet worden und durch Kolonialarbeiter nicht ersetzbar.

Staatssekretär Besnard erklärte im Namen der Regierung, sie könne nur die Tagesordnung Tanjua (?) annehmen, die die Entlassung aller Aderbauer auf den 10. März festsetze.

### Die Tagesordnung der Regierung abgelehnt.

Diese Tagesordnung wurde mit 360 gegen 114 Stimmen abgelehnt; eine andere, nach der die Regierung die Aderbauer der Jahresklassen 1888/89 aus der Front vor dem 1. März, aus den Werkstätten vor dem 10. März entlassen soll, wurde mit 426 gegen 2 Stimmen angenommen. Ferner wurde beschlossen, daß die Entlassenen nicht erst in die Depots zurückgeschickt werden sollen.

## Die Antrittsaudienz unseres neuen Gesandten in Sofia.

Sofia, 24. Februar. (Bul. Tel.-Ag.)

König Ferdinand empfing gestern abend den neuen österreich-ungarischen Gesandten Grafen Czernin. Der Gesandte überreichte dem Könige seine Beglaubigungsschreiben und hielt hiebei folgende Ansprache:

„Sire! Nachdem Seine kaiserliche und königlich Apostolische Majestät, mein erlauchter Herr, geruht hat, mich zu Seinem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Eurer Majestät zu ernennen, habe ich die Ehre, die Schreiben, die zu meiner Beglaubigung in dieser Eigenschaft dienen, in die Hände Eurer Majestät zu legen.

Sire! Indem ich mit dieser Sendung zu einer Zeit betraut bin, da die Geschichte des bulgarischen Volkes unter der ruhmreichen Herrschaft Eurer Majestät ihre Erfüllung entgegen sehen, fühle ich mich besonders geehrt durch dieses Zeichen des Vertrauens meines erhabenen Herrn, dessen hohe Absichten dahin gehen, die enge Freundschaft nicht nur zu befestigen, die bereits in so glücklicher Weise zwischen der österreich-ungarischen Monarchie und dem Königreich Bulgarien, die durch Bande einer Allianz und einer ruhmreichen Waffenbrüderschaft geeint sind, besteht.

Meine ganze Arbeit und alle meine Bemühungen werden der edlen Aufgabe gewidmet sein, diese aufrichtige und tiefe Freundschaft zu befestigen, die begründet ist auf den Felsen einer gerechten gegenseitigen Würdigung der gemeinsamen Interessen.

Um aber meine Aufgabe zu erfüllen, obliegt es mir vor allem, Eurer Majestät um wohlwollende Ausnahme und um die hohe Gunst des königlichen Vertrauens zu bitten, ohne die es mir unmöglich wäre, das von meinen erlauchten Herrn verfolgte Ziel zu erreichen.

Indem ich Eurer Majestät bitte, mich mit dieser besonderen Gunst zu beehren, hoffe ich, in gleicher Weise auf die wertvolle Mitwirkung der Regierung Eurer Majestät rechnen zu können.

Geruhe Eurer Majestät, den Ausdruck meiner innigsten und ehrfurchtsvollsten Wünsche für das Glück Ihrer erlauchten Person und Ihrer erlauchten Dynastie sowie für das Gedeihen des so erfolgreich und so ruhmvoll von der hohen Weisheit Eurer Majestät geleitetentapferen bulgarischen Volkes entgegenzunehmen.“

König Ferdinand erwiderte:

„Herr Gesandter! Es ist mir besonders angenehm, aus Ihren Händen die Schreiben entgegenzunehmen, mit welchen Seine kaiserliche und königlich Apostolische Majestät Sie bei meiner Person in Ihrer Eigenschaft als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister beglaubigt hat.

Mit wahrem Vergnügen habe ich die Versicherung entgegengenommen, welche Sie mir im Namen Sr. Majestät des Kaisers und Königs von den Absichten geben, die Beziehungen inniger Freundschaft zu befestigen, welche so glücklich zwischen der österreich-ungarischen Monarchie und dem Königreich Bulgarien, geeint durch die Bande eines Bündnisses und einer glorreichen Waffenbrüderschaft, bestehen und ich bitte Sie, Herr Gesandter, sich bei Sr. Majestät dem Kaiser und König, meinem Schwager, zum Dolmetsch der Wünsche zu machen, welche ich für sein Glück, für das seiner erlauchten Familie sowie für den Ruhm und das Gedeihen seines Reiches hege.

Die Sorge und Mühe, welche Sie der edlen Aufgabe widmen werden, die aufrichtige und tiefe Freundschaft, die begründet ist auf der gegenseitigen Würdigung der gemeinsamen Interessen unserer beiden Staaten, immer mehr zu festigen, werden nicht verfehlen, meine volle Billigung und die Unterstützung meiner Regierung zu finden.

Glücklich über die Wahl, die in Ihrer Person getroffen wurde, und Ihnen für die Wünsche dankend, welche Sie für Mich und Meine Dynastie sowie für das Gedeihen Meine Volkes hegen, heiße ich Sie, Herr Gesandter, bei uns willkommen.“

Der Audienz wohnte auch Ministerpräsident Radoslawow bei.

## Graf Czernin in München.

Außerungen des Ministers über die Einigkeit der Mittelmächte.

München, 23. Februar.

Der österreich-ungarische Minister des Außern Graf Czernin ist heute um 9 Uhr 40 Minuten nach Wien abgereist. Zur Verabschiedung hatten sich im Bahnhofe die Herren der österreich-ungarischen Gesandtschaft und Legationsrat Freiherr v. Stengel als Vertreter des Ministerpräsidenten Grafen Hertling eingefunden.

Der Minister hat bei seinem hiesigen Aufenthalt die Beamten der k. u. k. Konsularämter und die Vorstände der landmännlichen Vereine empfangen.

Minister des Außern Graf Czernin hatte vor seiner Abreise aus München eine Unterredung mit dem auslandpolitischen Schriftleiter der „M. N. N.“, in der er sich auch über das neue Kanalprojekt äußerte und sagte: Selbstverständlich nimmt Oesterreich-Ungarn regen Anteil an den großen Wirtschaftsfragen des Deutschen Reiches und des uns so nahe benachbarten

und verwandten Königreiches Bayern. Auch bei uns wird viel auf die Ausnützung der Wasserwege hingearbeitet. Derart große Projekte, wie die Schaffung einer Wasserstraße zwischen dem Schwarzen Meer und der Nordsee müssen natürlich auf das Genaueste geprüft und von den beteiligten Staaten gemeinsam durchgearbeitet werden; dann wird ihre Durchführung unser Bündnis nur vertiefen und festigen können. Dieses Bündnis ist ja der Grundpfeiler unserer Politik und es besteht nicht nur für den Krieg, sondern vor allem für die Zukunft.

Berlin, 24. Februar.

Die „Tägl. Rundschau“ veröffentlicht folgende Unterredung ihres Münchener Vertreters mit dem österreich-ungarischen Minister des Außern Grafen Czernin: „Ich bin nach München gekommen, um mich dem Könige vorzustellen und mit dem Ministerpräsidenten eine Aussprache zu haben. Ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß ich die besten Eindrücke gewonnen habe. Wenn Sie vorhin kurz die große bayerische Kanalvorlage anführten und mich über die Stellung Oesterreich-Ungarns befragten, so kann ich natürlich bei der Kürze der Zeit nicht im einzelnen auf alle einschlägigen Fragen eingehen. Ich möchte aber betonen, daß selbstverständlich auch Oesterreich-Ungarn bei allen wirtschaftlichen Fragen seiner treuen Verbündeten aufs engste beteiligt ist und daß auch wir gerade auf eine stärkere Ausnützung der Wasserkraft hinarbeiten. Derartige große Vorlagen müssen auf das genaueste durchgearbeitet und auch gemeinsam bearbeitet werden, denn vergessen Sie nicht, daß wir auch wirtschaftlich nicht nur für die Kriegszeit, sondern auch darüber hinaus gemeinsame Interessen haben und haben werden. Gerade die Gemeinsamkeit der Mittelmächte möchte ich in diesem Zusammenhang nachdrücklich unterstreichen. Ich kann Ihnen versichern, daß keine wichtige Entscheidung in diesem Weltkriege ohne vorherige gemeinsame Beratung und Beschlussfassung getroffen werden wird. Es besteht zwischen den Mittelmächten die vollste gegenseitige Uebereinstimmung. Damit komme ich zu der Frage des Durchhaltens überhaupt. Da können wohl keine Zweifel bestehen, daß wir Schulter an Schulter wie bisher, so auch bis zum siegreichen Ende den Krieg bei vollster Einigkeit durchsetzen. Es bestanden bisher in keiner Phase des Krieges unter den Mittelmächten irgend welche Gegensätze, es bestehen keine und werden wohl auch bis zum Ende des Krieges keine bestehen. Diese Kraft der Einigkeit ist mir eine Gewähr dafür, daß die Mittelmächte diesen Weltkrieg siegreich beenden werden.“

### Die Katholikentouferenz in Zürich.

Im Olmüher „Masinec“ berichtet Abg. Dr. Gruban über die Ergebnisse der Züricher internationalen Konferenz der katholischen Parlamentarier: In der Konferenz wurde der Grundstein gelegt nicht bloß zur Annäherung, sondern auch zur engeren Verbindung der politischen, kulturell und wirtschaftlich führenden Männer in den verschiedenen katholischen Staaten und Völkern insbesondere nach dem Kriege. In erster Reihe wurde der großen und besonderen Verdienste des Papstes Benedikt XV. gedacht. Durch eine besondere Botschaft wurde ihm der Dank ausgesprochen für die auf eine Milderung der Kriegsleiden abzielenden Handlungen und die beharrlichen Bemühungen, einen dauernden und ehrenvollen Frieden unter den Völkern herbeizuführen.

Die Kongressführung ruhte insgesamt in den Händen von Neutralen. Die Konferenz beschäftigte sich auch mit der Aufbesserung der Lage der Kriegsgefangenen, der Entlassung der zivilen Internierten und mit der Ausgestaltung der Vereinbarungen internationaler Natur auf dem Gebiete der Arbeiterschutgebung und der sozialen Versicherung. Hauptversammlungen wurden drei abgehalten. Teilnehmer gab es vierzig. Die provisorische Organisation wurde einstweilen in Zürich und in der neutralen Schweiz überhaupt belassen, im Lande des Friedensmuseums, im Lande, wo seit Jahrhunderten drei Völker bestrebt sind, der Welt den Beweis zu erbringen, daß man bei gutem Willen die Liebe zu dem seinen mit der Achtung fürs fremde wohl vereinbaren kann. Als wir auf dem Boden unseres Reiches angekommen waren, fanden wir an unseren jugendlichen Monarchen und dessen edle Gemahlin eine telegraphische Kundgebung der Treue als Beweis, daß unsere Bestrebungen und Arbeiten in der neutralen Fremde vom Wunsche beseelt waren, zur besseren Zukunft unseres Reiches und Vaterlandes beizutragen.

28. II. 1917

13

## Wilson's Vollmacht.

Eine Botschaft an den Kongreß.

Washington, 26. Februar. (Neuermeldung.)

In einer Botschaft an den Kongreß sagt Präsident Wilson:

Wir machen kritische Zeiten durch, in denen es meine Pflicht ist, in enger Fühlung mit den beiden Häusern des Kongresses zu bleiben. Die am 1. Februar angekündigte deutsche Taktik ist jetzt vier Wochen in Anwendung gekommen. Ihre praktischen Folgen sind noch nicht ganz zu übersehen. Der Handel der anderen neutralen Länder leidet ernstlichen Schaden, obwohl vielleicht nicht mehr, als es schon vor dem 1. Februar, mit dem die neue Kriegsführung anfang, der Fall gewesen ist. Wir haben die übrigen neutralen Regierungen aufgefordert, mitzuarbeiten, um dieser Zerstörung ein Ende zu bereiten, aber ich fürchte, keine von ihnen hat eine gemeinsame Aktion mit den Vereinigten Staaten für ratsam erachtet. Unser eigener Handel leidet ebenfalls mehr durch das Abwarten als durch die eigentlichen Ereignisse, mehr durch die Tatsache, daß so viele unserer Schiffe ängstlich in den amerikanischen Häfen liegen bleiben, als dadurch, daß viele Schiffe in den Grund gebohrt würden. Ueber die Störung im Schiffsverkehr in den amerikanischen Häfen, die die Folge der Tatsache ist, daß die Reederei nicht geneigt sind, ihre Schiffe ohne Versicherung und ohne genügenden Schutz aufs Spiel zu setzen, und über die sehr ernsthafte Störung des amerikanischen Handels, die die Folge davon ist, sagte Wilson, dies würde allein schon die Folgen haben können, die mit den neuen deutschen U-Boot-Verordnungen, was uns anbelangt, beabsichtigt werden. Wir können deshalb nur sagen, daß die offene Tat, von der ich hoffte, daß sie die deutschen U-Boot-Kommandanten vermeiden würden, noch nicht eingetreten ist. Aber obwohl sich das glücklicherweise so verhält, liegen Andeutungen und Aussprüche von einem Teil der deutschen Presse und der deutschen Behörden vor, die den Eindruck eher verstärken als abschwächen, daß, wenn unsere Schiffe und unsere Bürger verschont bleiben, dies eher einem glücklichen Zufall oder der Tatsache zuzuschreiben ist, daß die Kommandanten der deutschen U-Boote, denen sie begegnen, unerwarteten Takt und Selbstbeherrschung an den Tag legen, als den Instruktionen, die diesen Kommandanten gegeben worden sind.

Es wäre töricht zu leugnen, daß die Sage allerlei ernstliche Möglichkeiten und Gefahren in sich birgt, und es wäre sehr unvorsichtig, darauf nicht vorbereitet zu sein. Ich halte mich deshalb für verpflichtet, Sie aufzufordern, mir sofort alle die Machtbefugnisse zuzusichern, die ich jeden Augenblick benötigen kann. Wir müssen unseren Handel und das Leben unserer Bürger unter den gegenwärtigen schwierigen Umständen mit Ueberlegung und Entschlossenheit schützen. Ich hoffe von ganzem Herzen, daß es nicht notwendig sein wird, die bewaffnete Macht in Tätigkeit treten zu lassen. Das amerikanische Volk wünscht das nicht. Rein von mir gewählter Weg wird

zum Kriege leiten. Krieg kann nur verursacht werden durch mutwillige offensive Handlungen. Ich ersuche Sie, mich zu ermächtigen, unsere Handelsschiffe, wenn sich das als notwendig herausstellen sollte, mit Waffen zur Selbstverteidigung, mit Mitteln, um sich ihrer zu bedienen, und mit allen anderen Mitteln auszurüsten, und die Methoden anzuwenden, die notwendig oder geeignet sein könnten, um unsere Schiffe und Bürger bei ihrer geschäftlichen und friedlichen Arbeit auf der See zu schützen. Wir denken nicht nur an die materiellen Interessen, sondern mehr noch an die fundamentalen Menschenrechte. Ich denke an die großen Grundsätze von Mitgefühl und Schutz, die die Menschheit über das menschliche Leben wachen lassen, über das Leben von Menschen, die auf friedliche Weise an der Instandhaltung der Industrie der Welt arbeiten, und über das Leben von Frauen und Kindern. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein Mann mit amerikanischen Grundsätzen zögern könnte, diese Dinge zu verteidigen.

Washington, 26. Februar.

Im Repräsentantenhause wurde eine Bill eingebracht, wodurch der Präsident ermächtigt wird, Handelsschiffe zu bewaffnen und andere Maßregeln zu treffen, um sie auf hoher See zu schützen. Außerdem sieht die Bill eine besondere Ausgabe von Obligationen im Betrage von 100 Millionen Dollar vor.



## Demokratisierung.

Der deutsche Reichskanzler hat gestern im Reichstag die bekannten Fragen der äußeren Politik und der Kriegführung besprochen und im Zusammenhang damit auch das Problem der künftigen innerpolitischen Entwicklung Deutschlands berührt. Die „Neuorientierung“ bildet ja jetzt neben den Kriegszielen einen Hauptgegenstand des deutschen Parteienstreites. Bethmann Hollweg lehnt das Schlagwort „Neuorientierung“ ab, nicht nur, weil ihm die Wortbildung ästhetisch mißfällt, sondern aus einem sehr zutreffenden politischen Grund. Es sei nämlich, sagt er, gar nicht Sache des freien Vellebens, ob man sich neu orientieren wolle oder nicht; denn die neue Zeit mit einem erneuten Volk sei bereits da, der Krieg habe sie geschaffen, und es handle sich jetzt nur darum, den „richtigen politischen und staatlichen Ausdruck“ für diese neugeschaffene deutsche Welt zu finden. Das ist eine Auffassung, der jeder modern denkende Mensch nur zustimmen kann. Der Reichskanzler erkennt die unaushaltbaren Triebkräfte der politischen Entwicklung an, und es wäre nur zu wünschen, daß er, statt bei dieser richtigen Prämisse stehen zu bleiben, auch gleich die notwendigen Schlüsse daraus gezogen hätte. Ein offenes, klares Wort über die politischen Reformen, die in Deutschland nach dem Kriege kommen müssen, hätte nach keiner Seite hin geschadet.

Von den Reichstagsrednern, die nach dem Kanzler sprachen, deutete jeder das Gehörte in seinem Parteilinne aus, aber der Redner der

Volkspartei tadelte mit gutem Grunde, daß die Worte des Reichskanzlers eine bestimmte Zusage vermischen ließen. Der Wortführer der Sozialdemokratie meinte, wenn der Krieg nicht eine neue Zeit und einen neuen politischen Geist brächte, wäre all das kostbare Blut vergebens geflossen. „Sonst wäre das Ende nur hundert Jahre Elend, Verzweiflung und innere Wirren.“ Von besonderem Interesse waren die Ausführungen des konservativen Sprechers, da ja viel darauf ankommt, welchem Verständnis die politischen Reformnotwendigkeiten gerade auf dieser Parteiseite bezeugen. Leider lassen die Äußerungen des Grafen Westarp nicht darauf schließen, daß die preussischen Konservativen in der Kriegszeit etwas Nützliches gelernt oder etwas Schädliches veraesssen hätten. Unter der Neuorientierung, sagt Graf Westarp — und damit hat er allerdings recht — sei im Grunde nichts anderes zu verstehen, als die Demokratisierung der öffentlichen Einrichtungen. Aber, erklärt er kurz und entschieden, „dafür sind wir nicht zu haben“. Das Mißtrauen, mit dem die Konservativen dem neuen Zeitgeist gegenüberstehen, wird von ihrem Wortführer in ganz eigentümlicher Weise motiviert. Viele Kämpfer, so fürchtet er, werden aus dem Felde mit neuen Auffassungen und neuen Anschauungen heimkehren. „Diese Auffassungen wird man sich genau ansehen müssen.“ Wenn also die Auffassungen, der aus dem Felde Heimgekehrten vor dem Auge des strengen konservativen Gedankenprüfers keine Gnade finden sollten, dann — ja, dann kann natürlich von einer Neuorientierung keine Rede sein; vielleicht eher von einer Rückwärtsorientierung, um die verwirrte Demokratie mit strenger Zucht auf den Pfad der konservativen Tugend zurückzuführen.

Es ist eine von den preussischen Reaktionären oft gebrauchte Phrase, und auch Graf Westarp hat sie gestern wiederholt: das überlieferte System habe sich in diesem Kriege glänzend bewährt. Aber was sich in diesem Kriege bewährt hat, das sind in Wahrheit deutsche Disziplin, deutsche Organisationsgabe, deutscher Fleiß und deutsche Gründlichkeit gewesen. Was sich dagegen weniger bewährt, vielmehr dem deutschen Volk und Reich geschadet und der giftigen Agitation seiner Feinde in der ganzen Welt reichen Nähr-

stoff geboten hat, das war die politische Rückständigkeit der deutschen Staatseinrichtungen. Der Zug der Zeit, der nach Demokratisierung geht, ist vor dem Kriege zu wenig beachtet worden, er wird nach dem Kriege unwiderstehlich sein. Bethmann Hollwegs Rede läßt vermuten, daß er dies einseht, und so steht zu hoffen, daß die deutschen Staatslenker dieser Einsicht gemäß auch handeln werden. Nach dem Kriege wird wahrscheinlich eine große politische Bewegung einsetzen, die ganz Europa umfassen und deren stärkster Wellengang nicht von Westen, sondern von Osten kommen dürfte. Das Problem wird ein internationales sein, und Deutschland wird keine Ausnahme, keine politische Insel bilden. Je besser politische Notwendigkeiten begriffen werden, desto leichter setzen sie sich durch.

## Wilson's Vollmachtforderung.

W. Washington, 26. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Präsident Wilson hat im Kongress die Vollmacht verlangt, Handelsschiffe, wenn nötig, mit Waffen zur Verteidigung und mit den Mitteln auszurüsten, diese Waffen zu gebrauchen sowie irgend welche andere Werkzeuge und Methoden anzuwenden, die zum Schutze der amerikanischen Schiffe und amerikanischen Bürger bei rechtmäßiger Ausübung friedlicher Unternehmungen zur See nötig sind.

Wilson hat auch die für diesen Zweck notwendigen Kredite verlangt.

W. Washington, 26. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Nach der Konferenz der Kommission für Auswärtiges des Repräsentantenhauses erklärte der Vorsitzende der Kommission, er werde sofort einen Antrag einbringen, dem Präsidenten Wilson die Vollmacht zu geben, die Schiffe zu bewaffnen und ihm alle sonst nötigen Vollmachten zu gewähren. Diese Maßregel soll dann sofort an die Kommission für Mittel und Wege verwiesen werden, wie es für Geldbewilligungen vorgeschrieben ist.

W. Washington, 26. Februar. Im Repräsentantenhaus wurde eine Bill eingebracht, wodurch der Präsident ermächtigt wird, Handelsschiffe zu bewaffnen und andere Maßregeln zu treffen, um sie auf hoher See zu schützen. Außerdem sieht die Bill eine besondere Ausgabe von Obligationen im Betrage von 100 Millionen Dollar vor.

1. III. 1917

20

## Eine Mahnung.

Aus Amsterdam schreibt man uns: Die in Ihren Berichten aus Merikalen freiesch zuverlässige „Tijd“ schreibt über die Züricher Tagung katholischer Politiker (an der Vertreter der österreichischen Merikalen, der Merikalen in Deutschland, in Bulgarien und in Belgien teilgenommen haben): „Dass aus Italien, Frankreich und England keine Katholiken an der Konferenz teilnahmen, liegt weniger am Vorkas als an den schwierigen Zeitumständen. Auch wird keineswegs beabsichtigt, sie von einer künftigen Beratung auszuschließen. Über

die Art der Gegenstände, worauf sich der Gedankenaustausch erstreckt, kann im jetzigen Stadium schwerlich mehr mitgeteilt werden. Dass jedoch die internationale Position des Katholizismus im Verband mit der Art, wie die Katholiken den Frieden befördern helfen können, die Bemühungen des Heiligen Stuhls, die Beziehungen des Papstes zu den Völkern u. s. w. dabei eine Rolle spielen, ist aus dem Charakter der Konferenz abzuleiten.“

Wir sehen davon ab, anlässlich dieser internationalen Tagung der Merikalen und der von der „Tijd“ erwarteten Umgestaltung dieser Zusammenkünfte die giftige und oft denunziatorische Polemik aufzufrischen, die nicht wenige Merikale Blätter gegen die Sozialdemokratie just wegen des Bestrebens, die internationale Aktion der Arbeiterklasse im Interesse des Friedens zu beleben, geführt haben. Wichtiger als unsere Gegner sind uns heute unsere eigenen Parteigenossen. Man denke an die Halsstarrigkeit, womit besonders die französische Mehrheit und die ihren Spuren folgenden Engländer und Belgier sich weigern, mit den deutschen Sozialdemokraten an einem Tische zu sitzen, bevor diese bestimmte, ihnen auferlegte Bedingungen erfüllt haben. Es wäre wahrlich ein erhebendes Schauspiel für Sozialdemokraten, wenn sie in einer vielleicht nahen Zukunft die zwischen internationalen Arbeitern angeblich unmögliche Zusammenkunft von Merikalen „nationalen“ Politikern der kriegführenden Länder verwirklicht sehen sollten! Aber die Züricher Konferenz ist auch eine sehr nützliche Lehre für jene deutschen Parteigenossen, die mit so großem Vergnügen den Partizettel der zweiten Internationale redigieren. Für manche von ihnen ist der Internationalismus überhaupt eine überwundene Jugendeseler des Proletariats, die jetzt eine weise, in die Schranken des nationalen Wirtschafts- und Ideenkreises gebaunte Realpolitik endgültig ablösen müsse. Und siehe da! Die Häuptlinge der gefinkeltsten Realpolitik, die Spahn, Erzberger u., fallen in jene Kinderrei, Altwelberjupidität oder wie man sonstwie das Bemühen, den Frieden durch eine menschliche Solidaritätsidee zu beschleunigen und zu befestigen, genannt hat. Die Merikalen wissen, welch unendlichen Dank die Menschheit jenen entgegenbringen wird, in denen sie Werkleute des Friedens sehen wird. Und welcher Triumph wäre es für sie, wenn sie als diejenigen erscheinen könnten, die die Idee der internationalen Menschengemeinschaft gerettet haben! Wahrlich, hier ist für den proletarischen Sozialismus die Schicksalsfrage: ihn banterott zu erklären, weil er den Krieg nicht zu hindern vermochte, was Heuchelei oder Kurzsichtigkeit — denn die Kräfte des Krieges waren Erzeugnis der von ihm bekämpften Gesellschaftsordnung, die noch die Herrschaft hatte. Der Sozialismus aber, der zu spät käme, wenn es gilt, den Frieden zu begründen, hätte seine Ohnmacht verraten, der eigenen Idee zu dienen: er würde sich selbst als Triebkraft der neuen Menschheitsgeschichte ausschalten. Darum ist die Merikale Konferenz eine Warnung, die nicht überhört werden darf — eine Warnung namentlich vor allen Bestrebungen und Handlungen, die die Einheit, die Schlagfertigkeit und die tatfröhliche Zuversicht der sozialistischen Parteien gefährden.

## Warum Wilson die Beziehungen zu Deutschland abbrach

Ein deutsch-mexikanisch-japanischer Bündnis-Plan

Washington, 2. d. (Reuter.) Die „Associated Press“ macht die Enthüllung, daß Deutschland, als es seinen uneingeschränkten Unterseekrieg vorbereitete, ein Bündnis mit Mexiko und Japan anstrebte, um die Vereinigten Staaten in dem Fall anzugreifen, wenn sie nicht neutral blieben. Die Einzelheiten dieser Verschwörung wurden dem deutschen Konsul in Mexiko, Eckhardt, überlassen, der auf Grund von Instruktionen, die ihm unter dem Datum des 19. Januar 1917, von Staatssekretär Zimmermann unterzeichnet, zugingen und General Carranza ein deutsch-mexikanisches Bündnis vorschlugen und ihn veranlassen sollten, dahin zu wirken, daß Mexiko auch Japan zur Teilnahme an der Verschwörung bewege. Diese Instruktion wurde von Eckhardt durch die Vermittlung des deutschen Gesandten in Washington, Grafen Bernstorff, übergeben. Letzterer kehrte hierauf unter dem Schutz eines freien Geleitens nach Deutschland zurück, das er von einer Nation erhalten hatte, die er in den Krieg stürzen wollte. Die Abschrift dieser Instruktion findet sich jetzt in den Händen der Regierung der Vereinigten Staaten. Sie lautet folgendermaßen:

Berlin, 19. Januar 1917. Wir beabsichtigen, am 1. Februar den uneingeschränkten Unterseekrieg zu beginnen. Trotzdem wünschen wir, daß die Vereinigten Staaten neutral bleiben. Wenn uns dies nicht gelingt, schlagen wir Mexiko ein Bündnis auf folgender Grundlage vor: Wir werden gemeinsam Krieg führen und Frieden schließen. Wir werden Mexiko finanzielle Hilfe leisten. Es ist abgemacht, daß Mexiko die verlorenen Gebiete von Neu-Mexiko, Texas und Arizona zurückerhält. Die Einzelheiten der Regelung dieses Bündnisses werden Ihrer Initiative überlassen. Sie werden den Präsidenten von Mexiko von dem vorliegenden Vorschlag alsobald zu unterrichten haben, als Sie von der Kriegserklärung mit den Vereinigten Staaten gewiß sind. Sie werden den Präsidenten von Mexiko dazu überreden, von sich aus mit Japan zu unterhandeln, daß er dieser Nation die unverzügliche Annahme unseres Planes vorschlägt. Sie werden gleichzeitig Mexiko anbieten, als Vermittlerin zwischen Deutschland und Japan zu handeln. Wollen Sie die Aufmerksamkeit des Präsidenten von Mexiko auf die uneingeschränkte Anwendung der Unterseeboote verweisen, die England in einigen Monaten zwingen wird, den Frieden zu unterzeichnen.

(gez.) Zimmermann.

Dieses Dokument fiel in die Hände der amerikanischen Regierung. Von da an hat Wilson die Beziehungen mit Deutschland abgebrochen, aber das Dokument war immer geheimgehalten worden. Während der Präsident vom Kongreß volle Ermächtigung zur Aktion gegenüber Deutschland verlangte, und während der Kongreß sich zögernd zeigte, blieb das Dokument geheim. Es war in den Händen des Präsidenten, als Bethmann-Hollweg erklärte, daß die Vereinigten Staaten der Erklärung des Unterseebootkrieges eine Auslegung gaben, die Deutschland nie die Absicht hatte, ihr zu geben und daß Deutschland stets die freundschaftlichen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten als ein Erbe Friedrichs des Großen begünstigt habe.

Diese Tatsachen genügen, um den raschen Bruch mit Deutschland zu erklären. Dieses Dokument bildet den Ring, der in der Kette der bekannten Tatsachen fehlte. Es

beschlossen habe, um zwischen den Vereinigten Staaten und Japan Zwischenfälle zu schaffen. Es fügt ein neues Kapitel zu dem sensationellen Bericht von Jules Cambon, des Gesandten Frankreichs in Berlin, vor dem Kriege bei über den Plan Deutschlands und über die Intrigen, die diese Macht überall dort ansetzt, wo dies ihre Pläne der Weltherrschaft begünstigen könne, Pläne, die sie der Verwirklichung nahe glaubte. Dieses Dokument bildet den Gipfelpunkt der Tätigkeit des Grafen Bernstorff, des deutschen Botschafters in den Vereinigten Staaten, einer Tätigkeit, die schon geleistet wurde durch die Affäre der falschen Pässe, durch die Dynamit-Attentate und durch die Intrigen, deren vollständige Ausdehnung niemals vollständig veröffentlicht worden war. Dieses Dokument bringt ein neues Argument dafür, daß die deutschen Unterseeboote in der Nähe des mexikanischen Territoriums eine Basis haben. Es bestätigt die den militärischen Behörden der Vereinigten Staaten seit langem bekannte Tatsache, daß wenn Japan jemals auf einen Einfall in die Vereinigten Staaten rechnete, dieser durch Mexiko hindurch und entlang des Mississippi gerichtet war zum Zwecke, das Land in zwei Teile zu trennen. Dieses Dokument erklärt, warum Graf Bernstorff sich wenig geneigt zeigte, nach Deutschland zurückzukehren, als er seine Pässe erhielt und warum er erklärte, sich nach Cuba begeben zu wollen. Es liefert eine neue Erklärung für die Verhaftungen an der Grenze von Personen, die von den amerikanischen Militärbehörden angeklagt sind, deutsche Spione zu sein.

Das Dokument erklärt die jüngsten Vorschläge des Präsidenten von Mexiko, welche von den Neutralen verlangten, die Ausfuhr von Lebensmitteln und Munition zu den Ländern der Entente einzustellen und jede Petroliendüngung aus den Tampico-Quellen zu verbieten, die der englischen Marine so notwendig war. Man erwartete gestern abend ungeduldig die Haltung des Kongresses gegenüber diesen Enthüllungen. Instruktionen wie diese, die Deutschland seinen Vertretern in Mexiko gesandt hat, sind nicht weit davon entfernt, einen Kriegsakt darzustellen, wenn sie nicht in Wirklichkeit schon einer sind.

Washington, 2. d. (Reuter.) Als die Note Zimmermanns dem Senat überreicht wurde, erklärte Senator Swanson, daß Wilson ihn ermächtigt habe, zu sagen, daß die Note, so wie sie sei, durch die „Associated Press“ in ihrem genauen Inhalt veröffentlicht worden sei.

Canning erklärte: Wir glauben nicht, daß Japan Kenntnis von dieser Note hatte, noch daß es irgend einen Vorschlag, der dem Feinde kommt, in Betracht ziehen wollte.

100	100	100	100
100	100	100	100
100	100	100	100
100	100	100	100

## Die Mission des Erzherzogs Max.

Sofia, 28. Februar.

Das offiziöse „Echo de Bulgarie“ veröffentlicht einen Artikel — betitelt „Die Mission des Erzherzogs Maximilian“ — in dem es heißt:

Der willkommene Gast unseres königlichen Hauses und unserer Stadt hat Sofia verlassen, nachdem er seine Mission in glänzender Weise erfüllt hat. Unter anderen Umständen und in anderen Ländern eine Formsache, hat diese Mission bei uns eine wahrhaft historische Bedeutung erlangt. Der besondere warme Ton der Reden des Königs bezeugt nicht nur die ehrfurchtsvolle Verehrung des Zaren Ferdinand für den verbliebenen Kaiser Franz Josef und seine aufrichtige Zuneigung für Kaiser Karl, sondern auch den herzlichen Charakter der Bande, die Bulgarien mit den Völkern Oesterreich-Ungarns verknüpfen. In der Ansprache und in dem Toast des Königs wie in der Antwort seines hohen Gastes wurde die Herzlichkeit dieser Beziehungen mit einer Kraft unterstrichen, die bei den Feinden der beiden Länder wird Eindruck machen müssen. In der Tat wäre das Bündnis Bulgariens mit den Mittelmächten nicht so glücklich vorbereitet worden, wenn das bulgarische Volk in den Kämpfen der Vergangenheit nicht von seiten dieser Mächtegruppe eine gerechte Würdigung seiner Interessen und wirklichen Unterstützung seiner eigenen Bestrebungen gefunden hätte. Insbesondere Oesterreich-Ungarn war es, wo Bulgariens Sache in Stunden der Gefahr oder der Krise verstanden und gefördert worden ist, wie in den Jahren 1886, 1908 und 1913. Es ist daher natürlich, daß die neuen, durch einen Bundesvertrag besiegelten und durch gemeinsame Opfer und die gemeinsamen Erfolge geheiligten Beziehungen zwischen der Monarchie und dem Königreiche aus diesem großen, durch eine klar vorausblickende Politik angesammelten Kapital Vorteil ziehen. Auf dem Gebiete friedlichen Zusammenarbeitens wird die gemeinsame Arbeit ihre Fortsetzung finden. Aus dieser Erschütterung werden Oesterreich-Ungarn und Bulgarien einander noch viel enger verbunden und noch härter hervorgehen.

Die Oesterreichisch-ungarische Monarchie, die ihre Gegner bereits zum Tode verurteilt hatten, hat Beweise von Lebenskraft und Anpassungsfähigkeit gegeben, die Achtung einflößen. Befreit von der Gefahr von außenher, die auf seine Geschicke drückte, geht Oesterreich-Ungarn einer Epoche der Blüte und des Glückes entgegen. Die Regierung des Kaisers beginnt unter den glücklichsten Auspizien. Die ersten Handlungen des jungen Monarchen haben gezeigt, daß eine neue Ära für das Jahrhundert angeht, das unversehrt die Stürme überstanden hat, in denen andere gescheitert sind. Ganz Bulgarien schließt sich dem glühenden Wunsche seines Königs an, daß die Regierung des Kaisers Karl, die mit den schwersten Sorgen begonnen hat, die ein Herrscher jemals haben kann, reich an Erfolgen, voll des Segens und strahlend an Glück sein möge. Die Mission des Erzherzogs Maximilian beim Zaren Ferdinand und die Kundgebungen, zu denen sie Anlaß gegeben hat, sind glückliche Ereignisse in den Beziehungen der beiden verbündeten Länder. Der erlauchte Abgesandte des Kaisers nimmt vom Königshause und von der Hauptstadt der Bulgaren die unerschöpflichsten Beweise unserer Hingebungen an die Sache des Bündnisses und unserer Sympathien für den Herrscher und die Völker der Monarchie mit.

**Der Friedensantrag der italienischen Sozialisten vor der Kammer.**

**Auf Antrag der Regierung auf sechs Monate verschoben.**

Zürich, 1. März.

Die italienische Deputiertenkammer genehmigte gestern einige königliche Verfügungen.

Deputierter Miliani legte einen Beschlusantrag vor, wonach militärische Arbeitskräfte für landwirtschaftliche Arbeiten in größerem Umfange gewährt werden sollen.

Gleichzeitig unterbreitete die sozialistische Fraktion einen Beschlusantrag, der lautet: Die Kammer stellt fest, daß einerseits Mangel an Voraussicht, als Italien ohne angemessene internationale Vereinbarungen zur Gewährleistung seiner Approvisionierung in den Krieg getrieben wurde, und andererseits kapitalistischer und nationalistischer Egoismus, von welchem sich die Politik aller Kriegführenden auch in den Beziehungen zu den Verbündeten leiten läßt, derartige Verhältnisse im Wirtschaftsleben Italiens herbeigeführt haben, daß eine sofortige tiefere Umgestaltung der auswärtigen und Kriegspolitik erforderlich ist, um die Friedensverhandlungen zu beschleunigen, da ohne Frieden auf eine wirksame Abhilfe der Unzulänglichkeit der Approvisionierung und der wachsenden Gefährdung der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung Italiens nicht zu hoffen ist.

Landwirtschaftsminister Raineri erklärte, daß er mit dem Beschlusantrag Miliani einverstanden sei.

Ministerpräsident Boselli erklärte, der sozialistische Beschlusantrag umfasse außer der Approvisionierungsfrage die gesamte Kriegspolitik, die Beziehungen zu den Verbündeten und die Beschleunigung des Friedens. Er erinnere daran, daß die Kammer vor nicht langer Zeit einen ähnlichen Beschlusantrag auf sechs Monate hinausgeschoben habe. Ein sozialistischer Beschlusantrag sei in seinen Voraussetzungen durch die Erklärungen des Deutschen Reichskanzlers, ein zweiter durch die Stellungnahme des Präsidenten Wilson hinzugefügt geworden. Der heutige Beschlusantrag berühre wesentlich eine gegenwärtig mehr als je unzumutbare außerpolitische Frage, und niemand, der einen siegreichen Frieden beschleunigen wolle, könne wünschen, daß sich die Regierung in Erörterungen von Argumenten, wie sie der sozialistische Beschlusantrag enthalte, einlasse. Er beantrage daher die Hinausschiebung des Beschlusantrages Prampolini auf sechs Monate.

Als Deputierter Turati nach dem Hinweis darauf, daß die Approvisionierung gegenwärtig mit der äußeren Politik notwendigerweise zusammenhänge, namentlich die Abstimmung über den Antrag Boselli forderte, erklärte der Ministerpräsident, die Regierung müsse hiernach zugleich die Vertrauensfrage stellen. Die Kammer werde sich hoffentlich gegenwärtig halten, daß alle die Rückkehr des Friedens wünschen, daß aber der Friede nur durch den Sieg erreichbar und zum Sieg die Artüfung

der besten Kriegsmittel in vollem Einvernehmen mit den Verbündeten erforderlich sei.

Bei der namentlichen Abstimmung waren 227 Stimmen für den Antrag Boselli, 31 dagegen. Diese 31 Stimmen umfassen die offiziellen Sozialisten, zwei Giolittianer, einen Merikalen und Enrico Ferri. Unmittelbar vor der Abstimmung hatten etwa sechzig Deputierte den Saal verlassen.

## Amerikanische Meldungen über ein deutsch-mexikanisches Bündnis.

Lugano, 2. März. Die amerikanische Associated Press verbreitet den Text angeblicher Instruktionen, welche Staatssekretär Zimmerman am 19. Jänner durch Vermittlung der Washingtoner Botschaft an den deutschen Konsul Eckardt in Mexiko gelangen ließ, um Mexiko für einen durch den Unterseebootskrieg etwa herbeigeführten Kriegsfall mit den Vereinigten Staaten von Amerika ein Bündnis anzubieten, kraft dessen Mexiko finanzielle und anderweitige Unterstützung erhalten und die verlorenen Territorien Neu-Mexiko, Texas und Arizona erobern sollte.

Im Senat erklärte Senator Swanson auf Grund einer Ermächtigung Wilsons, daß die Angaben der Associated Press im wesentlichen richtig seien.

Die Associated Press behauptet ferner, Deutschland habe versucht, Japan durch Mexiko zur Teilnahme an einem Kriege gegen die Vereinigten Staaten bewegen zu lassen.

### Die Aufklärung aus Berlin.

Berlin, 2. März. Das Boltsche Bureau meldet: Die amerikanische Presse enthält Mitteilungen über Anweisungen des Auswärtigen Amtes an den deutschen Gesandten in Mexiko für den Fall, daß es Deutschland nach der Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges nicht gelingen sollte, die Vereinigten Staaten neutral zu erhalten.

Diesen Meldungen liegt folgender Sachverhalt zu Grunde: Nachdem der Entschluß gefaßt war, am 1. Februar den uneingeschränkten U-Boot-Krieg zu beginnen, mußte mit Rücksicht auf die bisherige Haltung der amerikanischen Regierung mit der Möglichkeit eines Konfliktes mit den Vereinigten Staaten gerechnet werden. Daß diese Rechnung richtig war, bewiesen die Tatsachen, denn die amerikanische Regierung brach alsbald nach der Bekanntgabe unsrer Sperrgebietserklärung die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland ab und forderte die übrigen neutralen Mächte auf, sich diesem Vorgehen anzuschließen. In Voransicht dieser Möglichkeiten war es nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht der Reichsleitung, für den Fall eines kriegerischen Konfliktes mit den Vereinigten Staaten von Amerika rechtzeitig Vorsorge zu treffen, um den Zutritt eines weiteren Gegners zu unsern Feinden wenn möglich auszugleichen.

Der kaiserliche Gesandte in Mexiko ist deshalb Mitte Jänner beauftragt worden, für den Fall, daß uns die Vereinigten Staaten den Krieg erklären wollten, der mexikanischen Regierung ein Bündnis anzubieten und die näheren Einzelheiten zu vereinbaren. Die Weisung verpflichtete im übrigen den Gesandten ausdrücklich, keinerlei Schritte bei der mexikanischen Regierung zu unternehmen, bevor er von der erfolgten amerikanischen Kriegserklärung Gewißheit erlangt habe. Auf welche Art und Weise die amerikanische Regierung von der auf geheimem Wege nach Mexiko erteilten Weisung Kenntnis erhalten hat, ist nicht bekannt; doch scheint der Verrat — um einen solchen dürfte es sich handeln — auf amerikanischem Gebiete verübt worden zu sein.

## Die Lebensmittelausfuhr von Dänemark nach Eng- land.

Erklärungen des Staatssekretärs Zimmermann im deutschen Reichstag.

Berlin, 2. März. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Schiele (konservativ), der Aufklärungen über die deutsch-dänischen Verhandlungen verlangte, gab heute im Reichstag der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann folgende Erklärung ab: Woher die „Nationaltidende“ ihre Nachricht bezogen hat, wonach die Verhandlungen mit Dänemark über die Ausfuhr von Lebensmitteln nach England angeblich zum Abschlusse gelangt seien und Schiffe nunmehr von Dänemark nach Norwegen und von Norwegen nach Aberdeen (England) abgehen, ist mir unbekannt. Aus amtlichen Kreisen dürfte sie nicht geschöpft haben. Amtliche Nachrichten, die diese Mitteilungen bestätigten, liegen mir nicht vor. Wenn ich auf den Inhalt dieser unbestätigten Nachricht eingehen darf, so muß ich sagen, daß mir eine Dampferverbindung zwischen Dänemark und Norwegen an sich unbedenklich erscheinen würde. Wir haben die Handelsperre gegen die Feinde ausgesprochen, aber wir haben nicht erklärt, daß wir den Verkehr zwischen neutralen Staaten untereinander unterbinden würden.

### Keine Milderung der Handelsperre gegen England.

Wenn derartige Schiffe mit Lebensmitteln von Dänemark nach Norwegen abgehen und dann etwa dort die Lebensmittel auf englische Dampfer

übergeladen werden sollten und wenn von Norwegen aus nun versucht werden sollte, die Waren nach England auszuführen, so würden die Schiffe in unsere Handelsperre hineinkommen und ich hoffe zuversichtlich, daß es unseren U-Booten gelingen wird, diese Schiffe in den Grund zu bohren. Die Verbindung von Dänemark nach Aberdeen, die auch erwähnt worden ist, wird selbstverständlich von den Schiffen auf eigene Gefahr unternommen und ich kann auch für diese Schiffe nur dasselbe sagen, ich hoffe, daß sie von unseren Schiffen gefaßt und in den Grund gebohrt werden.

Ueber unsere Verhandlungen mit Dänemark habe ich vorgestern alles gesagt, was ich öffentlich sagen konnte, und ich glaube versichern zu können, daß ich in ganz kurzer Zeit schon auch in der Öffentlichkeit Erklärungen abgeben kann, die allen Herren, auch denjenigen, die heute noch Zweifel hegen, die Ueberzeugung verschaffen wird, daß es uns mit der Handelsperre gegen England bitter Ernst ist und daß wir keineswegs die Neigung haben, diese Handelsperre durch Konzessionen zu durchlöchern. (Beifall.)



## Wilson's Methode.

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat mit 404 gegen 13 Stimmen die Bewaffnung der Handelschiffe zur Abwehr von U-Booten beschlossen, also fast einstimmig. Nachdem man durch Wochen von den hitzigen Kämpfen im Kongress gehört hat, von heftigen Reden gegen den Krieg, von Tumulten, von einer starken Friedensströmung und von einer heftigen Opposition gegen Wilsons Pläne, mag dieser Ausgang der Beratungen einigermaßen überraschend wirken. Denn das Repräsentantenhaus hat, soweit wir nach den uns vorliegenden Berichten schließen können, alles bewilligt, was der Präsident verlangt hat, gerade so, als ob es gar keine Opposition und gar keine härmlichen Szenen gegeben hätte; mindestens haben sich diese als unnötig und für den europäischen Betrachter irreführend erwiesen, weil dieser gewohnt ist, in Parlamenten nach heftigen Debatten die Majorität, wenn sie die Debatten überhaupt überlebt, merklich geschwächt zu sehen. Wilsons Majorität im Repräsentantenhaus ist nun von vornherein schwach, sie beträgt nur wenige Stimmen, und mit dem Antrag, der den ersten Schritt auf der gefährlichen Bahn zum Krieg bedeutet, hat Wilson fast das ganze Repräsentantenhaus hinter sich. Die Frage der Bewaffnung der Handelschiffe ist damit zu einer nationalen Frage geworden, in der die Parteintermediate verschwinden, wie nur das in erregenden Ländern auch sonst

zu beobachten Gelegenheit gehabt haben: das typische parlamentarische Bild des Kriegesbeginnes.

Diesen Erfolg verdankt Wilson jener seiner Methode, die in seiner ganzen politischen Laufbahn sein Handeln bestimmt hat. Er hat immer gelehrt, daß es für den politischen Mandatar nicht genüge, gewähnt zu sein und von seinen Wählern Vollmachten erhalten zu haben, die er nach Gutdünken benützen könne, sondern er müsse sich in jedem einzelnen Falle, trotz der Vollmachten, der Zustimmung des Volkes versichern und sein Handeln so einrichten, daß er diese Zustimmung auch zu jedem Schritt erhalte. Man hat nicht mit Unrecht gesagt, daß der Präsident der Vereinigten Staaten für die allerdings beschränkte Zeit seiner Amtsdauer über mehr Macht verfüge als mancher Monarch. Aber Wilson will diese Macht nicht ausüben ohne die Zustimmung der Regierten in jedem einzelnen Falle. So hat seine politische Arbeitsmethode einen gewissen plebiszitären Zug. Auch im vorliegenden Falle zeigt sich das. Zur Bewaffnung der Handelschiffe hätte Wilson wie er, in seiner Bottschaft ausdrücklich festgesetzt, bedurft, da jene Maßregel im Umfang seiner verfassungsmäßigen Befugnisse ohnedies inbegriffen ist. Daß er die Zustimmung der Volksbetretung überflüssigerweise verlangt hat, liegt in seiner Methode, und der Vorzug dieser Methode ist, daß nun das ganze Repräsentantenhaus ihn unterstützt. So geht die Volksbetretung schrittweise mit dem Präsidenten mit, bis sie vielleicht zu jenem letzten Punkt kommt, dem einzigen, für den der Präsident verfassungsmäßig die Zustimmung der Volksbetretung braucht: die Kriegserklärung.

Wilson hofft heute noch — so sagt er in seiner Bottschaft —, daß es nicht so weit kommen wird. Er will den Krieg nicht; deshalb hat er es auch vermieden, von dem Fall der „Laconia“, der sich zum Casus belli ganz gut geeignet hätte, Gebrauch zu machen. Er meint, daß die Bewaffnung der amerikanischen Handelschiffe und — nicht zu vergessen — die fast einstimmige Zustimmung des Repräsentantenhauses auf die Zentralmächte einen so starken

moralischen Eindruck machen werden, daß sie von der Torpedierung der amerikanischen Schiffe absehen werden, in welchem Falle Wilson sich wahrscheinlich dem U-Bootkrieg gegenüber passiv verhalten würde, wie er es bei der „Laconia“ getan hat. Doch wissen wir sehr wohl, daß es für Deutschland im U-Bootkrieg kein Zurück mehr gibt. Die Zentralmächte sehen bewaffnete Handelschiffe als Kriegsfahrzeuge an, die ohne Warnung zu torpedieren sie um so weniger Bedenken tragen. Der erste Zusammenstoß zwischen einem bewaffneten amerikanischen Handelschiff und einem U-Boot kann zum Kriege führen, sei es, daß die Zentralmächte das bewaffnete Einschreiten des Handelsdampfers gegen ihr U-Boot über Amerika den Angriff des U-Bootes gegen sein bewaffnetes Handelschiff als feindseligen Akt erklärt. Präsident Wilson steht zweifellos diese Möglichkeit voraus. Wozu hätte er sonst auf das an sich unnötige Votum der Volksbetretung bei der Bewaffnung der Handelschiffe so großen Wert gelegt?

## Die Neutralität Mexikos und der Weltkrieg. Aeußerungen des mexikanischen Geschäftsträgers in Wien.

Wien, 5. März.

Der mexikanische Geschäftsträger Don Leopoldo Ortiz äußerte sich heute in einem Gespräch mit einem unserer Mitarbeiter folgendermaßen:

Da ich keinerlei eigene Nachrichten und Instruktionen habe, bin ich nicht in der Lage, mich offiziell zu äußern, jedoch glaube ich meinen persönlichen Eindruck dahin zusammenzufassen zu können, daß einerseits, wenn theoretisch gesprochen, Mexiko wirklich die Absicht hätte, Krieg zu führen, nach der gegenwärtigen Sachlage eine europäische Hilfe nicht wirksam sein könnte, andererseits aber beim Präsidenten Carranza der unbedingte Wunsch besteht, allseitige und aufrichtige Neutralität zu bewahren.

Die wichtigste Aufgabe des Präsidenten Carranza ist, die Wunden zu heilen, die der Bürgerkrieg dem Lande geschlagen hat, und diese Aufgabe glaubt er erfüllen zu können gestützt ausschließlich auf das Vertrauen des mexikanischen Volkes, neutral gegen alle Auslandsmächte und sich nicht auf irgendeine Seite verlassend.

Ich kann auch gleichzeitig mitteilen, daß sich gegenwärtig kein amerikanischer Soldat auf mexikanischem Boden befindet.

### Der Diebstahl der deutschen Aktenstücke.

Wien, 5. März.

Die Londoner Blätter veröffentlichen ausführliche Meldungen aus Newyork über die Entwendung der

Instruktionen des deutschen Staatssekretärs Zimmermann an den deutschen Gesandten in Mexiko v. Eckardt. Aus den verschiedenen Berichten läßt sich folgende zusammenfassende Darstellung entnehmen: Die deutsche Botschaft in Washington stand in der letzten Zeit und namentlich knapp vor Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Amerika und Deutschland unter sehr scharfer Ueberwachung. Eine große Anzahl gewiegter amerikanischer Geheimagenten waren damit betraut, den Verkehr der Botschaft zu kontrollieren. Es sei einem der Agenten gelungen, in der Botschaft Beziehungen zu einer Person in niedrigerem Dienstverhältnis zu erlangen, diese Beziehung sei aber dadurch wertvoll gewesen, weil es dem Geheimagenten möglich gemacht wurde, den Abgang von Kurieren und Boten zu erfahren. Eine Handhabe für diese Ueberwachung der Botschaft habe die amerikanische Sicherheitsbehörde durch den Fall des deutschen Konsuls v. Bopp in San Francisco erlangt, der bekanntlich wegen des Versuches, in Kanada eine Bewegung hervorzuheben, nebst mehreren anderen deutschen Funktionären zu je drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden war.

Angeblieh hätte die Sicherheitsbehörde in der jüngsten Zeit dafür Anzeichen gehabt, daß seitens der deutschen Botschaft, entweder mit oder ohne Kenntnis des Grafen Bernstorff selbst, Versuche im Zuge seien, in inner-amerikanische Vorgänge unzulässige Einmischungen zu versuchen. Daher wurde das Hauptaugenmerk der die Botschaft überwachenden Agenten auf alle jene Kuriere gerichtet, die innerhalb Amerikas reisten. Ebenso wurde alle Post der Botschaft nach Möglichkeit kontrolliert. Ende Januar erhielt der erwähnte Geheimagent von seinem Manne in der Botschaft die Mitteilung, daß in den nächsten Tagen ein Kurier mit einer Instruktion nach Mexiko abgehen werde. Der Kurier verließ tatsächlich die Botschaft einige Tage später, und es gelang den amerikanischen Detektiven, den Kurier festzustellen, trotzdem derselbe unter besonderen Vorkehrungsregeln abreisen wollte. Mehrere Agenten befragten den gleichen Zug wie der Kurier, der während der Fahrt in seinem Abteil gestellt und zur Uebergabe der Poststücke verhalten wurde. Inwieweit hierbei Gewalt oder List zur Anwendung kam, ist nicht bekannt. Der Kurier trug eine Instruktion des deutschen Staatssekretärs Zimmermann bei sich, die das Datum des 19. Januar trug, weiter ein Begleitschreiben des Botschafters Grafen Bernstorff vom 21. Januar. Alle Dokumente wurden der Regierung im Weißen Hause übergeben. Die deutsche Botschaft selbst erfuhr nicht, daß ihr Kurier um seine Papiere gekommen war, ebensowenig der deutsche Gesandte in Mexiko. Eine Finte der Geheimpolizei habe die Entdeckung bis zuletzt verhindert. Es scheint jedoch, daß Photographien und nicht die Originale der Dokumente in die Hände Wilsons gelangten. Diesbezüglich bestehen nur Vermutungen, es wird aber erklärt, daß die Regierung in Washington volle Beweise für die Echtheit der Dokumente besitze. Der Eindruck der Affäre in Amerika sei ungeheuer und ein allgemeiner Stimmungsumschwung für Wilson zu verzeichnen.

## Der Brief Zimmermanns.

Der Wortlaut des Schreibens.

□ Frankfurt, 5. März. (Priv.-Tel.)

Wie der Frankf. Stg. aus dem Haag berichtet wird, verübereitet Reuter nach der Associated Press den Wortlaut des Briefes, den Staatssekretär Zimmermann an den deutschen Gesandten in Mexiko v. Eckhardt gerichtet hat, wie folgt:

Berlin, den 19. Januar 1917.

Am 1. Februar werden wir den uneingeschränkten U-Bootkrieg beginnen, trotzdem hat man die Absicht, Amerika neutral zu halten. Wenn diese Bemühungen nicht gelingen, so schlagen wir ein Bündnis mit Mexiko auf folgender Grundlage vor: Wir werden gemeinschaftlich Krieg führen und Friedensschließen. Wir würden eine allgemeine finanzielle Unterstützung gewähren, und es wird angenommen, daß Mexiko das verlorene Gebiet von Neu-Mexiko und Arizona zurückerhalte. Einzelheiten der Ausführung werden Ihnen überlassen. Sie haben den Auftrag, Carranza im strengsten Vertrauen zu sondieren, und sobald es gewiß ist, daß ein Krieg mit Amerika ausbrechen wird, ihm den Wink zu geben, er möge sich aus eigener Initiative mit Japan in Verbindung setzen, dieses Land zum Anschluß auffordern und gleichzeitig seine Vermittlung zwischen Japan und Deutschland anbieten. Lenken Sie die Aufmerksamkeit Carranzas darauf, daß die Durchführung des rücksichtslosen U-Bootkrieges es möglich macht, England niederzuzwingen und innerhalb weniger Monate zum Frieden zu bringen. Unterschrift: Zimmermann.

Reuter behauptet, daß dieses Dokument in den Händen Wilsons gewesen sei, als er die Beziehungen zu Deutschland abbrach. Es sei eine ausreichende Antwort auf die Klage des Reichskanzlers, daß Amerika kurzerhand die Beziehungen abgebrochen habe, ohne Gründe für dieses Vorgehen anzugeben. Reuter sieht in diesem Dokument die Vermutung bestärkt, die bereits von amerikanischen Seerührern bekanntgeworden sei, daß, wenn Japan jemals einen Einfall in Amerika mache, dies wahrscheinlich durch Mexiko in das Mississippi-Tal geschehen werde, um so das Land in zwei Teile zu reihen.

6./III. 1917

95

## Eine Erklärung Wilsons.

Sofortige Einberufung des Senats be-  
hufs Aenderung der Geschäftsordnung.

Washington, 4. März. (Meldung des  
Reuterschen Bureaus.) In einer Sonntag abends  
veröffentlichten Erklärung teilt Präsident  
Wilson dem Lande mit, es könne sein, daß  
er mangels einer Ermächtigung  
durch den Kongreß nicht die Voll-  
macht haben werde, Handelsschiffe  
zu bewaffnen oder andere Maß-  
regeln zu ergreifen, um der U-Boots-  
Gefahr zu begegnen. Der Präsident er-  
klärt, es würde eine außerordentliche  
Session des Kongresses, erfor-  
derlich sein, um ihm die nötige Er-  
mächtigung zu geben, aber es wäre  
zwecklos, eine außerordentliche  
Session einzuberufen, so lange der  
Senat mit der gegenwärtigen Ge-  
schäftsordnung arbeite, die es einer  
kleinen Minderheit ermögli-  
che, eine überwältigende Mehrheit in  
Schach zu halten.

Der Präsident schlägt deshalb vor, eine  
außerordentliche Session des  
Senats für heute einzuberufen, um  
die Geschäftsordnung abzuändern  
und für Mittel zu sorgen, damit das Land  
vor einer Katastrophe bewahrt  
werde.

### Rede König Gustavs im Ministerrat.

Die Gründe für die Ablehnung der Demission.

AB Stockholm, 6. März.

Sämtliche Mitglieder der Regierung haben, wie bereits kurz gemeldet, gestern dem König ihr Rücktrittsgesuch überreicht. Bei der Erörterung dieses Gesuches im gestrigen Ministerrate sagte der König:

Ich verstehe die Schwierigkeiten, die das Rücktrittsgesuch veranlaßt haben. Ich habe indessen volles Vertrauen zu meinen gegenwärtigen Ratgebern, die mit den außerordentlichen, durch den Weltkrieg geschaffenen Verhältnissen vertraut sind. Ein Wechsel des Ministeriums unter den jetzigen Umständen würde aber nicht nur bedeutende Schwierigkeiten mit sich bringen sondern könnte auch so aufgefaßt oder gedeutet werden, als sei er gleichbedeutend mit der Abweichung in einer oder der anderen Richtung von der bisher konsequent durchgeführten unparteiischen Neutralitätspolitik, an der festzuhalten ich festentschlossen bin. Aus diesem Grunde glaube ich mit Rücksicht auf die Verantwortlichkeit meiner Stellung, in Ihr Gesuch jetzt nicht einwilligen zu dürfen. Ich bitte Sie, statt dessen auf das Eindringlichste alle Anstrengungen zu machen, um einen Ausweg aus den Schwierigkeiten zu finden, die Ihren Wunsch zurückzutreten veranlaßt haben. Ich fordere Sie deshalb auf, in Ihren Ämtern, die ich Ihnen anvertraut habe, zu bleiben, in der Hoffnung, daß ein solcher Ausweg zu finden sein werde.

Die Mitglieder des Ministerrates erklärten darauf, daß sie unter Festhalten an ihrem Rücktrittsgesuch sich der weiteren Verwaltung ihrer Ämter nicht entziehen wollen, in der Erwartung, daß die vom König ausgedrückte Hoffnung in Erfüllung gehen werde.

6. II. 1917

37

## Aufklärung an Wilson.

W i e n, am 5. März.

Wenn Präsident Wilson Beweisgründen überhaupt zugänglich ist, dann muß er nach dem Studium der eingehenden Antwort, die ihm von der Wiener Regierung auf seine kürzlich nach Wien gerichtete Anfrage zugestellt wurde, bekennen, daß zu Anklagen gegen den verschärften Seekrieg jede rechtliche Grundlage fehlt. Wenn Präsident Wilson, der große Pazifist und Apostel der Menschlichkeit, sich nicht in den Kriegsgedanken schon so verbissen hat, wie es Reuters Meldungen uns glauben machen möchten, dann gibt es für ihn nach der gründlichen Aufklärung, die ihm Oesterreich-Ungarn zuteil werden läßt, wenn er in der Geschichte nicht als kleiner Sekundant und Nothelfer Englands, sondern als würdiger Nachfolger der großen Gestalten zu gelten wünscht, die von Washington bis Lincoln der nordamerikanischen Republik die Richtung wiesen und ihr eigentümliches Ansehen unter den Völkern begründeten, nur noch Eines: Freimütig und rückhaltlos, mit dem ganzen Nachdruck des Sprechers der einzigen bisher der äußern Form nach neutral gebliebenen Großmacht zu erklären, daß das Recht der Mittelmächte auf die von ihnen seit einem Monat geübte Methode der Verteidigung unbestreitbar sei und daß die neutralen Staaten allen Anlaß hätten, den Mittelmächten die baldigste Erreichung ihres im wahrsten Sinn des Wortes gemeinnützigen Kriegszieles zu wünschen. Wie das Leitmotiv in einer Londondichtung, so kehrt in der Antwort Oesterreich-Ungarns der Vorhalt an die Regierung in Washington immer wieder, daß der verschärfte Seekrieg aus Rücksichten auf eben jene Menschlichkeit begonnen wurde, auf die sich Wilson immer wieder beruft. Es handelt sich jetzt darum, den Krieg, dessen Beendigung im Wege eines annehmbaren Vergleichs der feindliche Verband zu Weihnachten unter hochmütigen Hohn- und Scheltworten abgelehnt hat, durch ein besonders wirksames Mittel abzukürzen, die Leiden der Völker möglichst bald zu beenden und die von britischer Willkür verschuldete Rechtslosigkeit und wirtschaftlichen Bedrängnisse der Neutralen zu beseitigen. Um Frieden, Freiheit und Gleichberechtigung aller kämpfen die Mittelmächte, und die Anwendung der Tauchbootwaffe, die den starrsinnigsten Gegnern des Friedens so unbequem geworden ist, verrichtet Friedensarbeit, bezweckt nichts anderes, als den Kriegsfuror an der Themse zu dämpfen und allgemach in Friedenswilligkeit zu verwandeln.

Die österreich-ungarische Antwort verschmäht es, die Berechtigung des verschärften Seekrieges, genauer, des Versenkens feindlicher Schiffe ohne Warnung, aus den Methoden der feindlichen Seekriegsführung abzuleiten, obwohl die sicherlich auch in Amerika anerkannte Kriegsgepflogenheit, Gleiches mit Gleichem zu vergelten, die Mittelmächte nach allem, was sich die feindliche Kriegsführung ihnen gegenüber bereits hat zuschulden kommen lassen, längst jeder Rücksicht auf Kriegsregeln und allstaatliche Abmachungen enthöbe. Mit einer Geste der Verachtung weist es Oesterreich-

Ungarn in seiner Antwort von sich, mit den schändlichen Piratenpraktiken unserer Feinde in der Adria, von den „Baralong“-Leistungen der Briten gar nicht zu reden, in Wettbewerb zu treten. Auch den unmenschlichsten Feinden gegenüber vergaßen und vergessen wir „Barbaren“ niemals auf die Pflichten der Menschlichkeit. Unsere Antwort an Wilson beruft sich nicht einmal auf die Tatsache, die allein schon den verschärften Tauchbootkrieg vollauf rechtfertigt, daß England seit Kriegsbeginn durch Verseuchung der Meere mit Minen das unterschiedslose und warnungslose Vernichten von Schiffen jeder Art und jeder Herkunft unter Duldung Amerikas geübt hat; was den englischen Minen, deren Wirkungsfeld, wie die Anschwemmung von Tausenden solcher Schiffsvernichter an der holländischen Küste beweist, nicht einmal begrenzt werden kann, durch zweiundeinhalb Jahre erlaubt war, kann den Tauchbooten der Mittelmächte unmöglich verboten sein, und zwar um so weniger, als die Mine blind und wahllos alles vernichtet, was ihr der Zufall zuführt, während das U-Boot, von Menschenverstand gelenkt, sein Verhalten je nach den Umständen einzurichten und gegebenenfalls zu retten vermag, was zu retten ist. Aber selbst dieses jeden Widerspruch schlagende und den letzten Zweifel tilgende Argument läßt die Antwort der Wiener Regierung außer Betracht. Einzig und allein aus dem geltenden internationalen Recht, aus der natürlichen Logik der Dinge und aus Wilsons eigenen Anschauungen und Worten wird die Unansechtheit, Korrektheit und Menschlichkeit unserer Seekriegsführung auch in ihrer neuen, verschärften Form dargetan. Das gewählte Beweisverfahren ist etwas umständlicher, aber um so zwingender. Ob nun Präsident Wilson als Verehrer völkerrechtlicher Vereinbarungen oder als ein gerechter Beurtheiler der Verhältnisse, wie sie tatsächlich liegen und uns zur verschärften Tauchbootkriegsführung genötigt haben, die kritische Sonde an unsere Rechtfertigung legt, oder ob er dies bloß in der Sorge tut, mit sich selber nicht in Widerspruch zu geraten, in keinem Falle gibt es für ihn ein Entrinnen. Er kann uns nur dann unrecht geben, wenn er, der stolze Rechtsgelehrte der Princeton Universität, der sich rühmt, von seinem Vater zu einem Virtuosen der Logik gedrillt worden zu sein, den Mut aufbringt, auf alle Gründe des Rechts und der Billigkeit und auf das eigene Wort zu pfeifen, sobald sich ihm die Gelegenheit bietet, die Mittelmächte an der begonnenen Abkürzung des Krieges zu hindern.

Die Antwort unserer Regierung nötigt Wilson, über sich selbst das Urtheil zu sprechen, sein endgültiges Charakterbild der Geschichte einzuverleiben. Noch einmal wird er höflichst und in aller Güte eingeladen, etwas für seinen und seines Landes guten Ruf in der Welt und bei den spätern Geschlechtern zu tun. Aber wenn er es vorzieht, sich bei Reuters ein Porträt zu bestellen, so wird und kann ihn niemand daran hindern. An der Ausübung unseres Rechts der Selbstverteidigung, an dem ehernen Willen der Mittelmächte, es an ein Ende zu bringen und die trohige Friedensweigerung der Feinde mit allen verfügbaren Mitteln zu brechen, kann von Washington aus nichts mehr geändert werden. Wir erstreben die möglichste Abkürzung des furchtbaren Kriegsleides, auch wenn jenseits der großen Lücke sich der letzte Pazifist als Gesellschafter der Kriegsverlängerer zu erkennen gäbe.

## Angebliche Kriegs- absichten Chinas.

### China und der Unterseekrieg.

Ueber New-York und London, also auf einem ziemlich großen Umweg, der auch den Wahrheitswert der Nachricht erheblich herabdrückt, kommt aus Peking die Meldung, daß in China eine starke Strömung für den Abbruch der Beziehungen zu Deutschland bestehe. Das chinesische Kabinett soll einstimmig beschlossen haben, den verschärften Unterseekrieg der Mittelmächte in gleicher Weise wie die Vereinigten Staaten zu beantworten und nur der Widerstand des Präsidenten der Republik habe bisher verhindert, daß dieser Beschluß in die Tat umgesetzt wurde. Präsident Sjuanhang soll nach der einen Darstellung den Beschluß des Ministerrates aus dem Grunde mißbilligt haben, weil das Recht zum Abbruch der Beziehungen verfassungsmäßig ihm allein zustehe, nach einer anderen Meldung nur unter dem Vorbehalt zugestimmt haben, daß der Beschluß auch durch das Parlament gebilligt würde. Offenbar sind da einander entgegenwirkende Kräfte im Spiele, aber es ist nicht zu erkennen, welche von ihnen schließlich die Oberhand erhalten dürften. Jedenfalls muß es überraschen, daß als einzige neutrale Macht gerade China, das vom Unterseekriege nur insoweit betroffen wird, als chinesische Kulis auf englischen oder amerikaniichen Schiffen dienen, die Neigung zeigt, sich der Politik des Präsidenten Wilson anzuschließen. Möglicherweise wird diese Haltung von dem Bestreben diktiert, an den Vereinigten Staaten einen verstärkten Rückhalt gegen Japan zu gewinnen und im Uebrigen werden der russische Rubel im Verein mit englischen Pfunds und amerikanischen Dollars das Ihrige tun, um die maßgebenden Stellen in China den Wünschen des Vierverbands und seines amerikanischen Mitläufers gesügig zu machen. Sollte diplomatischer Druck und finanzieller Bestechung ihr Werk gelingen, so würde mit China allerdings eine territoriale sehr große Macht an die Seite unserer Gegner treten, aber der militärische Effekt dieser Wendung wäre vorläufig sehr bescheiden.

London, 6. März.

Die Blätter veröffentlichen folgende telegraphische Meldungen aus New-York:

Nach einer Depesche aus Peking hat sich das Kabinett einmütig zugunsten des Abbruchs der Beziehungen zu Deutschland ausgesprochen. Der Präsident hat dies nicht gebilligt und erklärt, ihm allein stehe verfassungsgemäß dieses Recht zu. Der Premierminister ist zurückgetreten, die übrigen Minister werden wahrscheinlich das Gleiche tun.

Nach einer Neuterdepesche aus Peking ist der Rücktritt des Ministerpräsidenten erfolgt, nachdem es zwischen ihm und dem Präsidenten zu einer Szene gekommen war. Die Demission wird wahrscheinlich nicht angenommen werden. An der Haltung Chinas gegenüber Deutschland hat sich nichts geändert.

Das Wolffsche Bureau bemerkt hierzu:

Wir geben diese Meldung mit allem Vorbehalt wieder, da über den Inhalt weder im auswärtigen Amt noch in der hiesigen chinesischen Gesandtschaft amtliche Nachrichten vorliegen.

Frankfurt, 6. März. (Privat.)

Die „Frankf. Ztg.“ berichtet aus London: „Morning Post“ meldet aus Schanghai: Entgegen dem Willen des Präsidenten Sjuanhang, der für die Aufrechterhaltung der Neutralität Chinas ist, hat das Kabinett den Abbruch der Beziehungen zu Deutschland und die spätere Kriegserklärung beschlossen. Der Präsident nahm diese Entscheidung unter dem Vorbehalt an, daß sie durch das Parlament und die Provinzgouverneure gebilligt werde. Der Minister des Auswärtigen, Wutingfang trat zurück.

7./III. 1917

**Kritische Stimmen im Unterhaus.****Die Saloniki-Expedition.**

A. Rotterdam, 6. März. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses sagte der Liberale Lambert, daß das Kriegsamts besser getan hätte, 10.000 Mann aus Saloniki wegzunehmen, als sie der Landwirtschaft zu entziehen.

Sir Jvo Herbert (liberal) meinte, das Wichtigste sei im Augenblick nicht Soldatenmaterial für die Fortsetzung des Krieges.

Schatzkanzler Bonar Law lehnte es ab, sich für oder gegen die Saloniki-Expedition zu äußern. Es handle sich nicht mehr allein um die Politik der englischen Regierung. Die Alliierten verfolgen jetzt eine gemeinsame Politik im nahen Osten. Von einer geheimen Sitzung, die Churchill vorgeschlagen hatte, versprach sich Bonar Law keinen Nutzen.

**Zweifel Churchills.**

Churchill äußerte Zweifel, ob man in diesem Jahre entscheidende Resultate werde erreichen können. Er hoffe, daß die Regierung ihre Heere nicht für einen Kampf in gewaltigem Maßstabe verwenden werde, wenn sie nicht absolut sicher wäre, daß man dadurch zur entscheidenden Phase vorwärts schreite.

**Der Kartoffelmangel.**

Bathurst erklärte in Beantwortung einer Anfrage, daß der Kartoffelmangel nicht allein in England, sondern in der ganzen Welt herrsche. Wenn man fortfahren werde, in dem Maße wie bisher Kartoffeln zu essen, würde wahrscheinlich am Ende des Frühjahrs oder Anfang des Sommers überhaupt niemand mehr Kartoffeln bekommen. Leute, die von anderen Nahrungsmitteln leben könnten, sollten sich der Kartoffeln enthalten, damit der Vorrat für die Armen reiche. Er glaube nicht, daß die Landwirte Kartoffeln zurückhalten.



## Private Friedens-Erörterungen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

\* Bern, 7. März.

Eine Friedensdebatte im Kleinen wird augenblicklich im „Journal de Geneve“ geführt. Am 26. Februar hatte das Blatt einen Artikel gebracht, dessen mit „X.“ zeichnender Verfasser bereits durch die pessimistische Schilderung der russischen Zustände vor einiger Zeit Aufsehen erregt hatte. In dem neuen „Et la paix“ überschriebenen Artikel sucht nun X. auseinanderzusetzen, daß die Friedensziele der Alliierten und der Mittelmächte eigentlich gar nicht so sehr voneinander verschieden seien. Man wisse nicht, warum die Auseinandersetzung über den Frieden plötzlich aufgehört habe. Was Belgien und Frankreich betreffe, so sei Deutschland zweifellos bereit gewesen, die besetzten Gebiete zu räumen. Ein dritter Punkt (Polen?) wurde offenbar von der französischen Briefzensur unterdrückt. Viertens habe sich auch Deutschland zu der „Gesellschaft der Nationen“ bekannt. Warum also sei das kleine Licht, dessen Hüter Wilson war, wieder ausgegangen?

Gegen diesen Artikel nimmt nun heute der ständige Pariser Vertreter des Blattes Stellung, indem er zunächst darauf hinweist, daß diese Ausführungen durchaus nicht dem Geisteszustande vieler und einflussreicher französischer Kreise entsprächen. Er wird aber gleich darauf in einer Fußnote von der Redaktion zurechtgewiesen, die darauf hinweist, daß X. nur in seinem eigenen Namen gesprochen habe, daß seine Meinung aber dennoch von vielen Seiten Zustimmung erfahren hat, und daß schließlich die Friedensfrage in einem neutralen Blatte zu erörtern sein müsse. Im übrigen setzt der Berichtsteller den deutschen Kriegszielen die üblichen Zweifel entgegen. Ueber Belgien könne man nicht reden, solange es nicht wirklich geräumt sei. Was Frankreich betreffe, so wechsle die Stimmung in den deutschen Regierungskreisen je nach der militärischen Situation. Polen könne nicht geholfen werden, wenn nicht alle seine Teile vereint würden, wie es Rußland vorschläge. Und was die „Gesellschaft der Nationen“ betreffe, so würde Deutschland diese zwar genehmigen, doch nur, um in ihr seine Hegemonie weiter innezuhaben. Aber gerade um dieser Form einer europäischen Gesellschaft zu entgehen, verfolgten die Sehnstaaten diesen Krieg, der ihnen auferlegt worden sei.

Indessen seien diese vier Fragen noch nicht die Hauptsache. Man dürfe die Probleme Elsass-Lothringen, Italien, Rumänien und Oesterreich-Ungarn nicht in den Hintergrund treten lassen, und — nun kommt ein Satz, der in dem Munde des stets von französisch-offiziösen Quellen gespeisten Journalisten einige Bedeutung hat: „So oft wenn heute ganz Belgien und das besetzte Frankreich geräumt würde, könnten die Alliierten auf dieser Grundlage keinen Frieden schließen, weil Deutschland mit seinen Bundesgenossen über einen furchtbaren Block verfüge, der es, indem er die Gruppe der Alliierten in zwei Stücke schneidet, zum Herrscher des Kontinents macht. Die wiederhergestellte Unabhängigkeit Belgiens würde kaum eine Wirkung haben, solange das einige tausend Kilometer davon entfernt liegende Serbien unterdrückt bliebe, denn das Gewicht Mitteleuropas würde schwer auf den ganzen Kontinent lasten. Friedensverhandlungen zu eröffnen unter Fortsetzung der Kriegshandlungen und ohne daß die Grundlagen des Friedens vorher festgelegt worden sind, das sei das Ziel der Mittelmächte, und das hätten die Alliierten mit Recht zurückgewiesen. Man werde verhandeln, wenn man klar sehe. Jeder andere Weg wäre eine einfache Fille, aus der diejenigen ihren Nutzen ziehen wollten, die einige Pfänder in der Hand haben in der Hoffnung, die anderen Parteien, deren Kräfte ständig wüchsen, zu entzweien.“

7. III. 1917

63

— Die Ausschließung des Papstes vom Friedenskongress verlangt in einem Rundschreiben an alle freidenkerischen Gruppen des Böhmerverbandes der freidenkerische Presseverein („Rationalist Press-Association“ in London, der die Freidenker Großbritanniens und seiner Kolonien vertritt. Die Freidenker im Bereich des Böhmerverbandes werden aufgefordert, die Zulassung irgend eines Vertreters des Papsttums bei den dem Ende des gegenwärtigen Krieges vorhergehenden Verhandlungen oder auf einem sonstigen Kongresse, wo Friedensverträge zur Sprache gebracht werden, zu hintertreiben.“ Die Zulassung des Papstes wäre „sicherlich nicht im Interesse der Verbündeten“, „aber auch nicht im Interesse der Menschheit“, sondern „rein nur im Interesse der römischen Kirche“. Begründet wird die Forderung damit, daß der Papst „kein weltlicher Monarch ist“ und daher „kein größeres Recht hat, vertreten zu sein, als etwa der Dalai-Lama von Tibet oder der Erzbischof von Canterbury oder das Haupt irgend einer anderen Kirche.“ Außerdem „wäre die Zulassung des Papstes eine Beleidigung dem verbündeten Italien gegenüber, das während 46 Jahren sich gegen alle Mächtschaften wehrte, die bezweckten, die weltliche Herrschaft wieder herzustellen“. Von allen verbündeten Regierungen ist nur Belgien katholisch. In Frankreich, Japan, Portugal besteht Trennung zwischen Staat und Kirche. In Großbritannien ist die Staatsreligion protestantisch, in Rußland, Rumänien, Serbien und Montenegro herrscht die griechische Kirche.“

Belgien, das hätte hoffen können, vom Papst unterstützt zu werden, ist offensichtlich übersehen worden, und keine Beurteilung ist vom Vatikan ausgegangen, um die Besetzung und Zerstörung dieses Landes von Seiten der Deutschen zu tadeln.“ Des Papstes Haltung ist in allen neutralen Ländern, besonders in Spanien, den Verbündeten feindselig gewesen.“ Der Schlusssatz lautet: „Wird der Papst zugelassen, so wird er Mitschuldiger der Verbrechen der Mittelmächte. Er dient dann als Werkzeug ihrer Diplomatie.“

## Friedensreden in der italienischen Kammer. Angriffe gegen die Regierung von allen Seiten.

Zürich, 7. März.

In der gestrigen Sitzung der italienischen Deputiertenkammer versprach der Regierungsvertreter weitere Maßnahmen zur Verbesserung des Fischjanges, um den dringenden Bedürfnissen der Bevölkerung entgegenzukommen.

Der Sozialist Casalini behandelte die Erschwerung der Lebenshaltung des Volkes, deren Verteuerung durch den Krieg er auf 70 Prozent berechnete, und ging sodann auf die Besprechung zahlreicher wirtschaftlicher, finanzieller und verkehrstechnischer Fragen ein, um daraus zu folgern, daß eine Besserung nur durch den Frieden zu erreichen sei, nachdem einmal diplomatische und wirtschaftspolitische Grundirrtümer die Hoffnung auf eine einheitliche wirtschaftliche Front der Verbündeten sowie auf Selbsthilfe verwehren. Das Ministerium scheine seine Wirtschaftspolitik von allen Seiten angegriffen, ohne einen Verteidiger zu finden. Selbst die für den Krieg mitverantwortlichen Parlamentarier suchen sich durch die Kritik des Ministeriums ein Alibi zu beschaffen, um ihre Verantwortlichkeit vergessen zu machen. Leider habe die Regierung eine günstige Gelegenheit versäumt, um herbeizuhelfen die gefährvolle internationale Lage zu wenden. Die Sozialisten bleiben bemüht, jede günstige Gelegenheit zur Annäherung an den Frieden zu ergreifen.

Sodann sprachen drei Deputierte der interventio-nistischen äußersten Linken. De Felice beklagte die Mangelhaftigkeit der Maßnahmen der Regierung bezüglich der Brotbeschaffung und der Brotbereitung und rief die Verwendung der Kartoffeln bei der Brotbereitung an, die man durch dreimalige Ausfaat im

Handumdrehen massenhaft haben könne, und versicherte, daß man glänzend gegen könnte, wenn nur die Brotfrage richtig gelöst würde.

Rubini führte aus, daß die Approvisionierung sogleich in Ordnung wäre, wenn nur der richtige Zusammenhang mit den Verkehrsdiensten hergestellt und das Uebermaß von Kommissären und Kommissären beseitigt würde. Natürlich müsse der Schatzminister auch den Niedergang des italienischen Geldkurses anhalten.

Labriola anerkannte den Zusammenhang der wirtschaftlichen mit den politischen Kriegsproblemen und vertret den Standpunkt, daß eine Nachprüfung der am 10. Januar in der Antwortnote an den Präsidenten Wilson angegebenen Bedingungen im Verein mit anderen Umständen wohl zu einem rascheren und glücklicheren Abschluß des Krieges führen könnte. Die Regierung müsse sich in der äußeren Politik besser den Erbitten und Forderungen des Volkes anpassen. Im Wirtschaftskonflikt zwischen dem deutschen und englischen Imperialismus sei keinem von beiden ebensowenig wie jedweden anderen Imperialismus ein Erfolg zu wünschen. Die Polen dürfe man nicht wieder dem russischen Zaren überliefern. Bei der Lösung der serbischen Frage müsse die Harmonie mit den anderen die großen balkanischen Nationalitäten betreffenden Fragen hergestellt werden. Es sollte auch die Anerkennung der italienischen Aspirationen auf Dalmatien erreicht werden. Die Anerkennung der russischen Ansprüche auf Konstantinopel sei nicht zu billigen. Die angekündigte Bildung eines großen czecho-slowakischen Staates wäre voll gefährlicher Folgen. Im neuen Europa müsse das Prinzip der Volkssouveränität herrschen und man habe dem freien Willen der interessierten Völker bei etwaigen Neuordnungen mehr Rechnung zu tragen, als dies der Böhmerverband in der Note an Wilson getan habe.

8. III. 1917

8  
49**Vom einstigen Herrn der „schwarzen Berge“.**

dt Bern, 7. März. (Priv.-Tel., 3f.) Die Freundschaft zwischen der Entente und König Nikolaus von Montenegro scheint, obwohl dieser noch in Paris wohnt, ernstlich in die Brüche zu gehen. Die „Gazette de Lausanne“ schreibt darüber:

Dem Plan, der Entente, Montenegro und Serbien zu einem Staat zu vereinigen, sehe König Nikolaus einen heimlichen, heftigen Widerstand entgegen, der den Alliierten und ihren Interessen auf dem Balkan einigen Schaden zu verursachen droht. Die zu opfernde Dynastie würde natürlich die montenegrinische sein und das kränke König Nikolaus. Sein jüngster Sohn, Prinz Mirko, mache in Wien in Voraussicht eines Sieges der Zentralmächte Oesterreich-Ungarn den Hof und solle dabei mit mehr oder weniger stillschweigender Zustimmung seines königlichen Vaters handeln, der gleichfalls nicht mehr an den Sieg der Alliierten glaube. Seitdem der König von Montenegro befürchten müsse, durch den Sieg der Entente seinen Thron zu verlieren, fühle er natürlich auch kein Bedürfnis mehr, den Sieg der Alliierten zu wünschen. Von seinem bisherigen Ministerpräsidenten Radowitsch aufgefordert, sich ein für allemal auszusprechen, habe der König sich kürzlich ausdrücklich geweigert, der Vereinigung der Südslawen zuzustimmen. Radowitsch habe darauf, wie bekannt, Anall und Fall demissioniert. Der Zar von Rußland habe ihm durch Verleihung des Großkreuzes des Weißen Adler-Ordens klar zu erkennen gegeben, was er von dem Schattenkönig auf dem Balkan, der so viel Dankbarkeit gegen Rußland haben müsse, denke. In dem neuen Ministerium des König Nikolaus sei der Minister des Auswärtigen ein Major, der niemals im Feuer gestanden habe, und der Sohn eines berühmten österreichischen Freundes. Ein anderer der neuen Minister, Alitsch, sei Offizier in der österreichischen Armee gewesen. Die neuen montenegrinischen Minister seien einzig Gesöpfe des König Nikolaus, der den Wunsch habe, seine Krone zu behalten, und dabei auf Wien und Berlin rechne.

9. III. 1917

59

## Exodus der irischen Nationalisten.

### Lloyd George gegen Homerule für Ulster.

London, 7. März.

Die Nationalistenpartei brachte im Unterhause einen Antrag auf sofortige Einführung von Homerule mit dem Hinweis darauf ein, daß dadurch die Stellung der Alliierten in ihrem Verlangen nach Anerkennung gleicher Rechte für die kleinen Nationen gestärkt werde.

Im Laufe der Besprechung sagte Premierminister Lloyd George, die Regierung sei bereit, allen Teilen von Irland, die es unzweideutig verlangten, die Selbstregierung zu gewähren. Die Iren könnten zu jeder Zeit mit ausdrücklicher Zustimmung aller Parteien in England die Selbstregierung für jeden Teil ihres Landes erlangen, der es fordere, aber keine Partei werde die Forderung unterstützen, daß Ulster in ein solches Abkommen hineingezwängt werde.

Lloyd George legte zum Schlusse folgende Resolution vor: Das Haus begrüßt jedes Abkommen, das ein besseres Einverständnis zwischen Irland und dem übrigen Teile des Vereinigten Königreiches herbeizuführen geeignet ist; aber es hält für unmöglich, irgend einem Teile oder einem Gebiete in Irland durch Gewalt eine Form der Regierung aufzuerlegen, die nicht dessen Zustimmung hat.

Asquith schlug vor, die Vermittlung einer außenstehenden auswärtigen und unparteiischen Autorität anzurufen, um die verschiedenen Interessen und Neigungen in Einklang zu bringen.

Redmond drückte seine tiefe Enttäuschung darüber aus, daß die Regierung mit keinem endgültigen Plane hervortrete, und riet den Nationalisten, an der fruchtlosen Besprechung nicht weiter teilzunehmen.

Daraufhin verließen Redmond und die Nationalisten das Haus.

Es gab einige Zwischenrufe, aber keinen Zwischenfall. Die Besprechung wurde von den anderen Mitgliedern des Hauses ruhig fortgeführt.

Die Nationalistenpartei wird morgen über die Lage beraten.

### Ernstste Lage in Irland.

Gr. Haag, 8. März. (Tel. d. „Freunden-Blatt“.)

Trotz lebhafter Bemühungen der englischen Zensur wird immer mehr die Tatsache bekannt, daß die Lage in Irland ernst erscheint. Ein Korrespondent des „Daily Mail“, der in einem Auto Irland durchfuhr, schreibt: Immerhin glaubte man, daß die Sinnfeiner-Bewegung im Süden und Westen erstorben sei. Es besteht aber kein Zweifel, daß sie im Gegenteil in letzter Zeit bedeutend an Kraft gewonnen hat.

**Eine nationale Kundgebung in Paris.**

Paris, 8. März. (Meldung der *Agence Havas*.) Gestern nachmittag fand in der Sorbonne eine große nationale Kundgebung statt, bei der Präsident Poincaré anwesend war. Kammerpräsident Deschanel führte den Vorsitz.

Justizminister Viviani erklärte namens der Regierung, nach dreißig Kriegsmonaten habe Frankreich, unbezwingbar entschlossen, eine Niederlage in die Ferne gerückt und sich dem Sieg genähert. Wie es sich im Krieg aufrechterhalte, so werde es morgen auch aufrecht stehen in einem Frieden, der Entschädigungen bringe zusammen mit Elsass-Lothringen, in einem Frieden auf Grund des Sieges, den Frankreich seiner Geschichte zu Ehren und gemäß der Achtung für seinen Namen allein annehmen könne gegenüber dem preussischen Militarismus, der die Geißel dieses Krieges entfesselte, auf Grund des Sieges, der ermögliche, daß die Kinder seiner Kinder frei unter der Sonne leben könnten. Für das Recht und im Bunde mit den Alliierten bleibe Frankreich aufrecht.

Darauf hielten Deschanel, Barthou und Barrès Reden, in denen sie Frankreich aufriefen, bei den Anstrengungen zu beharren, denn niemals biete sich eine gleich günstige Gelegenheit, den Sieg zu vollenden und den Erbfeind endgültig zu bezwingen, der sich im Laufe der Jahrhunderte bereits neunundzwanzigmal auf Frankreich stürzte.

Die großen Gesellschaften Frankreichs erklärten feierlich ihren Willen, die Anstrengungen der Kämpfenden zu unterstützen. Die Vertreter des katholischen, protestantischen und israelitischen Propagandaausschusses sprachen in selbem Sinne.

## Weltkrieg — Weltfrieden.

Hambura, 8. März.

Im großen Saale des Conventgartens sprach der veraninte Politiker Dr. Paul v. H. über das Thema „Weltkrieg und Weltfrieden“. Der Krieg, so legte der Redner dar, hat seinen Ursprung darin, daß Deutschland sich in einem geographischen Gefängnis befindet. Der Friede kann erst kommen, wenn es aus diesem Gefängnis befreit ist. Auch Rußland liegt in einem solchen Gefängnis, und das ist eine Hauptursache des Krieges. Rußland will den Weg ans offene Weltmeer, um sein Getreide auf den Weltmarkt bringen zu können, der jenseits der Dardanellen liegt. Diesen Ausweg wehrt ihm die Türkei, und neben dieser steht Deutschland. Es ist eine törichte Idee, wenn man ein Schlupfloch aus dem Kriege darin finden will, daß man die Russen auf den Indischen Ozean oder den Persischen Golf verweist. Nun liegt aber auch uns daran, das offene Weltmeer zu haben. Ein großer Teil unseres Exports geht ja in die fremden Erdteile. Wir brauchen Rohstoffe aus anderen Ländern, addieren deutschen Fleiß und Geist dazu, und bieten das daraus Gewordene auf dem Weltmarkt an. Die Rohstoffe kommen aus aller Welt Ländern. Deshalb muß auch unsere Industrie mit allen, auch den fernsten Ländern, Verkehr unterhalten. Wenn wir auch überzeugt sind, daß die Industrie am sichersten dasche, die den größten Absatz im Innern des eigenen Landes hat, so hängt doch unser Wohlstand von der Größe und Weite unseres Exports ab. Die verarbeiteten Rohstoffe schä. n wir auch wieder in die ganze Welt. Es gab kein Land der Erde mehr, woher wir nicht bezogen und wohin wir nicht lieferten. Aber der Niegel vor unserem geographischen Gefängnis ist England, das uns wie eine große Sperre vor der Nordsee liegt. Nur mit einem freien Ein- und Ausgang zur Nordsee ist uns geholfen. „England verriegelt uns die Nordsee,“ sagt Graf Reventlow. Mit Schlachten am Elagerral entriegeln wir sie nicht; wir mühten die englische Flotte verfolgen können und vernichten. Nach menschlicher Wahrscheinlichkeit können wir so die Nordsee nicht entriegeln.

Wenn wir nun in den Weltfrieden kommen sollen und auch alles erreichen gegenüber Belgien, Irland, Polen, so ist uns in unserem Verhältnis zu England nicht geholfen, das uns immer wieder automatisch die Nordsee absperren kann. Und in den nächsten Jahrzehnten wird sich das Kräfteverhältnis zwischen England, Amerika und Rußland und uns immer mehr zu unseren Ungunsten verschieben. Mit welchem Wute sollen wir da noch in die Zukunft sehen, wenn auch noch Englands Sperre vor der Nordsee bleibt? Glaubt es uns nicht, unser geographisches Gefängnis in diesem Kriege zu sprengen, so ist der Krieg in der Hauptsache umsonst geführt worden. Rußland hat diesen Krieg unternommen, um aus seinem geographischen Gefängnis herauszukommen. Dieser Krieg ist in erster Linie nicht ein Krieg Englands, sondern Rußlands. Es verfolgt von vornherein ein hohes Ziel, die Oeffnung der Dardanellen, und England ging nur mit, weil es die Nordsee verriegeln konnte. Wir geben nun nicht klein bei; England wird es vor uns tun. (Beifall.)

Wie dort nun im kommenden Weltfrieden die englische Sperre auf? Die Rechnung mit der Usperrung dieses unseres Geländes durch die Uboote hat etwas Verlockendes. Viele Leute glauben, daß sie das Entscheidende in diesem Kriege bilden könnten. Aber die Uboote sind nur Technik, und gegen jede Technik gibt es eines Tages eine Ueber-technik. Vielleicht findet sich keine Defensiv-technik gegen die Uboote; aber das wäre der erste Fall in der Weltgeschichte. In diesem Kriege allerdings wird die Defensivtechnik unserer Feinden nicht mehr helfen. Die englische Rechnung gegen die Uboot-Gefahr ist etwas mitchwädchengast. Die versenkte Lomenzahl soll ersetzt werden; ein Drittel soll ausgeglichen werden durch Bauen (sie meinen „Planen“; große Heiterkeit) neuer Schiffe, das zweite Drittel durch Sparsamkeit und das dritte Drittel wollen sie wettmachen durch Abwehrmittel. Aber die Meere werden leer und immer leerer, auch von den Schiffen der Neutralen. Unsere Marine ist der Ueberzeugung, daß sie es in diesem Kriege schaffen wird.

Doch wir müssen mit dem möglichen Fall rechnen, daß es eine Segenetechnik gegenüber den Ubooten geben könnte. Gegen das geographische Zwangsmittel müssen wir ein anderes Zwangsmittel der gleichen Natur setzen Geographie gegen Geographie, nicht Technik gegen Natur. Wir suchen deshalb, ob es nicht eine ähnliche Stelle gibt, die England gefährlich werden kann. Und das ist Agypten. Das ist Englands Genid. Schon Bismard sagte es. Durch den Suezkanal geht der Weg zu mehr als der Hälfte der Menschheit. Zur Sicherheit dieses Kanals gehört Agypten und es besetzt darum England. Dafür bekamen wir einige Kolonien. Diese sind zwar augenblicklich verloren; aber das werden sie nicht bleiben. Ein Tri.de ohne diese Kolonien wäre eine Niederlage. (Beifall.) Wir werden Agypten als Druckstelle benutzen, um unsere Kolonien zurückzugewinnen. Ein Zweifel daran, daß die Verluste unserer Landsleute in den Kolonien ersetzt würden, wäre eine Beleidigung unserer Regierung.

Es wäre ein Grundfehler in unserer Rechnung, wenn wir in Zukunft nur mit Mitteleuropa rechnen würden; denn die Schwierigkeiten, sich in Mitteleuropa vom eigenen Grund und Boden zu ernähren, werden immer größer werden. Ebenso wird es mit der Beschaffung der Rohstoffe sein. Das ändert sich aber, sowie zu Mitteleuropa der Orient tritt. In Serbien entscheidet sich der Krieg; denn Serbien ist der Weg zum Orient. Dadurch ändert sich das Fundament der englischen Weltstellung und Deutschlands Gefängnis öffnet sich. Will England uns die Nordsee sperren, so lassen wir nach seinem Genid, Agypten. Das kann England nicht vertragen, daß der Weg in sein eigentliches Reich von uns beherrscht wird. Es ist von englischer Seite schon ganz richtig gesagt worden, daß der Schlüssel zum Frieden in Serbien liegt. Geht uns Serbien wieder verloren, so ist uns auch der Orient verloren. Wir haben den Griff in Englands Genid, nach Agypten, noch nicht gemacht, weil die Bahn dorthin noch nicht fertig war. England will sich jetzt in Jeru-

salem, Damaskus und am Euphrat festsetzen. Wenn ihm das gelingen sollte, dann wird es uns möglicherweise den Frieden anbieten. Denn dann besitzt es das Glacis für Agypten. Die Mehrzahl unserer Volksgenossen haben kein wirkliches Verständnis für die Notwendigkeit, daß Deutschland sein geographisches Gefängnis sprengen muß, und daß wir es nur sprengen können, wenn wir unsere Hand auf Agypten legen und Herren des Glacis dieses Landes sind. (Lebh. Beifall.)

## Die Seesperre.

### Carsons Zuspruch an die Briten.

London, 8. März.

Der erste Lord der Admiralität **Carson** hielt in London eine Rede, in der er über den Unterseebootkrieg sagte, er glaube nicht, daß etwas gewonnen würde, wenn man die Verhältnisse schwärzer male oder günstiger hinstelle, als sie wirklich seien. Er glaube, daß der Mut des englischen Stammes sich in jeder Lage behaupten werde. Die Marine habe sich ernstlich mit neuen schwierigen Aufgaben zu befassen, deren Lösung zur Aufrechterhaltung der britischen Seeherrschaft notwendig sei. (Und davon ist Wilson entzückt!) England habe einen Feind zu bekämpfen, der sich über alle Grundsätze der Menschlichkeit hinwegsetze (!), die als Ergebnis von Jahrhunderten im Völkerrecht verkörpert seien. Die Nation müsse der Marine vertrauen.

Redner glaube zwar, daß die Einfuhr noch stärker eingeschränkt werden müsse, (das werden die nach England ausführenden Bundesgenossen nicht sehr gerne hören!) aber das Volk solle bedenken, daß die Regierung alles tue, um der Nation möglichst wenig Unbequemlichkeiten aufzuerlegen.

Wir werden, schloß Carson, durchhalten bis zum Ende, gleichviel was die Deutschen tun oder versuchen.

Berlin, 9. März.

Das Wolffsche Bureau meldet: Zu den Beschwichtigungsversuchen der englischen Regierung gegenüber dem erfolgreichen deutschen U-Boot-Krieg schreibt die englische Wochenschrift „Truth“ vom 28. Februar: Solche künstlich aufgeblasene Statistiken unserer Regierung schaden uns mehr als sie uns nützen. Wir stehen einem Versuch, uns zu blockieren, gegenüber. Die Erfolge dieser Blockade werden nicht dadurch verringert, daß wir in unsere Statistiken das Ein- und Auslaufen von Kriegsschiffen in unseren Häfen und unsere Küstenschiffahrt in irreführender Weise mit einbeziehen. Allein der Ueberseeverkehr zählt. Und will unsere Regierung volles Vertrauen genießen, so muß sie jeglichen Verdacht eines falschen Spieles in solchen Dingen vermeiden. Die große Masse läßt sich zwar täuschen, aber sowohl der Feind wie die Neutralen und unsere eigenen Schiffsreeder lassen sich durch solche Mittel nicht fangen.



## Die belgischen Sozialisten für die Internationale.

Aus Amsterdam schreibt man uns: Die Versuche der chauvinistischen Emigrantenpresse in Holland und ihrer Hintermänner und „sozialistischen“ Helfer, das sozialistische Denken der freiwillig oder als Internierte in diesem Lande lebenden belgischen Arbeiter zu verwirren und ihre Organisation durch Ausstreuen persönlicher Verdächtigungen zu untergraben, hat jämmerlich Schiffbruch gelitten. Der vom belgischen Arbeiterbund am 18. Februar im Haag veranstaltete Kongress zeigte eine völlige Einstimmigkeit der Gesinnung, ein absolutes Vertrauen zu den führenden Genossen und den einmütigen Entschluß, die belgische Arbeiterpartei wieder auf den Weg der internationalen Aktion zu führen.

Die bedeutungsvollste Beratung und Abstimmung betraf die „proletarische Auffassung des Friedens“. In der Diskussion erklärte der Verbandssekretär: „Die Wiederherstellung der internationalen Beziehungen ist notwendig. Der historische Augenblick ist gekommen, um gemeinsam den Kampf für den Frieden zu beginnen. Der Sieg auf dem Schlachtfeld ist ausgeschlossen. Es ist ein Gleichgewichtszustand eingetreten und es ist Zeit, den Herrschenden zuzurufen: Genug des Lebens! Die französische Partei will nicht kommen, solange die deutschen Friedensbedingungen nicht bekannt sind. Aber sie steht an einem Wendepunkt. Ihre Mehrheit betrug nur 130 Stimmen. Die Genossen aus dem besetzten Belgien, die in ihrer Instruktion an De Brodère und Vandervelde für die Pariser Konferenz eine Zusammenkunft mit den Deutschen von der Räumung Frankreichs und Belgiens abhängig machen, haben nicht das Recht, im Namen der Partei zu sprechen. Haben die belgischen Delegierten im internationalen Exekutivbüro das Recht, dieses mit Schamheit zu schlagen? Wenn sie ihre Zustimmung für widersprechend gegen die belgischen Interessen halten, mögen sie demissionieren! Sie dürfen das Interesse der gesamten Arbeiterklasse nicht den Interessen Ihres Landes unterordnen!“

Guysmans wies darauf hin, daß sich von den 28 Staaten, die an die Internationale angeschlossen sind, 25 für die Aufnahme der internationalen Beziehungen erklärt haben: „Und die belgischen Gewerkschaften verhandeln schon mit den Deutschen. Auch die französische Fraktion hält die Zeit für Unterhandlungen für angebrochen. Sie hat sich bereit erklärt, die Initiative Wilsons zu unterstützen. Hat sie zum Proletariat weniger Vertrauen als zur Bourgeoisie? Lassen wir uns von den Regierungen nicht zuvorkommen!“ Auf den Vorhalt eines Delegierten aus Amsterdam, der die Erörterung der Schuldsfrage als unumgänglich bezeichnete, erwiderte Guysmans: „Die englische Independent Labour Party will nur unter der Bedingung mittun, daß diese erst nach dem Kriege stattfindet. In dem wird diese Frage, sobald man beisammen ist, von selbst aufs Tapet kommen. Das ist indes ohne Gefahr, wenn die Parteien nur begreifen, daß nicht das Vergangene, sondern die Zukunft die Hauptsache ist. Die Hauptfrage ist: Wie kommen wir aus dem Kriege hinaus? Wir müssen eine neue Taktik begründen.“

Die vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen. Sie erklärt einleitend, daß die organisierte Arbeiterschaft aller Länder an den Lösungen der Regierungen ein Genüge finden kann und eine einvernehmliche sozialistische Lösung suchen muß, die die Welt gegen die Rückkehr imperialistischer Kriege beschützt. Zu ihrer Verwirklichung ist es wünschenswert, die in Stuttgart, Kopenhagen und Basel angenommenen Prinzipien in konkrete Forderungen umzusetzen, und dazu ist eine Konferenz nötig, in der die Minderheiten wie die Mehrheiten der angeschlossenen Organisationen vertreten sind. Die Resolution spricht weiter die Erwartung aus, daß die politischen Parteien, die bisher aus Opportunitätspolitik der Teilnahme an einer Konferenz widerstrebten, bald dem Beispiel der französischen und belgischen Gewerkschaften folgen werden.

**Italienische Kammer.**

Zürich, 14. März.

In der italienischen Deputiertenkammer forderie der Republikaner Ghiesca die Regierung auf, zureichende Maßnahmen für die Verbesserung des Geldkurses zu ergreifen, der das gesamte Wirtschaftsleben und die öffentliche Meinung schwer belaste. Er empfahl der Regierung, die zwangsweise Einlieferung aller ausländischen, auch neutralen Wertpapiere und allen Goldes im Lande an die Staatskasse anzuordnen und an England statt in Gold in Seide zu bezahlen, die doch Goldeswert habe. Die Regierung müsse auf die Finanzinstitute acht haben, die sich als Filialen von Instituten verbündeter Länder vorstellten, tatsächlich aber eine für Italien verhängnisvolle Wirksamkeit entfalten. Auch empfehle sich eine genaue Ueberwachung aller Operationen, welche mit schweizerischen Banken vorgenommen werden. Gegen Kriegsspekulanten müsse energischer vorgegangen und der Skandal unterdrückt werden, daß diese von Senatoren, Deputierten und sogar von früheren Ministern vor Gericht gegen das Staatsinteresse verteidigt werden. In bezug auf die Einfuhrbeschränkungen sei vorsichtig vorzugehen, da sonst die Handelsbeziehungen zwischen den Verbündeten wechselseitig zum Vorteil des deutschen Handels annulliert würden, der bereits auf der Lauer stehe. Man müsse möglichst im Einvernehmen mit England handeln, das die große Quelle sei, aus der alle Verbündeten Korn, Kohle, Stahl, Schiffe und Geld schöpfen. England übe die Seepolizei aus, habe alle deutschen Kolonien erobert, zweieinhalb Millionen Mann für die französische Front geliefert, davon bereits eine Million verloren und habe nun seine Fahne siegreich auf Bagdad gepflanzt. „Ein großes, starkes England,“ rief Ghiesca aus, „gibt uns noch mehr und immer mehr. Dafür rufen wir dir, England, „Lebe hoch!“ zu und kehren nimmer zum Neutralismus zurück!“

Landwirtschaftsminister Raineri legte dar, die Frage der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte finde vollkommene Würdigung, müsse aber zusammengehalten werden mit dem obersten Erfordernis, die Kräfte für die Kriegführung nicht zu mindern. Die schlechte Erfahrung Frankreichs empfehle nicht, auch in Italien eine Steigerung der Bodenkultur mittelst staatlicher Requirierung des Bodens anzustreben. Seit Juli 1916 bis zum 12. März 1917 seien 13 Millionen Doppelzentner Korn nach Italien gelangt. Weitere drei Millionen seien auf See unter starker Bewachung. Weitere Kornmengen seien angekauft und in Anfahrthäfen aufgestapelt.

Das Ministerium lebe in fortwährender Angst wegen der Dampfer, welche Italien Korn und damit Leben herbeibringen sollen.

Wenn die Kammer heute frage, ob das Ministerium volle Sicherheit über die Fortdauer der Kornapprovisionnement besitze, müsse er mit Nein antworten, und dies, wenngleich seit der Verschärfung des Unterseebootkrieges der Prozentsatz der italienischen Schiffsverluste nicht gestiegen sei. Das Ministerium müsse immer nachdrücklicher auf der Notwendigkeit einer Verbrauchseinschränkung bestehen und sich dagegen verwahren, daß man alle Augenblicke über deren Schmerzen klage und auf diese Weise die Widerstandskraft im Kriege schwäche.

Kriegsminister Morrone trat zunächst verschiedenen Kritiken über das militärische Requirierungsverfahren und über angebliche Vergendungen ebenso wichtigen wie knappen Materials, namentlich von Rugsch und Futtermitteln, entgegen. Der Minister kam auf das Versprechen, für landwirtschaftliche Zwecke 160.000 Mann vom Seeresdienste zu beurlauben, zu sprechen und erklärte, in dieser

**entscheidenden Stunde,**

während unsere Soldaten berufen sind, die höchste Anstrengung zur Erlangung des Endsieges zu machen, könne man dem Kriegsminister keinen Vorwurf machen, daß er mit der Abgabe von Leuten für Wirtschaftszwecke lache, denn jede Unvorsichtigkeit könnte verhängnisvoll werden. An die Probleme des Wirtschaftslebens zu denken, wäre nutzlos, wenn die militärischen Anstrengungen nicht vom Siege gekrönt sein sollten.

Der Minister fuhr fort: Wir müssen bereit sein, jedweden feindlichen Versuch, von welcher Seite er auch kommen könnte, abzuweisen.

**In Voraussicht vielleicht entscheidender Ereignisse**

wäre es verbrecherisch, Leute von der Brustwehr wegzunehmen, welche wir gegen den Feind hergerichtet haben, wann und wo auch immer er, an der Tiroler oder Julischen Front, sich mit uns messen oder einen Druck ausüben wolle. Wir können nicht durch weitgehende Beurlaubungen die Sicherheit und die feste Zuversicht schwächen, mit der wir dank der hohen Geschicklichkeit der Heeresleitung und dem Heldentum unserer Truppen in die Zukunft blicken können. Auch haben wir in den rückwärtigen Linien und für die Hilfsabienste nicht zu viele Leute, ja verhältnismäßig weniger als andere Heere.

Der Minister schloß: Ich richte namens des Heeres an alle Deputierten den Appell, sich dafür einzusetzen, daß das Volk opferwillig und entschlossen in der Vaterlandsliebe ausharre. (Zehnfacher Beifall.)

Einige Deputierte verlangten durch Zurufe den Schluß der Erörterung, welchem Verlangen der Präsident trotz der Proteste der äußersten Linken zu entsprechen sich beeilte.

10. III. 1917

67

## Die russische Revolution.

Von Dr. Hans Hebersberger.

Professor für Geschichte Osteuropas an der Wiener Universität.

Der Draht hat uns heute Nachrichten aus Petersburg übermittelt, die beweisen, daß die Katastrophe über Nacht zum Ausbruche gekommen ist. Was war die Revolution von 1905, die im wesentlichen in Massenstreiks bestand, vor denen die Regierung am 17./30. Oktober kapituliert, was die Wirksamkeit des Arbeiterdeputiertenrates für ein Kinderspiel gegen die folgenschweren Ereignisse, deren Schauplatz die russische Hauptstadt ist. Die Regierung von 1905 hat wohl kapituliert, aber sie hat keinen Augenblick die Exekutive aus der Hand gegeben oder sich aus der Hand reißen lassen. Heute aber hören wir, daß die Minister eingesperrt, die Garnison in der Zahl von mehr als 30.000 Mann sich mit dem in Aufruhr befindlichen Volk vereinigt und daß die Duma, anstatt dem Auflösungsuhas des Zaren zu folgen, sich in Permanenz erklärt und einen zwölfgliedrigen Vollzugsausschuß aus Mitgliedern der Duma mit Rodsjanko an der Spitze eingesetzt hat, der sich als die vorläufige Regierung erklärte. Der Abgeordnete Engelhardt wurde vom Ausschuß zum Kommandanten von Petersburg ernannt. Die offizielle Telegraphenagentur aber wurde dem Abgeordneten Gronskij zur vorübergehenden Leitung anvertraut. Diese Nachrichten und vor allem die darin genannten Personen geben einen deutlichen Hinweis, wer die Macht in der Hauptstadt an sich gerissen hat. Es ist der Block der vereinigten Dumaparteien, des Zentrums, der Oktoberisten, der Kadetten, der progressiven Nationalisten und natürlich auch der Progressisten. Mit anderen Worten, es ist die Kriegspartei, die nun ans Ruder gekommen ist. Die Bewegung ist sicher vom Proletariat unter der Führung der Trudowiken (Arbeitspartei) und der Sozialdemokraten ausgegangen, deren Vertreter Kerenski und Tschaidse am 27. und 28. Februar dem Block in offener Sitzung vorwarfen, daß er nicht den Mut habe, der Regierung mit Gewalt entgegenzutreten. Beide haben mit großem Nachdrucke die Kriegsziele der Entente und im besonderen Rußlands abgelehnt und den sofortigen Abschluß eines Friedens verlangt. Wir wissen auch aus dem am 27. Februar veröffentlichten Briefwechsel zwischen dem Militärkommandanten von Petersburg General Chabalow und dem Präsidenten des Kriegsindustriellen-Zentralkomitees, A. F. Gutschkow, daß die Arbeitergruppe dieses Zentralkomitees vor ihrer Verhaftung eifrig mit der Zusammensetzung der Arbeiterkrankenkassen und Arbeiterkooperativen beschäftigt war, um eine Reihe von politischen Forderungen auf revolutionärem Wege durchzusetzen, an deren Spitze der sofortige Friedensschluß stand. Diese revolutionäre Bewegung unter der russischen Arbeiterschaft und dem Proletariat überhaupt haben nun der Block und seine Führer entweder zu ihrem Vorteile ausgenützt oder sie wurden durch die Macht der Verhältnisse genötigt, sich an die Spitze zu stellen, um Aergeres zu verhüten.

Wenn man die Erklärung Rodsjankos, des Dumapäsidenten, am Beginne der Tagung und den Brief P. Miljukows an die Arbeiter liest, worin sie beide die

Arbeiter und das Volk vor Aufruhr und bewaffnetem Widerstand warnen, weil dies im Interesse des Feindes sei, dann wird man eher der Meinung beipflichten, daß sie mehr oder weniger gezwungen sich an die Spitze der revolutionären Bewegung stellten. Es ist aber auch die Möglichkeit noch offen, daß dies eine Täuschung der Regierung und des Zaren sein sollte. Eines steht aber fest, daß sie über den Willen der Massen, und dazu gehören auch die ihrem Fahneneid untreu gewordenen Truppen, kaum so souverän hinweggehen können werden, als sie dies getan hätten, wenn sie der Zar als erste verantwortliche Regierung Rußlands zur Macht berufen hätte, wie sie dies seit September 1915 offen anstrebten. Dazu kommt auch noch die Frage, ob der Zar und das Hauptquartier sich bedingungslos der revolutionären Diktatur fügen werden. Man darf allerdings dabei nicht aus den Augen lassen, daß sie in der Hauptstadt über bedeutende Nachmittel verfügen. Munition, Geschütze, die Reichsrentei, die Staatsbanknotenfabrik, alle Ministerien, die ganze Exekutive sind in ihrer Hand. Nur eines fehlt ihnen, allerdings das wichtigste, eine hinreichende Menge von Lebensmitteln. Eine energische Gegenrevolution kann die Hauptstadt durch einfache Absperrung der Zufuhr zur Kapitulation zwingen. Aber es ist zu bezweifeln, ob Nikolaus II. und seine Umgebung diese Energie aufbringen. Viel wahrscheinlicher ist die Kapitulation des Zaren, vielleicht sogar seine Absetzung. Hat England an der Vorbereitung der Revolution mitgearbeitet, was in dem Falle, wenn der Block nicht gezwungen, sondern planmäßig sich an die Spitze der Revolution gestellt hat, sicher ist, dann wird es aus dem allgemeinen Chaos, das nunmehr ausgebrochen ist, kaum die Früchte ernten, die es erwartet hat.

Und nun ein Wort über die Persönlichkeiten, die in dieser Mitteilung der Revolutionsregierung genannt werden. Der Dumapäsident Michael Wladimirowitsch Rodsjanko, ein Mann von 58 Jahren, Kammerherr des Hofes, ehemals Gouvernemen-Adelsmarschall, eitel, sehr redselig, weil er sich gern selbst reden hört, hat kaum das Zeug zu dem Chef einer Revolutionsregierung. Ebenso feudal ist der Kommandant von Petersburg Boris Alexandrowitsch Engelhardt, ein Abkömmling des mit Potemkin verwandten Smolensker Zweiges der alten Adelsfamilie Engelhardt. 1877 geboren, erhielt er seine Erziehung in dem vornehmsten russischen Erziehungsinstitut, dem Pagenkorps, absolvierte die Nikolaus-Akademie des Generalstabes, diente darauf im Leibgarde-Plänentegiment der Kaiserin Alexandra Feodorowna und kommandierte im Russisch-japanischen Kriege eine Kosaken-Sotnie. 1908 quittierte er den Dienst und widmete sich der Bewirtschaftung seines Gutes; 1912 schickten ihn die Gutsbesitzer des Nihilisten Gouvernements in die vierte Duma, wo er sich der feudalen Partei des Zentrums anschloß, deren Führung die Krupenskij, Verwandte Sasnows und der russischen Diplomaten Krupenskij, bis vor kurzem inne hatten. Mit Beginn des Krieges ist er anscheinend wieder zum Militärdienste eingekleidet und hat sich dort also bis zum Obersten im Generalstabskorps hinaufgedient. Als einstiger Pögling des Pagenkorps, als Offizier in einem der ersten Garderegimenter, als Mitglied des Zentrums hat also auch er kaum die Eigenschaften eines revolutionären Diktators. Interessanter als diese beiden Männer ist der Leiter der Petersburger Telegraphenagentur, die auch in den Händen der Revolutionären ist und den Zaren und das Hauptquartier von jedem Berkehr mit Verbündeten und Neutralen abschneidet. Es ist dies der 1883 geborne Privatdozent für Staatsrecht der Petersburger Universität, Pawel Pawlowitsch Gronskij, ein Mitglied der Kadettenfraktion. Wenn der lapidare Stil der ersten Mitteilung der Petersburger Telegraphenagentur seiner Feder entsprungen ist, dann muß man sagen, daß dieser Mann mehr Persönlichkeit besitzt als Rodsjanko und Engelhardt.

Ob die Revolution aus dem Frieden näher bringt oder nicht, ist heute nicht zu entscheiden,

obwohl die Bejahung dieser Frage wahrscheinlicher ist. Der Bürgerkrieg wird die Schlagfertigkeit jenes Rußland kaum heben, von dem neulich Lord Milner während seiner Anwesenheit in Petersburg als englischer Delegierter den Vergleich machte, es gleiche einem Hause, dessen Fenster und Türen verriegelt sind und mit dessen Bewohnern man nur durch den Rauchfang im Norden (Murmansk) und das Wasserleitungsrohr im Süden (Sibirische Eisenbahn) verkehren könne. Zu dieser fast hermetischen Abschließung kommt nun die Lebensmittelkrise in allen Teilen des Reiches, das vollständige Versagen der Eisenbahnen und die Unlust der Bevölkerung, weiterzukämpfen. Diese Schwierigkeiten wird selbst eine Blockregierung, wenn sie wirklich sich behaupten sollte, nicht überwinden können. Auch ihr wird das „Zu spät!“ aus allen Teilen des Reiches entgegenhallen.

## Dumapäsident Rodsjanko — Chef der vorläufigen Regierung.

S. Petersburg, 14. März. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.)

Die Bevölkerung von Petersburg, die über die vollständige Desorganisation im Transport und in der Verpflegung aufgebracht war, war schon seit langem erregt und murkte dumpf gegen die Regierung, die sie für alle Leiden, die sie erduldet, verantwortlich machte. Die Regierung, die Unruhen vorausah, ergriff umfassende Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Unter anderem schrieb sie die Auflösung des Reichsrates und der Duma vor. Aber diese beschloß am 11. März, dem kaiserlichen Ukas nicht Folge zu leisten und die Sitzungen fortzusetzen.

Sie setzte sofort einen Vollzugsausschuß aus zwölf Mitgliedern unter dem Vorstehe des Präsidenten Rodsjanko ein. Dieser Ausschuß erklärte sich als vorläufige Regierung und erließ folgenden

### Aufruf:

„In Anbetracht der schwierigen Lage und der inneren Unordnung, die man der Politik der alten Regierung verdankt, sieht sich der Vollzugsausschuß der Duma gezwungen, die öffentliche Ordnung in seine Hand zu nehmen. Im vollen Bewußtsein der Verantwortlichkeit des gefaßten Entschlusses drückt der Ausschuß die Zuversicht aus, daß die Bevölkerung und das Heer ihm in der schwierigen Aufgabe beistehen werden, eine neue Regierung zu schaffen, die den Wünschen des Volkes entgegenkommt und sein Vertrauen genießt.“

Der Vollzugsausschuß stützte sich auf die in Aufruhr befindliche Bevölkerung der Hauptstadt und auf die Garnison von Petersburg, die sich, mehr als 30.000 Mann stark, vollständig mit den Aufständischen vereinigte, verhaftete alle Minister und steckte sie ins Gefängnis.

Die Duma erklärte das Kabinett als nicht bestehend.

Heute, am dritten Tage des Aufstandes, ist die Hauptstadt, in der die Ordnung schnell wiederkehrt, in der Gewalt des Vollzugsausschusses der Duma und der Truppen, die die Duma unterstützen.

Der Abgeordnete Engelhardt, Oberst im Großen Generalstabe, wurde vom Ausschusse zum Kommandanten von Petersburg ernannt.

Gestern abends richtete der Ausschuß an die Bevölkerung, an die Truppen, die Eisenbahnen und Banken, Aufrufe, in denen er sie aufforderte, das gewöhnliche Leben wieder aufzunehmen.

Der Abgeordnete Gronsly wurde vom Ausschusse der Duma mit der vorübergehenden Leitung der Petersburger Telegraphenagentur betraut.

17. III. 1917

73

## Für Krieg oder für Frieden?

Der Zar hat abgedankt. Dieser Sturz der höchsten Autorität, der unnahbaren, sich vergötternden Selbstherrlichkeit, dieser Sturz von der höchsten, schier schrankenlosen Gewalt in den dunklen Abgrund ist eine Tatsache, die sich in die Geschichte unserer Zeit tief eingraben wird. Es ist schon mancher Zar vom Throne weggedrängt worden, und auf schmerzlichere Weise, als daß er nur einem Bruder Platz machen mußte. Aber ein Ereignis, das einstmals, als nur Gewalt die Welt regierte, gewöhnlich war, ist heute, wo sich alle staatlichen Beziehungen fest gegliedert haben, ein Umsturz alles Bestehenden. So stark nun die Gemüter von diesem Sturz des blutbefleckten Zaren erregt worden: es sinnt und fragt doch jeder zuerst nach der Einwirkung und Rückwirkung der Dinge in Rußland auf Krieg und Frieden. Wird von der Revolution in Rußland der Krieg neue Antriebe empfangen oder wird die Möglichkeit des Friedens durch sie gestärkt? Ist der Sieg der Revolution auch ein Zusammenbruch des Krieges oder ist er ein Sieg der Parteien und Kräfte, die den Krieg nicht nur nicht beendigen, die ihn im Gegenteil immer noch stärker anschwellen lassen wollen? Das ist die Frage, die heute im Herzen aller Menschen in Europa lebendig ist.

In London sagt Herr Bonar Law, er fühle sich „erleichtert“, daß die Bewegung nicht auf die Erlangung eines Friedens hinzielt, sondern daß sich im Gegenteil die Unzufriedenheit gegen die Regierung richtet, weil sie den Krieg nicht mit der Wirksamkeit und Energie weiterführt, die das Volk erwartet“. So spricht der englische Minister, und diese Auslegung geht auch weiter um: Die Revolution sei von England angestiftet worden, sie sei ihr Werk, um die Macht des dem Frieden zugeneigten Zaren, um den Einfluß der zarischen Friedensminister zu brechen und an ihre Stelle kriegsentschlossene, siegeswillige und England ergebene Leute zu bringen. Die englische Regierung, die sich weigert, Frieden zu schließen, die das Friedensangebot der Mittelmächte höhnisch zurückgewiesen hat, die hat natürlich alle Ursache, sich die russischen „Zwischenfälle“ so zurechtzulegen, wie es ihre Politik erheißt. Aber die „Erleichterung“, die der Engländer verspüren will, ist wohl ein Beweis, welche Angst ihn überfallen hat. Es mag schon sein, daß bei dem Staatsstreich der Dumaleute englische Hänke mit im Spiele waren, und daß die englischen Machthaber glauben, an einer Regierung der Dumaleute eine nachhaltigere Begeisterung für den Krieg zu gewinnen. **Aber eine Revolution hat ihre innere Logik;** und daß sie schnurgerade den Weg vollziehe, den die Urheber ihr bestimmen wollten, hat die Geschichte der Volkserhebungen uns noch nie erschauen lassen. Was die englischen Machthaber angestrebt haben, wird wohl die Ersetzung einer, wie sie meinen, schlaffen und kriegsmüden Regierung durch eine kriegswilde Herrschaft gewesen sein, die kein Einhalten im Kriege kennt, für ihn alles aufbietet, alles auch aufs Spiel setzt, die, bevor sie sich zum Frieden neigt, lieber einen rechten Verzweilungskampf entfesselt, in den sie alles hineinwirft, was das große Rußland an Menschen und Gütern besitzt. Das mag der Plan gewesen sein, darauf wird der Wille der englischen Machthaber gerichtet sein. Das wäre unter Umständen ein Staatsstreich gewesen; aber durch die Gewalt, die in den Dingen liegt, ist aus ihm die Revolution geworden. Und nun gilt nicht, was geplant, beabsichtigt, gewünscht ward; nun gilt, was geschehen ist. Wer wird nun glauben, daß sich das hungernde Volk in den Straßen der großen russischen Städte erhebt, um die Fortsetzung des Krieges zu fordern? Daß es revoltiert, weil der Krieg, der bereits die ungeheuerlichsten Opfer gekostet hat, noch immer nicht „wirksam“ und „energisch“ geführt werde? Freilich, es sind von Rußlands Millionenheer noch nicht genug Menschen getötet, verwundet, gefangen genommen worden! „Das Volk erwartet“ also, daß man den Krieg „wirksamer“ und „energischer“ führe, also vom Volke nur noch immer größere Opfer in Anspruch nehme! Und weil es sieht, daß es sich die Regierung bedenkt, daß sie schwankt und zögert, jagt es sie davon! Natürlich, wie wird das russische Volk nach drei Kriebsjahren, nach seinen Blutopfern,

die alles überragen, was je einem Volke und Staate an Kriegsunheil zugemutet ward, kriegsmüde sein! Herr Bonar Law weiß es: das Volk erwartet mehr Kriegsenergie; das Volk will Krieg und nichts als Krieg! Ueber den Trost, den sich der englische Schächer spendet, können wir nur lachen. Während er so selbstsicher redet, schlottert er an allen Gliedern.

Die neuen Männer mögen so kriegsentschlossen sein, wie sich sie die englischen Machthaber vorstellen; sie sind doch durch die Revolution zur Herrschaft gelangt und können sich am Ruder nur erhalten, wenn sie die Vollstrecker der revolutionären Gedanken werden, die sie emporgebracht haben. Es ist vorweg nur eine Sinnlosigkeit, dem Zaren und den zarischen Regierungen nachzusagen, daß sie den Krieg nur lässig und widerwillig geführt haben; sie haben ihn nur untüchtig und unglücklich geführt. An Willen hat es ihnen wahrlich nicht gefehlt, nur an Fähigkeit. Aber alle im Kriege hervorgekommenen Mängel liegen weit weniger in den Ministern als in der Unzulänglichkeit und Rückständigkeit des gesamten sozialen und wirtschaftlichen Organismus des Riesentaates, der diesem ebenso durch Umfang als durch Dauer beispiellosen furchtbaren Kriege einfach nicht gewachsen ist. Diese Unzulänglichkeit des ganzen staatlichen und gesellschaftlichen Apparats zu überwinden sind aber die neuen Männer ebenso unvermögend wie die alten. Dann aber steht für Rußland mit dem Kriege weit weniger auf dem Spiele als für jeden anderen Staat: es bleibt in jedem Falle ein in jedem Betracht riesenhaftes Reich, mit unübersehbaren Möglichkeiten der Entwicklung; groß, mächtig, zukunftsreich. Die Herren Engländer, die die Welt beherrschen wollen, mögen an dem Wahne festhalten, daß sie Deutschland besiegen müssen; aber für Rußland ist dieses

englische Kriegsziel alles andere denn eine Lebensfrage. Diese innere Wahrheit kann geraume Zeit verschleiert werden, die Ehrgeizlinge der Duma mögen sich gegen sie sträuben; sie drängt doch hervor und sie muß sich und wird sich durchsetzen. Der Staatsstreich der Duma konnte nur glücken, weil die Furcht vor dem Volke der Tat die Rechtfertigung lieh. Dieses Volk aber ist voll der Empörung über die Leiden, die der Krieg über sie gebracht hat; es schreit nach Befreiung, es will nur eines: das Ende dieser furchterlichen Not. Und diese Furcht vor dem Volke muß das Handeln der neuen Männer bestimmen, die in dem Augenblick verloren wären, da das Volk wahrnimmt, daß sie seine Leiden noch mehren wollen. Die revolutionären Kräfte, einmal entbunden, fliehen nicht wirkungslos in ihr Bett zurück.

Der größte, wichtigste und gewaltigste Staat der Allianz, die den Krieg fortsetzen will und bis zum Ausbluten der Menschheit führen möchte, hat nun den Bürgerkrieg im Leibe. Denn der Zwiespalt im Bande wird sich in die Armeen verbreiten und sein Werk auch dort tun. Ob Rußland den Krieg fortsetzen könnte, wenn die Kriegsautorität unerschüttert bliebe, ist vielleicht auch nicht mehr gewiß. Wie soll aber die Fortsetzung möglich sein, zu immer gewaltigeren Dimensionen sich steigend möglich sein, wenn Rußland von den Fiebern der Revolution geschüttelt wird und jeder Kriegswille auf einen mindestens so starken Gegenwillen stößt? Die stärkste militärische Stütze des Krieges ist erschüttert, und diese Erschütterung wird weitergehen, bis sie den ganzen Kriegswillen der Entente ergriffen hat. Der Krieg hat durch die russische Revolution den stärksten Schlag empfangen, und die Hoffnung dämmert auf, daß er sich von diesem Schlage nimmer erholen werde.

## Bonar Law's Erzählungen.

Wird man in Zukunft des Ministers Bonar Law Ankündigungen im englischen Unterhaus lesen, so wird man gut tun, bevor man Schlüsse daraus zieht, seine nachträglichen Erklärungen abzuwarten. Man hat Herrn Bonar Law in der ganzen Welt als einen ernstesten und bedächtigen Staatsmann angesehen — er hat sich diesmal aber als ein politischer Springinsfeld erwiesen, der seine Wünsche als Tatsachen ansieht und sie in der ernstesten Stunde an autorisierter Stelle herausschmettert, ihre Richtigkeit leichtsinnig voraussetzend, ohne zu bedenken, welcher Weltblamage er und die ganze englische Regierung und Diplomatie sich aussetzen, falls sich seine Bilder aus der Petersburger Revolution als Potemkinsche Dörfer erweisen würden. Was erzählte der englische Staatsmann zuerst? Der Zar habe abgedankt, Großfürst Michael sei zum Regenten ernannt worden — das sind, in lapidarer Form dargestellt, historische Begebenheiten, an denen zu zweifeln einer Unfrommheit geglichen hätte, deren sich ein gläubiges Ententegemüt nicht ohne Respektverletzung schuldig machen konnte.

Der Zar hat abgedankt? Freiwillig? Unfreiwillig? Wie? Wann? Wem gegenüber? Diese Fragen tauchten allerdings auf, aber jeder mußte sie ja doch nur als Begleitfragen der Hauptsache dieser Abdankung auffassen. Denn wer auf dieser Erde konnte voraussetzen, daß es einem englischen Staatsmann oder einen Staatsmann überhaupt geben könnte, der solch eine enorme Mitteilungs im Hause der Gesetzgebung bekannt geben könnte, ohne die zweifellosesten Beweise fest in den Händen zu haben?

Und doch, das Unbegreifliche — hier ward es Ereignis! Wie die Neue, als hinkender Bote, erschien tags darauf Herr Bonar Law und unterschied genau. Die Abdankung des Zaren und die Ernennung des Großfürsten zum Regenten sei n o c h n i c h t ausgeführt worden. Charmant, dieses „Noch nicht!“ Ist die Absetzung des Zaren denn gar so dringend? Die Revolutionäre bloß, erzählt Bonar Law weiter, hätten seine Abdankung beschlossen, in contumaciam also. Denn man weiß nicht, wo sich der Zar augenblicklich befindet. Wow, Miljukow, Rodzjanko und Bonar Law haben demnach den Zaren in eilige abgesetzt. Ob der Zar diese Absetzung in Wirklichkeit akzeptiert hat, das weiß niemand, Herr Bonar Law am allerwenigsten. Schade, er hätte doch Gelegenheit bekommen, dem englischen Unterhause einmal die Wahrheit zu sagen und den schlechten Ruf von Reuters Bureau, aus welcher Quelle alle Tendenznachrichten strömen, wenigstens in kleinem Maße zu reparieren. Aber das ist seine Sache. Wer außer ihm selbst braucht um seine Reputation besorgt zu sein?

Nur eines ist höchst unangenehm für Herrn Bonar Law und für die gesamte englische

Politik sowie die Politik der Entente überhaupt. Das ist die geradezu abstoßend zynische Art, wie der Zar im englischen Unterhause und in der Ententepresse so einfach ins alte Eisen geworfen wurde. Lebte der Zar noch und hält er sich irgendwo auf, wo ihm eine unzensurierte Zeitung in die Hände kommt, dann wird er daraus ersehen, wie der englische und der französische Botschafter strupellos sofort mit den Revolutionären paktierten, unbekümmert um den gekrönten Alliierten, der seinerzeit seinen natürlichen Bundesgenossen zugunsten eines politischen Harlekins verließ, den die Ententepolitik trotz ihrer Großsprecherei auf der Weltbühne spielt.

Wie die Dinge heute liegen, besteht zwischen der Revolution in Petersburg, Moskau u. eine gewisse Ähnlichkeit mit dem kommunistischen Aufstand in Paris, Lyon und andern Städten während des Deutsch-französischen Krieges im Jahre 1871. Nur mit dem Unterschied, daß Napoleon bereits tatsächlich abgesetzt war, daß man wußte, wo er sich aufhielt, und Thiers als Chef der Regierung nach dem Willen des gesamten Frankreich handeln durfte. Daß aber die Vertreter zweier befreundeter und verbündeter Großmächte mit den Pariser Aufständischen sofort unterhandelt und sie solchermaßen ohne Bedenken und ohne sich um den Aufenthalt des legitimen Herrschers zu kümmern, anerkannt hätten, davon las man nichts in der Geschichte des Deutsch-französischen Krieges. Das beispiellos brutale Vorgehen Englands und seiner Verbündeten wird dem Zaren, wie der russischen Armee und dem so viele und schwere blutige Opfer tragenden russischen Volk vielleicht doch die Augen öffnen.

## Reif.

Dem vom Exekutivauschuß der Duma ernannten neuen russischen Ministerium kann man jedenfalls das eine nicht abstreiten, daß es seiner Zusammensetzung nach auf eine unvergleichlich größere geistige und politische Bedeutung Anspruch erheben darf als seine Vorgänger aus letzter Zeit, die dem Vertrauen des nunmehr in Ruhestand getretenen Zaren ihre Ämter verdankten. Das nationale Kabinett ist ein streng parlamentarisches, bis auf den Unterrichtsminister, bei dem keine politische Stellung angegeben wird, durchweg aus Parlamentariern, zumeist Mitgliedern der Duma, zusammengesetzt. Es sind lauter bekannte und angesehenere Politiker, drei von ihnen, der Ministerpräsident Fürst Gwom, der Minister des Innern Prof. Miljutow, der Kriegsminister Gutschkow, sogar berühmte Männer, die sich in langjähriger öffentlicher Tätigkeit das Vertrauen weiter Volkskreise in Rußland erworben haben. Alle gehören dem fortschrittlichen Block der Duma, beziehungsweise des Reichsrates an und stehen auf dem Boden seines politischen Programms. Das Kabinett ist also homogen und hat ein politisches Programm. Wieviel besser sieht diese Ministerliste der Duma aus als die Ministerlisten, die der Zar gemeiniglich zustande brachte! Man sah da, bunt zusammengewürfelt, Schinotniks, russische Beamte, deren Namen oft selbst in weiten Kreisen unbekannt waren, neben einigen Aristokraten, die als Amateure auch einmal im Regieren dilettieren wollten, und den unvermeidlichen zwei Offizieren für Krieg und Marine; zumeist öde Streber ohne tiefere politische Überzeugung und unterein-

ander ohne politischen Zusammenhang. Sonst pflegt die Autokratie, so lange wenigstens, als sie lebensfähig ist, die Talente an sich zu fesseln, und revolutionäre Regierungen heben oft bis dahin gänzlich unbekannte Menschen aus dem Dunkel revolutionärer Machenschaften in den Glanz der obersten Staatsämter. Die provisorische Regierung der Duma dagegen zeigt vermöge ihrer Zusammensetzung einen ernsten, soliden Charakter und läßt auf eine gewisse Reife der Bewegung schließen.

Die russische Bureaucratie hat sich ausgelebt, und mit ihr der zarische Absolutismus. Neben der zarischen Regierung hat sich in Rußland seit der ersten Revolution von 1905 eine Art von Nebenregierung aus der Gesellschaft herausgebildet, die ihre Sammelbunke in den Stadt- und Landschaftsverwaltungen (Semstvos), in den Handels- und Industrieorganisationen, in den Industriearbeitervereinen fand. Die Not des Krieges hat die Organisation zur Reife gebracht. Als die Bureaucratie vollständig versagte, übernahmen, anfangs vom Zaren ermuntert, die Organisationen das Werk der Ausrüstung der Armee mit Munition, Nahrung, Kleidung, der Einrichtung des Militär-sanitätswesens, der Versorgung der Hinterbliebenen gefallener Krieger, der Unterstützung von Flüchtlingen. Diese Organisationen, an deren Spitze, soweit es sich um die Städte und die Semstvos handelte, der jetzige Ministerpräsident Fürst Gwom, soweit die Industrie in Betracht kam, der jetzige Kriegsminister Gutschkow stand, waren die Rettung für die Armee — woraus sich auch die Sympathie der Garnisonen und der Oberbefehlshaber des Frontheeres für die Revolution erkärt. Diese Organisationen wuchsen sich schließlich zu einer solchen Größe und Macht aus, daß die reaktionären Regierungen, besonders der letzte Minister des Innern Protobobow, sie in richtiger Erkenntnis der in ihnen liegenden Gefahr mit den schärfsten Mitteln des russischen Polizeistaates zu verfolgen begannen, ohne aber sie mehr vernichten zu können.

Die gesellschaftlichen Kriegsorganisationen, die sich über das ganze weite Reich erstreckten und in alle Schichten der Bevölkerung — Stadt und Land, Handel, Landwirtschaft, Industrie — eindringen, waren für die liberale Opposition eine unersehbare Vorhülle für die

praktische Regierungstätigkeit, wie sie kaum noch eine revolutionäre Bewegung anderwärts genossen hat. Es dürfte deswegen den neuen Männern nicht schwer fallen, die Regierung des Reiches in die Hand zu nehmen. Sie verstehen sich schon heute besser darauf als die Bureaucratie, die als verfaultes Glied vom Volks- und Staatskörper abfällt. Die bürgerlichen Schichten, die jetzt an die Oberfläche dringen, scheinen — der Schein kann allerdings trügen — für die Selbstregierung reif zu sein. Ob es auch das ganze russische Volk schon ist, davon wird der endgültige Erfolg der Revolution abhängen.

### Die Bildung eines russischen nationalen Kabinetts.

Von Dr. Hans Heberberger.

Professor für Geschichte Osteuropas an der Wiener Universität.

Während Bonar Law im englischen Unterhause die Abdankung des Zaren Nikolaus II. und die Betraung seines Bruders Michael Alexandrowitsch mit der Regentschaft mitteilte, Vorgänge, die in den §§ 40 bis 52 der Staatsgrundgesetze vollkommen vorgesehen sind, hat uns die russische Revolutionsregierung bisher dieses Ereignis sorgfältig verschwiegen. Es hat den Anschein, als ob diese Schweigsamkeit damit zu erklären wäre, daß die Revolutionsregierung in bezug auf den Zaren, seinen Hof und seine Umgebung, endlich auch auf die Armee noch nicht das erwünschte und von ihr angestrebte Ziel erreicht hat. Für diese Blockregierung wäre es auch seltsam, wenn sie den Zaren, mit dem sie, nach ihrer so oft abgegebenen Erklärung, in der Hauptfrage, nämlich der Fortsetzung des Krieges bis zum Endsiege, vollkommen einig sei, in einem Augenblicke vom Thron stöße, da sie, nach englischer Behauptung, daran geht, alles für diesen Sieg über die Zentralmächte einzusetzen. Es wird daher wohl wahrscheinlicher sein, daß die Bestellung des Großfürsten Michael Alexandrowitsch zum Regenten nicht im Einkommen mit der Revolutionsregierung, sondern vielleicht sogar gegen sie erfolgt ist. Wir wollen eine Würdigung des abgedankten Zaren, wenn Bonar Law recht hat, einer späteren Zeit vorbehalten. Heute liegt uns das näher, was uns die Revolutionsregierung, die von der Beherrschung des Tele-

graphen einen sehr sparsamen Gebrauch macht, selbst meldet. Sie machte noch unter dem gestrigen Datum von dem Anschluß der Garnison von Kronstadt Mitteilung, einem Ereignis, das nach den Erfahrungen der Revolution von 1905/06 nicht überraschend gekommen ist, das aber die militärische Lage der Revolutionsregierung entschieden festigte. Der Gymnasialprofessor Wiktor Nikolajewitsch Pospeljajew, ein Kadett und Sibiriake, der gemeinsam mit dem Kadetten Sergej Asanajewitsch Tschikin, einem Transbaikalkosaken und Fachschullehrer, mit dieser Mission vom Exekutivkomitee dorthin abgesandt wurde, wurde zum Kommandanten von Kronstadt ernannt. Die Persönlichkeit dieses Kommandanten spricht eine beredete Sprache; sie liefert uns einige Striche für den Charakter der Revolutionsregierung, die zu einer Reihe von Schlüssen uns Anregung geben können.

Dann blieb der Chef der Telegraphenagentur Gronsckij außerordentlich schweigsam, bis er uns fast 24 Stunden später die Mitteilung von der Bildung des neuen nationalen Kabinetts machte. Auffallend ist die Einleitung: „Der Vollzugsausschuß der Reichsduma veröffentlicht folgende Liste des neuen nationalen Kabinetts.“ Vom Zaren oder Regenten steht also darin kein Wort; das deutet wohl darauf hin, daß der Hof und das Hauptquartier die neue Regierung noch nicht anerkannt haben, vielleicht auch gar nicht anerkennen wollen. Die Ministerliste selbst bietet keine Ueberraschung. Es sind lauter Männer, die schon seit Jahr und Tag als die Männer des allgemeinen Vertrauens hingestellt wurden. Fürst Low, der an der Spitze des Semstwoverbandes eine führende Rolle in semstwo-liberalen Kreisen gespielt, wurde Ministerpräsident und Minister des Innern. Paul Miljukow hat sein längst erstrebtes Ziel, die Leitung der äußeren Politik Rußlands in seine Hände zu bekommen, erreicht. Alexander Iwanowitsch Gutschkow, der Oktobristenführer, Präsident der dritten Reichsduma sowie Präsident des Zentralkomitees der Kriegsindustrie, wurde Kriegs- und interimistischer Marineminister, der Großindustrielle und Progressist Konowalow Minister für Handel und Industrie. Wie Gutschkow, war auch Konowalow einer der führenden Männer bei der Mobilisierung des Kapitals und der Industrie gegen die bisherigen russischen Regierungen von Gorenshkin bis Galizyn. Gutschkow hat übrigens als Präsident des Wehrausschusses der dritten Duma seinerzeit die Kadetten wegen ihrer unpatriotischen Haltung in der ersten und zweiten Duma nicht in diesen Ausschuß zugelassen. Ein Anhänger des radikalen linken Flügels der Kadetten, Nikolai Wissarionowitsch Nekrasow, Professor am Technologischen Institut in Tomsk, seit November

zweiter Vizepräsident der Duma, wurde Vernegetrminister. Er war während des Krieges, weil er mit der Taktik Miljukows nicht einverstanden war, aus dem Zentralkomitee der Kadetten ausgetreten. Der Arzt und beste Finanzkennner der Duma, Andrej Iwanowitsch Schingarew wurde merkwürdigerweise nicht Finanz-, sondern Ackerbauminister. Neben Miljukow gehört er zu den Führern der Kadetten, die vollständig in englischem Banne stehen und in der Bestimmung des Krieges bis zum vollen Siege sich nicht genug tun können. Die Finanzen hat der Abgeordnete von Niw, Tereschtschenka, augenscheinlich ein Kadett, der erst gelegentlich einer Nachwahl in die vierte Duma gelangte. Der Links-Oktoberist Iwan Wasiljewitsch Gordenow, seines Reichens Arzt, wurde zum Reichskontrolleur gemacht. Von größtem Interesse sind aber die Persönlichkeiten des Unterrichts- und des Justizministers der revolutionären Regierung. Der ehemalige Professor für Nationalökonomie an der Moskauer Universität, Rannilow, den der verstorbene Unterrichtsminister Rasso einige Jahre vor Kriegsausbruch seiner Würde entsetzte, weshalb es zu einer demonstrativen Niederlegung des Lehramtes durch Professoren und Dozenten der Moskauer Universität kam, ein bedeutender Gelehrter und nüchtern denkender Mann, wurde nun Unterrichtsminister. Der junge Advokat und Führer der Trudowiki (Arbeiterpartei), Kerenckij, der noch am 28. Februar eine flammende Rede nicht nur gegen die Regierung, sondern auch gegen den Imperialismus des Bloks gehalten und den Friedensschluß verlannt hat, ist

Minister geworden. Wie überhaupt die ganze Zusammenlegung des Kabinetts ein deutlicher Wink dafür ist, daß die Kadetten sich mehr nach links als nach rechts orientiert haben — fehlt doch augenscheinlich sowohl ein Vertreter des Zentrums als auch der nationalen Progressiven — zeigt die Anwesenheit Kerenckijs im Kabinett, daß der Block nicht so sehr die Macht allein in den Händen hat, als er es wünschen würde. Kerenckij ist jedenfalls ein Vertreter des Proletariats, des kleinen Mittelstandes. So wie die Persönlichkeit des Stadtkommandanten von Kronstadt beweist, daß die Revolutionsregierung Rücksicht auf die Massen nehmen mußte, so ist auch die Anwesenheit Kerenckijs im Kabinett ein Fingerzeig, daß die Revolutionsregierung nur mit Hilfe des Proletariats sich in den Besitz der Macht setzen konnte und möglicherweise auch nur so behaupten kann. In dem Hauptziele des Bloks, der Kriegführung bis zur Erreichung aller so hochgestellten Ziele, sind Kerenckij und Miljukow allerdings zwei Antipoden. Auffallend ist es, daß die Sozialdemokratie im Kabinett nicht vertreten ist. Warum dies geschah, werden wir eben erst abwarten müssen.

Der Block hat unter der Führung der Kadetten also die Macht in Rußland an sich gerissen. Er muß diese allerdings noch mit dem Proletariat teilen. Ob er aber stark genug ist, sich gegen die Gegenrevolution zu halten und ob er wirklich keine andere dringendere Aufgabe hat, als seine ganze Aufmerksamkeit der energischen Fortsetzung des Krieges zuzuwenden, wie dies die Hoffnung Englands ist, das wird die allernächste Zukunft zeigen. Auch dieser Eventualität stehen wir gewappnet gegenüber. Aus dem materiell und finanziell ausgejochen Lande, wo der letzte verfügbare Mann an der Front ist, bei der Kriegsmüdigkeit des ganzen Volkes, wird er aus Rußland auch keine Kräfte mehr herausheben können, die uns gefährlich werden können.



# Die Entthronung des Zaren.

## Fortdauer der Kämpfe in Moskau.

A. Kopenhagen, 16. März Laut Depeschen aus Saporanda dauern in Moskau die blutigen Kämpfe fort.

Der Oberbefehlshaber des Moskauer Militärbezirktes Mrosowski lehnte die Unterordnung unter die neue Regierung ab und weigert sich, die Gewalt aus den Händen zu geben.

### Großfürst Nikolai an den Zaren.

#### Aufforderung zur Abdankung.

A. Petersburg, 15. März. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Großfürst Nikolai telegraphierte Rodzianko, daß er im Einvernehmen mit dem Generalstabschef Alexejew den Zaren gebeten habe, unter den gegenwärtig verhängnisvollen Umständen den einzig möglichen Beschluß zu fassen, um Rußland zu retten und den Krieg einem erfolgreichen Ende zuzuführen.

### Die Zaren-Familie.

A. Amsterdam, 16. März. Eine hiesige Presagentur meldet, daß der Zar sich im Hauptquartier befindet und die Zarin und der Zarewitsch in Krasnoje-Selo seien.

Stockholm, 15. März. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Die vor einigen Tagen in Petersburg eingetroffene Zarin-Mutter Maria Feodorowna befindet sich im Alexander-Palast.

Das in Stockholm verbreitete Gerücht, daß diesseits der Grenze ein russischer Hofzug unter Dampfstehe, ist darauf zurückzuführen, daß die seit Kriegsausbruch dort verbliebenen Salonwagen des Hofes dieser Tage über das Eis des Torneastrusses nach Rußland geführt wurden.

### Die Zarin unter Bewachung.

A. London, 15. März. „Daily Chronicle“ meldet aus Petersburg, daß die Zarin bewacht wird.

### Die neue Regierung nicht Herr der Lage.

Die Lebensmittel gehen zu Ende. — Kriegsfeindlicher Charakter der Unruhen.

A. Berlin, 16. März. Der Stockholmer Korrespondent des „Lokalanzeiger“ meldet, daß der russische revolutionäre Ausschuß keineswegs Herr der Lage sei. Die Haltung des Militärs sei gänzlich ungewiß.

Die Lebensmittel werden bald vollständig aufgebraucht sein.

Die Unruhen nehmen immer mehr kriegsfeindlichen Charakter an.

### Die Anhänger der alten Regierung feuern von den Dächern.

A. London, 16. März. Das Reutersche Bureau meldet aus Petersburg, die Ruhe sei rasch zurückgekehrt, es seien aber noch viele Dächer und Dachräume von Anhängern der alten Regierung besetzt, die auf deren Rückkehr hoffen und auf die Truppen und die Bevölkerung feuern. Auf Befehl des ausführenden Komitees durchsuchen Soldaten die Dächer und entfernen alle verdächtigen Personen.

# Die Revolution in Rußland.

## Kein Zar da!

### Nikolaus dankt für sich und seinen Sohn ab.

Petersburg, 16. März. Die Petersburger Telegraphenagentur veröffentlicht folgendes kaiserliche Manifest:

Wir von Gottes Gnaden Nikolaus II., Kaiser aller Russen, Zar von Polen, Großfürst von Finnland u. s. w., tun unseren getreuen Untertanen hiedurch folgendes kund:

In den Tagen des großen Kampfes gegen den äußeren Feind, der sich seit drei Jahren bemüht, unser Vaterland zu unterjochen, hat Gott Rußland eine neue Prüfung schicken gewollt. Innere Schwierigkeiten drohen eine verhängnisvolle Rückwirkung auf den endgültigen Ausgang des hartnäckigen Krieges auszuüben. Die Zukunft Rußlands, die Ehre unserer Armee, das Glück des Volkes und die ganze Zukunft unseres teuren Vaterlandes verlangen, daß der Krieg um jeden Preis bis zum siegreichen Ende geführt wird. Der grausame Feind macht seine letzten Anstrengungen und der Augenblick ist nahe, wo unser tapferes Heer in Uebereinstimmung mit unseren glorreichen Verbündeten den Feind endgültig zu Boden strecken wird.

In diesen für das Leben Rußlands entscheidenden Tagen hielten wir es für eine Gewissenspflicht, unserem Volke die enge Vereinigung und Organisation aller seiner Kräfte, um einen schnellen Sieg zu verwirklichen, erleichtern zu müssen.

Deshalb haben wir in Uebereinstimmung mit der Duma des Reiches es für gut erkannt, der Krone des russischen Staates zu entsagen und die oberste Gewalt niederzulegen.

Da wir uns nicht von unserem geliebten Sohne trennen wollen, übertragen wir unsere Erbfolge auf unseren Bruder, den Großfürsten Michael Alexandrowitsch, den wir bei seiner Besteigung des Thrones des russischen Staates segnen. Wir beauftragen unseren Bruder, in voller Uebereinstimmung mit den nationalen Vertretern zu regieren, die geschäftsmäßigen Einrichtungen aufrecht zu erhalten und auf sie im Namen des vielgeliebten Vaterlandes einen unverletzlichen Eid zu leisten.

Wir fordern alle treuen Söhne des Vaterlandes auf, ihre heilige vaterländische Pflicht zu erfüllen, dem Zaren im schweren Augenblick nationaler Prüfungen zu gehorchen und ihm mit den Vertretern des Volkes behilflich zu sein, den russischen Staat den Weg des Glücks und des Ruhmes zu führen.

Gott schütze Rußland!

Stockholm, 17. März. Das Schwedische Telegraphenbüro meldet aus London: Nach einer Petersburger Meldung sei Großfürst-Thronfolger Alexej zum Zaren ausgerufen worden. Großfürst Michael werde bis zur Erklärung der Mündigkeit des Zaren die Regentschaft führen.

### Großfürst Michael verzichtet gleichfalls.

New-York, 16. März. Die Associated Press erfährt aus Petersburg: Großfürst Michael hat am Freitag um 1/2 3 Uhr nachmittags ebenfalls auf den Thron verzichtet.

### Nikolajewitsch — Oberkommandant?

Petersburg, 16. März. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Der Kaiser hat dem Großfürsten Nikolaus

Nikolajewitsch das Oberkommando über die Feldarmeen übertragen.

### Der Zar.

Nach den letzten Nachrichten hält sich der Zar in Pflow auf. Im Gegensatz zu den ausgesprochenen Gerüchten ist er nicht gefangen genommen. Die Zarin hält sich in Jarskoje Selo auf und ist in vollkommener Sicherheit.

Amsterdam, 17. März. Der Petersburger Korrespondent meldet dem „Daily Chronicle“, daß sich der Zar, als er in Pflow angehalten wurde, nach Pflow begab, wo er sich mit einer kleinen Garde noch befindet. Er wurde vor die Alternative gestellt, entweder auf den Thron zu verzichten oder entthront zu werden. Die Zarin befindet sich in Jarskoje Selo. Der Kommandant des Palastes gab dem Dumavertreter sein Ehrenwort, daß die Zarin keinen Fluchtversuch unternehmen werde.

## Das Programm der Revolutionäre.

Petersburg, 16. März. Die provisorische Regierung veröffentlicht folgende Proklamation:

Mitbürger! Der provisorische Volksausschuß der Reichsduma hat unterstützt von der Hilfe der Garnison und der Einwohner der Hauptstadt, jetzt vollständig den schädlichen Einfluß der alten Regierung gebrochen, so daß er nunmehr zur festen Organisation der ausführenden Macht schreiten kann.

In diesem Augenblick erneuert der provisorische Ausschuß folgende Minister des ersten nationalen Kabinetts, deren frühere öffentliche und politische Tätigkeit ihnen das Vertrauen des Landes sichert. (Hier folgen die bereits gemeldeten Namen.)

Die neue Regierung will ihre Politik auf folgenden Grundsätzen aufbauen: Allgemeine unmittelbare Amnestie für alle Personen, die Verbrechen politischer oder religiöser Natur begangen haben, darunter auch terroristische Handlungen, Militärrevolten und Verbrechen gegen die Landwirtschaftsgesetze.

ferner Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit sowie Streikrecht mit Ausdehnung dieser Rechte auf Militärpersonen innerhalb der Grenzen, die die militärischen und technischen Verhältnisse gestatten.

Ab Abschaffung aller durch soziale, religiöse oder nationale Gründe bedingten Einschränkungen.

unmittelbare Bornahme von Vorbereitungen zur Einberufung einer konstitutionellen Versammlung, die, auf dem allgemeinen Stimmrecht beruhend, eine Regierung einrichten und eine Verfassung annehmen soll.

Die Institution der Polizei wird durch eine Nationalmiliz mit gewählten Kommandanten, die der Leitung der Selbstverwaltung unterstellt werden, ersetzt.

Die Kommunalwahlen finden auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes statt.

Die Truppen, die an der revolutionären Bewegung beteiligt sind, sollen nicht entwaffnet, sondern in Petersburg konfigniert werden; Abschaffung aller Einschränkungen für Soldaten hinsichtlich der sozialen Rechte, die andere Mitbürger besitzen, doch nur unter der Bedingung strenger militärischer Disziplin im aktiven Dienste.

## Der Zarenstaat ohne Zar.

Der Zarenstaat hat keinen Zaren. Kaiser Nikolaus hat abgedankt, mit einer Raschheit und Bereitwilligkeit, die dazutut, daß es angenehmere Beschäftigungen geben wird als die, der Penker des russischen Volkes zu sein. Der Zar hat sich mit der eigenen Abdankung nicht begnügt, sondern auch sogleich für seinen Sohn abgedankt; er will sich von ihm nicht trennen, wird als Grund angegeben. Der Großfürst Michael Alexandrowitsch wäre nun nicht, wie von den Revolutionären beabsichtigt, zum Regenten ausgerufen worden, er wäre vielmehr als Zar eingesetzt worden. Aber der anscheinend mehr liebeslustige als herrschsüchtige Mann hat die Thronfolge gleichfalls abgelehnt; das ist am Freitag nachmittag geschehen, und was sich danach ereignet haben mag, ist noch nicht berichtet worden. Ob es seither gelungen ist, irgend einen der Großfürsten aufzutreiben, der Lust hat, Kaiser von Rußland zu werden, ist nicht bekannt; jedenfalls steht es so, daß das Ries Reich Freitag ohne Herrscher dastand und anscheinend nicht wußte, wo es ihn finden könnte. Die Verwirrung in Rußland hat somit den höchsten Grad erreicht; und der krasivolle Kriegsaufschwung, den kurzfristige Beurteiler anbrechen sehen wollen, hebt mit einer Erschütterung des gesamten Staatswesens an, die ohne Beispiel ist. Der Krieg rückt für Rußland weit in den Hintergrund, und die innere Sorge, die Sorge um seine Staatlichkeit, wird ihm, und wird es seinen neuen Denkern, zur Haupt- und Lebensfrage.

Darauf auch ist die Proklamation des Vollzugsausschusses der Duma, der heute die Quelle aller Gewalt in dem Zarenstaat ist, unverkennbar gestimmt: **Kein Wort vom Kriege**, aber ein politisches und soziales Freiheitsprogramm, das den revolutionären Ursprung deutlich erkennen läßt. Ausnahmslose Amnestie für alle wegen politischer Taten Verurteilten (politische Prozesse hat der neue Justizminister überhaupt verboten); Einberufung einer auf dem allgemeinen Stimmrecht beruhenden Konstituante, die die neue Verfassung ausarbeiten soll; allgemeines Wahlrecht für Kommunalwahlen, Abschaffung aller sozialen, nationalen und religiösen Ausnahmsgesetze; Pressefreiheit, Vereinsfreiheit, Versammlungsfreiheit; Koalitionsrecht bis zu den Soldaten, die auch die politischen Rechte erlangen; Abschaffung der Polizei, die durch eine Nationalmiliz ersetzt werden soll, welche ihre Kommandanten selbst wählen und der Selbstverwaltung unterstellt wird; das ist das Programm der neuen Männer, die den Zaren gestürzt und den Zarismus zerbrochen haben. Wahrlich, es ist ein großartiges Programm, wohl geeignet, aus Rußland ein freies und würdiges Gemeinwesen zu machen. Wieviel die Revolutionäre davon halten werden, wieviel sie davon erfüllen werden können, steht dahin; und wir werden uns darüber keinen überschwinglichen Hoffnungen hingeben. Aber zweierlei ist klar: daß erstens in der Revolution und in der revolutionären Regierung der Einfluß der Radikalen und der Sozialdemokraten ungemein stark ist, und daß zweitens der eigentliche Antrieb der Revolution der Wille nach Befreiung des Landes vom Zarismus und Despotismus war. Dabei ist die zufällige Person des Zaren ganz nebensächlich; wofür sich das Land erhob und wozu die Armee ihre Mitwirkung lieh, war der unbeugsame Entschluß, das tyrannische Selbstherrschertum, mit dem man um jeden Brocken Fortschritt wahnsinnige Kämpfe führen mußte, im Marke zu treffen und endgültig aus dem Weg zu räumen. Es war und ist wirklich eine Revolution; eine Erhebung für Freiheit und Gerechtigkeit. Davan ändert sich gar nichts, und dadurch wird es nicht aufgehoben, daß sich bei manchen der Revolutionäre den Freiheitsgedanken auch kriegerische Wünsche zugesellen.

Wohl können wir also auch von dem Gesichtspunkt des Friedens die Revolution in Rußland mit Genugtuung begrüßen. Denn wenn es selbst so wäre, daß Zar Nikolaus, der jeden Augenblick geschworen hat, er werde keinen Frieden schließen, solange das russische Kriegsziel nicht erreicht sei, im Innern, aber schon ganz im Innern, dem Abschluß eines Sonderfriedens zugeneigt gewesen sei: so ist es wohl sehr fraglich, ob er, der entwurzelte Selbstherrscher, die Kraft und Macht gehabt hätte, seine angeblich edlen Absichten, an denen sich nun unsere heimischen Reaktionäre so erbauen, zur Tat

werden zu lassen. Ganz anders ist es die siegreiche Revolution, die dem Volke den Ausblick auf große politische und soziale Reformen eröffnet, imstande; sie kann ungleich leichter Frieden schließen als der Zar, der damit gleichsam zum Verräter an der russischen Sache würde. Und erwägen wir die Frage, ob sich die Revolution leichter behauptet, wenn sie dem unter dem Kriege so furchtbar leidenden russischen Volke den Frieden gibt, oder wenn sie die frucht- und trostlosen Offensiven wiederholt, die schon so unermessliche Opfer gekostet haben, so können wir bei aller Vorsicht nur zu dem Schlusse gelangen, daß sich die Dinge als stärker erweisen werden als alle Kriegsvorläufe, von denen man die Revolutionäre erfüllt glaubt; daß die neuen Männer, von der Revolution emporgehoben, von der Revolution ange-

trieben, den revolutionären Gedanken, die vor allem die Beendigung des Krieges sind, folgen werden müssen. Wir sehen den größten Kriegszustand in Zudungen, die seinen ganzen Körper aufs tiefste erschüttern. Wir sehen die Macht des Volkes in einem Maße wirksam, wie sie selten eine Revolution zur Entfaltung gebracht hat. Wir sehen eine Empörung gegen Druck, Unbill, Ungerechtigkeit sich kräftig durchsetzen. Aus allem dem drängt sich als Schlussfolgerung auf, daß Rußlands Kriegswille zerbrochen wird und die Möglichkeit einer friedlichen Vereinbarung in die nächste Nähe rückt. Mögen die Staatsmänner der Mittelmächte die Möglichkeiten des Augenblicks erkennen und, alle kleinlichen Bedenken zur Seite schiebend, ihnen gerecht werden!

19. III. 1917

## Bonar Law über die irischen Schwierigkeiten.

Rotterdam, 17. März. Dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge kam im englischen Unterhause bei der Abstimmung über die Kreditforderungen durch die Anfrage Dalziels die irische Frage zur Sprache.

Bonar Law sagte, es sei zu bedauern, daß die Nationalisten in der vorigen Woche den Sitzungssaal verlassen hätten, und befürwortete noch einmal einen Ausgleich. Ich bin nicht sicher, erklärte er, ob die Nationalisten im Volk nicht ebensolche Sympathien haben wie im Parlament. Die Herren von der Gegenseite halten es für ihre Pflicht, Opposition im alten Stil zu machen. Es ist möglich, daß die Regierung in der gegenwärtigen Zeit nicht fortgeführt werden kann, wenn man im Parlament jene alte Methode anwendet. Es könnte der Fall eintreten, daß man ohne das Volk operieren

müßte, und hauptsächlich deshalb, weil die nationalisierten Abgeordneten uns den Krieg nicht fortsetzen lassen wollen. Ich würde das für das Allernachteiligste halten. Ich bin überzeugt, daß die Herren auf der Gegenseite das ebenso vermeiden wollen wie wir. Der Premierminister hat deutlich zu verstehen gegeben, daß er, wenn die Ernennung einer Kommission einige Aussicht auf einen günstigen Erfolg hätte, mit Freuden an diese Ernennung ginge. Seitdem, sagte er, haben wir von keiner Seite in Irland etwas gehört. Aber inzwischen erwägen wir als Regierung ernstlich, ob ein Schritt von Seiten der Regierung möglich ist.

Ein nationalisierter Abgeordneter erwiderte, daß allgemeine Wahlen keine Lösung bringen könnten. (Beifall bei den Nationalisten.) Die Enttäuschung und die Unzufriedenheit der Opposition würden dadurch nur wachsen und sich verschlimmern. Der heutige Zustand in Irland sei derartig, daß die autonomen Kolonien daran Anstoß nehmen müßten. Redner erklärte sich damit zufrieden, da die Regierung die Verantwortung auf sich nehme, eine Lösung zu finden.

Bei dieser Bemerkung fiel Bonar Law dem Redner ins Wort und erklärte, daß die

Regierung keine Lösung versprochen

habe. Wir überlegen ernstlich, sagte er, ob es möglich ist, eine Lösung zu finden.

Redmond war bei der Debatte zugegen, ergriff aber nicht das Wort.

Bonar Law's Erklärung, daß die Haltung der irischen Nationalisten die Regierung wider ihren Willen zu allgemeinen Wahlen zwingen könnte, hat Ueberrachtung hervorgerufen.

Die liberalen Blätter fragen, inwiefern allgemeine Wahlen das irische Problem lösen könnten.

Die „Times“ appellieren an die Nachgiebigkeit von Ulster.

„Daily Telegraph“ hält es für sehr wahrscheinlich, daß, wie Asquith vorgeschlagen hat, eine Kommission ernannt werden wird.

### „Wieder etwas im Anzuge.“

London, 17. März. (Meldung des Holländischen Nieuwe Bureaus.) Es gehen Gerüchte um, daß heute in Irland Kundgebungen zu erwarten seien. Es wird zwar in Abrede gestellt, daß der Bevölkerung befohlen worden sei, in ihren Häusern zu bleiben, aber die Mitteilung Bonar Law's im Unterhause, daß es notwendig sein könnte, an das Land zu appellieren und die irische Frage zu ordnen, wird in diesen Kreisen als Anzeichen aufgefaßt, daß wieder etwas im Anzuge sei.

## Rußland eine Republik!

Rußland, das Land des Zaren, das Reich des Selbstherrschertums, das Land des schrankenlosen Despotismus, dieses Rußland ist seit Freitag eine Republik! Es ist die größte, die rascheste und die merkwürdigste Umwälzung, die die Geschichte kennt. Die Republik ist überdies, das ist vielleicht das Erstaunlichste, mit geradezu klassischer Legalität gebildet worden; der Uebergang von der Autokratie zur Republik ist durchaus gesetzlich geschehen. Der Zar hat sich und für seinen Sohn abgedankt; dazu ist er natürlich berechtigt. Er hat die Thronfolge seinem Bruder übergeben; dazu ist er selbstverständlich zuständig. Großfürst Michael Alexandrowitsch aber übergibt die Herrschaft an die Regierung, „die auf Initiative der Duma gebildet worden und mit aller Macht und Autorität ausgerüstet ist“; daß der mit dem Rechte der Thronfolge gesetzlich bekleidete Großfürst dazu befugt ist, unterliegt keinem Zweifel. In Rußland regiert nun ganz alle in die Duma, und die souveräne Gewalt ist, wie es die Duma aussprach, an den zwölfgliedrigen Exekutiv-ausschuß der Duma übergegangen. Dieser Ausschuß, den die vom Volke gewählte Duma bestellt hat, ist nun Inhaber der Regierungsgewalt, und zwar ganz alleiniger Inhaber. Die Republik ist zwar nicht gerade proklamiert worden, aber tatsächlich und rechtlich ist heute der russische Riesenstaat eine Republik. Es klingt wie ein Märchen, die Tatsachen aber machen es wahr.

Die Meldung von der Proklamation des Großfürsten Michael geht zwar nicht von der Petersburger Telegraphenagentur aus; sie stammt von dem Riksauschen Büro in Kopenhagen, welches es aus der russischen Hauptstadt meldet. Man muß bei diesen Einzelheiten verweilen, weil es auch etwas Ähnliches wie diese Proklamation noch nicht gegeben hat. Man erwäge nur: Der Großfürst ist der Erwählte ebenso der Duma wie des abgedankten Zaren; er kann sofort den Thron besteigen und ist des allgemeinen Vertrauens gewiß. Zar von Rußland zu sein ist doch schließlich etwas, und auch wenn es kein Selbstherrschertum ist, sondern eine konstitutionelle Gewalt, so ist sie doch eine der höchsten Stellen, nach denen menschlicher Ehrgeiz langen kann. Was antwortet aber der Großfürst, den die Duma krönen will und den der Zar mit der Thronfolge ausgestattet hat? Er wolle die höchste Macht nur annehmen, wenn unzweideutig festgestellt ist, daß es der Wille des Volkes ist, und dieser Wille des Volkes muß gar sorgfältig erforscht werden. Erst müsse also eine aus allgemeinem, gleichem, direktem und geheime Wahlrecht gebildete konstituierende Versammlung da sein, und die soll die neue Verfassung und überhaupt die Regierungsform beschließen, das Volk soll also beschließen, welche Regierungsform es will und ob es überhaupt eine Monarchie haben will! So spricht ein russischer Großfürst, der Großfürst, der seit Freitag Zar sein könnte!

das verkündet nun in Rußland der Zar! Es ist wirklich ein Wunder, und man fürchtet immer, ein Gegenstoß könne es wieder über den Haufen werfen! Aber wie immer sich die Dinge in Rußland entwickeln werden, es sind doch Höhen der geschichtlichen Entwicklung, die die Völker in Rußland erleben, Höhen der Menschheit selbst. Ist es doch nicht anders, als ob das russische Volk das Zarentum, diese unheimliche Gewalt, die es gefesselt und geknechtet hat, mit eiserner Faust zerbrochen und die Splitter auf den Schindanger der Weltgeschichte geworfen hätte. Mögen auch nicht alle Blühträume reifen; von diesen Tagen an gibt es in Rußland kein Zurück mehr.

Geradezu unfassbar ist es, wie kampflos diese Dynastie kapituliert. Millionenheere sind in Rußland versammelt und ein beträchtlicher Teil hätte wohl das Geheiß des Zaren beachtet, wäre auf sein Geheiß gegen die Revolution marschiert. Der Zar hat anscheinend nicht die geringste Gegenwehr versucht; er hat sich sozusagen ohne Schwertschlag unterworfen. Auch daß er die Krone nicht für seinen Sohn retten

wollte, ist ganz ungewöhnlich; pflegt doch dieser Uebergang der übliche Vorgang zu sein, wenn ein Volk einen unfähigen Monarchen absetzt. Und nun die Entsetzung des Großfürsten Michael, die natürlich eine endgültige ist; denn was immer jene Konstituante beschließen möge, wenn sie einmal zusammentritt, auf diesen Nichtpräsidenten dürfte sie nicht greifen. Bedeutet das, daß die Dynastie ganz enturzelt war, oder bedeutet es die Kraft der revolutionären Strömung? Denn daß es Einsicht bei den Abgedankten bedeutet, ist natürlich nicht zu denken. Jedenfalls bleibt es, daß derart keine Dynastie abgesetzt, keine Monarchie aufgehoben wurde wie die, die sich rühmte, die mächtigste der Welt zu sein;

Die ist stark, weil wir aus den Vorgängen in Rußland die Ueberzeugung schöpfen, daß damit der Krieg bei dem stärksten unserer Gegner ins Mark getroffen ist, und sie ist stark, weil wir nicht ohne tiefe Bewegung das gewaltige Schauspiel betrachten können, da an der blutbesetzten Tyrannei das Strafgericht der Weltgeschichte vollzogen wird und ein Volk sich aus Ohnmacht und Bedrückung zur Würde und Freiheit erheben will.

19. III. 1917

90

### Demission des Kabinetts Briand.

Paris, 18. März. (Meldung der Agence Havas.) Die Minister sind gestern Abend zusammengetreten. Briand berichtete über die Beratungen, die er über die Bedingungen abgehalten habe, unter denen das Kabinett vervollständigt werden könnte. Der Ministerrat war der Ansicht, daß die Umstände erheischen, dem Präsidenten Poincaré jede Freiheit zu lassen, so über die Lage zu entscheiden, wie er es für die Interessen der nationalen Verteidigung am besten halte. Infolgedessen überreichte Ministerpräsident Briand dem Präsidenten Poincaré das Rücktrittsgesuch des Kabinetts.

Paris, 18. März. Wie „Petit Parisien“ meldet, hat sich Briand zur Demission entschlossen, da zuerst Painlevé und dann Rouleux es ablehnten, das Kriegsministerium zu übernehmen.

Genf, 19. März. (Privattelegramm.) Nach zwei Ministerratsitzungen, die mit geringer Unterbrechung am Samstag bis 11 Uhr nachts dauerten, wurden die Mitglieder des Kabinetts Briand darüber einig, daß

nicht bloß das Kriegsministerium neu zu besetzen, sondern auch eine Verstärkung aus Kammer und Senat erforderlich sei. „Excellior“ will wissen, daß man die vor Monaten aufgehobenen Ministerien für Ackerbau, Unterricht und Arbeit wiederherstellen wolle, ferner soll ein Nahrungsmittelministerium geschaffen werden. Ueber alle Personenfragen seien die Mitglieder des Kabinetts Briand einig geworden. Man erwartet binnen 24 Stunden die neue Liste des umgestalteten Kabinetts Briand.

Kein Blatt bezweifelt, daß Poincaré seine Zustimmung zu den vorgestrigen Beschlüssen des Kabinettsrates geben werde. Ob die Clemenceaugruppe ihre Opposition einstellen oder nur mildern werde, hängt davon ab, ob die einflussreichsten ihrer Mitglieder, beispielsweise Tardieu und Monzie, Portefeuilles angenommen haben. Sehr viel hängt auch von der Haltung der in den Armeeausschüssen der Kammer und des Senats maßgebenden Bekämpfer des Driidehergertums Rathé und Jeanneney ab.

Berlin, 19. März. Die „Vossische Zeitung“ meint, in Wirklichkeit sei die russische Revolution nur ein Glied in der Kette des Zerfallsprozesses, von dem die ganze Entente erfaßt sei. Das zweite Glied sei der Sturz des Ministeriums Briand. Wenn die französischen Siegesmöglichkeiten durch die Revolution in Petersburg gestärkt würden, wäre Briand sicherlich nicht zurückgetreten. Daß die Vorgänge in Rußland die Schwierigkeiten in Frankreich verschärft und nicht erleichtert haben, spreche Bände.

Im „Lokalanzeiger“ heißt es: Briand versuchte vergebens, sein Ministerium wieder auf eine breitere Basis zu stellen. Mitten in den Versuch der Neubildung schlug wie ein Blitz die russische Revolution ein. Man darf den Sturz Briands als ein Zeichen dafür ansehen, daß die russischen Ereignisse der letzten Woche die durch den U-Boot-Krieg schon stark ins Wanken geratene Siegeszuversicht in Frankreich aufs schwerste erschüttert haben, wenn dieses Ministerium, das sich so stark an seine Macht klammerte, dem Präsidenten der Republik sein Mandat zurückgibt.

Die „Kreuzzeitung“ sagt: Die Experimente der letzten Tage wegen Neuorganisation des Kabinetts sind erfolglos verlaufen. Nicht einmal die Beschaffung eines Nachfolgers für Liautey ist Briand gelungen. So wartete er den unvermeidlichen Absägungsakt in der Kammer nicht mehr ab und überließ dem Präsidenten Poincaré die Entscheidung und die Verantwortung in der jetzigen kritischen Lage.

20. III. 1917

9a

## Die neue Welt.

Die Welt ist anders seit drei Tagen. Da ist nichts, das nicht sein materielles und moralisches Gewicht verändert hätte, und der miterlebende Bestand ist zu langsam, um sofort die ganze Umwälzung auszuwerten, die sich an diese russische Revolution schließt und noch schließen muß. Wir selbst, die wir seit Menschenaltern an den Schwellen des Jazats ein gedrücktes staatliches Dasein hingelebt haben, können es noch kaum fassen und ausdenken, daß hart jenseits unserer östlichen Grenze die größte Demokratie der Welt, der Freistaat eines Hundertsiebzigmillionenvolkes beginnen soll, ein Freistaat, wie er an Ausdehnung wie an Ursprünglichkeit in der Geschichte kaum seinesgleichen hat. Selbst die Vereinigten Staaten stehen ja an Gebiet und Menschenmasse weit hinter ihm und der altersschwache Zarismus läßt bei seinem Abgang ein junges, in vielen Schichten noch beinahe kindliches Volk zurück. So ungewohnt, so erstaunlich ist der Anblick, den uns nach diesen drei Tagen der Osten bietet, daß wir vor Erstaunen kaum schon zur kritischen Prüfung kommen, was dieses Neue im besondern für uns bedeutet . . .

Leichter überblicken wir freilich, was es der Welt bedeutet. Was seit der Jahrhundertwende da drüben im nahen und fernen Osten vorgeht, haben wir ja im einzelnen und stückweise miterlebt, jetzt aber sind wir zur Zusammenfassung genötigt. Erst stieg Japan zur europäischen Staatlichkeit empor, sein Krieg mit Rußland gab den Anstoß zu der ersten russischen Erhebung, sein Druck auf China zerbrach den orientalischen Despotismus der Mandschudynastie. Seither ist das unermeßlich große chinesische Reich Republik geworden und heute ist Rußland zum mindesten eine parlamentarische Demokratie, bei der die Berufsweise des Staatsoberhauptes beinahe belanglos erscheint. Man verfolge auf der Erdoberfläche dieses gewaltige Staatsgebiet von der innersten Ostsee bis zum Stillen Ozean — es steht heute unter modernen, fast geschichtslosen Staatsformen und Regierungsweisen, ein Gebiet, das in den Jahren, wo unsere Mannschaften im Felde noch zur Schule gingen, der Wildnis, der Barbarei, der mittelalterlichen Despotie angehörte und zum abendländischen Kulturkreis kaum gezählt wurde! Der ganze nord-, west- und ostasiatische Kontinent ist beinahe über Nacht nicht nur in die europäische Staatenwelt hineingeraten, er hat von ihr die jüngsten und volkstümlichsten Regierungsformen übernommen. Hier ist ein politisches und kulturelles Neuland aufgebrochen worden, das an Ausdehnung, Volksdichte und Reichtumsquellen das — alte Amerika weit in den Schatten stellt. Ein demokratisches Rußland reißt gleichsam den Felsblock weg, der ihm vorgelagert, der ihm aufgebürdet war. Der Orient tritt in unsere eigene Geschichte unmittelbar ein; er vollzieht diesen Eintritt in Formen, die wir für uns selbst erst in die Zukunft verlegten. Das alte Europa findet vor Staunen über die Begebenheiten bis heute noch nicht die Sprache.

Und auch Amerika nicht. Dieser Kontinent hat bisher den Vorzug gehabt, lauter Freistaaten zu tragen, denn er hat keine Burgen, wie Goethe hervorhob. Dieses Vorrecht besitzt er nicht mehr, im Gegenteil. Die ihm eignenden Staatsformen sind im Kriege Gemeingut aller Kontinente geworden und die Ausnahmen besetzen auf der Erdkarte nur kleine Räume. Dieser Wandel in den Umständen bewirkt notwendig einen Umschlag im Wesen der Welt. Verallgemeinernd gesprochen: Die Menschheit regiert sich heute völlig anders als noch vor zwanzig Jahren! Und die Menschheit — das ist heute gar nicht so vorwiegend Europa. Alle Maßstäbe und das zu Messende, alles und jedes ist verschoben, das überlieferte Gleichgewicht ist aufgehoben und ein neues noch nicht gewonnen.

Man kann einwenden, daß die Neuformung in Rußland ja noch nicht abgeschlossen ist, daß Rückschläge möglich sind. Das mag sein, aber in der Hauptsache ist entschieden. Denn nicht die Spitzengestaltung der staatlichen Pyramide, sondern ihr Aufbau entscheidet und der ist von Stund' an unwiederherstellbar erneuert. Man kann einwenden, daß die Kräfte, die bei der russischen Märzrevolution mitgewirkt haben, in sich widerspruchsvoll und weitaus kleinlicher sind als das behauptete Ergebnis. So hat

man ja auch 1789 geurteilt, so hat man die vielen großen und kleinen Schwächen der Konventmänner sorgfältig verzeichnet und gemeint, die Revolution selbst zu treffen. Dieses Geschehnis war trotzdem ein ungeheurer geschichtlicher Dammbbruch, ein Dammbbruch auch dann, wenn er bloß durch die niedere Arbeit von Maulwürfen bewirkt wäre. Menschliches Handeln, zumal das Massenhandeln weist weit, weit über die Motive und Absichten der einzelnen Sterblichen hinaus. Geseht, die Dumamänner hätten nichts beabsichtigt als einen Staatsstreich gleich jenem, durch den sich Ludwig Philipp von Orleans 1830 an Stelle seines Bourbonenvetters gesetzt hat; angenommen, die Massen Petersburgs und Moskaus wären bloß durch den Hunger auf die Straßen getrieben worden; zugegeben, die Gardeoffiziere hätten bloß ihre Empörung über das Mißgeschick im Kriege ausgedrückt — der furchtbare Afford des allgemeinen Unwillens hat Wirkungen gezeitigt, die vom Stillen bis zum Atlantischen Meere, die aus der Gegenwart in eine ferne, noch dunkle Zukunft weisen. Und es kann sehr wohl sein, daß die Maulwürfe im Dammbbruch ertrinken, aber das stellt den Damm nicht wieder her.

Die Welt ist seit drei Tagen anders. Wir müssen das begreifen lernen.

## Die Uneinigkeit in Rußland.

## Seltige Zerwürfnisse zwischen den Parteien.

Amsterdam, 19. März.

Der Korrespondent des „Daily Chronicle“, Harald William, meldet aus Petersburg vom Freitag abend:

In der Provinz wird der Umsturz jetzt mehr und mehr bekannt. Es gibt aber noch immer Gouverneure, die sich weigern, die Veröffentlichung der amtlichen Telegramme der revolutionären Regierung zu gestatten. Der Zar und die Zarin werden nicht bedauert. Man hört nur selten etwas zu ihrer Verteidigung anführen. Die freigelassenen Verbrecher machen sich unangenehm bemerkbar. Einige von ihnen zogen Uniformen an und drangen in Privatwohnungen ein. Es wurden kräftige Maßregeln getroffen, um sie unschädlich zu machen. Die Schüler der Militärschulen tun jetzt Dienst als Polizei, bis die neue Polizei aufgestellt ist. Eine dringende Frage ist die Wiederaufnahme der Arbeit.

In einem anderen Telegramm aus Petersburg vom Freitag abend meldet Harald William: Gestern wurde, als zwischen liberalen Patrioten und Extremisten Uneinigkeit entstand, die Lage sehr gefährlich. Die Leidenschaften gehen jetzt so hoch, daß man in einem gewissen Augenblick mit der Möglichkeit rechnen mußte, daß die wütenden Soldaten, die ganz außer Rand und Band geraten sind, die Mitglieder des Durakomitees überfallen und ermorden würden. Rußland wäre dann in eine schreckliche Anarchie gestürzt worden.

## Der Kampf zwischen den Parteien der Duma.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Genf, 19. März.

„Temps“ stellt fest, daß sich inmitten der Gruppen der russischen Linken ernste Unstimmigkeiten geltend machen. Die Oktoberistenpartei der Duma, die den Vollzugsausschuß und den Ministerrat gebildet hat, hatte in ihr Programm die Abdankung des Zaren und die Uebertragung der Regentschaft an den Großfürsten Michael aufgenommen. Als der Zar sich weigerte, abzutreten, hatte sich ein Arbeiterkomitee außerhalb der Duma gebildet und die Oktoberisten zum Unterhandeln gezwungen. Dieses Arbeiterkomitee verlangte die sofortige Abhaltung von Volkswahlen. Der Vollzugsausschuß befürchtet jedoch, daß die Wahlen im gegenwärtigen Augenblick Unruhen hervorrufen könnten, und bestand noch vorgestern auf der Verschiebung der Wahlen bis nach Kriegsende. Der Vollzugsausschuß konferierte die ganze vorgestrigte Nacht mit dem Arbeiterkomitee, um die Lösung dieser Frage zu finden. Nach den vorliegenden Depeschen scheint der Konflikt noch nicht beigelegt. Die Lage wurde durch die Weigerung des Großfürsten Michael, die Regentschaft anzunehmen, noch erschwert.



20. III. 1917

J

## Das Kriegsprogramm der Revolutionsregierung.

Auscheinend nur dem Ausland mitgeteilt.

Wien, 19. März.

Das k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureau erhält von einem seiner Vertreter im neutralen Auslande ein Telegramm, wonach das heute vormittag mitgeteilte Zirkular-Telegramm Miljukows an die Vertreter Russlands im Auslande folgenden Passus enthält, der in der dem k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureau heute früh zugekommenen Fassung des betreffenden Telegramms der Petersburger Telegraphenagentur nicht enthalten war:

Russland hat den Krieg, welcher seit fast drei Jahren die Welt in Blut badet, nicht gewollt. Das Opfer eines vorbedachten und von langer Hand vorbereiteten Angriffs, wird Russland fortfahren, wie früher gegen den Eroberungsgeist einer räuberischen Klasse zu kämpfen, welche sich eingebildet hat, eine unerträgliche Hegemonie über ihre Nachbarn aufzurichten zu können und dem Europa des zwanzigsten Jahrhunderts die Schmach der Herrschaft des preussischen Militarismus aufzuerlegen. Trennen dem Vertrage, welcher Russland unlöslich mit seinen ruhmvollen Verbündeten einigt, ist Russland gleich ihnen entschlossen, der Welt um jeden Preis eine Völkerfriedensära auf Grundlage einer stabilen nationalen Organisation, welche die Achtung des Rechtes und der Gerechtigkeit gewährleistet, zu sichern. Russland wird an ihrer Seite den gemeinsamen Feind bis ans Ende ohne Pause und ohne Schwäche bekämpfen. Die Regierung, welcher ich angehöre, wird alle Energie auf die Vorbereitung des Sieges verwenden und schnellstens den Irrungen der Vergangenheit, welche bisher den Schwung und den Opfergeist des russischen Volkes paralyßieren konnten, abzuhelfen suchen.

**Ein Kabinett Ribot.**

Unter Mitwirkung Painlevés.

Paris, 19. März. (Melbung der Agence Havas.)  
Das neue französische Ministerium wurde folgendermaßen gebildet:

Vorsitz und Außeneres — Ribot;  
Justiz — Viviani;  
Krieg — Painlevé;  
Marine — Lacaze;  
Bewaffnungswesen — Thomas;  
Finanzen — Thierry;  
Inneres — Malvy;  
öffentlicher Unterricht — Steeg;  
öffentliche Arbeiten — Desplas;  
Handel — Clémentel;  
Ackerbau — Fernand David;  
Verpflegung — Violette;  
Arbeit und soziale Fürsorge — Bourgeois;  
Kolonien — Maginot;  
Unterstaatssekretär des Flugwesens — Daniel  
Vincent.

## Die Konflikte unter den Revolutionären.

Eine Darstellung der Vorgänge in Rußland.  
v. Stockholm, 20. März.

Die Zeitung Socialdemokraten enthält folgende Darstellung der Vorgänge in Rußland, die auf genaue Nachrichten zurückzugehen scheint:

### Zwei Revolutionsausschüsse.

Am 12. d. wurden in Petersburg zwei Revolutionsausschüsse eingesetzt: auf der einen Seite das Exekutivkomitee der Reichsduma, das aus sämtlichen Vertretern der Dumaparteien bestand, auf der anderen Seite die Delegiertenversammlung der Petersburger Arbeiter mit Lischeidse an der Spitze. Dieser Arbeiterausschuß hat in Wirklichkeit die ganze revolutionäre Macht in Händen, denn zu ihm halten die Arbeiter und die Truppen.

### Sieg des Arbeiterausschusses.

Der erste Konflikt zwischen ihm und dem Exekutivkomitee der Reichsduma brach schon am Montag abends aus. Das Komitee beschloß nämlich, mit dem Zaren Verhandlungen anzuknüpfen. Lischeidse und Kerenski traten daher aus dem Komitee aus. Rodzianko telegraphierte dem Zaren, die Reichsduma wünsche eine neue Regierung, zugleich wurde die alte Regierung gezwungen, ihr Rücktrittsgesuch einzureichen. Der Zar antwortete Rodzianko nicht, sondern teilte der alten Regierung mit, er werde den Chef des Generalstabes Alexejew als Diktator nach Petersburg schicken. Nun gab das Komitee der Reichsduma dem Arbeiterausschuß nach, und Lischeidse und Kerenski nahmen ihre Tätigkeit wieder auf.

### Der zweite Konflikt.

Der zweite Konflikt brach Mittwoch, beziehungsweise Donnerstag aus. Das Bestreben der Mehrheit der Reichsduma geht auf Fortsetzung einer energischen Kriegspolitik. Sie wünscht daher sobald wie möglich im Innern Ordnung zu schaffen. Der nächste Weg dazu war, den Sohn des Zaren zum Kaiser und den Großfürsten Michael zum gesetzlichen Regenten zu ernennen. Dies beschloß auch das neugebildete Kabinett, und Miljukow teilte es dem Ausland mit. Schon am Donnerstag abends verkündete bekanntlich Bonar Law die wichtige Neuigkeit im englischen Unterhaus. Der Petersburger Arbeiterausschuß protestierte aber, da eine solche Liquidierung der Revolution nichts anderes heißen würde, als die Macht in die Hände der Oktobristen und der Kadetten zu legen, was ein Sieg des russischen Imperialismus wäre, dem die Arbeiter ihre Friedenspolitik gegenüberstellen. Sie erklärten daher: Wenn ihr den Sohn des

Zaren zum Kaiser ausrufen, so werden wir die Republik ausrufen. Wir können es, denn wir haben ganz Petersburg in den Händen. Die Dumaregierung mußte abermals nachgeben. Man beschloß daher, Rußland solle seine Regierungsform frei wählen.

Die konstituierende Versammlung, die gleich einzuberufen wäre, sollte sich gegen die Fortsetzung des Krieges erklären. So wurde Miljukow gezwungen, durch die Petersburger Telegraphenagentur zu erklären, daß das, was am Morgen der feste Entschluß der Regierung war, jetzt nur mehr seine persönliche Anschauung sei. Der Zar wurde so gezwungen, für sich und seinen Sohn der Krone zu entsagen, ebenso Großfürst Michael, die Krone abzulehnen, die der Zar ihm in die Hände legen mußte. Darauf wurde die Dumaregierung, die die revolutionären Truppen entwaffnen wollte, um die Nacht in ihre Hände zu bekommen, genötigt, statt dessen in einem großen Manifest an das russische Volk zu erklären, die revolutionären Truppen sollten nicht entwaffnet, sondern nach Petersburg geschickt werden, um den Arbeiterausschuß zu unterstützen. Auch das freie Versammlungsrecht für die Soldaten an der Front ist auf die Forderungen des Arbeiterausschusses zurückzuführen.

### Ein Zwischenspiel des Großfürsten Nikolai.

Während dieser Kämpfe zwischen den Regierungen in Petersburg spielte Großfürst Nikolai Nikolajewitsch seine Karten mit außerordentlicher Sicherheit aus. Er war einer der ersten, der dem Zaren telegraphierte, er müsse abdanken, weil das Wohl des Landes es verlange. Dadurch stellte er sich gleich vor allem mit dem rechten Flügel der Reichsduma gut, der ihn als Militär und Kriegseiferer hochschätzte, und so wurde die Ernennung Nikolai Nikolajewitsch zum Oberbefehlshaber der Truppen, ganz sicher im Einverständnis mit Rodzianko, die letzte Regierungshandlung des Zaren.

Da diese Handlung aber gegen den Willen des Arbeiterausschusses geht, ist die Lage unklar.

### Ruski und Brussilow.

Der Oberbefehlshaber der Nordfront General Ruski steht unbedingt auf Seiten der Revolution. Er hat den Zaren in Bifom angehalten und ihn zur Abdankung gezwungen. Demgegenüber gehört der Oberbefehlshaber der Südarmerie General Brussilow zu den dunkelsten Reaktionen. Als Rodzianko ihm telegraphierte, antwortete er: „Ich werde meine Pflicht gegen den Zaren tun.“

### Die Abhängigkeit der Dumaregierung.

Die letzten Nachrichten aus Petersburg zeigen deutlich, daß die Dumaregierung immer mehr in Abhängigkeit vom Arbeiterausschuß gerät. So enthält Miljukows Erklärung kein Wort über Eroberungen, sondern spricht von der Freiheit aller Nationen. Zweifellos bestehen auch innerhalb des Exekutivausschusses der Reichsduma bei vielen starke Bedenken, gegen die Friedenswünsche der Arbeiter zu handeln, da zu fürchten ist, daß bei einer zu großen Zerspaltung die Reaktion wieder siegen könnte.

21./III. 1917

99

## Der polnische Staatsrat über das polnische Heer.

Antrag auf Vornahme einer Rekrutierung.

Warschan, 19. März.

Die Blätter berichten über den Verlauf des zweiten Verhandlungstages der vor der Staatsratsabteilung für innere Angelegenheiten einberufenen Landestagung. Die Staatsratsmitglieder Lempieli und Kandyśzynski sprachen über die Einrichtung der lokalen Kommissäre, die die Repräsentanten und Vertrauensmänner des Staatsrates sind, das Bindeglied zwischen Volk und Staatsrat darstellen und den Boden zur Uebernahme der Regierungsgewalt vorbereiten.

Oberst Sikorski sprach über die Wichtigkeit der Bildung des polnischen Heeres und sagte: Es wurde bei uns das falsche Gerücht verbreitet, daß die Notwendigkeit einer polnischen Armee das einzige Motiv für die Proklamation des polnischen Staates bilde. Nein, die Armee brauchen vor allen Dingen wir selbst. Redner rechtfertigte die Bildung der Armee unter den gegebenen Verhältnissen auch vom rechtlichen Standpunkt aus. Rynarski sprach über den Anteil der Gesellschaft an der staatsbildenden Arbeit. Weiters kamen noch Vertreter aus der Provinz zu Worte. Die Tagung nahm mehrere Entschlüsse an, in denen dem Staatsrate verschiedene Wünsche unterbreitet werden, darunter auch der der Bildung des Heeres im Wege der Rekrutierung.

In seiner Schlußrede betonte Lempieli, daß unter allen Beratungsgegenständen die Frage der polnischen Armee die erste Stelle einnehme. Ohne Armee gebe es keinen Staat. Das Land erkläre sich für die Bildung des Heeres, gestützt auf die Legionen als Kadres, und erwarte den Uebergang von der Werbung zur Rekrutierung.

## Englands Schuld am Ausbruch des Krieges.

Baron Kato über Greys Kriegspolitik.

Köln, 20. März.

Die „Köln. Ztg.“ schreibt unter dem Titel „Baron Kato und Grey“: Nach einer Meldung des „Japan Weekly Chronicle“ vom 14. Dezember 1916 hielt der frühere japanische Minister des Aeußern Baron Kato, der längere Zeit japanischer Botschafter in London war, anfangs Dezember in Fukuoka eine Rede, in der er u. a. über den Weltkrieg folgendes ausführte:

Wenn auch die unmittelbare Ursache des gegenwärtigen Krieges die Tragödie von Sarajevo war, so war doch dieses Verbrechen nur der Funke, der den angehäuften, leicht entzündlichen Stoff zur Explosion brachte. Als ich vor einigen Jahren in London war, sagte zu mir der Staatssekretär des englischen Auswärtigen Amtes Lord Grey in einer Unterredung, daß das Wettstreiten in Europa immer stärkere Formen angenommen habe und anscheinend kein Ende finden könne. Ueberhaupt sehe es so aus, als werde in naher Zukunft ein Krieg ausbrechen, da die europäischen Mächte ihre militärischen Lasten nahezu als unerträglich empfänden müßten. Wenn nun ein Krieg unvermeidlich sei, meinte Grey, je es desto besser, je eher er ausbreche, damit die Ursache der Spannung endgültig beseitigt werden könne.

„Je eher, desto besser!“ Immerhin eine ganz bezeichnende Betätigung der kriegstreibenden Politik Greys aus dem Munde eines Japaners, der von 1908 bis 1912 Botschafter in London war. Man vergleiche damit die Versuche unserer Feinde, die Lage so darzustellen, als wären sie von uns „ahnungslos überfallen“ worden. Je eher, desto besser! Eine wahre und zugleich vernichtende Kritik der Greyschen Politik liegt ungewollt darin. Wie war es doch damals bei der bosnischen Krise? Sehr verstimmt war man in London über die friedliche Lösung. Erinnern wir uns des im Jahre 1916 veröffentlichten Berichtes des deutschen Botschafters in Petersburg vom 5. April 1909, wonach Sir Arthur Nicolson, der damalige englische Botschafter in Petersburg, dem russischen Minister für auswärtige Angelegenheiten Iswolski ernste Vorwürfe darüber gemacht hat, daß er den deutschen Vermittlungsvorschlag zur friedlichen Lösung der Annexionsfrage angenommen habe, ohne sich vorher mit Frankreich und England ins Einvernehmen zu setzen. Auch Sir Edward Grey hat seine Verstimmung über die Nachgiebigkeit der russischen Politik dem russischen Geschäftsträger gegenüber zum Ausdruck gebracht und das Vorgehen Iswolskis als übereilt bezeichnet. Der englische Minister des Aeußern ging sogar so weit, in eine

Erörterung der Frage einzutreten, welche Haltung England eingenommen haben würde, falls es zu einem Krieg zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn sowie Deutschland gekommen wäre. Genau wie im Winter 1908/09, war London bei allen andern Gelegenheiten verstimmt, wenn die Beteiligten eine ihren Interessen entsprechende friedliche Lösung fanden und dadurch der Kriegsfall vermieden wurde, den die Engländer sich je eher desto besser wünschten, der Kriegsfall, von dem sie einen Gewinn für England erhofften, ohne nach dem andern bekannten Wort Greys vom 8. August 1914 für sich viel zu riskieren.

21. III. 1917

101

## Admiral Nepenin ermordet.

Unruhen bei der Flotte.

Petersburg, 20. März.

Die Petersburger Telegraphenagentur meldet:

Eine amtliche Mitteilung über die Unruhen, die sich am 16. d., abends, auf den Schiffen der Ostseeflotte ereignet haben, besagt:

Ein Teil der Flotte hatte dem Höchstkommmandierenden Admiral Nepenin das Vertrauen ausgesprochen, während ein anderer Teil ihm das Mißtrauen ausdrückte. Im Laufe der Unruhen wurde ein Teil der Offiziere getötet oder verwundet. Die provisorische Regierung entsandte zwei Abgeordnete, denen es nach einigen Verhandlungen gelang, die Ruhe wieder herzustellen und die Flottenmannschaften zu bewegen, sich der neuen Regierung anzuschließen. Es herrscht wieder vollständige Ruhe bei der Flotte. Unglücklicherweise wurde Admiral Nepenin am 17. d. getötet.

Der von der provisorischen Regierung zum Befehlshaber der Truppen des Militärbezirkes Petersburg ernannte Generalleutnant Kornilow hat seine Stellung angetreten.

21. III. 1917

102

## Die Ernennung Nikolais aufgehoben.

Kein Romanow darf den Oberbefehl haben.

London, 20. März. „Times“ melden aus Petersburg:

Die provisorische Regierung war gezwungen, der Stimmung der Revolutionäre Zugeständnisse zu machen. Als der Zar abdankte, ernannte er den Großfürsten Nikolai zum Oberbefehlshaber. Trotz dessen Volkstümlichkeit hielt die provisorische Regierung es für notwendig, die Ernennung aufzuheben, um der böswilligen Propaganda ein Ende zu machen, und durch Erlass anzuvordnen, daß der Oberbefehl nicht in den Händen der Mitglieder der Familie Romanow ruhen dürfe.

## Neuerst kritische Lage Rußlands.

Berlin, 20. März. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Der „Lokalanzeiger“ bringt eine Korrespondenz aus Stockholm, die die Lage in Rußland als äußerst kritisch bezeichnet. Die neue Regierung stößt auf ungeheure Schwierigkeiten, die ihr die Sozialisten in den Weg legen. Es gehen Gerüchte um, daß sie ihren Sitz nach Finnland verlegen werde und daß Justizminister Serenski mit seinem Austritte gedroht hatte, falls nicht unverzüglich seine Forderungen erfüllt würden.

## „Noch nicht alle Gefahr vorüber.“

Ein Ausspruch Lloyd Georges im Unterhause.

Amsterdam, 20. März. „Allgemeines Handelsblatt“ meldet aus London: Premierminister Lloyd George teilte gestern im Unterhause mit, daß Donnerstag die Absendung einer Glückwunschadresse an die russische Duma beantragt werden würde. Der Premierminister sagte ferner, man könne nach den vorliegenden Informationen noch nicht sagen, daß in Rußland alle Gefahr vorüber sei.

### Widerruf der Zulassung feindlicher Schiffahrtsgesellschaften.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit dem Handelsminister die Zulassung der englischen Gesellschaft The Cunard Steam Ship Company Limited in Liverpool, der französischen Gesellschaft Compagnie générale transatlantique in Paris, der kanadischen Gesellschaft Canadian Pacific Railway Company in Montreal und der belgischen Gesellschaft Société anonyme de navigation Belge-Américaine (Red Star Line) in Antwerpen zum Betriebe ihrer statutarischen Geschäfte in Oesterreich widerrufen.



22. III. 1917

107

## Der Zar und die Zarin — Gefangene.

Der Zar nach Zarskoje Selo zurückgebracht.

L. London, 21. März. Das Reuterische Bureau meldet aus Petersburg: Die Regierung hat angeordnet, daß der frühere Zar und seine Gemahlin als Gefangene betrachtet werden und nach Zarskoje Selo gebracht werden sollen.

General Alexejew wird den Abgeordneten Boussilow, Verschinine, Griboumine und Kalinine, die nach Mohilew geschickt wurden, ein Detachement zur Bewachung des Zaren zur Verfügung stellen.

**Forderung nach sofortiger Einleitung von Friedensverhandlungen.**

**Im dem Aufruf der sozialistischen Revolutionäre.**

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 22. März.

Aus Stockholm wird dem „Lokalanzeiger“ gemeldet: Der „Aufruf der sozialistischen Revolutionäre“, der sich in schärfsten Worten gegen die provisorische Regierung wendet, lautet: „Arbeiter! Ihr seid die Träger der russischen Umwälzung, Euer Blut ist in Strömen geflossen, damit die Unterdrückten des Volkes getötet und eingesperrt werden. Jetzt seid Ihr wiederum betrogen. Ihr wollt Brot, Freiheit und Frieden, Brot seht Ihr weniger als früher, der Friede ist in die fernste Ferne gerückt, die Freiheit auf unbestimmte Versprechungen gegründet. Arbeiter, traut nicht den Versprechungen des Bürgertums, das den mit Eurem Blut errungenen Sieg für sich auszunützen trachtet. Arbeiter, Ihr könnt die Herren Russlands werden. In Euren Händen sind die wichtigsten Armeebetriebe des ganzen Reiches. Laßt Euch nicht durch Versprechungen überreden, die Arbeit aufzunehmen, sondern haltet Euch

bereit, den Befehlen, die das Arbeiterkomitee in den nächsten Tagen an Euch richten wird, zu folgen. Wir fordern die sofortige Einleitung von Friedensverhandlungen, die unter Aufsicht der Arbeiterschaft schnellstens durchzuführen sind. Dann die sofortige Verwirklichung des sozialistischen Programms unter Loslösung aller Fremdstämmigen vom russischen Reich.“ Gezeichnet ist der Aufruf von Tschwidse und Tschenkeli.

Diese sozialistische Kundgebung wurde nach einer Versammlung der Vertreter der Arbeiter und Soldaten im Laurischen Palais erlassen. Die Männer der vorläufigen Regierung, darunter Fürst Low und Miljutow, die die Notwendigkeit der Fortführung des Krieges betonten wollten, wurden bei den ersten Worten mit heulendem Geschrei unterbrochen. Die Vertreter der Arbeiter protestierten auch gegen das Unterdrückungssystem der vorläufigen Regierung, welche die freie Meinungsäußerung verhindere und gewaltfam den Verkehr der Sozialisten mit den ausländischen Genossen unmöglich mache. Dem Petersburger Arbeiterkomitee wurde sogar verboten, telegraphisch mit den neutralen Sozialistenführern zu verkehren.

## Ein Aufruf Kerenskis an die meuternden Matrosen der Ostseeflotte.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Stockholm, 22. März.

Justizminister Kerenski hat an die meuternden Matrosen von Sveaborg eine Proklamation gerichtet, worin er ihnen von den Thronbesteigungsbedingungen des Großfürsten Michael Mitteilung macht. Die Proklamation, die Ihrem Korrespondenten vorliegt, lautet:

Kameraden! Ich, der Justizminister der provisorischen Regierung und Mitglied der Duma, Kerenski, bestätige mit meinem Worte, daß der Wortlaut der Absage des Großfürsten echt ist. Ich und der Ministerpräsident haben sie aus den Händen des Großfürsten Michael erhalten. Kameraden, Matrosen! Rußland ist nun frei. Ich bitte Euch, die Unruhen zu beenden, welche die Sammlung der bürgerlichen Kräfte unmöglich machen. Vergesst nicht, daß Soldaten, Offiziere und Matrosen mehr als einmal in vergangenen historischen Zeiten zusammengearbeitet, um das alte autokratische Regime abzuschütteln. Ich versichere Euch, daß die Herren Offiziere entschieden in der Mehrzahl es mit dem Volke halten. In Petersburg sprach ich mit allen Klassen, auch mit Soldaten und mit Offizieren, und ich führe Euch Stellen aus der Rede von Tschaidse an. Er trat im Sitzungssaale der Duma auf, begleitet von Soldaten und Offizieren und enthusiastisch begrüßt vom Publikum und sprach über die glänzenden Taten der Revolutionskrieger, deren Hände die Arbeiter drückten. Er sprach weiter über die letzten Provokationsversuche der Döhrana, welche die Soldaten zur Ermordung der Offiziere ermunterte. Tschaidse ermahnte die Soldaten, ihre Offiziere als Mitbürger zu begrüßen, welche wie sie die Fahne der Revolution gehißt haben. Hoffen wir, sagte er, daß Ihr einander wie Brüder behandelt. Darauf trugen Soldaten, Offiziere und Arbeiter Tschaidse auf den Schultern. Kameraden, Ihr seht, daß in Petersburg unter den Soldaten eine starke Bewegung gegen die alte Autokratie herrscht, gegen die zusammengestürzte Macht, welche aus Selbsterhaltungstrieb und durch Provokation zur Anarchie strebt. Aber der große politische Verstand der Bauern und Arbeiter, der Soldaten und Matrosen wird ihre Hoffnungen zunichte machen. Sie versuchte einerseits, planlose Unruhen hervorzurufen, und ermahnte anderseits ihre Anhänger, sich nicht zu ergeben. Kameraden! Der erste Schritt der Regierung wird die Veröffentlichung der Autonomie sein. Unsere nach Sibirien

deportierten Duma mitglieder aus der zweiten und vierten Duma werden unter Ehrenbezeugungen freigelassen werden. Die Mitglieder des alten Kabinetts befinden sich in meiner Gewalt und werden sich vor der Nation nach den neuen Gesetzen zu beantworten haben.

Kameraden! Ich bitte Euch um Euren Beistand und ersuche Euch, nicht irgendwelchen Agenten zu gehorchen, sondern Euren Kameraden, den Offizieren. Ich bin überzeugt, daß Ihr meiner Bitte Gehör schenken und unverzüglich mit der Zerstörung der russischen Ostseeflotte aufhören werdet. Schützt Eure Schiffe und Borräte zum Schutze der Freiheit Rußlands, auf daß die Flotte schlagfertig bleibe und jeden feindlichen Angriff abweisen kann. Ich bitte Euch dringendst, mit dem Blutvergießen aufzuhören und das Schießen aufzugeben. Schützt Weiber und Kinder. Bespuckt nicht den Namen von Sozialisten. Nur Schurken greifen Wehrlose an. Ihr aber, Kameraden, seid Helden, die Ihr gemeinsam mit den Bauern und Arbeitern Rußlands Freiheit geschaffen habt. Leitet Euren Kameraden mit, daß Euer Chef, Admiral Niepenin, sich völlig der neuen Regierung gefügt und uns anerkannt hat. Daher sollt Ihr seinen Befehlen gehorchen. Ich teile Euch dies im Namen der provisorischen Regierung mit, bitte Euch aber noch mehr, in meiner Eigenschaft als Euer Genosse, dem die Ehre teurer ist als Freiheit und Leben. (Bez.:) Justizminister Kerenski.

Wie wenig diese sonderbare Proklamation auf die Matrosen gewirkt hat, zeigt, daß sie am nächsten Tag ihren Chef Admiral Niepenin, der auf seiten der provisorischen Regierung stand, töteten. Dieses sonderbare Dokument, das auffallenderweise nicht vom Marineminister Gutschkow, sondern von Kerenski veröffentlicht wurde, zeigt im klarsten Licht den Zustand, der in der Armee herrscht.

## Das Kabinett Ribot vor der Kammer.

Bern, 22. März.

Den Lyoner Blättern zufolge wurden die Erklärungen des Ministerpräsidenten Ribot in der Kammer beifällig aufgenommen.

Bei Begründung seiner Interpellation erklärte Deputierter Dubois, er sei besorgt über die Beziehungen der Regierung zum Oberkommando. Die Regierung müsse die Verwendung der Kriegsmittel kontrollieren. Es sei für die allgemeine Kriegführung notwendig, eine gleichwertige militärische und wirtschaftliche Organisation zu schaffen. Die Kontrolle des Kriegskomitees müsse sich auf alle Alliierten erstrecken. Es wäre gut, wenn ein technischer Generalstab organisiert würde, um als Ratgeber des Kriegskomitees zu dienen. Das Kriegskomitee müsse alle technischen und moralischen Autoritäten besitzen, um seinen Willen durchsetzen zu können. Die Regierung müsse der Kammer Erklärungen darüber abgeben, damit diese ihre Verantwortlichkeiten kenne.

Robert gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß Ministerpräsident Ribot in seiner Erklärung die landwirtschaftliche Lage als nicht beunruhigend bezeichnete. Hier seien Handlungen und nicht Worte vonnöten.

Chaumie fragte, was die neue Regierung Neues in ihr Aktionsprogramm aufgenommen habe.

Augagneur erklärte, die Zensurfrage sei der wichtigste Punkt. Seit zwei Jahren sei der Geisteszustand des Landes durch das Verbot, schlechte Nachrichten zu kommentieren, verfälscht worden. Man habe dadurch einen gefährlichen falschen Optimismus geschaffen, der alle Energie töte.

Landry verlangte eine bessere Zusammenarbeit aller Verwaltungsstellen und eine engere Zusammenarbeit aller Alliierten in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht.

### Ribot über die Lage.

Ministerpräsident Ribot erwiderte, man könne die neue Regierung noch nicht beurteilen, sondern müsse ihre Handlungen abwarten. Er habe bei seiner Kabinettsbildung alle Mitglieder des früheren Kabinetts beibehalten wollen. Es handle sich jedoch nicht um Personen, sondern um die Landesverteidigung. Deshalb habe er sich nicht um eine proportionale Vertretung der Parteien gekümmert, noch darum, ob man dieser oder jener Gruppe angehört, wenn man nur dem Vaterlande und der Landesverteidigung zugehörig sei.

Die Erklärungen des Ministerpräsidenten riefen Beweegung und Unruhe auf einigen Bänken hervor, worauf Ribot fortfuhr, die Regierung sei nicht nur eine Versammlung von Kompetenzen, sondern es müsse eine Verständigung zwischen den einzelnen Ministern für die gemeinsame Sache erzielt werden, die der Ministerpräsident leite. Bezüglich der allgemeinen Kriegführung habe die Regierung die Verantwortung vor dem Parlament. Er könne es daher nicht zulassen, daß andere verantwortliche Regierungsstellen geschaffen würden, welche der Regierung gegenüber einen Vorrang besäßen, denn die Kriegführung sei heute Aufgabe der Regierung.

Dubois unterbrach den Ministerpräsidenten und erklärte wiederholt, eine Kontrolle sei notwendig.

Ministerpräsident Ribot forderte nochmals Vertrauen und erklärte, dem Lande müsse die Wahrheit gesagt werden; deshalb würden Übertreibungen oder falsche Nachrichten unterdrückt. Ribot erklärte sodann, er werde jede Kritik gegen die Regierung gestatten. Es sei besser so, als daß Kritiken in den Wandelgängen des Parlaments Anlaß zu Reibereien gäben. (Lebhafte Beifall.)

Der Ministerpräsident sprach dann von dem deutschen Raubzuge, der von unerhörten Greuelthaten begleitet sei. Frankreich sei kein Raubstaat. Es wolle nur seine verlorenen Provinzen und materielle Garantien; aber diese reuigten nicht, deshalb seien moralische Garantien notwendig. Wenn Wilson die Bildung einer Gesellschaft der Nationen vorschläge, nehme Frankreich dies an, aber nur demokratische Nationen seien

wirklich Herren ihres Geschickes. (Lebhafte Beifall links und auf der äußersten Linken.)

Ribot beglückwünschte Johann Ruzland zur Revolution und widmete dem Zaren als dem aufrichtigen Freunde Frankreichs warme Worte. Man müsse hoffen, daß die russische Revolution auch ferner ohne Blutvergießen verlauge und für andere Länder als Beispiel diene.

Die Kammer und das Land müßten Vertrauen zur Regierung haben. Alle Fragen, die nur für Friedenszeiten in Betracht kämen, müßten beiseite gestellt werden. Man müsse alles, sogar das Leben, dem Vaterlande opfern.

Lafferre forderte Johann nochmals scharfe Maßnahmen und eine wirkliche Aktionspolitik der Regierung in wirtschaftlichen Fragen.

Hierauf wurde der Regierung einstimmig das Vertrauen ausgesprochen.

## Das Verhältnis der französischen Regierung zum Oberkommando.

Genf, 21. März.

Die Erklärung der französischen Regierung vor der Kammer sagt über das Verhältnis des Ministeriums zum Oberkommando noch folgendes: Die Regierung hat die Bestimmung über alles, was die Organisation und den Unterhalt der Heere betrifft. Sie ist das notwendige Organ für die Beziehungen zu den verbündeten Regierungen, um volle Uebereinstimmung in dem Zusammenwirken der verbündeten Heere zu sichern, läßt aber dem von ihr ernannten Oberbefehlshaber volle Freiheit in Entwurf, Vorbereitung und Leitung der Operationen.

Die Erklärung weist weiter auf die Notwendigkeit voller Uebereinstimmung zwischen der Regierung und der Kammer hin und betont die Wichtigkeit des gegenseitigen Vertrauens in den Angelegenheiten der Presse, welche die öffentliche Meinung aufklären und stützen müsse. Die Regierung werde falsche Nachrichten sowie Versuche, die Einrichtungen der Republik verächtlich zu machen, unterdrücken, aber die Freiheit der Meinungsäußerung achten. In den Säzen über die Finanzen werden neue Steuern als notwendig zur Zahlung der Anleihezinsen bezeichnet. Dies seien Ueberwiegend Zahlungen an das Ausland, die ernste Besorgnisse erweckten und die man einschränken müsse, ohne jedoch dadurch die Landesverteidigung zu schädigen.

23. III. 1917

109

### Der Lebensmittelmangel in England. Ein Viertelfilo Kartoffeln per Person und Woche.

Amsterdam, 22. März.

In einer Versammlung von Lebensmittelkleinhändlern in London wurde festgestellt, daß für die nächsten fünfzehn Wochen nur ein halbes Pfund Kartoffeln pro Person und Woche im Lande vorhanden ist. Das Handelsamt veröffentlicht Zahlen, aus denen hervorgeht, daß die Lebensmittelpreise seit dem Juli 1914 durchschnittlich um 92 Prozent gestiegen sind. Der Preis für Kartoffeln hat sich im letzten Jahre mehr als verdoppelt. Käse und Eier waren am 1. März 1917 um 45 Prozent teurer als am 1. März 1916.

### Erklärung Bonar Law's über die Notwendigkeit der Einschränkungen.

Amsterdam, 22. März.

In der Sitzung des englischen Unterhauses vom 14. d. erinnerte Schatzkanzler Bonar Law in Beantwortung einer Anfrage des Abgeordneten Faber nach dem wirklichen Stand der Lebensmittelfrage an die Erklärungen des Premierministers vom 23. Februar, worin dieser das Haus und das Land aufgefordert hatte, sich zu vergegenwärtigen, daß es im Interesse der Sicherheit der Nation unbedingt notwendig sei, die Lebensmittelerzeugung zu erhöhen und den Verbrauch der wichtigsten Nahrungsmittel auf das Äußerste zu beschränken.

Abgeordneter Faber fragte, ob die Bevölkerung sich nur bei Gemüse, Brot, Fleisch und Zuder Enthaltensamkeit auferlegen müsse oder ob es für sämtliche Nahrungsmittel notwendig sei.

Darauf antwortete Bonar Law: Ich gebe zu, daß die Lage so ist, daß in jeder Hinsicht gespart werden sollte.

## Der Ruf des Friedens.

Von Dr. Max Adler.

Viele hange Tage dieses endlosen Krieges haben wir fieberig auf die Nachrichten von den Fronten gewartet, ob sie uns nicht endlich die ersehnte Entscheidung melden, die den Völkern den Frieden zurückbrächte. Im wechselvollen Schicksal des Krieges stiegen bald die Hoffnungen, bald verebten sie, bis zuletzt nach der Ergebnislosigkeit so vieler Siege und kriegsgeschichtlicher Grostaten der Mittelmächte eine stumpfe Gleichgültigkeit die Gemüter aller ergriff. Da kommt mit einemmal die Kunde von einem großen und unerhörten Sieg an der Ostfront: von dem Sieg der russischen Revolution über die Despotie des Zarismus. Denn ein Sieg ist diese Revolution auch für uns, nicht bloß in dem Sinne derer, die ihre Gedanken nicht zur weltgeschichtlichen Höhe zu erheben vermögen und die nur das eine sehen, daß durch die Verwirrung im russischen Reich eine der mächtigsten Stützen der Entente wankend zu werden droht. Ist es doch noch gar nicht entschieden, ob sich das russische Volk tatsächlich seiner imperialistischen und chauvinistischen Bundesgenossen unter der Führung Miljukows völlig werde erwehren können, wenn auch sicher zu hoffen ist, daß dies um so vollständiger geschehen und der Friedenswille um so stärker werden wird, je vollständiger und stärker die russische Revolution zu einer wirklich siegreichen Volksrevolution wird. Nein — der Sieg, der an der Ostfront über den Zaren erfochten wurde, ist ein Sieg auch für uns, weil er ein Sieg der beleidigten und unterdrückten Menschheit ist und weil er, hart an unseren Grenzen errungen, uns näher berührt als alle anderen Völker der europäischen Kulturgemeinschaft. Bisher hatten wir die Greuel des seelenlosesten Absolutismus in unserer unmittelbaren Nachbarschaft. Bisher stießen die Mittelmächte im Osten an ein Reich der verbrecherischsten Gewalt Herrschaft und der entsetzlichsten Knechtschaft der Menschen. Bisher brandete unaufhörlich die Flut eines Meeres von Blut und Elend an unsere Ostgrenzen, das die schauerlichen Alleinherrscher dieses Landes, gestützt auf eine feile Beamtenerschaft und auf eine entmenschte Polizei, trotz aller Proteste des Auslandes nur noch immer höher steigen ließen. Wie ein Alp lag diese abscheuerregende Autokratie auf dem Bewußtsein der europäischen Zivilisation alle die Jahrzehnte her seit der französischen Revolution. Nun ist die Schande eines Jahrhunderts beseitigt, der Alp gehoben und ein Gefühl einer kaum mehr erhofften Erleichterung durchdringt die ganze Kulturwelt. Die furchteinflößende Göttergestalt des Zarismus erlag dem ersten Ansturm des aufgestandenen Volkes in lächerlichem Falle; und wie immer sich auch die Gesichte der russischen Revolution vollenden mögen: der Zarismus ist gewesen, er wird dem Volke nimmer schaden! Wenn sogar der Heilige Synod die Gebete für den Zaren und die kaiserliche Familie aus der Kirchenliturgie zu streichen gezwungen war, dann bedeutet dies auch einen inneren Zusammenbruch des Selbstherrschertums, von dem es keine Erholung mehr gibt.

Wenn sich derart in unseren Tagen erfüllt, was die Sehnsucht der Demokratie in allen Ländern Europas während des ganzen neunzehnten Jahrhunderts war, wenn nun jene Gewalt Herrschaft endlich zusammengebrochen ist, die seit den Zeiten der Heiligen Allianz der Hort jeder Reaktion in Europa war; die das deutsche Volk um die Frucht der Freiheitskriege gebracht und die Freiheitsbewegung von 1848 ertötet hat; und die auch noch bis in unsere Gegenwart herein die stille Hoffnung aller Feinde der Volksrechte geblieben ist — muß dann nicht der Sieg über diese finstere Macht zugleich ein Sieg und eine Stärkung für jedes Land sein, für jedes Volk, das an der Entwicklung der Demokratie und an dem politischen Fortschritt hängt? Ist es darum nicht allein schon eine Befreiung für uns, nicht mehr diese schauerliche politische Unkultur an unseren Grenzen zu haben, vielmehr frei auch nach Osten auf einen Nachbarn schauen zu können, dessen Staat nun auf modernen Grundlagen aufgebaut ist, vielleicht auf moderneren, als sie sich anderswo finden, und dem wir daher, wenn es erst zum Frieden kommen wird, ganz anders gegenüberstehen können als dem Zarismus? Zu dem barbarischen Großkönigtum des alten Rußlands führten keine Brücken einer wirklich freiheitlichen Staatspolitik. Und das ist ja auch der berechtigte schwere Vorwurf gegen die Westmächte, daß sie ihren angeblichen Kampf für Demokratie und Freiheit unmöglich ernst meinen können, wenn sie sich dazu mit dem Zarismus verbanden. Es war und ist dies auch kein Bündnis der Völker selbst, sondern nur ihrer macht- und ehrstüchtigen herrschenden Klassen auf

beiden Seiten. Ein Rußland der Volksfreiheit dagegen wird jedem Rufe, der sich an diese wendet und aus demselben Geiste kommt, zugänglich und aufgeschlossen sein. Es mag daher dahingestellt bleiben, wie ernst und aufrichtig die Sympathieerklärungen sind, mit welchen sich die offizielle Welt der Ententeländer auf die Seite der russischen Revolution zu stellen beichte. Sicher aber ist es, daß die Mittelmächte diese Sympathie mit dem Untergang des Zarismus viel ehrlicher und aufrichtiger bezeugen können, und daß es eine große Tat für den Frieden und für ihren zukünftigen moralischen Einfluß wäre, wenn sie es täten. Der Schein, unter dem im Ausland die Mittelmächte leiden, eine Stütze militaristischer Staatsauffassung und damit eingeborener Gegner jeder Demokratie zu sein, würde vor solcher großzügigen Anerkennung eines politischen Fortschritts auch gegenüber dem Feinde zerfallen; und es bliebe diese Anerkennung selbst ein historisches Faktum, das aus dem Gedächtnis des russischen Volkes nicht mehr schwinden würde. Ja sogar, wenn die Kriegspartei in Rußland zunächst die Oberhand behielte, so kann es doch für die Mittelmächte nicht gleichgültig sein, und kann deshalb von ihnen auch ausgesprochen werden, ob sie den Frieden, der doch einmal kommen muß, mit einem Rußland des Absolutismus zu verhandeln haben, der die Freiheit der Nationen nicht anerkennt, oder mit dem auf dem Boden dieser Forderung stehenden neuen Rußland.

Vor allem aber gilt es, dem ungeheuren Augenblick gerecht zu werden, der für uns bedeutet, daß durch die Umwälzung in Rußland eine völlig neue Situation eingetreten ist, nicht nur im Innern dieses Reiches, sondern auch in seinen Beziehungen zu uns; eine neue Situation, die günstig zu gestalten wesentlich auch von der Diplomatie der Mittelmächte abhängt. Nun ist dies freilich ein Gebiet, auf das, wie die Dinge heute liegen, die Völker nirgends Einfluß haben. Wir können nur wünschen und hoffen und müssen vielleicht hangen und zagen. Aber jedenfalls kann die Sozialdemokratie ihre Stellungnahme bestimmen, und diese müßte dahingehen, überall ihren ganzen Einfluß für eine Verständigung mit einem Volke einzusetzen, das diese Verständigung durch seine Befreiung möglich gemacht hat. Völkergeschicke entscheiden sich jetzt, und es ist für die Zentralmächte die Möglichkeit einer großen Kulturthat aufgetan. Soll aus der russischen Revolution das ersehnte Friedenswort in die Welt tönen, dann wird dies als Echo eines gleichen ihm entgegenkommenden Rufes am ehesten möglich sein.

## Kohlensteuer und Schutzhaft.

Aus dem Hauptauschuß des Reichstags.

Der Hauptauschuß des Reichstages erlebte zu Beginn der Donnerstag-Sitzung das Kohlensteuergesetz in erster Lesung. Von den gefaßten Beschlüssen ist hervorzuheben, daß die Kohlensteuer am 1. August in Kraft treten soll. Dem Wunsch der Hausbesitzer, die Steuer schon während der Geltung der Mietverträge auf die Mieter, denen Warmwasser oder Heizung gewährt wird, abzuwälzen, wurde nachgegeben. Eine allgemeine Abwälzungsklausel dagegen wurde abgelehnt, weil zu weitgehend. Anträge, die den Zwischenhandel ausschalten wollten, wurden teils abgelehnt, teils zurückgestellt, um allenfalls in Entschliefungen umgewandelt zu werden. Eine längere Depeche des Kohlenyndikats in Duisburg, die der Vorsitzende zur Verlesung brachte, wendet sich gegen die Beschränkungen, die dem Kohlenhandel in manchen Anträgen zugebacht sind.

Darauf entspann sich eine längere, zum Teil recht lebhafte Geschäftsortnungsdebatte, in der Abgeordnete Beschwerde führen über die zu starke Anspannung ihrer Kräfte durch Plenar- und Ausschußverhandlungen. Andererseits wird betont, daß es erwünscht sei, die Steuergesetze noch vor Ostern zu verabschieden, ohne daß es notwendig werde, die Sitzungen bis in die stille Woche fortzusetzen. Schließlich einigte man sich dahin, die Plenarsitzung am Sonnabend etwas später beginnen zu lassen. Nach Erledigung der Beratung über die Handhabung des Schutzhaftgesetzes sollen in zweiter Lesung beraten werden das Sicherungsgesetz, der Kriegsteuerzuschlag, die Verkehrssteuer und die Kohlensteuer.

Nunmehr begann die Beratung über die

### Handhabung des Schutzhaftgesetzes.

Der Kriegsminister führte aus: Der Botschafter eines fremden Staates ist in den Verdacht gekommen, Spionage getrieben zu haben. Bei der Beurteilung solcher Behauptungen ist große Vorsicht geboten. Wir wissen, daß seit Jahren Elemente im Lande sind, die Spionage betreiben, bezahlte Elemente, die uns schon lange zur Vorsicht und zu Verhaftungen bei Ausbruch des Krieges veranlaßten. Was feindlich, unfreundlich oder verdächtig war, mußte unschädlich gemacht werden. Zur Beseitigung von Härten und Mißgriffen ist das Schutzhaftgesetz geschaffen worden. Das Gesetz hat sich nicht sofort eingelebt. Die Frage war zunächst: wer ist zuständig? Der eine Kommandierende General gab große Bewegungsfreiheit; der andere hielt sich überhaupt nicht für zuständig. Die Bestimmungen über die Wiedererneuerung des Haftbefehls begegnete praktischen Schwierigkeiten, ebenso die Frage, welches Recht im besetzten Gebiet gilt. Nach Eintritt des Stellungsrieges ist auch die Dauer der Haft gewachsen. Es konkurrieren zwei Gesetze miteinander. Verhaftungen auf Grund von Denunziationen kann der Kommandierende General nur in Verbindung mit den Behörden prüfen. Mißgriffe kommen bedauerlicherweise dabei vor, denn wir sind Täuschungen ausgesetzt. Die Hauptschwierigkeiten sind jetzt beseitigt. — Ein Vertreter des Kriegsministeriums teilte mit, daß 310 Personen aus der Schutzhaft, 127 aus Aufenthaltbeschränkungen entlassen worden sind. In Metz ist keine einzige Person in Schutzhaft und auch keine in Aufenthaltbeschränkung. Auch in Straßburg und Saarbrücken wurden eine Reihe von Personen entlassen. Der Kriegsminister erklärte noch, mit den Ausweisungen seien Härten verbunden, aber man müsse die Schwierigkeit der Situation und das Interesse der Sicherheit des Heeres und des Landes berücksichtigen.

### Rechtsschutz gegenüber Denunziationen.

Ein Zentrumstredner betonte, die Sicherheit des Landes stehe obenan. Es handle sich aber um Personen, die auf ganz vage Denunziationen hin verhaftet oder ausgewiesen wurden. Die Schwierigkeiten des Schutzhaftgesetzes sind noch nicht überwunden. Die Militärbehörden handeln nicht gegen besseres Wissen, aber die ganze Grundlage der Handhabung ist falsch. Das Schutzhaftgesetz wird noch nicht überall berücksichtigt, Akteninsicht nicht gewährt. Genügen bloße Angaben ohne Tatsachen, um auf die Liste zu

Kommen? Die behördlichen Organe werden von Denunzianten mißbraucht. Da ist niemand sicher, keiner hat Rechtsschutz. Man darf doch nicht jahrelang das Verhör verweigern und die Verurteilung unbillig lassen. Der Redner trägt ausführlich konkrete Fälle vor, verhältnismäßig zahlreiche Fälle sind bei Geistlichen des Bistums Metz vorgekommen.

Der Kriegsminister erwidert, vor Metz stand der Feind. Da könnte nicht mit der Ruhe wie in Berlin verfahren werden. Unverständlich erscheinende Maßnahmen werden dann verständlich. Militärpolizeimeister ist nicht der Gouverneur, sondern der Kommandant. Wir hoffen, zu befriedigenden Zuständen zu kommen. — Oberst v. Wissera teilte mit, nur zwei Geistliche befänden sich noch in der Schutzhaft; bei dem einen ist die Sache noch nicht geklärt, der zweite weigert sich, die Schutzhaft zu verlassen. Was Material liegt noch nicht vor. — Ein Sozialdemokrat trägt weitere Fälle vor. Die Fälle in Elsaß-Lothringen liegen sich mit denen im übrigen Deutschland nicht vergleichen. Im Reichsland sitzen sogar zwei Ritter des Roten Adlersordens in Schutzhaft. Man vertritt geradezu alles, was seit 45 Jahren an Sympathien für das Deutsche Reich gewonnen wurde. Der Kriegsminister antwortete, der Vorredner habe meist nur Behauptungen aufgestellt. Er wolle den Dingen nachgehen, um Licht in die Sache zu bringen. Der Gouverneur von Metz lege Wert darauf, die hiesige Sprache zu halten, wo sie besteht.

Von den sozialdemokratischen Mitgliedern ist abermals die Entlassung eingebracht, den Reichstagsrat um unverzügliche Aufhebung des Belagerungszustandes zu ersuchen. Die Weiterberatung wurde vertagt.

24./III. 1917

M3

### Anerkennung der neuen Regierung durch Amerika.

W. Washington, 22. März. (Mitteilung des Reuterschen  
Bureaus.) Das Staatsdepartement gibt die formelle  
und volle Anerkennung der neuen russischen  
Regierung durch die Vereinigten Staaten bekannt.



## Bonar Law über Kaiser Nikolaus.

L. London, 22. März. In Fortsetzung seiner Erklärungen im Unterhause sagte Bonar Law: Es kommt uns nicht zu, diejenigen zu richten oder zu verurteilen, die an der Regierung des verbündeten Landes Teil hatten, aber es möge mir erlaubt sein, dem Gefühl der Teilnahme für den Zaren Ausdruck zu geben, der drei Jahre unser lothaler Verbündeter gewesen ist und auf den durch seine Geburt eine Last gelegt war, die sich als zu schwer für ihn erwiesen hat. Ich kann nicht außerachtlassen, daß eine der großen Fragen dieses Krieges die war, ob sich freie Einrichtungen gegen den Anfall von militärischem Despotismus würden behaupten können oder nicht. Bonar Law schloß, er gebe sich der freudigen Hoffnung hin, daß in den letzten Stadien des Kampfes alle alliierten Länder unter der Leitung von Regierungen stehen würden, die die Vertretung ihrer Völker darstellen.

## Asquith über die Revolution.

Asquith unterstützte den Antrag Bonar Law's, indem er ausführte: Die gewaltigen Ereignisse, die sich gegenwärtig in Rußland vollziehen, sind von der Art, daß sie die besondere unverzügliche Anerkennung des Hauses verdienen und erfordern. Die Autokratie, welche trotz des außerordentlichen Wechsels in ihrer Geschichte und in dem persönlichen Schicksal der Inhaber des Thrones ein integrierender Bestandteil des russischen Lebens geworden war und unerreichbar für einen etwaigen Angriff zu sein schien, ist im Laufe weniger Tage ohne wirksamen Widerstand, ja sogar ohne Verteidigung vollkommen ausge- merzt worden. Die Form der neuen russischen Regierung soll dem freien Urteil eines bestreiten Volkes unterworfen werden. Was immer seine letzte Entscheidung sein mag, hat Rußland schon durch diese Tatsache seinen Platz an der Seite der großen Demokratien der Welt eingenommen.

Asquith fuhr fort: Wir hier an der Geburtsstätte parlamentarischer Einrichtungen und der Volkswahlen empfinden es nicht nur als Vorrecht, sondern haben sogar besonderen Anspruch darauf, zu den ersten zu gehören, die sich über die Emanzipation Rußlands freuen und es in der Gemeinschaft der freien Völker willkommen heißen. Keinen Satz lehrt die Geschichte klarer als den, daß die Freiheit von ihren Kindern verteidigt wird. Macht und Verantwortlichkeit gehen Hand in Hand. Je größer die Grundlage der Macht ist, desto mehr wird der Sinn für Verantwortung verbreitet. Wir können mit Zuversicht voraus- sagen, daß sich dies in Rußland ebenso bewahrheiten wird, wie es sich überall in der Welt bewahrheiten hat. In der Zwischenzeit, bis der Augenblick kommt, da das große russische Volk eine ausgeprägte Verfassung haben wird, werden wir mit Sorge und Teilnahme die Bemühungen und Anstrengungen seiner provisorischen Regierung verfolgen. Eine so tiefgehende, in ihren Wirkungen auf die soziale und politische Zusammensetzung des weiten, verschieden gestalteten Gemeinwezens so weitreichende Revolution durchzuführen mit Vorsicht und Zurückhaltung, mit einer so geringen Verschiebung im ganzen Bau, so geringem Ungemach für die unschuldigen Opfer des Wechsels, als vereinbar ist mit der gründlichen, vollkommenen Ausführung der leitenden Absicht, war eine Aufgabe, die unter allen Umständen die weiseste Staatskunst in Anspruch genommen hat und dabei zu einer Zeit verrichtet werden mußte, da Rußland unter dem Druck und Zwang des größten Krieges der Geschichte stand.

Wir hegen die Zuversicht, daß die ausgezeichneten Männer, welche die neue Regierung bilden, jene Geduld und Vorsicht besitzen werden, welche eine derartige Lage erheischt, daß aber vor allem weder sie noch das russische Volk auch nur ein Jota von ihrem Entschlusse abweichen werden und von der Zusammenfassung aller ihrer Hilfsmittel, um den Krieg zu einem solchen Ende zu bringen, wie es allen Opfern sämtlicher Verbündeten entspricht. Mit Vergnügen haben wir heute die Erklärung der neuen russischen Regierung gelesen, daß sie unerschütter-

lich an der Allianz festhalten werde, welche sie mit den anderen Mächten verbindet und daß sie entschlossen ist, alle Vereinbarungen auszuführen, die mit den Verbündeten getroffen worden sind. Die Sache der Alliierten, wie zahlreich und verschieden auch die Kriegsschauplätze sein mögen, ist eine einzige und unteilbare. Rußland hat seine Rolle nicht nur lothaler, sondern auch in großem Maßstabe durchgeführt, und wir sind sicher, daß sein Volk jetzt, wo es seine eigene Freiheit herannahen sieht, auf diesem Wege fortfahren wird, mit womöglich gesteigerter Inbrunst, Entschluß und Willenskraft. Jeder Streich, der von den Alliierten in diesem Kriege wirksam geführt wurde, zielte gegen den Plan unserer Feinde ab, ihre Autorität über die Welt durchzusetzen, und wurde gleichzeitig geführt für die Freiheit der großen und der kleinen Völker.

24. III. 1917 24

ms

### Eine mexikanische Friedensnote.

New-York, 19. März. (Funkpruch des Vertreters des Wolffschen Bureaus. — Verspätet eingetroffen.) Associated Press meldet aus Mexiko: Die mexikanische Regierung hat an die Vereinigten Staaten folgende neue Note gerichtet: Mit Bezug auf die Antwort der Vereinigten Staaten auf die Note, die General Carranza an die Regierungen der neutralen Staaten im Interesse des Friedens gerichtet hat, schlägt die mexikanische Regierung ein Zusammenarbeiten vor, um zu verhindern, daß Länder unsres Erdteiles am europäischen Krieg teilnehmen. Sie wird ihre Anstrengungen zur Herbeiführung des Friedens in Europa fortsetzen.

25. III. 1917

M6

# Die Deutsch-Irische Gesellschaft.

## Äußerungen des Abgeordneten Erzberger.

Anlässlich des irischen Nationalfestes von St. Patrizius am 17. d. hatte der Berliner Vertreter der „Chicago Tribune“ Herr James O'Donnell Bennett eine Unterredung mit Herrn Reichstagsabgeordneten Erzberger, der Mitglied des Vorstandes der neugegründeten „Deutsch-Irischen Gesellschaft“ ist. Durch die Freundlichkeit des Herrn O'Donnell Bennett sind wir in der Lage, diese Unterredung, welche am Patriziustage in der „Chicago Tribune“ erschienen ist, hiemit wiederzugeben.

Herr O'Donnell Bennett, der selbst irischer Abstammung ist, bat Herrn Abg. Erzberger für die Leser des „Chicago-Blattes“ die Gründe auseinanderzusetzen, welche zu der Gründung der Deutsch-Irischen Gesellschaft geführt hatten.

„Deutschland und Irland“, so lautete die Antwort, „haben sozusagen gar keine Beziehungen mit einander seit mehreren Jahrhunderten gehabt. Sir Roger Casement war wahrscheinlich der erste politische Sendling, der jemals von den Iren nach Deutschland geschickt wurde. Casements Reise hierher hat die Verbindung zwischen dem irischen und dem deutschen Volk wieder hergestellt. Zum erstenmal erfuhr die Mehrheit der Deutschen, daß Irland nicht eine bloße britische Kolonie ist, sondern ein Land, welches seine eigene Kultur, seine eigene Sprache und seine eigene Nationalität besitzt. Dann kam die irische Erhebung im Jahre 1916. In ganz Deutschland gab es nur ein Gefühl der Bewunderung und der Sympathie für die irische Nation in ihrem heldenhaften Versuch, ihre nationale Freiheit zurückzuerobern. Seitdem hat das Interesse für Irland in Deutschland nicht nachgelassen. Wenn indes die Sympathie für Irland ebenso groß wie einstimmig ist, andererseits herrscht weitverbreiteter Mangel an Kenntnissen über den wahren Stand der irischen Angelegenheiten. Englands Politik der Isolierung Irlands ist nur zu erfolgreich gewesen. Die Deutsch-Irische Gesellschaft ist zu dem Zweck ins Leben gerufen worden, die organische Sympathie, wenn ich mich so ausdrücken darf, aller Deutschen für Irland auf eine dauerhafte und sichere Basis zu stellen. Diese Basis kann nur durch eine genügende Kenntnis des irischen Volkes und der irischen Geschichte, sowie der Hilfsquellen des Grünen Eilandes gebildet werden. Die Ziele der Deutsch-Irischen Gesellschaft sind in den Satzungen folgendermaßen ausgedrückt: Förderung der gesamten Beziehungen zwischen Deutschland und Irland, Hebung des beiderseitigen Verständnisses der Völker. Der Weltkrieg, welcher die ganze Menschheit so viele neue Dinge gelehrt hat, hat die Deutschen — und, dessen bin ich überzeugt, auch die Iren — gelehrt, daß Deutschland und Irland zahlreiche gemeinschaftliche Interessen besitzen.

„Wie gedenkt die Gesellschaft ihre Ziele zu verwirklichen?“

„Die anzuwendenden Methoden müssen naturgemäß durch den Gang der Ereignisse bestimmt werden. Das erste, was wir hier in Deutschland tun müssen, ist die öffentliche Meinung über irische Angelegenheiten aufzuklären. Wir müssen den Deutschen zeigen, was die irische Kultur war, bevor das Land durch die Engländer erobert wurde. Wir müssen ihnen zeigen, welche Leiden die Iren erduldet haben, welche Hoffnungen sie hegen, welche Hilfsquellen die Grüne Insel besitzt. Das Interesse für Irland ist in Deutschland sehr groß, wie auch Herr Dr. Chatterton-Hill, der bereits zahlreiche öffentliche Vorträge in allen Teilen des Reiches gehalten hat, bezeugen kann. Dieses vorhandene Interesse bedarf der Stärkung durch zu erwerbende Kenntnisse. Wenn diese Kenntnisse über Irland, sein Volk und seine Hilfsquellen erlangt worden sind, wird es möglich werden, die praktische Unterstützung deutscher Kapitalisten und Geschäftsleute für die wirtschaftliche Erschließung der Grünen Insel zu gewinnen. Irland ist naturgemäß ein reiches Land. Es braucht aber Kapital, um seinen natürlichen Reichtum zu entwickeln und um der Auswanderung Einhalt zu gebieten. Es muß auch in direkte Verbindung mit Europa und Amerika gebracht werden. Obwohl Irland einige der schönsten Häfen der Welt besitzt, war es vor dem Kriege gänzlich abgeschnitten.“

„Vertritt die Deutsch-Irische Gesellschaft alle Parteien in Deutschland?“

— „Alle Parteien und alle Berufsclassen. Ihr Vorstand besteht aus je einem Vertreter der drei größten politischen Parteien — des Zentrums, der Konservativen und der Nationalliberalen. Die Freisinnigen haben in den Verwaltungsrat drei Abgeordnete entsandt. Der Verwaltungsrat besteht augenblicklich aus 27 Mitgliedern, welche aus der politischen, wissenschaftlichen und Geschäftswelt zusammengesetzt sind. Zwei hervorragende katholische Prälaten befinden sich unter ihnen. Der Verwaltungsrat umfaßt auch zwei Iren — Chatterton-Hill und St. John Gaffney, den früheren amerikanischen Generalkonsul in München.“

„Hat die Gesellschaft viele Mitglieder?“

„Sei der ersten Ankündigung ihrer Begründung ist eine ungemein große Anzahl von Briefen aus allen Teilen Deutschlands und Oesterreichs eingelaufen. Das ihr entgegengebrachte Interesse ist außerordentlich rege, und aus allen Schichten der Bevölkerung kommen Bewerbungen um Mitgliedschaft. Diese Tatsache beweist wiederum, wie einstimmig die Sympathie für Irland in Deutschland ist. Wir haben ohne Verzug unsere Arbeit begonnen. Wir haben unser Bureau in Berlin, Budapesterstraße 14, eröffnet. Die erste Nummer unserer Monatschrift „Irische Blätter“ wird unter der Leitung von Chatterton-Hill — auf dessen Anregung die Gründung der Gesellschaft in erster Linie zurückzuführen ist — Anfang April erscheinen. Öffentliche Vorträge und Versammlungen werden überall veranstaltet werden. Die Bestrebungen der Gesellschaft haben den Beifall unseres allgemein verehrten Ersten Generalquartiermeisters v. Ludendorff und des Herrn Staatssekretärs Zimmermann gefunden.“

„Sie dürfen,“ schloß Herr Erzberger mit energischer Handbewegung, „den amerikanischen Iren sagen, in wie hohem Maße Deutschland die Sympathie zu schätzen weiß, welche seit Kriegsbeginn von ihnen so reichlich der deutschen Sache entgegengebracht worden ist. Deutschland wird diesen Beweis irischer Freundschaft nicht vergessen.“

25. / III. 1917

M

## Die deutschen Sozialdemokraten Oesterreichs an die Sozialdemokraten Rußlands.

In der am Donnerstag abgehaltenen Sitzung des Vorstandes der Deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich wurde eine Erklärung beschlossen, die den kämpfenden Proletariern Rußlands durch Vermittlung des Internationalen Sozialistischen Büros zugehen wird. Den Wortlaut der Erklärung können wir im Augenblick nicht veröffentlichen, da die Zensur die Veröffentlichung vorläufig nicht zuläßt.

## Betrachtungen zur russischen Revolution.

Vom Geheimen Rat Karl Freiherrn v. Mächto.  
R. u. L. Botschafter a. D.

Immer wirrer werden die Nachrichten, welche über die revolutionäre Bewegung in Rußland zu uns dringen, immer unabsehbarer die Perspektiven, die sich daraus eröffnen.

Natürlich mahnt alles, was Neuter darüber zu sagen weiß, wie nicht minder die Meldung der geflüchteten, meist unter dem Eindruck schrecklicher, oft nicht selbst erlebter Begebenheiten stehender Reisender zur größten Vorsicht und Skepsis in der Beurteilung.

Darüber scheint einstweilen kein Zweifel, daß, von vielseitigen Unzufriedenheiten und äußeren Einflüssen, also von den tieferen Ursachen abgesehen, einen der letzten Anstöße die aufs äußerste gestiegene Verwirrung im russischen Eisenbahnwesen und die dadurch hervorgerufene vollständige Desorganisierung der Lebensmittelzufuhren nach den volkreichen Zentren des Reiches gebildet hat.

Das Verkehrswesen war in Rußland immer ein wunder Punkt, was sowohl aus den ungeheuren Entfernungen, der daraus folgenden Weitmaschigkeit des Liniennetzes, der Mangelhaftigkeit und Korruption des russischen Beamten-tums, als auch aus dem relativen Mangel an technisch auf der Höhe stehendem Personal entspringen mag.

Diese Mißstände haben sich auch schon im Frieden in empfindlichster Weise fühlbar gemacht.

So im Jahre 1891, während meiner dienstlichen Verwendung in Rußland, als im Schwarzerdegebiet, dem fruchtbarsten Teil von Zentralrußland, eine furchtbare Misere zur Hungersnot führte. Wenn auch solche partielle Notstände dort zu den gewöhnlichen Erscheinungen gehören, so war es damals besonders arg, denn zirka zwanzig Gouvernements mit dreißig Millionen Einwohnern, darunter alle Wolgagegenden, waren davon betroffen.

Da man die Sachlage so lange als möglich dem Zaren verheimlichen wollte, so kamen die dann ergriffenen Maßnahmen zu spät und deckten die unerhörtesten Schäden der Verwaltungsmaschine auf; die ganzen Getreidezufuhren aus dem Kaukasus und den Südwestprovinzen waren hoffnungslos in den unzulänglichen Stationen festgerannt.

Hohes Kindersterblichkeit, epidemische Krankheiten, Verringerung des Viehstandes, katastrophale Auswanderungsbewegung nach Osten, nach Sibirien, die gewaltig eingedämmt werden mußte, waren die Begleiterscheinungen.

Im Sommer 1892 wurde die Zahl der von der Cholera allein dort hinweggerafften Menschen auf 200.000 geschätzt.

Auch militärisch führte diese Situation zu den gefährlichsten Erscheinungen, und ich erinnere mich, daß in Petersburg, wo die offene Besprechung der inneren Verhältnisse damals nicht mehr hintanzuhalten war, die vollkommene Impotenz zu jeder größeren Truppenverschiebung, geschweige denn Mobilisierung, wenn eine solche nötig gewesen wäre, das Tagesgespräch bildete. Rußland war wehrlos!

Die nächste Folge eines solchen Zustandes war die Verabschiedung des Kommunikationsministers Hübbenet und die Ernennung des Bahningenieurs Witte, der allein durch seine Energie in einem kleinen, lokalen Wirkungskreise eine Besserung des Chaos bewirkt hatte, zu seinem Nachfolger.

So wurde der nachmalige Staatsmann — einer der tüchtigsten, aber auch bestgehabten Männer jener Ära — entdeckt.

Wenn man sich an jene Ereignisse erinnert, die sich im tiefsten Frieden zutrugen, so kann man sich annähernd eine Vorstellung davon machen, wie nach zweieinhalbjährigem verlustreichen Kriege von den Dimensionen des jetzigen Weltkrieges das russische Verkehrswesen aussehen muß.

Denn viele Verbesserungen haben ja die letzten zwanzig Jahre nicht gebracht, und die seither geschaffenen großen Linien, wie die Sibirische Bahn oder die während des Krieges im Drange der Not entstandenen, sind ja durch die Armeegesfordernisse seit langem überlastet.

Es ist also wohl schwer anzunehmen, daß es selbst den neuen Männern, die die Revolution ans Licht bringt, wenn man ihnen auch Tatkraft, Integrität, Patriotismus und Sachkenntnis zubilligen würde, zeitgerecht gelingen könnte, Ordnung in ein solches Höchstmaß von Wirrwarr zu bringen und dadurch den Millionen der russischen Bauern

und Arbeiter das zu bieten, was ihnen näher liegt als der Krieg — Brot.

Damit wären aber für die weitere Entwicklung der Bewegung alle Möglichkeiten offen, so daß es nicht abzusehen ist, wie die anfangs zusammenmarschierenden Gruppen sich schließlich sondern, welche früher oder später die Oberhand gewinnen mag. Die Bauernschaft bildet 90 Prozent der Gesamtbevölkerung Rußlands — gutmütig veranlagt, doch Wachs in den Händen gewissenloser Ausbeuter wie nicht minder von rücksichtslosen Agitatoren, welche die momentan die Bauernseele beherrschenden Ideen erkennen und auszunützen wissen. Wehe dem heiligen Rußland, wenn diese Urkraft im Dienste einer bestimmten Richtung sich Bahn bricht wie ein über die Ufer getretener Strom! In dieser kolossalen Masse hatte bis jetzt die Idee des Jansinismus, gestützt durch die Macht der Orthodoxie, die sicherste Wurzel. Wird es gelingen, republikanische Theorien an deren Stelle zu setzen, wozu der Versuch in manchen gemeldeten Reden zu erkennen ist?

Wie würden sich dann alle seine anderen Millionen verhalten, welche in dem vielsprachigen Riesenreiche dem wahren Großrussentum völlig fremd gegenüberstehen — die allmählich unterworfenen Massen, die weder Religion noch Sprache, noch Abstammung an eine solche Republik fesseln könnte — die sich aber seinerzeit der Zentralgewalt des Autokraten beugen?

Es ist überhaupt schwer zu glauben, daß all die vielen, kulturell meist noch so tief stehenden Elemente des Reiches die Reife für ein modern parlamentarisches Regime aufbringen könnten.

Wollte man aber allzu krasse Unterschiede im Vertretungsverhältnisse riskieren, so könnte dies erst recht das Gefüge des Ganzen wieder lockern.

Und wie wird die Armee sich zu all den Phasen solcher krampfhafter Entwicklungen verhalten? Es ist mehr als wahrscheinlich, daß auch die Spaltungen je nach der vorwiegenden Zusammensetzung der einzelnen Teile eintreten werden. Und durchsickern werden die Ereignisse im Innern auch an der Front bis zum Soldaten herab genügt.

Kann man sich eine genug eiserne Faust selbst in Rußland denken, der es gelingen könnte, diese Front trotz aller dort üblichen blutigen Praktiken vor Bruchigkeit zu bewahren?

Wo man hinblickt, Fragezeichen — Chaos!  
Wenn wirklich England seine Hand im Spiele hatte, diesen Umsturz vorzubereiten, so hat seine sonst so geschickte Diplomatie in diesem Falle eine überraschende Kurzsichtigkeit und Oberflächlichkeit gezeigt oder aber damit einen Verzweiflungscoup riskiert!

Das einzige, was jetzt, wie mir scheint, mit einiger Sicherheit aus dem Gange der Ereignisse gefolgert werden kann, ist, daß die Revolution nicht nur nach innen, sondern besonders auch in der Offensivkraft Rußlands nach außen eine wesentliche Schwächung bedeuten muß. Wenn nichts dazwischen tritt, was die widersprechenden, wie in einem Kessel brodelnden Kräfte plötzlich zu einigen vermöchte, so dürften wir Zeugen eines Zerlegungsprozesses werden, welcher lange Zeit erfordern wird, um aus seinen so entgegengesetzten Produkten wieder eine lebensfähige chemische Mischung zu produzieren.

**Der Bruch Chinas mit Deutschland.**

Berlin, 25. März. Der chinesische Gesandte hat im Auftrag seiner Regierung um Aushändigung seiner Pässe ersucht.

## Der bulgarische Ministerpräsident über die Gesamtlage.

Drahtbericht des Vertreters der „Reichspost“ in Sofia.

Sofia, 25 März.

Bulgariens Ministerpräsident Dr. Radoslawow äußerte sich gegenüber dem Korrespondenten der „Reichspost“ über die allgemeine Lage wie folgt: „Wir haben allen Grund die gegenwärtige Gesamtlage als überaus günstig zu bezeichnen. Unsere und unserer Verbündeten Fronten stehen felsenfest, unsere Soldaten kämpfen mit der gleichen Begeisterung wie in den ersten Tagen des großen Ringens für die Verwirklichung der Rechte und der Freiheit unserer Völker. Die gesamte gewaltige Organisation der Verpflegung der Armeen, der Aufstellung neuer Formationen, der Herbeischaffung neuer Kriegsmittel arbeitet gleich einem wunderbaren Uhrwerk und wird täglich vollkommener. Jeder Versuch des Feindes, diesen ehernen Wall von Kraft, Vaterlandsliebe und Siegeszuversicht zu erschüttern, muß vergeblich bleiben. Auf die Frage: Wie gestaltet sich das Verhältnis der Verbündeten unseres Vierbundes untereinander, antwortete Dr. Radoslawow:

„Der deutsche Kanzler hat dies unlängst im Reichstage mit der ihm eigenen zu Herzen gehenden Schlichtheit gesagt: Unsere Bündnisse stehen fester da, denn je! Ich kann nur hinzufügen, daß unser Bündnis mit den Mittelmächten heute zur Ueberzeugung aller Schichten unseres Volkes geworden ist, daß nichts in der Welt uns zu locken und zu betören vermag, mit unseren treuen Freunden bis ans Ende der großen Tragödie durchzuhalten und darüber hinaus mit ihrer Hilfe ein neues mächtiges Bulgarien zu schaffen. Ich fragte den Ministerpräsidenten: Hat Bulgariens ökonomische und militärische Kraft im bisherigen Kriege, dessen Dauer ja selbst für Großmächte eine harte Belastung ist, schwer gelitten?“

„Jeder Krieg“, antwortete Dr. Radoslawow, „legt der Bevölkerung natürlich schwere Opfer und Entbehrungen auf. Wir Bulgaren sind wahrhaft an solche gewöhnt; auf der anderen Seite jedoch weckt der Krieg die schlummernden Kräfte einer Nation, beseelt sie mit dem Willen zum Siege und läßt durch die Erweckung neuer Kräfte das Verlorene nicht allzu schwer ersetzen. So beklagenswert unsere bisherigen Verluste auch sein mögen, sie erreichen bei weitem nicht die Höhe unserer Opfer im Balkankriege. Unsere junge tapfere Armee ist intakt geblieben, sie ist von den Flammen des Weltkrieges gestählt, glänzend bewaffnet und durchdrungen von der glücklichen Lösung

des nationalen Problems; sie wird ihre Pflichten bis zum Äußersten tun, weil sie des Dankes des Vaterlandes sicher ist.“

„Wie beurteilen Excellenz die Ereignisse in Rußland?“

„Die dramatischen Vorgänge in Petersburg stehen jetzt im Zeichen der ersten Phase. Die nächsten Tage oder Wochen werden schon ein klares Urteil möglich machen. Es wird sich zeigen, ob das russische Volk den Frieden will oder ob es ein Anhänger Miljukows und Buchanans ist, die Krieg und Sieg bis zum Äußersten predigen. Ob es möglich ist, die verschiedenartigen Völker und Geistesströmungen Rußlands in wenigen Tagen in ein neues System zu bringen, den vielseitigen ungeheuer feinen Mechanismus eines großen Staatswesens über Nacht umzuformen — dieser Sisyphusversuch möge der revolutionären Regierung und ihren Freunden vom Verbannde überlassen sein. Kalten Blutes, die Zähne aufeinander gepreßt, das schlagbereite Schwert in der Faust, werden wir die Ereignisse verfolgen. Will der Verband auch dann, wenn sein Gebäude schon in allen Fugen kracht, uns unterjochen, zerstückeln, dann wird er bald seinen Meister finden. Seine Völker werden aus einem schrecklichen Traum erwachen. Erkennen jedoch unsere Feinde endlich an, daß sie geschlagen sind, daß nur ein rascher Friede ihre Todeswunden heilen kann, dann werden sie bei uns das Verständnis dafür finden, dieses Ringen möglichst rasch zu beenden.“

„Glauben Excellenz an ein tatsächliches Eingreifen von Amerika und China in den Weltkrieg?“

„Unsere Rechnung ist gemacht und als man sich zum U-Boot-Kriege nach vorsichtigster Ueberlegung entschloß, war man davon überzeugt, daß dieser Schritt zur Abkürzung des Krieges beitragen wird. Daß Amerika und China beim heutigen Stand der Dinge sich zu einem tatkräftigen Eingreifen in den Krieg entscheiden, ist kaum zu erwarten. Wir hoffen im Gegenteil, daß das praktisch denkende amerikanische Volk genügend Entschlossenheit aufbringen wird, die Einflüsterer Wilsons abzuschütteln.“

B a m.

26./III. 1917

121

### Einbeziehung des Nördlichen Eismeres in das Sperrgebiet.

Berlin, 24. März.

Das Wolffsche Bureau meldet: Den fremden Regierungen ist mitgeteilt worden, daß künftig in dem Gebiete des Nördlichen Eismeres östlich 24° östlicher Länge und südlich 75° nördlicher Breite mit Ausnahme der norwegischen Hoheitsgewässer jedem Seeverkehr ohne weiteres mit allen Waffen entgegengetreten werden wird. Neutrale Schiffe, die dieses Gebiet befahren, tun dies auf eigene Gefahr; jedoch wurde Vorsorge getroffen, daß neutrale Schiffe, die schon auf der Fahrt nach Häfen dieses Sperrgebietes sind oder solche Häfen verlassen wollen, bis 5. April nicht ohne besondere Warnung angegriffen werden.



## Der Bruch Chinas mit Deutschland.

B. Berlin, 25. März. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt über den Bruch Chinas mit Deutschland:

Wenn auch der hiesige chinesische Gesandte formell die Pässe noch nicht erbeten hat, bedeutet doch die gemeldete Uebergabe des Dekrets des Präsidenten von China vom 14. März tatsächlich den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Die in dem Dekret hiefür gegebene Begründung muß Verwunderung hervorrufen, denn China gehört zu den neutralen Ländern, die am wenigsten von den Wirkungen des U-Bootkrieges berührt werden. Einen direkten chinesischen Handel mit Europa gibt es nicht und chinesische Schiffe verkehren nicht in den Sperrgebieten. Chinesen, die auf den versenkten Schiffen ihr Leben verlieren, begeben sich nicht in die Gefahrzone, um den Interessen ihres eigenen Landes zu dienen, sondern um für die Sache unserer Feinde Handlangerdienste zu leisten. Sie selbst trifft die Schuld, wenn sie für eine Neutralen so gefährliche Tätigkeit hüben müssen, und der chinesischen Regierung steht es schlecht an, Deutschland verantwortlich zu machen.

In Wirklichkeit handelt es sich für die Regierenden in China nicht um die verlorenen Menschenleben, sondern sie geben dem Druck und den Lockungen unserer Feinde nach und hören auf die Versprechungen der Vereinigten Staaten von Amerika. Die Entente hat in den letzten Monaten China stark gedrängt, sich auf ihre Seite zu stellen, aber die chinesische Regierung hätte widerstehen können, wenn sie nach dem Grundsatz „Principis obsta“ von Anfang an jedem Versuche, das Land von der Neutralität abzubringen, energisch entgegengetreten wäre. Sie würde wohl auch widerstanden haben, wenn sich nicht neuerdings

### Amerika den Versuchern zugesellt

hätte. China glaubt sein Heil an der Seite Amerikas zu finden. Es tritt aus der überlieferten passiven Politik heraus, weil es sich davon Vorteil verspricht. Das friedliche chinesische Volk, das keine Feindschaft gegen Deutschland kennt, wird wenig Verständnis für diese Maßnahme seiner Regierung haben. Umso schwerer ist die Verantwortung der chinesischen Regierung für einen Schritt, der das Land auf die schiefe Ebene der ungerechten Parteinahme führt.

Durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen werden die bestehenden Verträge nicht aufgehoben. Den Deutschen in China steht weiter das Recht zu, unter dem Schutze der Exterritorialität in den Niederlassungen aller Nationalitäten und in den Städten, die den Ausländern geöffnet sind, zu wohnen und Handel zu treiben. Auch genießen sie nach wie vor die Vorrechte der Reisbegünstigungsklausel.

China wird nach dem Kriege für die politische und die wirtschaftliche Gesundung mehr denn je auf den guten Willen aller Großmächte angewiesen sein und es würde seine Selbstständigkeit gefährden, wenn es dauernd einen einseitigen Anschluß suchte. Deutschland war China stets

freundlich gesinnt. Der jetzige Schritt droht, die schwache chinesische Republik des Wohlwollens einer Macht zu berauben, die im Verein mit ihren Bundesgenossen

als Siegerin aus dem Weltkriege hervorgehen wird. Es wird an der Regierung Chinas liegen, sich die Rückkehr zu guten Beziehungen mit Deutschland offen zu halten. Vor allem muß erwartet werden, daß sie den Deutschen und dem deutschen Eigentum in China den vollen Schutz der deutsch-chinesischen Verträge zukommen läßt.

## Ein Programm der Arbeitsgemeinschaft.

Die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft tritt nunmehr mit einem fest umrissenen Aktionsprogramm vor die Öffentlichkeit. Das Programm ist zunächst in die Form einer Resolution gefaßt, die die Reichstagsfraktion zum Reichskanzleretat eingebracht hat. Diese Resolution Bernstein und Genossen lautet:

„Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen:

A. schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Einholung der Zustimmung des Reichstags bei der Einleitung und beim Abschluß von Bündnissen sowie bei Kriegserklärungen und Friedensverträgen sichergestellt und die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit des Reichskanzlers durch die Bestimmung präzisiert wird, daß der Reichskanzler zu entlassen ist, wenn der Reichstag es fordert;

B. auf den schleunigen Abschluß eines Friedens jeder Art durch alle kriegsführenden Staaten hinzuwirken;

C. dem Reichstag schleunigst einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, durch den bestimmt wird, daß

1) die Reichstagswahlen künftig nicht innerhalb abgegrenzter Wahlkreise für je einen Abgeordneten, sondern nach dem Verhältniswahlssystem stattfinden,

2) das Recht, zu wählen oder gewählt zu werden, mit dem vollendeten 20. Lebensjahre eintritt,

3) den Frauen unter den gleichen Bedingungen das aktive und passive Wahlrecht gewährt wird wie den Männern,

4) der Wahltag entweder ein Sonntag oder ein Feiertag sein muß;

D. dem Reichstag schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den Artikel 3 der Verfassung des Deutschen Reiches einen Zusatz folgenden Inhalts erhält:

In jedem Bundesstaat muß eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts nach dem Verhältniswahlsystem gewählte Vertretung bestehen. Das Recht, zu wählen und gewählt zu werden, haben alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts in dem Bundesstaate, in dem sie ihren Wohnsitz haben.

Die Zustimmung dieser Vertretung ist zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushaltsetats erforderlich.

Noch bestehende erste Kammern (Herrenhäuser) werden aufgehoben;

E. dafür Sorge zu tragen, daß schleunigst alle zurzeit bestehenden gegen einzelne Parteien, Schichten oder Klassen der Bevölkerung gerichteten Ausnahmebestimmungen aufgehoben werden, insbesondere:

alle aus einem bestimmten religiösen oder religionslosen Bekenntnis abgeleiteten, tatsächlich bestehenden Beschränkungen der Gleichberechtigung,

das Gesetz, betreffend den Orden der Gesellschaft Jesu, die gegen den Gebrauch einer nichtdeutschen Muttersprache gerichteten Ausnahmebestimmungen und Vorschriften,

die preussischen, gegen die Polnisch sprechenden Teile der preussischen Bevölkerung gerichteten Enteignungs- und An siedlungsgesetze,

die gegen ländliche Arbeiter und das Gesinde in Einzelstaaten gerichteten Strafvorschriften sowie die Gesindeordnungen,

die gegen die Arbeiter gerichteten Beschränkungen in der Bewertung ihrer Arbeitskraft, insbesondere die gegen die Ausübung ihres Koalitionsrechts gerichteten Strafvorschriften des § 153 der Gewerbeordnung und die Anwendung der Strafvorschriften der Nötigung, der Erpressung und des groben Unfugs gegen die Ausübung des Koalitionsrechts der Arbeiter;

F. dafür Sorge zu tragen, daß schleunigst eine Sicherstellung des Vereinsrechts, des Versammlungsrechts, des Rechts der freien Meinungsäußerung in Wort oder Schrift, des Briefgeheimnisses und der Wahlfreiheit gegen militärische und polizeiliche Eingriffe unter dem Belagerungszustand erfolgt;

G. dafür Sorge zu tragen, daß schleunigst die sämtlichen wegen politischer Delikte ergangenen Strafen aufgehoben werden.“

Dieses Programm enthält nur praktisch-politische Forderungen. Die allgemeinen sozialistischen Ziele, wie sie im Erfurter Programm niedergelegt sind, werden hier noch nicht berührt.

\*

Der Vorstand der Fraktion der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft ladet die oppositionellen Organisationen der sozialdemokratischen Partei zu einer nicht öffentlichen Konferenz ein, die in den Ostertagen vom 6. April an in Gotha im dortigen Volkshause stattfinden soll.

**Die Litauer bei Staatssekretär  
Zimmermann.**

Berlin, 25. März. Wie das Wolffsche Bureau erfährt, empfing der Staatssekretär des Auswärtigen Zimmermann vor einigen Tagen eine Abordnung von Litauern aus dem besetzten Gebiet. Der Staatssekretär hörte die von der Abordnung vorgetragene Wünsche an und versicherte im Laufe der Unterhaltung, daß die kaiserliche Regierung der litauischen Bevölkerung das größte Wohlwollen entgegenbringe und beim Friedensschluß ihren Wünschen nach Erlangung einer weitgehenden Selbstverwaltung volles Entgegenkommen zeigen werde.

27./III. 1917

125

provisorische Regierung namens ihrer Regierungen.

#### „Die Republik.“

Bern, 26. März. Der „Petit Parisien“ meldet aus Petersburg, augenblicklich sei eine republikanisch-demokratische Partei in Bildung begriffen. Sie werde eine Regierungspartei sein und die Kräfte zur Vorbereitung der Wahlen für die konstituierende Versammlung gruppieren. Sie werde das Studium der sozialen Fragen bis nach den Wahlen verschieben und augenblicklich nur eine politische Tätigkeit ausüben. Sie werde in der gegenwärtigen verwirrten politischen Lage Russlands eine bedeutende Rolle spielen, ein Gegenwicht zu den sehr rührigen extremen Parteien bilden und ein eigenes Blatt „Die Republik“ herausgeben.

Bern, 26. März. Lyoner Blätter melden aus Petersburg, der Sonderausschuss unter der Aufsicht Kerenskij's werde die Dokumente aus Hofkreisen genau untersuchen. Die Erklärung des Zentralausschusses der Kadetten und der Duma-Mitglieder dieser Partei zu Gunsten einer demokratischen Republik habe großes Aufsehen gemacht und bilde bereits ein Gegenwicht gegen die zu weit gehenden Bestrebungen der

Abdruck  
28. III. 1917

127

## Der russische Umsturz.

### Ein Verzicht aus dem Hause Romanow.

Neun Großfürsten des Hauses Romanow und ein Schwager des abgesetzten Zaren haben an die Revolutionsregierung eine Verzichtserklärung gerichtet, die sicher weniger von dem Wunsche, sich selbst der Zugehörigkeit zu einem Herrscherhause und sogar des Familien-eigentums zu berauben, als dem Bestreben, das eigene Leben zu retten, diktiert ist. Sehr tapfer und überzeugend ist dieses Dokument großfürstlicher Unterwürfigkeit vor dem Umsturz gerade nicht und auch die Revolutionäre werden die Herzensergüsse eines Nikolaj Nikolajewitsch für die Segnungen des schlichten bürgerlichen Lebens und der freiwilligen Armut nicht gar zu ernst nehmen.

Es ist aber bemerkenswert, daß von 18 großjährigen Großfürsten nur 9 die Erklärung unterzeichnet haben.

Petersburg, 27. März.

Die Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch, Nikolaus Michailowitsch, Alexander Michailowitsch, Boris Wladimirowitsch, Sergius Michailowitsch, Georg Michailowitsch, Demetrius Konstantinowitsch, die Prinzen Gabriel Konstantinowitsch und Igor Konstantinowitsch sowie der Schwager des Zaren Herzog Alexander von Oldenburg sandten an die provisorische Regierung ein Telegramm, in dem sie erklären, daß sie sich vollständig der Anschauung angeschlossen haben, die in der vom Großfürsten Michael Alexandrowitsch ausgesprochenen **A b d a n k u n g s u r k u n d e** dargelegt wurde. Gleichzeitig sprachen sie den festen Entschluß aus, die provisorische Regierung in jeder Weise zu unterstützen. Bezüglich der **A p a n a g e g ü t e r** der Großfürsten und Prinzen sprachen sie die Ansicht aus, daß diese Güter gemäß der obgenannten Urkunde jetzt Staats-eigentum seien.

KR. Stockholm, 27. März. (Priv.)

Der Petersburger „Times“-Korrespondent bezeichnet es als töricht zu leugnen, daß sich schon jetzt Anzeichen einer Gegenrevolution in Rußland einstellen. Die Orthodorie und der Zarismus seien derart tief im Wesenden des Russentums verankert, daß die Einführung einer demokratischen Staatsform in Rußland zumindest eine Zerteilung des Riesenreiches nach sich ziehen müßte.

„Times“ melden ferner aus Petersburg, daß die monarchistischen Elemente in Rußland den Großfürsten Michael Alexandrowitsch als **T h r o n w e r b e r** aufstellen werden, und hoffen, er werde bei allgemeinen Wahlen die Mehrheit erlangen.

28. III. 1917

128

## Neuerliche Verschärfung der englischen Blockadepolitik.

Die Neutralen sollen rationiert werden.

A. Amsterdam, 26. März. „Allgemeines Handelsblatt“ zufolge wird im englischen Unterhause morgen eine neue Blockadepolitik vorgeschlagen werden, die auf den Handel Hollands und anderer neutraler Länder eine sehr starke Rückwirkung haben kann. Der Unionist Bellairs brachte einen Antrag ein, worin gesagt wird, daß Deutschland sich selbst in die Stellung eines Outlaw unter den Völkern versetzt habe und daß jetzt die Zeit gekommen sei, um eine neue europäische Lehre aufzustellen und durchzuführen, nämlich die, daß keine überseeischen Vorräte das Gebiet Deutschlands und seiner Bundesgenossen verlassen oder dorthin gelangen dürfen. In dem Antrag wird verlangt, daß die Vorräte für die neutralen Länder in Europa rationiert werden, daß der Handel mit Deutschland und dessen Verbündeten

in allen in den königlichen Verordnungen genannten Artikeln vollständig unmöglich werde.

Derselbe Gegenstand wird morgen auch im Oberhause zur Sprache kommen. Dort wird beantragt werden, daß eine Untersuchungskommission für den dänischen und den niederländischen Handel eingesetzt werde.

### Eine Erklärung Bonar Laws.

A. London, 26. März. (Melbung des Reuterschen Bureaus.) Im Unterhause fragte Menz, ob das Kriegskabinett die gegenwärtige Blockadepolitik erwogen habe und zu irgend einer Entscheidung gekommen sei.

Schatzkanzler Bonar Law antwortete: Ja. Die ganze Blockadefrage wurde vom Kabinett mit Marinefachverständigen gründlich in Erwägung gezogen. Man ist sehr befriedigt, daß die Blockadepolitik im Prinzip richtig und in der Durchführung wirksam ist. Die Berichte, die uns aus Deutschland zugehen, scheinen diese Ansicht zu bestätigen.

28. III. 1917

Me

### Miljukow für die Vernichtung der Monarchie und der Türkei.

Bern, 27. März

Minister des Aeußern Miljukow erklärte einem Vertreter der Agentur Radio, die russische Revolution sei unternommen worden, um Rußland von den Fesseln zu befreien, die es bewegungsunfähig machten und auf dem Siegeswege zurückhielten. Jetzt wird Rußland, sagte Miljukow, seine Anstrengungen verdoppeln, um den Sieg, die Grundbedingung seines Daseins, zu erreichen. Eine so große Umwälzung kann natürlich nicht ohne einige Schwierigkeiten erfolgen; aber heute sind sie anscheinend besiegt. Die Disziplin, die in der Armee zeitweilig gelockert war, wird täglich wieder straffer, denn die russischen Soldaten haben das Verständnis dafür, daß nur eine starke disziplinierte Armee den inneren und äußeren Feind bestegen kann. Ein deutscher Sieg wäre der Sieg der Reaktion. Der Regierungswechsel änderte die Wünsche Rußlands nicht. Mehr als je wünscht es den Besitz von Konstantinopel, der für die wirtschaftliche Freiheit Rußlands notwendig ist. Auch will Rußland die Befreiung der unterdrückten Nationalitäten Oesterreich-Ungarns. Rußland ist immer von dem Wunsche geleitet gewesen, die berechtigten Wünsche aller Völker zu verwirklichen. Auch die von Deutschland während des Krieges zerschmetterten Nationalitäten in Belgien, Serbien und Rumänien werden größer als in der Vergangenheit auferstehen. Wir wollen ein festorganisiertes Südslawentum bilden und um Serbien eine unüberschreitbare Barriere errichten gegen den deutschen Ehrgeiz. Wir haben kein anderes Ideal als die Verpeinung der Opfer des deutschen Imperialismus. Solche Kriegsziele benötigen einen vollkommenen Sieg, sonst sind sie nicht zu verwirklichen. Aber der Sieg wird durch den unerschütterlichen Entschluß des russischen Volkes erreicht werden.

### Die Konstituante in Petersburg.

London, 26. März.

Das Reutersche Bureau meldet aus Petersburg:

Die provisorische Regierung hat erklärt, daß die konstituierende Versammlung in Petersburg abgehalten werden wird.

## Die deutsch-türkischen Abkommen.

Konstantinopel, 26. März. (Meldung der Agence Telegraphique Milli.) In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer hielt gelegentlich der Verhandlung und Annahme der türkisch-deutschen Konventionen Minister des Aeußern Messimi-Bei eine Rede, in der er auseinandersetzte, wie die Kapitulationen die politische, finanzielle und wirtschaftliche Entwicklung der Türkei in Fesseln schlugen. Mit der neuen, durch die Verfassung für die Türkei geschaffenen Lage waren die Kapitulationen nicht mehr vereinbar. Die ottomaniische Nation, die durch ihren Heldennut und die gebrachten Opfer gezeigt hat, wie hoch sie ihre Souveränität und ihre Unabhängigkeit schätzt, konnte nicht länger die schweren Ketten ertragen, in die der Wille der Nation und der Fortschritt des Landes durch die Kapitulationen gezwungen waren. Darum wurden diese durch die Geschichte und die Natur der Dinge selbst verurteilten Ausnahmsgesetze durch den kaiserlichen Traktat vom 26. August 1914 aufgehoben. Ihre Aufhebung war den Botschaften der auswärtigen Mächte offiziell mitgeteilt und sodann durch zwei von der Regierung veröffentlichte Gesetze zu enogünstiger Geltung erhoben worden. Seitdem gelangten die Grundsätze des internationalen Rechtes in den Beziehungen mit den auswärtigen Regierungen und den fremden Untertanen zur Anwendung. Da indes diese Grundsätze oft voneinander abweichen, nehmen die Regierungen, um jeder Meinungsverschiedenheit in ihrer Anwendung vorzubeugen, ihre Zuflucht zu Spezialkonventionen, um die Beziehungen zu den andern Nationen zu regeln. So wurden auch die Konventionen, die wir der Genehmigung der Kammer unterbreiten, zu diesem Zweck ausgetauscht. Sie legen auf Grund der Gegenseitigkeit und Gleichheit die Beziehungen zwischen uns und Deutschland fest. (Beifall.) Die bei ihrer Ausarbeitung angewandten Grundlagen sind die nämlichen wie jene, die unter ähnlichen Umständen von völlig souveränen, freien und unabhängigen Völkern in Erwägung gezogen wurden.

Nach Darlegung des Geistes dieser Konventionen bemerkt der Minister, daß Deutschland es auf sich genommen habe, gewisse Vorrechte den Muselmanen in seinen Kolonien einzuräumen. Der Minister bespricht sodann die Geltungsdauer dieser verschiedenen Konventionen und betont, daß sie nicht bloß dazu dienen werden, die Bande der Freundschaft und des Bündnisses zwischen der Türkei und Deutschland zu verstärken, sondern daß sie auch für die Zukunft einen weiten Horizont für die kommerziellen und wirtschaftlichen Beziehungen dieser beiden Völker, welche für ihren Bestand gegen gemeinsame Feinde kämpfen, eröffnen, indem sie den vertragschließenden Teilen sehr große beiderseitige Interessen sicherstellen. (Beifall.) Kurz, man werde nie zuviel Bedeutung und Wert diesen Konventionen beimessen, welche entscheidende Faktoren für den beiderseits gehegten Wunsch bilden, künftig auf wirtschaftlichem Gebiet ebenso Schulter an Schulter zu marschieren wie heute auf den Kriegsschauplätzen.

Unsre Geschichte, fährt der Minister fort, wird nicht verfehlen, Deutschland Hochachtung und Achtung zu bezeugen, indem sie diese Dokumente verzeichnen wird, die beruhen auf unsrer Unabhängigkeit, unsrer vollen Gleichberechtigung, unsrer internationalen Stellung, unsrer vollen Freiheit und Verantwortlichkeit, und welche die richtige Antwort an unsre Feinde bilden, die uns in ihrer ohnmächtigen Wut die Existenzberechtigung absprechen. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Wir haben seit einiger Zeit auch in Wien Verhandlungen wegen des Abschlusses der gleichen Konventionen unter denselben Bedingungen mit unserm andern mächtigen Bundesgenossen begonnen. Die Verhandlungen nehmen gemäß dem von beiden Teilen geäußerten Wunsche einen raschen Verlauf, und wir hoffen, die entsprechenden Konventionen Ihnen in der nächsten Session unterbreiten zu können.

Die Kammer nahm diese Mitteilung mit lebhafter Befriedigung zur Kenntnis.

Der Berichterstatter der parlamentarischen Kommission legte den Standpunkt der Kommission gegenüber diesen Konventionen dar.

Der Deputierte von Kastamuni verlangte, daß eine Abordnung des Parlaments sich zum Sultan begeben, um ihm aus diesem Anlaß den Dank des Parlaments zu unterbreiten. Redner betont, daß man den ehrwürdigen Namen des Herrschers von Deutschland stets mit Ehrfurcht aussprechen werde, der zuerst diese Konventionen unterzeichnet habe.



29. III. 1917

131

**Die Schaffung des polnischen Heeres.**

Lublin, 27. März.

Die in der letzten Zeit abgehaltenen politischen Versammlungen der Bauernschaft fordern immer dringender die Beschleunigung der Schaffung der polnischen Armee durch allgemeine Aushebung.

Biemia Lubelska bespricht an leitender Stelle die Sonntag stattgehabte Versammlung der Bauernschaft des Lubliner Kreises. Alle Redner betonten, das polnische Volk wolle weiterhin keine Verzögerung der Ausgestaltung des Staatswesens, besonders aber der Schaffung des polnischen Heeres, das gerade jetzt von Wichtigkeit wäre, wo in Rußland revolutionäre Zustände herrschen.

## Die Konventionen der Türkei mit Deutsch- land und Oesterreich-Ungarn. Erklärungen des türkischen Ministers des Aeußern.

Konstantinopel, 26. März.

Agence Télégraphique Milli meldet: In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer hielt gelegentlich der Verhandlung der türkisch-deutschen Konvention Minister des Aeußern Nessim Bey eine Rede, in der er auseinandersetzte, wie die Kapitulationen die politische, finanzielle und wirtschaftliche Entwicklung der Türkei in Fesseln schlugen. Mit der neuen durch die Verfassung für die Türkei geschaffenen Lage waren die Kapitulationen nicht mehr vereinbar. Die osmanische Nation, die durch ihren Heldennut und die gebrachten Opfer gezeigt hat, wie hoch sie ihre Souveränität und ihre Unabhängigkeit schätzt, konnte nicht länger die schweren Ketten ertragen, in die der Wille der Nation und der Fortschritt des Landes durch die Kapitulationen gezwungen waren. Darum wurden diese durch die Geschichte und die Natur der Dinge selbst verurteilten Ausnahmsgesetze durch den kaiserlichen Erlass vom 26. August 1914 aufgehoben. Ihre Auf-

hebung war den Vorkäufen der auswärtigen Mächte offiziell mitgeteilt und sodann durch zwei von der Regierung veröffentlichte Gesetze zur endgültigen Geltung erhoben worden. Seitdem gelangten die Grundsätze des internationalen Rechtes in den Beziehungen mit den auswärtigen Regierungen und den fremden Untertanen zur Anwendung. Da indes diese Grundsätze oft voneinander abwichen, nahmen die Regierungen, um jede Meinungsverschiedenheit in ihrer Anwendung vorzubeugen, ihre Zuflucht zu Spezialkonventionen, um die Beziehungen zu den anderen Nationen zu regeln. Es wurden auch die Konventionen, die wir der Genehmigung der Kammer unterbreiten, zu diesem Zwecke ausgetauscht. Sie legen auf Grund der Gegenseitigkeit und Gleichheit die Beziehungen zwischen uns und Deutschland fest. (Beifall.)

Wir haben seit einiger Zeit auch in Wien Verhandlungen wegen des Abschlusses der gleichen Konventionen unter denselben Bedingungen mit unserem anderen mächtigen Bundesgenossen begonnen. Die Verhandlungen nehmen gemäß dem von beiden Teilen geäußerten Wunsche einen raschen Verlauf, und wir hoffen, die entsprechenden Konventionen Ihnen in der nächsten Session unterbreiten zu können.

Die Kammer nahm diese Mitteilung mit lebhafter Befriedigung zur Kenntnis.

**Die Sitzung der französischen Kammer.**

Paris, 27. März. (Kammer.) Bei der Verhandlung über die Einberufung des Jahrganges 1918 erklärte Kriegsminister Painlevé: Die Kammer wird begreifen, daß ich wegen der Maßregeln, die zum Teil verhandelt werden, zum Teil schon in voller Ausführung sind, zum Zwecke der engeren Verbindung der alliierten Streitkräfte, die nötige Zurückhaltung bewahre.

Nachdem der Minister die Notwendigkeit der erwähnten Einberufung dargelegt hatte, sagte er: Frankreich ist Manns genug, der Wahrheit ins Gesicht zu sehen. (Beifall.) Wir treten in den entscheidenden Ab-

schnitt des Krieges ein. Aber entscheidend heißt nicht kurz. Zum erstenmal mußte die stolze deutsche Armee zugestehen, daß die westliche Front nicht unerschütterlich ist. Aber so glückverheißend die Anfänge des Frühlingfeldzuges sind, wäre es tödlich, die Rückwärtsbewegung der Deutschen als Verzicht aufzufassen. Die Bewegung beweist mehr für die Stärke der englischen und französischen Heere und die Klugheit im Zusammenwirken als für die Schwächung der deutschen Heere.

Die Rückwärtsbewegung beweist, daß das deutsche Heere es nötig hat, sich für die schwere Schlacht zu sammeln. Deutschland faßt alle Energie im Heere und im Innern zu verzweifeltsten Anstrengungen zusammen, mittels Mobilmachung aller Kräfte von Mann und Weib und durch verabscheuungswürdige Härte des Arbeitszwanges für Bürger besetzter Länder. Deutschland schickt alle Söhne, die Waffen tragen können, auf das Schlachtfeld; durch eiserne Organisation hat Deutschland trotz der Leiden und der Verzweiflung der Bevölkerung die Heere so zahlreich und vorzüglich ausgerüstet erhalten wie jemals. Das ist das Kriegswerkzeug, das wir besiegen müssen. Aber die Hilfsquellen der Alliierten sind so ungeheuer, der Heldennut unsrer Soldaten so gesteigert, daß wir dieses Ziel erreichen werden, sofern wir uns keiner Täuschung über den nötigen Kraftaufwand hingeben. Die französische Energie wird unerschütterlich sein. (Beifall.) Wenn das Verhandlungsgeschäft will, daß der Jahrgang 1918 einen Teil zu den blutigen Ernten beitrage, möchten wir nicht, daß er im entscheidenden Augenblick fehle, wo er sein Gewicht in die Waagschale werfen müßte. (Beifall.)

Einverständnis mit dem Heeresauschuß beantragte der Kriegsminister die Einberufung des Jahrganges 1918 für den 12. bis zum 15. April.

**Angriffe gegen den Kriegsminister.**

Bern, 28. März. Die Yhoner Blätter melden aus Paris: In der gestrigen Sitzung der Kammer betonte Berichterstatter Ferry die Notwendigkeit der Einberufung der Jahresklasse 1918. Admiral Bienaimé schlug vor, die Rekrutierung der wahlberechtigten Eingebornen Madagaskars durchzuführen, worauf Abg. Deguise erwiderte:

Hier griff Ministerpräsident Ribot ein und sagte, der Kriegsminister wisse, was er dem Lande schuldig sei. Das ganze Kabinetterkläre sich mit Painlevé solidarisch.

Der von der Regierung bekämpfte Ersatzantrag Guichards wegen späterer Einberufung der Landwirte wurde daraufhin mit 317 gegen 106 Stimmen abgelehnt. Mehrere andre Zusatzanträge wurden zurückgewiesen.

Abg. Brizon forderte, die Landwirte sollten erst am 1. November 1918 in Kampfeinheiten eingereicht werden unter der Bedingung, daß sie bis dahin ausschließlich landwirtschaftliche Arbeiten besorgen.

Der Antrag wurde abgelehnt, ebenso ein anderer Antrag Brizons, der die Freilassung der Klassen 1890 und 1891 der Territorialarmee fordert. Brizon erklärte, die Regierung verstehe nicht, den Generalen zu befehlen.

Painlevé und Ribot protestierten heftig.

Brizon rief noch: Wenn man schon dabei sei, solle man alle Jahresklassen bis 25 einberufen.

Unter lebhaftester Erregung vertagte sich sodann die Kammer auf Mittwoch.

29. III. 1917

135

### Der Etat des Reichskanzlers.

Die Aussprache über den Etat für den Reichskanzler und die Reichskanzlei, sowie für das Auswärtige Amt wird verbunden.

Es liegen hierzu mehrere Anträge vor. Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion (Scheidemann) zum Etat des Reichskanzlers, der lautet:

„Der Reichstag wolle beschließen, einen Ausschuß einzusetzen zur Vorberatung von Reformen, die auf politische Neuordnung im Deutschen Reiche abzielen; diesem Ausschuß sind die im Reichstag eingebrachten einschlägigen Anträge und Resolutionen zu überweisen.“

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft hat in der Form einer EntschlieÙung ihr ganzes Arbeitsprogramm eingebracht.

Sie fördert u. a. den schleunigen Abschluß eines Friedens auf der Grundlage des Verzichts auf Annexionen jeder Art durch alle kriegführenden Staaten, ferner die Einholung der Zustimmung des Reichstags bei Abschluß von Bündnissen, sowie bei Kriegserklärungen und Friedensverträgen. Weiter verlangt sie die Einführung der Verhältniswahl für den Reichstag und das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle Bundesstaaten. Alle Herrenhäuser sollen aufgehoben werden.

Die nationalliberale Fraktion des Reichstages hat folgenden Antrag eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen, einen besonderen Ausschuß von 28 Mitgliedern (Verfassungsausschuß) zu bilden, für die Prüfung verfassungsrechtlicher Fragen, insbesondere der Zusammenziehung der Volksvertretung und ihres Verhältnisses zur Regierung.“

Die Abgg. Groeber (Str.) und Prinz zu Schoenau-Carolath (ntsb.) berichten über die Verhandlungen des Ausschusses.

Abg. Spahn kommt im Verlauf seiner Rede noch einmal auf die gestrigen Verhandlungen im Herrenhaus zurück und gibt seiner besonderen Befriedigung Ausdruck über die Erklärung der preussischen Staatsregierung betreffend die Aufhebung des Enteignungsgesetzes und der übrigen einschränkenden Gesetze gegen die polnische Bevölkerung. Er rühmt dann mit besonderer Betonung die Tätigkeit der Kommunalverwaltungen im Kriege. Es scheint, daß hier noch Kräfte zu haben seien, die sehr viel versprechen. Er hält sich für berechtigt und verpflichtet, auszusprechen, daß den Kommunalverbänden noch größere Selbständigkeit als bisher in gewissen Verwaltungsangelegenheiten eingeräumt werden soll.

### Die Zustände im feindlichen Ausland.

Auf die auswärtige Politik übergehend, wies Redner darauf hin, daß eine Anzahl von Herrschern der uns feindlichen Länder ihre Selbständigkeit verloren haben, außer Landes flüchten mußten, und wenn dies vielleicht bei manchen auch nur vorübergehend sei, weil man ja nicht wisse, wie sich die Geschehnisse der einzelnen Länder im Frieden gestalten werden, so muß doch darauf hingewiesen werden als ein Zeichen zu unserem Gunsten. Dies sei der Fall in den jüngsten Tagen bei dem Herrscher von Rußland gewesen, und nach den neuesten Nachrichten aus Italien — sagt Redner — scheint auch dort eine Revolution zu drohen.

Amerika, sagte Redner weiter, hätte den Bruch mit uns vermeiden können, wenn es unser Angebot betreffend den Verkehr seiner Schiffe nach Europa angenommen hätte. Die Sicherheit amerikanischer Personen stand nach unserem Angebot fest und hätte den Amerikanern vollauf genügen können. Freilich für ihre Geschäfte konnte ihnen unser Angebot nicht ausreichen. Aber darauf mußten sie gefaßt sein, daß wir nicht zulassen konnten, daß sie unsere Gegner dauernd mit Kanonen und Munition unterstützen. Mit Geld konnten sie ja unseren Feinden auch nach der Seesperre helfen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß auch nach den dankenswerten Erklärungen der Regierung eine Milderung unserer Seesperre nicht erfolgen kann. Amerika muß sich darein fügen, und wir beharren bei unserem Entschlusse, falls die Entscheidung Amerikas, wie sie wolle. Wenn es sich zum Kriege entschließt, so müssen wir das hinnehmen, aber wir hoffen und vertrauen auf den guten Geist und die Tapferkeit unserer Truppen und unserer hervortragenden Kriegführung.

Der Krieg hat sich immer mehr zu einem Duell zwischen England und Deutschland zugespitzt. Unsere veränderte Front im Westen bedeutet eine Stärkung unserer dortigen Position. An den neuen Stellungen werden sich unsere Feinde die Köpfe eintrennen. Es hat sich ferner gezeigt, daß unsere U-Boote wirklich die wirksame Waffe geworden sind, für die wie sie von jeher gehalten haben. Die steigenden Ziffern ihrer Erfolge zeigen, daß ihre Wirksamkeit immer größer wird.

In Rußland hat sich so etwas wie eine Revolution, wenn man das so nennen kann, abgespielt. Man hat in Rußland erzählt, daß unser Kaiser auf den Zaren in bestimmtem Sinne eingewirkt habe. Demgegenüber können wir nur feststellen, daß der Kaiser bei der damaligen Zusammenkunft mit dem Zaren sich jeder Einflußnahme streng enthalten hat.

Der Redner kommt dann auf den Antrag Bernstein, der die sofortige Einleitung von Friedensverhandlungen fordert, zu sprechen und bemerkt, wir hätten unseren ernstlichen Friedenswillen in unserem Angebot gezeigt. Deshalb wäre der Antrag überflüssig.

### Die Kriegsziele.

Abg. Noske (Soz.): Die feindlichen Staatsmänner wollen noch immer nichts vom Frieden wissen, und deshalb hat Deutschland seinen Verteidigungskrieg weiter zu führen. Aus diesem Grunde muß in diesen Tagen unser Wunsch dahin gehen, daß die sechste Kriegsleihe möglichst erfolgreich sei. Die Hoffnung Englands, uns mit den silbernen Kugeln zu besiegen, muß ebenso zunichte werden wie die Hoffnung auf die eisernen Kugeln. Aber zu bedauern sind Äußerungen wie die des Ministerialdirektors Dr. Richter vom ersten punischen Krieg, schon deshalb, weil sie mit ihren Andeutungen von kommenden Kriegen die Friedensneigung auch bei den friedliebenden Schichten Englands dämpfen müssen. Der Reichskanzler hat mehrfach erklärt, daß wir Belgien nicht behalten wollen.

Im Herrenhaus ist aber kürzlich von verschiedenen Antragstellern das Verlangen nach der Annexion Belgiens gestellt worden und zu den Unterzeichnern dieser Anträge gehört auch der Generalgouverneur v. Bissing, der also auch ein Gegner des Reichskanzlers ist. Die Verwaltungsteilung in Belgien kommt allerdings den Wünschen der Blamen entgegen. Aber jetzt haben beide Volksteile in Belgien, Flamen und Wallonen, nur den einen gemeinsamen Wunsch, daß ihr von uns besetztes Land sobald als möglich von uns geräumt werde. Man wird freilich sagen müssen, daß wir für die Empfindungen der Belgier wenig Verständnis gezeigt haben. Unfere Versuche, moralische Eroberungen in Belgien zu machen, sind beinahe völlig totgeschlagen worden durch die zwangsweise Beschäftigung belgischer Arbeiter. Dabei haben wir mit besonders bemerkenswertem Ungeschick verfahren. Meine Freunde stellen mit Genugtuung fest, daß der Kaiser die Einstellung dieser zwangsweisen Beschäftigung und die Zurückführung der zwangsweise nach Deutschland gebrachten belgischen Arbeiter verfügt hat.

Auf den Konflikt mit China übergehend, sagt Redner, er hoffe, daß nach dem Kriege die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und China bald wieder hergestellt werden. Was den Konflikt zwischen Deutschland und Amerika betrifft, so ist zurzeit lediglich festzustellen, daß er an Schärfe gewinnt. Mit der mexikanischen Sache hat der neue Herr im Auswärtigen Amt nach der Meinung meiner politischen Freunde kein Meisterstück geliefert, aber wir verzeichnen mit Genugtuung die Erklärung des Grafen Bernstorff, daß von deutschen Intrigen in den amerikanischen Ländern keine Rede sein könne, sondern daß Deutschland es stets abgelehnt hat, sich in die inneren Verhältnisse dieser Staaten einzumischen.

Wie die Masse der deutschen Arbeiter über das Verhalten der Vereinigten Staaten denkt, hat mein Genosse Legien in seinem Telegramm vom 9. Februar an den amerikanischen Gewerkschafts-

vorstehenden Comers dargelegt. In diesem Telegramm hieß es, daß eine Einwirkung der deutschen Sozialdemokratie auf die Regierung im Sinne der Aufrechterhaltung des Friedens zwischen Deutschland und Amerika nur erfolgversprechend sei, wenn England den völkerrechtswidrigen Hungerkrieg gegen Deutschlands Frauen, Kinder und Greise einstellt. Auch die deutschen Seeleute haben sich an die Seeleute der neutralen Länder gewendet, um sie zu warnen, durch ihre Anteilnahme an der Unterstützung Englands ihre Länder in politische Schwierigkeiten zu stürzen.

### Die Vorgänge in Rußland.

In Rußland, wo das alte System vielleicht gehofft hatte, durch einen siegreichen Krieg sich noch einmal für längere Dauer zu retten, hat sich diese Rechnung jetzt als falsch erwiesen. Die kapitalistischen Führer der russischen Umwälzung haben natürlich ihre Kriegsziele nicht geändert. Englands Staatsmänner konnten also ihrer Freude darüber Ausdruck geben, daß die russischen Soldaten weiter für Britannien sterben würden. Jetzt aber ist der Jubel in England und Frankreich stark gedämpft; denn die proletarischen Massen reden jetzt in Petersburg und Moskau stark mit lebhafter Beifall links und diese Massen sind friedensfreundlich. (Beifall links, Zuruf: Wie wir!)

## Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 29. März.

Am Bundesratsstisch: Dr. Helfferich, Graf Koeborn.

Präsident **Dr. Kaempf** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

### Der Notetat.

Die Vorlage ermöglicht den Reichskanzler, für die Monate April bis Juni die laufenden Ausgaben des Reiches weiterzuleisten.

Abg. **Vernstein** (Soz. U.-G.) begründet die ablehnende Haltung seiner Fraktion. Der Reichskanzler hat durch sein Verhalten das Mißtrauen gegen seine Politik noch vergrößert. Zu der großen Zahl unserer Feinde ist noch Amerika hinzugezogen, und in den noch neutralen Ländern ist Mißstimmung gegen uns entstanden. Mit der Ablehnung des Notetats leisten wir dem deutschen Volke den größten Dienst, indem wir den Völkern da draußen zeigen, daß in Deutschland wenigstens eine Partei lebt, die den Militarismus bekämpft. Wir lehnen auch im Hinblick auf die jetzigen Vorgänge in Rußland die Vorlage ab; sonst würden wir uns unserer russischen Genossen unwürdig zeigen. Die Ablehnung ist ein Gruß an alle Sozialdemokraten in allen Ländern, welche an der internationalen Politik des Proletariats festhalten.

Die Vorlage wird in allen drei Lesungen gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen angenommen.

### Die dritte Lesung der Steueretze.

Eingegangen ist ein Antrag **Gothein-Gröber-Bist-Ebert-Schiele**, wonach Steuerfreiheit bei Güterbeförderung durch Straßenbahnen für die Fälle bestimmt wird, in denen die Straßenbahn an die Stelle des Rollfuhrunternehmers tritt.

Abg. **Reil** (Soz.): Das Gesetz über die Erhebung eines Zuschlags zur Kriegsteuer entspricht nicht unseren Wünschen. Wir bedauern die Ablehnung unserer auf Erhöhung des Zuschlags gerichteten Anträge. Ein größeres Opfer von dem erhaltenen oder vermehrten Reichtum wäre angebracht gewesen. Trotzdem stimmen wir diesem Gesetz zu. Die Besteuerung der Kohle und des Personen- und Güterverkehrs ist eine höchst ungerechte Belastung der minderbemittelten und besonders notleidenden breiten Schichten des Volkes und nimmt keine Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Steuerzahler. Sie führt zur weiteren Steigerung der ohnedies gewaltig gestiegenen Preise aller Bedarfsgegenstände, hemmt die Umstellung des Wirtschaftsprozesses auf die Bedürfnisse der Friedenswirtschaft und schwächt die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Arbeit auf dem Weltmarkt. Der Beschluß über die Verbilligung der Hausbrandkohle für Inhaber von Kleinwohnungen durch gemeindliche Versorgung wird den breiten Massen nicht zugute kommen. Dazu wäre eine Umänderung der ganzen Steuer erforderlich. Die Verkehrssteuer trägt zur weiteren Belastung des Hausbrands bei.

Wir haben uns bereit erklärt, an der Ausbringung der durch den Krieg verursachten großen Ausgaben gewissenhaft mitzuarbeiten, betrachten es aber als eine Ehrenpflicht der Besitzenden, von ihrer in der Kriegszeit geschaffenen Reichtümern zu opfern. Unsere Vorschläge und Anregungen sind nicht gebührend gewürdigt worden. Das muß zu einer Schwächung der moralischen Kräfte unserer Volksgemeinschaft führen. Durch die Ablehnung der Verkehrs- und Kohlensteuer bringen wir zum Ausdruck, daß wir eine solche die Volksinteressen gefährdende Politik nicht verantworten wollen.

Abg. **Henke** (Soz. Arb.): Wir lehnen die Verkehrs- und Kohlensteuer ab, weil sie eine ungeheure Belastung des arbeitenden Volkes bringt. Die Annahme des Kohlensteuergesetzes ist nicht nur ein politischer Fehler, sondern ein Verbrechen am Volk.

Präsident **Dr. Kaempf** ruft den Redner zur Ordnung.

Darauf werden die einzelnen Steuervorlagen der Reihe nach erledigt. Das Kriegsteuergesetz wird ohne Aussprache angenommen, ebenso das Sicherungsgesetz.

### Die Verkehrssteuer.

Bei der Verkehrssteuervorlage wird die gestern im Sammelsprung mit einer Stimme Mehrheit auf Antrag des Abg. **Mumm** (D. Fr.) beschlossene Freilassung der Fahrkarten bis 35 Pf. in namentlicher Abstimmung mit 159 gegen 142 Stimmen bei 17 Enthaltungen gestrichen. Der Streichungsantrag, der von zahlreichen Abgeordneten aller bürgerlichen Parteien unterzeichnet ist, trägt als erste Unterschrift die des Abg. **Dr. Arendt**, des Fraktionskollegen **Mumms**.

Der Antrag **Gothein** (Bpt.), der von Vertretern aller Parteien unterzeichnet ist, wird angenommen. Das Gesetz wird gegen die beiden sozialistischen Fraktionen verabschiedet.

### Die Kohlensteuer.

Ein sozialdemokratischer Antrag will, daß das Reich denjenigen Gemeinden, die den Inhabern von Kleinwohnungen billige Hausbrandkohle beschaffen, nicht — wie die Fassung zweiter Lesung sagt — die halbe, sondern die ganze hierauf bezahlte Kohlensteuer zurückvergüten soll.

Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 181 gegen 136 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Abg. **Waldftein** (Bpt.) — zur Geschäftsordnung —: Eine Anzahl Mitglieder hat die Fragestellung mißverstanden und falsch abgestimmt.

Vizepräsident **Paasche**: Das ist bedauerlich, aber die Fragestellung war klar. (Zustimmung.)

Das Kohlensteuergesetz wird gegen die beiden sozialistischen Fraktionen und die Polen angenommen. Es verbleibt auch bei der Streichung der Begünstigung für die Braunkohlenbriketts.

Damit sind die Steuervorlagen in dritter Lesung erledigt.

## Die Friedensfrage im Schweizer Nationalrat.

B. Bern, 29. März. (Melbung der Schweizerischen Depeschenagentur.) Im Nationalrat führte bei Beratung der Petitionen betreffend Friedensbestrebungen Bundesrat Hoffmann aus: Zwei Kategorien von Petitionen sind eingelangt. Die eine verlangt die Initiative des Bundesrates zur sofortigen Einberufung einer unverbindlichen Friedenskonferenz, die von allen Staaten offiziell zu beschicken wäre. Der Vorschlag ist undiskutierbar. Heute den Kriegführenden zuzumuten, sich an einer unverbindlichen Friedenskonferenz zu beteiligen, ist ganz unmöglich.

Der zweite Vorschlag ersucht den Bundesrat dringlich, alle Schritte zu tun, damit eine Konferenz neutraler Staaten oder einzelne Regierungen einmal den Kriegführenden ihre guten Dienste zur Vermittlung anbieten, ferner Schritte zur Einberufung einer allgemeinen Staatskonferenz zur Beratung einer internationalen Rechtsordnung und zur Erledigung der allgemeinen territorialen, wirtschaftlichen und völkerrechtlichen Streitfragen zu tun. Auch diese Resolution, so gut der Zweck ist, dem sie dienen will, geht über das Ziel hinaus und ist ein ungeeignetes Mittel zur Erreichung des gewollten Zweckes. Unter den neutralen Staaten besteht keine Geneigtheit, eine solche Konferenz zu beschicken.

Ferner ist die Aufstellung eines eigentlichen Friedensprogramms ohne Beziehung der Kriegführenden eine unmögliche Aufgabe. Diese Beziehung ist aber unmöglich, wenigstens auf der einen Seite besteht keine Geneigtheit dazu, eine solche Konferenz zu beschicken. Der Bundesrat hat zu wiederholten Malen seit Kriegsbeginn, in besonders unmißverständlicher Weise in der Note, die er im Anschluß an die sogenannte Friedensnote des Präsidenten Wilson erlassen hat, seine Gesinnung kundgetan. Ich brauche nicht neuerdings zu versichern, daß wir unsere Pflicht vor dem Lande, der Menschheit und der Geschichte erfüllen und daß wir wissen, was wir in der Friedensfrage zu tun haben, und nichts versäumen werden.

**Spaltung im Arbeiterrat.****Ein Sieg der äußersten Linken. Für den Frieden.***(Kontinuum des Meines Geistes)*

Berlin, 30. März.

Der „Lokalanzeiger“ meldet aus Stockholm: Aus Petersburg erhalte ich die folgende telegraphische Meldung: Der Arbeiterrat hat sich gespalten. Wegen der Unterstützung der vorläufigen Regierung und ihrer Kriegspropaganda macht sich bei der Mehrheit der Arbeiter und Soldaten eine steigende Mißstimmung gegen die früheren Vertreter geltend, die dem Wunsche nach Ministerportefeuilles die Ideale der Arbeiterschaft opferten. Man vermutete auch, daß englisches Geld im Spiele ist. Die Arbeiterschaft wählte einen neuen Ausschuß, das „Zentralkomitee der Arbeiterpartei“, das sich als den eigentlichen Vertreter der Arbeiterschaft erklärte. Das Zentralkomitee war sofort Herr der Lage. Ihm schlossen sich die Telegraphen-, Eisenbahn- und Postbeamten an. Das Komitee beherrscht damit die Mehrheit der Verbindungswege, darunter alle Eisenbahnen nach der Front. Sämtliche in Petersburg stehenden Regimenter schlossen sich dem Komitee an. Die radikale Arbeiterpartei übernahm das neue Sozialistenblatt „Brawda“, in dem an leitender Stelle folgende Entscheidung der neuen Partei veröffentlicht ist:

„Es wurde beschlossen, sofort in Verbindung mit dem Proletariat der revolutionären Demokratie aller kriegsführenden Länder zutreten, um den unmittelbaren Schluß des verbrecherischen Krieges herbeizuführen, der den Völkern aufgezwungen wird.“

Die Forderung nach Durchführung des Nationalitätenprinzips macht ebenfalls bereits einen auslösenden Einfluß in ganz Rußland geltend. Der progressivistische ukrainische Verband sowie die ukrainischen Sozialisten verlangen die sofortige Lostrennung Kleinrußlands vom russischen Reiche. Die ukrainischen Progressivisten fordern, daß sofort der freie Gebrauch der kleinrussischen Sprache und Religionsfreiheit gestattet wird. In den besetzten Gebieten Galiziens und der Bukowina müsse sofort die Bevölkerung in die alten Rechte eingesetzt werden. Die Sozialisten fordern die sofortige staatliche Unabhängigkeit der ganzen Ukraina.

Infolge der von den Sozialisten betriebenen Propaganda für die Aburteilung des Zaren sucht die provisorische Regierung die kaiserliche Familie möglichst schnell außer Landes zu bekommen.

30. III. 1917

Albani

261

## Das Ausnahmsdekret in Spanien.

Madrid, 29. März. (Agence Svas.)

Ein Dekret hebt die konstitutionellen Garantien in allen Provinzen des Königreiches auf.

Wiewohl Spanien am Kriege nicht beteiligt ist, haben die Rückwirkungen des Weltkampfes auch dort eine steigende Lebensmittelnot hervorgerufen, die aus verschiedenen Gründen große Erregung in der Bevölkerung hervorgerufen hat. Ein großer Teil der Bevölkerung ist erbittert, weil das Kabinett Romanones statt den Folgen der Knappheit an Lebensmitteln entgegenzuarbeiten, durch seine Politik die Notlage noch erhöht. Aus Gefälligkeit gegen den Bierverband läßt Romanones nicht nur die unbeschränkte Lebensmittelausfuhr nach Frankreich, England und Italien zu, sondern steigert sie noch durch Abmachungen mit England als Gegenwert für englische Kohlenzufuhr nach Spanien.

Die allgemeine Unzufriedenheit und Erbitterung in der Bevölkerung wird nun von Agenten des Bierverbandes unter der Führung von Leroux und Iglesias zu einer Hezbe gegen die Mittelmächte ausgenützt, mit dem Ziele, durch Herbeiführung einer Anarchie jenen Elementen die Macht in die Hände zu spielen, die Spanien an der Seite des Bierverbandes in den Weltkrieg hineinziehen möchten.

Mit Unterstützung der Republikaner und Sozialisten, die hier dieselbe Rolle spielen, wie überall sonst, wurde der erste Schritt auf diesem Wege durch die Verkündung des Generalstreiks gemacht. Als Gegenmaßregel gegen die Umsturzbestrebungen ist nun die Verhängung des Ausnahmszustandes über ganz Spanien erfolgt und man muß hoffen, daß die Einflüsse, die Spanien auf der Bahn des Friedens zu erhalten bestrebt sind, sich stärker erweisen werden, als jene, die das Land als letztes Opfer des Bierverbandes in den Weltkrieg hineinzureißen bestrebt sind.



30. III. 1917

152

## Ein Marmruf des Kriegs- ministers Gutschkow.

(Drahtbericht des Stockholmer Vertreters  
der „Reichspost“.)

Stockholm, 29. März.

Kriegsminister Gutschkow ließ in der Haupt-  
stadt auf Riesenplakaten einen Aufruf ver-  
öffentlichen, in dem es heißt, infolge der  
bedenklichen Haltung eines  
Teiles der Armee drohe Gefahr.

Der Aufruf verlangt, die Bürgerschaft  
solle sich sofort freiwillig zu Ver-  
schanzungsarbeiten melden. Eine  
große Zahl Studenten unternahm bereits die  
Organisation des Schutzes der Hauptstadt.

Der Anschlag des Kriegsministers steht in  
kräftigem Widerspruch zu den günstigen Meldungen,  
die bisher über die Stimmung in der Armee  
von der provisorischen Regierung verbreitet  
wurden. Aus den vorliegenden Meldungen ist  
noch nicht ersichtlich, ob es sich bei dieser Be-  
wegung um eine solche zugunsten des Zaren  
oder des Friedens handelt.

## Spaltung im Arbeiterausschusse.

(Drahtbericht des Stockholmer Vertreters  
der „Reichspost“.)

Stockholm, 29. März.

Der sozialdemokratische Arbeiterrat hat sich gespalten  
infolge des Anschlusses einiger Arbeitervertreter an das  
Kriegsprogramm der provisorischen Regierung. Die  
Mehrheit der Arbeiter- und Soldatenvertreter sagte sich  
von dieser Gruppe los und konstituierte sich als Zentral-  
komitee, dem sich sofort die Eisenbahn- und Post-  
angestellten anschlossen. Das Komitee übernahm auch das  
Blatt „Prawda“.

Die ukrainischen Progressisten fordern  
die sofortige Aufhebung der sprachlichen und kulturellen  
Einschränkungen, die sich gegen die Ukrainer richten, und  
die Ausarbeitung einer ukrainischen Autonomie.

Berlin, 30. März.

Dem „Tageblatt“ zufolge fanden in Petersburg am  
Sonntag ungefähr hundert Volksversammlungen statt, in  
denen die demokratische Republik verlangt wurde. Eine  
bedenkliche Zunahme der extremen Strömung war nicht zu  
verkennen.

## Friedensrede Dr. Csernoch's.

Die Aufgabe der römisch-katholischen Kirche.  
Z Budapest, 29. März. (Priv.-Tel.)

In der heute abgehaltenen Versammlung der St. Stephan-Gesellschaft, einer katholisch-literarischen Vereinigung der vornehmen Kreise Ungarns, an der der gesamte katholische Episkopat Ungarns teilgenommen hat, hielt der Fürstbischof Kardinal Dr. Csernoch eine vielbeachtete Rede über die Rolle, die der Kirche beim Abschluß des Friedens zufallen wird. Unter anderem sagte er:

Alle Völker sehen nach der Möglichkeit eines Friedens und wollen den langen blutigen Kampf beendet sehen, und zwar unter Bedingungen, die in Zukunft die Gefahr eines weiteren Krieges und Blutvergießens möglichst ausschließen. In dieser Beziehung gibt es zwischen den Zentralmächten, der Entente und Amerika gar keinen Gegensatz; jeder Teil sucht aber die Lösung der Frage auf einem anderen Wege.

Schon vor dem Ausbruch dieses Krieges träumte die Welt von einem Weltfrieden, der zu einer Ländervereinigung führen sollte. Man glaubte durch Staatsbündnisse den Weltfrieden erhalten zu können, dieser Staatenbund bedurfte aber einer bindenden Kraft, die den Ausbruch des Krieges verhindern sollte. Diese Kraft kann aber nur die unberänderliche und göttliche Autorität besitzende sittliche Kraft der Religion sein. Ohne diese sittlich bindende Kraft kann der Friede kein dauernd sein. Eine solche Kraft liegt aber in der römisch-katholischen Kirche, die dazu berufen ist, den Weltfrieden zu stiften, denn ihr Endziel ist eben der Weltfriede. Die römisch-katholische Kirche hat schon vor zweitausend Jahren eine Institution gebildet, die in ihrem Schoße Christen, Juden und Heiden zu großen, erhabenen Tugenden zu vereinigen wußte. Es ist zu hoffen, daß beim künftigen Weltfrieden der Kirche eine große Rolle zufallen wird.

Unter großem Beifall der Anwesenden schloß Fürstprimas Csernoch seine Rede mit folgender Bemerkung: Vor kurzer Zeit erhielt ich von Seiner Heiligkeit, dem Papst Benedikt XV., ein Schreiben, in dem er über den Frieden folgendermaßen spricht: Der Friede ist ein Geschenk Gottes und nicht ein Werk der Menschen. Deshalb müssen alle in dieser Richtung arbeiten, daß sie diesen Segen Gottes erleben. We müssen das Ihrige beitragen, um den Segen des Friedens näher zu bringen, und die dazu beitragen werden, werden als wahre Wohltäter der gesamten Menschheit gelten.

Begeistertem Applaus und laute Ofsenrufe begleiteten diese Worte des Fürstprimas.

## Ein Konferenzvorschlag.

Es liegt heute der Bericht über eine Unterredung vor, in der sich unser Minister des Aeußern Graf Czernin über die Kriegslage und die Möglichkeit von Friedensverhandlungen aussprach. Graf Czernin hat die nämliche Form bereits einmal gewählt, um seine politischen Anschauungen der in- und ausländischen Öffentlichkeit bekanntzugeben. Dieses Bedürfnis, sich mit der Öffentlichkeit in Verbindung zu setzen, ist ein moderner Zug, und wir freuen uns, den Leiter unserer äußeren Politik auf diesem Wege zu finden. Ihm steht nicht, wie seinen Amtsgenossen in anderen Ländern, die Gelegenheit zu beliebiger parlamentarischer Aussprache offen. Wir haben ja — von den parlamentarischen Gemüthern in Oesterreich abgesehen — in den Delegationen eine Einrichtung, die die Verhandlungen über auswärtige Politik auf eine kurze Saison einschränkt. Und da aus bekannten Gründen jetzt auch dieser Saisonapparat stillsteht, so hat man bisher nur aus dem Munde des ungarischen Ministerpräsidenten authentische Aufschlüsse über auswärtige Fragen der Kriegszeit hören können. Wenn nunmehr statt dieses Sprachrohres sich der Sprecher selbst unmittelbar vernehmen läßt, so ist das jedenfalls weitaus vorzuziehen.

Graf Czernin spricht sich in seinem neuesten Interview wieder über die brennendste aller Fragen aus: die Friedensfrage. Es versteht sich von selbst, daß er dabei nicht etwa mit einem neuen Friedensangebot hervortritt. Dazu wäre kein Anlaß, da ja das von den Mittelmächten im Dezember gestellte Friedensangebot von den

Gegnern in säroffter Form abgewiesen wurde. Graf Czernin wiederholt aber heute den damals gemachten Vorschlag einer Friedenskonferenz und stellt damit fest, daß das Angebot vom Dezember durch die gegnerische Ablehnung nicht erloschen und begraben ist, sondern von den Mittelmächten unverändert aufrechterhalten wird. Der Minister erweitert nur den alten, im Wesen unveränderten Vorschlag durch eine neue Modalität, die den Gegnern die Möglichkeit gewähren soll, ihre vermeintlichen Kriegschancen voll und beharrlich weiter zu verfolgen und doch zugleich den Verhandlungswege zu betreten, der eventuell zum Frieden führen könnte. „Für jene, die weiterkämpfen wollen,“ sagt Graf Czernin „bedeutet der Zusammentritt einer Konferenz keine Aenderung; während dieselbe tangt, kann ja der Kampf fortgesetzt werden.“ Anders als durch eine Konferenz seien die zahlreichen verwickelten Fragen, die der Krieg aufgeworfen habe, überhaupt nicht zu lösen. Reize sich auf der Konferenz, daß eine Einigung nicht zu erzielen sei, dann gehe der Kampf, der ja ohnedies keine Unterbrechung erfahren hätte, eben weiter.

Die ausdauernde Konsistenz, mit der Graf Czernin inmitten des Kriegstobens an dem Friedensgedanken festhält, gereicht ihm zur Ehre, und er kann sicher sein, daß er dabei in Übereinstimmung mit dem Empfinden ungeschätzter Millionen handelt. Ob aber der Vorschlag, den Krieg fortzuführen und zugleich eine Friedenskonferenz zusammentreten zu lassen irgendwelche Aussichten hat, bei den Gegnern Gehör zu finden, ist freilich eine andere Frage. Die technischen Schwierigkeiten, die ein Verhandeln über den Frieden böte, während das Hauptinteresse der Verhandlungen stets den Nachrichten vom Kriegsschauplatz zugewendet bliebe, würden sich vielleicht überwinden lassen. Es fehlt ja nicht an historischen Beispielen für Friedensverhandlungen bei fortdauernder Kriegsaktion. Aber gerade die neuesten Kundgebungen aus den feindlichen Ländern lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die Ententeregierungen auch jetzt noch den „vollen, endgültigen Sieg“ erzwingen zu können hoffen, und wer so rechnet, ist kaum in der Disposition, auch nur an unverbindlichen Friedensverhandlungen teilzunehmen. Das ist die Sprache auch

der jetzigen Machthaber in Rußland, und solange diese Tonart in Petersburg klingt, bleibt auch das Echo in London, Paris und Rom das gleiche. Unsere Feinde haben in ihrer Antwort auf unser Friedensangebot das Programm eines Eroberungskrieges verkündigt. Graf Czernin hat demgegenüber unser Programm als das des reinen Verteidigungskrieges definiert. Solange die Illusionen der Eroberer nicht vollständig zerstört und erloschen sind, bleibt den Verteidigern nichts übrig, als sich tüchtig zu wehren. Es wird hoffentlich in nicht ferner Zeit die Stunde kommen, wo die Friedensideen des Grafen Czernin auch im feindlichen Lager Empfanglichkeit finden werden. Bis dahin müssen wir uns gedulden, und bis dahin mag Graf Czernin sich des stärkenden Bewußtseins freuen, daß sein beharrliches Eintreten für den Frieden ihm den Dank und die Sympathien der öffentlichen Meinung sichert.

30. *17. 1917* *177*

## Kardinal Fürstprimas Doktor Csernoch über die Rolle der Kirche beim Friedensschluß.

Drahtberichten unseres J.-H.-Berichterstatters. Budapest, 29. März.

Die jährlichen Generalversammlungen der St. Stefan-Gesellschaft, die die geistigen Hervorragenden der katholischen Ungarns vereinigt, gestalten sich seit Jahren infolge wichtiger prinzipieller und programmgemäßer Enunziationen der jeweiligen Präsidenten zu Ereignissen ersten Ranges.

Die diesjährige Generalversammlung der Gesellschaft eröffnete heute Donnerstag um 10 Uhr vormittags der Präsident Kardinal Fürstprimas Dr. Johann Csernoch mit einer großzügigen, die Gemüter mächtig ergreifenden Rede, in welcher er die Aufgaben der Kirche beim kommenden Friedensschluß erläuterte.

Der Ideengang der gedankenreichen Rede war folgender:

Eine traurige Folge des beispiellos erbitterten Weltkrieges ist der Abbruch der geistigen Beziehungen zwischen den feindlichen Nationen. Gelehrte, Künstler, Vertreter internationaler Bewegungen und Vereinigungen verleugnen jede Gemeinsamkeit mit jenen, die sich im anderen Lager befinden. Dieser Bruch ist eines der schmerzlichsten Symptome des Krieges, weil er den Weg zum Frieden erschwert, ja die Annäherung der Seelen auch nach dem offiziellen Friedensschluß noch lange verzögern wird. — Wir Katholiken haben gehofft, daß die stärkste internationale Einheit, unsere Kirche, der explosiven Kraft des Weltkrieges widerstehen wird, weil sie hoch über den politischen und wirtschaftlichen Gegensätzen der Arten und nationalen Leidenschaften steht und mit ihrer unangreifbaren göttlichen Autorität die Seelen beherrscht. Wir haben uns in unserer Hoffnung nicht getäuscht. Von feindlicher Seite fehlte es zwar nicht an Versuchen, den Kampf auch in das Heiligtum der Kirche zu übertragen. Man verdächtigte den wahren Glauben und die moralische Auffassung der Katholiken der Mittelmächte, besonders jener des Deutschen Reiches, wir nahmen jedoch diesen unwürdigen Kampf nicht auf und werden ihn auch nicht aufnehmen. Unsere deutschen katholischen Brüder beschränkten sich auf eine kühle und objektive Verteidigung höchsten Niveaus gegen die positiven Anklagen. — Der Standpunkt der Katholiken des ganzen mitteleuropäischen Bundes ist, daß der jetzige Weltkrieg in keiner Beziehung ein Konfessionskrieg sei. Wir haben nie konfessionellen Haß, nie kirchliche Interessen in den Kampf hineingeworfen, ja, wir haben alles getan, um auch in der Zeit der größten Versuchung dem Geiste Christi treu bleiben zu können, der seiner Kirche, die die ganze Menschheit umfaßt, den Frieden und die Einheit als Vermächtnis hinterließ. Diese heilige Einheit hüteten wir eifersüchtig, weil wir darin die Gemeinsamkeit sahen, welche die Menschen nach dem großen Verfall wieder einander zuführen wird und welche nach den fürchterlichsten Erduldungen zum Grundstein des ewigen Friedens werden kann.

Alle Mächte suchen die Möglichkeit des dauernden Friedens und wollen den langen Kampf unter solchen Bedingungen beenden, welche in der Zukunft die Gefahr des Krieges möglichst ausschließen. In dieser Hinsicht gibt es keine Abweichung zwischen den Mittelmächten, der Entente und den Vereinigten Staaten. Doch jede Partei sucht die Lösung auf verschiedenen Wegen und die sich kreuzenden Wege verursachen nur neue Brüche. Schon vor dem Kriege träumten die Menschen vom Weltfrieden und vom Weltbunde der Nationen als von einer idealen Zukunft. Eine der tröstlichen Folgen des jetzigen Krieges ist, daß dieser Traum zur lebendigen Sehnsucht wurde, und daß wir Schritte im Interesse des Weltbündnisses taten, indem unsere Staatsgruppen durch Blut und Eisen Beständigkeit verheißende Bündnisse schlossen. Zur Erreichung des Zweckes genüge dies jedoch nicht: ohne der moralischen Neugeburt der Nationen ist kein dauernder Friede zu erwarten. Diese Neugeburt zu erwirken ist Aufgabe der Kirche. Deshalb muß die Kirche, als die Trägerin der ewigen Grundsätze der Moral, unbeschädigt und unberührt aus dem Kreise hervortreten. Wer die Brand-

facel des Arten- und Interessenkampfes hineinwerfen will, der vergeht sich nicht nur gegen die Kirche, sondern gegen die heilige Hoffnung der Nationen, daß wir dereinst das Weltbündnis und den Weltfrieden hier auf Erden erreichen können. Wenn schon die Res publica litteraria, die die geistigen Schätze der Nationen vermittelt, im Weltkriege versagte, so darf man um so weniger an den festen internationalen Banden der Res publica christiana der Seelen rütteln. Wenn sich die ganze Welt verständigen will, ist eine Weltkraft nötig, die die Wahrheit aus der Relativität in absolute Höhe erhebt.

Eine solche Kraft ist die katholische Kirche mit ihrer unabänderbaren und einheitlichen Lehre. Wir hoffen zuversichtlich, daß die Kirche eine Rolle in jenem offiziellen Kate der Völker spielen wird, welcher den Grundstein des neuen Zeitalters der Geschichte legt. Sie ist auserlesen, das allgemeine Verständnis in den Frieden hineinzutragen. Je tiefer dieses Verständnis, umso dauerhafter der Frieden. Papst Benedikt XV. schrieb mir unlängst: „Wie wir des öfteren betonten, ist der Frieden ein Geschenk Gottes und kein Werk der Menschen“. Auf rein menschlicher Autorität beruhende Kontrakte können den Frieden nicht genügend sichern. Kraft und Heiligkeit verleiht nur der ewige Richter dem menschlichen Bunde. Deshalb arbeiten alle jene im Interesse des Friedens, die die Anhänglichkeit an die Kirche verkündigen. Ihnen gebührt Ehre und Lob, denn sie sind die Wohltäter der gequälten Menschheit.

# Die Rede des Reichskanzlers.

In der gestrigen Reichstags-Sitzung nahm gegen 6 Uhr Herr von Bethmann Hollweg das Wort zu folgenden Ausführungen über die innere und äußere Politik:

Im Namen der verbündeten Regierungen sage ich dem Reichstage Dank für die glatte und schnelle Erledigung der Steuervorlagen. Damit hat sich der Reichstag ein neues Verdienst um unser Land erworben, ein wesentliches Kriegsmittel wieder in unsere Hand gelegt, das uns zu weiterer Zuvorsicht auf den Sieg berechtigt.

Wenn geschichtliche Vorgänge in Rußland die an der Spitze Befindlichen entfernt haben, so ist die Bedeutung dieser Ereignisse nicht zu übersehen. Soweit wir zu erkennen vermögen, ist Kaiser Nikolaus das Opfer eigener tragischer Schuld geworden. Seit langer Zeit waren Deutschland und Rußland durch traditionell gewordene Freundschaft verbunden. Aber in russischen Herrscherhaus war der letzte Träger der alten guten Beziehungen eigentlich schon mit Kaiser Alexander II. gestorben. Uneingedenk der Bande, die die benachbarten Reiche durch ein Jahrhundert verknüpft hatten und uneingedenk der Tatsache, daß keine vitalen Interessengegensätze beide Länder trennen, glitt der Zar Nikolaus mehr und mehr in das Fahrwasser der Entente-Politik und der panslawistischen Strömungen und geriet schließlich in so starke Abhängigkeit von dieser unter dem autokratischen Regime herrschenden Partei, daß er in den Schicksalstagen von 1914 den Appell Seiner Majestät des Kaisers an die alte Freundschaft ungehört verhallen ließ. Eine bei unseren Gegnern von jeher beliebte Legende ist es, daß die deutsche Regierung das reaktionäre autokratische Regime in Rußland gegen jede freiheitliche Bewegung unterstützt habe. Schon vor einem Jahre habe ich hier im Reichstage erklärt, daß dies eine den Tatsachen direkt widersprechende Behauptung ist. Als Rußland im Jahre 1905 nach dem japanischen Kriege und der darauf folgenden Revolution im eigenen Lande in schwerer Not war, hat Seine Majestät der Kaiser dem Zaren Nikolaus auf Grund seines persönlichen Freundschaftsverhältnisses dringend geraten, den berechtigten Reformwünschen seines Volkes sich nicht länger zu widersetzen. (Hört! Hört!) Also das genaue Gegenteil von dem, was auch jetzt wieder in anderer Form behauptet wird. Zar Nikolaus ist andere Wege gegangen, die weder dem Interesse seines eigenen, noch unseres Landes entsprachen.

In einem mit seinem Inneren Ausbau beschäftigten Rußland wäre kaum für die unruhigen Expansionsbestrebungen Raum gewesen, die schließlich zu diesem Kriege geführt und das alte Regime so stark belastet haben, daß es schwer fällt, das natürliche Mitgefühl mit dem gestürzten Herrscherhaus zu seinem Recht gelangen zu lassen. Wie sich die Dinge jetzt weiter entwickeln werden, kann wohl niemand voraussehen. Uns ist die Stellung zu den russischen Vorgängen klar vorgezeichnet. Wir werden auch weiterhin den Grundsatze verfolgen, uns in die inneren Verhältnisse anderer Länder nicht einzumischen. (Beifall.) Von mifflollender Seite wird auch jetzt wieder mit allen erdenklichen Mitteln in der Welt verbreitet, Deutschland wolle die kaum errungene Freiheit des russischen Volkes vernichten, Seine Majestät der Kaiser wolle die Herrschaft des Zaren über die geknechteten Untertanen wiederherstellen. Diese Ausstreuungen sind eitel Lüge und Verleumdung. (Hört! Hört!), was ich hiermit ausdrücklich feststelle. (Hört! Hört!) Wie sich das russische Volk sein Haus einrichtet, ist ausschließlich seine eigene Angelegenheit. (Sehr richtig!), in die wir uns nicht einmengen. Das einzige, was wir wünschen, ist, daß sich in Rußland Zustände entwickeln möchten, die es zu einem festen und gesicherten Bollwerk des Friedens machen. (Beifall.) Trägt die Neuordnung der Dinge dazu bei, die Wiederannäherung der beiden, auf gute Nachbarschaft angewiesenen Völker zu erleichtern, so begrüßen wir das mit Freuden. (Beifall.)

Wir haben unter den Sünden des alten Rußland, das Serbiens Mordanschlag gegen Oesterreich-Ungarn gedeckt, im Juli 1914 gegen uns mobil gemacht und das im Dezember 1916 als erster unserer Feinde unser Friedensangebot böhnisch abgelehnt hat. (Hört! Hört!) selbst genug gelitten. Das russische Volk, das diesen Krieg gewiß nicht gewollt hat, kann ohne Sorge vor irgend welcher Einmischung von unserer Seite sein. (Beifall.) Wir begehren nichts anderes, als möglichst bald wieder in Frieden mit ihm zu leben (Beifall) in einem Frieden, der auf einer für all Teile ehrenvollen Grundlage aufgebaut ist. (Lebhafte Beifall.)

Meine Herren! In den nächsten Tagen versammeln sich die Vertreter des amerikanischen Volkes, die vom Präsidenten Wilson zu einer außerordentlichen Sitzung des Kongresses zusammengerufen sind, um über die Frage von Krieg und Frieden zwischen dem amerikanischen und dem deutschen Volke zu entscheiden. Deutschland hat niemals die geringste Absicht gehabt, Amerika anzugreifen und hat diese Absicht noch heute nicht; es hat niemals den Krieg mit Amerika gewollt, ebensowenig wie es das heute will. Aber was ist denn der Bergang gewesen? Wir haben den Vereinten Staaten mehr als einmal gesagt, daß wir auf die unbeschränkte Anwendung der U-Bootwaffe in der Erwartung verzichteten, daß England dazu gebracht werden würde, bei seiner Blockadepolitik die Gesetze der Menschlichkeit und die internationalen Abmachungen zu beachten. Diese englische Blockade, daran möchte ich ausdrücklich erinnern, ist vom Präsidenten Wilson und vom Staatssekretär Lansing selbst als ungesetzlich und als nicht zu verteidigen bezeichnet. (Hört! Hört!) Unsere Erwartungen, die wir acht Monate aufrecht erhielten, wurden bekanntlich schmach-

lich enttäuscht. England hat seine ungesetzliche und nicht verteidigende Blockadepolitik nicht nur nicht aufgegeben, sondern andauernd verschärft, es hat in Gemeinschaft mit seinen Verbündeten unser Friedensangebot hochmütig abgelehnt und Kriegsziele proklamiert, die auf unsere und unserer Verbündeten Vernichtung hinauslaufen. Da haben wir zum unbeschränkten U-Bootkrieg gegriffen und zu ihm greifen müssen. Sieht das amerikanische Volk hierin einen Grund, dem deutschen Volke, mit dem es über 100 Jahre in Frieden gelebt hat, den Krieg zu erklären, und will es dadurch das Blutvergießen verlängern, wir sind es nicht, die die Verantwortung dafür tragen. (Sehr gut!) Das deutsche Volk, das gegenüber Amerika weder Haß noch Feindschaft empfindet, wird auch dies zu ertragen und zu überwinden wissen. (Lebhafter Beifall.)

Die chinesische Regierung hat ihre Beziehungen zu uns abgebrochen, der chinesische Gesandte hat seine Pässe verlangt. Unsere Beziehungen zu China sind stets freundschaftlicher Natur gewesen, und wenn sie jetzt ein Ende gefunden haben, so brauche ich Ihnen nicht zu sagen, daß hier nicht ein freier Entschluß der chinesischen Regierung vorliegt (Zustimmung), sondern daß sie unter dem Druck unserer Gegner gehandelt hat. Auch hätten finanzielle Schwierigkeiten dabei eine Rolle gespielt haben, deren China während des Krieges nicht Herr zu werden vermochte. Für unsere Gegner handelte es sich darum, unseren Handel auch in China zu zerstören und sich das mühelos aneignen, was deutsche Tüchtigkeit und deutscher Fleiß in Jahrzehnten dort errichtet hatten. Der Kriegsausgang wird, wie ich bestimmt hoffe, uns die Möglichkeit bieten, das Zerstörte und zwar auf Kosten unserer Feinde neu aufzubauen. (Lebhafte Beifall.) Dann werden auch unsere freundschaftlichen Beziehungen zu China wieder aufleben, und ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß China die nötige Widerstandskraft gegen die Habgier seiner jetzigen Bedrücker bis dahin bewahrt.

Den Heeresberichten über die militärische Lage habe ich wenig hinzuzufügen. An unserer Ostfront kommen größere Operationen zurzeit nicht in Frage. Schon die Jahreszeit und die grundlosen Wege würden eine größere Offensive verhindern. An der Westfront verlaufen die ausweichenden Bewegungen planmäßig und führen zu einer täglich wachsenden Operationsfreiheit. Das ganze Volk wird dafür unseren Truppen und der genialen Führung des Feldmarschalls Hindenburg und des Generals Ludendorff seinen Dank wissen (stürmischer Beifall.) Alle anderen Fronten halten wir mit unverminderter Zähigkeit. Beweis dafür liefert die mazedonische Front, wo bulgarische und deutsche Truppen sich in der Abwehr der Angriffe größten Stils in glänzender Form gezeigt haben. Ueber den U-Boot-Krieg hat der Staatssekretär des Reichsmarineamts, soviel ich unterrichtet bin, heute morgen im Hauptmarschaufschuß eingehende Ausführungen gemacht. Ich will meinerseits nur hinzufügen, daß der U-Boot-Krieg sich im März ebenso günstig entwickelt hat wie im Februar.

Die Vorredner haben den größten Teil ihrer Ausführungen den Fragen der inneren Politik gewidmet. Ich bin diesen Ausführungen über die innere Politik mit voller Aufmerksamkeit gefolgt, enthielten sie doch manche wertvollen und ernstlichen Gedanken. Und doch! während ich aufmerksam zugehört habe, ist mir doch immer wieder der Gedanke gekommen, daß unsere Krieger draußen in den Schützengräben, daß unsere U-Boote, die mit Todesgefahr das Meer durchfahren, daß unsere Bevölkerung daheim manche Entbehrungen, manche Not, manche Leiden zu erdulden haben, daß die Feinde uns von allen Seiten berennen, und der Gedanke ist mir immer wieder lebendig geworden, wofür sie alle arbeiten; doch dafür, daß der Krieg glücklich zu Ende geht. (Lebhafte Sehr richtig!) Ich habe zu den Fragen der inneren Politik, ich habe zu dem Geist, indem ich diesen Fragen für die Gegenwart und Zukunft gegenüberträte, mich oft und ausführlich ausgesprochen. Ich will nicht mehr wiederholen, was ich gesagt habe, noch es zu paraphrasieren. Zu Anfang des Krieges sind wir, glaube ich, ausnahmslos der Ansicht gewesen, daß diejenigen Fragen der inneren Politik, die eine Folge des friedlichen Lebens sein müssen, für die Friedenszeit aufzusparen seien. Wir waren der Ansicht, dieser Krieg würde nicht so lange Zeit dauern. Nun ist er unendlich in die Länge ge-

# Die Rede des Reichskanzlers

wachsen, und so haben sich über die Fragen der inneren Politik, über den Zeitpunkt ihrer Inangriffnahme die Anschauungen bei einzelnen Parteien in einzelnen Punkten unzweifelhaft gewandelt. Die Herren haben selbst hervorgehoben, daß wir in der Frage der Polenpolitik nach einer Mitteilung, die gestern die preußische Staatsregierung im Preussischen Herrenhause gemacht hat, an dem Grundsatz, alles hinauszuschieben bis auf die Friedenszeit, nicht mehr voll festhalten können, und so wird es möglich sein, daß auch Fragen, die zu dem Geschäftsbereich des Reichskanzlers gehören, früher erledigt werden, als es ursprünglich vorgeschwebt hat. Aber was Ihnen auf der Linken ja besonders angelegen ist, worum sich für Sie alles dreht, ist die Reform des preussischen Wahlrechts. Und Sie verlangen, daß ich die Reform in Angriff nehme. Ich habe im preussischen Abgeordnetenhaus, vor dem die Frage seinerzeit ja zum Austrag zu bringen sein wird, vor kurzem die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die inneren Kämpfe, die mit der Reform des Wahlrechts verbunden sein würden, dem Gebot der Stunde gar nicht gerecht würden, alle unsere Kräfte auf die Abwehr der Feinde zu richten. Die Herren Sozialdemokraten sind anderer Ansicht. (Zuruf links: Wir auch! Das ganze Volk!) Ich habe aus den heutigen Reden der Vertreter der Fortschrittspartei und der Nationalliberalen entnommen, daß es jetzt diesem Gedanken mehr zuneigen. Noch vor kurzem haben ihre Vertreter im Abgeordnetenhaus die entgegengesetzte Meinung geäußert. Die Ansichten gehen also hier auseinander, es besteht nicht eine communis opinio und mir scheint, es sollte bei der großen Frage doch der Gedanke nicht vergessen werden, es ist ein eigenes Ding, ein staatliches Fundament wie das Wahlrecht zu ändern zu einer Zeit, wo Millionen Männer, deren Wahlrecht geändert werden soll, im Schützengraben sind. (Unruhe links.) Soll ich einen Wahlkampf hervorrufen, wenn die große Zahl der Wähler draußen im Schützengraben ist? Der Abgeordnete Moste schien ein einfaches Rezept gefunden zu haben. Wenn ich recht verstanden habe, meinte er, wenn die Regierung und der Landtag sich nicht einigen können, soll die Regierung ein Wahlrecht oktroyieren. (Zuruf links: Das ist schon geschehen!) Gewiß, derartiges ist schon geschehen. (Zuruf links: Auch in Preußen!) Auch in Preußen! Aber, ob ein Zeitpunkt, wo ein Volk um seine Existenz ringt, der richtige für eine solche Oktroyierung sein würde, wage ich zu bezweifeln. Ich gebe Ihnen gewiß zu — ich habe auch im preussischen Abgeordnetenhaus gesagt, mir wäre es am liebsten, wenn ich die Reform morgen machen könnte. Es ist selbstverständlich, daß es sehr verführerisch ist, eine große politische Aktion von dem Schwunge großer politischer Spannung tragen zu lassen. (Lebhafte Sehr richtig!) Das würde mir die Arbeit sehr erleichtern. Ich hoffe aber, Sie werden mir beipsichtigen: in diesem Moment, wo der Krieg auf den Höhepunkt gestiegen ist, wo es sich darum handelt, alle letzten Kräfte heranzuziehen, da muß ich ganz nüchtern abwägen, ob die Vorteile einer sofortigen Inangriffnahme einer solchen Aktion größer sind, als die Nachteile, die unbedingt mit ihr verbunden

**Ans.** Ich muß diese Erwägungen vornehmen, auch wenn ich die Imponderabilien sehr hoch schätze, welche in der politischen Fortentwicklung unseres Volkes liegen. Ich habe mich oft genug darüber ausgesprochen. Und wenn ich gezwungen bin, diese nüchternen Erwägungen anzustellen, so sage ich, der Krieg ist viel zu gewaltig, um sich von Stimmungen hinreißen zu lassen. Wenn ich so denken muß, so halte ich es für ein Unrecht, daß Sie mir vorwerfen, eine Politik der Stagnation zu treiben. Ich muß dem Zweck, den Krieg zu einem glücklichen Ende zu führen, sowie mein Handeln wie mein Unterstellen. Das ist keine Meinnung. Es mag manchen sehr schneidigen Feldherrn geben, der von einer Offensive absieht, weil sie der gesamten Kriegführung Schaden würde und so habe ich mich bis zur Stunde auch durch die heutigen Aeußerungen nicht davon überzeugen lassen können. (Lebhafte Hört, hört!) links. Sie rufen Hört, hört! Ich glaube, nach meiner Ueberzeugung da zu sprechen und Ihnen die Gründe für meine Ueberzeugung einfach und ohne jede Voreingenommenheit darlegen zu können — wenn ich mich nicht davon überzeugen kann — ich kann es bis zur Stunde nicht —, ob es den Interessen meines Landes dienen würde, diese Reform unmittelbar in Angriff zu nehmen. Ja, meine Herren, dann muß ich davon Abstand nehmen, bis ich zu dieser Ueberzeugung gelangt sein werde. (Bewegung und Zurufe links. — Präsident Dr. Kaempf ersucht um Ruhe. — Abg. Scheidemann (Soz.): „Wehe dem Staatsmann, der die Zeichen der Zeit nicht erkennt.“) Wehe dem habe ich mir selber zugerufen und ich nehme sie sehr ernst. Aber Sie, die Sie doch für Toleranz eintreten, werden auch für die ehrliche Ueberzeugung eines anderen Mannes Achtung haben. (Sehr gut! rechts.) Wie ich für die ehrliche Ueberzeugung, die in Ihnen wohnt, volle Achtung empfinde. (Beifall.)

Es war ja natürlich, daß heute, wo die Fragen der inneren Politik von den verschiedenen Standpunkten aus besprochen wurden, die Meinungen zum Teil scharf auseinandergestoßen sind. Ich kann mit dem Zweifel darüber nicht zurückhalten, ob es in den gegenwärtigen Umständen richtig ist, seinem Temperament, wie es bei einzelnen der Redner geschehen ist, in einer Weise die Jügel schießen zu lassen, (Ein Ruf rechts: Dr. Müller-Meinungen!), welche die Ueberzeugung anderer Parteien innerlich schwer verletzen muß. (Sehr wahr! rechts.) Ich meine, wir sollten diese Seiten des politischen Kampfes uns aufschieben bis zu der Zeit, wo wir wieder mit voller Sicherheit in unser zukünftiges Leben hineingehen können. (Sehr gut!) Gewiß, es gibt in jeder großen Nation bedeutsame Lebensmomente — und das deutsche Volk hat noch keinen größeren Lebensmoment durchlebt wie den jetzigen — sie sind immer damit verbunden, daß die einander entgegengesetzten Meinungen widereinander hin- und herfluten; und namentlich wenn, wie es jetzt der Fall ist, so gewaltige Kräfte nach neuen Richtungen drängen. Aber es kommt doch darauf an, daß über den Meinungszwistigkeiten der Grundsatz der Einheit erhalten bleibt. Diese Einheit bewährt sich täglich und stündlich so fest und unerschütterlich in den Heldentaten unserer Krieger, daß der Wille und die Zuversicht, unser Vaterland aus seiner größten Not zum Siege herauszuretten, uns immer wieder zusammenführen muß und uns damit, so Gott will, unüberwindlich macht. (Bewegung und Beifall.)

Den Sigungsbericht veröffentlichen wir in der 2. Beilage.

# Der Minister des Aeußern Graf Czernin über unsere Friedensziele.

Unserem Chefredakteur wurde gestern die Ehre zuteil, vom Minister des Aeußern Grafen Czernin empfangen zu werden, der sich bereit erklärte, in eine Besprechung der gegenwärtigen politischen Lage einzugehen.

Den Verlauf des Gespräches sind wir ermächtigt, im folgenden wiederzugeben:

„Welchen Ausgang dürfte die russische Revolution nehmen?“

„Auf Prophezeiungen kann ich mich nicht einlassen. Wenn der Regimewechsel in Rußland dahin führt, daß die gequälten Völker des russischen Reiches einsehen, daß die Fortsetzung des Krieges ein Verbrechen ist, daß sie — ebenso wie die Entente — jeden Tag einen ehrenvollen Frieden mit den Zentralmächten schließen können, dann wird diese entsetzliche Menschenschlächtereier ihrem Ende entgegengehen. Wir sind nicht zu vernichten, aber wir wollen nicht vernichten. Unsere Fronten sind stärker denn je, unsere wirtschaftliche Lage gesicherter, wir können und wir werden sie erhalten. Die beispiellose Aufopferungsfähigkeit und Kraft, mit welcher die Völker der österreichisch-ungarischen Monarchie die Entbehrungen ertragen, sichern ihnen den vollen Erfolg. Nicht den oberen Tausenden, dem Mittelstande und vor allem den breiten Massen, den von dem Schicksal der Nationen gebührt das größte Verdienst. Gut ab vor den Millionen, die draußen im Schützengraben oder daheim auf der Schlachtfeld der Arbeit die täglichen Entbehrungen ertragen. Gut ab vor ihrer Größe und ihrer Kraft. Der Tag wird kommen, an welchem die Völker der österreichisch-ungarischen Monarchie den Lohn für ihr Selbentum erhalten werden.“

„Halten Sie, Excellenz, den Vorschlag zur Beschickung einer Friedenskonferenz durch alle kriegführenden Staaten nach wie vor aufrecht?“

„Gewiß. Ich sehe nur diesen Weg, zu einem allgemeinen Ende zu kommen. Für jene, welche den Krieg fortsetzen wollen, bedeutet der Zusammentritt einer Konferenz keine Aenderung. Während dieselbe tagt, kann ja der Kampf fortgesetzt werden. Nur auf einer Friedenskonferenz können die Hunderte von Fragen, die der Krieg aufgeworfen hat und welche ein unzerreißbares Ganzes bilden, gelöst werden. Wir besitzen weite Territorien unserer Feinde, sie ausgebeutete Gefilde von uns; auf dem Meere kämpft die Blockade unseren Feinde gegen den Unterseebootkrieg; alle internationalen Verträge sind zerrissen, es ist unmöglich, einzelne dieser Fragen herausgerissen aus dem Komplex des Ganzen lösen zu wollen. Wer den Frieden will, muß auch über denselben sprechen und verhandeln wollen. Erweist die Friedenskonferenz, daß eine Einigung unmöglich ist, so geht der gar nicht unterbrochene Krieg eben weiter.“

„Und wäre es nicht möglich, einen allgemeinen Rahmen unserer Friedensbedingungen zu verkünden?“

„Das ist ja doch bereits geschehen. Ich habe öffentlich erklärt, daß wir einen uns aufgezwungenen Verteidigungskrieg führen, dessen Zweck die gesicherte, freie, ungehinderte Entwicklung der Monarchie ist; die Garantien für unseren Bestand und für unsere Existenzmöglichkeit müssen wir erhalten; sowie unsere Gegner ihre unerfüllbaren Ideen, uns zu zerschmettern, fallen lassen, sowie sie bereit sind, über einen für sie wie für uns ehrenvollen Frieden zu verhandeln, steht den Verhandlungen nichts mehr im Wege.“

## Der Vormarsch des Friedens.

Oesterreich-Ungarns auswärtiger Minister Graf Czernin hat sich nun gleichfalls über die Kriegs- und Friedensziele geäußert. Seine Reise nach Berlin, von der er gerade zurückgekehrt ist, hat wohl der Aussprache mit dem deutschen Reichskanzler über diese Ziele gedient. Bethmann Hollweg hat unmittelbar nach dem Zusammentreffen vor dem deutschen Reichstag und damit zu dem Sechzigmillionenvolk gesprochen und Graf Czernin hat das begreifliche Bedürfnis, ähnliches zu tun. Und er beruft einen Redakteur des Fremdenblattes und sagt ihm das, was für die zwei Staaten der Monarchie, für zehn Völker, für ein halbes Hundert Millionen Menschen von brennendstem Interesse ist! Graf Czernin gilt als diplomatisch und politisch gewandter und im öffentlichen Wesen wohlbewandelter Mann, also muß er selbst das Wunderliche dieses Vorganges empfinden. Daß ein Mann, der der Allgemeinheit dient und für die Öffentlichkeit einer Welt wirkt, sich wie ein Bildhauer ohne Arm fühlt, wenn er niemals auch nur vor einem Ausschnitt dieser Öffentlichkeit steht und als Ersatz für die Volksvertretung einen Schriftleiter berufen muß, das ist wohl anzunehmen. Zu offenkundig ist heute in der Welt die politische Wirkung des parlamentarischen Wortes, als daß die Annahme erlaubt wäre, Staatsmänner von nur beachtlicher Begabung wollten auf das Hauptinstrument ihres Wirkens verzichten. Die Staatskunst hat längst den Salon mit der Tribüne, das Konferenzzimmer mit dem Volkshaufe getauscht und zumal in diesem Kriege geht die Geheimdiplomatie wie die Politik der Geheimkabinette unter. So unhaltbar ist der Stand unserer öffentlichen Dinge, daß der Minister des Neuhern, nachdem er schon durch Monate im Amt ist, noch nie Gelegenheit fand, vor einer parlamentarischen Körperschaft zu stehen!

Diese verkleinernden Begleitumstände vermögen trotzdem die politische Bedeutung seiner Worte nicht zu verkümmern, die schon durch die Wärme, mit der Graf Czernin von den Leistungen der breiten Massen spricht, einen helleren Klang empfangen. Graf Czernin hat mit vollster Deutlichkeit das Wort ausgesprochen, auf das es ankommt: Oesterreich-Ungarn führt einen reinen Verteidigungskrieg, es wehrt sich gegen Aufteilungs- und Vernichtungspläne, will seinen Bestand verteidigen und nichts als den gleichen ehrenvollen Frieden für sich, den es dem Nachbar gönnt. Für den jungen Freistaat im Osten ist diese Rede, auch wenn sie nicht von der Feierlichkeit des Ortes geweiht, noch durch die einmütige Zustimmung der ganzen Volksvertretung gekräftigt ist, beachtenswert und von Nutzen. Nicht den geringsten Zweifel hegen wir, daß ihr diese einmütige Zustimmung zuteil geworden wäre; wir empfinden es schmerzlich und beschämend zugleich, daß es den Völkern Oesterreichs nicht gegönnt ist, durch die Stimmen ihrer Bevollmächtigten dem russischen Volke ihren Willen zu einem beiderseits ehrenvollen Frieden zu bekräftigen. Am Ende kommen Staatsmänner und Völker in gleicher Weise zu kurz durch die Beraubung der Tribüne, die ihnen beiden gemeinsam ist.

Der Freistaat im Osten ist die dunkle, geheimnisvolle, unbegreifliche, gefährdrohende Gewalt nicht mehr, vor der die Nachbarn ringsherum das Grauen und Schaudern nie verlernt haben. Völker und Klassen sind durch die Tatsächlichkeit ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Bedingungen bestimmt und also berechenbar, unberechenbar aber die blinde Saune despotischer Allmacht, der Staaten und Völker nur ein Spiel des Ehrgeizes sind. Wir täuschen uns darüber nicht, daß der ökonomische Wettkampf der jungen Bourgeoisie des Ostens und der kapitalistischen Mächte Mitteleuropas auch durch die Revolution nicht aus der Welt geschafft ist, aber im vollen Lichte der Freiheit sinkt er auf sein natürliches Maß herab und im Freilicht werden auch seine Schattenseiten helle. Viel mehr als an unserem Wettbewerb litt Rußlands bürgerliche Wirtschaft an der Schuldnechtschaft westländischen Kapitals und die Pforten der Weltmeere hat ihm niemals Mitteleuropa, sondern Englands Seemacht verriegelt. Das freie Rußland aber ist vor allem das Reich eines unendlich kulturfähigen, lebensfrischen Bauernvolkes und eines heldenhaften, des höchsten Schwunges und Tatwillens fähigen

Proletariats. Ein unermessliches Siedlungs- und Arbeitsfeld steht beiden innerhalb der Heimatgrenzen offen und ohne den Ehrgeiz der Selbstherrlichkeit, ohne die gleisnerische Verlockung eines Westens, der seinen Dienst als politisches Vorbild getan hat, gibt es kaum einen Punkt, wo sich die Lebensinteressen des Ostens und Mitteleuropas kreuzen müßten. Beide können einander gute Nachbarn werden und sollen es darum auch.

Zum erstenmal wird aus dem bürgerlichen Flügel der revolutionär verbündeten Klassen ein Wort gemeldet, das dieser Erkenntnis Rechnung trägt. Von Miljukow selbst, dem neuen Minister des Neuhern, wird berichtet, er habe erklärt, „das eigentliche Kriegsziel Rußlands sei, die Wohltaten, die die Revolution gebracht habe, voll auszunutzen zu können, und dieses Ziel müsse jetzt zur Kenntnis des deutschen Volkes gebracht werden“. Bewahrheitet sich dieser Bericht, so ist der Friede tatsächlich auf dem Vormarsch. Denn dieses Kriegsziel ist im Grunde ein inneres Friedensziel und die überwältigende, die unendliche Mehrheit der Bewohner Mitteleuropas wie deren staatliche Repräsentanten sind einig in dem Wunsche, daß Rußland die Wohltat innerer Wiederherstellung, Aufrichtung und Neuordnung auf der neuen Grundlage zuteil werde. Wenn Miljukow glaubt, das befreite russische Volk könne keinen ehrenvollen Frieden annehmen und müsse also den Krieg fortsetzen, so irrt er im Vorder- und im Schluß: Bethmann und Czernin haben ihm nun ohne jeden Widerspruch versichert, daß die Mittelmächte einen ehrenvollen Frieden ebenso gern nehmen als gehen wollen, und ein solcher Friede ist ein so hohes Ziel, daß es von beiden Seiten großer Opfer wert ist. Will das freie Rußland nicht mehr, so muß es den Krieg keine Stunde mehr fortsetzen. Das wäre die höchste Torheit, wenn zwei Mächte in dem bloßen Wahn, Angriffe fürchten zu müssen, auf beiden Seiten einen Verteidigungskrieg führen wollten! Dann bliebe bloß übrig, daß beide Teile nicht einander, sondern diesen Wahn besiegen.

Wenn der Bericht der „Aftenposten“ begründet ist, so kann und wird das deutsche Volk das neue Kriegsziel Rußlands freudig zur Kenntnis nehmen. Das ist ein neues Ziel und Miljukow spricht es auch ausdrücklich aus: Rußland müsse den Krieg fortsetzen, obwohl die Ziele nicht dieselben seien wie früher. Das Gerede über den deutschen Militarismus müsse verstummen; es gelte, Rußland einen ehrenvollen Frieden und die Möglichkeit friedlicher innerer Entwicklung zu sichern. Diese Möglichkeit aber eröffnet am raschesten ein rascher Friede und sichert auf die Dauer nichts als der Friede, der durch Verständigung gewonnen und nicht durch Waffengewalt erzwungen ist. Denn der Friede durch Waffen schafft höchstens den bewaffneten Frieden und macht ihn bloß zum Zwischenpiel wiederholter Waffengänge. Diese aber sind den Einrichtungen und Werken der Freiheit nicht hold.

Zu klar ist die Vernunft des Friedens auch für die russische Bourgeoisie geworden, als daß wir nicht der Hoffnung vertrauen könnten, sie werde durch das Wort und die Macht unserer russischen Genossen bald auch siegen. Noch liegen direkt widerstrebende Meldungen vor, wie von Einschüchterungsmanövern der Kriegsfreunde, die durch Maueranschläge verkünden sollen, Petersburg sei durch einen Einbruch der Deutschen bedroht. Auch darin hat die Erklärung Bethmanns recht getan, daß die Operationen im Osten ruhen. Diese Ruhe allein kann den Frieden zur Reife bringen. Fördern aber müßte ihn eine Staatenkonferenz, wie sie Czernin vorschlägt. Die Zurecht ist nicht von der Hand zu weisen, daß manche Scheidewand rascher fiel, wenn nur erst die streitenden Parteien innerhalb derselben Wände beisammen säßen.



## Miljukow über Rußlands Kriegsziele.

Nicht mehr dieselben Ziele. — Gegen das „Gerede über den deutschen Militarismus“.

A. Christiania, 29. März. „Aftenposten“ veröffentlicht ein Telegramm aus Saporanda, wonach der russische Minister des Aeußern Miljukow in einem Interview erklärt haben soll, die finnische Unabhängigkeit werde die Beziehungen zu Schweden verbessern.

Ueber die Kriegsziele äußerte sich Miljukow sehr zurückhaltend und deutete nur an, daß die kleinen Nationalitäten in Rußland befreit und die türkische Frage zugunsten Rußlands gelöst werden müsse. Das befreite russische Volk könne keinen entehrenden Frieden annehmen und müsse den Krieg fortsetzen, obwohl die Ziele nicht dieselben seien wie früher.

Das Gerede über die Vernichtung des deutschen Militarismus müsse verstummen. Dies müsse genügen, um Rußland einen ehrenvollen Frieden und die Möglichkeit friedlicher innerer Entwicklung zu sichern.

Das eigentliche Kriegsziel Rußlands sei, die Wohltaten, welche die Revolution gebracht habe, voll ausnützen zu können, und dieses Ziel müsse jetzt zur Kenntnis des deutschen Volkes gebracht werden.

1. IV. 1917

159

**Versammlung ukrainischer Offiziere.**

S. Petersburg, 30. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Eine in Kiew abgehaltene Versammlung von Offizieren der Ukraine hat einen Antrag betreffend den Zusammenschluß aller Länder der Ukraine und ihre Vereinigung mit einem föderativen freien Rußland angenommen.

**Eine Erklärung Radoslawows.**

S. Sofia, 31. März. Ministerpräsident Radoslawow hat sich im Sobranje mit den Erklärungen des deutschen Reichskanzlers und des österreichisch-ungarischen Ministers des Aeußern betreffend Rußland namens der bulgarischen Regierung solidarisch erklärt.

## Die besetzten Gebiete.

Die militärischen Leistungen der Mittelmächte während des Weltkrieges können erst dann richtig eingeschätzt werden, wenn auch die Flächenausmaße und Bevölkerungsziffer der einzelnen kriegsführenden Staaten einander gegenübergestellt werden.

Die Mittelmächte Oesterreich-Ungarn, Deutsches Reich samt Kolonien, Bulgarien, Türkei und Polen weisen zusammen einen Flächeninhalt von 6.193.563 Quadratkilometer mit 167.004.000 Einwohnern auf.

Der Flächeninhalt der Ententemächte Großbritannien, Frankreich, Italien, Rußland, Belgien, Japan, Montenegro, Portugal, Rumänien und Serbien mit ihren auswärtigen Besitzungen, jedoch ohne Polen, beträgt 73.484.752 Quadratkilometer mit 863.093.000 Einwohnern. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika und China, die sich mehr oder weniger ebenfalls auf die Seite der Ententestaaten zu stellen scheinen, zählen 109.316.000, beziehungsweise 329.618.000 Einwohner auf 9.693.590, beziehungsweise 11.138.900 Quadratkilometer.

Trotz dieser ungeheuren ziffermäßigen Uebermacht haben unsere Feinde

im Elsaß 900 Quadratkilometer,

in Oesterreich-Ungarn 30.491 Quadratkilometer,

zusammen 31.391 Quadratkilometer besetzt, während die Centralmächte

in Belgien 29.000 Quadratkilometer,

in Frankreich 22.310 Quadratkilometer,

in Rußland 280.450,

in Rumänien gegen 100.000,

in Serbien 85.867,

in Montenegro 14.180.

in Albanien etwa 20.040,

in Italien 380,

zusammen 522.227 Quadratkilometer militärisch besetzt halten.

Die rein ziffermäßige, auf die Einwohnerzahl begründete Uebermacht der Ententestaaten gegenüber den Centralmächten ist eine fünfsache, rechnet man die Vereinigten Staaten und China dazu eine mehr als siebenfache. Trotz dieser ungeheuren Uebermacht unserer Gegner haben die verbündeten Truppen ein mehr als siebenzehnfach so großes Gebiet erobert als unsere Gegner.

## Rußlands Versprechungen an die Polen.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt an der Spitze ihrer gestrigen Ausgabe:

Die neue vorläufige Regierung Rußlands hat einen Ausruf an die Polen veröffentlicht. Sie verspricht darin die Errichtung eines polnischen Reiches, das sämtliche Teile des ehemaligen Königstums umfassen soll. In Polens Hauptstadt solle der neue Staat durch eine konstituierende Versammlung auf Grund des allgemeinen Wahlrechts selbst Entscheidung über seine Regierung treffen.

Der Ausruf klingt verlockend und ist, wie gerne zugestanden sei, nicht ungeschickt verfaßt. Seine Sprache deutet, besonders im letzten Absatz, auf französische Mitwirkung hin. Schon das ist ein Umstand, der zu bedenken gibt. Noch deutlicher wird jedoch das wahre Wesen des Ausrufs entschleiert, wenn man sich einigermaßen in seinen Inhalt vertieft.

Da wird zunächst ganz offen zugegeben, daß die alte Regierung Rußlands nicht im Schlafe daran gedacht habe die „heuchlerischen“ Versprechungen zu erfüllen, die sie den Polen gegeben hatte. „Die Zentralmächte“, heißt es weiter, „benutzten diesen Fehler !), um euer Land zu verbrannen und zu verwüsten.“

Die Heuchelei der Zarenregierung wird also nur als ein „Fehler“ angesehen. Das war sie ja zweifellos auch in der Tat. Wer daß sie nicht auch zugleich als die Nichtswürdigkeit bezeichnet wird, die sie ebenfalls war, verrät gegenüber der alten Regierung eine auffallende Milde des Urteils.

Die Behauptung, daß die Zentralmächte Polen verbrannt und verwüstet hätten, ist ebenfalls nicht geeignet, Vertrauen zu erwecken. Die Polen selber sind Zeugen dafür, daß die russischen Truppen, nicht die der Mittelmächte, es waren die auf ihrem Rückzuge alles vernichteten, was bei der Eile, mit der sie flüchten mußten, nur irgend für sie erreichbar war.

Wenn dann ferner gesagt wird, daß die Mittelmächte das polnische Volk nur deshalb mit politischen Rechten ausgestattet hätten, um sein Blut für die weitere Teilnahme an dem Kampf gegen Rußland zu kaufen, so bedeutet das nur die Wiederholung einer völlig unbegründeten Verdächtigung, die schon das russische Zarentum eifrig ausgestreut hatte. Die neue Regierung Rußlands sollte aus dieser alten Kistkammer keine verstaubten und stumpfen Waffen hervorholen.

Der eigenartige Eindruck, den dies macht, verstärkt sich noch, wenn man in der Rundgebung weiterhin liest, daß die Polen aufgerufen werden, gemeinsam mit Rußland gegen den „deutschen Militarismus“ zu kämpfen, und wenn ferner zwar von einem unabhängigen Polen der Zukunft gesprochen, zugleich aber auch dessen Anschluß an Rußland durch eine Militärunion gefordert wird. Bezeichnend ist es endlich, daß der Ausruf den polnischen Staat, der dieser höchst zweifelhaften Freiheit teilhaftig werden soll, als einen „festen Ball gegenüber dem Druck der Zentralmächte auf die slawische Bevölkerung“ bezeichnet.

Das alles sieht sehr wenig nach Uneigennützigkeit aus. Es läßt vielmehr mit voller Deutlichkeit erkennen, daß es den Verfassern des Ausrufs nicht darauf ankommt, den Polen die Freiheit zu bringen, sondern einzig und allein, das durch den Krieg schon ohnehin so schwer betroffene Land im russischen Solde erneut zum Schauplatz erbitterter Kämpfe zu machen.

Das Polen der Zukunft, das die Mittelmächte errichten wollen, ist ohne einen weiteren Schwerftritt, ohne das Opfer auch nur eines einzigen polnischen Lebens, der Freiheit gewiß, sobald die neue Regierung Rußlands sich entschließt, den blutigen Weg des Krieges zu verlassen, auf dem der entthronte Zar sein gelächertes Volk ins Verderben getrieben hat. Die Mittelmächte sind es, die Polen in Händen haben. Durch Taten, nicht nur durch Worte, haben sie den Beweis geliefert, daß sie dem schwergeprüften Lande die Freiheit bringen. Kein Tropfen polnischen Blutes braucht dafür zu fließen, wenn Rußland wirklich nicht anderes als den gesicherten, ehrenvollen Frieden erstrebt, den es haben kann, sobald es ihn will.

Was aber würde Polens Schicksal sein, wenn es den Bedingungen falscher Freunde folgen wollte, die ihm etwas versprechen, was sie noch gar nicht besitzen, und was sie auch niemals erlangen werden? Es bedarf keiner großen Vorstellungskraft, um sich das vor Augen zu führen.

Jedes Volk in Europa, das sich von der Entente durch glänzende Versprechungen von Machterweiterung, Freiheit und Reichtum betören ließ, hat in diesem Kriege für seine Leichtgläubigkeit mit den schwersten Opfern zu büßen gehabt. Nicht ein einziges hat für seine Verluste an Gut und Blut etwas anderes als Unglück und Verderben geerntet. Und jedem steht überdies auch noch die bittere Erfahrung bevor, daß die Ententemächte ihre kleinen Bundesgenossen rücksichtslos preisgeben werden, sobald der Sieg der Mittelmächte entschieden ist.

Die Polen kennen Rußland sowohl wie uns. Sie wissen, auf welcher Seite die Macht und der ehrliche Wille sind. Und deshalb werden sie auch nicht darüber in Zweifel sein, daß der russische Ausruf, des äußeren Flitters entkleidet, nichts weiter ist als ein Hilferuf und damit ein Bekenntnis der Ohnmacht aller Ententekräften.

# Amerika und die Zentralmächte.

Von Philipp Born.

Mitglied des preussischen Herrenhauses und Kronshundius.

Spätere Geschlechter werden, wenn sie über das Vorgehen Amerikas gegen die Zentralmächte ihr gerechtes weltgeschichtliches Urteil zu fällen haben werden, der geschichtlichen Tatsache gedenken, daß Friedrich der Große die einzige starke internationale Kraft war, die den amerikanischen Kolonien in ihrem Daseinskampfe gegen das Uebermaß britischer Tyrannei Englands zur Seite stand, daß Preußens größter König den Freiheitskampf der geachteten Kolonien gegen unerträgliche englische Gewaltherrschaft nicht nur mit Rat und Tat unterstützte, sondern als Erster den Ländern, die ihre Freiheit erkämpft hatten, die starke Hilfe der Anerkennung als freier, wohlberechtigter Staat der Völkergemeinschaft mit Freuden gewährte. Sie werden dem Gedanken nachdenken müssen, daß das bloße Dasein der großen amerikanischen Freistaaten im Rahmen weltgeschichtlicher Betrachtung die schärfste Beurteilung der Gewaltherrschaft Englands bildet, mit der dies Land heute noch ebenso wie zur Zeit des amerikanischen Freiheitskampfes die Völker der Welt knechtet. Wir haben heute zu diesen geschichtlichen und geschichtsphilosophischen Betrachtungen keine Zeit; die sich überstürzenden gewaltigen Vorgänge der Stunde sind dazu zu mächtig.

In einem Zeitpunkte, in dem durch die Ablehnung der Friedensschritte des amerikanischen Präsidenten seitens der Verbandsmächte und durch das Entgegenkommen der Zentralmächte für die amerikanischen Friedensgedanken die Beziehungen dieser Mächte zu Amerika eine auf ethischer Vertiefung beruhende Annäherung finden zu sollen schienen, verwandelt sich diese Annäherung fast im Handumdrehen in schärfsten Gegensatz. Nicht nur Ablehnung für seine Friedensgedanken und Vorschläge hatte das Staatsoberhaupt der großen amerikanischen Freistaaten von Seiten der Staatsmänner und der öffentlichen Meinung der Verbandsmächte gefunden, sondern kaum verhüllten Hohn und anmaßende Zurechtweisung, indes die Zentralmächte diesen Gedanken und Vorschlägen das freundlichste Verständnis und Entgegenkommen darbrachten. All das ist plötzlich weggewischt und die weitgehende Uebereinstimmung in bezug auf den größten Gedanken, der heute die aus tausend Wunden blutende Menschheit bewegt, ist von Amerika als ein Nichts hinweggeschoben infolge einer Maßregel, zu der die Zentralmächte nach der in die unverschämtesten Formen herrischer Anmaßung gekleideten Ablehnung ihres Friedensangebotes im Kampfe um ihr Dasein in gerechtem Verteidigungskriege genötigt waren.

Ist dies Verhalten der Regierung Wilsons gerecht, oder kann es auch nur verstanden werden?

Wilson beruft sich zu seiner Rechtfertigung auf das deutscherseits mit Zustimmung Oesterreich-Ungarns gegebene "Versprechen" über die Führung des U-Bootkrieges. Es ist richtig: dies Versprechen wurde gegeben und es ist gehalten worden. Damit wurde seinerzeit der drohende "Suffert"-Fall erledigt und dadurch der Friede gewahrt. Aber der Wortlaut der deutschen Urkunde ergibt klar, daß das deutsche Versprechen auf der Voraussetzung beruhte, daß es Amerika gelingen werde, England zur Einhaltung der Vorschriften des Völkerrechtes, insbesondere zur Aufhebung der völkerrechtswidrigen Nordseesperrung und der in ihr liegenden schreienden Verletzung des Völkerrechtes durch die Blockade neutraler Staaten zu veranlassen. Diese Voraussetzung war mit klaren Worten ausgesprochen und sie mußte um so mehr als selbstverständlich erscheinen, als man es auf Seiten der Zentralmächte als undenkbar erachten mußte, daß ein Staat von der Weltbedeutung und dem Weltbewußtsein der amerikanischen Freistaaten, der Staat Washingtons

und Lincolns, es sich bieten lassen könne, daß seine große Anklageschrift vom 5. November 1914, die größte und schärfste völkerrechtliche Anklageschrift, die die Weltgeschichte zu verzeichnen hat, nicht nur völlig unberücksichtigt bleiben, sondern nicht einmal einer Antwort für wert gehalten werden könne. Die Ehre Amerikas zu wahren, ist in keiner Weise Sache der Zentralmächte. Aber in welt-politischen Fragen, die für den Daseinskampf der Zentralmächte von höchster Bedeutung waren und sind, waren die Zentralmächte berechtigt, mit absoluter Gewißheit zu erwarten, daß die Großmacht der amerikanischen Union ihr durch die Anklageschrift vom 5. November 1914 vor der Welt und der Welt gegenüber feierlich verpfändetes Wort einlösen werde. Dies mußte für die Zentralmächte geradezu Gewißheit sein.

England hat keine der amerikanischen Forderungen auch nur im mindesten berücksichtigt; es hat die amerikanische Note nicht einmal beantwortet, seine Seezerrerei vielmehr von Tag zu Tag höher gesteigert. Damit sowie durch die Ablehnung unseres Friedensangebotes war für die Zentralmächte die neue Lage gegeben, die sie zu dem äußersten Schritt der Seesperrung zwang. Amerika hat zwar seinerzeit den deutschen Vorbehalt zurückgewiesen, aber mit keinem Wort wurden deutscherseits der Vorbehalt zurückgenommen. Von einem "Bruch" eines deutschen Versprechens kann somit in keiner Weise die Rede sein. Es wird vielmehr lediglich die unter dem Vorbehalt einer bestimmten Voraussetzung gegebene Zusage wegen zweifellosen Nicht-eintrittes dieser Voraussetzung aufgehoben. Der juristische Boden dieser Maßregel ist zweifellos und absolut fest.

Der Schritt Wilsons ist die verschärfte Fortsetzung der Politik, die der Präsident der Vereinigten Staaten seit Anbeginn des Weltkrieges befolgt hat. Die Regierung Wilsons war nie neutral, sondern vom Anfang an eine nur wenig verhüllte Parteinahme für unsere Feinde. Die massenhafte Lieferung von Kriegsmaterial aus den Vereinigten Staaten, die allein die Fortführung des Krieges für die Verbandsmächte möglich machte, war und bleibt ein Bruch der Neutralität. Wie werden es die Völker der Zentralmächte vergessen können, daß allein die amerikanische Hilfe es den Staaten der Entente ermöglichte, das graue Völkermorden bis heute fortzusetzen. Das Blut der Hunderttausende, die hingemordet wurden, auf der einen wie auf der anderen Seite, kommt in der Weltgeschichte und vor dem Weltgericht Gottes auf die Regierung Wilsons. Und von der Gehilfe Amerikas für unsere Feinde gilt das gleiche; wir brauchen sie Gott sei Dank nicht. Und es spottet jeder Neutralität, daß die Regierung Wilsons uns bei jedem Anlaß die allergrößten Schwierigkeiten in unserem Daseinskampfe bereitet, und daß sie sich jede Annäherung, ja die Verhöhnung und Zurechtweisung in Sachen der Friedensvermittlung, ja selbst die direkte Verletzung der Ehre Amerikas durch die Behandlung der großen Staatschrift vom 5. November 1914 ruhig gefallen ließ.

Man sieht hier vor einem großen völkerpsychologischen Rätsel. Wilson hat nach seiner Rede im amerikanischen Senat merkwürdigerweise mit aller Sicherheit darauf gerechnet, daß die europäischen Neutralen ihm alsbald im Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den Zentralmächten folgen und daß dadurch diese letzteren gewissermaßen für ausgeschlossen aus der Staatengesellschaft, für vogelfrei erklärt werden würden, ja er scheint diesen grotesken Gedanken geradezu als Aufforderung an die außerhalb des Weltkrieges stehenden Staaten gerichtet zu haben.

Wir warten die weitere Entwicklung mit aller Ruhe und Festigkeit ab. Die Regierungen der Zentralmächte, getragen von der so gut wie lückenlosen Zustimmung ihrer Völker, gehen mit eiserner Ruhe und mit stählerner Festigkeit den Weg, den sie in ihrem Daseinskampfe gehen müssen. Und die Stämme, die von allen Fronten unserer

Heere zu uns kommen, sind ein einhelliger Jubel über die endlich nach schwerstem inneren Ringen gewonnene Klarheit gegenüber einer "Neutralität", die keine Neutralität war, sondern es als ihre einzige Aufgabe betrachtete, uns unseren Daseinskampf zu erschweren. Daß Herr Wilson durch sein Vorgehen dem großen Gedanken des Friedensbundes der Menschheit schwersten Schaden getan hat, mag er mit sich selbst ausmachen.

## Der Kriegszustand zwischen Amerika und Deutschland.

Die „Freiheit“ Wilsons.

Berlin, 6. April. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Auf einen bestimmten Zug in der Rede Wilsons muß besonders hingewiesen werden. Unserm Volk in seinem schweren Kampfe um Leben und Freiheit will sich der Präsident als Bringer wahrer Freiheit darstellen. Welche Anekdote vermutet er im deutschen Volk, wenn er meint, es ließe sich von außen seine Freiheit zumessen? Die Freiheit, die uns die Feinde zudachten, kennen wir zur Genüge. Namens der Freiheit will uns England in die alte Ohnmacht zurückwerfen, namens der Freiheit will Frankreich uns Länder deutschen Blutes nehmen, namens der Freiheit hat ihr Verbündeter, der Parisismus, deutsche Greise, Frauen und Kinder in die russische Gefangenschaft geschleppt. Das deutsche Volk ist im Kriege scharfsichtig geworden. Es sieht in den Wilsonschen Freiheitsworten nichts als den Versuch, das feste Band zwischen Volk und Fürsten in Deutschland zu lockern, damit wir eine leichtere Beute der Feinde würden. Wir wissen selbst, daß uns zur Befestigung unsrer äußern Macht und Freiheit auch im Innern wichtige Aufgaben zu lösen bleiben. Die Worte, die der Kaiser in jenen denkwürdigen Augusttagen des Jahres 1914 zum Volke und zum Reichstag gesprochen hat, enthielten bereits das Programm, das sich mehr und mehr gestaltete. Die Reden des Reichskanzlers haben es immer fester umschrieben. Im Drange des Krieges hat Kaiser Wilhelm niemals seine Aufmerksamkeit von den Fragen der inneren Neuordnung abgewendet. Wenn kürzlich im Reichstag gute Worte vom sozialen Königtum gesprochen worden sind, so waren auch sie ein Zeichen, daß Vertrauen zwischen dem Volk und dem Kaiser ist. Nicht Autokratismus, wie Wilson meint, sondern das Volkskönigtum der Hohenzollern fest in deutscher Erde zu verwurzeln, dahin geht der gemeinsame Weg für Kaiser und Volk, dazu wuchs uns im Sturme die Kraft.

**Ribot über den Anschluß der Union.**

Paris, 5. April (Agence Havas.)

Zu Beginn der Nachmittagsitzung der Kammer hielt Ministerpräsident Ribot folgende Rede:

Wir alle haben die Empfindung, daß sich vor unseren Augen eine große Tatsache, ein außergewöhnliches politisches Ereignis vollzieht. Es ist eine geschichtliche Tat von Bedeutung ohne gleichen, daß die friedfertigste Demokratie der Welt zusammen mit uns und unseren Verbündeten in den Krieg eintritt. Nachdem es alles getan hat, was es vermochte, um seine Friedensliebe zu beweisen, erklärt das amerikanische Volk in feierlicher Weise, daß es in diesem gewaltigen Kampfe zwischen Recht und Gewalt, zwischen Zivilisation und Barbarei nicht neutral bleiben kann. Es betrachtet es als seine Ehrenpflicht, alle Regeln des internationalen Rechtes wiederherzustellen, die durch die gemeinsame Anstrengung aller zivilisierten Nationen so mühevoll geschaffen worden sind. Es erklärt, in gleicher Weise kämpfen zu wollen für das Interesse der Gesamtheit, daß es weder Eroberung noch Belohnung für sich beansprucht, sondern vielmehr einzig und allein der Sache des Rechtes und der Freiheit zum Siege verhelfen will. Die Größe und der Adel, die in dieser Handlungsweise liegen, werden noch erhöht durch den schlichten Ernst der Sprache des erlauchten Führers dieser großen Demokratie.

Wenn die Welt noch den geringsten Zweifel über den tiefen Sinn des Krieges, in den wir verwickelt sind, hätte haben können, dann würde die Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten jede Unklarheit zerstreut haben. Sie läßt für alle erkennen, daß dieser Kampf in Wahrheit ein Streit ist zwischen dem Geist der Freiheit der modernen Gesellschaft und dem Geist der Herrschsucht jener Gesellschaft, die noch vom militärischen Despotismus unterjocht ist. Deshalb muß diese Botschaft bis in das Innerste aller Herzen wie eine Botschaft der Befreiung wirken, die der Welt zuteil wird. Ein Volk, das im 18. Jahrhundert seine Rechte unter dem Einflusse unserer Philosophen festgelegt hat, ein Volk, das zu den ersten seiner Heroen einen Washington, einen Lincoln zählt, ein Volk, das im letzten Jahrhundert sich selbst zerfleischt hat, um die Sklaverei abzuschaffen, war am würdigsten, der Welt ein solches Beispiel zu geben. Es bleibt so treu den Ueberlieferungen der Begründer seiner Unabhängigkeit und zeigt, daß die wunderbare Entwicklung seiner industriellen Kräfte und seine wirtschaftliche und finanzielle Macht in ihm nicht das Verlangen nach jenem Ideal zerstört haben, ohne das es kein großes Volk gibt.

Was uns ganz besonders rührt, ist, daß die Vereinigten Staaten uns die ehemals mit unserem Blut besiegelte Freundschaft bewahrt haben. Mit dankbarer Freude stellen wir fest, daß die auf Sympathien beruhende Treue unter den Völkern eine der zartesten Tugenden ist, die man im Schoße der Demokratie pflegen kann. Das Sternenbanner wird neben der Tricolore flattern, unsere Hände werden sich vereinigen, unsere Herzen zusammenschlagen. Das wird für uns nach so vielen heldenhaft ertragenen Leiden, nach so viel Trauer und so viel Ruinen ein Wiederaufleben der Gefühle sein, die uns während dieser langen Prüfung beseelen und stützen. Die mächtige, entscheidende Hilfe, die uns die Vereinigten Staaten bringen, wird nicht nur materiell sein, sondern besonders eine moralische und ein wahrer Trost. Wenn wir sehen, wie überall in der Welt das Gewissen der Völker erwacht

und ein ungeheurer Protest sich erhebt gegen die Grausamkeiten, deren Opfer wir sind, so fühlen wir lebhafter, daß wir nicht nur für uns und unsere Verbündeten kämpfen, sondern für etwas Unsterbliches, und daß wir daran arbeiten, eine neue Ordnung zu begründen. So werden unsere Opfer nicht vergebens sein. So wird das edle Blut der Söhne Frankreichs eine fruchtbare Saat sein für die Ideen der Gerechtigkeit und der Freiheit und die nötige Grundlage der Eintracht unter den Völkern. Namens des ganzen Landes richtet die Regierung der französischen Republik an die Regierung und das Volk von Amerika mit dem Ausdruck seiner Dankbarkeit seine heißesten Wünsche.

Paris, 5. April.

Der heutigen Kammer Sitzung wohnten auf der Diplomatentribüne mit dem amerikanischen Botschafter Sharp alle Botschafter und Gesandten der Alliierten bei. Die Rede Ribots wurde wiederholt beifällig unterbrochen. Nach ihm feierte Präsident Deschanel ebenfalls das Vorgehen der Vereinigten Staaten. Die Kammer beschloß, daß beide Reden öffentlich angeschlagen werden sollen.

Von der Kammer begab sich Ministerpräsident Ribot in den Senat, wo ähnliche Kundgebungen für die Vereinigten Staaten stattfanden. Auch hier wurden die Rede Ribots und die Ansprache des Präsidenten Dubost mit lebhaftem Beifall aufgenommen und ihre Verbreitung durch öffentlichen Anschlag beschlossen.



6./IV. 1917

172

# Die Entwicklung des Konflikts zwischen Amerika und den Mittelmächten.

Ein Rückblick.

Wien, 5. April.

Heute wird wahrscheinlich in beiden Häusern des Kongresses der Antrag angenommen werden, wonach zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten der Kriegszustand eingetreten sei. Der Beginn des Konfliktes zwischen Deutschland und Amerika war in der deutschen Erklärung vom 4. Februar 1915 gelegen, in welcher die Gewässer rings um Großbritannien und Irland, mit dem englischen Kanal inbegriffen, als Kriegsgebiet bezeichnet wurden. Der Grund für diese Maßregel war, daß England in Verletzung der Londoner Deklaration die Liste der Konterbande erweiterte, den Unterschied zwischen absoluter und relativer Konterbande tatsächlich beseitigte und auch die Pariser Deklaration verletzte, indem deutsches Eigentum auf neutralen Schiffen weggenommen wurde. Amerika fügte sich der deutschen Maßregel nicht, sondern erklärte, daß, wenn die Kommandanten deutscher Kriegsschiffe auf hoher See ein amerikanisches Schiff oder das Leben amerikanischer Staatsangehöriger vernichten sollten, die Regierung der Vereinigten Staaten darin eine Verletzung neutraler Rechte sehen und die deutsche Regierung für solche Handlungen streng verantwortlich machen würde. Deutschland antwortete mit dem Hinweis auf den Waffenhandel an die Entente. Zugleich versprach jedoch die deutsche Regierung, daß die Unterseebootkommandanten sich der Maßregeln gegen die amerikanischen Handelsschiffe enthalten werden, soweit diese als solche erkennbar wären. Sie empfahl der amerikanischen Regierung, ihre mit friedlicher Ladung besetzten Schiffe durch Konwoiierung kenntlich zu machen. England antwortete mit einer Erweiterung des Kriegesgebietes zur See und Amerika ließ sich das gefallen und versuchte scheinbar einen Ausgleich, indem beantragt wurde, einerseits solle der Hungerkrieg aufhören, andererseits der Kampf gegen Handelsschiffe durch Unterseeboote nicht fortgesetzt werden. Die deutsche Regierung war diesem Vorschlage geneigt und wollte jede Kontrolle der Nachmittelsmittelzufuhr seitens Amerikas gestatten. England verschärfte jedoch wieder ohne jede Rücksicht auf Amerika die Blockade, indem der Grundsatz der fortgesetzten Reise bis zum äußersten durchgeführt und England sich für berechtigt erachtete, auch Schiffe, die nur mutmaßlich für den Feind bestimmt sind, in seine Häfen zu bringen, und die Pflicht des Beweises dem neutralen Schiffe zugeschoben wurde. Schon damals konnte man sehen, daß Amerika nicht in ehrlicher Weise vorging. Denn die Proteste an England blieben ohne den geringsten Erfolg und im Mai kam der Gegensatz zwischen Amerika und Deutschland durch die Lusitania-Frage zum heftigsten Ausbruch. Die Lusitania war bekanntlich in den Listen der englischen Marine als Hilfskreuzer geführt. Die deutsche Regierung verwies darauf, daß eine Warnung seitens des Grafen Bernstorff noch besonders erfolgt sei und daß die Gefahr für die Unterseeboote sich durch die allgemeine Bewaffnung gesteigert habe.

Schon damals war ein Krieg zwischen Amerika und Deutschland möglich und nur die Demission des Staatssekretärs Bryan hat ihn für den Augenblick verhindert. Wilson richtete eine scharfe Note an Deutschland. Er sprach von dem Ernst der Lage und proklamierte den Grundsatz, „amerikanische Bürger handeln innerhalb der Grenze ihrer unbestreitbaren Rechte, wenn sie auf hoher See ihre Schiffe überall dahin steuern und zur See überall dahin reisen, wohin sie ihre rechtmäßigen Geschäfte führen“. Er forderte Genugtuung und Verhinderung der Wiederholung solcher Vorfälle. Im Juni richtet Wilson eine neue Note an den Reichskanzler, in welcher die deutsche Regierung der falschen Information bezüglich der Bewaffnung und der Fracht der Lusitania geziehen wurde und der Präsident im Namen der Menschlichkeit sagte, das Leben von Nichtkämpfern dürfe

nicht in Gefahr gebracht werden durch Kapern und Zerstören eines Handelsschiffes, das keinen Widerstand leistet. Es müsse die Verpflichtung übernommen werden, festzustellen, ob das verdächtige Handelsschiff tatsächlich Konterbande führe. Deutschland antwortete mit dem Vorschlag, Passagierdampfer mit besonderen Abzeichen und in besonderer Zahl mögen festgestellt werden, die in jeder Hinsicht vor Angriffen bewahrt wären. Amerika war jedoch nicht befriedigt und in einer heftigen Note wurden die Rechte der Neutralen als unabänderliche Grundsätze bezeichnet und die Erklärung gefordert, die deutsche Regierung möge die Versenkung der Lusitania mißbilligen und Entschädigung anbieten. In dieser Note findet sich das berühmte heuchlerische Wort, die Regierung in Washington werde fortfahren, für die Freiheit der Meere zu kämpfen, von welcher Seite sie immer verletzt werde, ohne Kompromiß und um jeden Preis. Wir haben gesehen, wie dieses Versprechen erfüllt wurde. Eine Antwort von deutscher Seite ist nur so weit erfolgt, daß Graf Bernstorff mitteilte, Passagierdampfer würden nicht ohne vorherige Warnung und ohne daß das Leben der Kombattanten in Sicherheit gebracht sei, versenkt werden. Es folgte der Ancona-Fall, in welchem unsere Regierung in Gegensatz zu Amerika geriet, und im Februar des vorigen Jahres in einer Zeit, da gerade von der Verlegung des Lusitania-Falles die Rede war, die Denkschrift der deutschen Regierung über bewaffnete Handelsschiffe.

Die deutsche Regierung sagte darin, daß feindliche Schiffe, die mit Geschützen bewaffnet seien, kein Recht mehr darauf hätten, als friedliche Handelsschiffe angesehen zu werden. Instruktionen der britischen Admiralität wurden veröffentlicht, aus denen hervorging, daß es sich nicht nur um Verteidigung, sondern um den Angriff gegen die U-Boote handelte. Auch in diesem Falle war jedoch die amerikanische Regierung unneutral. Lansing behauptete, Amerika könne während des Krieges seine Haltung den Kriegführenden gegenüber nicht ändern.

Der Fall des Dampfers „Susser“ hat später die größte Kriegsgefahr heraufbeschworen und Amerika und Deutschland vor die unmittelbare Möglichkeit eines Konfliktes gestellt. Amerika drohte mit dem Abbruch der Beziehungen, wenn nicht Deutschland die „gegenwärtigen Methoden“ des Unterseebootkrieges ändern wolle. Deutschland gab nach, indem es versicherte, es sei Weisung an die deutschen See- streitkräfte ergangen, in Beobachtung der völkerrechtlichen Satzungen auch innerhalb des Seekriegesgebietes Kaufschiffe nicht ohne Warnung oder Rettung der Menschenleben zu versenken.

Es folgte danach eine gewisse Zeit der Beruhigung. Am 12. Dezember haben die Mittelmächte das Friedensangebot gestellt und Präsident Wilson brachte in einer Note vom 22. Dezember ebenfalls die Friedensfrage in den Vordergrund. Er bat alle Kriegführenden, sich über die Kriegsziele zu verständigen. Die Mittelmächte antworteten, sie seien bereit, sofort mit den Vertretern der feindlichen Mächte zusammenzukommen, um den Frieden zu besprechen. Wilson war jedoch mit dieser Antwort nicht zufrieden und äußerte sich lobend über die Note der Ententemächte, die bekanntlich die volle Abweisung des Friedensangebotes enthielt. Wilson stellte hierauf den Grundsatz fest, der Friede solle ohne Sieg geschlossen werden und alle Regierungen sollten ihre Macht von der Zustimmung der Regierten ableiten. Diese Worte klingen heute wie ein Hohn auf die Wirklichkeit, denn Wilson wollte nicht einsehen, daß nur mit Worten nichts getan sei und daß Taten erfolgen müssen. Am 1. Februar ist der Unterseebootkrieg ausgebrochen und dann erfolgte der Abbruch der Beziehungen. Wilson ließ damals durchblicken, er werde nur nach einem sogenannten offenen Akt den Krieg erklären. Dieser offene Akt hat im Sinne eines großen Verlustes an amerikanischen Menschenleben nicht stattgefunden. Trotzdem ist der Krieg vor der Tür und damit wird eintreten, was unter dem Deckmantel heuchlerischer Redensarten schon längst vorhanden war.

6. IV. 1917

173

## Die Stellung der Türkei zur russischen Revolution.

Meinungen des Großwesirs Talaat Pascha.

Konstantinopel, 4. April.

Die Agence Telegraphique Mill meldet: In einem dem Blatte „Lanin“ gewährten Interview äußerte sich Großwesir Talaat Pascha folgendermaßen:

Die Türkei und Rußland waren seit einigen Jahrhunderten Todfeinde. Der Grund dieser Feindschaft liegt einzig in dem Ziel Rußlands, einen Völkerraub an uns auszuüben. Da nun das Recht zum Dasein das teuerste und wesentlichste Recht eines Volkes darstellt, war es unsere natürlichste und heiligste Pflicht, von einem Gefühl des Hasses gegen die russische despotische Regierung befeelt zu sein, die unsere Vernichtung im Auge hatte. Daher ist der infolge des Ausbruches der großen Revolution herbeigeführte Sturz des Zarismus ein Ereignis, das danach angetan ist, in der Türkei mehr als anderswo mit Anteil und Befriedigung aufgenommen zu werden. Es war ausgeschlossen, sich die Möglichkeit vorzustellen, daß freundschaftliche und aufrichtige Beziehungen hergestellt werden könnten zwischen der Türkei und dem Zarismus, der uns nach dem Leben trachtete. Aber es gibt keinen Grund für uns, nicht in gut nachbarlichen Beziehungen mit dem russischen Volke zu leben, das seine Geschichte in seine eigenen Hände genommen hat, um einen freien und modernen Staat zu bilden. Von diesem Standpunkte aus haben wir die russische Revolution mit Sympathie aufgenommen.

Wenn das russische Volk den vom Zarismus verfolgten ehrgeizigen Eroberungsplänen entsagt, wird für den Orient eine neue Ära der Entwicklung und des Fortschrittes anbrechen. Die junge Türkei ist gleichfalls ein Kind der Revolution. Ihr sehnliches Verlangen geht danach, in eine Ära der Ruhe und der Reformen einzutreten, deren die Länder des Orients so sehr bedürfen. Es ist uns eine Quelle der Befriedigung, einen Nachbar zu haben, der von dem gleichen Ideal und von den gleichen Gefühlen der Menschlichkeit befeelt ist und die Stelle des Zarismus eingenommen hat, der durch sein Dazwischentreten unser Werk innerer Reformen unangeseht behinderte.

Indessen sehen wir mit Bedauern, daß der Gehanke der Revolution über die Angriffsgedanken nicht vollständig die Oberhand erlangt hat. Der russische Minister des Aeußern Miljukow bringt, indem er von einem ehrenvollen Frieden spricht, die Notwendigkeit vor, die türkische Frage zugunsten Rußlands zu entscheiden. Es ist uns nicht bekannt, ob die russischen Liberalen diese alten Doktrinen, die Angriff und Feindseligkeit beinhalten, guthießen. Wenn aber das russische Volk sich als Richtschnur für sein Verhalten diese verhängnisvolle Erbschaft des Zarismus zu eigen macht, wäre es nicht angebracht, von Frieden zu reden. Niemals haben wir gegen irgendeinen Staat Angriffsgedanken gehegt. Das ottomanische Volk vergießt seit zweieinhalb Jahren sein Blut in so freigebiger und aufopfernder Weise nur darum, um seine Unabhängigkeit zu sichern. Daher kann denn auch die Frage der Türkei nicht anders als zugunsten der Osmanen gelöst werden.

**Oesterreich-Ungarn und Amerika.**

Abbruch der Beziehungen im Falle eines Krieges  
gegen Deutschland.

\* Wien, 5. April.

Wie wir von kompetenter Seite erfahren, ist an den k. u. k. Botschafter in Washington die Weisung ergangen, für den Fall, daß der Kongreß der Vereinigten Staaten im Sinne des Antrages Wilsons beschließen sollte, den Kriegszustand mit Deutschland eintreten zu lassen, die diplomatischen Beziehungen zwischen der k. u. k. Regierung und der Regierung der Vereinigten Staaten als abgebrochen zu betrachten und sich danach zu halten.

Zum k. u. k. Botschafter in Washington wurde erst vor einiger Zeit Graf Adam Larnowski von Larnow ernannt, der jedoch bekanntlich bisher noch nicht in die Lage gekommen ist, sein Beglaubigungsschreiben dem Präsidenten Wilson zu überreichen.

Als Geschäftsträger fungiert infolgedessen immer noch der Botschaftsrat E. Freiherr Zwiedinef v. Südenhorst. Der k. u. k. Botschaft in Washington gehören ferner an: Legationssekretär Dr. St. Hedry de Hedriet de genere Aba, Vizekonjul Dr. L. Kleinwächter und Kanzleisekretär S. Pollak.

Der amerikanische Botschafter in Wien, Dr. Frederic Courtland Benfield, der seit September 1913 hier akkreditiert ist, hat bekanntlich die Absicht, sich zur Berichterstattung nach Washington zu begeben. Er soll nach seiner Abreise durch den früheren Botschaftsrat der Berliner Botschaft Clark-Grew vertreten werden. Der amerikanischen Botschaft in Wien gehören ferner an: zweiter Sekretär S. L. Crosby, die zweiten Botschaftssekretäre N. Bingham, K. R. Dolbear, der dritte

Botschaftssekretär A. B. Dulles, Marineattaché Fregattenkapitän B. Graham und Militärattaché Hauptmann A. L. Briggs.

**Unterredung mit Minister Savornin-Lohman**

Telegramm unseres Sonderkorrespondenten.

S a a g, 4. April.

Die Erklärungen des Grafen Czernin haben in der holländischen Presse lauten Widerhall gefunden. Die bedeutendsten Blätter widmen ihnen eine eingehende Würdigung als einem neuen Friedensangebot von hervorragender Wichtigkeit. Heute hatte Ihr Korrespondent Gelegenheit, die Meinung des Altmeisters des Verfassungsrechtes, des Mitgliedes des internationalen Schiedsgerichtes Staatsministers Jonkheer de Savornin-Lohman zu hören und die Bewilligung zur Publizierung zu erhalten.

„Wenn noch Zweifel über die Aufrichtigkeit und den guten Willen Oesterreich-Ungarns bestanden haben sollten,“ sagte der Minister, „so muß jetzt das letzte Bedenken schwinden. Es ist Zeit zu sprechen und auch die Neutralen sollen endlich im Interesse der Menschlichkeit mitreden. Zum zweiten Male seit seinem Amtsantritt erhebt der österreichisch-ungarische Minister des Außern seine Stimme im Interesse des Friedens und lädt die Staatsmänner aller kriegsführenden Länder zu Verhandlungen am grünen Tische ein. Dieses Friedensangebot atmet guten österreichisch-ungarischen Geist und ist frei von anmaßendem Tone, es bekundet jedoch zugleich den gerechten Stolz auf die Leistungen der Völker der Monarchie, deren Verdiensten großartig gehuldigt wird. Umso tiefer empfunden konnten diese Worte sein, da die zahlreichen Völker Oesterreich-Ungarns nach dreijährigem Kampfe für den Bestand der Monarchie nicht wankten, sondern treu wie am ersten Tage die Front hielten. Wohl litten und leiden sie infolge der Kriegsgreuel sehr schwer, aber dieser Golgathaweg, auf den sie gedrängt wurden, vermochte ihnen nie Äußerungen des Unmuts und der Verzweiflung zu entlocken.“

Wie ich aus den Meldungen ersehe, fand Graf Czernin gerade mit Hinblick auf Rußland von Herzen kommende und zu Herzen bringende Worte. Mit Stolz durfte er angesichts des nahezu dreijährigen aufopferungsvollen Ringens erklären, daß die Fronten fester denn je stehen und die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht gefährlich werden, sondern das Durchhalten gesichert ist. Meines Erachtens ist dies keine Schönfärberei, denn der Minister spricht nicht von gesicherten wirtschaftlichen Verhältnissen, sondern erklärt nur fest, daß die Völker der Monarchie in ihrer Opferbereitschaft und Kraft durchhalten werden bis zum siegreichen Ende. Wenn er jetzt den Weg zum Frieden weisen will, so geschieht es, weil, wie er mit Recht sagt, die Mittelmächte Niemanden vernichten wollen.

Nach den Erfahrungen des ersten Friedensangebotes glaubte Graf Czernin jedoch dem Mißtrauen der anderen Partei vorbeugen zu müssen. Denn auf das gleiche erste Angebot erwiderten die Alliierten mit ablehnender Geste, weil sie angeblich befürchteten, daß die Zeit der Verhandlungen am grünen Tische von den Zentralmächten zu militärischen Vorbereitungen ausgenützt würde. Der aufrichtige Ton des Grafen Czernin beseitigt nun wohl jeden Zweifel an dem Friedenswillen der Monarchie, die vom Anfang an einen Defensivkrieg führte und nun ihre Kriegsziele, wenn bei einem Defensivkriege überhaupt von positiven Kriegszielen die Rede sein kann, erreicht hat. Um aber den ehrlichen Willen der Monarchie aller Welt zu offenbaren und das Vorhandensein des Friedenswillens bei der anderen Partei auf die entscheidende Probe zu stellen, schlägt der österreichisch-ungarische Minister des Außern vor, es mögen die verantwortlichen Staatsmänner der kriegsführenden Staaten an einem neutralen Orte zu einer vorbereitenden Friedenskonferenz zusammentreten. Hier ist mit dem Zeitfaktor gerechnet, denn Fragen, die zu lösen sind, gibt es eine Legion. Wollte man erst die Erschöpfung einer Partei abwarten, um dann den Frieden zu diktieren, so würde die Konferenz an sich wohl von kurzer Dauer sein, weil sie eine mehr einseitige Lösung bringen würde.

Auf die Frage Ihres Korrespondenten, welche Vorteile der Beginn der Friedensverhandlungen schon jetzt bringen würde, solange weitergekämpft wird, antwortete der Minister: „Der Beginn in diesem Zeitpunkt, wie ihn Graf Czernin vorschlägt, hätte den Vorteil, daß längstens mit Abschluß der Unterhandlungen, wahrscheinlich aber viel früher, sobald nur beiderseitiges Vertrauen bei persönlichem Kontakt eingetreten wäre, die Waffen ruhen und die gequälten Völker aufatmen könnten. Sollte aber, was kaum glaublich ist, diese Konferenz dennoch nicht das Ende herbeiführen, so würde sie doch einen Schritt auf dem Wege zum Frieden bedeuten, jedenfalls mehr Klarheit über das beiderseitige Wollen schaffen.“ Auf die Bemerkung Ihres Korrespondenten, daß die Alliierten jedoch die Aufgabe von Friedensbedingungen verlangen, entgegnete Savornin-Lohman: „Bei einem reinen Verteidigungskriege schließen die negativen Kriegsziele die Friedensbedingungen ein, und wenn Graf Czernin sagt: „Wir wollen die ungestörte Entwicklung der Monarchie“, so ist hiemit alles gesagt. Ihr Korrespondent bemerkte, daß sich ein Haager Blatt über Czernins Wort „Bürgschaften“ entsetzte, worauf der Minister erwiderte: „Es ist kein Grund zu Entsetzen vorhanden. Wer den Frieden will, muß die Mittel wollen, und immer noch war ein Unterpand das Sicherungsmittel

für die Erfüllung einer Verpflichtung. Diejenigen, welche die subversive Politik des kleinen Nachbarn verschuldet haben, sind von der Oberfläche verschwunden. Wenn sich zeigt, daß die weiteren Anstifter wirklich tot, daß Bonsondys und anderer im Unterhause gemachten Versicherungen Wahrheit sind und daß die Entente oder zumindest England nicht die Zerstörung Eurer Monarchie will, dann freilich wäre eine reale Bürgschaft überflüssig. Aber wer den Frieden will, muß über den Frieden sprechen und unterhandeln wollen, sagt mit großem Recht Graf Czernin, und, ich glaube, wiederum stellt Czernin mit diesen Worten den Friedenswillen der Alliierten auf die entscheidende Probe.“

## Aufruf der amerikanischen Sozialisten gegen Wilsons Kriegspolitik.

Die Sozialistische Partei der Vereinigten Staaten von Amerika veröffentlichte um die Mitte Februar folgenden Aufruf:

Durch ein einfaches Dekret hat der Präsident unseres Landes die diplomatischen Beziehungen mit dem Deutschen Reich abgebrochen und das amerikanische Volk in die drohende Gefahr gebracht, einen tätigen Anteil an dem wahnsinnigen Kriege Europas nehmen zu müssen. Während der letzten dreißig Monate, der schwärzesten in den Jahrbüchern der Menschheitsgeschichte, wurden sechs Millionen unschuldige Männer getötet und viele Millionen verkrüppelt und verstümmelt. Ganze Länder wurden verheert und die aufgehäuften Schätze des Gewerbesieges der Menschen und der Freigebigkeit der Natur wurden rücksichtslos vernichtet. Europa ist ein fürchterliches Trauerhaus, in dem die untröstlichen Seufzer der Witwen und Waisen daheim sich mischen mit den Schmerzensrufen der Verwundeten und der Sterbenden auf dem Schlachtfeld.

In diesem wilden Karneval von Schlächtereien gab es nur noch eine Großmacht, die eine verhältnismäßig verständige Haltung einnahm: die Vereinigten Staaten von Amerika. Getrennt von dem Schauplatz der unmenschlichen Zusammenstöße durch die weite Ausdehnung des Atlantischen Ozeans, gesichert durch die wirtschaftliche Selbstgenügsamkeit und stolz auf unsere fortgeschrittenen und demokratischen Institutionen, beobachteten wir blutenden Herzens die Selbstvernichtung unserer europäischen Brüder und warteten begierig auf eine Gelegenheit, um sie zur Vernunft und zum Frieden, zum Leben und zum Glück zurückzubringen.

Plötzlich aber, mit geringer Warnung und ohne Zustimmung des Volkes sowie ohne Beratung mit dem Volkes gewählten Vertretern im Kongress, werden wir so gut wie aufgefordert, uns dem wahnsinnigen Wirbel von Tod und Vernichtung anzuschließen und die europäischen Blutströme mit dem Blute Tausender von amerikanischen Arbeitern anzuschwellen. Wir sind Gegner des Krieges zwischen Nationen, denn Krieg ist ein Rückfall in die Barbarei. Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg ist höchst rücksichtslos und unmenschlich, aber so ist der Krieg überhaupt und so sind die Methoden, die von beiden Seiten angewendet werden. Krieg ist der Gipfel der Gefeßlosigkeit, und es hat gar keinen Sinn, von gefeßlichen und ungefeßlichen Kriegsmethoden zu sprechen.

Der deutsche U-Boot-Krieg bedroht nicht unseren nationalen Boden oder unsere Unabhängigkeit, noch unsere nationale Würde und Ehre. Er ist nicht in erster Linie gegen die Vereinigten Staaten gerichtet und berührt nicht das amerikanische Volk. Er trifft nur die schwarzhenden Klassen, die enorme Profite aus der Herstellung von Todeswerkzeugen ziehen oder die unsere notwendigen Lebensmittel zu enormen Preisen an die kriegsführenden Völker verkaufen.

Die Arbeiter der Vereinigten Staaten haben keinen Grund und keinen Wunsch, ihr Blut für den Schutz und die Förderung der unheiligen Profite ihrer Herren zu verspritzen; und sie werden einer käuflichen Presse nicht gestatten, sie in den Krieg zu treiben und ihre europäischen Brüder zu morden.

Arbeiter Amerikas, wacht auf! Die Stunde ist ernst; die Gefahr ist drohend; Stillschweigen wäre unheilvoll! Versammelt euch in Massenversammlungen und Demonstrationen! Sprecht mit einer unzweideutigen Stimme! Euer entschlossener Protest soll widerhallen von einem Staate zum anderen!

Sendet Telegramme an Präsident Wilson, an die Senatoren und die Kongreßleute! Verlangt, daß man den amerikanischen Bürgern und Schiffen verbietet, die Kriegszone zu befahren, außer auf eigene Gefahr! Besteht darauf, daß die Nation nicht im Interesse der plündernden Kapitalisten in den Krieg gestürzt wird! Hoch der Friede! Hoch die Internationalität der Arbeiter aller Nationen!

Viktor A. Berger, A. A. Maley, John W. Bort,  
M. Sillquit, John Spargo, Adolf Germer.

## Der Kriegszustand zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten.

### Der Antrag des Präsidenten im Repräsentantenhaus genehmigt.

Wien, 6. April.

Ein junger Mann kam vor etwa fünfzig Jahren aus Waag-Neustadt in Ungarn nach Amerika. Er war kaum dem Knabenalter entwachsen, ein Siebzehnjähriger, und so arm und hilflos, daß er im Bürgerkriege zwischen dem Norden und dem Süden sich als Reiter anwerben ließ. Joseph Pulizer, von ihm sprechen wir, diente acht Monate bei den Soldaten, trieb sich dann in den Mühseligkeiten der Not herum, aber schon nach kurzer Zeit hatte er das Glück, daß seine Begabung von dem Senator und späteren Minister Karl Schurz erkannt wurde. Er verwendete ihn als Berichterstatter für sein Blatt, aber sehr bald konnte Pulizer den Aufstieg ohne fremde Hilfe fortsetzen. Mit zweiundzwanzig Jahren war er schon Abgeordneter der gesetzgebenden Körperschaft von Missouri, eine leitende Persönlichkeit in den Wahlverbänden der Partei, aber mit beständiger Neigung zum Berufe, ein Blatt zu leiten, auszugestalten und zum Erfolg zu bringen. Die Sage geht, daß er mit dreihundert Dollars, die sein ganzes Vermögen waren, in der Tasche, den gefürchteten Finanzmann Jay Gould, berühmten Andenkens, aufsuchte. Eine Zeitung, die World, hatte nur ein kümmerliches Leben und Gould, dem sie gehörte, wollte eine tüchtigere Kraft für sie gewinnen. Das Ende der Unterredung war, daß Pulizer das Haus als Besitzer der World verließ, ein Waghals, der seinem Glück vertraute. Was die World durch ihn geworden ist, braucht nicht erst gesagt zu werden, eines der größten Blätter in den Weltereignissen und im Weltverkehr. Aber sein Nachfolger, Ralph Pulizer, unterstützt jetzt die Bedränger der Heimat seines Vaters. Er hat eine Verwandte der Milliardäre Vanderbilt geheiratet und möchte jetzt so tun, als wären seine Voreltern mit der Mayflower vor Jahrhunderten nach Amerika gekommen. Er ist der publizistische Vertraute des Präsidenten Wilson. Aus dem Haß gegen die Mittelmächte, den die World schon seit dem Beginne des Krieges verbreitet, ist zu sehen, wie aufrichtig die Friedensliebe im Weißen Hause war. Ralph Pulizer hat Furcht, daß die amerikanischen Bürger anglo-sächsischer Herkunft auch ihm wie dem deutschen Volke, das jenseits des Ozeans eine neue Heimat gefunden hat, den Schimpf antun, zu seinem Namen einen Bindestrich niederzuschreiben. Deshalb will er echt sein und hat Leidenschaften verbreitet, die Wilson zur Ausführung seiner Politik des Völkermordes braucht.

Die Geschichte dieses Krieges wird nicht geschrieben werden können ohne nähere Mitteilungen über die publizistischen Verbündeten, die sich England in dem größten Teile der Welt zu verschaffen wußte. Dieses Ereignis ist eines der wichtigsten in der politischen Vorbereitung und Durchführung des Kampfes und niemals ist erlebt worden, daß ein fremdes Land eine so gewaltige und so entscheidende Unterstützung gefunden hätte. Das geschah wie auf Befehl schon in den ersten Tagen der Krise und vom Niagara bis nach Paraguay erhoben sich plötzlich tausend, vielleicht hunderttausend Stimmen in jedem Lande, in jeder Stadt und in jedem Dorfe. Die publizistische Rüstung muß vor Jahren begonnen worden sein und war sicher nicht das Werk der augenblicklichen Notwendigkeit, sondern weitanschauender Voraussicht und gegenständlicher Erkenntnis von den Schutzmitteln und den Angriffsmitteln der heutigen Gesellschaft. In solchen Fragen darf kein Unterschied zwischen demokratischen und nichtdemokratischen Ländern bestehen. Die gesellschaftlichen und verfassungsrechtlichen Zustände können ja auch nicht bestimmen, ob schwere Mörser, Flugmaschinen und Trommelfeuer zu benutzen seien. Das Sprichwort, das jedem empfiehlt, vom

Feinde zu lernen, gilt auch im Kriege und die Mittelmächte haben darin viel zu lernen. England hatte in den Vereinigten Staaten die Unterstützung einiger von den größten Blättern, namentlich von solchen, die in stärkerem Maße nach dem Auslande versendet werden. Die Erklärung, daß die Stammesgemeinschaft naturgemäß anziehe und daß auch amerikanischer Handelsneid sich gegen Deutschland richte, ist nicht zureichend. In den von Spaniern bewohnten südamerikanischen Gebieten hatte die Entente publizistische Helfer mit fast demselben Eifer, und so hat England eine Saat ausgestreut, die ihm fast in jedem Sommer des Krieges eine neue Ernte sicherte: Japan, Italien, Rumänien und die Vereinigten Staaten. Vor der Oberflächlichkeit, die glaubt, mit einem Augenblinzeln verständlich zu machen, warum den Engländern unermessliche Kräfte durch die Günst der Presse in den meisten Weltteilen zugeslossen sind, möchten wir uns hüten. Die richtige Folgerung dürfte eher sein, daß wir nicht häufig genug der großen Welt den Beweis des Fortschritts, der bürgerlichen Freiheit und einer volkstümlichen Politik geben können.

In manchen Fällen ist die publizistische Bundesgenossenschaft mit der Entente leichter zu erklären. Der jetzige Besitzer des Newyork Herald ist der Sohn von James Gordon Bennett. Die amerikanische Romanze von dem armen Jungen, der mit Klauen und Zähnen die Mauer zum Erfolge hinaufgekrochen ist, wird auch von ihm, dem Schöpfer dieser Zeitung, erzählt. Nur berichtet die Legende nicht von dreihundert, sondern von fünfhundert Dollars als Vermögen beim Ausgange zu einer der schwierigsten Unternehmungen. Damals war die noch junge amerikanische Presse in Parteien gespalten, entweder republikanisch oder demokratisch. Bennett hatte den Gedanken, ein parteiloses, unabhängiges, sich der Volksstimmung anpassendes Blatt zu veröffentlichen, und das war so neu, daß die Reibungen nicht ausblieben. Die ersten Gerüchte über die Goldminen in Kalifornien flogen auf. Von Newyork zum Stillen Ozean führte noch keine Bahn und kaum eine sichere Straße. Die Reisenden, die in diese beinahe unbekanntem Küstenstriche kommen wollten, machten lieber den Umweg zu Schiff über die Spitze von Südamerika. Bennett hat Berichterstatter geschickt, die ihm mitteilten, welche Gruben reich an Goldgehalt seien, und diese Meldungen haben in Amerika und in Europa die Einbildungskraft so stark angeregt, daß Kalifornien bald von Goldgräbern überflutet wurde. Stanley, der spätere Entdecker des Kongo, ist von Bennett nach Afrika geschickt worden, um Livingstone zu finden. Der Sohn lebt in Paris und ist beinahe Franzose geworden. Er hat ebenfalls zu verantworten, daß die Vereinigten Staaten den häßlichen Fleck tragen, einer in der Zahl so überlegenen Mehrheit gegen eine um ihr Recht auf das Leben ringende Minderheit sich angegeschlossen zu haben.

Das ist niedrig. Der Herald war niemals ein Blatt fester Ueberzeugungen oder verfeinerter publizistischer Gewissenhaftigkeit. Einer der größten amerikanischen Publizisten, Horace Greeley, wurde bei einer zufälligen Anwesenheit in London von einem Ausschusse des Unterhauses eingeladen, ihm Mitteilungen über einzelne Fragen der amerikanischen Preisentwicklung zu machen. Als ein Mitglied fragte, was vom Herald zu denken sei, antwortete Greeley, er sei ein schlechtes Blatt. Mit dem Andenken dieses bedeutenden Staatsmannes und Präsidentschaftskandidaten gegen den General Grant ist die Gründung der Newyork Tribune verbunden. Wie hätte er zugelassen, daß sie gegen Deutschland mit so törichten Vorurteilen kämpfte. Wie können solche Ueberlieferungen in einem Blatte verfaulen werden und wie kann ein solches Licht gänzlich verlöschen. Der amerikanische Krieg erinnert wieder an die Wichtigkeit der Preßpolitik für die Völker. Eine Preßpolitik ohne Preßfreiheit muß versagen und je mehr die Meinungen zu Hause gebunden werden, desto mehr richten sie draußen sich gegen die immer verschlossenen Länder.

# Die Proklamation des Kriegszustandes durch Wilson.

Washington, 6. April. (Reuter).

Präsident Wilson hat die Kriegresolution sowie die Proklamation des Kriegszustandes mit Deutschland unterzeichnet.

## Die letzte Entscheidung gefallen.

Was man kommen sah, ist gekommen. Die Erklärung des Kriegszustandes gegen Deutschland durch die Union ist erfolgt und damit ist auch für uns als Bundesgenosse Deutschlands die Entscheidung gegeben. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen Oesterreich-Ungarns mit den Vereinigten Staaten ist um diese Stunde bereits erfolgt.

Nun steht die ganze Welt gegen uns und wir befehlen uns und unsere Sache Gottes Schutze, der uns während dieses Krieges schon durch gefährvollere Zeiten geleitet hat, als die sind, die Amerikas Eingreifen unmittelbar bringt.

Jetzt ist auch der Geleitzentraler des Präsidenten Wilson gefallen und es zeigt sich seine wahre Gestalt. Der Mann war niemals ein Philanthrop und alles, was er mit der Geste eines weltfremden Gelehrten der Welt erzählt hat, war nur Mimik, um dem von Anfang an gehegten Plan näher kommen zu können. Denn wenn Wilson von der Ursache des Weltkonfliktes die Auffassungen hatte, die er in seiner Botschaft an den Senat kürzlich dargelegt hat, dann konnte ihn diese bössartige Verballhornung der geschichtlichen Tatsachen zu gar nichts anderem als zum Kriege treiben.

Es enthüllen sich die tiefwirkenden Kräfte. Zum Verständnis der von den Vereinigten Staaten im Weltkrieg befolgten Politik muß beachtet werden, daß die Freimaurerei in Nordamerika einen maßgebenden Einfluß ausübt. Unter den Mitgliedern des Repräsentantenhauses befinden sich 213 und unter den Senatoren 48 Freimaurer. Das Repräsentantenhaus besteht demnach fast zu zwei Dritteln und der Senat zu mehr als der Hälfte aus Freimaurern\*. In Washington selbst üben die Freimaurer des schottischen 33-Gradesystems einen großen Einfluß aus. Ihr voriger Chef Richardson war Präsident des demokratischen Wahlkomitees. In englischen Logenblättern selbst wurde wiederholt hervorgehoben, daß die guten Beziehungen zwischen England und den Vereinigten Staaten durch das freundschaftlich-brüderliche Verhältnis zwischen englischen und amerikanischen Freimaurern wesentlich gefördert werde. („The Freemason, Febr. 1916, p. 185.)

Im brüderlichen Einklang begünstigten England und die Vereinigten Staaten regelmäßig revolutionäre Erhebungen, welche im Dienste der geplanten freimaurerischen Weltrepublik standen. Mazzini und Garibaldi waren in England und Amerika gefeierte Männer. Die Stellung, die England zu Palmerstons Zeiten gegenüber der revolutionären Bewegung in Europa einnahm, ist allbekannt. Und der englische Ministerpräsident Asquith stellte anlässlich seines Besuches in Rom, 1. bis 3. April 1916, in drei amtlichen Reden, die er in der Consulta, auf dem Kapitol und im Hotel „Erzelsjior“ hielt, fest: „Trotz der Verschiedenheit

des Temperaments verfolgen England und Italien seit mehr als einem halben Jahrhundert auf Grund gleicher Grundzüge, gleichartige politische Interessen. Es ist keine Uebertreibung, wenn ich sage, daß die Vorkämpfer der nationalen Erhebung Italiens, Mazzini, Garibaldi und Cavour, in jeder Phase ihres Kampfes unablässig von dem beständigen Interesse der uneingeschränktesten Sympathie und den lebhaftesten Hoffnungen des britischen Volkes begleitet waren. In der Tat ist das nationale Leben unserer beiden Völker bei aller Verschiedenheit in mancher Hinsicht großenteils aus denselben Quellen gespeist und vom selben Geiste befeelt.“ (Hotel „Erzelsjior“, 3. April 1916.)

Die revolutionäre Sache in den Balkanstaaten, in Spanien, in Portugal, in Brasilien, Rußland und selbst in Persien und China (Br.: Sunyatsen) hatte sich gleichfalls des Interesses und der Unterstützung durch die britischen und amerikanischen Logen zu erfreuen. Der revolutionäre portugiesische Großmeister Magalhães Linna, 33., einer der Hauptschuldigen an der portugiesischen Revolution, wurde seitens der englischen Großloge ebenso brüderlich aufgenommen, wie seinerzeit Garibaldi, 33., und jüngst noch der italienische Logen-Großmeister Ferrari, 33., und sein Kanzleidirektor Uffice Vacci, 33., welche letztere notorische Vertreter der republikanisch-mazzinistischen Revolutionspartei sind und sich als solche auch bei ihren im Londoner Logenhaus gehaltenen Rede offen zu erkennen gaben. Vgl. Rivista 1911/12, S. 717 ff.)

Bei solchen Gesinnungen wird es verständlich, daß maffonica 1912, S. 308 bis 312; The Freemason die englisch-romanische Logenwelt sowohl in der Alten als in der Neuen Welt im Weltkrieg gegen die Kaiserkräfte Stellung nimmt und eine Beilegung desselben, welche unter dem Gesichtspunkte der Verwirklichung ihrer Ideale als unerwünscht schien, nach Kräften zu verhindern sucht.

\* Folgende Ausführungen eines gründlichen Kenners der Freimaurerei, des P. Hermann Gruber S. J., entnehmen wir als sehr zeitgemäß und bedeutsam einer größeren Abhandlung, in welcher das Maiheft der Monatschrift „Das Neue Oesterreich“ den Anteil der Loge am Weltkriege darstellen wird D. Red.

### Abbruch unserer Beziehungen zu Amerika.

Der Bruch vollzogen.

\* Wien, 7. April.

Unsere Regierung hat die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika abgebrochen.

Wie gestern gemeldet wurde, ist an unseren Botschafter in Washington die Weisung ergangen, für den Fall, als der amerikanische Kongreß den Kriegszustand mit Deutschland beschließen sollte, der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika namens der k. u. k. Regierung den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu notifizieren.

Da der amerikanische Kongreß den Kriegsbeschluß gefaßt hat, hat unser Botschafter in Washington seine Pässe verlangt. Gleichzeitig wurden den hiesigen Vertretern der Vereinigten Staaten von unserer Regierung die Pässe zugestellt.

Die nächste Folge des diplomatischen Bruches wird sich darin äußern, daß Amerika, das bisher in mehreren feindlichen Staaten unsere Interessen vertreten hat, diese Vertretung niedersetzen wird.



## Die Deutschen in der Union während des Krieges.

wb. Washington, 6. April. (Drahtber.)  
Neuermeldung. Wilsons Erklärung des Kriegszustandes mit Deutschland beginnt mit einer langen Einleitung über die gesetzlichen Bestimmungen betreffend die Behandlung der Untertanen feindlicher Länder im Falle eines Krieges. Die Erklärung sagt weiter:

Ich, Woodrow Wilson, Präsident der Vereinigten Staaten in Amerika, verkündige hierdurch, daß zwischen den Vereinigten Staaten und der kaiserlich-deutschen Regierung der Kriegszustand besteht. Ich befehle besonders allen Beamten und Offizieren der Vereinigten Staaten, ihre Pflichten in bezug auf den Kriegszustand wachsam und freudig zu erfüllen. Ich appelliere an alle amerikanischen Bürger, daß sie in loyaler Ergebenheit an ihr Land, das seit der Begründung den Grundfäßen der Freiheit und Gerechtigkeit geweiht ist, die Gesetze des Landes aufrechterhalten und die Maßregeln willig und eifrig unterstützen sollen, die die verfassungsmäßigen Behörden ergreifen, um den Krieg zu einem erfolgreichen Ende zu führen und einen sicheren und gerechten Frieden zu erlangen.

Allen Untertanen der feindlichen Staaten vom 11. Jahre an wird es zur Pflicht gemacht, den Frieden gegenüber den Vereinigten Staaten zu bewahren, kein Verbrechen gegen die öffentliche Sicherheit zu begehen und sich den Verordnungen des Präsidenten strikt zu fügen. Solange sie sich gesetzlich verhalten, sollen sie in der friedlichen Verfolgung ihrer Geschäfte ungestört sein und alle Berufschichtungen erhalten, die alle friedlichen und gesetztreuen Personen beanspruchen können, soweit nicht die Beschränkungen zu ihrem eigenen Schutz und zur Sicherheit der Vereinigten Staaten notwendig sein werden. Gegenüber solchen Untertanen des feindlichen Landes, die sich gesetzmäßig verhalten, wird es allen Bürgern der Vereinigten Staaten zur Pflicht gemacht, den Frieden zu bewahren und sie mit aller Freundlichkeit zu behandeln, die sich mit der Loyalität und Treue gegenüber den Vereinigten Staaten vereinigen läßt.

Ich verkündige hierdurch folgende Verordnungen für die öffentliche Sicherheit:

1. Die Untertanen feindlichen Landes dürfen in ihrem Besitz keine Feuerwaffen, Waffen, Munition, Explosivstoffe und Material haben, das bei der Herstellung von Explosivstoff verwendet wird.
2. dürfen sie in ihrem Besitz keine Flugzeuge, drahtlose Apparate und keine Art von Signalvorrichtungen oder Chiffrier-Codes haben.
3. Alles, was im Widerspruch zu diesen Bestimmungen im Besitz von Untertanen feindlichen Landes gefunden wird, unterliegt der Beschlagnahme.
4. Die Untertanen feindlichen Landes dürfen sich nicht in den Umkreis von  $1\frac{1}{2}$  Meilen von den Bundes- oder Staatsfestungen, Arsenalen, Fliegerstationen, Marinewerften oder Fabriken und Werkstätten für Kriegsmunition aufhalten.

5. Die Untertanen feindlichen Landes dürfen keine Angriffe oder Drohungen gegen die Regierung, oder den Krieg oder gegen Maßregeln oder die Politik der Vereinigten Staaten, oder gegen das Vermögen von Personen im militärischen, Marine- oder Zivildienst der Vereinigten Staaten schreiben, drucken oder veröffentlichen.

6. Sie dürfen keine feindlichen Handlungen gegen die Vereinigten Staaten begehen oder unterstützen, oder Informationen zur Unterstützung oder Ermüdung des Feindes geben.

7. Sie dürfen nicht einen verbotenen Bezirk, außer mit besonderer Erlaubnis, besuchen oder sich darin aufhalten.

8. Die Untertanen eines feindlichen Landes, deren Bewegungsfreiheit mit Grund als Gefahr für den öffentlichen Frieden oder für die öffentliche Sicherheit der Vereinigten Staaten angesehen wird, sollen sich entweder nach einem Ort begeben, den der Präsident bestimmen wird, oder die Vereinigten Staaten verlassen.

9. Keine Untertanen eines feindlichen Landes dürfen die Vereinigten Staaten ohne Erlaubnis verlassen.

10. Keine Untertanen eines feindlichen Landes dürfen sich nach den Vereinigten Staaten begeben, außer unter solchen Beschränkungen oder nach solchen Orten, die der Präsident bestimmen wird.

11. Alle Untertanen eines feindlichen Landes sind verpflichtet, sich ins Register einzutragen zu lassen.

12. Die Untertanen eines feindlichen Landes, deren Bewegungsfreiheit mit Grund als Gefahr für den öffentlichen Frieden und für die öffentliche Sicherheit angesehen wird, unterliegen summarischer Festnahme oder Haft.

## Neue Perspektiven.

Vom Geheimen Rat Grafen Johann Zichy,  
Minister a. D., Reichstagsabgeordneter.

Ragylang, in der Osterwoche.

Nicht über den Krieg will ich schreiben, über dessen Ausgangsmöglichkeiten, Umstände, Vorgeschichte, Ursachen schon eine ganze Literatur entstanden ist, über den aber erst die Geschichte berufen sein wird, der Nachwelt ein Bild zu entwerfen. Nein, ich will heute bloß zwei Tatsachen feststellen: die eine, daß der gegenwärtige und über kurz oder lang seinem Ende sich nähernde Weltkrieg im Leben der Menschheit unbedingt den Anfang eines neuen Zeitalters bilden wird, ebenso wie die Völkerwanderung oder die Entdeckung Amerikas; die andre, daß es dementsprechend eine pflichtgemäße Weisheit oder eine weise Pflicht der Staatsmänner sein sollte, dieses Zeitalter vorzubereiten.

Ich habe die Erfahrung gemacht, daß so mancher im übrigen hervorragende Staatsmann in dieser Hinsicht nicht klar sieht und sich die Epoche nach dem Kriege so vorstellt, daß der Lauf der Zeiten — der im Sommer 1914 eine Verschiebung erfuhr, weil ihm von der Konstellation der Weltpolitik der Weg verstellt wurde — mit Eintritt des Friedens von neuem in seinem gewohnten Bett weitergehen wird, als ob gar nichts geschehen wäre. Während doch so vieles geschah! Die Welt wurde in ihren Fugen erschüttert, Europa und Amerika erzitterten, die von den Nationen geforderten allergrößten Kraftanstrengungen lösten aus ihnen den Gedanken unbedingter Kraft und Selbständigkeit aus, und der einzelne Mensch — sozusagen lauter Soldaten — hat mit einem in den Stürmen des Schlachtfeldes und in einem Blutmeer gestählten Geist neue Perspektiven entdeckt, und was er sieht, was er hört, was er glaubt und hofft, was er begehrt, ist nicht dasselbe wie vor dem Kriege.

Die ganze Welt hat sich in ihren Angeln umgedreht, und dieser Weltumwälzung müssen die Zukunftspläne angepaßt werden, mit dieser Weltumwälzung rechnend, müssen die Staatsmänner den Maßstab anlegen, mit dessen

Hilfe sie die Richtung der künftigen friedlichen Entwicklung der Nationen werden feststellen können.

Wo sind die Zeiten, da man am Beginne des Weltkrieges bloß eine Strafexpedition Oesterreich-Ungarns in Serbien erwartete? Die Welt hat sich infolge der Wirkungen und Konsequenzen dieses furchtbaren Ringens auch gesellschaftlich und wirtschaftlich vollständig verändert, der Staatssozialismus ist mit Riesenschritten vorwärtsgedrungen, und dabei hat sich der einzelne geistig emanzipiert. Die Menschheit aus diesem eigentümlichen Gegensatz und Widerspruch mit sicherer Hand und unbeschadet hinaranzuführen, erheischt große staatsmännische Voraussicht und Weisheit.

Die neuen Perspektiven, die nur langsam aus dem dichten Nebel hervortreten, können bloß von wenigen gesehen werden, denn es ist naturgemäß nur wenigen gegeben, die neuen ungeheuerlichen Perspektiven in ihrer Gänze zu erfassen. Mein wenn wir sie auch noch nicht erfassen können, müssen wir unsere geistigen Sehnerven doch schon im vorhinein zu ihrer Perzeption einstellen und einriben, denn wehe dem Lande, dessen Staatsmänner das befehlende Wort der neuen Zeit und die berechtigten Ansprüche des neuen Menschen nicht verstehen werden!

8. IV. 1917

1917

## Lohnwirthschaft und Proletariat im WeltKrieg.

einfachste Naturerzeugnis bezahlt; der Profit des ehrsamten Kaufmannes blüht das Vorurteil seiner Ehrbarkeit ein durch die Strafdrohungen wider den Kettenhandel und der Leihzins der Banken bedarf erst dieses Sittenzeugnisses nicht. Die Gewinne der Munitionserzeugung und Heereslieferung sprechen am deutlichsten für die, die unter dem Kriegsleistungsgesetz im strengen Staatsdienst ihre Pflicht bei magerer Kost erfüllen — für ihr Land und für ihr Volk. Überall steht die magere Kost der Massen den fetten Kriegsgewinnen gegenüber und die Denkkraft gewinnt durch die automatische Dialektik Gegensätze. Der Staat selbst mit allen seinen Organen macht sich zum Anwalt dieser Gegensätze und man kann sich verlassen, das Wort dieses Anwalts klingt weit wider und lange nach.

Indessen nicht auf diese moralischen Wirkungen noch auf das gereifte Verständnis alter Lehren baut sich unsere Hoffnung. Der Krieg hat neue Tatsachen geschaffen, die eine andere Welt hinterlassen, als jene war, die in den Krieg eintrat. Die Volkswirtschaft bleibt nach dem Kriege dauernd anders, als sie war. Man hat berechnet, daß beispielsweise Deutschland nach dem Kriege ein Drittel des Nationaleinkommens auf die Verzinsung der Staatsschuld verwenden müssen wird. In Feudalzeiten haben Fremdherrn den Zehnten gefordert, nun verlangt das Rentenkapital ein Drittel des nationalen Arbeitsertrages vorweg, der Staat soll ihm als Einhebungsorgan dienen und kann dabei nebenher auch für seine Wohlfahrts- und Kulturzwecke etwas miterheben. Diese Vorwegbelastung ist jedoch so hoch, daß die Kulturfunktion hinter der Funktion der Renteneintreibung zurücktreten muß. Jedermann greift mit Händen, daß ein solcher Staat nicht bloß im Maß, sondern auch in der Art ein anderes wäre. Staats- und Volkswirtschaft wandeln sich durch diese eine Tatsache allein von Grund aus und solcher Tatsachen gibt es die Fülle. Die Aufgaben, die dem Staate für die Kriegsopfer, für die Fortführung und für den Wiederaufbau der Volkswirtschaft zu leisten obliegen, sind so groß und schwierig, daß er sie ohne die allerhöchste Konzentration aller Kräfte nicht bewältigen kann. Er muß sie erzwingen. Der bourgeoise „Machtwächterstaat“, der sich auf die Ordnung und Sicherheit beschränkte und im übrigen dem freien Spiel der Kräfte vertraute, ist dahin für alle Zeiten. Der Staat aber, der jedem sein Stück Brot zumißt und dessen Preis diktiert, kann nicht anders bestehen denn als selbstgewollte Wirtschaftsgemeinschaft aller seiner Angehörigen. Auf welchen Umwegen, unter wie harten Mühen und mit welchen Opfern sich dieses Neue durchsetzt, wissen wir zur Stunde noch nicht, aber das eine wissen wir, daß die Kriegswirtschaft gedanklich nur Auswege nach zwei Seiten offen läßt, zur freien Wirtschaftsgemeinschaft oder zur weißen Sklaverei. So gedanklich — die praktische Entscheidung wird das Proletariat für seinen Teil fällen.

Jede Stunde jedoch, die der Krieg länger dauert, und jeder Längengrad, um den er sich ausdehnt, vertieft und verbreitert die Kriegswirtschaft und verankert sie fester. Die angelsächsische Bourgeoisie mag hoffen, daß sie die alleinige Meeresbeherrschung aus dem Kriege heimbringt — sicher trägt sie die deutsche Brotkarte heim und sicher auch die Schuldbineckschaft des Staates an das Rüstungskapital. Die papierernen Schuldtitel und die papierernen Bezugscheine, beide

der äußerliche Ausdruck einer ungeheuren geschichtlichen Katastrophe, sind zugleich die Anzeichen einer inneren Strukturänderung der Wirtschaftsverfassung, in der das Proletariat eine ganz andere Rolle spielen wird als vor dem August 1914.

So wahr es ist, daß es die Bourgeoisie der Welt war, die als Herrin der Völkergeschichte in den Krieg eintrat, so gewiß, daß sie aus ihm in der gleichen Rolle nicht mehr hervorgehen kann. Und das prophetische Wort, das Karl Marx auf eine ganze Geschichtsepoch geprägt hat, wird sich in der überstürzenden Ummwälzung des imperialistischen Weltkrieges rascher bewahrheiten: Die Bourgeoisie schafft ihre eigenen Totengräber.

87. 1917

193

## Streiflichter auf Italiens Haltung im August 1914.

Vom Geheimen Räte Dr. Karl Freiherrn v. Machiv.  
R. u. k. Botschafter a. D.

Wien, 7. April.

Alle Welt hatte das Gefühl der Befreiung, als in den letzten Julitagen 1914 nach Serbiens ablehnender Antwort nichts anderes übrig blieb, als den Fehdehandschuh aufzunehmen.

Es war das erste Aufklappen jener uns selbst so wenig bekannten inneren Kräfte, jenes unverwundlichen Willens zum Leben, den die Monarchie seither tausendmal bewährte, als damals — unbekümmert um alles, was daraus folgen konnte — in Wien und in der Provinz die patriotischen Empfindungen der Massen losbrachen und der Welt zeigten, wo auch unsere Langmut ihre Grenzen findet.

Diese Stimmung wuchs mit dem Widerhall, den sie im ganzen Deutschen Reiche fand und machte sich in zahllosen Kundgebungen Luft. Sie zeigte im Spiegel der Volkseele den tiefen Grund, in dem das österreichisch-ungarisch-deutsche Bündnis verankert ist.

Jedermann fand es daher nur natürlich, wenn neben der Volkshymne stets auch die Töne des „Heil Dir im Siegerkranz“ erklangen.

Aber auch dem Dreibund wollte man Rechnung tragen. Konnte doch der gerade Sinn des Wieners — wenn ihm vielleicht auch Italien gegenüber gemütliche Regungen ferner lagen — es nicht anders als natürlich empfinden, wenn der Dritte im Bunde, nach dem unerhört aggressiven Verhalten Serbiens, nach dem immer offenkundigeren Schutz, der diesem von der Rewa zuteil wurde, sich bemüht zu sehen mußte, an der Seite des Bundesbruders in der Arena zu erscheinen.

Diesem instinktiven Drange, des Dreibundes nicht zu vergessen, entsprang wohl die ungewohnte Erscheinung, daß hier damals auch die „Marcia reale“, die italienische Königshymne, erklang und vom Publikum stehend angehört, wohl auch bejubelt wurde.

Ich erinnere mich, selbst einer solchen Szene mit Mißbehagen an einem Tage beigewohnt zu haben, wo mir über die Frage, ob wir diesen merkwürdigen Verbündeten an unserer Seite sehen würden, schon kaum mehr Zweifel gestattet waren.

Zimmerhin, es gab so manches, was sich zugunsten einer wenigstens vorläufigen Neutralität Italiens anführen ließ, vieles, was dieses selbst zur Erklärung anzuführen wußte. Darunter schien der Hinweis auf ein durch die Erfordernisse des libyschen Feldzuges noch desorganisiertes Heer bei weitem am plausibelsten.

Und konnte man sich der Erwägung verschließen, daß von einer aktiven Kooperation eines widerwilligen Mitstreiters nichts Ersprießliches zu erwarten sei, vielmehr auf eine Kette von Unannehmlichkeiten, ja Behinderungen mit Sicherheit zu zählen wäre; praktisch gedacht konnte also, als endlich Italiens Neutralitätserklärung vorlag, darin eher eine Erleichterung als eine Enttäuschung erblickt werden.

Etwas anderes war es, zu erkennen, ob diese Neutralität sich als eine wohlwollende herausstellen würde oder

nicht; denn erstere konnte ja schon durch Bindung einer größeren französischen Truppenmacht sowie durch die Möglichkeit, unsere Grenzgebiete von Soldaten zu entblößen, den Mittelmächten genug Vorteile bieten.

Diese Zweifel schienen mir lange nicht behoben, als ich, am 12. August 1914, plötzlich zur Vertretung der k. u. k. Monarchie in Rom berufen, meine Reise dahin antrat. Manche kleine, aber bedeutungsvolle Reminiszenzen an diese Reise, welche die politische Lage blickartig beleuchteten, mögen hier erzählt werden.

Schon als ich den zur Reise an die Grenze im Wiener Südbahnhof bereitstehenden Zug besteigen wollte, wurde mir eine Ueberraschung zuteil; ich sollte den italienischen Journalisten Franko Caburri, S. Ganda und einigen anderen, welchen der hiesige Boden im Gefühle ihrer Auffassung von den durch die lange genossene Gastfreundschaft entstehenden Pflichten zu heiß geworden war, Gelegenheit bieten, unter meinem Schutze in ihre Heimat zurückzukehren. Wie diese Herren sich für das Bestreben, ihnen die Heimreise zu erleichtern, erkenntlich zeigten, ist jedem bekannt, welcher die italienischen Pressebetriebe und Kriegshetzerieen in den ersten Monaten des Weltkrieges zu verfolgen in den Lage war.

Nach vierundzwanzigstündiger Fahrt erreichte ich die Grenzstation Pontafel, wo sich ein italienischer Gendarmerieoffizier mit dem Auftrage bei mir meldete, mir als eine Art Ehrengeleite zu dienen. Zu ihm gesellten sich unauffällig zivile Funktionäre, denen die Sorge, mich vor jeder Unannehmlichkeit zu bewahren, anvertraut war und die unter dem Titel steter Dienstbereitschaft in den mein Coupé umgebenden Wagenabteilen verteilt waren. So ging die Fahrt über die Grenze und, in der Tat, nichts war der Sorgfalt vergleichbar, mit der die „befreundete“ Regierung die Hinreise des Vertreters der verbündeten Macht zu umgeben bestrebt war.

Sie vermochte indes nicht zu verhindern, daß ich ein ungewöhnlich reges militärisches Leben in allen Stationen wahrnehmen konnte. In Udine erwarteten mich der Präsekt und der Gendarmeriekommandant der Provinz, welche während eines längeren Aufenthaltes meine steten Begleiter waren und es an Versicherungen nicht fehlen ließen, daß die Beziehungen unserer Grenzbehörden die allerbesten und freundschaftlichsten seien, daß den italienischen Behörden nichts mehr am Herzen liege, als im Sinne der weiteren Ausgestaltung zu wirken.

Ein größeres Maß von Aufmerksamkeit konnte man wahrlich nicht verlangen. Allein — man merkte die Absicht und ward verstimmt!

Je weiter wir uns von den Grenzgebenden entfernten, desto mehr nahm das Uebermaß der Fürsorge ab, und bei der Ankunft in Rom beschränkte sich das Interesse an meiner Person auf die ganz normale Begrüßung durch einen Funktionär der Consulta, des Auswärtigen Amtes.

Unter solchen Auspizien vollzog sich meine damalige Romfahrt. Was Wunder, daß dieselben — vielleicht nicht geschickt genug in Szene gesetzt — einem aufmerksamen Beobachter Stoff zu Betrachtungen geben mußten, welche nicht eben angetan waren, Vertrauensseligkeit zu entwickeln. Diese Eindrücke bildeten für meine nachmaligen, wenn auch noch so korrekt liebenswürdigen Beziehungen zur italienischen Regierung einen Untergrund, den ich nicht mehr vergessen konnte und der mir auf allen Stationen meines römischen Leidensweges als treuer Wegweiser diente.

Auf die Frage nach dem Charakter der italienischen Neutralität war damit von vornherein, trotz so vieler gegenteiliger Annahmen, ein grolles Licht gefallen, welches auch die staatskluge, mit unleugbarem Geschick in dieser kritischen

Zeit operierende Persönlichkeit des so bald verstorbenen Marchese di San Giuliano nicht mehr zu verwischen vermochte.

Wie in so vielen Dingen können auch in der Politik scheinbar kleinliche Begebenheiten Bedeutung bei Beurteilung großer Fragen erlangen.

**Der „Kreuzzug“ Wilsons für Freiheit und Demokratie.**

**Eine Botschaft Lloyd-Georges an das amerikanische Volk.**

London, 8. April.

Das Reutersche Bureau meldet: Lloyd-Georg empfing eine Anzahl Vertreter der amerikanischen Presse und übermittelte ihnen namens des Kriegsausschusses des Kabinetts folgende Botschaft an das amerikanische Volk:

Amerika ist mit einem Male eine Weltmacht geworden in einem Sinne, in dem es das nie zuvor gewesen ist. Es hat gewartet, bis es einen seiner Ueberlieferungen würdigen Grund gefunden hat. Das amerikanische Volk hielt sich zurück, bis es völlig davon überzeugt war, daß der Kampf nicht ein niedriges Ringen um Macht oder Besitz ist, sondern ein selbstloser Kampf, um die finsternen Anschläge gegen Menschenfreiheit und Menschenrecht zu unterdrücken. Nachdem es einmal diese Ueberzeugung gewonnen hatte, sprang die große Republik des Westens auf den Kampfplatz und steht jetzt Seite an Seite mit den europäischen Demokratien, die, von Wunden bedeckt, blutend nach dreijährigen

harten Streite noch gegen den grausamsten Feind kämpfen, der jemals die Freiheit der Welt bedroht hat.

Die begeisterten Worte in der edlen Ansprache des Präsidenten erhellen den Horizont und lassen klarer als je das Ziel erkennen, das wir zu erreichen suchen. Drei Werdungen werden für immer in der Geschichte dieses Kreuzzuges bedeutungsvoll bleiben:

Die erste ist, daß die Welt Sicherheit haben muß für die Demokratie. Die nächste ist, daß die Bedrohung des Friedens und der Freiheit in dem Bestehen einer autokratischen Regierung liegt, die, gestützt von einer organisierten Macht, nur ihren Willen unterstützt und nicht den Willen des Volkes. Der Anspruch aber, der die Ansprache des Präsidenten krönt, ist der, daß die feste Vereinigung für den Frieden nur erreicht erhalten werden kann, wenn demokratische Nationen ihre Teilnehmer sind. Diese Worte sind der Ausdruck für das Vertrauen, das unser Volk bei den furchtbaren Opfern, die es gebracht hat und noch bringt, beseelt und aufrecht erhält. Auch unser Volk glaubt, daß die Einigkeit und der Friede der Menschheit nur beruhen können auf der Demokratie und den Rechten derer, die, der Obrigkeit untertan, eine Stimme in ihrer eigenen Regierung haben, auf der Achtung vor den Rechten und Freiheiten der Nationen, der großen und kleinen, und auf der allgemeinen Herrschaft des öffentlichen Rechtes. Der unerbittliche Feind aller dieser Vorbedingungen ist die preussische Militärautokratie.

Der Kriegsausschuß des Kabinetts als Vertreter aller Nationen und Völker des britischen Reiches wünscht, daß ich in seinem Namen die Ritterlichkeit und den Mut anerkenne, die das Volk der Vereinigten Staaten dazu aufrufen, alle seine Hilfsmittel dem Dienste der größten Sache zu widmen, der jemals menschliche Anstrengungen gegolten haben.

10. IV. 1917

1915

## Befiehet ein englisch-amerikanisches Geheimabkommen?

Unser früherer Londoner Vertreter schreibt uns aus dem Haag:

Diese Frage ist schon wiederholt mit Ja beantwortet worden, da der Versuch, die rätselhafte und unaufrichtige Politik zu erklären, die die Vereinigten Staaten in Widerspruch mit allen ihren Traditionen in diesem Krieg befolgen, dazu geradezu herausfordert. In ihrer letzten Nummer behandelt diese Frage die hiesige Wochenchrift „De Toekomst“ sehr ausführlich und meint, „die Vermutung von dem Bestehen einer geheimen Uebereinkunft zwischen der nordamerikanischen Republik und der britischen Regierung wachse zur Gewissheit an, wenn man die einschlägigen schriftlichen, wie mündlichen Auslassungen von Diplomaten, Gelehrten, großen Finanziers und Industriellen näher studiere.“

Das niederländische Blatt legt besonderes Gewicht auf einen Artikel, betitelt „our secret alliance“ (unsere geheime Allianz) in der Oktobernummer der amerikanischen Monatschrift „The Open Court“, in dem Mrs. Cornelia Sieferde Hulst alles dahingehende Material zusammengetragen hat. Sie kommt zu dem Schluß, daß das geheime Abkommen nach einer Zurückweisung englischer Forderungen durch Präsident Cleveland schon zustande kam, als Mc. Kinley und sein rabiater englandfreundlicher Staatssekretär John Hay ein Jahr nach dem Jameson-Einfall aus Kader kamen, und daß es seitdem alle Präsidenten und Staatssekretäre zur Richtlinie ihrer Politik gemacht haben. Das Abkommen war natürlich nie ein Staatsvertrag, so wenig das Abkommen es war, das England verpflichtete, Frankreich im Kriegsfall militärisch beizustehen; denn ein solcher Staatsvertrag hätte von der Nation gutgeheißen werden müssen, und diese Gutheißenung wäre nie zu erlangen gewesen. Es war, wie Joseph Chamberlain es einmal ausdrückte, ein „understanding between gentlemen“, eine Verständigung zwischen Ehrenmännern, wobei die Ehrenmänner sehr richtig mit der Leichtgläubigkeit, Beeinflussbarkeit und Dummheit der Demokration rechneten, die sie am Gängelband hatten.

Ich kann Mrs. Hulst nicht in die Einzelheiten ihrer Beweisführung folgen; sie hebt aber mit Recht hervor, daß schon während des Burenkrieges das ganze Verhalten der amerikanischen Regierung auf eine geheime Verständigung mit England deutete, und in diesem Zusammenhang erzählt sie eine recht charakteristische Geschichte, die sie dem früheren Burenpräsidenten während des Krieges drei ihrer angesehensten Bürger nach Washington sandten, um dem Präsidenten ihre gerechte Sache vorzulegen, hörte Mc. Kinley die Auseinandersetzung der Delegierten an — und verließ dann sofort seine Antwort von einem mit der Schreibmaschine beschriebenen Stück Papier. Er hielt es also nicht für nötig, gegenüber den Abgesandten eines kleinen ruchlos überfallenen Volkes die Höflichkeit zu wahren, die nach Benjamin Franklin selbst die Indianer zu bezeigen pflegten, nämlich einen Tag vorbeigehen zu lassen, um das Mitgeteilte, wenn auch nur zum Schein, zu überlegen. Außerdem stand während der Audienz der englische Gesandte in der offenen Türe, die in das Gemach führte! „Es ist zu hoffen“, meint Mrs. Hulst, „daß die amerikanische Diplomatie nie mehr auf einem so niedrigen Niveau gestanden ist.“ Eine ganz ungerechtfertigte Hoffnung!

Als einen anderen Zeugen für die Richtigkeit seiner Theorie nennt das niederländische Blatt mit Recht den amerikanischen Gelehrten N. S. Usher, Professor an der Washingtoner Universität in St. Louis. Er stellt eine englisch-amerikanische Bundesgenossenschaft in seinem 1915 erschienenen Buch „Pangermanism“, das den Anspruch auf strenge Wissenschaftlichkeit erhebt, als eine geschichtliche Tatsache fest. Man höre:

„Die richtige Politik der Vereinigten Staaten läge demnach unfraglich in einer festen Allianz mit der Seemacht, die in ihrem eigenen Interesse unsere defensiven Schlachten für uns schlagen und im Austausch für unsere wirtschaftliche Hilfe unsere legitimen Ambitionen in Südamerika und Ostasien fördern würde. Eine Verständigung dieser Art besitzen die Vereinigten Staaten bereits mit England, und dank ihr sind wir heute die Herren in der westlichen Hemisphäre, die Eigentümer des Panamakanals, die Besitzer der Philippinen und üben großen Einfluß in den Angelegenheiten des lateinischen Amerika aus... Durch eine solche Allianz haben wir schon mehr erreicht, als wir durch wirklich enorme Mühen hätten erlangen können. Die Seemacht war in der Lage, uns zu geben, was wir wünschten,

ohne dafür kämpfen zu müssen, und ohne von uns zu verlangen, daß wir kämpfen, um es zu erreichen oder zu behaupten. Solange wir tatsächlich mit der Seemacht verbündet sind, ob diese Allianz nun in Dokumenten geschrieben steht oder nur als ein stillschweigendes Einverständnis besteht, das jederzeit geändert werden kann, dürfen wir alle jene Berücksichtigung erwarten, die wir vernünftigerweise durch Mühen zu erlangen hoffen könnten.“

Wenn Usher recht hat, wird Wilson durch-

stellig.

Grenzen festzulegen und normale internationale Beziehungen zu entwickeln. Nur ein Sieg über Deutschland wird die Verwirklichung der Bestrebungen Wilsons ermöglichen. Bekanntlich hat sich Wilson nicht nur über die allgemeinen Kriegsziele, sondern auch über konkrete Fragen ausgesprochen, zum Beispiel die Befreiung der Völker, besonders der Polen, und das Recht der Völker, einen Zugang zum freien, offenen Meere zu haben. Die Antwort der Ententemächte auf den Friedensschritt des Präsidenten hat mit Genauigkeit alle diese internationalen Leitfäden hervorgehoben. Keiner der Alliierten verfolgt Eroberungsziele. Wir alle streben, sei es nach der Zurückgabe mit Gewalt entrittener Gebiete, sei es nach der Errichtung endgültiger nationaler Grenzen, mit anderen Worten, die Ententemächte können ihren Sieg nur dann als vollständig betrachten, wenn sie die Grundbedingungen des Wilsonschen Programms erreicht haben, das heißt, die Umformung der Karte Europas, besonders im Südosten, in einer Weise, die die Bedingungen eines dauerhaften Friedens völlig erfüllt und daher alles ausschließt, was neue Konflikte verursachen könnte.

Man kann daher von einem Frieden ohne Annexionen unter der Bedingung sprechen, daß das Wort „Annexionen“ Usurpation bedeutet. Ohne diese wichtige, unumgängliche Verächtigung bedeutet der Wahlspruch „Friede ohne Annexionen“, die Formel, die von den deutschen Sozialdemokraten den Alliierten vorgeschlagen wurde, einen entschiedenen Frieden, einen Frieden, abgeschlossen auf der Grundlage des Status quo ante. Alle diese Formeln, die in der Hauptsache deutschen Ursprungs sind, entsprechen ganz und gar dem deutschen Interesse.

**Die Dardanellenfrage.**

In seiner Erklärung erwähnte Wilson, die Frage der Meerengen nicht nur im Sinne ihrer möglichen Neutralisation, sondern auch ihrer Erwerbung durch Rußland. In dieser Frage kann es keine verschiedenen Meinungen geben. Im Falle der Neutralisation würde die freie Durchfahrt von fremden Kriegsschiffen in das Schwarze Meer Rußland zwingen, sich die Befestigung seiner Küsten am Schwarzen Meer ständig angelegen sein zu lassen und eine starke Kriegsflotte zu halten. Diese Lage wäre schlimmer als die vor dem Krieg bestandene.

Rußland zieht der Öffnung der Häfen des Schwarzen Meeres für die Kriegsschiffe anderer Nationen immer noch vor, die Meerengen unter der schwachen, im Verfall befindlichen Herrschaft der Türkei zu lassen. Wenn diese Lösung augenblicklich unmöglich wurde, war es nur deswegen, weil Deutschland seine Ansprüche auf das türkische Erbe geltend machte und die Frage aufwarf, ob die Meerengen Rußland oder Deutschland gehören sollten. Dabei wurde als Ausgangspunkt der Anspruch Deutschlands genommen, ein ununterbrochenes Gebiet der Verbündeten von Berlin bis Bagdad zu schaffen.

**Die Reorganisation Oesterreich-Ungarns.**

Das Programm der Alliierten umfaßt zwei mit den nationalen Ansprüchen der Völker vollkommen vereinbare Ziele, nämlich die Befreiung der der türkischen Herrschaft unterworfenen Völker und die Reorganisation Oesterreich-Ungarns von Grund auf. Die Schaffung eines tschechisch-slowakischen Staates wird als Grenze gegen die usurpatorischen Pläne Deutschlands bezüglich der slawischen Länder dienen. Oesterreich-Ungarn müssen auf ihre ethnographischen Grenzen beschränkt werden. Die Italiener werden mit Italien, die Rumänen mit Rumänien vereinigt werden. Die ukrainischen Gebiete werden mit unserer Ukraine verschmolzen werden. Die natürlichen, von der Geschichte gezeichneten Probleme verlangen eine Vereinigung der serbischen Gebiete. Armenien muß unter russischen Schutz kommen. Die letzten Ereignisse haben klar bewiesen, daß es nicht angehe, das armenische Volk unter türkischem Joch zu belassen. Alle diese Probleme, die schon lange von den Alliierten aufgeworfen wurden, widerprechen nicht nur nicht dem Programm Wilsons, sondern sie bilden seine unvermeidliche Weiterentwicklung bei der tatsächlichen Regelung der Beziehungen zwischen Europa und dem Orient.

**Miljukow über den Krieg.**

Aussagen des Ministers.  
 St. Petersburg, 10. April.

Minister des Aeußern Miljukow äußerte sich in einer den Vertretern der Presse gewährten Unterredung folgendermaßen:

**Der Eintritt Amerikas in den Krieg.**

Ich bin immer der Ansicht gewesen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika nur auf der Seite der Ententemächte am Kriege teilnehmen würden. Die Festlegung der Kriegsziele durch Wilson entspricht durchaus den Erklärungen der Staatsmänner Europas. Briand, Asquith und Grey sprachen immer wieder die Notwendigkeit aus, darauf hinzuwirken, bewaffnete Konflikte durch eine friedliche Lösung der internationalen Streitfragen zu ersetzen und eine neue Organisation der Völker zu schaffen, die auf der Rechtsordnung des internationalen Lebens beruht. Diesen Erklärungen kann sich auch die befreite russische Demokratie völlig anschließen. Die Gleichheit der Anschauungen der Vereinigten Staaten und der Ententemächte auf ideellem Gebiet war die beste Gewähr für die baldige Teilnahme Amerikas an dem Kampf der Welt gegen Deutschland. Es muß hervorgehoben werden, daß selbst bei der Nennung seiner Friedenswünsche Deutschland es niemals versäumt hat, seine Führung zum Ausdruck zu bringen, daß es an der Spitze der wieder zum Frieden gebrachten Menschheit marschieren wollte. Das einzige, was uns von dem internationalen Programm Wilsons trennte, bestand in dem Grundsatz: Friedensschluß ohne Sieg. Ein Verzicht auf den Sieg seitens der Alliierten hätte einfach die Unmöglichkeit bedeutet, die großen Probleme zur Ausführung zu bringen, deren Lösung sowohl von Wilson wie von den Alliierten für unumgänglich angesehen wird. Während die Ententemächte keine Absicht auf die Welt Herrschaft haben, betont Deutschland fortwährend den Gedanken, daß das alte Recht nicht mehr besteht, daß die gegen Deutschland kämpfenden Völker sich in vollem Verfall befinden und daß Deutschland die Aufgabe obliegt, ein neues Recht zu schaffen und Europa nach seinen etgenen Interessen zu reorganisieren.

**Deutschland, das einzige Hindernis.**

Unter diesen Umständen stellte Deutschland das einzige ernste Hindernis dar, endgültige

**Das Schicksal der Deutschen in Amerika**

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

London, 8. April. (Indirekt.)

Englische Blätter melden aus Washington: Siebenhundert Deutsche Seeleute von beschlagnahmten Schiffen wurden nach dem Staate Georgia verschickt, wo sie in Forts und Lagern untergebracht sind. Die auf Ellis Island (New York) befindlichen ungefähr 3000 Mannschaften und Offiziere werden gleicherweise auf verschiedene Staaten verteilt.

Die bereits begonnene Registrierung aller Deutschen wird als Einleitung zu ihrer Internierung im großen Maßstabe aufgefaßt, da die von Wilson erlassenen Bestimmungen „zur Wahrung der allgemeinen Sicherheit“ jeden Deutschen hoffnungslos in Konflikt mit den Gesetzen bringen müssen. So durch die Vorschrift, daß kein feindlicher Ausländer sich einem Regierungsbetriebe, der irgendwelchen Bedarf für das Heer oder die Flotte liefert, auf mehr als ungefähr 2500 Meter nähern darf. Den Bruch mit Oesterreich-Ungarn hätte Wilson gern vermieden, da dieser zur Folge haben wird, daß zahlreiche geschulte Arbeitskräfte, die aus der Doppelmonarchie stammen und in den Munitionsfabriken, Bergwerken, Stahlwerken und den Chicagoer Fleischpadereien beschäftigt sind, ihre Arbeit einstellen müssen.

Die Stimmung gegen Deutschland ist durch Wilsons Erlass mit seiner auffälligen Strenge erheblich verschärft, und zwar nicht nur in den immer englandfeindlichen reichen Kreisen. Namentlich die akademischen Kreise geben dieser deutschfeindlichen Richtung ein immer schärferes Gepräge. Professoren und Studenten halten auf öffentlichen Plätzen Ansprachen, worin sie eine aktive Teilnahme Amerikas am Kriege fordern. Die Technische Hochschule in Springfield mußte das dort hängende Kaiserbild mit dem Sternenbanner verdecken, um es vor Zerstörung durch die Studenten zu bewahren. Gegen den Kaiser werden Spottbilder, Hohngedichte und maßlose Schmähungen gerichtet.

\* Amsterdam, 10. April.

„Daily News“ melden aus New York, daß am Sonnabend etwa 1000 Deutsche festgenommen wurden. Die Polizei setzt die Verhaftungen in großem Maßstabe fort. In Pittsburg sei es zu einem förmlichen Gefecht zwischen der Polizei und bewaffneten Deutschen gekommen, die versuchten, den Tunnel bei Brighton zu sprengen. Auf beiden Seiten habe es Tote und Verwundete gegeben; zweihundert Deutsche seien verhaftet worden.



**Das Arbeiter- und Soldatenkomitee nur  
für einen Verteidigungskrieg.**

**Ein Antrag an die provisorische Regierung.**

Petersburg, 7. April.

Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: Der Vollziehungsausschuß der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten sprach sich gegen alle Strömungen aus, die das Gefüge der Armee erschüttern könnten, und nahm nach langen Beratungen eine Entschliebung folgenden Inhaltes an: Die provisorische Regierung möge der ganzen Welt erklären, daß Rußland zu seiner Verteidigung den Krieg solange fortsetzen werde, als Deutschland und Oesterreich-Ungarn nicht erklärten, auf Eroberungen verzichten zu wollen und zu Friedensverhandlungen ohne die Forderung einer Gebietsabtretung oder Kriegsentuschädigung bereit zu sein.

## Brasilien als Feind.

Wie aus London gemeldet wird, soll nun auch Brasilien, das Anfang Februar ebenso wie die anderen Neutralen dem Beispiel der Vereinigten Staaten und dem Vorschlage Wilsons nicht gefolgt war, die Beziehungen zu Deutschland abgebrochen haben. Den unmittelbaren Anlaß hiezu bot die Versenkung des Dampfers „Parana“, an dessen Bord sich neben brasilianischen Staatsangehörigen auch solche anderer südamerikanischer Republiken befanden. Diesen Fall nützte die in englischem Solde stehende brasilianische Presse aus, um die ohnedies schon seit Kriegsausbruch in deutschfeindlichem Sinne beeinflusste öffentliche Meinung zu wilder Erregung aufzupeitschen und hiedurch auf die Regierung einen Druck auszuüben, damit sie die Beziehungen zu Deutschland abbreche und sich an die Seite der Verbandsmächte stelle. Dieser Druck mußte nicht einmal besonders groß sein, denn die Regierung des Präsidenten Gomes stand mit ihren Sympathien ohnedies längst auf Seiten unserer Feinde. Die heutige Republik Brasilien ist nicht umsonst eine Schöpfung portugiesischer Revolutionäre, die zu beiden Seiten des Atlantischen Ozeans vom gleichen Geiste beseelt sind, und in Rio de Janeiro herrschen heute Männer derselben Richtung wie in Lissabon.

Brasilien, das seit dem am 15. November 1889 erfolgten Sturze des Kaisers Dom Pedros II. ein republikanischer Bundesstaat ist, ist seiner Größe nach wohl die größte der südamerikanischen Republiken und mit seinen 8 $\frac{1}{2}$  Millionen Quadratkilometern nicht viel kleiner als ganz Europa, aber seine Bedeutung als politisch-militärischer Machtfaktor entspricht dieser großen räumlichen Ausdehnung in keiner Weise. Die Einwohnerzahl beträgt nur 24 Millionen, d. i. nicht ganz drei auf den Quadratkilometer und die innerpolitische Organisation des von Revolutionen und militärischen Putschen häufig heimgesuchten Staates ist keineswegs so fest, daß von diesem eine angriffslustige äußere Politik zu erwarten wäre. Auch die militärisch-maritimen Machtmittel Brasiliens sind unbedeutend. Für das Heer besteht wohl die allgemeine Wehrpflicht aber deren Durchführung ist nur unvollkommen und ganze Bataillone bestehen aus Farbigen und Schwarzen. Die Gesamtstärke des Heeres beträgt im Kriege 5 Divisionen aus je 3 Infanterie-, 1 Kavallerie- und 1 Artillerieregiment. Diese geringe Macht ist im Frieden auf kleinem Stand, insgesamt nur 30.000 Mann zählend, über das ungeheure Gebiet des Reiches zerstreut und kaum imstande, mit den 20.000 Mann Polizeitruppen die Ordnung aufrechtzuerhalten und die häufigen Aufstände niederzuschlagen. Die Nationalmiliz von nominell 500.000 Mann ist ohne militärischen Wert. Die brasilianische Kriegsflotte besteht aus zwei Großkampfschiffen von 21.000 Tonnen, zwei Küstenpanzern, einigen geschützten Kreuzern und einer Anzahl von Kanonenbooten und Torpedofahrzeugen sowie mehreren Unterseebooten kleineren Typs. Geist und Disziplin der Flotte haben sich bisher als nicht sehr hochstehend erwiesen, und die brasilianische Flotte gilt ebenso wie die russische als ein Hauptherd revolutionärer Gärungen. Alles in allem ist die weitere Haltung Brasiliens militärisch ohne Bedeutung, wenn auch unsere Gegner aus ihr möglichst viel politisches Kapital zu schlagen und auch die anderen Staaten Südamerikas zu gleichem Vorgehen zu veranlassen suchen werden. Einen positiven Vorteil würde unseren Feinden zunächst nur die Beschlagnahme der in brasilianischen Häfen liegenden deutschen Dampfer bringen.

Amsterdam, 10. April.

Nach aus London hier eingelaufenen Nachrichten melden Londoner Blätter aus Rio de Janeiro, daß zwischen Brasilien und dem Deutschen Reiche die diplomatischen Beziehungen abgebrochen seien.

## Die neue Zeit.

Als ein feierliches Bekenntnis zum demokratischen Fortschritt erklingt es aus der Osterbotschaft, die Kaiser Wilhelm an das deutsche Volk gerichtet hat. Wenn von einem Menschen im Deutschen Reich gesagt werden kann, er habe im Kriege zugelehrt und umgelernt, so von dem deutschen Kaiser, der heute als ein völlig anderer Mann dasteht, als ihn die Welt vor dem Kriege gekannt hat. Durch viele Jahre seiner Regierung sprühte aus seinen Reden eine leidenschaftliche Abneigung gegen die breiten Massen, die sich im Namen der Sozialdemokratie sammeln; auch ein gesteigertes Bewußtsein seiner Sendung, die sich auf Gottes Gnaden berief; und obwohl er seines Geistes Wesen der Öffentlichkeit in zahllosen Reden vermittelt hat, hatte er bis zum Kriege wohl nie ein Wort gesprochen, in dem ein Hauch der durch die wirtschaftliche Entwicklung herbeigeführten neuen Zeit verspürt worden wäre. Um so bedeutungsvoller dieser Erlaß an den Reichskanzler, der sich mit Worten voll Kraft und Nachdruck zu dieser neuen Zeit, zu den Rechten bekennt, die aus ihr den Volksmassen, zu den Pflichten, die aus ihr den herrschenden Klassen erwachsen. Als unmittelbare Aufgabe bezeichnet der Kaiser die Reform des preussischen Abgeordnetenhauses, die Umbildung des Herrenhauses, aber sein Gewicht überragt noch diese größten der innerpolitischen Fragen, die freilich, weil hier der verbissene Widerstand des Adels am hartnäckigsten ist, dieser feierlichen Verheißung vor allem bedürften. Aber indem Kaiser Wilhelm auf die Erlebnisse des Ringens um den Bestand des Reiches hinweist, „die mit erhabenem Ernst eine neue Zeit einleiten“, und sich dafür verbürgt, daß „der Ausbau des inneren, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens ins Werk gesetzt werde“, bekennt er sich zu einer von Grund aus geänderten Auffassung von der Bestimmung der Monarchie in Preußen, als sie der Welt bisher als das wahre und eigentliche Lebensprinzip des preussischen Staates geschildert und gerühmt ward. Das monarchische Herrschaftsprinzip verfallt, und das demokratische Selbstbestimmungsrecht des Volkes tritt, von den Fesseln der politischen Vorrechte befreit, seinen Anspruch an.

Diese neue Politik hat Bethmann Hollweg mit männlichem Ernst durch die ganze Kriegszeit verfolgt und sie insbesondere in der letzten Rede im preussischen Abgeordnetenhaus als die Ueberzeugung, die ihn ganz erfüllt, verkündet. Zu diesen Grundsätzen spricht der Kaiser nun seine Billigung aus, aber man hat das Gefühl, daß der Kaiser nicht bloß der Politik seines ersten Ratgebers zustimmt, sondern daß sie ihre Quelle vor allem in seinem Willen hat. Ohne Zweifel hat der Krieg das Denken der Menschen so umgewälzt, daß die Zeit für eine Ueberspannung des monarchischen Bewußtseins alles andere denn günstig wäre, daß sich die Institution der Monarchie, die ja, wie alles Irdische, im Fluße der Entwicklung steht, nur behaupten kann, wenn sie sich bescheidet und den neuen Auffassungen der Menschen, dem aus der Not des Krieges erwachsenen demokratischen Selbstbewußtsein der Massen, sich in kluger Weise anzupassen versteht. Bei Herrn v. Bethmann Hollweg, der den Erlaß gegenzeichnet, mag natürlich auch der Wunsch mitgewirkt haben, die drängende Frage der preussischen Wahlreform, von der er vermeint, daß sie im Augenblicke nicht gelöst werden könne, in einer Weise von der Tagesordnung abzusehen, bei der der Zweifel, daß sie in der Versenkung verschwinden könnte, ausgeschlossen ist. Auch die Erwägung hat mitgewirkt, den immer zahlreicher werdenden Feinden des Reiches durch eine Tat Klarzumachen, daß das große und reife deutsche Volk fähig ist, sich seine Freiheit selbst zu zümmern, von ihm den Makel der politischen Mündigkeit, den ihm die preussische Dreiklassenschmach anhaftet, zu lösen. Aber dennoch dürfen wir einen Monarchen klug beraten nennen, der die politischen Strömungen der Zeit begreift und sich fähig zeigt, mit ihnen zu gehen, anstatt sich ihnen einseitig und hartnäckig zu verschließen. Obwohl die Monarchen dabei vor allem klug für sich handeln, und nicht selten vornehmlich daran denken werden, die monarchische Institution vor Erschütterungen zu bewahren, so gehört doch diese Einsicht und Klugheit zu den Regentengaben, die der staatlichen Entwicklung

förderlich sind. In der inneren Geschichte Preußens wird diese Osterbotschaft ein starker Einschnitt bleiben.

Und während wir diese Verheißung einer neuen Zeit lesen, steigt vor uns ganz naturgemäß die Frage auf, wie es bei uns steht, wo wir mit der sagenhaften Erneuerung halten. Mit welch höhnischen Worten hat der ungarische Oligarchenhäuptling die Forderung zurückgewiesen, daß die Erlebnisse des Weltkrieges auf das innere Leben rückwirken müssen, daß die Schandreform, womit die Lukacs und Tisza jene ebenso feierliche Verheißung, die dem Volke in Ungarn durch Szervary und Kristoffy verkündet ward, parodiert haben, verschwinden und einem ehrlichen demokratischen Wahlsystem Platz machen müsse! Und können wir anders als mit Scham daran denken, daß man in Oesterreich noch immer ohne Volksvertretung regiert, daß seit dem Regierungsantritt des jungen Kaisers Monate verlossen sind, ohne daß seinem bestimmten Wunsche, das Gelöbnis auf die Verfassung zu leisten, die Erfüllung gesichert wurde? Und erst die Pläne zu der Erneuerung, die darauf hinauslaufen, das Abgeordnetenhaus durch eine oktroinierte Geschäftsordnung ins Mark zu treffen! Und wo ist etwas sichtbar geworden, das dem erbitternden Unrecht, das an den breiten Massen in der Gemeinde und in den Ländern verübt wird, ein Ende machen will? Aber vielleicht wird auch hier die Rechnung auf die Beharrungskraft des Adels, Ueberlebten und Rückständigen trügen, die Spekulation, daß die demokratische Welle bei Bodenbach haltmachen müsse, sich als falsch und irtümlich erweisen. Wir wollen unter den Völkern Europas keine Barrias sein und werden es nicht bleiben. Die hehren Gedanken der Freiheit und Demokratie pochen an allen Toren und heischen gebieterisch Einlaß. Auch hier wird der Wille eintreten, der Raum schafft für die neue Zeit, von der ein Kaiser sagt, daß sie sich mit erhabenem Ernst ankündigt.

## Die Hungerblockade der Verbündeter gegen Griechenland.

Die „Freiheits“mächte am Werke.

Berlin, 12. April. (Wolffsches Bureau.)

Im Korinthischen Golf hat ein französisches Kanonenboot auf ein (griechisches) Fischerboot fünf Schüsse abgegeben. Ein Schuß riß einem Ruderer beide Arme ab. Eine große Anzahl von Fischerbooten wurde versenkt.

Nach amtlichen Feststellungen und beglaubigten Mitteilungen ist infolge der Blockade Griechenlands dort eine größere Anzahl von Todesfällen infolge Hungers zu verzeichnen: auf der Insel Ithaka 4, auf Leukas 1, auf Kephalonia 3, auf Subda 4, in Prevesa 1, in Messana 5 und in Elias 2. Mehrere Mütter beklagen den Verlust ihrer Säuglinge, da sie diese nicht nähren konnten. Trotz des Hungers weigert sich indes die Bevölkerung, vom Verbände Lebensmittel anzunehmen. So wurde das Ersuchen des Kapitäns eines im Hafen von Leukas ankommenden französischen Schiffes an die Bauern, sich an der Löschung der Maisladung zu beteiligen, von den Bauern abgelehnt.

**Hollands strikte Neutralität.****Erklärungen des Ministers des Innern  
van der Linden.**

Haag, 12. April.

Bei der Verhandlung des Budgets in der Ersten Kammer ergriff Minister des Innern Cort van der Linden das Wort zu folgenden Ausführungen: Je länger der Krieg dauert, desto schwieriger wird die Lage. Die Grenzen des Völkerrechtes werden immer enger gezogen. Wir leiden unter dem U-Boot-Krieg und unter der Blockadepolitik, aber wir behaupten unseren Standpunkt und weichen nicht von unserer strikten Neutralität. Wir sind bereit, unser Gebiet gegen jeden Angreifer zu verteidigen. Die Kriegführenden schädigen uns durch ihre Kampfart, unsere Neutralität schadet ihren Interessen. Der Minister legte Nachdruck darauf, daß Holland weder der einen noch der anderen Partei Gefälligkeiten erweise, sondern nach bestem Wissen tue, was ihm Recht erscheine, und fügte hinzu: Wir werden immer einsamer und gewinnen durch unsere Handlungen weder die Liebe der einen noch der anderen Partei. Aber wir werden uns wohl die Achtung bewahren auch für die spätere Zeit.

Der Minister schloß seine Erklärungen folgendermaßen: Nach dem Kriege wird unser Land eine vermittelnde Rolle zwischen den Großmächten spielen. Diese Rolle kann für uns eine Quelle des Wohlstandes werden. Aber wenn wir dann versuchen sollten, Mauern aufzurichten und gegen die starken Kombinationen von Mächten einen wirtschaftspolitischen Kampf zu führen, dann würde unsere Isolierung weder auf industriellem Gebiete, noch auf dem Gebiete des Handels etwas anderes einbringen als Verschärfung der internationalen Konkurrenz. Erhöhung der Zölle ist ein Mittel, das für

ein kleines Land, wie das unsrige, von den allergefährlichsten Folgen begleitet sein kann.

### Die Entente und die innere Politik Deutschlands

(Von unserem Korrespondenten)

3 Paris, 10. April.

Seitdem der Präsident Wilson in seiner Botschaft den Krieg als einen Kampf der Demokratien gegen die Autokratie, „gegen den natürlichen Feind der Freiheit“ bezeichnet hat, seitdem die russischen Linkrevolutionären erklärt haben, daß sie nur zu einem Frieden bereit sind, wenn in Deutschland das Regierungssystem geändert wird, hat man den deutschen und besonders den preußischen innerpolitischen Verhältnissen hier besonders viel Aufmerksamkeit geschenkt. Es ist keine Frage, daß die Entente die Verhältnisse in Deutschland umgestalten will, wenn sie Siegerin ist. Es ist ferner keine Frage, daß die Deutschen finden, es habe ihnen niemand in ihre innere Ordnung zu reden, ihr Volk sei mündig genug, um sich so regieren zu lassen, wie es ihm gefällt. Die Entente aber sagt, an der Art und Weise, wie ein so großes Reich regiert wird, habe auch die Umwelt ein Interesse, und ein dauernder Friede sei unmöglich, wenn die Dinge in Deutschland unverändert weiterbestehen. Es ist nicht zum ersten Male, daß das Ausland in die inneren Verhältnisse eines Staates eingreift. Würde sich zum Beispiel Deutschland von heute auf morgen in eine demokratische Republik verwandeln, so befänden sich sowohl die russische Revolution als der Präsident der Vereinigten Staaten einem vollständig neuen Problem gegenüber. Solche Gedanken hat man sich hier schon gemacht. So schreibt der „Temps“ vom 10. April: „Das besiegte Deutschland wird, um unseren Schlägen zu entgehen, vor keiner Vortäuschung zurückschrecken. Sein Kaiser würde es nötigenfalls als Republik verkleiden, wenn er glauben würde, dadurch die Zukunft zu reservieren.“ Aus diesen kurzen Andeutungen erfieht man, welche allgemeine politische Bedeutung den innerpolitischen Vorgängen in Deutschland gegenwärtig zukommt, und man kann auch unschwer erraten, in welchem Geiste diese Vorgänge in Frankreich beurteilt werden.

In dieser Beziehung ist das, was zu dem königlich-preußischen Versprechen über die preußische Wahlreform gesagt wurde, sehr interessant. Die strenge Unterscheidung, die Präsident Wilson zwischen dem deutschen Volke und seiner Regierung gemacht hat, deckt sich nicht mit den französischen Ansichten und nach der Meinung vieler Leute auch nicht mit den französischen Interessen. Man hält in Frankreich das deutsche Volk für vollständig solidarisch mit der deutschen Regierung; in diesem Punkte herrscht zwischen der deutschen und der französischen Presse Uebereinstimmung. Man findet es hier aber auch klug, das deutsche Volk für unfähig zu halten, irgend eine große politische Reform zu erreichen, und als das königliche Versprechen für die preußische Wahlreform kam, da zeigte sich sofort das Bestreben, die Bedeutung dieses Versprechens abzuschwächen. Diese Tendenz wurde mit mehr oder weniger Geschick verfolgt. Die meisten Blätter wiesen darauf hin, daß das Versprechen wertlos sei, weil es erst nach dem Kriege wirksam werde. Mit Recht wurde in der „Action française“ hervorgehoben, daß dieser Einwand gerade von seiten der Franzosen etwas kindisch sei, die seit dem Kriege alle Wahlen, auch die Ergänzungswahlen, fiktiv haben. Der „Temps“ macht geltend, daß den Preußen die Wahlreform schon 1815, 1848, 1866 und 1903 versprochen worden ist, und daß dieses Versprechen nie gehalten wurde; man könnte dagegen sagen, daß diesmal ein ganz bestimmtes königliches Versprechen vorliegt, mit dem keines der früheren ver-

...historischen Worten steht. Aus den vorliegenden Beispielen erwähne ich zunächst „Chalanda Mars“. Der humanistisch gebildete Leser wird bald heraus haben, daß dieses Wort nichts anderes bedeutet als „Erster März“. Dieser erste März hat in rätio-romanischen Ländern noch heute seine ursprüngliche Bedeutung eines Neujahrsfestes bewahrt; sie hat sich allerdings gewendet zu einem Frühlingsfest der Kinder. Pult gibt nun in seinem Artikel „Chalanda Mars“ eine Uebersicht über die Verbreitung dieses Festes, über die dabei heute noch erhalten gebliebenen Bräuche und über seine historische Herkunft.

Noch erheblich weiter geht er im Artikel „Tragliun“. Mit diesem Worte bezeichnen die rätio-romanischen Einwohner Graubündens, das, was in der deutschen Schweiz „Schleife“ genannt wird, d. h. das Gerät, mit dem in den Bergen Heu oder auch Steine und anderes Material zu Tal befördert wird. Hier findet der Leser eine ausführliche Beschreibung des Gerätes in Worten, Zeichnungen und Photographien. Diese Abhandlung führt also direkt ins Leben

Abticht der Einmischung in innerpolitische Angelegenheiten eines Staates stellen wie man will. Tatsache ist, daß diese Abticht vorhanden und wahrscheinlich der Hauptgrund des amerikanischen Eingreifens ist. Darum ist es besonders jetzt nötig, auch dieser Seite der internationalen Probleme Aufmerksamkeit zu schenken.

### Englands Sorgen.

Wohin sind die Siegesphrasen Lloyd Georges geraten? Wohin der stolze Brustton der Unüberwindlichkeit? Die jüngste Rede des englischen Premiers, die der Telegraph soeben stückweise übermittelt, ist nämlich angefüllt von schweren Sorgen. Und das hat der verschärfte U-Boot-Krieg bewirkt! Das meerbeherrschende Albion muß durch den Mund des größten Kriegshebers, der Deutschland immer wieder zerschmetterte, durch den Mund Lloyd Georges der Welt bekanntgeben, daß das Inselreich in der gefährlichsten Weise zerniert sei. Das Schiffsraumproblem müsse durch sofortige und rücksichtslose Maßregeln, wenn auch nicht gelöst, so doch der größten Schwierigkeiten ledig gemacht werden. Ein Einfuhrverbot ist vonnöten, um Schiffsraum zu sparen, das die Bürger Englands in ihren Lebensgewohnheiten beträchtlich stört und die Alliierten Englands finanziell schädigt. Und Lloyd George muß weiter zugeben, daß er sich nicht darauf verlassen könne, den U-Booten wirksam entgegenzutreten; er muß die Rettung Englands nicht in der Lahmlegung der deutschen U-Boot-Aktion, sondern darin suchen, daß Englands Bürger sich den Gurt um den Leib knapper schnüren.

Dabei erscheinen die Auskunftsmitel, der Rahmen des Einfuhrverbots, keineswegs kolossal wirkungsvoll; sie werden nur lästig in England selbst empfunden werden, reichen aber gewiß nicht aus, die enorme Schädigung, die Englands Tonnage erfahren hat und weiter erfährt, auch nur in kleinstem Maße wettzumachen. Wenn jetzt um 20 Millionen Tonnen weniger in Englands Häfen einlaufen, dann erscheint die von Lloyd George berechnete Ersparnis von 1½ Millionen — durch das Einfuhrverbot — wirklich wie ein Tropfen im Meer. Die deutschen U-Boote werden weiter sorgen, daß noch weniger als 20 Millionen Tonnen jährlich nach England kommen. Welch ein Unterschied zwischen den Mitteilungen des Staatssekretärs Grafen Röbern in der geistigen Sitzung des deutschen Reichstages und der Rede Lloyd Georges — hier Kraft und berechtigte Zuversicht, in England die Notwendigkeit, beschämende Eingeständnisse von Not und Sorgen abzuliegen!

### Erklärungen Lloyd Georges.

London, 23. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Im Unterhause betonte Premierminister Lloyd George in seiner Erklärung die große Wichtigkeit der Schiffsraumfrage und sagte, daß eine Million Tonnen englischen Schiffsraumes Frankreich zugewiesen sei, außerdem ein beträchtlicher Teil Rußland und Italien. Gegen die U-Boot-Gefahr könne man mit drastischen Mitteln vorgehen, aber es seien auch sofortige und rücksichtslose Maßregeln notwendig, um das Problem der Tonnage zu lösen, das dem Lande große Opfer auferlegen würde. Der glückliche Erfolg der

Sache der Alliierten hänge von der Lösung der Schiffsraum-schwierigkeiten ab. Nach allen Abzügen sei nur ungefähr die Hälfte der englischen Tonnage für die gewöhnlichen Erfordernisse verfügbar. Während vor dem Krieg jedes Jahr Schiffe mit einem Gesamtausmaß von fünfzig Millionen Tonnen in den britischen Häfen ankamen, sei diese Zahl jetzt auf dreißig Millionen Tonnen herabgesunken, und zwar fast ausschließlich infolge der Ueberweisung von Schiffen für die kommerziellen und militärischen Erfordernisse der Alliierten. Die Regierung hoffe, die Mittel zu finden, um den Unterseebooten wirksam entgegenzutreten zu können. Sie würde sich aber sträflicher Torheit schuldig machen, wenn sie ihre Politik ohne weiteres auf die Annahme aufbaute, daß sie diese Hoffnung werde erfüllen können. Ein gut Teil der Tonnage sei versenkt, und es sei zu erwarten, daß noch weit mehr versenkt werden würde, ehe die Gefahr überwunden werde. Die Einfuhr von Bauholz müsse dadurch vermindert werden, daß man französisches Bauholz für die Armee und britisches für Grubenstützen verwende. Ausgiebigere Gewinnung britischer Erze, allerdings von geringerem Gehalt, würde die britische Erzeugung außerordentlich steigern.

Lloyd George befaßte sich sodann mit der Frage der Lebensmittel-erzeugung im eigenen Lande und wies auf die Notwendigkeit hin, die Farmer dazu zu veranlassen, Getreide anzubauen. Die Regierung würde deshalb die Weizenpreise bis zum Jahre 1920 garantieren, für die Arbeiter Mindestlöhne festsetzen und die Erhöhung der Pachtgelder verbieten. Durch alle diese Mittel könne beträchtlicher Schiffsraum gespart werden, aber diese Ersparnis würde erst später eintreten. Inzwischen werde Schiffsraum dringend benötigt. Daher müsse die Papier-einfuhr um die Hälfte vermindert werden. Die Einfuhr aller wesentlichen Nahrungsmittel würde uneingeschränkt bleiben, aber die von gewissen Früchten entweder verboten oder stark beschränkt werden. Kohlensäure, Mineralwässer und ausländischer Tee würden nicht ins Land gelassen und die Einfuhr von indischem Tee auf eine bestimmte Menge herabgesetzt werden. Große Vorräte von Kaffee und Kakao seien im Lande, die Einfuhr dieser Artikel werde daher vorläufig aufgehoben werden. Das Land müsse mehr von heimischem Fleisch und andern Nahrungsmitteln leben. Die Regierung hoffe, mit allen diesen Beschränkungen über 900.000 Tonnen jährlicher Einfuhr zu ersparen. Außerdem müsse die Einfuhr sehr vieler Industrieartikel aufhören. Durch Einschränkung der Biererzeugung allein würden 600.000 Tonnen jährlich frei werden. Auch sei eine entsprechende Verminderung der Erzeugung von Spirituosen geplant. Wenn dieses Programm zur Gänze durchgeführt werde, könne er ehrlich versichern, daß England auch den schlimmsten Eventualitäten entgegensehen könne. (Lebhafter Beifall.)

### Der verschärfte U-Boot-Krieg.

Berlin, 24. Februar. Der „Totalanzeiger“ schreibt: Die englische Regierung läßt in allen Zeitungen ein Inserat erscheinen, in dem es heißt: Schiffe bringen Hammel- und Ochsenfleisch. Das Frühstücksbrot wird aus Getreide hergestellt, das in Schiffen nach England befördert wird. Ohne diese Nahrungsmittel müssen die Engländer verhungern. Die Deutschen bauen Unterseeboote, um unsre Schiffe zu versenken. Sie hoffen, den Krieg dadurch zu gewinnen. Ohne Nahrung kann man nicht kämpfen, nicht leben. Es müssen mehr Schiffe gebaut und mehr Nahrungsmittel erzeugt werden. Jeder Mann zwischen 18 und 61 Jahren muß sich jetzt freiwillig für den nationalen Dienst melden. Wir können keine Zeit verlieren.

Mittwoch, 25. November 1917

er Zeitung.)

nummer 40, 41, 42, 43.

## Preis der Anzeigen:

Kolonialzeile 60 c, Abendbl. 75 c  
 Reklamen 42. —, Abendbl. 42. 50 c  
 Familienanzeigen 41. —, zusätzl.  
 10% Kriegszuschlag. Platz- und  
 Daten-Vorschrift, ohne Verbind-  
 lichkeit. — Anzeigen nehmen aus:  
 Unsere Expeditionen in Frankfurt  
 a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37,  
 Schillerstr. 20, Mainz: Schillerpl. 2,  
 Berlin: Mauerstraße 16/18, Dresden: K.  
 Waisenhausstr. 23, München: Fern-  
 sandstr. 4, Offenbach: Biebererstr. 34,  
 Stuttgart: Poststr. 7, Zürich: Nord-  
 straße 62. Uns. übr. Agentur,  
 u. d. Annonc.-Exped. Ferner im  
 New York: 20 Broad Street.  
 Verlag u. Druck der Frankfurter  
 Societäts-Druckerei G. m. b. H.  
 Postcheckkonto Frankfurt (Main) 4118

## Deutschlands äußere und Preußens innere Politik.

Von Professor Max Weber (Heidelberg).

### I. Die Polenpolitik.

Der monarchischen Staatsreform wird die Fähigkeit beson-  
 ders stetiger und einheitlicher Haltung in der großen Politik  
 nachgerühmt. Wenn es nun irgend eine hochpolitische Frage  
 gibt, welche besonders dringend zielbewusster Einseitigkeit  
 der Behandlung bedarf, so ist es die polnische. Im Winter  
 1916 kündigte der Reichskanzler die Wiederaufrichtung Po-  
 lens an, nachdem das Problem schon seit Monaten erwo-  
 gen war. Bis zur Novemberproklamation der beiden Kaiser blieb  
 also hinlänglich Zeit für alle Instanzen, sich über die Konse-  
 quenzen klar zu werden. Daß diese vor allem auch auf dem  
 Gebiet der innerdeutschen Polenpolitik liegen mußten,  
 war selbstverständlich. Die folgenschwere Wandlung unserer  
 Gesamtpolitik im Osten wäre sonst ein politischer Überwitz.  
 Ohne grundsätzliche Neuorientierung der Beziehungen  
 zwischen den beiden Nationalitäten bedeutete sie ja die be-  
 wußte Schaffung eines „Serbien“ vor unseren Toren. Die  
 Ära, in welcher unsere Interessengemeinschaft mit Rußland  
 auf der beiderseitigen Beherrschung polnischer Gebiete be-  
 ruhte, ist geschlossen, und neue Wege müssen beschritten  
 werden.

Eine für die Deutschen sowohl wie die Polen absolut be-  
 friedigende Lösung der zahlreichen schwierigen Interessent-  
 kollisionen ist — leider — nicht möglich. Denn solange Mil-  
 itärstaaten und staatliche Wirtschaftspolitik bestehen, kann die  
 Nationalität, — deren Grenze überdies im Osten mit seinem  
 Durcheinandernwohnen beider Völker garnicht gesunden wer-  
 den könnte, — für die Ziehung der politischen Grenzen nur  
 neben 1. der militärischen Sicherheit und 2. der wirtschaft-  
 lichen Zusammengehörigkeit maßgebend sein. Aber auch eine  
 nur irgendwie leidliche Lösung ist ausgeschlossen, wenn nicht  
 von beiden Seiten alle jene „Prestige-“ und Eitelkeitsfragen  
 ausgeschieden werden, deren Hineintragung die Kämpfe der  
 Nationalitäten ebenso wie die der Staaten immer unaustrag-  
 bar macht. Die Frage darf nur dahin gestellt werden: was  
 die rein sachlich-staatlichen Interessen des Reichs und  
 Preußens einerseits und was das Interesse der Polen an  
 der Entwicklung ihrer eigenen Kultur auf der anderen  
 Seite als absolutes Minimum erfordern, was also z. B.  
 auf den wichtigsten Gebieten: der Schul- und Sprachenpolitik  
 und der Siedelungspolitik beiderseits rein sachlich 1. unent-  
 behelich, 2. wünschenswert, 3. erträglich ist. Die bisherige  
 preussische Polenpolitik ist jedenfalls fortan unhaltbar. Das  
 ist sie aber auch rein an sich.

Daß das Vordringen der Polen auf Kosten der Deutschen  
 im Osten sich vollzog gerade infolge der größeren Kultur-  
 armut der ersteren, die sich ausdrückte in geringeren Lohn-  
 forderungen der polnischen Arbeiter und geringerem Mindest-  
 bodenbedarf der polnischen Bauern, — diese fatale Beherr-  
 schung der Nationalitätenkonkurrenz durch das „Prinzip der  
 billigeren Hand“ war seinerzeit ein kräftiger Grund für uns  
 Deutsche, die Ansiedelungspolitik der preussischen Re-  
 gierung zu unterstützen. Selbstverständlich aber unter der  
 Voraussetzung, daß gleichzeitig und vor allem die alljährliche  
 Ueberflutung des Ostens durch Hunderttausende billiger  
 russisch-polnischer Wanderarbeiter aufhörte, welche dazu ten-  
 ten, Großgrundbesitzern eine Existenz auf Kosten der  
 nationalen Interessen zu ermöglichen. Statt dessen  
 wurde die von Bismarck durchgeführte Grenzperre beseitigt  
 und damit der Ansiedelungspolitik aller Wind aus den Seg-  
 eln genommen, sie, trotz noch so ausgezeichnete Arbeit, zur  
 politischen Sinnlosigkeit verurteilt. An Stelle jener Natio-  
 nalitäts- und siedelungspolitisch allein wirksamen Maßregel  
 begann die bekannte Sprachenpolitik. Alle Erfahrungen dar-  
 über, daß solche Maßregeln überall und immer eine je-  
 nicht mehr analytische, sondern mit eigener Presse und  
 einer eigenen Literatenschicht ausgestattete Nationalität, so-  
 durch das materielle Interesse dieser Schichten, zum äußersten  
 bisher noch in keinem Falle gebrochenen Widerstand zu-  
 sammengeschlossen haben, blieben unberührt. Jetzt erst wur-  
 den die „Massen“ innerlich beteiligt. Die wirtschaftliche Mo-  
 bilisierung des Polentums folgte. Die immer weiter sich  
 verschärfenden Gegenmaßnahmen führten in logischer Konse-  
 quenz zum Enteignungsgesetz. Damit war man aber auf dem  
 Punkt, wo Interessen der hohen Politik mitsprachen: Rücksicht  
 auf das österrreichische Bündnis nötigte dazu, halt-



# Japan

## Seine beispiellose Aufschwung

Während im fürchterlichsten aller Kriege die europäischen Großmächte in immer beschleunigterem Tempo ihre Volkswirtschafts- und Finanzkraft schwinden sehen, eine Reihe kleinerer Staaten aufgeopfert, zerdrückt worden sind, die neutralen Länder unter allseitigem, unerhörtem Druck seufzen, arbeitet mit zwingender Methodik im fernsten Osten ein Volk mit eiserner Energie an seiner Entwicklung.

Allerdings erscheint auch Japan auf der Liste der Kriegführenden, auf Seite der Entente-Mächte. Aber es hat sich damit begnügt, seine Flotte zur Blockierung der deutschen Kreuzergeschwader zur Verfügung zu stellen, Kiautschau zu erobern, um es, wie gesagt wurde, den Chinesen zurückzugeben: die Monroe-Doktrin, auf Asien angewendet. Ein weiteres, zu wiederholten Malen in Aussicht gestelltes direktes Eingreifen Japans in den Krieg aber hat bis jetzt nicht stattgefunden.

Die Verluste, die das Reich bei seiner kriegerischen Betätigung erlitt, bedeuten nichts im Verhältnis zu den Opfern und Leiden der europäischen, in den Konflikt verwickelten Länder.

Mit den erwähnten Leistungen ist allerdings die Rolle Japans im Kriege nicht erschöpft. Als Lieferant für allerhand Kriegsbedarf, der namentlich für die Ausrüstung der russischen Armee von höchster Bedeutung ist, als Durchgangsland für der gleichen Bestimmung zugedachtes amerikanisches Kriegsmaterial hat Japan seinen Verbündeten wichtige Dienste geleistet.

Diese Dienste aber bedeuten für das Land nicht Opfer, sie sind vielmehr die Quelle reicher Einkünfte. Diese werden, wie die nach dem russisch-japanischen Kriege dem Volke auferlegte, von ihm auch durchgeführte Spartaktik beitragen, die Entwicklung des Landes in wirtschaftlicher und militärischer Beziehung weiter zu fördern, seine finanzielle Abhängigkeit vom Auslande noch rascher zu vermindern.

Das ökonomische und finanzielle Jahrbuch Japans pro 1916 enthält eine Reihe der interessantesten Zusammenstellungen, die die Entwicklung des Landes seit dem Zusammenstoß mit Rußland aufs deutlichste veranschaulichen.

Die Gesamtfläche des Reiches, inklusive Korea, Formosa, die Pescadoreen und Süd-Sachalin, beträgt 670,000 Quadratkilometer.

Die Gesamtbevölkerung belief sich am 31. Dezember 1907 auf 33,289,000 männliche und 31,813,000 weibliche, total 65,102,000; am 31. Dezember 1916 schätzungsweise auf 39,379,000 männliche, 37,909,000 weibliche, total 77,288,000.

Gewaltig ist die Vermehrung der Einwohner im gleichen Zeitraum in den dem Reiche zuletzt angegliederten Gebieten:

Korea Zunahme 4,479,000 Einwohner = 34 Prozent; Süd-Sachalin Zunahme 31,000 Einwohner = 155 Prozent.

Die ordentlichen und außerordentlichen Einnahmen und Ausgaben stellten sich im Finanzjahr:

	Einnahmen		
	ordentliche	außerordentl.	Total
1903/04 auf Yen	224 Mill.	36 Mill.	260 Mill.
1904/05 "	299 "	28 "	327 "
1915/16 Budget auf Yen	527 "	81 "	608 "

	Ausgaben		
	ordentliche	außerordentl.	Total
1903/04 auf Yen	169 Mill.	80 Mill.	249 Mill.
1904/05 "	127 "	150 "	277 "
1915/16 Budget auf Yen	406 "	197 "	602 "

1 Yen = Fr. 2,555.

Die ordentlichen Einnahmen setzen sich zusammen aus:

1. Steuern (Grund-, Einkommen-, Erbschaftssteuer, Handelspatente, Reisendensteuertagen auf Eisenbahnen, elektrischen Tramways, Dampfschiffen, Steuern auf Minen und Banknoten, auf alkoholischen Getränken, japanischer Sauce und Zucker, Verbrauchssteuern auf Gewebe, Petrol, Borsäuresteuer, Zölle und verschiedene Abgaben), Budget 1915/16 total Yen 316 Millionen.

2. Den Einnahmen aus Stempelgebühren (über 80 verschiedene Objekte), total Yen 30 Millionen.

3. Den Einnahmen aus Monopolen (Salz, Kampfer, Tabak), aus Staatsbetrieben (Eisen-

bahnen, Post, Telegraph und Telephon) und aus den Domänen, total Yen 166 Millionen.

4. Den Erträgen der Staatsdepots, sowie den Ablieferungen der Kolonien Korea und Formosa, total Yen 24 Millionen.

Die ordentlichen Ausgaben umfassen:

1. Kaiserliche Zivilliste: Budget 1915/16 Yen 4 1/2 Millionen.

2. Ministerium des Aeußern: Yen 4 Millionen.

3. Ministerium des Innern: Yen 12 Millionen.

4. Finanz: Yen 173 Millionen, inbegriffen Yen 123 Millionen Zuweisung an den Fonds für Konsolidierung der öffentlichen Schuld und Yen 12 Millionen Einlage in den Fonds für Schiffsbauten.

5. Krieg und Marine: Yen 117 Millionen.

6. Justiz, öffentlicher Unterricht, Landwirtschaft und Handel: zusammen Yen 27 Mill.

7. Verkehr: Yen 65 Millionen.

Die außerordentlichen Ausgaben sehen weitere Yen 63 Millionen für Krieg und Marine vor.

Der russisch-japanische Krieg veranlaßte Japan zu großen Anleiheausnahmen in den Jahren 1905 bis 1910 (innere Anleihe Yen 1152 Millionen, äußere — in England, Nordamerika, Frankreich und Deutschland angenommen — Yen 1335 Millionen).

Der ursprüngliche Betrag sämtlicher Anleihen war 2747 Millionen Yen; davon wurde amortisiert Yen 258 Millionen, so daß die innere und äußere Schuld Japans auf 31. März 1916 noch Yen 2489 Millionen ausmacht, die sich nach ihrer Verwendung folgendermaßen gliedern: Yen 98 Millionen Rückkauf der Fehdal-Pensionen; Yen 773 Millionen Eisenbahnen, Hafens-, Brücken- und Straßenbauten, Telegraph und Telephon, Minen; Yen 1405 Millionen militärische Zwecke; Yen 121 Millionen Rückkauf von Papiergeld, Konversionen, Tabak und Salzmonopol; Yen 92 Millionen Ausbeutung neuer Territorien.

Die Anleihepolitik Japans, die ihre sprechenden Ausdruck im Gesetz vom Mai 1911 findet (Amortisation der Anleihen pro Jahr mit 1,16 Prozent, Minimum Yen 30 Millionen), ist auf eine rasche Tilgung seiner Schulden gerichtet und gerade während der jetzigen Kriege war die Regierung in der Lage, nicht nur entsprechende Kosten seiner Anleihen in London zurückzukaufen, sondern daneben noch an Rußland und England Darlehen zu gewähren im Belaufe von Yen 700 Millionen.

Ackerbau, Viehzucht, die Seidenindustrie, die Fischerei, die Minenindustrie haben sich seit zehn Jahren in stärkstem Maße entwickelt, teilweise verdoppelt und verdreifacht. Die Zahl der mit und ohne motorische Kraft betriebenen Fabriken und Werkstätten ist von 1905 bis 1914 von 9776 auf 17,062 gestiegen, die der darin beschäftigten männlichen und weiblichen Arbeiter von 587,000 auf 853,000.

Von den 17,062 Betrieben entfallen: 8541 auf die Textilindustrie, 1401 auf die Maschinenbau- u. Metallbranche, 1770 auf die chemische Industrie, 2663 auf die Lebensmittelbranche, 2687 auf diverse Industrien (Buchdruck, Papier, Holz und Bambus, Leder, Federn, Luxusindustrien, Elektrizität, Gas, Metallraffinerien).

Entsprechend steigerten sich die Ziffern des Außenhandels. 1905 belief sich der Totalwert der Ausfuhr auf Yen 321 Millionen, der Einfuhr auf Yen 488 Millionen; 1915 auf Yen 708 Millionen, bzw. Yen 532 Millionen.

In den Ausfuhrzahlen von 1915 machen sich die Kriegslieferungen deutlich bemerkbar, indem namentlich die Exporte nach Rußland, England, Frankreich, dann aber auch nach China, Indien, Australien und Nordamerika gegenüber 1914 sprunghafte Erhöhungen aufweisen und insbesondere auf folgende Artikel entfallen: Getreide, Mehl, Tee, chemische Produkte, Medikamente, Gewebe, Kleider, Munition, Mineralien, Metalle und Maschinen.

1897 ist Japan zur Goldwährung übergegangen. Die Bank von Japan besitzt das alleinige Recht zur Notenausgabe. Die Notenzirkulation betrug Ende 1906 Yen 341 Millionen, Ende 1915 Yen 430 Millionen; der Goldbestand Ende 1906 Yen 147 Millionen, Ende 1915 248 Millionen. Der metallisch nicht gedeckte Notenumlauf betrug Ende 1906 Yen 94 Millionen, Ende 1915 Yen 82 Millionen.

Die vorteilhafte Changelage infolge der günstigen Entwicklung des Außenhandels hat zur

Stärkung des Goldbestandes wesentlich beigetragen.

Die Länge des Eisenbahnnetzes ist von 1905/06 bis 1914/15 von 4783 englischen Meilen auf 7131 Meilen, der Anlagewert von Yen 411 Millionen auf Yen 832 Millionen gestiegen. Dabei hat die Verstaatlichung starke Fortschritte gemacht, so daß 1914/15 5686 Meilen Staats- und nur mehr 1444 Meilen Privatbahn sind.

Das in elektrischen Trambahnen investierte Kapital ist von 1906 bis 1914 von Yen 37 Millionen auf Yen 273 Millionen, der erzielte Gewinn von Yen 2 Millionen auf Yen 20 Millionen angewachsen.

Von 1906 bis 1915 ist der Brutto-Tonnengehalt der Handelsmarine von 1,395,000 Tonnen auf 2,292,000 Tonnen gestiegen.

Diese wenigen Angaben aus einem reichen Zahlenmaterial beweisen zur Evidenz, daß Japan, das mit Bezug auf Flächeninhalt und Einwohnerzahl beispielsweise Deutschland um ein Beträchtliches übertrifft, sich in den letzten Jahren in ganz ungewöhnlicher Weise entwickelt hat.

Japan ist die unbestrittene Vormacht Asiens geworden, auf dessen Kontinent es durch die Annexion Koreas im Jahre 1910 festen Fuß gefaßt hat; sein Wahlspruch ist: Asien den Asiaten. Wird es der Regierung des Mikados gelingen, den chinesischen Riesen aus seiner Lethargie zu erwecken, das Mißtrauen, das im Reiche der Mitte gegen Japan herrscht, zu zerstreuen und zu bewirken, daß zwischen beiden Nationen übereinstimmende Ansichten mit Bezug auf Gemeinsamkeit der Interessen ihren Ausdruck in einer entsprechenden wirtschaftlichen und militärischen Organisation finden, die zweifellos ihre Spitze gegen Europa richten müßte? Das Ergebnis des Zusammengehens der beiden Reiche wäre die Konstituierung einer neuen, ungeheuren Kraft. Die Frage rollt ein weltgeschichtliches Problem auf.

Wird Japan im Sinne der Wilsonschen Gedanken mitwirken als Hüter des Friedens in Europa? Oder hat es den Grimm über die Gewaltmaßregeln europäischer Großmächte im Jahre 1864 noch nicht überwunden?

Wahrhaftig, Europa hat allen Grund, die Entwicklung in Asien sorgsam zu verfolgen, seine Aufmerksamkeit zu richten auf das gewaltig in die Höhe strebende Reich der aufgehenden Sonne.

# Finanz- und Justizetat im Landtag.

Sitzung vom 24. Februar. Fortsetzung.

Am Ministertisch: Lenzke.  
Die zweite Lesung des

## Etats des Finanzministeriums.

wird fortgesetzt.

Abg. Hef (Str.): Die Beamtenbesoldungsfrage ist ein integrierender Bestandteil der Bevölkerungspolitik, von der die Zukunft unseres Volkes abhängt. Hier muß eine gründliche Reform eintreten. Ohne große finanzielle Opfer geht das allerdings nicht ab. Ich sehe aber optimistisch in die Zukunft und hoffe, daß das deutsche und das preussische Volk sich bald von den schweren Schäden erholen wird, zumal ich auch die Frage der Kriegsschadung nicht von der Hand weisen möchte. Die Feinde, die uns so schwer geschädigt haben, müssen auch ihr Teil wieder dazu beitragen, diese Schäden zu beseitigen. (Sehr richtig! redts, in der Mitte und bei den Natib.) Die Beamtenbesoldungsreform wird ganz unter dem Eindruck des Krieges stehen, unter dem Zeichen der Bevölkerungspolitik. Gewiß wollen wir alles tun, um auch den anderen Ständen zu helfen; aber wir dürfen nicht vergessen, daß der Staat gerade der Arbeitgeber und Brötchergeldgeber der Beamten ist. Bei der Reform der Beamtenbesoldung müssen wir vor allem zwischen Verheirateten und Unverheirateten unterscheiden und den Beamten ermöglichen, rechtzeitig einen eigenen Haushalt gründen zu können. Bei unseren Arbeiten werden wir uns gern der sachverständigen Mithilfe der Gesellschaft für Bevölkerungspolitik bedienen. An der Notlage unserer Beamenschaft im Kriegs-England mit seiner Ausjungierungspolitik schuld. Hoffen wir, daß dieser Pfeil bald auf die zurückfliegt, die ihn abgeschossen haben. Ich schlage vor, einen besonderen Ausschuss für Bevölkerungspolitik einzusetzen. Die Tragweite des nationalliberalen Antrags ist nicht ganz klar, jedenfalls muß er aber auch auf die Lehrerinnen ausgedehnt werden.

## Die Steuerungszulagen für Lehrer.

Abg. Otto-Charlottenburg (Sp.): Am 19. Januar dieses Jahres hat das Abgeordnetenhaus einstimmig beschlossen, daß die Steuerungszulagen an die Lehrer unverzüglich auszuschütten seien und daß sie vorläufigweise vom Staate ausgelegt werden möchten. Das Haus hat weiter gewünscht, daß die Lehrer durchaus so behandelt werden wie die Beamten. Bis heute ist alles das leider noch nicht erreicht, und der als Lösung der Schwierigkeiten bezeichnete Erlaß des Kultusministers vom 21. Dezember 1916 hat diese Lösung nicht bewirkt. Das wird uns nicht hindern, an unseren Forderungen unbedingt festzuhalten. Wollen doch die Klagen der Lehrer nicht verstummen. Die Regierung hat sich offenbar zur vorschnellen Auszahlung der Zulagen nicht entschließen können. Auf diesem Gebiet scheint ein Wirrwarr zu herrschen, und es ist zu befürchten, daß es noch schlimmer wird. Der erste Bürgermeister einer brandenburgischen Mittelstadt hat sich außerstande erklärt, der Stadtverordnetenversammlung die alleinige Übernahme der Kosten auf die Gemeinde vorzuschlagen. Abhilfe ist also dringend nötig, und der nationalliberale Antrag erscheint uns dazu geeignet. Wenn der Vorredner den Finanzminister auf die finanziellen Schwierigkeiten dieses Antrages hinzuweisen schien, so glauben wir, daß der Minister schon selbst die Konsequenzen übersehen kann! (Sehr gut! links.) Ich unterstütze wärmstens die Bestrebungen, in diesem Hause eine ständige Kommission für Bevölkerungspolitik zu schaffen. Wir halten es nicht nur für überaus wünschenswert, sondern auch für innerlich gerechtfertigt, mit der Zeit dahin zu kommen, alle Beamtenbesoldungsfragen von den Bestrebungen der einzelnen Parteien auszuscheiden und zu Fragen zu machen, die die Gesamtheit des Hauses angehen. Deshalb hätten wir es gern gesehen, wenn in dieser Angelegenheit ein gemeinsamer Antrag aller Parteien eingebracht worden wäre. Bittig einig sind wir wohl darin, daß unsere Festschloßbeden ein ungemein wertvoller Bestandteil unseres Volkes sind, denen zu helfen, die zu unterstützen und zu erhalten unser Bestreben sein muß, weiter, daß die Festschloßbeden durch den Krieg besonders schwierige Lage gekommen sind, daß aber die Neuordnung der Beamtenbesoldung während des Krieges nicht möglich ist, und schließlich, daß eben deshalb auf andere Weise Abhilfe geschaffen werden muß.

Auf dem Gebiet der Beamten- und Lehrerbesoldung müssen zum Teil ganz neue Wege gewandelt werden. Wir müssen zu Besoldungen kommen, die bestimmten sozialen Gesichtspunkten mehr als bisher Rechnung tragen, wir müssen die neuen Besoldungsordnungen einstellen auf das Bevölkerungsproblem, wir müssen eine starke Berücksichtigung des Familienstandes vornehmen und vor allem an einen gründlichen Ausbau der Kinderbeihilfen herangehen. (Sehr richtig!) Der Minister des Innern hat ja sich über die Besoldungsreform in einer Weise ausgesprochen, die diesen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen scheint.

## Die Jungesellensteuer.

Der Finanzminister hat gestern erklärt, daß er der Jungesellensteuer sympathisch gegenüberstehe. Mein Vorredner hat sich als besonders objektiv in dieser Frage bezeichnet. Ich nehme an, weil er unverheiratet ist. (Heiterkeit. — Abg. Dr. Hef verbeugt sich zustimmend.) Ich glaube gehört zu haben, daß der Abg. Dr. Gottschalk auch unverheiratet ist. (Hört, hört! — Heiterkeit.) Und wenn ich hinzüfge, daß auch ich unverheiratet bin! (Sturm. Hört, hört! — Or. Heiterkeit.) So glaube ich, es ist so viel Objektivität hier im Hause gegenüber der Jungesellensteuer, die wir alle drei begrüßen, vorhanden, daß ein etwa vorhandener Verdacht der Unverheirateten ruhig schlafen kann. (Heiterkeit.)

Der finanziellen Konsequenzen einer planmäßigen Bevölkerungspolitik auch für die Besoldungsfrage sind wir uns vollumfänglich bewußt. Friedrich Naumann hat in der Gesellschaft für Bevölkerungspolitik darauf hingewiesen, daß das gegenwärtige Besoldungssystem die Unerschwinglichkeit in der Beamten- und Lehrerschaft fördere oder wenigstens die Kinderzulagen beschränke. Bisher hat sich die Regierung nicht immer von der Einsicht in diese Verhältnisse leiten lassen. Selbst bei den einmaligen Steuerungszulagen hat der Regierungsvorschlag ursprünglich nur vier Kinder als „erlaubt“ angesehen, für ein fünftes sollte es statt 30 M. 25 M. geben und gar für ein sechstes gar nichts. Auch jetzt erkennt man den Grundsat, von dem sich die Regierung leiten läßt, nicht klar, denn die Kinderzulagen hören bei einem gewissen Alter auf, bei der Eisenbahn sogar mit 14 Jahren, selbst wenn das Kind noch die Schule besucht. Das wird anders werden müssen. (Sehr wahr!) Wir halten es für notwendig, daß in dem konservativen Antrag ausdrücklich die Lohnangestellten und Arbeiter aufgenommen werden. Die diätarisch Beschäftigten erhalten seit Kriegsbeginn unverändert 4 M. täglich, was nach der Krankheitsversicherung eine Erhöhung ist unbedingt erforderlich. Wenn ein Aktuar monatlich höchstens 150 M. verdienen kann, so ist das doch ein Betrag, mit dem man nicht leben kann. (Lebh. Zustimmung.)

Wir haben bereits im Februar 1918 beantragt, die Remunerationen zu verringern und die feste Vergütung für die Kinderreichen

Beamten zu erhöhen. In einem Beamtenblatt hat Abg. Delius den sehr bemerkenswerten Vorschlag gemacht, die Kinderzulagen für jedes weitere Kind immer um 50 v. H. zu erhöhen. Wir verkennen nicht, daß auch die höheren Beamten durch den Krieg wirtschaftlich getroffen werden, halten es aber doch für nötig, zu sagen, daß die mit geringeren Einkommen besonders zu bedenten sind. Bei der Neuordnung sind alle Verwaltungen gleichmäßig zu beteiligen. Das geschieht zur Zeit nicht, in der Justizverwaltung sind die Lohnangestellten und Arbeiter schlechter bezahlt als in der gesamten übrigen Verwaltung. (Hört, hört!) Die Gemeinde- und Provinzialbeamten dürfen bei der allgemeinen Neuordnung nicht vergessen werden, auch nicht die Altpensionäre. In Oesterreich hat man jetzt eine Zulagenregelung vorgenommen, die bemerkenswert genannt werden muß.

Wir betrachten die Besoldungsfrage nicht als eine Parteifrage. Wir treten an das Vorstadium der Kommissionsberatungen mit dem aufrichtigsten Bestreben heran, einmal die berechtigten Wünsche der Beamten, Lehrer, Lohnangestellten und Arbeiter nach Möglichkeit zu erfüllen, dann aber auch derjenigen Neuordnung den Weg zu bereiten, deren Notwendigkeit ich angedeutet habe. (Lebh. Beif.)

Finanzminister Dr. Lenzke: Alle Anregungen werden von der Regierung als wertvolles Material sorgfältig geprüft werden. Steuerungszulagen hat die Regierung bereits im Herbst 1915 freiwillig und ganz aus sich selbst heraus gewährt. Diese Beihilfen und Zulagen sind später erhöht und erweitert worden. Da die Teuerung ständig zunimmt, wird die Regierung auch weiterhin prüfen, ob neue Erhöhungen oder eine nochmalige Erweiterung des Kreises der Bezugsberechtigten notwendig sein werden. Sie wird dabei nicht engherzig handeln, sondern aus dem Gefühl des Dankes heraus, den wir unserer ganzen Beamenschaft für ihre Kriegseinstellungen schulden. (Beifall.) Die Regierung hat sich auch der Interessen der Volksschullehrer überall da angenommen, wo eine Notwendigkeit dafür vorlag, obwohl an sich der Staat sich auf den starren Rechtsstandpunkt stellen und die Lehrer an die Kommunen verweisen konnte. An diesen Standpunkt hält die Regierung fest. Sie kann aber nicht eine allgemeine Verpflichtung zur Gewährung von Kriegsbeihilfen anerkennen, denn es gibt eine große Zahl von Gemeinden, die die Zulagen durchaus zahlen können. Wenn die Lehrer unter diesem Zwiespalt hier und da haben leiden müssen, so trifft den Staat keine Schuld, denn er ist außerordentlich weitherzig verfahren, und ist den Gemeinden im weitesten Maße entgegengekommen. Sie hat Beihilfen auch bereits in Notfällen vorläufigweise gewährt unter Vorbehalt der Rückstattung der Beiträge durch die Gemeinden. Mehr kann die Regierung doch nicht tun, zumal sie keinerlei Zwangsmittel besitzt, um diese Beträge von den Gemeinden zurückzuerhalten.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. v. Kardorff (frk.) bedauert, durch den Schlußantrag verhindert zu sein, seinen abwesenden Fraktionsgenossen Dr. Wagner gegen Angriffe des Abg. Dr. Hef in Schutz zu nehmen.

## Ausschreibung Adolf Hoffmanns.

Abg. Adolf Hoffmann (Soz. Arb.): Das ist doch eine Komödie, denn die Partei des Vorredners hat ja selbst für den Schluß gestimmt. (Unruhe.) Mit einem solchen Vorgehen können Sie den Dummsten der Dummsten nicht mehr dumm machen. (Lärm.) Sie haben für die Unterbeamten und für die Altpensionäre nur schöne Worte über, hinter diesem platonischen Getöse steckt nichts. (Große Unruhe.)

Präsident Graf Schwerin-Löwis: Ich muß selbstverständlich im jeden Schlußantrag zur Abstimmung bringen. (Sehr richtig!) Im Übrigen bemerke ich, daß ich dem Abg. Hoffmann selbst angeboten habe, heute als erster Redner zu sprechen, er hat das aber abgelehnt. (Lebhaftes Hört, hört!)

Abg. Dr. Hef (Str.) beantragt, die vorliegenden Anträge nicht an den Ausschuss für den Haushalt, sondern an einen besonderen Ausschuss zu verweisen.

Abg. v. Heydebrand (kons.): Ich möchte zunächst dagegen Einspruch erheben, daß der Abg. Hoffmann seine Bemerkungen zur Geschäftsordnung dazu benutzt, überaus scharfe Angriffe gegen die übrigen Parteien zu richten. (Lebhafte Zustimmung.) Das entspricht nicht den guten Gewohnheiten dieses Hauses. (Sehr richtig!) Die vorliegenden Anträge sollte man an den Haushaltsausschuss verweisen, weil diese Materie mit dem Etat ja eng zusammenhängt.

Abg. Dr. Friedberg (ntlib.): Wir sind für die Verweisung an eine besondere Kommission. Aus den Mitteilungen des Präsidenten geht klar hervor, daß Herr Hoffmann hätte sprechen können, wenn er hätte sprechen wollen. (Sehr richtig!) Was er ungefähr gesagt haben würde, das haben wir ja aus seinen wenigen Bemerkungen herausgehört. Wir können es nicht verantworten, einen Redner an den Schluß zu stellen, der so unqualifizierbare Angriffe gegen die anderen Parteien zu richten pflegt. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Bartscher (Str.): Ich kann dem nur beitreten. Herr Hoffmann hat es in seiner geschmackvollen Art für angebracht gehalten, von einem platonischen Getöse dieses Hauses zu sprechen, hinter dem nichts steht. In den letzten Monaten sind wiederholt namhafte Beträge an die Beamten ausgeschüttet worden. Die Beamenschaft hat das auch dankbar anerkannt. Sie weiß, daß ihre wahren Interessen nicht von Herrn Hoffmann, sondern von ganz anderer Seite wahrgenommen werden. (Beifall.)

Abg. Adolf Hoffmann (Soz. Arb.): Das ist wohl auch Grund dafür, daß Sie uns das Wort abgeprochen haben. Diese namhaften Beträge stehen in keinem Verhältnis zur Teuerung. Ich habe dem Präsidenten keinen Vorwurf machen wollen, es ist keine Pflicht, jeden Schlußantrag zur Abstimmung zu stellen. Ich weiß auch, daß diese Schlußanträge immer schon rechtzeitig daliegen. Also ich greife diesen Schlußantrag nicht an, darf mir wohl auch nicht herausnehmen, was der Abg. v. Heydebrand gesagt hat. Wichtig ist, daß mir heute zu Beginn der Sitzung, als schon sechs Mitglieder im Hause anwesend waren (Heiterkeit), das Wort angeboten ist. (Hört, hört!) Ich habe aber Wert darauf gelegt, nach Dr. Hef zu sprechen. Ich war nach ihm eingetragen, die Redezeit war fertig. Das war bisher nicht üblich, die Änderung ist aus sehr durchsichtigen Gründen erfolgt. (Unruhe.)

Abg. Dr. Friedberg (ntlib.): Herr Hoffmann hat also abgelehnt, heute zuerst zu sprechen. Darauf, in einer bestimmten Reihenfolge sprechen zu können, hat er nach unseren kürzlich gestellten Beschlüssen kein Recht mehr. (Sehr richtig!) Ich halte daher aufrecht, was ich gesagt habe.

Abg. Adolf Hoffmann (Soz. Arb.): Wenn die Rednerliste einmal aufgestellt ist, kann sie nur mit Zustimmung der Redner geändert werden. (Widerpruch.) Machen Sie doch nicht solche Ausreden, die glauben Ihnen kein Mensch. (Große Unruhe.) Sie sprechen

von guten Gewohnheiten. Entspricht es etwa der guten Gewohnheit, dem Volke die Wahrheit zu verbergen? (Lachen.)

Abg. Dr. Friedberg (ntlib.): Die Behauptung, daß ich Ausreden mache, an die ich selbst nicht glaube, wäre ein sehr schlimmer Vorwurf, wenn er nicht vom Abg. Hoffmann ausgehen würde. (Sehr richtig!)

Abg. Adolf Hoffmann (Soz. Arb.): Sie glauben es ja selbst nicht!

Abg. Dr. Friedberg (ntlib.): Sie sind ein Berleumder! — Abg. Ströbel (Soz. Arb.): Wenn ihm der Wind ausgeht, wird er unerschämmt. (Großer Lärm.) — Abg. Adolf Hoffmann (zu Dr. Friedberg): Den Berleumder gebe ich Ihnen zurück: Sie sind ein Heuchler! — Abg. Ströbel: Es ist schauderhaft! — Abg. Dr. Friedberg: Jawohl, höchst schauderhaft! — Abg. Adolf Hoffmann: Dr. Friedberg, das hätte ich nicht von Ihnen erwartet. Stürmische Schlussrufe rechts. Abg. Adolf Hoffmann: Regen Sie sich nicht künstlich auf!

Der Antrag Korfanty (Pole) auf Streichung der Titel, die sich auf die Polenpolitik beziehen, wird abgelehnt. Die Väteranträge gehen an den Haushaltsausschuss, die Beamtenanträge an einen besonderen Ausschuss.

## Die Justizverwaltung.

Abg. v. d. Hagen (Str.) berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses.

Abg. Delbrück-Prenzlau (kons.): Eine Kriegsprozessordnung erweist sich immer mehr als notwendig. Dabei könnten manche geplante Verbesserungen auf ihre Wirkung erprobt werden. Wenn es nötig ist, Leute freizumachen, so muß zu dieser Maßnahme gesritten werden. Unsere Geschworenengerichte sind natürlich mancher Verbesserungen fähig. Die größte Zeit- und Kraftverschwendung findet bei der Bildung der Schwurgerichte statt. Zu diesem Zweck sollte ein Vortermin stattfinden, wo man feststellen kann, wer von den ausersessenen Geschworenen Zeit hat. Die Auswahl der Geschworenen kann dann gleich für die Dauer der Tagung getroffen werden.

Abg. Dr. Bell (Str.): Tausende von höheren, mittleren und unteren Beamten und Rechtsanwältin sind auf dem Felde der Ehre gefallen. Ihnen gebührt unser Dank. Die feste Anstellung von Juristen als Richter und Staatsanwälte kann nicht länger aufgeschoben werden. Infolge der langen Dauer des Krieges kann man die Stellen nicht noch weiter unbefestigt lassen. Der Titel „Geschichtsschreiber“ erweckt einen falschen Begriff und deutet sich nicht mit der verantwortlichen Tätigkeit dieser mittleren Beamten. Dieser unzeitgemäße Titel sollte beseitigt werden. Die Einrichtung der Kanzelei ist entwürdigend und muß verschwinden. Im Interesse einer vollständigen Rechtspflege muß die unabhängige Stellung des Anwalts gesichert sein. Deshalb ist eine Verbesserung der Lage der Anwälte notwendig, um sie vor weiterer Proletarisierung zu schützen. Die Gehaltserhöhung oder Numerus clausus, das muß auch innerhalb der Anwaltschaft noch geklärt werden. Die Interessen der Allgemeinheit sprechen gegen eine Beseitigung des Anwaltszwanges. Wir haben den dringenden Wunsch, daß die kleineren Amtsgerichte namentlich in den ländlichen Bezirken bestehen bleiben. Ihre Aufhebung wäre eine Sparmaßnahme am falschen Orte. Die Beseitigung der Vorstrafen im Gnadenwege verliert vollkommen ihren Wert, wenn diese Vorstrafen doch mitgeteilt werden, allerdings mit dem Zusatz: gelöst im Gnadenwege. Der schwierigen Lage des Hauses und Grundbesitzes infolge des Krieges muß auch die Rechtsprechung Rechnung tragen.

Es liegt gar keine Veranlassung zu einer Erhöhung der Zuständigkeitsgrenze der Amtsgerichte vor. Bei den Reformvorschlägen des Justizministers hatte ich den Eindruck, daß sie nicht so sehr in der Wilhelmstraße ausgearbeitet wären, wie sie die Luft des Kasernenwäldchens atmeten. Wir stehen — ich spreche hier nur für meine Person, nicht für meine Partei — diesen Vorschlägen nicht gerade sympathisch gegenüber. Diese Fragen gehören letzten Endes doch vor den Reichstag. (Sehr richtig!) Wir dürfen den Reformen unserer Rechtsprechung nicht durch Gelegenheitsgesetze präjudizieren. Jedenfalls muß es im Interesse sehr bedenklich erscheinen, die Mitwirkung des Latentelementes einzuschränken. Rechtfertigen die Kriegsnöten solche Maßnahmen? Das muß uns erst statistisch nachgewiesen werden! Vor allem sollte man den Kreis der Personen, die Geschworenen werden können, erweitern. Höchst bedenklich erscheint der Vorschlag des Justizministers, an Stelle des Legitimitätsprinzips bei kleinen Objekten die Anwendung des Opportunitätsprinzips in das diskretionäre Ermessen der Staatsanwaltschaft zu stellen. Der Rechtschutz des Publikums muß unbedingt gewahrt bleiben. Das gilt auch für die Privatklagen. Ein großer Teil der Arbeiten könnte von den Richtern auf die mittleren Beamten und von den mittleren Beamten auf die Kanzlisten abgewälzt werden. Die Unabhängigkeit des Richterstandes muß mit allen Mitteln aufrechterhalten bleiben. Unzulässig ist es, den Richtern die Verhängung möglichst hoher Strafen, namentlich bei Vergehen gegen die Kriegsverordnungen, aufzugeben. (Sehr richtig!)

Justizminister Dr. Besefer: Eine solche Verordnung an die Richter ist nicht ergangen. Vielleicht verwechselt das der Abg. Dr. Bell mit einer Anweisung an die Staatsanwaltschaft. Ich muß den Vorwurf des Abg. Dr. Bell mit Entrüstung zurückweisen. (Abg. Dr. Bell: Das habe ich gar nicht gesagt!) Dann erfüllt meine Bemerkung. Ich habe es aber so verstanden. (Zurufe im Zentrum.) Zu meinem Vergnügen mache ich solche Ausführungen nicht. Bei der Anstellung von Assessoren muß ich sehr vorsichtig sein. Ich darf doch nicht die Assessoren, die im Felde stehen, ignorieren. Ich besetze nur solche Stellen neu, die unbedingt wieder besetzt werden müssen. Ich tue, was ich kann, für die Anwälte, namentlich auch für solche, die ihre Praxis verloren haben; es haben sich aber viel weniger gemeldet, als ich erwartet hatte.

Die Gehaltsrenewordnung wird bei den bevorstehenden Reformen natürlich eingehend erwogen werden. Es ist verfehlt, wenn veröffentlicht wird, daß eine Strafe gelöst ist. An und für sich, müssen die Staatsanwälte wissen, ob eine Strafe im Gnadenwege gelöst ist. Der Fehler ist, daß das in öffentlicher Verhandlung mitgeteilt worden ist. Das ist natürlich ganz unverständlich. Die Frage der Vereinfachung der Rechtspflege wird in nächster Zeit im Bundesrat zur Sprache kommen. Dann werden auch die hier gegebenen Anregungen berücksichtigt werden. Die Gedanken des Abgeordneten Bell reichen nicht aus, um die Sache ganz fallen zu lassen. Es besteht die Gefahr, daß wir vor lauter Bedenken zu nichts kommen. (Sehr richtig!) Man muß auch Bedenken überwinden können. Jedenfalls waren meine kurzen Vorschläge wohl nicht ganz abwegig.

Das Haus verlegt sich.  
Montag: 11 Uhr: Weiterberatung, Kultusetat  
Schluß 4 1/2 Uhr.

Frankfurter Zeitung

28. 2. 1917

Frankfurter Zeitung

Wochenblatt.

(Neue Frankfurter Zeitung.)

Verleger: Gold Jannemann.

Für Anwerter: Amt Fernnummer 40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen... Kolonialzeitung 60... Abends. 75... Reklamen 42... Abends. 45... Familienanzeigen 41... ruzugi-10% Kriegszuschlag... Platz- und Daten-Vorschrift ohne Verbindlichkeit... Anzeigen nehmen an: Unsere Expeditionen in Frankfurt a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37, Schillerstr. 20, Mainz: Schillerpl. 8, Berlin: Mauerstraße 16/18 Dresden: A. Weissenhausstr. 25, München: Perrisstr. 5, Osnabrück: Bismarckstr. 34, Stuttgart: Poststr. 7, Zürich: Nordstr. 62, Unna: übr. Agentur, a. d. Annonc.-Exped. Ferner in New York: 20 Broad Street, Verlag u. Druck der Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H. Postcheckkonto Frankfurt (Main) 4137

Der Reichstanzler über die deutschen Fragen.

N. Berlin, 27. Febr. (Priv.-Tel.)

Die heutige Reichstagsitzung wird um 11 Uhr vormittags eröffnet. Am Tische des Bundesrats: Reichstanzler v. Bethmann Hollweg, die Staatssekretäre Dr. Helfferich und Zimmermann und eine große Zahl von Bevollmächtigten zum Bundesrat. Das Haus ist sehr stark besetzt, die Tribünen sind überfüllt. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Beratung des Reichshaushaltsetats für 1917 in Verbindung mit den neuen Steuervorlagen.

Reichstanzler v. Bethmann Hollweg:

Meine Herren! Während unsere Krieger draußen im Trommelfeuer der Schützengräben stehen und unsere Tauchboote mit Todesverachtung die See durchkreuzen, während wir in der Heimat an gar nichts anderem zu arbeiten haben, als Geschütze und Munition zu schaffen, Lebensmittel zu erzeugen und gerecht zu verteilen, mitten in diesem aus höchst gestellten Kampfe um Leben und Zukunft unseres Reiches gibt es nur eine Forderung des Tages, die alle politischen Fragen, äußere wie innere, beherrscht: Kämpfen und siegen! (Lebhafte Beifall.) Die vom Reichstag in der vorigen Woche mit überwältigender Mehrheit beschlossene Bewilligung der neuen Kriegskredite hat aller Welt unseren unwiderrücklichen Entschluß verkündet, zu sechten, bis die Feinde zum Frieden bereit sind. (Erneuter Beifall.) Wie dieser Friede aussehen soll, darüber ist nach Freigabe der Kriegszielderörterung viel in der Presse geschrieben und in Versammlungen gesprochen worden. Auch im preussischen Abgeordnetenhaus wurde kürzlich eingehend erörtert, ob und welchen Vandalismus und welche sonstigen Sicherheiten uns der Friede bringen müsse. So entscheidend diese Fragen auch für unsere Zukunft sind, und so tief sie deshalb mit vollem Recht die Gemüter bewegen, so halte ich es doch für verfrüht, mich meinerseits an solchen Debatten zu beteiligen. (Sehr richtig!) Von meiner Seite aus im voraus Verpflichtungen zu machen oder ins einzelne gehende Bedingungen zu formulieren, wäre unfruchtbar. Die feindlichen Machthaber haben es reichlich getan, haben sich untereinander Zusicherungen gemacht, aber damit nur erreicht, daß sie sich und ihre Völker immer tiefer in den Krieg verstricken. Ihr Beispiel laßt mich nicht (Sehr gut!) Was ich über Richtung und Ziel unserer Bedingungen sagen konnte, habe ich wiederholt gesagt: dem Krieg ein Ende zu machen durch einen

dauerhaften Frieden, der uns Entschädigungen gewährt für alle erlittene Unbill, und der einem starken Deutschland Dasein und Zukunft sichert. (Lebhafte Beifall.) Das ist unser Ziel, nicht weniger und nicht mehr.

Auch in Bezug auf die großen Probleme der inneren Politik will ich mich auf einige allgemeine Bemerkungen beschränken. Wie über die Kriegsziele, so gehen auch über die Gestaltung unserer inneren politischen Verhältnisse die Meinungen hin und her. Neuorientierung? Kein schönes Wort, ich nehme es heute zum ersten Male in den Mund, und es erweckt so leicht eine falsche Vorstellung, als ob es in unserem Belieben stünde, ob wir uns neu orientieren wollen oder nicht. Nein, meine Herren!

Die neue Zeit mit einem erneuten Volke ist da. (Sehr richtig!) Der gewaltige Krieg hat sie geschaffen. (Sehr gut!) Ein Geschlecht, das in so ungeheurem Erleben bis in die innersten Fasern seiner Empfindungen erschüttert worden ist, ein Volk, von dem ein ergreifendes Wort eines feldgrauen Dichters sagen konnte, daß sein ärmster Sohn auch sein getreuester war (Bravo!), eine Nation, die es tausendfältig jeden Tag erfahren hat, daß nur gesamte Kraft die äußeren Gefahren bestehen und überwinden kann! Meine Herren! Das sind lebende Kräfte, die sich von Keinem

Parteiprogramm, von rechts oder links, einspannen oder aus ihren Bahnen werfen lassen. (Sehr richtig!) Ueberall, wo politische Rechte neu zu ordnen sein werden, da handelt es sich nicht darum, das Volk zu belohnen für das, was es getan hat — diese Vorstellung ist mit immer als entwürdigend erschienen — (Lebhafte Zustimmung), sondern allein darum, den richtigen politischen und staatlichen Ausdruck für das zu finden, was dieses Volk will. (Sehr wahr!) Gewaltige geistige, wirtschaftliche und soziale Aufgaben stehen uns nach dem Kriege bevor. Lösen können wir sie nur, wenn die gesamte Kraft, deren Zusammenfassung uns alle befähigt, diesen Krieg zu gewinnen, im Frieden fortwirkt, wenn dieser Kraft die Bahnen geschaffen werden, in denen sie frei und freudig fortwirken kann. (Sehr richtig!) Das regelt sich nicht nach Parteischablone, sondern das fordert die inner Stärke des Staates. Und diese Forderung wird sich durchsetzen. Wenn jemand hiergegen einwenden sollte, daß nach dem Befreiungskriege vor hundert Jahren die Hoffnungen auf eine vollstündliche Umgestaltung des inneren deutschen Wesens getäuscht wurden, der übersehene Gang den Unterschied in den treibenden Kräften. (Sehr richtig! links.) Die Zeiten sind überwunden, wo in den Regierungen die Kabinettspolitik herrschte und die freiheitlichen Strömungen mehr oder weniger kosmopolitische waren. Damals war der nationale Gedanke nur in wenigen Köpfen. Heute hat er das ganze Volk in allen seinen Schichten über jeden Stand und jede Partei hinweg erfasst und es zu einer untrennbaren Einheit zusammengeschweißt. Wie das auch gut konservative Männer frei anerkennen, so glaube ich, wird auch jeder besonnene Vertreter von Volksrechten den Wert unserer monarchischen Einrichtungen zu schätzen wissen. (Sehr richtig!) Die Briand, Lloyd George usw. wollen die Welt glauben machen, daß ihr Ziel sei, Deutschland vom

preussischen Militarismus

zu befreien und dem deutsche Volke demokratische Freiheiten zu schenken. Nun, wo wir zu befreien sind, da werden wir es selbst besorgen, (Lebhafte Zustimmung) und was den Militarismus anbelangt, so wissen wir alle, — vor dem Kriege hat es selbst Lloyd George gewußt — daß unsere geographische Lage immer an das Wort Friedrich des Großen gemahnt: Toujours en vedette! Wirkamer als in Einrichtungen, die auf monarchischem Boden beruhen, kann die Macht nicht ausgeübt werden, die ihre Wurzel im Volke, in seinen breiten Schichten hat und aus diesem nie verfliegenden Lebensquell, der Liebe des freien Mannes ihre Kraft schöpft. (Lebhafte Beifall.)

Von der Zukunft lehre ich zu den Ereignissen der Gegenwart zurück. Meine letzte Rede vor dem versammelten Reichstag am 12. Dezember 1916 galt dem Vorschlag Deutschlands und seiner Verbündeten in Friedensverhandlungen einzutreten. Unser Vorgehen fand bei den neutralen Staaten lebhaften Widerhall, in den belagerten Anregungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten, in dem Vorgehen der Regierungen der schweizerischen Eidgenossenschaft und der skandinavischen Reiche ist das zum Ausdruck gekommen. Bei den Feinden aber war die vermessene Kriegselbenheit ihrer Machthaber stärker als der Schrei der Völker nach Frieden. Ihre Antwort war grober und vermessener, als sie irgend ein Vernünftiger bei uns und in den neutralen Ländern sich denken konnte. (Sehr richtig!) Die Wirkung dieses Dokuments barbarischen Hasses und Hohns liegt nun zu Tage. Unser Bündnis ist fester und das deutsche Volk ist einig und standhafter als je. (Lebhafte Beifall.) Auf unsere Gegner allein fällt die furchtbare Schuld an dem weiteren Blutvergießen und der Flucht der lebenden Menschheit zurück. (Sehr richtig!) Sie waren es, die jede Verständigung zurückgewiesen haben. Ueber die

Seezerr

die wir im Verein mit Oesterreich - Ungarn um England, Frankreich und Italien gelegt haben, habe ich am 31. Januar vor Ihrem Hauptauschuß gesprochen. Auf die damals ver-

öffentlichte Note, mit der wir die Sperre verkündeten, haben wir von den neutralen Staaten Erwidern mit Vorbehalten und Protesten erhalten. Wir verkennen durchaus nicht die großen Schwierigkeiten, in die die neutrale Schifffahrt geraten ist und suchen sie nach Möglichkeit zu mildern. Zu diesem Zwecke suchen wir den neutralen Staaten auch Rohstoffe, deren sie bedürfen, wie Kohlen und Eisen, innerhalb des Bereichs unserer Kräfte zuzuführen. Aber wir wissen auch, daß alle diese Schwierigkeiten letzten Endes doch nur durch Englands Seezerranie verursacht sind. (Sehr richtig.) Diese Anechtung des gesamten nicht englischen Handels wollen und werden wir brechen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir kommen dabei den erfüllbaren Wünschen der Neutralen entgegen, soweit wir es können. Aber niemals können wir in dem Bestreben, das zu tun, die Grenzen überschreiten, die uns von dem unwillkürlichen Entschluß gezogen sind, den Zweck der Sperre unbedingt zu erreichen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich bin gewiß, daß einmal der Zeitpunkt kommen wird, wo uns die Neutralen selbst diese Festigkeit danken werden. (Sehr richtig.) Denn die Freiheit der Meere, die wir erkämpfen, kommt ja auch ihnen zugute.

Einen Schritt weiter als die Neutralen sind bekanntlich die Vereinigten Staaten von Amerika gegangen.

Präsident Wilson

hat nach Empfang unserer Note vom 31. Januar die Beziehungen zwischen uns abgebrochen. Eine authentische Mitteilung über die Gründe, die er seinem Schritte gibt, ist mir nicht zugegangen. (Hört, hört!) Der bisherige Vorgesandter der Vereinigten Staaten in Berlin hat sich darauf beschränkt, dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes mündlich den Abbruch der Beziehungen mitzuteilen, und um seine Vasse zu bitten. Diese Form des Abbruchs von Beziehungen zwischen in Frieden mit einander lebenden Nationen ist wohl ohne Vorgang in der Geschichte. Beim Fehlen eines amtlichen Dokuments bin ich auf eine unsichere Quelle angewiesen, auf die von Reuters verbreitete Inhaltsangabe einer Votschaft, die Präsident Wilson am 3. Februar an den Kongreß gerichtet hat. Hiernach soll der Präsident gesagt haben, unsere Note vom 31. Januar habe plötzlich und ohne vorherige Andeutung vorwiegend die in der Note vom 4. Mai 1916 gegebenen feierlichen Versprechen zurückgezogen; der Regierung der Vereinigten Staaten sei deshalb keine andere, mit ihrer Würde und Ehre vereinbare Wahl geblieben, als den Weg einzuschlagen, den sie in ihrer Note vom 20. April 1916 für den Fall ankündigte, daß Deutschland seine Tauchbootmethoden nicht aufgeben sollte. Meine Herren! Sollte diese Argumentation authentisch sein, so muß ich entschieden Widerspruch gegen sie erheben. (Sehr richtig!) Seit über einem Jahrhundert sind die freundschaftlichen Beziehungen zwischen uns und Amerika sorgsam gepflegt worden. Wir haben sie, wie sich Bismarck einmal ausdrückte, als ein Vermächtnis Friedrichs des Großen hochgehalten. Beide Länder haben sich im Nehmen und Geben dabei gut verstanden. Seit Beginn des Krieges ist es brühen überm Wasser anders geworden. Alte Maximen wurden über den Haufen gemworfen. Am 27. August 1913, während der mexikanischen Wirren, hatte der Präsident Wilson in einer feierlichen Votschaft an den Kongreß erklärt, er glaube den besten völkerrechtlichen Gepflogenheiten bezüglich der Neutralität zu folgen, wenn er die Lieferung von Waffen und Kriegsmaterial an beide sich bekriegenden mexikanischen Parteien verböte (hört, hört!). Ein Jahr später wurden diese Gepflogenheiten ersichtlich nicht mehr für gut gehalten. Ungezähltes Kriegsmaterial hat Amerika der Entente geliefert und während man eifersüchtig über das Recht des amerikanischen Bürgers wachte, ungehindert und frei nach den Ländern der Entente zu reisen, auch durch das Schlachtfeld der See, ungehindert und frei mit Frankreich und England jeglichen Handel zu treiben, selbst solchen, für den wir mit deutschem Blute bezahlen mußten, schien das gleiche Recht des amerikanischen Bürgers den Mitleidmäch-

ten gegenüber nicht ebenso vollständig und schätzenswert zu sein. (Sehr wahr!) Man protestierte zwar gegen einzelne völkerrechtswidrige Maßnahmen Englands, aber man fügte sich. Unter den so gestalteten Verhältnissen mutet der Vorwurf der Nichtachtung seltsam an. Und mit gleicher Entschiedenheit mußte ich den Vorwurf zurückweisen, daß wir durch die Art der Zurückziehung unserer in der Note vom 4. Mai gegebenen Zusicherungen der Ehre und Würde der Vereinigten Staaten zu nahe getreten wären. Daß diese Zusicherungen unter gewissen Voraussetzungen hinfällig würden, haben wir von vornherein ausdrücklich offen angefündigt. (Sehr richtig!) Ich bitte Sie, meine Herren, sich des Schlußes

unserer Note vom 4. Mai 1916

zu erinnern, in der wir zusagten, bei Führung des Tauchbootkriegs die Form des Kreuzerrieges zu beachten. Ich möchte mir erlauben, diese Schlußworte noch einmal hier zu verlesen:

„In dem Daseinskampf, den Deutschland zu führen gezwungen ist, kann ihm jedoch von den Neutralen nicht zugemutet werden, sich mit Rücksicht auf ihre Interessen im Gebrauch einer wirksamen Waffe Beschränkungen aufzuerlegen, wenn seinen Gegnern gestattet bleibt, ihrerseits völkerrechtswidrige Mittel nach Belieben zur Anwendung zu bringen. Ein solches Verlangen würde mit dem Wesen der Neutralität unvereinbar sein. Die deutsche Regierung ist überzeugt, daß der Regierung der Vereinigten Staaten eine beratige Zustimmung fern liegt. Sie entnimmt dies aus der wiederholten Erklärung der amerikanischen Regierung, daß sie allen Kriegführenden gegenüber die verlebte Freiheit der Meere wieder herzustellen entschlossen sei. Die deutsche Regierung geht demgemäß von der Erwartung aus, daß ihre neue Weisung an die Seestreitkräfte auch in den Augen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika jedes Hindernis für die Verwirklichung der in der Note vom 23. Juli 1915 angebotenen Zusammenarbeit zu der noch während des Krieges zu bewirkenden Wiederherstellung der Freiheit der Meere aus dem Wege räumt, und sie zweifelt nicht daran, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nunmehr bei der großbritannischen Regierung die als baldige Beobachtung derjenigen völkerrechtlichen Normen mit allem Nachdruck verlangt und durchsetzt, die vor dem Kriege allgemein anerkannt waren und insbesondere in den Noten der amerikanischen Regierung an die britische Regierung vom 28. Dezember 1914 und vom 3. November 1915 dargelegt sind. Sollten die Schritte der Vereinigten Staaten nicht zu dem gewünschten Erfolge führen, den Gesetzen der Menschlichkeit bei allen kriegführenden Nationen Geltung zu verschaffen, so würde die deutsche Regierung sich einer neuen Sachlage gegenübersehen (hört, hört!), für die sie sich volle Freiheit der Entscheidung vorbehalten mußte.“

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat uns den Empfang unserer Mitteilung vom 4. Mai mit Note vom 10. Mai beantwortet. Wenn sie darin der Meinung Ausdruck gab, wir beabsichtigten nicht die Aufrechterhaltung der neu angekündigten Politik in der Führung des Tauchbootkrieges von dem Ergebnis der diplomatischen Verhandlung der amerikanischen Regierung mit irgend einer anderen Regierung abhängig zu machen, so widersprach dies so kraß dem, was wir in unserer Note klar und ohne jede Möglichkeit des Mißverständnisses gesagt hatten, daß eine Erwidern unsererseits in den beiderseitigen Standpunkten nichts geändert hätte. Daß aber die Voraussetzung, an die wir die Wiedererlangung

voller Freiheit unserer Entschlüsse

geknüpft hatten, längst eingetreten war, daran konnte und kann wohl auch in Amerika kein Mensch zweifeln. England hat die Absperrung Deutschlands nicht aufgegeben, sondern im Gegenteil aufs Rücksichtsloseste verschärft. (Sehr richtig!) Unsere Gegner sind nicht zur Beachtung der

# itung

esterreich.

hr nachmittags.

Montagmittagsblatt 8 h

Abonnementbedingungen:  
Wien: Mit Zustellung ins Haus:  
Wöchentlich 60 h,  
monatlich K 2.60, vierteljährlich K 7.80  
Zum Abholen in den Filialen, in allen  
Lebens- und Verschleißstellen:  
Monatlich K 2.60.

Probing und Ungarn:  
Monatlich K 3.—, vierteljährlich K 9.—  
bei freier Zustellung durch die Post.  
Deutschland: Vierteljährlich K 12.—  
Für alle anderen dem Weltpostverein  
angehörigen Länder: Vierteljährlich K 15.—  
Abonnements werden angenommen  
in der Administration, V. Reichs  
Wiengasse 27, und in den Filialen:  
I. Schulerstraße 13, Telefon 9191  
II. Baumgartengasse 30, Tel. 40233  
X. Wielandplatz 5, Telefon 58244  
XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 53126  
XVI. Klausgasse 34, Telefon 34146  
XVII. Badnergasse 22, Telefon 17175  
XXI. Angererstraße 14.

Für die an fremde Untträger oder  
Verkaufsstellen bezahlten Beträge leisten  
wir keine Garantie.  
Offene Reklamationen sind vorzuziehen.

XXIX. Jahrgang.

## Lebende Kräfte.

Der deutsche Reichskanzler hat heute im Reichstag eine bemerkenswerte Rede gehalten, und Beachtung sollten ihr auch die Männer widmen, die in Oesterreich und die in Ungarn die Geschicke leiten. Was Bethmann Hollweg über Krieg und Frieden zu sagen hatte, hielt sich naturgemäß in engen Grenzen: jeder Staatsmann hat jetzt zu beweisen, daß er und sein Land im Rechte, der Feind dagegen Verüßer grimmigen Unrechtes sei. Die rechtschaffene Art des Reichskanzlers kommt diesem Beweis glücklich entgegen, und es gelingt ihm immer, die Herzen aller Hörer zu zwingen. Bedeutungsvoll ist dagegen, was Bethmann Hollweg über die Probleme der inneren Politik sagte. Wohl hat er nicht von bestimmten Forderungen gesprochen, etwa seine Meinung zu bestimmten Fragen geäußert, aber es ist, alles in allem, doch ein ganz anderer Ton, der da erklingt. Die Kuznieker des alten, überlieferten Unrechtes wähen, es stände in ihrem Bestehen, ob es so bleiben soll, wie es war, oder ob andere Gestaltungen kommen sollen. Die Tore, antwortet Bethmann Hollweg, die neue Zeit mit einem erneuten Volke ist doch da! Er zitiert das Wort des proletarischen Dichters, daß Deutschlands ärmster Sohn auch sein getreuester war, und sagt, das sind lebende Kräfte, die sich von keinem Parteiprogramm einzwängen oder aus ihrer Bahn werfen lassen. Als man jüngst im ungarischen Reichstag für die Krieger im Felde das politische Recht forderte, höhnte Tisza, ob man denn meine, daß die Kämpfer in den Schützengräben für ihre Gelbenleistung eine „Belohnung“ verlangen oder erwarten. Bethmann Hollweg antwortet ihm und antwortet allen, die so reden: „Es handelt sich nicht darum, das Volk zu belohnen für das, was es getan, sondern darum, den richtigen politischen und staatlichen Ausdruck für das zu finden, was dieses Volk ist“ — und der richtige Ausdruck für das Volk, das sich in diesem Kriege bewährt hat, ist wahrlich nicht politisches Unrecht und politisches Vorrecht. Nur dann, sagt Bethmann Hollweg, werden die gewaltigen Kräfte, die den Staat befähigt haben, diesen Krieg zu gewinnen, im Frieden weiterwirken, wenn dieser Kraft die Bahnen geschaffen werden, in denen sie frei und freudig fortwirken kann. Frei und freudig: das politische Unrecht ist der Tod der Freiheit und schafft nicht Freudigkeit. Es ist heute anders als nach den Befreiungskriegen, wo das Volk von einer schändlichen Kabinettpolitik getäuscht und betrogen wurde; das Volk von heute ist ganz anders geartet, selbstbewußt und kampfgestählt, als daß man es wagen könnte, ihm die Uebertölpelung, die die Ahnen erlitten, nach dem Kriege zuzumuten; dieses Volk ist heute zum großen Teil das Proletariat, und das weiß festzuhalten, was es einmal ergriffen. Der Reichskanzler warb bei den „besonnenen Vertretern der Volksrechte“ für den monarchischen Gedanken, aber er erkennt doch, daß die Monarchie werbende Kraft nur dann besitzt, wenn sie „ihre Wurzeln im Volke, in seinen breitesten Schichten hat“. Die Oligarchie kann ihr keine Stütze bieten und das monarchische Ideal verwelkt und versinkt, da es sich dem Privileg der Junker und Adels herrschaft ergibt und die Rechte des Volkes mißachtet. Die „innere Stärke des Staates“ kann nur aus der Zustimmung aller Glieder des Volkes zum Staate entspringen. Es sind keine neuen Gedanken, die der Reichskanzler heute aussprach, es sind doch nur die Gedanken der Demokratie, denen er Worte lieh. Aber daß ein deutscher Reichskanzler, ein preussischer Ministerpräsident so spricht, das ist neu.

Die Rede sollte der Graf Tisza sorgfältig lesen, und auch dem Grafen Clam-Martinić würde es sehr frommen, wenn er ihre Wahrheiten in sein Bewußtsein aufnahm. Denn wie weit ist doch die „Erneuerung“, wie sie die Clam-Martinić, Urban und Bärnreither für Oesterreich planen, von den fruchtbaren Erkenntnissen entfernt, die in dem Kopfe des deutschen Reichskanzlers Platz gefunden haben! Schon wie unsere kostbare Erneuerungsregierung die Einberufung des Reichsrates betrachtet, als Gunst, die man sich durch brave Aufführung verdienen, als Geschenk, für das man mit braver Aufführung danken muß, schon das ist von dem tiefen Respekt, mit dem Bethmann Hollweg vom Volke und von seinen unverlierbaren Rechten spricht, himmelweit entfernt. Auch daß sie

15

7

# Die Etats-Debatte im Reichstag.

Sitzung vom 27. Februar 1917. (Fortsetzung.)  
Die erste Besung des Etats wird fortgesetzt.

## Abg. Dr. Spahn:

Mit berechtigtem Stolz haben wir von den Erfolgen unserer Truppen und unserer Landboote gehört. Der Reichskanzler hat auf die zukünftige Gestaltung des deutschen Volkes hingewiesen. Ich kann die bestimmte Erklärung abgeben, daß unser deutsches Volk auf einem monarchischen Boden stehen bleiben will, daß es festhält an seiner Verfassung. Betrachten wir einmal die Herrscher der Kriegführenden Staaten. Unser Kaiser hat den Frieden angeboten. Zu einer solchen Tat gehört ein Herrscher, der ein Gewissen und ein Herz für seine und die feindlichen Menschen hat und sich verantwortlich fühlt. Die Herrscher der Entente aber stehen uns großmütig und hasserfüllt gegenüber. Unter Preisgabe des Ansehens ihrer Krone opfern sie Blut und Leben ihrer eigenen Landesfinder. Das Jahr 1918 hätte den Frieden bringen können, wenn die Feinde auf unser Angebot eingegangen wären. Wir durften der Reichsleitung vertrauen, daß in dem Friedensangebot für die Entwicklungsfreiheit unseres Volkes ausreichend gesorgt werden würde. Es lag kein Anlaß vor, die Friedensbedingungen in Ihren Einzelheiten der Allgemeinheit zugänglich zu machen. Der Jahresabschluss ergab ein ungünstiges Saldo für unsere Gegner. Aber die Gegner haben sich von der Unüberwindlichkeit unserer Macht nicht überzeugen lassen wollen.

Unbeirrt durch Not und Elend im eigenen Lande hat Lord Grey ein Zukunftsprogramm entwickelt, das die Weltherrschaftsträume aller Zeiten in Schatten gestellt hat. England setzt den Krieg fort, um sich selbst mit einem Gebietsumfang von 1 1/2 Millionen Quadratkilometern zu vergrößern. Wir sollen Elsaß-Lothringen an Frankreich, die östlichen Provinzen an Rußland, Oesterreich-Ungarn an Rußland und Italien verlieren, die Türkei soll aufgeteilt, Bulgarien vertrieben, Serbien und Rumänien wieder hergestellt, außerdem Südholland, Niederlande und Irland geteilt werden. Soffentlich umfaßt der Krieg nicht noch den ganzen Planeten. Wie indessen auch die Entscheidung des Präsidenten Wilson sein mag, wir werden durchhalten und kämpfen. Bei den früheren Beratungen über den U-Boot-Krieg vermochten die uns gegebenen Aufklärungen uns von dem Erfolg eines uneingeschränkten U-Boot-Krieges, England schwer zu schädigen, nicht zu überzeugen. Inzwischen haben sich die Verhältnisse geändert. Unsere Voraussetzungen sind erfüllt. Wir befinden uns nicht in einer verzweifelten Lage, sondern führen den U-Boot-Krieg, um den Krieg schneller zu beenden. Deshalb liegt er auch im Interesse der Neutralen. Die Neutralen können aufatmen, wenn wir England niederbringen. Nordamerika drückt sich auch auf China. Die neue Kriegsanleihe kann aufgehoben werden, Sicherheit und Verzinsung steht zweifellos fest, eine Umwandlung der Anleihe und eine Herabsetzung des Zinsfußes ist innerhalb der angegebenen Zeit nicht zu befürchten. Auf eine Kriegsschädigung können wir nicht verzichten.

## Die neuen Steuern.

Die vorgeschlagenen Steuern sind in der Erhebung und Veranlagung einfach. Bei dem Zuschlag zur Kriegsteuer könnte auch eine Abfertigung unter Berücksichtigung des Kinderprivilegs nach unten eingeführt werden. Die Verkehrssteuern würden preissteigernd auf den gesamten Lebensbedarf. Ich beantrage die Steuererhöhung dem Haushaltsausschuß zu überweisen. Bezüglich der Straßenbahn genügt die Freilassung der Arbeiter- und Militärfahrkarten von der Verkehrssteuer noch nicht. Die Paritätsfrage ist auch im Reich von Bedeutung, namentlich für die Neutralisierung, bei der Grenzsteinfestsetzung wollen wir dabei sein. Meine Fraktion ist im Bundesrat und in den Reichsämlern nur ganz dürftig vertreten, deshalb müssen wir bei der Beratung von Gesetzen besondere Vorkehrungen ausüben, um nachher nicht überfordert zu sein. Die Reichsregierung muß einen festeren Zusammenhalt in geistiger Beziehung mit den Anschauungen meiner Partei haben. Das ist eine Forderung der parlamentarischen Regiments, fordern der einfachen gesunden Vernunft. In den besetzten Gebieten hätte manches anders geordnet werden können, wäre manche Schwierigkeit behoben worden, wenn man Männer dort beschäftigt hätte, die auf dem Boden des Zentrums stehen. (Beifall im Sitz.)

## Abg. Scheidemann:

Wir haben die heutige Sitzung mit anderen Gefühlen begonnen als wir am 12. Dezember den Saal verließen. Die Stunden jenes Tages zählen zu den schönsten und stolzeiten meines Lebens. Brachte uns der 12. Dezember doch einen Sieg unseres Prinzips: der Revolution der Vernunft gegen den Wahnsinn dieses Völkermordens. (Sehr richtig bei den Soz.) Wir haben, ganz offen heraus gesagt, damals gegen die Debatte gestimmt, weil wir die Befürchtung hatten, daß durch unkluge Aeußerungen von einer bestimmten Stelle dieses Hauses den gegnerischen Regierungen eine gar zu bequeme Möglichkeit geboten würde, das Friedensangebot abzulehnen. (Sehr richtig links.) Die Sache des Friedens ging uns über alles. Man hat darüber gestritten, ob die damaligen Friedensvorschläge unserer Regierung mit dem Kriegsziel der Sozialdemokratie übereinstimmen oder nicht. Der Streit ist mächtig. Wir haben die festeste Ueberzeugung, daß das Ergebnis einer Friedenskonferenz nicht anders sein wird als unser Friedensprogramm ist. Allerdings hätte ein Klipp und klar ausgesprochenes Verzicht auf Erwerbungen die Friedensbewegung bei unseren Feinden nur stärken können. (Sehr richtig bei den Soz.) Soll es einmal zum Frieden kommen, dann muß in jedem Lande eine starke Strömung vorhanden sein, die sich einer unerlosenen Eroberungs- und Bis-ans-Ende-Politik entgegenwirft und den Regierungen den Weg zur notwendigen Selbstbeschränkung erleichtert. (Sehr richtig bei den Soz.) Nach der Ablehnung der Entente gab es nur eine Stimmung in unse-rem Volke: lieber alles andere als einen solchen Frieden. (Lebhafte Zustimmung.) Man tut gut, auch die anderen Völker nach dem eigenen Volk zu beurteilen, denn die Unterschiede sind gar nicht so groß, wie die Kriegsprasphologie sich darzustellen bemuht. Hätten wir ein solches Friedensangebot aufgestellt wie die Entente, auch bei den feindlichen Völkern wu-erde der Wille zur Verteidigung aufgestimmt sein. Die Antwort der Entente an Wilson machte uns einen Strich durch die Rechnung. Niemand hatte eine glatte Annahme unseres Angebots erwartet, aber niemand auch eine so brutale und herausfordernde Sprache, ein so wahnsinniges, allen Tatsachen hochsprachendes Siegesprogramm. (Sehr richtig) Diese Blutschuld an der Menschheit werden unsere Feinde niemals mehr von sich abwischen können. (Sehr richtig) Das ganze Volk

den Kampf. (Bravol rechts.) Nach dem Abbruch der Beziehungen durch Amerika wurde von derselben Stelle ausgesprochen: „In der Not lassen wir das Vaterland nicht im Stich.“

Diese Aussprache zeigt aller Welt, in welcher Geslossenheit das deutsche Volk jetzt den Kampf fuhrt. (Beifall.) Hinter der lebenden Mauer in Ost und West steht das ganze Volk, zum Auertreten entschlossen, um den vollen Sieg zu erringen. Der

ist sich jetzt einig, daß wir die Pläne unserer Feinde zu Schanden machen müssen. (Lebhafte Beifall)

## Unsere militärische Ueberlegenheit.

Wir bedauern, daß es anders gekommen ist, als wir gedacht haben. Woran liegt das? Ein Blatt, das im schroffen Gegensatz zu uns steht, schrieb nach der Ablehnung des Friedensangebots: „Danke an Lloyd George!“ (Hört, hört! links.) Das war aufrichtig. Es gibt heutzutage eine Internationale der Kriegsverh rung und Kriegsverl ngerung, deren Mitglieder einander in die Hände arbeiten. (Sehr richtig links.) Lloyd George ist der Pate der neuen Entschlüsse der Reichsregierung, für die wir die Verantwortung ablehnen. Der verdammt U-Bootkrieg ist eigentlich von der Konferenz der Allierten in Rom beschlossen worden. Nachdem er einmal in Gang gekommen ist, können auch wir nur von ganzem Herzen wunschen, daß er uns möglichst bald den Frieden bringen möge. (Lebhafte Beifall.) Den Abbruch der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten bedauern wir aufs tiefste, wir gehören nicht zu denen, die Amerika als einen neuen Feind geradezu begru t haben. (Sehr richtig links.) Die schwergepruften Bevölkerung in Belgien und Nordfrankreich steht unter unserem Schutz. Wir müssen auch nach Abbruch der Beziehungen mit Amerika für ihre Ernährung sorgen. Wir sollten diese Leute auch in dem Lande lassen, in das sie gehören und in dem sie bleiben wollen. Wir sind gewis, daß unsere militärische Ueberlegenheit bis zum Kriegsende bestehen bleiben wird. Aber durch den Zutritt Amerikas können wir einer verstärkten Koalition wirtschaftlicher und militärischer Kräfte gegenuberstehen. Gewis, wir vertrauen auf unsere Volkskraft, mahnen aber gleichzeitig Volk und Regierung zu einer nüchternen Einschätzung des Erreichbaren. (Sehr richtig links.) Wenn die ausländischen Sozialisten so gehandelt hätten wie wir, die neuen Kämpfe wu-ren uns erspart geblieben. Wenn jetzt die neuen Sturme ausbrechen werden, dann werden aber auch wir mit unserm Fleisch und Blut für Deutschlands freie und gesicherte Zukunft dabei sein; in diesem, in keinem anderen Sinne haben wir die letzten Kriegskredite bewilligt. (Lebhafte Beifall.)

Wir hätten gewunscht, daß der Reichskanzler uns seine heutigen Erklärungen schon vor der Verhängung des verschärften U-Bootkrieges gegeben hätte. (Zustimmung links.) Seine heutige Rede befaudet sich nicht im geringsten Widerspruch mit den drei Reden, die Graf Tiza seit der Friedensnote gehalten hat und in denen er immer wiederholte, daß es bei dem bleibe, was die Friedensnote besage: wir sind noch immer zum Frieden bereit und zum Verhandeln, wenn der Krieg weiter dauert, es ist ausschließlich die Schuld unserer Gegner. Im Namen aller Bundesgenossen hat er erklärt, daß ein dauerhafter Friede nur so beschaffen sein könne, daß er bei niemandem Renonchegedanken erwecke. Diese feigen Aeußerungen haben in Deutschland den gr uften Beifall gefunden — allerdings mit zwar nicht zahlreich, aber sehr heftigen Ausnahmen. In gewissen Kreisen hat nämlich die neueste Wendung der Dinge eine Art Koller hervorgerufen (Seiterzeit), den sie falsch furor teutonico nennen, und in diesem Zustand schlagen sie um sich, ohne zu bedenken, wen sie treffen. (Hört, hört! und sehr gut links.) Es scheint ihr Grundsatz zu sein, daß wir noch immer viel zu wenig Feinde und viel zu viel Bundesgenossen haben. (Zuruf rechts: Keine Entstellung!)

## Die Angriffe auf den Kanzler.

Man muß den Kraftu-erschub bewundern, den diese Herren nach in der Zeit der Lebensmitleidigkeit haben (große Heiterkeit), und mit dem sie, wie eine ihrer letzten Flugchriften sagt, dem Reichskanzler an die Kehle springen wollen. Man hätte glauben sollen, die neuesten Entscheidungen der Reichsleitung wu-rden dem Kanzler eine bessere Behandlung von jener Seite sichern, aber nein, der Kleinrider wird fortgesetzt, und auch in den letzten Tagen hat man Erbauliches gelesen. Man ist in dieser Beziehung an manches gewohnt, aber eine Feivolit t, die sogar Beziehung an zwischen Militär- und Zivilbehörden tragen will (stürmische hört, hört! links und im Zentrum), u-bersteigt doch alles bisher Dagewesene. (Sehr wahr!) Wir sind Gegner der Anwendung des Polizeinippels im politischen Kampf — aber wenn er geduldet wird, dann gleichmächtig. (Große Heiterkeit.) Was Dieb l-nicht recht sein sollte, muß den Rindorff und Knorr recht sein! (Stürmische Zustimmung links.) Dieb l-nachst auf was eine von ihm ehrlich gemeinte Schw rmerie verglichen mit der verderblichen Bombenschmei erei, die man da am Pariser Plaz vorbereitet hat. (Stürmische hört, hört! und lebhaftes sehr wahr links.) Ein solches Treiben inmitten des Krieges grenzt im wahren Sinne an Landesverrat. (Erneuter Beifall links und im Zentrum.) Hier kann man nicht mehr sagen: Der Zweck heiligt die Mittel — nein, so sch dig die Mittel, so verwerflich der Zweck: verhörte Vorrechte um jeden Preis aufrechtzuerhalten, die Erfu-llung der gemachten Versprechungen zu hindern, diese ganze ungeheure Welttragdie ausklingen zu lassen in einer Apotheose des Goldjadal (Hört, hört! bei den Soz.) Das sind diejenigen Leute, die in ihrer Presse eine kanibalisches Freude daru-ber geu-ndert haben, daß die Friedensversuche mißlungen sind und die Menschenschl chter weitergeht. Wenn selbst in den fernesten Ländern ein ungreiflicher Haß gegen uns aufschwulmt, so danken wir das nicht zu gelegentlich unverantwortlichen Treiben. (Stürmischer Beifall links, lebhaftes Unterbrechungen rechts, A m.)

Mit großem Unrecht hält man dort dies für die Stimme unseres n chsteren besonnenen Volkes, man weiß dort nicht, daß unser Volk für solche Aeußerungen in seiner u-berwiegenden Mehrheit kein anderes Gefu-hl hat als Abscheu und Entru-ftung. Wir stimmen dem Grafen Tiza darin zu, daß der Krieg keinen Augenblick länger dauern darf, als zur Sicherung unseres Daseins und unserer Interessen nötig ist. Die Völker der feindlichen Staaten sollen wissen, daß sie einen Frieden der ehrlichen Verhandlung an dem Tage haben können, an dem sie ihn haben wollen. Nichts anderes war der Sinn meiner Reden im Lande, die man verdracht und gefu-llt hat.

## Die Kosten der Lebenshaltung.

Die neu bewilligten 15 Milliarden bedeuten eine Mehrbelastung um hunderte Millionen jährlich. Im vorigen Jahre hat man Steuern auf Verbrauch und Verkehr gemacht, in diesem Jahre will man Steuern auf Verkehr und Verbrauch einfuhren. (Heiterkeit.) Wir hoffen, daß die nächsten Friedenswahlen uns die Kraft verleihen werden, gru-ndlich Wandel zu schaffen, und was wu-rend des Krieges an Opfern für das Vaterland versu-ndt worden ist, wird dann gru-ndlich nachgeholt werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ich warne dringend, die Kosten der Lebenshaltung in einer Weise zu steigern, der die Steigerung der Einkommen nicht folgen kann. Riesengro  ist es, was das deutsche Volk jetzt tru-gt und leidet. Aber noch gr o er ist der Unwille und Jorn u-ber eine unbegreifliche Mi sichtnahme gegen dreifach beludene Wa-gier und schamlosen Bucher. An den

Pranger mit diesen Christen! (Stürmischer, allseitiger Beifall.) Was wir jetzt vielfach erleben, acht u-ber die selbstverwundliche Feteurung hinaus bis zur planm gigen Ausplu-nderung. Unser Viehstand ist zu groß, die Preise müssen herabgesetzt werden, um die u-berz hligen Fresser aus der Welt zu schaffen. Ich warne Sie vor der Herstellung einer „Relation“ durch weitere Verteuerung von Brotfrucht, Milch und Sauer! Aus reiner Profitsucht sind aus Bayern 4000 Waggonen Mais in W belwagen nach Norddeutschland abgeschoben worden. Die Schieber, zum Teil ordnungsgemillte Kommerzienr te, haben Hunderttausende verdient. Dem bayerischen Verkehrsministerium war angezeigt worden, was vorgeht, es hat nicht darauf reagiert (leb, hört, hört! links und im Sitz.) und das Stellvertretende Generalkommando des ersten bayerischen Armeekorps hat die Schieber durch eine Art Abla geldd sich von der Strafe nahezu dru-cken lassen. (Hört, hört!) Vergleichen wir man bisher in Deutschland nicht gewohnt und h rte es nur ab und zu aus einem weiter f stlich gelegenen Lande. Ich glaube, wenn man die Kommerzienr te in den Schillinggru-ben zählt, werden es verlu-cht wenige sein! (Große Heiterkeit.) Das Stellvertretende Generalkommando Jakob in einer Veru-ffentlichung den kleinen Brauereien die Hauptschuld zu; an dem Profit sind aber Brauereien mit 30 bis 100 000 M. und daru-ber beteiligt. Durch diese Schieberereien sind 864 000 M. in die Taschen weniger Leute geflossen. (Hört, hört!) Man hat gesagt, das Geld wu-rde wieder herausgegeben werden. Selbstverständlich muß das geschehen, aber damit kann es nicht genug sein, alle diese Leute gehören an den Pranger. (Beifall.) Gegenu-ber diesen Vorkommnissen erwähne ich das Wort Herkners, daß im Gegensatz zu der wu-cherischen Ausbeutung der Kriegskonjunktur durch andere Erwerbsgruppen für die organisierte Arbeitererschaft die Festsetzung von M hlohpreisen für die Bewertung der Arbeitskraft nicht notwendig gewesen ist, daß vielmehr die sozialistische Disziplin in diesem Kriege Triumph gefeiert hat. (Hört, hört! bei den Soz.)

## Gegen den Landwirtschaftsminister.

Wir stehen jetzt vor dem kritischsten Monat. Die Regierung muß rücksichtslos zugreifen. Wenn es an Transportmitteln fehlt, möge der Personenverkehr tagelang gesperrt werden. (Sehr richtig!) Nur ein kleiner D-Zug muß bereit stehen, der Zug, von dem ich wunsche, daß er recht bald und für dauern und den preu-issischen Landwirtschaftsminister entlassen m chte. (Stürmische Zustimmung links, große Unruhe rechts.) Wie eine Befreiung wu-rde es das deutsche Volk empfinden, ein Jubelstrei wu-rde durch ganz Deutschland gehen, wenn dieser Mann endlich von seinem Posten verschwunden wu-rde. (Erneute stürmische Zustimmung links.) Möge es schnell geschehen, damit sich Herr von Schorlemer ganz und gar nur noch seinen privaten Angelegenheiten hingeben braucht. (Große Unruhe rechts.) — Abg. Walbstein: Festigen Sie den Mann doch nicht so! (Seiterzeit.)

Wir sind aus dem Organisieren und Experimentieren in den 2 1/2 Kriegsjahren nicht herausgekommen, obwohl wir längst hätten fertig sein können, wenn sich eben nicht die bekannten Widerstände immer wieder aufk rmen wu-rden. (Sehr richtig links.) Wahrscheinlich wu-rden sie längst u-berwunden, wenn wir in Preu-ssen eine wirkliche Volksvertretung hätten. (Sehr richtig links.)

## Das Fideikommi gesetz.

Mit welcher Selbstgefälligkeit verhandelt diese Volksvertretung jetzt das Fideikommi gesetz. Wir empfinden das als einen Schlag ins Gesicht. (Lebhafte Zustimmung links.) Ein neues Fideikommi gesetz, das ist die Sorge dieser Leute in einer Zeit, wo sich Millionen verbluten. (Sehr gut links.) Man greift sich an den Kopf, man versteht das einfach nicht, wenn man nicht annehmen will, daß hier noch eine letzte Gelegenheit benutzt werden soll. (Sehr richtig links.) Man furchtet, daß ein Parlament, das für den fideikommi sarrig gebundenen Grundbesitz ein so weitreichendes Verfa-ndnis besitzt, sich niemals wieder finden wird. (Sehr richtig links.) Wir werden uns hiermit noch ausführlich zu beschäftigen haben. Es ist ja nun einmal so, daß alles, was Ihnen (nach rechts) angenehm ist, mit dem Burgfrieden vereinbar ist, alles andere ist eine Störung des Burgfriedens. Deshalb widerpricht die Einbringung einer Erbschaftsteuer dem Burgfrieden, die Befestigung des Ausnahmeverrechts einer kleinen Schicht aber nicht, obwohl diese Vorlage bis in die Kreise des gem digten Liberalismus hinein argu-tes Bestreben hervorgerufen hat. (Sehr richtig links.) Der Burgfrieden ist weiter nichts als die Angst vor einer kleinen, aber mächtigen Partei. (Sehr richtig links.) Die Regierung hat bisher stets eine viel zu große Angst betundet und längst spruchreife Reformen zuru-ckgehalten. Der Reichskanzler hat heute Ene ange schlagen, die uns erfreut haben. Er hat das Wort von dem  rmten Sohn zitiert, der auch Deutschlands treuester Sohn war. Es ist das Wort des sog-n-demokratischen Dichters Brger in Nürnberg. Was uns die neue Zeit bringen wird, ist keine Befolgung, es ist die Erfu-llung eines Rechtes, auf das das Volk einen Anspruch hat. Es gibt auch nicht Schu-llengraben erster und zweiter Klasse. (Sehr gut links.) Daß das preu-issische Wahlsrecht noch besteht, ist geradezu ein Skandal. (Unruhe rechts.) Man entschuldigt auch das mit dem Burgfrieden und sagt: jetzt nichts, aber später nichts Rechtes! Unsere Felder drau-ssen wu-rden erbarmliche Feilings, wenn sie auch nur einen Fingerbreit preisgegeben wu-rden von den Rechten, die sie sich erkaufen haben. (Beifall links.) Das gleiche Recht in Reich, Staat und Gemeinden es d kommen, es fragt sich nur, wie es kommen, wen die heranbrau-ende Flut tragen oder wen sie hinwegzu-schwemmen wird. (Sehr richtig links, hört, hört! rechts.) Der Belagerungszustand n ht nichts mehr, er verdru-cht nur die Stimmung im Volke. Auch Zensur und Schu-haft wirken nur verbittern. Die Debatten in der vorigen Woche waren nur ein sanftes Gesu-ll gegenu-ber dem, was Sie noch hören werden. Es ist einfach nicht zu ertragen. Epipel und Denunzianten sind gezogen worden, ein Gesindel, das unserem Lande zur Schande gereicht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Diese Gewaltmittel helfen gar nichts. Warum schla-gt sich unser Volk so glänzend? Mit bewundernswu-rdiger Fähigkeit! Unsere Feinde sagen, weil Volige- und Belagerungszustan- jede Aufhebung unterdru-cken. Wir wissen, daß das nicht wahr ist. Mit der Polizei als Stu-ge wu-re unser Volk längst zusammengebrochen. Uns tru-gt die Einfu-ht unseres Volkes in die bitteren Notwendigkeiten, die ihm die Zeitn tde auferlegen, nicht Kabavergehorsam, sondern Staatsb rgerverstand. (Beifall links.) Wir wunschen uns eine Regierung, die den Mut zur befreienden Tat hat, die endlich die Bahn öffnet, und zwar jetzt öffnet. (Beifall links.) Auf Versprechungen können wir nichts e-ben, nach Versprechungen, Herr Reichskanzler, wird die Gewichte Sie nicht beurteilen, sondern danach, ob Sie gehalten haben, Raum zu schaffen für die neue Zeit, deren Kommen jeder von uns fühlt. Wozu wu-re all das kostbare Blut geflossen, hu-ffe es uns nicht zu einem neuem gro-ten Fortschritt der Menschheit! Keiner von uns sollte mehr sein als ein Stu-ck dieses Volkes, keiner sollte

## Die Kanzlerrede.

Budapest, 27. Februar.

Die allenthalben spannungsvoll erwarteten Ausführungen des deutschen Reichskanzlers haben heute die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf den deutschen Reichstag gelenkt. Die Rede des Herrn von Bethmann Hollweg hat die an sie geknüpften Erwartungen gerechtfertigt. Was sie hat, war ein treues Spiegelbild der Mentalität des deutschen Volkes in dieser schicksalsschweren Zeit, in der das furchtbare Völkerringen seiner Entscheidung entgegenreift. Mit ehrfürchtigem Staunen wird sogar das feindliche Ausland feststellen müssen, daß dieser Seelenzustand eines von übermächtigen Feinden umzingelten, gegen ruchlose Angriffe für sein Dasein kämpfenden Volkes eine Zusammenziehung von würdevoller Ruhe, festem Vertrauen in die Gerechtigkeit der eigenen Sache, unerschütterlichem Kraftbewußtsein und zäher Siegeszuversicht ist. Der Kanzler hat gesprochen als der Wortführer eines großen Volkes, das die Gefahren, die es umdrängen, nicht verkennt, aber ungebrochen in seinem Machtgefühl und seiner Sache völlig sicher ist. Rednerische Effekte, wie solche erst kürzlich von Lloyd George und Bonar Law zur Verhüllung ihrer schrumpfenden Hoffnungen herangezogen wurden, sind nie die Art des Herrn von Bethmann Hollweg gewesen; der Vertreter einer Nation, die durch die Bucht ihrer Laten imponiert, hat es nicht nötig, seine Rede mit klingenden Phrasen zu schmücken. Er darf sich darauf beschränken, auf die ungeschminkte Wahrheit hinzuweisen, deren Zeugnis eine ganz eindeutige Sprache spricht. Das hat heute Herr von Bethmann Hollweg in der eindruckvollsten Weise getan. Ein einziger neuer Ton erklang in dieser Rede: an der Stelle, die von dem dauerhaften Frieden sprach, mit dem der Krieg seinen Abschluß finden soll, sprach der Kanzler das Wort „Entschädigung“ aus. Nicht bloß das Leben und die Zukunft eines starken Deutschlands soll dieser Friede sichern, auch Entschädigung soll er gewähren für alle erlittene Unbill. In dem Verständigungsfrieden, den die Zentralmächte ihren Feinden angeboten, den aber diese mit Hohn und Spott zurückgewiesen haben, ist von dergleichen nicht die Rede gewesen. Wir waren bereit zu einem Frieden, der die Ehre und die Rechte aller kriegführenden Parteien, also trotz unserer bisherigen Siege auch die Ehre und die Rechte unserer Feinde, sichern sollte. In trotziger Hofart wurde dieser Friedensvorschlag abgelehnt. Damit ist ein neues Kapitel aufgeschlagen. Fortab kann nur mehr von einem Frieden die Rede sein, dem das Wort „Entschädigung“ das Gepräge gibt. Das ist keine heuchlerische Phrase, wie die behnbaren Formeln von der „Vergeltung“ und „Wiederherstellung“, die uns von der Entente als Antwort auf unsere Friedfertigkeit entgegengeschleudert wurden. Einen anderen Klang und eine andere Bedeutung hat dieses Wort im Munde des Siegers von heute, der die Gewißheit hat, auch der Sieger von morgen zu sein.

Noch einmal, ein letztesmal hat heute der deutsche Kanzler sich mit den Vereinigten Staaten aneinander-

gesetzt. Sicherlich nicht in der Hoffnung, die Führer des amerikanischen Volkes zum Abschwenken von der Bahn die sie betreten haben, durch die Mittel der Logik und durch die Gründe des Rechtsgefühls und der Menschlichkeit zu bewegen. In der Stunde, da Herr von Bethmann Hollweg das Wort ergriff, waren ja im Kongreß zu Washington die Würfel bereits gefallen. Aber dem deutschen Kanzler mußte daran liegen, die Wahrheit, die für uns zeugt, auch in dieser entscheidenden Stunde noch für Gegenwart und Zukunft im Angesichte der Öffentlichkeit der ganzen Welt festzulegen. Seit Jahr und Tag führt England gegen die Zentralmächte den Aushungerungskrieg, ohne darin von den Neutralen behindert zu werden. Es führt den Aushungerungskrieg nicht etwa gegen die Streitkräfte Oesterreich-Ungarns und Deutschlands, es führt ihn gegen die Frauen, die Kinder und die gebrechlichen Greise, die nach dem teuflischen Plan britischer Grausamkeit darben, in Elend verkommen sollen, auf daß ihre bittere Not die Kraft der siegreichen Heere, der die feindlichen Waffen nichts anhaben können, durch die Seelenpein zermürbt. Herr von Bethmann Hollweg hat heute in Worten, die wie Geißelhiebe in das Heuchlergesicht Albions niedersausten, an die gleiche Unmenschlichkeit erinnert, die England während des südafrikanischen Krieges gegen die in Konzentrationslagern zusammengepferchten Frauen und Kinder des tapferen Burenvolkes geübt hat. Kein anderer als Lloyd George hat damals in Volksversammlungen und im Unterhause die scheußliche Bestialität dieser Vorgangsweise in Worten eines flammenden Bornes gebrandmarkt. Und heute wendet dasselbe England und derselbe Lloyd George diesen barbarischen Aushungerungskrieg nicht gegen sechzehntausend Frauen und Kinder, wie im Burenkriege, sondern gegen ungezählte Millionen hilfloser und unschuldiger Geschöpfe an. Wenn je, seitdem Menschen auf der Erde atmen, Notwehr ein heiliges Recht war, so ist das jetzt der englischen Hungerblockade gegenüber bei uns der Fall. In seiner heutigen Botschaft an den amerikanischen Kongreß hat durch ein merkwürdiges Zusammentreffen der Umstände auch Herr Wilson von Frauen und Kindern gesprochen. Aber nicht von denen Deutschlands und unserer Monarchie, die England zum Hungertode verurteilen möchte, sondern von amerikanischen Frauen und Kindern, die auf Schiffen, die ungeachtet der Warnung sich ins Seesperrgebiet wagen, ums Leben kommen könnten. In seinen „Legenden des Jahrhunderts“ schildert Victor Hugo in einem großartigen Stück, wie im Himmel oben Gott eine riesenhafte Wage in der Hand hält, in den beiden Schalen der Wage die blutigen Opfer des grausamen Kalifen liegen, und wie das ernst prüfende Gottesauge das Schwanken der beiden Wagschalen verfolgt. Herr Wilson hatte nicht diese Vision, als er die Sportleidenschaft amerikanischer Frauen, die mutwillig mit ihren Kindern auf gewarnten Schiffen sich ins Seesperrgebiet begeben, in den Vordergrund seiner Erwägungen rückte, darüber aber die unzähligen Millionen unserer unschuldigen Frauen und Kinder übersah, die Englands Willensschluß dem Hungertode preisgeben

möchte. Diesen ungeheuerlichen Plan zu vereiteln, ist nicht bloß ein Gebot des Rechts, sondern auch ein solches höchster Menschenpflicht.

Die Seegebietsperre ist das geeignete Mittel, den englischen Plan zuschanden werden zu lassen. Der deutsche Kanzler hat heute den Vertretern seines Volkes mitteilen können, daß die bisherigen Erfolge des Unterseebootkrieges die Erwartungen der deutschen Flotte weit überschreiten und die volle Berechtigung vorliegt, der weiteren Entwicklung in vollster Gewißheit entgegenzusehen. Nun bekommt allmählich der Aushungerer selbst Gelegenheit, den Aushungerungskrieg zu kosten. In England wird der Ton der verantwortlichen Personen immer gedämpfter, die Zufuhren nehmen ab, die neutrale Schifffahrt hat den Verkehr eingestellt, die Regierung muß ängstlich eine Vorratsaufnahme an Verbrauchsgütern durchführen und durch draconische Verordnungen das Sparen mit den Lebensmitteln erzwingen. Deutsche Kriegsfahrzeuge sind mit herrlicher Bravour von ihrer Bucht bis dicht an die englische Küste und sogar in die Themse hinein vorgebrungen und haben festgestellt, daß nicht einmal bei Nacht englische Schiffe mit Munition, Waffen und Mannschaften von der britischen Insel nach dem westlichen Kriegsschauplatz unterwegs waren. So stockt nicht allein die Zufuhr von Lebensmitteln nach England, sondern es erleidet auch der kriegerische Transport nach Frankreich starke Hemmungen. Die Unterseebootperre arbeitet gut, und der deutsche Kanzler konnte mit Recht sagen, daß man mit dem Erfolg zufrieden sein kann.

Nicht in Deutschland allein, auch in Oesterreich-Ungarn herrscht unerschütterliches Kraftbewußtsein, gepaart mit dem unbeugsamen Willen, alle Entbehrungen zu tragen, alle Opfer an Gut und Blut zu bringen, bis der barbarische Vernichtungswille unserer Feinde gebrochen und der entscheidende Sieg erstritten ist. Schwere Monate stehen bevor, der Kampf ist im Begriffe, den Gipselpunkt zu ersteigen. Wir wissen, um was es für uns in diesem Kampfe geht: um unser Leben, um unsere Zukunft. Mit der Kraft, der wir die bisherigen Siege unserer Waffen danken, werden wir auch in diesem letzten bittersten Ringen unsere Feinde überwinden. Starken Herzens, festen Mutes, erhobenen Hauptes schreiten die Völker des Vierbundes dem endgültigen Siege entgegen.

## Oesterreich und England.

Von

Dr. jur. Ernst Feist-Wollheim.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus hat der Abgeordnete Hollo von der äußersten Oppositionspartei (Fraktion Károlyi) verschiedene Bemerkungen über die Politik des Deutschen Reiches gemacht. Ministerpräsident Graf Tisza sagte in seiner Erwiderung, er müsse gegen eine Darstellung gewisser Ereignisse protestieren, welche der historischen Treue widerprüchen. Der Abgeordnete Hollo habe die Vorgeschichte des Krieges so dargestellt, als ob dieser Krieg nicht von einem von bösen Offiziersgelenken erfüllten Feind aufgezwungen, sondern als ob er durch eine in der deutschen Politik eingetretene Wendung hervorgerufen sei. Er verstehe nicht, wie sich ein Mann im ungarischen Parlament finde, der eine solche Rolle übernehme. Die Ausdehnung des Deutschen Reiches seit 1871 sei eine friedliche gewesen, die die Existenz keiner andern Nation bedrohte. Der europäische Friede sei immer nur dann bedroht gewesen, wenn Frankreich und Rußland ihre Kräfte zum Angriff frei hatten. — Hinsichtlich der Kolonialpolitik, von der der Abgeordnete Hollo gesprochen habe, sei es doch sehr natürlich, daß ein Reich mit so expansiven wirtschaftlichen Kräften wie Deutschland Kolonialpolitik treibe, die aber nie erobrerungslüchtig gewesen sei. — Der Abgeordnete Hollo verteidigte sich dann gegen den Vorwurf, als ob er die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands als Kriegsursache bezeichnet habe. Er habe in seiner Rede nur die Eifersucht der andern auf Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung hervorheben wollen. Während der Antwort Hollos verließen fast sämtliche oppositionellen Abgeordneten den Sitzungsaal, wodurch, wie die Blätter hervorheben, auch die Andrássy- und Apponyi-Gruppe deutlich ausdrücken wollte, daß sie die Ausführungen nicht billigte.

Aber die Rede Hollos hat doch eine gewisse grundsätzliche Bedeutung. Aus ihr sprach die immer wiederkehrende Idee, als wenn Oesterreich eigentlich nur gegen seinen Feind Rußland zu kämpfen hat, während England und Frankreich lediglich die Feinde Deutschlands wären. Nachdem sich in letzter Zeit der Weltkrieg immer mehr zu einem Endkampf zwischen England und Deutschland gestaltet hat, sind diese Ideen speziell im österreichischen Lager nahe liegend. Und doch ist es eine völlige Verleumdung der Tatsachen. Vielmehr ist England ebenso der Feind Oesterreichs wie Deutschlands. Dies nochmals zu betonen, ist der Zweck dieser Zeilen. Und zwar der einzige Zweck, denn eine Polemik gegen die Rede des Abgeordneten Hollo ist im übrigen ganz überflüssig, weil sie erstens nicht treffender und loyaler widerlegt werden konnte als durch die Worte des Grafen Tisza, weil zweitens der Abgeordnete Hollo selbst seine Entgegnung, die ja in jedem Parlament vorzukommen kann —, falls es nicht nur ein Mißverständnis war —, am Schluß der Debatte richtiggestellt hat, und weil drittens auch seine Partei in sichtbar Weise von ihm resp. der möglichen Interpretation seiner Worte abgerückt ist.

Unter den Kriegsmotiven, die zu dem jetzigen Völkerringen geführt haben, ist vielleicht das allerstärkste der „Hunger“, oder richtiger der „Durst Rußlands nach dem eisfreien Meer“. Diese Tatsache ist so alt und so oft besprochen, daß man sich eigentlich scheut, sie zu wiederholen. Rußland hat diese Möglichkeit vor allem auf drei Wegen, nämlich erstens auf dem Balkan, zweitens in Ostasien und drittens es in Mittelasien nach Süden durchbrechen. Auf allen drei Wegen stieß es auf England als auf seinen unerbittlichen Feind. Rußland entschied sich zuerst für den Ausgang in Ostasien, da ließ es über England durch Japan zurückwerfen. In Mittelasien nach Süden hat es sich zu einer entscheidenden Aktion gar nicht vorgewagt, da England dort mit argwöhnischem Auge jede Bewegung des Konkurrenten verfolgt, weil es durch einen Durchbruch Rußlands in einem Lebensnerve, nämlich Indien, bedroht wird. Infolgedessen hat England Rußland auf den dritten Weg gewiesen, nämlich auf Konstantinopel, obgleich es auch dort für seine Suez-Interessen fürchtete. Es hat aber wohlweislich Rußland auf diese Bahn gelenkt, weil es wußte, daß ihm dort, wie im fernen Osten Japan, so hier Oesterreich-Ungarn entgegenzutreten mußte. Rußland und Oesterreich hätten also ganz gut miteinander leben können, wenn England nicht in der ganzen übrigen Welt Rußland sein Lebensbedürfnis verweigert hätte, um es ihm gerade dort zu geben, wo es mit der Existenz und den Interessen Oesterreichs unvereinbar ist.

Diese Gedanken sind sowohl in politischen Werken, wie auch in der Tagespresse, besonders auch in der letzten Zeit, schon häufig ausgeführt worden. Ich verweise u. a. nur auf den Artikel von Professor Duden in der „Frankfurter Zeitung“ und auf einen lezt-hin erschienenen Artikel von Professor Boehlch in der „Augsburger Zeitung“. Deshalb muß es doppelt Wunder nehmen, daß diese Ideen noch immer nicht Allgemeinut jedes politisch Denkenden geworden sind. Gerade im Angesicht des riesigen Schlussschlusses gegen England, der am 1. Februar begonnen hat, kann es nicht oft genug betont werden, daß England nicht nur der Feind Deutschlands, sondern auch der Oesterreichs ist, und daß Oesterreichs Feind nicht nur Rußland, sondern ebenso England ist.

## Die rumänischen Sozialisten.

Von Karl Fr. Nowak.

Bukarest, im Februar.

Die unabwendbare Katastrophe, die über Rumänien in dem Augenblick hereinbrechen mußte, da die Politik des Königreichs sich für den Anschluß an den Bismarck- und gegen die Zentralmächte entschied, ist von keiner rumänischen Partei klarer vorausgesehen und vorausgesagt worden, als von den rumänischen Sozialisten. Und was noch mehr war: von Anfang an, da das Doppelspiel der Bukarester Machthaber zu durchschauen war, gegen die Kriegsteilnahme und die Verbrüderung mit der Entente ein offener, erbitterter Kampf von den Sozialisten geführt worden.

Einer der Parteiführer, die jetzt auf so traurige Art recht behielten, läßt mich ein wenig hinter die Kulissen blicken, deren Szenen sich in Rumänien ohne Sehl, indes gegen das Ausland unterdrückt, vom Ausland nicht gesehen, abspielten. Zwei Jahre lang entfaltete sich die ganze Tätigkeit der Partei ausschließlich gegen den Krieg. Keine Versammlung wurde abgehalten, deren antikriegsgerische Tendenz nicht Programm gewesen wäre. Die sozialistische Zeitung *Lupta*, das Organ des über Rumaniens Grenzen weit hinaus bekannten Führers *Katofsky*, brachte nicht einen Artikel, der nicht in jeder Zeile den Protest gegen die Kriegsteilnahme ausgesprochen hätte. Der Anhang der Kriegsgegner war frühzeitig schon so groß, daß es schon im Mai 1915, als nach dem großen Durchbruch bei Tarnow und Gorlice die Russophilen die im Sinken begriffene rumänische Stimmung durch eine im Bukarester *Cismigiu*-Garten abgehaltene große Versammlung heben suchten, zu schweren Zusammenstößen mit dem aufgebotenen Militär und der rücksichtslos einhauenden Polizei kam. Es floß schon damals viel Blut. Die Zahl der bei diesem Anlaß Verwundeten war ganz erheblich.

Die ersten Monate des Jahres 1916 brachten eine straffere Organisation der sogenannten „Transylvanien“, der Eroberungslustigen, die um jeden Preis Siebenbürgen haben wollten. Sie sorgten dafür, daß in den Straßen der Hauptstadt nur mehr solche Zeitungen verkauft werden sollten, die russophil waren und für den Krieg eintraten. Den Redaktionen der Blätter, die Neutralität predigten und forderten, wurden die Fenster eingeschlagen. Die Sozialisten ließen sich durch die „Transylvanien“ nicht einschüchtern. Ihre Frauen kamen auf die Straße und verkauften selbst die Zeitungen der Partei; die Russophilen wagten, so dreist sie sich auch sonst in Bukarest aufspielten, doch nicht, sich an den Frauen tätlich zu vergreifen. So waren es diese Frauen eigentlich allein, die für die Pressefreiheit ihre Haut zu Markte trugen.

Beischlossene Sache war der Krieg an der Seite der Gegner der Zentralmächte im Juni 1916. Jeder wußte dies von dem Augenblicke an, da die Russen in der Zeit der Brusilowischen Offensive gegen die Bukowina die rumänische Grenze verletzten. Galatz war von jeher, war auch damals der Sitz der russophilen Propaganda gewesen. Die Sozialisten protestierten noch einmal gegen den Krieg: in Galatz brach der Generalstreik aus. Er wurde rücksichtslos im Blut erstickt. Das Militär wütete ärger als in Feindesland. Weder die Toten noch die Verwundeten waren zu zählen. Die Soldaten verfuhrten bereits nach kosakischen Mustern. Mit den gefallenen Männern wälzten sich Frauen und Kinder in ihrem Blut in den Straßen von Galatz.

Der Tag der rumänischen Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn war der 14. August. Bekanntlich ein Sonntag. Für den Vormittag auf zehn Uhr — gleichzeitig mit dem Kronrat im Schloß — war in Bukarest eine große antikriegsgerische Versammlung angesetzt. Im Zirkus *Eidoli*. Die Ausgänge wurden, als die Teilnehmer versammelt waren, durch Militär verschlossen. Als sie endlich nachmittags um zwei Uhr wieder freigegeben wurden, sah man überall große Plakate, die besagten, daß der Belagerungszustand über Bukarest verhängt sei. Um vier Uhr nachmittags erschienen zwei Gendarmen auf der *Calea Victoriei*, die dann durch alle Straßen der Stadt zogen und ein riesiges Plakat schleppten. Auf dem Plakat war zu lesen, daß der Krieg erklärt sei... Der Eindruck war im ersten Augenblick ungeheuerlich, doch schon in diesem ersten Augenblick zwiespältig. Es gab viele, die über das hereingebrochene Verhängnis weinten, freilich

ebenjoviele, die in lauten Jubel ausbrachen. Um fünf Uhr rief man die Redakteure aller Bukarester Zeitungen auf die Polizei. Man verständigte sie, daß der Kriegszustand tatsächlich eingetreten sei und fortan ihre Blätter nur unter Zensur erscheinen dürften. Zwei Stunden später brachten die Blätter die Kriegserklärung. Aber schon um acht Uhr abends war die Hauptstadt plötzlich wie verändert. Von Begeisterung war gar nichts mehr zu merken, auch die vielen, die eben erst gejubelt hatten, waren auf einmal stumm. Einige Kinder schrien eingelernte Rufe in den Straßen, die sie selbst nicht verstanden... Eine Traurigkeit ohne Gleichen ergriff die Stadt, sie war in Friedhofsstimmung völlig erstorben. Um neun Uhr abends durfte in Bukarest, dessen Publikum, wie man weiß, leichtlebiger und vergnügungssüchtiger ist als irgendwo sonst, niemand mehr auf die Straße gehen...

Während dies am Tage der Kriegserklärung sich im Innern der Stadt zutrug, waren die Vorstädte bewegt genug. Große Arbeiterdemonstrationen fanden statt, ohne freilich den bereits beschlossenen Gang der Ereignisse irgendwie beeinflussen zu können. Um jedenfalls auch die Demonstrationen für die folgende Zeit vollständig auszuschalten, verfiel die Regierung auf ein sehr einfaches Mittel. Schon am Tage nach der Kriegserklärung wurde die ganze Arbeiterschaft im Alter von 21 bis zu 46 Jahren einberufen. Die Zensur wurde den Zeitungen gegenüber gleich mit der größten Strenge gehandhabt, mit noch weit größerer Schärfe und Unbarmigkeit, als man es selbst in Rußland etwa gewohnt war. In erster Linie wurde von der Zensurstrenge naturgemäß die *Lupta* betroffen. Das Blatt wurde sehr rasch überhaupt verboten. Der Sozialistenführer *Katofsky*, gegen den man mit allen möglichen Mitteln gearbeitet hatte, um seine Proteste gegen einen rumänischen Krieg unmöglich zu machen — man hatte ihn erst bestechen wollen, dann hatten ihn die Russophilen ohne Erfolg als zentralmächtefreundlich und vor allem als deutschfreundlich verdächtigt —, *Katofsky* wurde einfach auf der Straße verhaftet. Eine Weile lag er in seinem eigenen Haus interniert, dann wurde er bei Nacht und Nebel von Bukarest fortgeholt und verschleppt. Die Parteilokale wurden durch die Polizei versperrt und versiegelt. Was von der Parteileitung zu ergreifen war, wurde festgesetzt. Man steckte die Verhafteten einfach ins *Bacaresti*-Gefängnis. Dort wurden sie von den einziehenden Deutschen aufgefunden und befreit.

Der Einzug und die Herrschaft der Deutschen fanden in Bukarest nicht weniger als 36.000 Industriearbeiter vor. Und nicht weniger als 20.000 davon waren ohne Arbeit. Und man kann sich leicht vorstellen, welche ein Elend unter diesen Arbeitslosen herrschte... Besser waren die Familien der Mobilisierten daran. Ihnen hatte die rumänische Regierung, als die Flucht unvermeidlich wurde, die Unterstützung von zwanzig Francs monatlich auf vier Monate vorausbezahlt. Auch für die Beamten hatte die Regierung vor ihrer Flucht vorgesorgt. Sie zahlte ihnen die Gehälter bis zum ersten März voraus. Gleichwohl sind die rumänischen Beamten jetzt nicht gerade rosig gebettet. Nicht etwa, weil die Deutschen die Herren des Landes geworden sind. Sondern sie bekommen jetzt wirklich nur ihre normalen Gehälter, die ihre Regierung ihnen nie allzu üppig bemessen hatte, weil sie ja wußte, daß keiner dieser Beamten ohne Bestechungsgelder zu wirtschaften gewohnt war. Und die Bestechungsgelder bleiben jetzt allerdings aus... Glücklicher daran sind jetzt entschieden die Arbeiter. Sie arbeiten in den Fabriken, deren eine ganze Anzahl von den Deutschen schon eröffnet worden sind. Und gleichzeitig mit der Eröffnung zahlen die Fabrikdirektoren wieder täglichen Lohn an die Arbeiter aus. Er beträgt vier Francs pro Kopf. Und zwar war es die deutsche Militärverwaltung, die sowohl die Höhe des Taglohnes bestimmte wie auch die Direktoren zwang, ihn zu bezahlen.



### Zu Lloyd Georges Rede

(Von unserem Korrespondenten)

C. C. S. London, 24. Febr.

Es hat dem Premier Lloyd George die schwere Aufgabe bedeutend erleichtert, daß er erst am letzten Freitag die Maßregeln zur Einschränkung der Einfuhr ankündigen konnte. Eigentlich hätte er schon bedeutend früher sprechen sollen, allein die Verbündeten der Entente, vorab Frankreich und Italien, erschrauen ob der ihnen zugemuteten Verluste und die im Laufe der letzten Tage stattgefundenen Unterhandlungen, von denen natürlich nur wenig in die Öffentlichkeit gedrungen ist, haben bewiesen, daß England, das seine Verbündeten mit Schiffen versehen muß, nicht anders handeln kann. Denn seine eigene Ueberlegenheit zur See ist durch die Erfolge der feindlichen Unterseeboote wenn auch nicht gerade bedroht, so doch beträchtlich vermindert worden. Zwar konnte der neue Flottenminister Carson die beruhigende Zusicherung geben, daß binnen kurzem — er sprach von vier bis sechs Wochen — die Mittel zur Bekämpfung der Unterseegefahr ausfindig gemacht sein sollten. Immerhin hört und liest man tagtäglich von versenkten Schiffen, die nicht so schnell ersetzt werden können, auch wenn die Schiffswerften mit verdoppelter Kraft arbeiten.

Lloyd George hat als Premier erreicht, was er als Schatzkanzler vor Jahren vergeblich angestrebt hatte: eine wirklich durchgreifende Verminderung des gebrauten Bieres. Als Schatzkanzler hatte er die Brauereibesitzer und Kneipwirte bis auf den letzten Mann gegen sich und er mußte klein beigeben als er der Temperenz zullebe — und der Premier ist begeisterter Temperenzler —, die Wirtschaften mit hohen Steuern belegte. Jetzt hat der Weltkrieg ihm die vor Jahren verweigerte Gelegenheit gebracht, da die Volksernährung in erster Linie steht. In 1914 wurden 36 Millionen Faß Bier gebraut. Im Januar dieses Jahres waren es noch 18 Millionen. Da aber viele zur Volksernährung nötigen Stoffe dem Braugewerbe entzogen werden müssen, hat der Premier die Zahl der Fässer auf zehn Millionen beschränkt. Damit werden 600,000 Tonnen Nährstoffe dem Lord Devonport zugeführt, der sie als der mit der Verproviantierung des Volkes betraute Minister gar gut brauchen kann. Und der Schatzkanzler wird auch nicht zu kurz kommen. Denn die Leute wollen ihr Bier haben, koste es was es wolle. Im Vorjahr wurde für mehr als 20 Millionen Pfd. Sterl. mehr berauschendes Getränke konsumiert, als in 1915. Soviel Geld wird jetzt von kleinen Leuten verdient, daß man nicht überrascht wäre, wenn sie für das Glas Bier einen Schilling bezahlten. Freilich befürchtet man eine entsprechende Zunahme des Verbrauchs von Spirituosen. Doch müssen sie englischer oder schottischer Provenienz sein, denn die Einfuhr fremder Spirituosen und Weine ist, wie der Minister Walter Long in der Folge bemerkte, um 75 Prozent vermindert worden.

Die Ankündigung einer Mindestlöhnung von 25 Schilling (= Fr. 31) die Woche für Farmarbeiter ist wohl die bedeutsamste Tatsache in der Rede des Premiers, die in vielen Punkten eine neue Aera einleitet. Die Farmer haben den Sieg davongetragen. Denn auf der einen Seite dürfen die Großgrundbesitzer nicht die Erhöhung der Getreidepreise zum Vorwand nehmen, die Pachtzinsen aufzuschlagen — Lord Lansdowne hat dem Premier als Wortführer der Landlords das Versprechen gegeben, und daß es gehalten wird, dafür wird das Gesetz sorgen —, andererseits wird der Staat, dem alles daran liegt, den Getreidebau und die Anpflanzung von Kartoffeln zu fördern, darauf sehen, daß dem Ackerbau keine Arbeiter mehr entzogen werden und daß die Landleute genügend entlohnt und gut behauset werden. Natürlich wäre es weit besser gewesen, wenn die Landarbeit schon im Januar vor dem langen Frost angefangen hätte. Aber an der Verzögerung sind hauptsächlich die Berufspolitiker beider Parteien schuld. Denn erst am 8. Dezember hat Lloyd George die Regierung übernommen und die Bildung seines vorwiegend aus Geschäftsleuten bestehenden Ministeriums nahm mehr Zeit in Anspruch als man glaubte. Immerhin wird man jetzt keinen Tag mehr verlieren, denn der Bauer weiß, wie viel auf dem Spiele steht.

Was die Einschränkung der Einfuhr von Lebensmitteln betrifft, so sind die Vorräte von Tee, Kaffee, Kakao usw., deren Einfuhr gänzlich verboten ist, so groß, daß man in den nächsten Monaten kaum einen Unterschied bemerken wird. Uebrigens ist die Einfuhr von

indischem und Ceylon-Tee gestattet, nur der chinesische Tee darf nicht eingeführt werden. Weitaus der meiste in Großbritannien verbrauchte Tee stammt aber aus Indien. Da die hauptsächlichsten Nahrungsmittel auf der freien Liste stehen, ist die Volksernährung nicht gefährdet. Am schwersten dürfte man die um die Hälfte verminderte Einfuhr von Papier empfinden, da dadurch die Zeitungen in erster Linie getroffen werden. Schon jetzt erscheinen sie in sehr abgemagerter Gestalt und sind nicht sehr gut auf minderwertigem Papier gedruckt. Aber in Kriegszeiten gewöhnt man sich an manches. Die „Times“ kostet wieder 2 Pence, also über 20 Rp. täglich. Die illustrierten Tagesblätter haben den Preis ebenfalls erhöht. Da die Holzeinfuhr aufgehört hat, wird für die Kohlengruben und zu andern Zwecken Holz in England gefällt, und für das britische Heer hat Frankreich bereits zwei Waldungen zur Verfügung gestellt. Selbst Eisenerz wird jetzt in England gefördert. Und die bis jetzt vernachlässigten Binnenkanäle sind ebenfalls vom Staat beschlagnahmt worden. Das hätte schon längst geschehen sollen. Schon Campbell-Bannerman, der ein begeisterter Anhänger der Binnenschifffahrt war, ernannte eine Kommission, die gründliche Erhebungen machte und die bessere Benützung der Kanäle verlangte. Aber erst im dritten Jahre des Weltkrieges hat Lloyd George die Beschlagnahmung der Kanäle verfügt. Wie man sieht, hat auch ein männermordender Krieg seine guten Seiten, wenn er den leitenden Staatsmännern Gelegenheit gibt, sich an die wirtschaftlichen Schätze des eigenen Landes zu erinnern. Und der jetzige Premier ist der richtige Mann dazu, diese Schätze zu heben. Es ist spät, allerdings, aber hoffentlich nicht zu spät.

# Lebhafter Schluß der Reichstagsverhandlungen.

## Eine neue Erklärung des Staatssekretärs Zimmermann zum U-Boot-Krieg. — Die Adlon-Konferenz. — Vertagung bis 20. März.

Nach dem „Enthüllungs“-Manöver des Advokaten Hausmann aus Stuttgart über die Tagung bei Adlon führte ein konservativer Redner zunächst das Haus wieder zum Staat zurück, streifte die Gewerkschaftsfrage und forderte den Staatssekretär Zimmermann zu Neußerungen über den Stand der Verhandlungen mit Dänemark heraus. Hierdurch erfuhren wir, daß der Versuch eines Umweges der dänisch-englischen Schifffahrt über Norwegen zwecklos bleiben würde. Verfehlt werden sie im Sperrgebiet doch. In einigen Tagen will der Staatssekretär den Beweis liefern, daß wir keine Neigung besitzen, die Handelsperre zu beseitigen. Man wird ihn an dieses Versprechen erinnern. Ebenfalls über die dänische Angelegenheit sprach Herr v. Camp, der zu den Steuern die Bemerkung machte, daß in Preußen ein Loch im Staatsfächer entstanden, wenn man im Reichsfächer das Loch mit der Reichseisenbahn stopfen wolle. Dann wurde die Adlonversammlung wieder von einer Reihe von Rednern behandelt. Im Mittelpunkt der Erörterung stand hierbei die Persönlichkeit des Grafen Hoensbroech als des verantwortlichen Veranstalters der Versammlung bei Adlon. Aufmerksam blieb es bei der zur Schau getragenen nicht immer ganz ehrlichen Entrüstung, daß niemand Veranlassung nahm, die Versammlung zu verteilen, abgesehen Herr v. Graefe, der selbst dabei war und sich stolz und offen dazu bekannte. Andererseits fehlte es nicht ganz an Empfindungen des Widerwillens gegen die Enthüllungstaktik Hausmanns. Die advokatenhafte Art hatte etwas verschupst. Frhr. v. Camp fragte mit Recht: „Was hatte das für einen Zweck?“, und von anderer Seite im Hause wurde sogar die Sache umgekehrt und gefragt, ob die Fortschrittspartei die gleiche Entrüstung zeigen würde, wenn es sich um den Sturz eines ihr unangenehmen Kanzlers handeln würde. So sprang schließlich der Pfeil auf den Schützen zurück, und wenigstens einige Schachspieler trafen ihn recht empfindlich. Die Masse im Hause aber blieb auf dem Standpunkt stehen: „Aber es war doch recht interessant“, ein Standpunkt, dessen Unterwertigkeit in des alten Frhr. v. Camp Gegenbemerkung gekennzeichnet wurde: „Ja, für Leute, die an schlechten Wiken Freude haben.“

Der Radikalsozialist Henke stellt sich dann zum Zweikampf mit dem Nationalsozialisten Keil. Er „verteilt“ ihn, wie er selbst behauptet. Die andern glauben nicht an diesen Sieg. Herr Henke liest ungerührt gegen die Gewohnheit im Hause seine Rede ab. Es war also keine Temperamentsentgleisung, wenn er von einer „Verteidigung des sogenannten Vaterlandes“ sprach. Graf Westarp nagelt den vaterlandslosen Gesellen fest.

Eine trefflich sachliche Rede über seine Steuerpläne hielt Graf Roeder. Auch er beschäftigte sich mit Herrn Keil, dessen Steuerbesprechung von geistern nicht ganz anregungslos gebüben war.

Ein Intermezzo Dr. Helfferichs wurde durch Dr. Spahn erzwungen. Die ewigen Paritätschmerzen des Zentrums sind krankhaft und erfordern eine Operation. Helfferich versucht es einseitigen noch mit schmerzstillenden Mitteln. Es sind die Hausmittel eines jeden vernünftigen Arztes: Beruhigung und Belehrung. Aber der eingebildete Kranke bleibt krank. Es pocht ihm eben in seinen Kram, den Kranken zu spielen.

Eine weitere Gruppe von Rednern beschäftigte sich auch heute wieder mit der Gewerkschaftsfrage. Fast alle Parteiführer und vor allem sämtliche anwesenden Führer der buntgewürfelten Gewerkschaften hatten das Wort. Die christlichen Gewerkschaften warfen den wirtschaftsfriedlichen Herrschäften ihre Abhängigkeit vor: sie seien durch Zwang der Brotherren entstanden. Schlimmer war der Verdacht der Gewerkschaftsleute um Legion, die die Unpersönlichkeit hatten, einer Gruppe von fast einer halben Million deutscher Arbeiter vorzumischen, daß sie käuflich seien. Jedenfalls wollte die schwarze und die rote Vogelschar von den Geflügelarten nichts wissen. Der Abg. Behrends warnte sogar die bürgerlichen Parteien, den gelben Vogel zu füttern. Wenn der erst groß sei, würde er ihnen auf und davon fliegen.

Den Schluß der Sitzung füllten persönliche Bemerkungen, die aber über das Persönliche hinausgeschossen. Bis zum 20. März ging man auf Urlaub. Nun hat die Haushaltskommission das Wort und die Arbeit.

### 86. Sitzung, Freitag, den 2. März 1917.

#### Fortsetzung der Staatsberatung.

(Fünfter Tag.)

(Fortsetzung aus dem Abendsaß.)

Abg. Schiele (kon.): Gegenüber der Mißhandlung unserer in Feindeshand geratenen Streiter muß die schärfste Vergeltung angewendet werden. Für Vergütungen in unseren Gefangenenlagern ist jetzt keine Zeit. Solange es noch keine Soldatenausschüsse gibt, darf es auch keine Kriegsgefangenen-ausschüsse geben. Für die Frage der Einführung des parlamentarischen Systems ist jetzt nicht die Zeit. Der Kaiser darf nicht zur Schattenfigur werden. Dem Abg. Bassermann, der an der Teilnahme an den Verhandlungen des Hauses verhindert ist, sprechen wir die besten Wünsche zu seiner baldigen Wiederherstellung aus. Dänische Zeitungsmeldungen stehen in einem gewissen Gegensatz zu den Erklärungen des Staatssekretärs des Auswärtigen über

#### Die deutsch-dänischen Verhandlungen.

Aufklärung wäre notwendig. Der Abg. Keil täuscht sich; was unsere Soldaten mit ihrem Blut erkämpft haben, werden sie nicht herausgeben. Nicht nur die armen Söhne Deutschlands sind treu, alle ziehen an selben Strang. Wir wollen nur eine Verständigung, die eine Folge unseres Sieges ist. Den Landräten, die zu scharfen Maßnahmen in der Ernährungsfrage griffen, fehlte es an Führung mit der Bevölkerung. Es wird zuiel organisiert, wir organisieren uns fast zu Tod. Selbst die Seemuschel muß herhalten. Auch sie wird wohl so weggorganisiert werden. Es ist ungerecht, daß in den Arbeiter-ausschüssen des Hilfsdienstes nur Gewerkschaftler ver-

treten sind, die doch an Zahl nur ein Viertel der gesamten Arbeiterchaft ausmachen. Die kleineren Betriebe dürfen nicht schematisch ausgegrenzt werden. Das beste Vertrauen wird bei unseren Kriegsanleihegebern erweckt werden, wenn unsere Staatsmänner Festigkeit bei der Forderung einer Kriegsen-schädigung zeigen. Ohne Kriegsschädigung müßten wir nach dem Krieg von der Vermögenssubstanz im Reich leben. Das Übergewicht der Milliarden müssen die Urheber des Krieges tragen. Kurland und Litauen wollen wir nicht herausgeben. In diesem Eldorado wollen wir uns neue Kraftquellen erschließen. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet wird es für uns heißen: Mensch sein, heißt Kämpfer sein. (Beifall rechts.)

#### Staatssekretär Zimmermann:

Der Abg. Schiele ist noch einmal auf die dänischen Verhandlungen zurückgekommen und hat sich dabei auf einen Artikel der „Nationalzeitung“ bezogen, der in der „Vossischen Zeitung“ wiedergegeben ist, wonach die Verhandlungen mit Dänemark über die Ausfuhr von Lebensmitteln nach England angeblich zum Abschluß gelangt sind und nunmehr die Schiffe von Dänemark nach Norwegen und von Norwegen nach Aberdeen abgefertigt werden. Woher die „Nationalzeitung“ ihre Nachricht bezogen hat, ist mir unbekannt. Aus amtlichen Quellen dürfte sie nicht geschöpft haben. Amtliche Nachrichten zur Sache, die etwa diese Mitteilungen bestätigen, liegen mir nicht vor.

Wenn ich auf den Inhalt dieser unbestätigten Nachricht eingehen darf, so muß ich sagen, daß eine Dampferverbindung zwischen Dänemark und Norwegen und umgekehrt sich unbedenklich erscheinen würde. Wir haben eine Handelsperre gegen unsere Feinde ausgesprochen, wir haben aber nicht erklärt, daß wir den Verkehr zwischen den neutralen Staaten unterbinden würden. Wenn nun derartige Schiffe mit Lebensmitteln von Dänemark nach Norwegen abgehen und dann etwa dort diese Lebensmittel auf englische Dampfer übergeladen werden sollten, und wenn dann von Norwegen verladen werden sollte, diese Waren oder Lebensmittel nach England einzuführen, dann würden diese Schiffe in unsere Handelsperre hineinkommen, und ich hoffe zuversichtlich, daß es unseren Unterseebooten gelingen wird, diese Schiffe in den Grund zu bohren und sie dem Verderben zuzuführen. Die Verbindung von Dänemark nach Aberdeen, die hier auch erwähnt worden ist, wird selbstverständlich von den betreffenden Unterseebooten ganz genau beobachtet, und ich kann das gleiche für die Schiffsverbindung von Norwegen nach England sagen. Ich hoffe, daß auch diese Schiffe von den Unterseebooten in den Grund geholt werden.

Ueber die dänischen Verhandlungen habe ich mich vorher ausgeprochen. Ich habe alles gesagt, was ich sagen konnte. Diejenigen Herren, denen meine Mitteilungen nicht genügend sind, bitte ich, auf meine Ausführungen in der Kommission verweisen zu dürfen, die ich auch heute noch vollkommen aufrecht-erhalte. Ich glaube übrigens sicher zu sein, daß ich in ganz kurzer Zeit schon auch der Öffentlichkeit Erklärungen abgeben kann, die allen Herren, auch denjenigen, die heute noch Zweifel hegen, die Ueberzeugung verschaffen werden, daß es uns mit der Handelsperre gegen England bitter Ernst ist, und daß wir keineswegs die Neigung haben, diese Handelsperre durch Zugeständnisse zu beseitigen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. v. Camp-Mossau (Dtsch. Fr.): Dänemark hat augenscheinlich das Bestreben, mit England nicht vollständig zu brechen, weil es in England den zukünftigen Abnehmer seiner Produkte erblickt. Durch Verhandlungen während des Krieges können wir es aber dahin bringen, daß Dänemark die Gewißheit erhält, daß auch Dänemark nach dem Kriege nicht mehr auf England zu rechnen braucht. Amerika hat sich gefallen lassen die Abschließung von der Nordsee, will sich aber die Abschließung von England nicht gefallen lassen, obwohl unsere Handelsperre viel humaner und richtiger gegen die Neutralen ist als die Englands. Amerika hätte alle Ursache, sich uns freundlicher gegenüberzustellen. Es ist uns gelungen und wird uns weiter gelingen, die Kriegskosten in eigenen Lande aufzubringen. Aber die Lasten werden nach dem Kriege sich doch sehr geltend machen, zumal dann neue Ausgaben für Invaliden und Beamtenvermehrung hinzukommen werden. Die Invaliden soll man in erster Linie bei Belegung von Beamtenstellen berücksichtigen, ohne an sie besondere Anforderungen zu stellen. In den Ausschuss zur Vereinfachung der Verwaltung sollten auch Reichstagsmitglieder berufen werden, um den Ressortanatismus zu dämpfen zu helfen. Wenn das Reich die Bahnen bekommt, dann entsteht das Loch in Preußen — wäre das eine Finanzreform? Im großen und ganzen sind wir mit den neuen Steuern auf dem richtigen Wege. Dem Kriegsminister gebührt besonderer Dank für seine Erklärungen über unsere armen Kriegsgefangenen. Das klingt ganz anders als das, was das Auswärtige Amt sagen ließ: wir dürften uns nicht an Wehrlosen rächen. Dann erreicht man nichts. Auf einen Scheitern anderthalbe! Unsere Gefangenen müssen auch menschlich behandelt werden. Sentimentalität und Humanität sind nicht mehr angebracht, sie kommen hier einem Mangel an Einsicht gleich. Der Abg. Hausmann hat dem Grafen Hoensbroech den Gefallen getan, seine Anregungen dem Reichstag mitzuteilen und ihm einige weitere Minuten zu verschaffen. Was hatte das für einen Zweck? Warum macht er soviel Aufhebens von diesem „Blindgänger, der schon freiert war?“ Hoensbroech, der manche Wandlungen durchgemacht hat, war ja auch einmal Kandidat der Fortschrittlichen Volkspartei, — sollte das ein Liebesdienst sein. (Zuruf links: Es war doch ganz interessant.) Ja, für solche Leute, die an schlechten Wiken Freude haben. (Heiterkeit.) In der U-Boot-Frage hatten wir doch nicht so recht unrecht. Wir hatten schon vor drei Monaten genug Unterseeboote und Mannschaften. Wäre damals der Unterseebootkrieg versucht worden, so hätten wir schon drei Monate verdoppelte Ergebnisse gehabt. Der Präsident des Reichstags hat die schöne Initiative gehabt, eine U-Boot-Spende ins Leben zu rufen. Möge es den U-Booten gelingen, uns bald den Frieden zu verschaffen.

Abg. Fürst Radziwill (Pole) wird mit Beifall begrüßt und dankt dem Präsidenten für die ihm bei seiner Rückkehr ausgesprochenen Glückwünsche und allen Bekannten und Freunden für das ihm entgegengebrachte Entgegenkommen. Der Kanzler hat eine bedeutende Rede gehalten und dabei in seiner markanten Weise den Satz „Toujours en vedette“ zitiert. Auch die Polen mußten danach handeln. Der Kampf war uns durch die Geschichte der Jahrhunderte aufgedrungen. Niemals hat

uns jedoch Haß gegen die deutsche Nation oder das Berkennen von Deutschlands Weltstellung und seiner jahrtausendelangen Kulturarbeit geleitet, sondern nur die Liebe zur eigenen Nationalität und das Pflichtbewußtsein vor der Geschichte, unsere tauendjährige Kultur und Lebensleistung aufrechtzuerhalten. Polen ist jetzt mit Ruinen und Leichen bedeckt. Da ist es schwer, von der Neugestaltung zu reden. Die Geschichte wird diese Fragen von selbst lösen. Bei allen Maßnahmen muß man aber Rücksicht mit dem polnischen Volke behalten. Wir hoffen, daß die Arbeiten dieses Hauses den Frieden fördern werden.

Abg. Henke (Soz. Arb.): Die französischen Grausamkeiten sind eine Schande. Die Schuld der Urheber des Krieges wird dadurch unermehlich vermehrt. Den Gegenmaßnahmen stimmen wir nicht zu. Wir protestieren auf das entschiedenste dagegen! Profetarier haben in erster Linie darunter zu leiden. Alles fällt auf das Konto der herrschenden Klassen. Das Verbot der Gefangenen-Arbeiterausschüsse ist das Gegenteil von sozialpolitischem Verständnis. Wir protestieren gegen die Befugnis von belgischen Arbeitern. Mit seinen plumpen, geistlosen Angriffen ist der Abg. Keil den sein pointierteren Ausführungen Ledebours nicht gerecht geworden. (Heiterkeit.) Wir betonen uns gerade jetzt zur republikanischen Staatsform. Von der materialistischen Geschichtsauffassung, von Marx und Engels verstehen der Abg. Keil und alle Sozial-patrioten nichts. (Lachen.) Die Verantwortung für den Bruch mit Amerika werden der „Vorwärts“ und die Parteimehrheit nicht los, denn sie haben zum verschärften U-Boot-Krieg mit aufgemunert. Man muß schon verteil sein, um das zu überleben. (Heiterkeit.) Wir widersprechen der Forderung auf Entlassung des preußischen Landwirtschaftsministers, denn es würde dadurch keine Veränderung in der Ernährung erreicht werden. (Sehr richtig! rechts. — Heiterkeit links.) Was wäre die Folge der Entlassung des Herrn v. Schorlemer? Ein anderer würde an seine Stelle treten. (Allseitige Zustimmung. — Heiterkeit.) Macht er eine Politik gegen die Agrarier, so werden ihn diese stürzen. Die preussische Regierung bringt immer noch keine Reformen. Ganz anders wissen sich die Regierungen der Massen zu erinnern, wenn es sich um die Verteidigung des sogenannten Vaterlandes handelt! (Stürmische Ausrufe, allgemeine Erregung. — Präsident Dr. Kaempf ruft den Redner zur Ordnung. — Zurufe des Abg. Graf Westarp.) Was haben Sie gesagt? (Abg. Graf Westarp (kon.): Lesen Sie nur weiter ab!) Wollen Sie mein Manuskript haben? (Abg. Graf Westarp: Ich habe von einem

#### vaterlandslosen Gesellen

nichts entgegenzunehmen! — Beifall rechts.) Und ich nichts von einem Grafen! (Lachen.) Wenn Ihre Vaterlandsliebe so groß ist, dann geben Sie von Ihrem Besitze her, damit der Arme verschont wird.

#### Schatzsekretär Graf Roeder:

Ich darf zu meiner Freude feststellen, daß von allen Parteien dem Grundgedanken zugestimmt worden ist, daß man nicht mit einem Staatsdefizit, ob verschleiert oder nicht, ins nächste Etatsjahr hinübergehen darf. Alle Parteien wollen sachlich mitarbeiten. Der Schatzsekretär wendet sich gegen den Abg. Keil, der für die Vertheilung der Reichsteuern forderte. Wir haben nicht wie in einem Einheitsstaate nur zwei Träger der Steuergewalt: Kommunen und Staat, sondern wir haben vier Träger: Kommunen, Kommunalverbände, Bundesstaaten, Reich. Da müssen wir Rücksicht nehmen. Die Leistungen der Kommunen und Kommunalverbände dürfen wir nicht unterschätzen. Ihre Aufgaben kann das Reich nicht übernehmen. Das wäre eine unglückliche Politik. Denken Sie an die Schulkassen. Wenn Sie aber diese Lasten haben, dann müssen Sie auch ein gewisses Steuergebiet haben. Bei den 200 v. H. Durchschnitt werden die Kommunen nach dem Kriege nicht bleiben. Ich rechne mit 250 v. H. (Hört, hört!) Die Kommunen, die Bundesstaaten haben während des Krieges neue Aufgaben übernommen, für die sie nach dem Kriege werden geradehalten müssen. Die allzu scharfe Anspannung der Einkommensteuer würde weder volkswirtschaftlich noch technisch dauernd durchführbar sein. Wahrscheinlich wird nach dem Kriege eine Verschiebung innerhalb der Einkommensteuer selbst stattfinden; d. h. eine scharfe Heranziehung der höheren Sätze. Auf dem Gebiete der Realsteuer und Umsatzsteuer gab es in den letzten Jahren eine Unmenge von Erfindungen, die sich aber immer an den Besitz entlehnten.

Der Schatzsekretär wendet sich gegen den Vorschlag der nachmaligen Erhebung des Wehrbeitrags. Es ist vollkommen ausgeschlossen, jetzt im Kriege einen Ausbau der Erbschaftsteuer durchzuführen. Es müßte ein ganz neuer Apparat geschaffen werden. Den Vorschlag einer Erhebung der Matrikularbeiträge hätte ich wirklich nicht erwartet. Die Bundesstaaten haben viele Eigenwünsche zurückgestellt, um dem Reiche in schwerer Zeit zu helfen. Dafür sind wir ihnen dankbar. (Beifall.) Ich lege das größte Gewicht auf ein verständnisvolles Zusammenarbeiten des Reichschatzamtes mit den Bundesstaaten, wie es in den letzten Wochen geschehen ist. Wir werden uns in Ausschüsse Abänderungswünschen nicht einliehen. Die Verhandlungen dort werden hoffentlich getragen sein von dem Geist der Sorge um das gemeinsame Wohl. (Beifall.)

Ministerialdirektor Bewald erwidert auf eine Anfrage, daß nach einer Verfügung des Reichskanzlers Kriegsrenten von den Löhnen nicht abgezogen werden dürfen.

Abg. Dr. Spahn (3.): Das ganze Volk dankt dem Kriegsminister für seine gestrigen Ausführungen. Möge er fortfahren, das Los der Gefangenen zu verbessern. (Beifall.) Der Wamenfrage bringen wir das größte Interesse entgegen. Die Einführung der Erbschaftsteuer während des Krieges würden auch wir für einen Fehler halten. Der Staatssekretär hat auf die zahlreichen Fragen bisher nicht geantwortet. Darf ich daraus folgern: qui tacet, consentire videtur?

#### Staatssekretär Dr. Helfferich:

Dr. Spahn hat vor zwei Tagen über die Zurücklegung der katholischen Bewerbe geführt. Tatsächlich sind die Katholiken in der Beamtenschaft nicht in dem Maße vertreten, wie es der Zahl nach vielleicht wünschenswert wäre, aber das hat geschichtliche Ursachen. Es hat niemals eine bewußte oder absichtliche Zurücklegung von Katholiken stattgefunden. (Widerspruch im Zentrum.) Jedenfalls soll es in Zukunft nicht mehr geschehen. Wir sollten aus dem Kriege lernen, daß wir in erster Linie Deutsche sind, dann erst Parteien und Konfessionen. (Beifall.)

Abg. Graf Westarp (kon.): Der Abg. Hausmann hat sich eingehend mit Entwürfen und schriftstellerischen Leistungen seines Parteifreundes Graf Hoensbroech be-

## Die Zeit

### Die Haager Ideen.

Von David Jayne Hill.\*)

Schon 1890 soll Lord Salisbury von dem liberalen Anwachsen der modernen Rüstungen so beunruhigt gewesen sein, daß er für das britische Kabinett ein Memorandum verfaßte, in dem die gewaltigen Ausgaben zusammengestellt waren, die Europa durch den bewaffneten Frieden auferlegt werden; und dieses Schriftstück soll mindestens einer anderen Macht vertraulich mitgeteilt worden sein, in der Hoffnung auf die Zusammenberufung eines europäischen Kongresses zu dem Zweck, eine Milderung der Situation herbeizuführen. Aber der Gedanke wurde aufgegeben, ohne daß er zu einem praktischen Resultat geführt hätte.

„Das gegenseitige Mißtrauen“, das so lange bestanden hatte, war jedoch keineswegs vermindert worden und schien sogar noch jedes Jahr zuzunehmen, denn das fortwährende Anwachsen der militärischen Rüstungen, das von keinem Vorschlag zur Besserung der internationalen Beziehungen begleitet war, gab der der bewaffneten Macht vorbehaltenen Rolle neuen Nachdruck, ohne sie irgendwie zu rechtfertigen, abgesehen von der allgemeinen Neigung, sich auf sie als einzige Sicherung zu verlassen.

Am 24. August 1898 ließ der Kaiser von Rußland — tiefbedrückt durch die Tatsache, daß „die moralischen und physischen Kräfte der Völker Arbeit und Kapital ihren natürlichen Zwecken entzogen und in unproduktiver Weise verzehrt werden“ durch die Rüstungskosten — ein Zirkular oder Reskript, in dem er erklärte, daß die höchste Pflicht, die sich heute allen Staaten aufdränge, darin bestehe, diesen ständigen Rüstungen eine Grenze zu setzen und die Mittel zu suchen, den Kalamitäten zu entgehen, von denen die ganze Welt bedroht werde; und zu diesem Zweck schlug er den Regierungen, die am russischen Hofe beglaubigte Vertreter hatten, die Einberufung einer Konferenz zur Beratung dieser ersten Frage vor.

Es ist der Beachtung wert, daß dieses erste Zirkular sich darauf beschränkte, die wirtschaft-

\*) Seit der Rede des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg vom 9. November v. J. stehen die Ideen zur Sicherung eines dauerhaften Friedens durch eine Staatenorganisation im Mittelpunkt der öffentlichen Erörterungen. Zu ihrem Verständnis ist die Kenntnis der Vorgeschichte der heutigen Bestrebungen nötig. Darüber soll der obige Aufsatz unterrichten, den wir dem im Jahre 1911 in deutscher Uebersetzung erschienenen vortrefflichen Buch des früheren amerikanischen Botschafters in Berlin, David Jayne Hill, „Völkerorganisation und der moderne Staat“ (Verlag Egon Fleischel & Co., Berlin), entnehmen, das heute besonders lesenswert erscheint.

lichen Lasten hervorzuheben, die durch die damals bestehenden Rüstungen und durch die möglicherweise einem weiteren Anwachsen derselben folgenden Krisen veranlaßt wurden, aber keineswegs eine allgemeine Abrüstung vorschlug; auch enthielt es keinen Vorschlag, für die bewaffnete Macht als Friedensgarantie etwas anderes zu substituieren. Nur nebenbei war am Schluß des Zirkulars die Bemerkung enthalten, daß diese Konferenz der Mächte „ihre Uebereinstimmung durch die feierliche Anerkennung der Grundzüge von Recht und Gerechtigkeit, auf denen die Sicherheit der Staaten und die Wohlfahrt der Völker beruht, bestätigen“ würde, aber die Motive, die den Vorschlag hervorgerufen hatten, waren in erster Linie wirtschaftlicher Natur, erst in zweiter humanitärer und in keinem strengeren Sinne rechtlicher Art.

In einem zweiten, am 11. Januar 1899 erlassenen Zirkular wurde das Arbeitsgebiet der Konferenz so definiert, daß es bestimmte Verbesserungen in den Kriegsgebräuchen und „in der Möglichkeit, bewaffnete Zusammenstöße durch die zur Verfügung der internationalen Diplomatie stehenden friedlichen Mittel zu verhindern“, einschließen sollte; aber noch immer war in dem Programm der Diskussion irgend welcher rein rechtlicher Fragen kein Platz angewiesen, und es wurde erklärt, daß „alle die politischen Beziehungen der Staaten und die durch Verträge hergestellte Ordnung der Dinge betreffenden Fragen absolut ausgeschlossen sein sollten“.

Als „Friedenskongreß“ zusammenberufen und abgehalten, erweckte die erste internationale Konferenz im Haag vom 28. Mai bis 29. Juli 1899, obwohl sie stark an das philanthropische Gefühl aller guten Menschen appellierte, geringes wirkliches Interesse und noch geringere Hoffnungen auf wirklich nützliche Resultate, selbst unter praktischen Staatsmännern und Diplomaten. Man fühlte, daß es einem großen Souverän gegenüber unhöflich und einem edlen menschlichen Streben gegenüber undankbar sein würde, der Bewegung zu opponieren, aber in der offiziellen Welt zumindst begegnete man ihr allgemein mit schlecht verhehltem Skeptizismus und zuweilen mit unverbohlenem Lächeln.

Obgleich die Konferenz zu dem Zweck einberufen war, die Einschränkung der Rüstungen zu beraten, wurde ihre Aufmerksamkeit bald auf andere Fragen abgelenkt. Der Präsident der Konferenz behauptete, daß der bewaffnete Friede heute beträchtlich höhere Ausgaben verursache als der kostspielige Krieg der früheren Zeiten, und diese Erklärung blieb unbestritten; aber in der kurzen Diskussion, die darauf folgte, wurde dem kein allgemeiner Nachdruck gegeben. Es wurde eine Untersuchung der Frage der Einschränkung der Rüstungen vorgeschlagen, es wurde eine Kommission ernannt, um darüber Bericht zu erstatten, und schließlich nahm die Konferenz, da kein bestimmter Vorschlag gemacht worden war, eine Resolution an: „Daß eine Einschränkung der Ausgaben für Militärzwecke, die jetzt auf der Welt lasten, im Interesse der materiellen und moralischen Wohlfahrt der Menschheit höchst wünschenswert ist.“ Die erste Kommission, der dieser Gegenstand überwiesen worden war, beschränkte dann ihre Bemühungen darauf, Vorschläge für eine „humanitäre“ Kriegsführung zu machen.

Glücklicherweise besaßen die im Haag 1899 versammelten Bevollmächtigten und Sachverständigen so viel gesunden Menschenverstand, nicht auf der vollen Diskussion der Einschränkung der Rüstungen zu bestehen und damit einen Streit zu provozieren und die Konferenz zu sprengen.

Sie begriffen, daß es unmöglich war, eine Einigung über diesen Gegenstand zu erzielen, solange nicht „das gegenseitige Mißtrauen“, das die Ursache der übertriebenen militärischen Rüstungen ist, beseitigt werden kann, und ferner daß ein zu starkes Drängen nur den bereits vorhandenen Argwohn, daß der Vorschlag nicht ein rein philanthropischer sei, bestätigen würde. Manche von ihnen waren auch der Ansicht, daß schließlich ein Salbieren der Kosten der Heere und Flotten, so, daß man die eine Hälfte in die Tasche stecke und die andere in der bisherigen Weise weiter verwende, nicht nur nicht das Uebel an der Wurzel treffen, sondern nicht einmal den Status quo in einem anderen als in einem wirtschaftlichen Sinne ändern würde.

#### Die erste Haager Konferenz.

Die zweite Kommission beschäftigte sich ebenfalls mit den Regeln und Gebräuchen der Kriegsführung; aber eine dritte Kommission fand oder, genauer gesagt, schuf unter großen Schwierigkeiten eine Gelegenheit, der Konferenz einen quasi juristischen Charakter zu verleihen, der ursprünglich nicht beabsichtigt war. Die Arbeit dieser Körperschaft rettete die Konferenz tatsächlich vor einem völligen Mißerfolg und gab den Anstoß zu einer Bewegung, die in einer Konvention von dauerndem Wert den größten allgemeinen Fortschritt, der auf dem Gebiete internationaler Rechtsbegriffe im letzten Jahrhundert erzielt worden ist, registrierte.

Die Geschichte der Anfänge dieser Bewegung ist bis jetzt noch nicht vollständig dargestellt worden, und es ist auch nicht notwendig, es hier zu tun, aber es ist wichtig, den Fortschritt zu beachten, der auf der ersten und zweiten Haager Konferenz gemacht worden ist, in der Richtung, den rechtlichen Charakter des Staates als die Grundlage künftiger internationaler Beziehungen hinaufstellen.

Wie wir gesehen haben, enthielt das von der einberufenden Regierung ausgegebene Programm der ersten Konferenz einen Vorschlag, die Möglichkeit kriegerischer Zusammenstöße durch die zur Verfügung der internationalen Diplomatie stehenden Mittel zu verhindern“ zu beraten. Es war nicht davon die Rede, daß auch irgendwelche nicht zur Verfügung der internationalen Diplomatie stehenden Mittel zur Anwendung kommen sollten, „und diese wurden auf drei Arten beschränkt: 1. Gute

# weiter = Zeitung

Organ der Deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

ersch. um 6 Uhr morgens, Montag um 2 Uhr nachmittags.

Wien, Montag, 5. März 1917.

XXIX. Jahrgang.

Preis: 10 Heller pro Stück, 100 Heller pro Quartal, 300 Heller pro Halbjahr, 1000 Heller pro Jahr.  
Anzeigenpreis: 10 Heller pro Zeile pro Tag.  
Abonnementpreis: 100 Heller pro Quartal, 300 Heller pro Halbjahr, 1000 Heller pro Jahr.  
Verlag: Arbeiter-Zeitung, Wien, Mariahilfer Straße 117.

Arbei  
Nadel, den tatsächlich einzig berechtigten Adel, den Adel der Gesinnung Anspruch erhebt und sich innerhalb dessen auf die höchste Stufe stellt, indem er den Ruhm eines Erlösers der Menschheit von entsetzlicher Qual anstrebt, der frei gewählte Führer einer freien Nation, der den Ehrgeiz hat, ein Zeitalter wahrer Menschlichkeit und internationaler Gerechtigkeit für alle Zukunft zu eröffnen, darf auf einen Zwischenfall wie die Ankündigung des deutschen Tauchbootkrieges nicht sofort in die Höhe fahren wie der erste beste Säbelträger des alten Europas. Was konnte denn ein Nichtpartisan in der gegebenen Lage Schlimmeres tun, da ja vorläufig keine tatsächliche Schädigung Amerikas oder selbst nur eines einzelnen Bürgers der Vereinigten Staaten vorgefallen war? Eine sofortige Kriegserklärung hätte der Präsident vor seinem eigenen Volke unter diesen Umständen noch nicht verantworten können. Wohl aber hat er es jetzt durch seine napoleonische Geste in so tollen Chauvinismus versetzt, daß ein Pazifist wie Henry Ford eiligst seine Fabriken zu Kriegszwecken zur Verfügung stellte. Dieser Kriegsausbruch hätte der Union, wenn irgend möglich, erspart werden sollen, wenn sie wirklich dazu berufen war, dem alten Europa ein Vorbild besserer Völkerverhältnisse zu werden.

Und wollte ihr Präsident wirklich der Verkörperer der größten Friedensbotschaft und eines neuen Zeitalters der Menschheit werden, so mußte er als überlegener Staatsmann gerade jetzt den Vätern der Erde ein ausgezeichnetes Vorbild der künftigen Mäßigung und Verhältnismäßigkeit geben; er mußte, auch gereizt, kaltes Blut bewahren, er mußte den Standpunkt der Deutschen, wenn auch mißbilligend, doch aus ihrem Streben nach Abkürzung dieses entsetzlichen Krieges begreifen, ebensogut wie den Standpunkt der Gegner, den er sich vorläufig allein zu eigen gemacht hat; er mußte seine hohe Mittlerstellung über den Parteien gerade bei dieser Gelegenheit, wo der Egoismus seines eigenen Volkes empfindlich werden konnte, mit festem Friedenswillen wahren und bekräftigen. Er hatte weder der einen noch der andern Partei der kämpfenden Europäer recht zu geben, wohl aber die neue Lage als eine neue Handhabe zur Annäherung an den Weltfrieden auszunutzen. Statt dessen hat der Präsident der Vereinigten Staaten sofort eine halb kriegerische Parteistellung eingenommen, sowie ihm nur ein populärer Anlaß dazu geboten wurde.

Aber war er als Oberhaupt der Vereinigten Staaten nicht etwa verpflichtet, so zu handeln? Gewiß nicht. Man betrachte nur seine Handlungsweise gegen die andere Kriegspartei. Nicht nur ist diese von Anfang des Krieges an durch einseitigen Munitionsexport gefördert worden und durfte den Hungerskrieg gegen die Zentralmächte ohne irgend eine Störung der Vereinigten Staaten fortzuführen, unter schwerer Bedrängung aller europäischen Neutralen; noch hart vor der deutschen Ankündigung hatten bekanntlich die Engländer die Seesperre gegen Deutschland durch ein neues gewaltiges Minenfeld in einer Ausdehnung von 350 Kilometer verschärft und gerade dadurch die deutsche Kriegsleitung zum Neufestn getrieben. Jedes neutrale Schiff, das auf eine solche Mine stößt, fliegt bekanntlich in die Luft, ohne vorher von der Mine gewarnt zu werden. Es ist unmöglich, einen Grund herauszufinden, warum dies den Engländern gestattet und den Deutschen der bedingungslose Unterseebootkrieg innerhalb eines vorher genau angelegten Gebietes nicht erlaubt sein soll, während doch für die Neutralen der letztere Modus weniger gefährlich ist, da die Unterseeboote nicht jedes feindliche Schiff erspähen, während die Mine automatisch jedes vorüberkommende Fahrzeug vernichtet. Wollte also der Präsident die Schiffsahrt der Neutralen schützen, so mußte er auch die englische Minenlegung verbieten oder mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen beantworten. Man kann einwenden, daß die Minenlegung völlig harmlos ist, wenn die Neutralen einfach die Schiffsahrt in das bedrohte Gebiet einstellen. Aber genau dasselbe gilt auch vom Unterseebootkrieg. Wenn die Neutralen die betreffende Region vermeiden, so tritt sein günstigster Erfolg ein: es wird weniger torpediert als vorher, der Schiffsraum, der der Welt nach dem Frieden zur Verfügung stehen soll, wird nicht vermindert und doch die Wirkung der Abschneidung von Zufuhr zur Abkürzung des Krieges voll ausgeübt. Nur tritt diese Wirkung auf beiden kriegführenden Seiten in gleicher

Weise ein; man kann doch nicht behaupten, daß darin eine Ungerechtigkeit liegen würde. Man mißverstehe uns nicht. Es ist geradezu entsetzlich, so furchtbare Arten der Kriegführung wie den Tauchbootkrieg ohne Warnung des bedrohten Schiffes mit erleben und billigen zu müssen. Aber nach der völligen Ablehnung jeder Friedensverhandlung von der anderen Seite muß man zugeben, daß den Deutschen ein anderes Mittel zur Abkürzung des Krieges nicht mehr zur Verfügung steht. Und die Abkürzung des Krieges ist im Augenblick das oberste Interesse der europäischen Kultur, die vom Untergang bedroht ist, wenn der Krieg bis zur vollen Erschöpfung eines Teiles, das heißt bis zur beinahe völligen Erschöpfung beider Teile fortgeführt wird. Keine Veränderung der europäischen Karte oder der europäischen Verfassungen kann dafür entschädigen.

Was aber konnte der Präsident der Vereinigten Staaten anderes tun, wenn nun einmal voranzutreten war, daß sein eigenes Volk den Schritt der Deutschen als eine beleidigende Herausforderung auffassen würde?

Gerade dann konnte er seinem Volke eine unvergeßliche Lehre geben. Präsident Wilson konnte an einem weissen sichtbaren Beispiel zeigen, wie in Zukunft eine wahrhaft humane und doch mannhafte Politik gemacht werden soll und worin der neue Geist des künftigen Friedenszeitalters zu bestehen hat. Sicherlich nicht darin, daß jede einzelne Nation ihre Eitelkeit und ihren Egoismus über alle Interessen der Menschheit und der Menschlichkeit stellt; daß jedes Volk gegen das andere bei jedem Anlaß sofort die empfindlichste Mißbarkeit und Mautlust herauskehrt; daß hat man im alten Europa auch getroffen. Der neue Geist, der Geist einer neuen Welt, aber besteht darin, daß jede Nation die Not der anderen begreift und versucht, dem augenblicklich bedrängten Volke, das zur Befreiung von unerträglicher Zwangslage zu den schärfsten Mitteln greifen zu müssen glaubt, einen anderen Ausweg zu eröffnen, um ohne Entbehrung und Vernichtung, aber auch ohne die grauenvollsten Härten der Kriegführung aus dieser Zwangslage herauszukommen. Es war dem Präsidenten wohl bekannt, daß der deutsche Kaiser, sein Stanzler und sein Feldherr einen jahrelangen, ehrenvollen Kampf gegen die rücksichtslosen Elemente im eigenen Volke führten, um den verschärften Tauchbootkrieg zu vermeiden. Und zwar gerade in dem Wunsche, das Selbstgefühl des amerikanischen Volkes zu schonen. Es war ihm genau bekannt, daß unter dem Druck der Entbehrungen und Leiden, denen das deutsche Volk durch den Hungerkrieg ausgesetzt ist, es, den leidenden Volksklassen gegenüber, der deutschen Politik von Tag zu Tag schwerer und schließlich fast unmöglich werden mußte, den Schein zuzulassen, als ob die deutsche Staatsleitung aus Willensschwäche, aus Feigheit den Engländern die Leiden erspare, welche diese doch kaltblütig seit Jahren den Deutschen zufügen. Von einer übermäßigen Herausforderung der Vereinigten Staaten durch das Deutsche Reich konnte also nicht gut die Rede sein. Die Aufgabe der amerikanischen Politik wäre es also gewesen, den Druck der Zwangslage zu beseitigen, in der sich die deutsche Regierung befand, oder wenigstens die Aussicht auf eine solche Beseitigung zu eröffnen. Was also konnte der verantwortliche Leiter der amerikanischen Politik tun, um den Interessen des eigenen Volkes Rechnung zu tragen und doch, den beiden kriegführenden Gruppen gegenüber, seine Reorientierung der ganzen auswärtigen Politik im Sinne des Weltfriedens festzuhalten?

Der Präsident der Vereinigten Staaten konnte an Deutschland die Aufforderung richten, den verschärften Tauchbootkrieg zu suspendieren und ihm nun doch endlich die deutschen Friedensbedingungen mitzuteilen, um die er schon einmal vergebens angefragt hat. Er konnte in Aussicht stellen, daß er im Falle maßvoller deutscher Friedensbedingungen auf die andere Seite einen energischen Druck ausüben werde, um zum allermindesten ihren Eintritt in Friedensverhandlungen zu erzwingen. Mit vollem Rechte konnte er mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen drohen, wenn eine von beiden Seiten diese Intervention ablehnen würde. Denn wenn Deutschland ihm dann noch die Mitteilung seiner

## Wilson, der Pazifist.

Von Professor Dr. S. Feilbogen (Zürich).

Wir stehen unter dem Eindruck der beiden Ereignisse, welche eine neue und noch erbarmungslosere Phase des Weltkrieges einzuleiten scheinen. Die deutsche Ankündigung des rücksichtslosen Unterseebootkrieges dürfte auf allen Fronten das Signal geben, um jeden Preis eine Entscheidung zu suchen; die Antwort der Vereinigten Staaten läßt befürchten, daß sich infolge irgend eines zufälligen Zusammenstoßes zwischen deutschen Unterseebooten und amerikanischen Schiffen auch noch die letzte neutrale Großmacht in diesen Kampf bis aufs Messer stürzen könnte. Wahrscheinlich ein furchtbares Ergebnis, würdig eines Krieges, der nun schon seit mehr als dreißig Monaten Tag für Tag den Erdbreis mit Jammer erfüllt und mit Greueln besetzt, der ein großes Kulturvolk durch die Unterernährung der Kinder in den Wurzeln seiner Rassenständigkeit schwächt und ein anderes durch Ausmordung seines Mannesstammes geradezu mit dem Aussterben bedroht. Und was soll fortan aus den sechzehn Millionen Bewohnern von Belgien und Nordfrankreich werden, wenn die amerikanische Hilfe sie nicht mehr erreichen kann und die Deutschen für sich selbst nehmen müssen, was immer sie an Lebensmitteln zusammenraffen können! Wohin der Blick reicht, überall starrt er in eine trostlose Zukunft. Und nicht einmal die baldige Beendigung des Krieges ist wahrscheinlicher geworden, seitdem der Bohnenverband ein Interesse hat, den Krieg noch in das Jahr 1918 hinüberzuschleppen, weil Amerika vor diesem Zeitpunkt seine Armeen nicht kriegstüchtig machen kann. Endloses Blutvergießen, endlose Güterverschwendung, das ist die wahrscheinliche Folge des raschen Schrittes, mit welchem der Präsident der Vereinigten Staaten die Kriegslust neu belebt hat. War er als Pazifist dazu berechtigt, war er als Staatsoberhaupt dazu verpflichtet?

Wir stellen die erste Frage voraus, Wilson selbst hat uns das Recht dazu gegeben. Seine Botschaft an den amerikanischen Senat konnte, wenn er auf seinem hohen Standpunkt verharrte, den Anfang einer neuen Zeit bedeuten. Noblesse oblige! Wer auf den höchsten

gehaltene große Versammlung zu heben suchten, zu schweren Zusammenstößen mit dem aufgebotenen Militär und der rücksichtslos einhauenden Polizei kam. Es floß schon damals viel Blut. Die Zahl der bei diesem Anlaß Verwundeten war ganz erheblich.

Die ersten Monate des Jahres 1916 brachten eine straffere Organisation der sogenannten „Transilvanien“, der Eroberungslustigen, die um jeden Preis Siebenbürgen haben wollten. Sie sorgten dafür, daß in den Straßen der Hauptstadt nur mehr solche Zeitungen verkauft werden sollten, die russenfreundlich waren und für den Krieg eintraten. Den Redaktionen der Blätter, die Neutralität predigten und forderten, wurden die Fenster eingeschlagen. Die Sozialisten ließen sich durch die „Transilvanien“ nicht einschüchtern. Ihre Frauen kamen auf die Straße und verkauften selbst die Zeitungen der Partei, die Russenfreunde wagten, so dreist sie sich auch sonst in Bukarest aufspielten, doch nicht, sich an den Frauen tödlich zu vergreifen. So waren es diese Frauen eigentlich allein, die für die Pressefreiheit ihre Haut zum Markte trugen.

Beschlossene Sache war der Krieg an der Seite der Gegner der Mittelmächte im Juni 1916. Jeder wußte dies von dem Augenblicke an, wo die Russen in der Zeit der Brussilowschen Offensive gegen die Bukowina die rumänische Grenze verletzten. Galatz war von jeher, war auch damals der Sitz der russischen Botschaft gewesen. Die Sozialisten protestierten noch einmal gegen den Krieg; in Galatz brach der Generalstreik aus. Er wurde rücksichtslos in Blut erstickt. Das Militär wütete ärger als in Feindesland. Weder die Toten noch die Verwundeten waren zu zählen. Die Soldaten verfuhrten bereits nach tschakischen Mustern. Mit den gefallen Männern wälzten sich Frauen und Kinder in ihrem Blut in den Straßen von Galatz.

Der Tag der rumänischen Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn war der 14. August. Bekanntlich ein Sonntag. Für den Vormittag auf zehn Uhr — gleichzeitig mit dem Kronrat im Schloß — war in Bukarest eine große, kriegsgegnerische Versammlung angesetzt. Im Zirkus Strossi. Die Ausgänge wurden, als die Teilnehmer versammelt waren, durch Militär verschlossen. Als sie endlich nachmittags um zwei Uhr wieder freigegeben wurden, sah man überall große Plakate, die besagten, daß Belagerungszustand über Bukarest verhängt sei. Um vier Uhr erschienen zwei Gendarmen auf der Calea Victoriea, die dann durch alle Straßen der Stadt zogen und ein riesiges Plakat schleppten. Auf dem Plakat war zu lesen, daß der Krieg erklärt sei. . . Der Eindruck war im ersten Augenblick ungeheuerlich, doch schon in diesem ersten Augenblick zwiespältig. Es gab viele, die über das hereingebrochene Verhängnis weinten, freilich ebensoviele, die in lauten Jubel ausbrachen. Um fünf Uhr rief man die Redakteure aller Bukarester Zeitungen auf die Polizei. Man verständigte sie, daß der Kriegszustand tatsächlich eingetreten sei und fortan ihre Blätter nur unter Zensur erscheinen dürften. Zwei Stunden später brachten die Blätter die Kriegserklärung. Aber schon um acht Uhr abends war die Hauptstadt plötzlich wie verändert. Von Begeisterung war gar nichts mehr zu merken, auch die vielen, die eben erst jubelt hatten, waren auf einmal stumm. Einige Kinder schrien eingelernte Rufe in den Straßen, die sie selbst nicht verstanden. . . Eine Traurigkeit ohne gleichen ergriff die Stadt, sie war in Friedhofsstimmung völlig erstorben. Um neun Uhr abends durfte in Bukarest, dessen Publikum, wie man weiß, leichtlebiger und vergnügungssüchtiger ist, als irgendein anderes, niemand mehr auf die Straße gehen. . .

Während dies am Tage der Kriegserklärung sich im Innern der Stadt zutrug, waren die Vorstädte bewegt genug. Große Arbeiterkundgebungen fanden statt, ohne freilich den bereits beschlossenen Gang der Ereignisse irgendwie beeinflussen zu können. Um jedenfalls auch die Kundgebungen für die folgende Zeit vollständig auszuschalten, verfiel die Regierung auf ein sehr einfaches Mittel. Schon am Tage nach der Kriegserklärung wurde die ganze Arbeiterschaft im Alter von 21 bis zu 46 Jahren einberufen. Die Zensur wurde den Zeitungen gegenüber sogleich mit der größten Strenge gehandhabt, mit noch weit größerer Schärfe und Andachtsamkeit, als man es selbst in Rußland etwa gewohnt war. In erster Linie wurde von der Zensurstrenge naturgemäß die „Dupa“ betroffen. Das Blatt wurde sehr rasch überhaupt verboten. Der Sozialistenführer Rakowski, gegen den man mit allen möglichen Mitteln gearbeitet hatte, um seine Einsprüche gegen einen rumänischen Krieg unmöglich zu machen — man hatte ihn erst bestechen wollen, dann hatten ihn die Russophilen ohne Erfolg als mittelmächtefreundlich und vor allem als deutschfreundlich verdächtigt —, Rakowski wurde einfach auf der Straße verhaftet. Eine Weile saß er in seinem eigenen Hause eingeschlossen, dann wurde er bei Nacht und Nebel von Bukarest fortgeholt und verschleppt. Die Parteikollegen wurden durch die Polizei versperrt und verriegelt. Was von der Parteileitung zu ergreifen war, wurde festgesetzt. Man steckte die Verhafteten einfach ins Bucarest-Gefängnis. Dort wurden sie von den einziehenden Deutschen aufgefunden und befreit.

Der Einzug und die Herrschaft der Deutschen fanden in Bukarest nicht weniger als 38 000 Industriearbeiter vor. Und nicht weniger als 20 000 davon waren ohne Arbeit. Und man kann sich leicht vorstellen, wie ein Elend unter diesen Arbeitslosen herrschte. . . Besser waren die Familien der Mobilisierten daran. Ihnen hatte die rumänische Regierung, als die Flucht unvermeidlich wurde, die Unterstüßung von 20 Franken auf vier Monate vorausbezahlt. Auch für die Beamten hatte die Regierung vor ihrer Flucht vorgesorgt. Sie zahlte ihnen die Gehälter bis zum 1. März voraus. Gleichwohl sind die rumänischen Beamten jetzt nicht gerade rosiger bedient. Nicht etwa, weil die Deutschen die Herren des Landes geworden sind, sondern sie bekommen jetzt wirklich nur ihre normalen Gehälter, die ihre Regierung ihnen nie allzu üppig bemessen hatte, weil sie ja wußte, daß keiner dieser Beamten ohne Bestechungsgelder zu wirtschaften gewohnt war. Und

## Die rumänischen Sozialisten.

Von Karl Friedrich Nowak.

Bukarest, im Februar.

Die unabwendbare Katastrophe, die über Rumänien in dem Augenblicke hereindringen mußte, da die Politik des Königreichs sich für den Anschluß an den Viererband und gegen die Zentralmächte entschied, ist von keiner rumänischen Partei klarer vorausgesehen und vorausgesagt worden als von den rumänischen Sozialisten. Und was noch mehr war: von Anbeginn ist, da das Doppelspiel der Bukarester Machthaber zu durchschauen war, gegen die Kriegsteilnahme und die Verbrüderung mit der Entente ein offener, erbitterter Kampf von den Sozialisten geführt worden.

Einer der Parteiführer, die jetzt auf so traurige Art recht behielten, läßt mich ein wenig hinter die Kulissen blicken, deren Szenen sich in Rumänien ohne Fehl, indes gegen das Ausland unterdrückt, vom Ausland nicht gesehen, abspielten. Zwei Jahre lang entfaltete sich die ganze Tätigkeit der Partei ausschließlich gegen den Krieg. Keine Versammlung wurde abgehalten, deren kriegsgegnerische Tendenz nicht Programm gewesen wäre. Die sozialistische Zeitung „Dupa“, das Organ des über Rumänien Grenzen weit hinaus bekannten Führers Rakowski, brachte nicht einen Artikel, der nicht in jeder Zeile den Einspruch gegen die Kriegsteilnahme ausgesprochen hätte. Der Anhang der Kriegsgegner war frühzeitig schon so groß, daß es schon im Mai 1915, als nach dem großen Durchbruch bei Tarnow und Gorlice die Russophilen die im Sinken begriffene rumänische Stimmung durch eine im Bukarester Elisavita-Garten ab-

### Wilson's Rede vom Kapitol

Washington, 6. d. (Havas.) Präsident Wilson hielt auf den Stufen des Kapitols, umgeben von den höhern Staatsbeamten, den Mitgliedern des Kabinetts und des Parlaments, am Montag folgende Ansprache:

„Die vier Jahre, die verflossen sind, seit ich zum erstenmal auf diesen Stufen stand, waren erfüllt von Handlungen und Erwägungen, die durch ihr unmittelbares Interesse und ihre Folgen wichtig waren. Vielleicht hat es in unserer Geschichte noch niemals eine Periode gegeben, die demassen erfüllt war von grundlegenden Reformen in unserem wirtschaftlichen und industriellen Leben, und zugleich eine Periode, in der Geist und Willen unserer Nation so tiefe Veränderungen durchmachten. Wir haben sie sehr wohl erwogen und getrachtet, Ordnung in dieselben zu bringen und die wesentlichsten Mißbräuche und Irrtümer in unserem industriellen Leben gutzumachen; wir haben getrachtet, unsere nationale Energie und die schöpferischen Kräfte unseres Landes zu ungehemmter Entfaltung zu bringen und die Politik in einer den wesentlichsten Interessen des Volkes angemessenen Weise zu heben. Ich werde mich nicht dabei aufhalten, die verschiedenartigen und bemerkenswerten Ereignisse, an welchen diese Periode so reich war, hier nochmals zu erwähnen. Diese Periode spricht für sich selbst. Ihre Wirkungen werden mit den Jahren deutlicher und stärker werden.“

#### Die Kriegsprobleme

Es ist nicht der Augenblick, auf die Vergangenheit zurückzublicken, vielmehr gilt es jetzt, Gedanken und Absichten in bezug auf die Gegenwart und auf die nächste Zukunft zu äußern. Obwohl wir unser Denken und unsere Arbeit mit nicht gewöhnlichem Eifer und Erfolg auf die großen Probleme der innern Gesetzgebung gerichtet hatten, an deren Lösung wir vor vier Jahren geschritten waren, hatten andere Angelegenheiten unsere Aufmerksamkeit immer mehr in Anspruch genommen. Ich meine Angelegenheiten außerhalb unseres nationalen Lebens und über die wir keine Kontrolle hatten, die aber trotz unserer Absicht, sie uns fernzuhalten, uns unwiderstehlich in den Bann ihres Einflusses gezogen hatten. Es war uns nicht möglich, ihrer Wirkung zu entgehen. Sie haben das Leben der ganzen Welt betroffen und allenthalben Jörn und Besorgnis in bis jetzt nicht dagewesenem Maße erreat. Es war schwer, kaltes Blut und nüchternes Urteil zu bewahren, während der Geist unseres Volkes bald auf die eine, bald auf die andere Richtung dieser Einflüsse neigte. Unser Volk stellt ein kosmopolitisches Mosaik dar, das Blut aller im Krieg stehenden Nationen ist darin vertreten. Die Strömungen unseres Handels gehen rasch; sie gehen und kommen zu allen Jahreszeiten. Der Krieg hat von Anfang an unseren Industrien, unserem Handel, unserer Politik und unserem sozialen Leben seinen unvermeidlichen Stempel aufgedrückt. Hierbei gleichmütig oder unaabhängig zu bleiben, wäre unmöglich gewesen. Indessen haben wir uns in vollem Bewußtsein der Unparteilichkeit, trotz zahlreichen Meinungsverschiedenheiten, nur noch inniger aneinander angeschlossen. Wir haben auf den Meeren schweres Unrecht erfahren, aber wir haben weder Uebles noch Ungerechtes als Vergeltung gewünscht. Wir haben stets das Gefühl bewahrt, daß wir abseits vom Krieg als solchem stehen in einem weit höheren Interesse.

In einigen Fällen uns zugesügter und unerträglich gewordener Benachteiligung hatte sich uns die klare Einsicht ergeben, daß wir nichts für uns suchten, was wir nicht zugleich auch für die ganze Menschheit hätten fordern müssen, nämlich die Loyalität in den Beziehungen, die Gerechtigkeit, die Freiheit, ein gegen organisiertes Unrecht geschütztes Leben. In diesem Sinne hatte sich in uns immer mehr die Ueberzeugung gefestigt, daß die von uns angestrebte Rolle darauf abziele, den Frieden zu verteidigen und zu befestigen. Wir waren genötigt, uns zu bewaffnen, um unser Recht bis zu einem gesicherten Mindestmaß der Gerechtigkeit und der Freiheit des Handels anheischig zu machen. Wir halten an der bewaffneten Neutralität entschlossen fest, da es kein anderes Mittel zu geben scheint, um zum Ausdruck zu bringen, daß wir zu behaupten wünschen, auf was wir nicht verzichten können. Es ist sogar möglich, daß wir zufolge den Umständen und nicht infolge unserer Wünsche und Absichten noch genötigt sein würden, für unsere Rechte, so wie wir sie verstehen, mit der Tat einzustehen, um mit dem großen Kampfe selber in nähere Fühlung zu treten. Aber nichts wird unsere Gedanken, unsere Ziele ändern können. Sie liegen zu klar, um nicht allgemein erkannt zu werden. Sie sind zu tief eingewurzelt in die Grundsätze unseres nationalen Lebens, als daß man sie ändern könnte. Wir begehren weder Eroberungen, noch besondere Vorteile. Wir streben nichts an, was nur auf Kosten einer andern Nation erlangt werden könnte. Wir haben unserer Desinteressiertheit jederzeit betont und haben zu keiner Zeit gesucht, es zu beweisen.

Der unversetzt zusammen.

#### Offiziersbeförderung

Der Infanteriehauptmann Ferdinand Zweig von Basel wird zum Major der Infanterie befördert.

#### Bundesbeitrag

Dem Kanton Nidwalden werden an die zu Fr. 23,360 veranschlagten Kosten der Ausführung Groß Wandfluh folgende Bundesbeiträge zugesichert: 80 Prozent an die Entwässerungskosten von Fr. 6790, Fr. 5432; 50 Prozent der Kosten für Umzäunung und Unfallversicherung von Fr. 2210, Fr. 1105; 50 Prozent der Bodenerwerbskosten von Fr. 14,360, Fr. 7180; Total Fr. 13,717.

#### Herstellung von Bier

Betreffend Abänderung des Artikels 217 (Bier) der Verordnung über den Verkehr mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen hat der Bundesrat folgenden Beschluß gefaßt:

Art. 1. Der Artikel 217, Absatz 1, der Verordnung vom 8. Mai 1914 betreffend den Verkehr mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen, in denen wir erzogen wurden, ist abzuheben. Es sind nicht Grundsätze einer Provinz oder eines einzelnen Kontinents. Wir wissen und wir haben es jederzeit selber ausgesprochen, daß es die Grundsätze der befreiten Menschheit sind.

Diese Dinge verteidigen wir, sei es im Frieden, sei es im Kriege. Alle Nationen haben ebenfalls ein Interesse am Weltfrieden und an der politischen Stabilität der freien Bürger. Sie sind verantwortlich für die Wahrung dieses Friedens und dieser Stabilität. Der wesentlichste Grundsatz des Friedens ist die tatsächliche Gleichheit der Nationen in Fragen des Rechts oder der Bevorzugung. Auf der Grundlage des Gleichgewichtes von bewaffneten Mächten kann ein sicherer und gerechter Friede nicht zustande kommen. Die Regierungen sollen ihre Vollmachten durch Zustimmung der Regierten erhalten. Kein anderer Machtfaktor darf unterstützt werden von den Idealen, Zielen und Kräften, die der Völkergemeinschaft gemeinsam sind. Auch die Meere sollen frei und sicher sein zum Gebrauch für alle Völker gemäß den Bestimmungen eines gemeinsamen Uebereinkommens. Die Meere sollen so weit es sich praktisch durchführen läßt, allen zugänglich sein unter den gleichen Bedingungen. Die nationalen Rüstungen sollen auf die Erfordernisse der nationalen Ordnung und der Sicherheit im Innern beschränkt werden. Gemeinsamkeit der Interessen ist jene Macht, ohne welche ein Friede künftig nicht möglich ist. Es ist Sache jeder Nation, darüber zu wachen, daß Einflüsse, die von ihren eigenen Bürgern ausgehen und welche darauf abzielen, in andern Ländern revolutionäre Strömungen zu begünstigen und zu unterstützen, wirksam und entschlossen unterdrückt und erstirbt werden. Es ist nicht nötig, liebe Mitbürger, daß ich über diese Grundsätze mit Euch diskutiere: es sind eure Grundsätze. Sie bilden einen unlöslichen Bestandteil eurer Gedanken, sie inspirieren Euch bei euren Geschäften und bilden einen Ausfluß eurer Natur. Mit diesen Grundsätzen auf dem Programm unserer Taten und Ziele werden wir gemeinsam aufrecht bleiben. Es ist von dringender Notwendigkeit, daß wir dies tun inmitten des Brandes, der heute die ganze Welt umfaßt. Wir sind gezwungen, in der glühenden Hitze dieses Brandes eine neue Einheit zu schmieden. Hoffen wir, daß wir dank göttlicher Vorsehung geläutert von allen Schladen und Meinungsverschiedenheiten, gereinigt auch von den vielen Ausflüssen der Sonder- oder Parteiinteressen aus dieser Prüfung hervorgehen werden.

In den kommenden Tagen werden wir, umkleidet mit neuer Würde nationalen Geistes und Stolzes, uns erheben. Sehe ein jeder darauf, daß diese Wünsche in seinem eigenen Herzen stehen, auf daß diese edlen Ziele der Nation auch in seinem Geist leben und seinen Willen und seine Wünsche bestimmen. Hier in eurer Mitte habe ich den feierlichen Eid abgelegt, dessen Zeugen Ihr seibet gewesen seib. Da das Volk der Vereinigten Staaten mich auserseren hat, um mir diese erhabenen Vollmachten zu verleihen, und da es für gut befunden hat, mich zum Leiter seiner Geschäfte zu ernennen. Ich kenne nun die ganze Bedeutung meiner Aufgabe. Ich bin mir der damit verbundenen Verantwortlichkeiten voll bewußt, und ich bitte Gott, mir Weisheit und Umsicht zu verleihen, damit ich meine Pflicht im wahren Geiste dieses großen Volkes erfüllen kann.

Ich bin der Diener dieses Volkes, und es kann nur dann ans Ziel gelangen, wenn mich unterstützt und wenn Rat und Vertrauen mich leiten. Eines aber, auf das ich zähle, und ohne das weder Ratsschlüsse noch Bitten einen Wert hätten, ist die unbedingte Einnigkeit, ist das in diesem Gefühl und Ziel mit sich selber einige Amerika, einig in der Erkenntnis der Pflicht und in der Bereitschaft, mir zu dienen. Hüten wir uns vor allen jenen Leuten, welche die Arbeit und die Bedürfnisse der Länder zu ihrem persönlichen Nutzen oder für eine private Macht auszunutzen suchen. Sehen wir uns vor, daß keine Handlungsweise, keine unlauteren Antriebe unsere Eintracht

7. III. 1917

61

ist, darauf zu achten, daß jeder Versuch, in anderen Ländern einer Revolution beizustehen, streng und wirksam unterdrückt und verhindert werde. Zu diesen Grundsätzen sollten wir uns einträchtig bekennen und in dieser neuen Einigkeit werden wir in Klammern zusammengeschmiedet, durch deren Blut wir von Parteien und Uneinigkeit befreit und sowohl in der Erfassung unserer Pflicht als in dem erhabenen Entschluß, sie zu erfüllen, vereint werden. Wir wollen uns im Angesicht aller Menschen der großen Aufgabe weihen, an die wir jetzt gehen müssen.

**Die Botschaft Wilsons an das Land.**

**Polenik gegen die Minderheit des Senats.**

Washington, 6. März.

Das Reutersche Bureau meldet:

In der bereits kurz veröffentlichten Botschaft Wilsons an das Land heißt es: Die letzte (64.) Session des Kongresses zeigt bei ihrer verfassungsmäßigen Schließung eine Lage, die wohl ohnegleichen in der Geschichte unseres Landes dasteht, ja wohl ohnegleichen in der Geschichte irgend einer modernen Regierung, eine Lage unmittelbar vor einer Krise, die mehr trügerische und weitreichende Möglichkeiten nationaler Gefahr in sich trägt, als irgendeine andere Regierung in der ganzen Geschichte der internationalen Beziehungen sich gegenüber sah. Der Kongreß war nicht in der Lage, das Land zu schützen oder die grundlegendsten Rechte der Bürger zu wahren. Mehr als 500 von 531 Mitgliedern der beiden Häuser sind bereit und willig zu handeln. Das Repräsentantenhaus handelte mit überwältigender Mehrheit, aber der Senat war nicht in der Lage, zu handeln, weil eine kleine Gruppe von 11 Senatoren beschlossen hatte, daß er nicht handeln sollte. Der Senat hat keine Regeln, durch die die Debatte beschränkt oder beendet werden kann oder durch die irgendwelche verschleppende Manöver verhindert werden können. Ein einzelnes Mitglied kann sich jeder Handlung in den Weg stellen, wenn es nur körperliche Ausdauer besitzt. Im jetzigen Falle ist das Ergebnis die völlige Lähmung sowohl des gesetzgebenden wie des ausführenden Zweiges der Regierung. Die Unfähigkeit des Senats, zu handeln, machte einen der notwendigsten gesetzgeberischen Akte der Session zu einer Zeit unmöglich, da die Notwendigkeit am allerdringendsten war.

Nachdem der Präsident die Maßregeln beschrieben, die nicht erledigt werden konnten, fährt er fort: Ich würde die Schwierigkeit nicht beseitigen, wenn ich den 65. Kongreß zu einer außerordentlichen Session einberufen würde. Die Lähmung des Senats würde weiter bestehen. Wille und Geist zum Handeln fehlen nicht. Ich kann wohl sagen, daß der Kongreß augenblicklich fester in seinen Gedanken und in seinem Willen geeint ist, als er zu Gebenheiten irgendeines jetzt lebenden Mitgliedes war. Es besteht nur völlig geeintes patriotisches Wollen.

Die Ziele, die die Mitglieder vor Augen haben, sind völlig klar und bestimmt, aber der Senat kann nicht handeln, wenn seine Führer nicht die einstimmige Einwilligung erlangen. Seine Mehrheit ist machtlos und hilflos. Mitten in einer Krise voll außerordentlicher Gefahren, wenn nur bestimmtes, entschiedenes Handeln die Nation sichern oder sie vor einem Krieg durch Angriff anderer schützen kann, ist das Handeln unmöglich gemacht, ohgleich tatsächlich die Nation und ihre Vertreter mit noch nicht dagewesener Einmütigkeit hinter der ausführenden Regierung stehen. Es wird natürlich der im Auslande hervorgerufene Eindruck der sein, daß dem nicht so ist und daß andere Regierungen tun können, was sie wollen, ohne fürchten zu müssen, daß unsere Regierung irgend etwas tun kann.

Wir können das nicht erklären. Die Erklärung ist unglaubwürdig. Der Senat der Vereinigten Staaten ist weiter nichts als eine gesetzgebende Körperschaft, die nicht handeln kann, wenn auch ihre Mehrheit zum Handeln bereit ist. Eine kleine Gruppe willensstarker Männer, die einzig die eigene Meinung vertreten, hat die große Regierung der Vereinigten Staaten hilflos und verächtlich gemacht.

Hiergegen gibt es bloß ein Mittel. Das einzige Mittel ist, den Senat so zu ändern, daß er handeln kann. Man kann sich darauf verlassen, daß das Land die Folgerung daraus ziehen wird. Ich glaube, daß man sich darauf verlassen kann, daß der Senat ein Mittel zum Handeln finden und das Land vor einer Katastrophe bewahren wird.

**Ein altes Gesetz gegen die Bewaffnung der Handelschiffe.**

Der Präsident gab außerdem die Ermächtigung, eine Erklärung zu veröffentlichen, die besagt, daß die Lage dadurch noch ernster geworden sei, als man angenommen hatte, daß man entdeckte, daß der Präsident zwar auf Grund der allgemeinen Verfassungsvollmachten viel von dem tun kann, wofür er vom Kongreß Vollmacht verlangt hat, daß aber gewisse alte unwiderrufene Bestimmungen bestehen, die praktisch unüberwindliche Hindernisse bilden und die Vollmacht zunichtemachen können.

(Das erwähnte alte Gesetz wurde im Jahre 1819 angenommen, um den Widerstand amerikanischer Handelschiffe gegen Kaperchiffe von Privatpersonen zu regeln, schloß aber Schiffe aus, die von einem „staatlichen bewaffneten Schiffe“ einer Nation, die mit den Vereinigten Staaten in Freundschaft lebt, angegriffen würden. Im technischen Sinne ist aber Deutschland nicht im Krieg mit den Vereinigten Staaten und Unterseeboote sind „bewaffnete staatliche Schiffe“ Deutschlands.)

**Die Inauguraladresse Wilsons.**

**Aufkündigung der Möglichkeit eines aktiven Eingreifens Amerikas.**

Washington, 5. März.

Das Reutersche Bureau meldet:

In der Inauguraladresse sagte Wilson: Vom Anfang an drückte der Krieg unvermeidlicherweise unserem Geiste, unserer Industrie, unserem Handel und unserer Politik seinen Stempel auf. Es war unmöglich, ihn gleichgültig oder unabhängig gegenüberzustehen. Trotz vieler Meinungsverschiedenheiten wurden wir einander nähergebracht. Man hat uns zur See großes Unrecht zugefügt. Wir hatten nicht den Wunsch, mit Unrecht und Beleidigungen zu antworten. Obwohl einige uns zugefügte Uebel unerträglich waren, sind wir uns stets dessen bewußt gewesen, daß wir nichts für uns selbst wünschen, was wir nicht für die ganze Menschheit zu fordern bereit wären, nämlich rechtsschaffenes Handeln (fair dealing), Gerechtigkeit, Freiheit zu leben und Schutz vor organisiertem Unrecht. In diesem Geiste und mit diesem Gedanken gelangten wir mehr und mehr zu der Ueberzeugung, daß es unsere Aufgabe sein muß, für die Erhaltung und Stärkung des Friedens zu arbeiten. Wir mußten uns bewaffnen, um unseren Anspruch auf ein gewisses Mindestmaß von Recht und Freiheit des Handels durchzusetzen. Wir stehen fest in bewaffneter Neutralität, weil es scheint, daß wir auf keine andere Weise ausbreichen können, worauf wir bestehen und was wir nicht missen können. Es kann sogar sein, daß wir durch die Umstände zu einer aktiven Verteidigung unserer Rechte und zu einer mehr unmittelbaren Teilnahme an dem großen Kampfe veranlaßt werden. Aber nichts wird unsere Ideen und unseren Zweck ändern. Wir wünschen weder zu erobern noch Vorteile zu erringen. Wir wünschen nichts, was nur auf Kosten eines anderen Volkes erreicht werden kann. Wir sind nicht länger Provinzler. Die tragischen Ereignisse dieser Monate Kampfes auf Leben und Tod haben uns zu Weltbürgern gemacht. Wir können nicht zurück. Unser eigenes Geschick als Nation steht auf dem Spiel.

Das Folgende ist es, wofür wir einstehen werden: daß alle Nationen gleich viel Interesse an Weltfrieden und an der politischen Stabilität der freien Völker haben und dafür in gleichem Maße verantwortlich sind, daß das wichtigste Prinzip des Friedens die wirkliche Gleichheit der Völker in allen Rechtsfragen ist, daß der Friede sich nicht sicher und gerechtere Weise auf ein scheinbares Rechtsgleichgewicht stützen kann, daß die Regierungen alle gerechte Macht (wörtlich just power) von der Zustimmung der Regierten ableiten, daß die Meere gleich frei und sicher für alle Völker sein sollten nach Gesetzen, die durch ein gemeinsames Abkommen festgesetzt sind, daß die Rüstungen der Völker auf die innere Ordnung eines Volkes und die häusliche Sicherheit beschränkt werden sollten und daß es Pflicht jedes Volkes

8.7.1917

44

# Portugal und der Krieg.

Von besonderer Seite.

Voll warmem Interesses für Portugal begrüßte ich in der Schweiz die Gelegenheit, einem Augenzeugen der letzten portugiesischen Ereignisse zu begegnen. Es war naheliegend, daß das Gespräch bald auf die bitteren Urteile kam, die in der deutschen und österreichischen Presse über die Rolle Portugals an der Seite des Vierverbandes laut geworden sind.

„Das portugiesische Volk“ — erwiderte der angesehene Portugiese, „teilt diese Urteile, wo immer seine Meinung unverfälscht zum Ausdruck gelangen kann. Nicht Portugal, sondern gefährliche, aufrührerische Usurpatoren sind es, die von England in den Sattel gehoben, an der Seite des Verbandes diese unglückliche Politik treiben, die von allen Unabhängigen und Redlichen verabscheut wird. Das Buch „Les Notes Documentales“ von General Pimenta de Castro, veröffentlicht beim Abtreten von seiner Präsidentschaft, wirft ein scharfes Streiflicht auf diese unglücklichen vererbten Verhältnisse. Pimenta de Castro, getragen von dem Volkswillen, widersetzte sich, solange er an der Regierung war, mit Entschiedenheit der Annahme Portugals am Weltkrieg und er bekämpfte offen den ehrgeizigen Alfonso Costa, den „Tyranen der Nation“, der dem Kriege zutrieb. Alle volkerhaltenden Elemente und die ganze Armee standen auf Seite Pimenta de Castros. Aber was half es? England wünschte es, daß auch das neutrale Portugal in den Krieg gestürzt werde, und England sorgte dafür, daß der vollstümliche General zu Falle kam und über ihn und den Willen des Volkes und der Armee Portugals sich die Anarchie, das willkürliche Geschöpf Englands, erhob.

Die Anarchisten, inspiriert von englischer „Humanität“, stürzten unter der Leitung Alfonso Costas und Motta de Becos das Ministerium Pimenta de Castro und nahmen den wackeren General gefangen. Ganz Lissabon war in diesen Tagen des englischen Umsturzes in Blut getaucht. Befriedigt über diese Heldentat, erachtete England seine „Würde“, die durch den Widerstand des Hauptes einer freien Nation verletzt worden war, wieder hergestellt, und am selben Tag begrüßte die britische Flotte mit dröhnenden Salutschüssen den Sieg der Revolutionären und landete eine Abordnung von Offizieren, damit englische Gentlemen die blutbesleckten Hände der Anarchisten von Lissabon dankbar drücken konnten. Das englische Protektorschütze fortan Verbrechen und Empörung im ganzen Lande. Nun waren auch die Vorbedingungen für den kurz darauf folgenden Raub der deutschen Schiffe gegeben, denn England fand in der von ihm geschaffenen revolutionären Regierung ein williges Werkzeug zu diesem Verbrechen, das den alten Ehrenschild des portugiesischen Volkes besleckte. Mit tiefem Schmerz muß jeder Portugiese, der sein Land und sein Volk liebt, die heutigen Ereignisse betrachten. Die Presse, den Gewaltmaßregeln der Regierung und den Bestechungen Englands unterworfen, unterstützt leider die um sich greifende Verderbtheit unter der falschen Vorpiegelung, das Nationalempfinden zu vertreten.

Wie es möglich ist, daß das portugiesische Volk, das in den langen Jahrhunderten seiner einst so glorreichen Existenz so oft Energie und Mut bewies, diese unwürdige Tyrannei klaglos erträgt? Der Portugiese ist

eine Mischung von sanftem und wildem Temperament. Er lebt sorglos in den Tag, ohne an die Zukunft zu denken. Eine Zeitlang läßt er sich gutmütig auch von dem Schlichten lenken und erträgt die Bedrückungen, bis seine ganze Natur sich auslehnt und mit der ungezähmten Gewalt seines Temperamentes hervorbricht. Da aber in dieser Auslehnung keine Einheitlichkeit ist, sondern jeder seinem Parteiinteresse zu folgen pflegt, nützen diese Revolten der schlechtesten Regierung mehr, als sie schaden, da sie auch nach Außen hin die Gewalt Herrschaft der Usurpatoren ihren Opfern gegenüber zu rechtfertigen scheinen.

So läßt sich auch die Existenz der Republik erklären, die gegen die Tradition und gegen den Willen der Mehrheit des Landes lebt. Die Kämpfe und politischen Kämpfe der letzten Jahre haben das portugiesische Volk ermüdet und entnervt. Es betrachtet die Kriegserklärung seiner Regierung wie einen müßigen Zeitvertreib und ein einträgliches Geschäft der unwürdigen Führer der Nation. Aber man ist in Portugal auch fest davon überzeugt, daß keine portugiesischen Truppen als Verstärkung der Ententeheere tatsächlich kämpfen werden, trotz aller großsprecherischen Ankündigungen und sensationellen Reflame der Landes- und der Verbandspresse. Das englische Pseudobündnis ist ein Trug der Regierung zum Nutzen der Parteiinteressen — sonst nichts. Im Volke begegnet diese aufgezwungene Freundschaft für Großbritannien nur dem Spotte und dem Widerspruch.

In der Regierungszeit des Königs Carlos war jeder Engländer, der sich in Lissabon auf der Straße zeigte, den Beleidigungen der Bevölkerung ausgesetzt, die nicht selten in Tätlichkeiten ausarteten. Als England dann das gewaltsame Ultimatum an Portugal stellte, durch welches der Raub der portugiesischen Besitzungen am Nyassa verwirklicht wurde, kam es in Lissabon zu Volkskundgebungen voll des Hasses und des Zornes. Das war damals die „Sympathie“ des portugiesischen Volkes für England, und heute trägt der Amerikaner in Lissabon die Farben seiner Flagge im Knopfloch, um ja nicht für einen Engländer angesehen und der „Sympathiekundgebungen“ gewürdigt zu werden, die den Engländern zugebacht sind.

Die berühmte „eine“ Division, bei der Kriegserklärung mobilisiert, wurde seitdem mehrmals wieder „demobilisiert“, weil die Soldaten von ihren Übungen zurückkehrend ihrer Begeisterung für die Alliierten mit dem Rufe — „Nieder mit England!“ Ausdruck gaben. Die Syndikalisten, eine radikale Arbeiterpartei, aber Gegner des Tyrannen Alfonso Costa, waren die ersten, die erklärten, daß die Mobilisierten, vor ihrer Einschiffung nach Frankreich „im Blute derer schwimmen würden, die die Veranlassung zu ihrer Mobilisierung waren.“ Und so wurde immer wieder mobilisiert und demobilisiert. Für die Regierung hat dieser Nummernschatz immerhin den bedeutenden Vorteil das Volk von den innerpolitischen Kämpfen abzulenken und diejenigen mit englischem Gelde zu bereichern, die gegenwärtig zu Lissabon die Zügel in Händen haben.

Die konservativen Parteien widersetzen sich entschieden dem gegenwärtigen Regime, aber es fehlt ihnen ein starker Stützpunkt, sie haben nicht die Kraft, festen Widerstand zu leisten, zumal die Monarchisten in Anhänger des Exkönigs Manuel und Dom Miguel von Braganzas sich teilen. Doch ohne Zweifel hat Manuel selbst heute die Zahl seiner Parteigänger schon stark verringert, da er sich zum englischen Militärdienst meldete. Nur ganz



87/III. 1917

46

# Neue eie Presse.

## Morgenblatt.

Wien, Donnerstag, den 8. März

1917.

**Abonnement für das Ausland:**  
 Vierteljährig:  
 Bei uns (Kreuzband-Vorendung): Deutschland, Serbien K. 22, f. Staaten des Welpostvereines K. 24.  
 Bei den Postämtern in Deutschland M. 11.15, Schweiz Fr. 13.55, Belgien Fr. 13.90, Italien L. 14.47, Rumänien Fr. 13.90, Serbien Fr. 13.90, Bulgarien Fr. 15.05, Russland R. 25.25, Griechenland (u. d. Hochland) Hellinodaki & Barth, Athen od. K. L. Zeltge-Exp. in Triest) K. 13.90, Europ. Türkei (Ost. Postämter) K. 13.40, Asien-Türkei K. 17.45, Aegypten K. 16.84, Dänemark Kr. 11.35, Schweden Kr. 11.20, Norwegen Kr. 10.50, Finnland M. 16.10, Holland F. G., bei den Agenturen in Holland: Lousener & Co., Rom Fr. 22.50, Frankreich: Hecht & Co., 21, Rue Edmure, Fr. 25.00; England: Saarbach, London, 21, Bride Lane, Fleet Street, E. C. Single & Co., London E. C. 129, Leadenhall Street Pfd. St. 1 sh. 1; Nordamerika: E. Stolze, 25 Park Place, G. E. Stecher, 151-155 West 25 th St. L. A. Rosswag, 57, Broadway, Avenue in New York, Doll. & 40, Varrotar für das ges. Ausland: Saarbachs News Exch., Ges. m. b. H., Mainz.  
 Für die an Agenten, Austräger oder Verschleissere bezahlten Beiträge leisten wir keine Garantie.

### Die Vereinigten Staaten und Mexiko.

Zwei Aktenstücke, kennzeichnend für die diplomatische Unterstützung der Entente durch die Vereinigten Staaten.

Wien, 7. März.

Der jüngste mexikanische Zwischenfall ist von der amerikanischen Kriegspartei stark ausgenützt worden. Sie hat Deutschland zum Vorwurfe gemacht, daß es mit Präsident Carranza in Fühlung treten wollte, wie er sich verhalten würde, falls ein Krieg mit den Vereinigten Staaten ausbräche.

Wie sehr jedoch lange vor der Ankündigung des verschärften Unterseebootkrieges die amerikanische Diplomatie sich in den Dienst der Entente gestellt hat und wie stark sich dabei die Linien einer neutralen Politik verschoben haben, das geht aus den nachstehend veröffentlichten zwei Aktenstücken mit einer nur zu großen Klarheit hervor.

Von einer mit den amerikanischen Verhältnissen und mit der diplomatischen Technik der Entente vertrauten Persönlichkeit erhalten wir zwei Schriftstücke, die für sich selbst sprechen.

Das Staatssekretariat in Washington schickt durch die amerikanische Botschaft in Mexiko an den General Carranza eine Mitteilung, daß der englische Vertreter in Washington Nachrichten über die Tätigkeit deutscher Unterseeboote im Golf von Mexiko habe. In dieser Depesche wird Mexiko mit den strengsten Repressalien gedroht, wenn es nicht sofort Maßregeln treffe, daß mexikanisches Gebiet deutschen Unterseebooten nicht als Operationsbasis diene. Die mexikanische Regierung wird ferner unter dem stärksten moralischen Zwang aufgefordert, eine strenge Zensur der drahtlosen Telegramme anzuordnen.

Das geschieht, obwohl die englische Regierung durch einen Gesandten in Mexiko vertreten ist und daher in der Lage war, unmittelbar mit der mexikanischen Regierung zu verkehren. Die Arbeit der amerikanischen und der britischen Diplomatie war jedoch schon damals so gemeinsam, daß der Staatssekretär in Washington Mitteilungen an Mexiko übernahm, die England allein hätte machen müssen, offenbar weil die Vereinigten Staaten den Druck auf den Präsidenten Carranza verstärken wollten.

In der Antwort der mexikanischen Regierung wird nachdrücklich das Erstarken über diese amerikanische Botenfähigkeit hervorgehoben. Die mexikanische Antwort ist voll Ironie, indem sie erklärt, daß Mexiko nur aus Höflichkeit auf eine so übermittelte Frage antwortet. Die mexikanische Antwort fordert die englische Regierung auf, zunächst die Ausfahrt der deutschen Unterseeboote aus Europa zu verhüten. Wenn der englischen Regierung das nicht gelingen sollte, würde Mexiko bereit sein, nach Erfordernis der Umstände zu verfügen, falls deutsche Tauchboote in den dortigen Gewässern fahren.

Selten ist das Betwachen der amerikanischen und der britischen Diplomatie so deutlich sichtbar geworden wie in den zwei Aktenstücken, die wir hier folgen lassen:

### Notenwechsel zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten von Amerika.

#### Die Anfrage der Vereinigten Staaten.

Bottschaft der Vereinigten Staaten von Amerika. — Nr. 168.

Mexiko, den 26. Oktober 1916.

Erzellenz!

Ich beehre mich, Eurer Erzellenz mitzuteilen, daß ich gestern um 6 Uhr nachmittags nachstehendes Telegramm des Herrn Staatssekretärs der Vereinigten Staaten erhalten habe:

„Teilen Sie General Carranza mit, daß der Vertreter Großbritanniens in Washington Nachricht über die Tätigkeit deutscher Unterseeboote im Golf von Mexiko empfangen hat und hinzufügt, daß die Alliierten sich gezwungen sehen werden, nachdrückliche Maßnahmen zu ergreifen, falls sie in Kenntnis gelangen, daß ihren Feinden Hilfe im mexikanischen Territorium gewährt worden ist. Bewirken Sie, daß General Carranza erfasse, welche große Bedeutung der sofortigen Ergreifung von wirksamen Maßnahmen zukommt, welche dahin zielen, daß der Gebrauch des mexikanischen Territoriums als Operationsbasis kriegsführender Schiffe verhindert wird, sowie die Notwendigkeit, unverzüglich — wenn es noch nicht geschehen sein sollte — eine strenge Zensur der drahtlosen Telegramme anzuordnen, insbesondere solcher, die aus Mexiko Schiffe auf hoher See zu erreichen bestimmt sind oder die sich auf die Bewegung von Schiffen beziehen. General Carranza soll sich beständig vor Augen halten, daß die leichteste Verletzung der mexikanischen Neutralität zu den transzendentalsten und nachteiligsten Folgen führen kann.“

(Unterzeichnet:) Lansing.

Ich beehre mich, Eure Erzellenz zu bitten, dieses Schriftstück zur Kenntnis General Carranzas gütigst bringen zu wollen, und ergreife diese Gelegenheit, Eure Erzellenz meiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

(Gezeichnet:) Charles B. Parker.“

#### Die Antwort Mexikos.

Die Antwort Mexikos lautet:

„Mexiko, den 4. November 1916.

Herr Stellvertreter!

Ich habe die Ehre, auf das höfliche Schreiben Eurer Hochwohlgeboren Nr. 168 vom 26. des verflohenen Monats Bezug zu nehmen, worin Sie diesem Sekretariat ein Telegramm des Staatssekretariats der Vereinigten Staaten abschriftlich mitteilen. Auf Anweisung des ersten mit der Exekutivgewalt der Nation beauftragten Oberbefehlshabers der konstitutionalistischen Armee erlaube ich mir, Euer Hochwohlgeboren um Uebermittlung nachstehender Note an Seine Erzellenz den Herrn Sekretär für die äußeren Angelegenheiten der Vereinigten Staaten zu bitten:

„Ich beehre mich, Eurer Erzellenz die von Herrn Charles B. Parker an dieses Sekretariat vollzogene Uebermittlung eines Telegramms Eurer Erzellenz zu bestätigen, worin Sie sagen, der Vertreter Großbritanniens in Washington habe Nachricht über die Tätigkeit deutscher

**Eine halbamtliche deutsche Erklärung über den Vorschlag an Mexiko.**

Berlin, 8. März.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt unter der Ueberschrift „Fair dealing“: Ein Wort aus der Adresse Wilsons fällt uns in die Augen: Fair dealing — Billigkeit. Wie Amerika sie für sich selber wünsche, sei es bereit, sie für die ganze Menschheit zu fordern: „Billigkeit, Gerechtigkeit, Freiheit zu leben und Schutz vor organisiertem Unrecht.“ Was Wilson für die ganze Menschheit zu fordern bereit ist — Deutschland hat er es nicht eingeräumt. Unsere ganze Politik Amerika gegenüber vom ersten Kriegstage bis zum Abbruch der Beziehungen war ein Kampf um Billigkeit, der immer wiederholte Anspruch eines von neidischen Gegnern zum Kampfe gezwungenen Volkes auf Gerechtigkeit, Freiheit zu leben und Abwehr organisiertem Unrechts. Wie aber gelang es von drüben zurück? Kaum war der Weltbrand entzündet, der das durch die politische Einkreisung vorbereitete Werk der Vernichtung Deutschlands gewaltsam vollenden sollte, da war eine laute Preßorganisation unermüdblich bestrebt, in den Vereinigten Staaten die Volksmeinung gegen uns aufzustacheln. Die Regierung Wilsons sah in Ruhe zu, wie ein Stück des geltenden Seerechtes nach dem anderen von England beseitigt wurde. Aber damit nicht genug. Dieselbe Regierung, die ohne Gegenwehr hingenommen hatte, daß der gesamte Handel Amerikas mit uns und unseren neutralen Nachbarstaaten, auch soweit ihn kein Kriegsrecht berühren konnte, der britischen Sectyrannei zum Opfer fiel, erließ Protest auf Protest, sobald wir England Gleiches mit Gleichem vergalteten. Sie handelte so, obwohl ihr bekannt war, daß England mit seiner brutalen Mißachtung neutraler Rechte nichts anderes bezweckte, als unsere Kraft, die mit Waffengewalt nicht zu brechen war, durch den Hungerkrieg gegen Frauen und Kinder langsam zu zermürben. Für die ganze Menschheit fordert Wilson die Freiheit zu leben, nur dem deutschen Volke versagt er den Anspruch auf sie. Zugleich verwandelte sich die ganze Union in eine einzige große Waffen- und Munitionsfabrik. Nicht nur vorhandene Betriebe wurden erweitert, auch Fabriken, die im Frieden Friedensgüter schafften, wurden umgestaltet, um für Deutschlands Feinde Kriegsbedarf zu erzeugen. Die gesamte Industrie eines Volkes, das von den Schrecken des fernem europäischen Kampfes völlig unberührt blieb, wurde damit zu einer Riesenwerkstatt des Todes.

Indem die Regierung der Vereinigten Staaten diese Auffassung von Neutralität betätigt, verlangt sie von uns, für die Sicherheit jedes einzelnen ihrer Bürger aufzukommen, der sich, dringender Warnung zum Trotz, in das Kampfgebiet zur See begibt. Billigkeit für alle Welt, nur nicht für Deutschland! Das ist der rote Faden, der sich von jeher durch Wilsons Politik hindurchzog. So kam der Tag, da nach der höhnischen Abweisung unseres Friedensangebotes der Entschluß zur Eröffnung des unbeschränkten Tauchbootkrieges ausgeführt wurde. Zum letztenmal erging der Ruf um Billigkeit an den Präsidenten. Die Antwort darauf war der Abbruch der Beziehungen und darüber hinaus sogar der Versuch, sämtliche neutralen Mächte gegen uns aufzumiegeln. Heute spricht der Präsident überdies auch offen aus, daß die unmittelbare Beteiligung Amerikas am Kampfe möglich sei. Die Opfer, die wir dem Frieden mit den Vereinigten Staaten bringen können, erreichen ihre Grenze, wo die Durchsetzung unseres Lebensrechtes, die siegreiche Durchführung des uns aufgezwungenen Daseinskampfes in Frage steht. Kein amerikanisches Lebensinteresse zwingt den Präsidenten zu einem kriegerischen Schritt. Die alten amerikanischen Grundsätze würden verlangen, daß Amerika die Völker Europas den schweren Kampf allein durchsetzen ließe, und die Billigkeit würde gebieten, nicht gegen ein Volk Partei zu nehmen, das im Kampf um sein Dasein steht und Amerika seit Friedrich dem Großen nichts als Freundschaft erwiesen hat. Aber was wir bisher von Amerika erfahren, konnte uns nicht ermutigen, dort auf gerechte Würdigung unseres Entschlusses zu rechnen. So war es ein Schritt natürlicher Vorsorge, wenn wir zur rechten Zeit gegenüber dem möglichen neuen Feind auch nach neuen Bundesgenossen Umschau hielten. Nur schmale Saumpfade führten zu diesem Ziel. Gegen Verrat gibt es keine unbedingte Sicherheit, und indem die Regierung Wilsons sich eines Verräters bediente, räumte sie stillschweigend ein, daß wir allen Grund zur äußersten Wachsamkeit hatten. So stempelte sie selbst die Weisung an unseren Gesandten in Mexiko zu dem, was sie wirklich war: zu einer Handlung einfacher Selbstverständlichkeit. Unser Bündnisangebot an Mexiko sollte erst nach der amerikanischen Kriegserklärung an uns erfolgen. Auch heute noch wünschen wir, den Krieg mit den Vereinigten Staaten zu vermeiden. Teilt Amerika den Wunsch, so wird also Mexikos Kenntnis von unserem Angebot sich auf das beschränken, was die Regierung Wilsons selbst darüber veröffentlicht hat. Wie die Würfel fallen, steht bei dem Präsidenten. Ihn allein trifft vor der Geschichte die Verantwortung, wenn sein eigenes Land, das bisher noch den Segen des Friedens genießt und dem Himmel nicht dankbar genug dafür sein könnte, nun ohne jede zwingende Not in die Schrecken des blutigen Weltkrieges mitverstrickt werden sollte. Wie in Wilsons Hand das Leben der amerikanischen Bürger liegt, die unsere Warnung vor dem Gefahrendereich zur See mißachten, hält er auch das Schicksal all der vielen Tausende in Händen, über die ein weiteres Umsichgreifen des Krieges Verderben, Trauer und Tod bringen würde. Wie immer er sich entscheiden möge, uns wird er, ob er nun Krieg oder Frieden wählt, um keines Haars Breite von dem Wege drängen, den wir am 1. Februar eingeschlagen haben.

melnde für alle oder einzelne Geschäftszweige anzuordnen, daß die offenen Verkaufsstellen während bestimmter Zeiträume oder während des ganzen Jahres an bestimmten Tagesstunden für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sind.

Ein Unterstaatssekretär des Reichsamts des Innern wandte sich gegen den Antrag. Eine Retrozeption der Kriegszeit geschichtlich auf die Friedenszeit zu übertragen, sei doch außerordentlich bedenklich. Die Verwirklichung des Antrages würde die zwangsweise Einführung der durchgehenden Arbeitszeit bedeuten. Die einschlägigen Verhältnisse müßten in aller Ruhe geprüft werden, was erst im Frieden möglich sein werde.

Die Abstimmung wurde ausgesetzt. Von sozialdemokratischer Seite wurde ferner eine Entschließung vorgelegt, nach der die Familienbeihilfe in den Sommermonaten in gleicher Höhe wie in den Wintermonaten gewährt werden soll.

Ministerialdirektor Dr. Bewald erklärte hierzu, daß seit einiger Zeit ein Einverständnis darüber erzielt worden sei, eine Bundesratsverordnung zu erlassen, nach der die Familienzulage 20 Mark für die Kriegerfrau, 10 Mark für jedes Kind, auch in den kommenden Sommermonaten gewährt werden solle.

Ferner wurde in der Entschließung gefordert, die Gewährung von Wochenhilfe auch auf die Ehefrauen der im Vaterländischen Hilfsdienst beschäftigten Personen auszudehnen, die Invalidenrente rückwirkend vom 1. Januar 1917 ab um 50 v. H. zu erhöhen, die Unfallrenten nach dem Jahresarbeitsverdienst umzurechnen und zu den Unfallrenten von 50 bis 75 v. H. einen Zuschlag von 20 v. H., zu den höheren Unfallrenten, sowie den Hinterbliebenen- und Azendentenrenten einen Zuschlag von 33 1/2 v. H. zu zahlen.

Ein Ministerialdirektor des Reichsamts des Innern machte darauf aufmerksam, daß die wirtschaftliche Lage der Hilfsdienstpflichtigen von der der Kriegsteilnehmer sehr erheblich abweiche. Die Hilfsdienstpflichtigen erhielten normale, zum Teil hohe Löhne und Gehälter, bei Trennung von der Familie würden nach besondere Zuschläge gewährt. Eine Gleichstellung bei der Wochenhilfe wäre deshalb bedenklich. Die Durchführung der Anträge auf Erhöhung der Versicherungsrente würde einen erheblichen finanziellen Mehraufwand — auch an Verwaltungskosten — für unbestimmte Zeit mit sich bringen. Schematische Erhöhung sei auch nicht der richtige Weg. Wo die Renten im Einzelfalle die Not nicht beseitigen könnten, habe die Kriegswohlfahrtspflege der Gemeinden einzugreifen, zu der das Reich Zuschüsse gebe. Die Reichszuschüsse zur Kriegswohlfahrtspflege hätten bis zu Anfang dieses Monats bereits einen Betrag von über einer halben Milliarde Mark erreicht.

Gegenüber eine Anregung von nationalliberaler Seite, für Kriegerfrauen auf dem Lande einen gewissen Anreiz zur Arbeit durch Weitergewährung der Familienhilfe bei Aufnahme der Arbeit zu geben, wies ein Ministerialdirektor des Reichsamts des Innern darauf hin, daß eine schärfere Prüfung der Bedürftigkeit im kriegswirtschaftlichen Interesse dort notwendig sei, wo vollarbeitfähige Frauen jede Arbeit ablehnten. Auf der anderen Seite solle bei der Gewährung der Familienunterstützung arbeitenden Frauen gegenüber weitberzig vorgegangen und nicht das ganze Arbeitseinkommen, sondern nur die Hälfte angerechnet werden. Ein Rundschreiben in diesem Sinne sei eben erst vom Staatssekretär des Innern erlassen worden.

In der Abstimmung wurden unter Ablehnung aller übrigen Entschließungen

angenommen:

Die Unterstützung von 20 M. für die Ehefrau und von 10 M. für jedes Kind auch während der Sommermonate weiter zu zahlen;

die Wochenhilfe während des Krieges auszudehnen auf die Ehefrauen der im Vaterländischen Hilfsdienst tätigen Personen, soweit eine Bedürftigkeit vorliegt;

den Kriegswöhnerinnen künftig 1,50 M. (statt bisher 1 M.) pro Tag Unterstützung zu gewähren.

Hierauf gab der Staatssekretär des Innern eine eingehende Darstellung unseres

### wirtschaftlichen Verhältnisses zur Donaumonarchie

und der Aufgaben und Ziele der wirtschaftlichen Annäherung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, sowie der bisher auf diesem Gebiete zwischen den beteiligten Regierungen geführten Verhandlungen. Er wies insbesondere darauf hin, daß sich eine wirtschaftliche Annäherung keineswegs in zollpolitischen Vereinbarungen erschöpfe, sondern daneben Abmachungen im Verkehrs- und Wirtschafts- und Wohnsitzrechte, sowie in anderen wirtschaftlichen und kulturellen Angelegenheiten eine sehr bedeutende Rolle spielten. Nach dem

Zustandekommen des Ausgleiches zwischen Oesterreich und Ungarn würden die Verhandlungen über eine Annäherung in naher Frist weiter geführt werden.

Vertreter der verschiedenen Parteien äußerten sich zu dieser Frage, ferner zu der Gestaltung unserer künftigen Wirtschaftspolitik und zu den Aufgaben, die das Reichsamt des Innern dabei zu erfüllen habe. Wiederum wurde die Trennung des Pressebezirks und die Bildung einer wirtschaftspolitischen Abteilung beim Reichsamt des Innern verlangt.

Ein Fortschrittler äußerte sich über die Pariser Wirtschaftskonferenz und die dort gefaßten Beschlüsse, deren Durchführbarkeit nach den Äußerungen französischer und italienischer Wirtschaftspolitiker und Zeitungen bezweifelt werde.

Der Redner der Konservativen erklärte sich mit den Darlegungen des Staatssekretärs über eine engere wirtschaftliche und politische Annäherung an Oesterreich-Ungarn einverstanden und wünschte auch militärisch eine engere Verbindung herzustellen.

Zur Frage der Jugendverziehung begründete ein sozialdemokratischer Abgeordneter eine Entschließung, nach Beendigung des Krieges Vertreter der staatlichen und gemeindlichen Schulverwaltung, der pädagogischen Theorie und Praxis und der Schulpolitik sowie andere geeignete Sachverständige zu einer Reichsschulkonferenz zusammenzubekommen.

die im Hinblick auf die Kriegserfahrungen die Gesamtheit der pädagogischen, schulgesetzlichen und schulorganisatorischen Fragen zu beraten und sich gutachtlich darüber zu äußern hat.

Ein Ministerialdirektor des Reichsamts des Innern wies darauf hin, daß das Schulwesen nicht zu den der Reichsgesetzgebung vorbehaltenen Angelegenheiten gehöre. Ein aktives Eingreifen des Reiches in die Schulfragen in so großem Umfange wäre bedenklich. Dem zweifellos vorhandenen Bedürfnis werde durch bundesstaatliche Einrichtungen und Veranstaltungen genügt werden.

Der Antrag wurde mit 12 gegen 10 Stimmen des Zentrums, der Konservativen und eines Nationalliberalen angenommen.

Die Nationalliberalen ersuchten in einer Entschließung den Reichskanzler, 1) dem Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge für das Etatsjahr 1917 wiederum einen Zuschuß aus Reichsmitteln in der Höhe von 100 000 M. zu bewilligen, 2) dem Reichstage wiederum den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Kenderung der §§ 33, 33a, 33 b, 35, 40, 42 a, 45, 49, 147, 148 der Gewerbeordnung vorzulegen, welches im Frühjahr 1914 unerledigt geblieben ist.

In der Begründung des Punktes 2 legte der Sprecher der Antragsteller Wert darauf, daß das

### Verbot der Anmmerkneipen

auch nach dem Kriege aufrecht erhalten bleibe. — Zu Punkt 1 sagte der Staatssekretär des Innern zu, daß der Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge auch in diesem Jahre einen Zuschuß erhalten solle. Die notwendige Summe stehe noch nicht fest. — Zu Punkt 2 betonte ein Ministerialdirektor des Reichsamts des Innern, daß den von den Antragstellern hervorgehobenen Uebelständen während der Kriegsdauer durch Maßnahmen der Heeresverwaltung gesteuert sei. Eine gesetzgeberische Regelung der ganzen, teilweise sehr umstrittenen Fragen empfehle sich zurzeit nicht.

Ein Antrag des Zentrums verlangte,

### die Sommerzeit auszuheben,

da sie den häuerlichen und landwirtschaftlichen Betrieb erschwere und auch in den Städten die an sie geknüpften Erwartungen nicht erfüllt habe. — Ein Ministerialdirektor des Reichsamts des Innern hat, den Antrag abzulehnen. Die Sommerzeit sei mit Rücksicht auf die notwendige Ersparnis an Brenn- und Leuchtstoffen eingeführt worden. Diese Ersparnis sei tatsächlich in erheblichem Umfange eingetreten. Für die städtische Bevölkerung, für Industrie, Handel, Arbeiter und Angestellte hätten sich nur Vorteile ergeben. Die Mißstände im Schulbetrieb würden dadurch beseitigt werden, daß der (der Uhr nach) frühere Schulbeginn im Sommer aufhöre. Auch den Klagen der Landwirtschaft könne durch zweckentsprechende Anpassung (Verlegung des Fahrplans der Milchzüge usw.) abgeholfen werden. Man dürfe die außerordentlichen Vorteile für die Gesundheitspflege, den Sport, das Kleingartenwesen nicht übersehen. Auch die Landwirtschaftsverwaltungen hätten sich mit der Sommerzeit einverstanden erklärt.

Der Antrag wurde mit geringer Mehrheit abgelehnt und nach Beschlußfassung über Petitionen der Etat des Reichsamts des Innern erledigt.

Der Hauptausschuß des Reichstags wird hier die Etatsberatung unterbrechen, um morgen, Donnerstag, den 8. März, mit den Steuervorlagen zu beginnen.

## Beratungen des Hauptausschusses des Reichstags.

### Kriegsunterstützungen. — Die wirtschaftliche Annäherung an Oesterreich-Ungarn.

(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

In Weiterberatung des Etats des Reichsamts des Innern im Hauptausschuß des Reichstags begründete ein sozialdemokratischer Redner eine Entschließung, wonach die Arbeitszeit in den Büros der Rechtsanwälte, Notare, Gerichtsvollzieher, Prozeßagenten, Patentanwälte, Patentagenten, Rechtskonsulenten, Konkursverwalter, Bücherrevisoren, Auskunftsstellen, Versicherungsgesellschaften und Agenturen, Zeitungsunternehmungen, der Versicherungsträger der Reichs- und Angestelltenversicherung, der Innungen, Handels-, Handwerker-, Gewerbe-, Landwirtschafts-, Ärzte-, Anwalts- und sonstiger Kammern, gemeinnütziger und anderer Vereine sowie in Vermietungskontoren und Adressenbüros eine Stunde vor der örtlichen Laden-schlußstunde, spätestens um 6 Uhr abends, endigen und acht Stunden werktäglich nicht überschreiten soll, offene Verkaufsstellen von 7 Uhr (Sonnabends 8 Uhr) abends bis 8 Uhr morgens für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein sollen, endlich auf Antrag von mindestens einem Drittel der beteiligten Geschäftsinhaber einer Ge-

### Italienische Kammer.

Zürich, 8. März. In der gestrigen Sitzung der italienischen Deputiertenkammer richtete der Reformist de Felice zunächst eine Anfrage an die Regierung, ob sie die Anwesenheit des Monsignore Gerlach in Rom nicht für gefährlich erachte.

Der Unterstaatssekretär des auswärtigen Amtes antwortete, daß Gerlach seit geraumer Zeit sich nicht mehr in Italien befinde und mithin jeder Grund zu weiteren Erörterungen entfalle.

De Felice erklärte sich mit dieser Antwort nicht zufrieden und hielt eine heftige Rede, in der er unter schweren Beschuldigungen gegen Monsignore Gerlach der Regierung den Vorwurf machte, Gerlach die Abreise aus Italien gestattet zu haben.

Sodann trugen abermals drei Abgeordnete Zweifel an der Verlässlichkeit der Versicherungen vor, welche die Regierung in bezug auf die Approvisionierung gebe. Sie beklagten die traurige Lage, in welche namentlich der mittlere Landwirtestand gekommen sei, die Desorganisation der ganzen Landwirtschaft und den schlechte Aussichten eröffnenden Saatenstand.

Abg. Restivo (unabhängig) trat dafür ein, daß die Regierung durch Beschränkung des Verbrauches und mit Unterstützung der Verbündeten die Approvisionierungskrise zu überwinden versuchen möge. Irrtümer und schlechte Vorbereitung hätten von Anfang des Krieges an die wirtschaftlichen und sogar die militärischen Verhältnisse kompromittiert. Heute sei Italiens Wirtschaftsleben von der auswärtigen Politik abhängig, welche wenig Ernst erkennen lasse. Jeden Augenblick finden internationale Zusammenkünfte statt, welche gar kein Vertrauen verdienen. Die letzte Zusammenkunft italienischer und französischer Parlamentarier in Rom habe nur freimaurerischen und dekorativen Zwecken gedient, ohne den heillosen wirtschaftlichen Verhältnissen Italiens zu nützen. Die heutige Lage sei die Folge einer autokratischen auswärtigen Politik, die aufhören müsse. Sonnino sei sicherlich ihr letzter Minister gewesen.

Auf Zwischenrufe, welche Frankreich und die Zusammenkunft der Parlamentarier in

Rom zu preisen suchten, entgegnete Abgeordneter Restivo: 100,000 Italiener arbeiten seit Jahren in Tunis und erwarten vergeblich von der französischen Regierung die Erlaubnis zur Einrichtung einer italienischen Schule. Im übrigen sprechen der Geldkurz, die Kohlennot, die Schiffsraumnot und andres deutlich genug. Auch damit ist es nicht getan, daß der Minister Commandini die Mobilisierung der Beredsamkeit zwecks Erreichung einer Verbrauchseinschränkung empfiehlt.

Der interventionistische Abg. Bantano betonte, daß die Zusammenkunft mit französischen Parlamentariern den Bündnisvertrag Italiens und Frankreichs politisch und moralisch gefestigt habe.

Der interventionistische Abg. Ciccotti rief: Hoch Frankreich! Hoch unser Verbündeter! (Lebhafter Beifall.)

Hierauf erhielt Abg. Enrico Ferri (unabhängig) das Wort.

Deputierter Ferri bezeichnet als Ausgangspunkt der gegenwärtigen Approvisionierungsschwierigkeiten und als Grund der stetigen Verschlechterung des Geldwechsels den Mangel an vorgängigen Abmachungen mit den Verbündeten und die zaghafte oder säumige Art der Regierungsmassnahmen. Der Augenblick für Italiens Eingreifen in den Krieg sei schlecht gewählt gewesen. Immerhin müsse man heute die Formel der sozialistischen Partei bevorzugen, derzufolge man den Krieg zwar nicht billige, aber auch nicht sabotiere. Italiens Beitritt zum Londoner Vertrag sei von Uebel gewesen; Italien figuriere heute fast nur als Trabant Englands. Seither seien mehrfach Anstrengungen gemacht worden, um wenigstens in wirtschaftlicher Beziehung etwas von England zu erreichen. Italien habe sich wohl bestimmen lassen, Streitkräfte nach Saloniki zu senden und Deutschland den Krieg zu erklären, es habe indes die hierfür verbrochene englische Kohle noch nicht bekommen. Ebenso hoffe man noch immer vergeblich, mit Unterstützung der Verbündeten von den Vereinigten Staaten ein Darlehen zu erhalten. Sonninos Wort scheine bei den Verbündeten wenig zu gelten und seine Leistungen genügen jedenfalls den vitalsten Erfordernissen des Landes nicht. Die Antwortnote des Bierverbandes auf den Friedensvorschlag der Gegner und die Note des Präsidenten Wilson seien ohne Verhältnis zur Wirklichkeit. Der Bierverband hätte die Gegner zur Umschreibung der Friedensbedingungen auffordern sollen. Der Konflikt sei noch verschlimmert worden, seitdem ein englischer Minister die Absicht verraten habe, Deutschlands Kolonien nicht zurückzugeben, während man doch gemeinhin glaube, daß die Kolonien eine gewisse Kompensation für Deutschlands territoriale Pfänder bilden müssen. Italiens Rechte und Interessen würden durch einen Sieg wohl gewahrt werden, und darum müsse man nur den Sieg wünschen. Dennoch könne man angesichts des bevorstehens der Frühjahrsoffensive eine gewisse Unruhe nicht unterdrücken und möchte wünschen, daß sich unter den kriegführenden Regierungen eine befände, die Europa und der Menschheit die bevorstehenden furchtbaren Opfer ersparen würde, die außerdem vielleicht nicht vermieden werden, den Krieg militärisch zu entscheiden. Hoffentlich werde Italien nach dem Kriege eine Regierung haben, die sein bürgerliches Leben wieder aufbauen und es wieder zu einer erproblichen und glücklichen Arbeit führen werde.

Die Ausführungen Ferris wurden mehrfach durch die Zwischenrufe der engeren Freunde Salandra und Sonninos "Wir werden aber doch siegen!" unterbrochen, fanden aber keine nennenswerte Opposition.

## Ein Gespräch mit Feldmarschall Baron Conrad v. Hötzendorf.

Von George A. Schreiner.

Europäischer Korrespondent der „Associated Press“ in New York.

Oesterreichisch-ungarisches Hauptquartier, 17. Februar.

„Unsere Feinde haben zwei Kardinalfehler in diesem Krieg gemacht,“ sagte Feldmarschall Franz Baron Conrad v. Hötzendorf, der Chef des k. u. k. Generalstabes, dem Korrespondenten der „Associated Press“: „Der erste Fehler war der Glaube, daß die Nationen, welche die österreichisch-ungarische Monarchie bilden, sich bei Kriegsausbruch voneinander loszugesagen werden; der zweite Fehler war, daß sie unser Friedensangebot nicht angenommen haben. Offenbar hat sie der Umstand zu dem Glauben verleitet, daß uns schon das Wasser bis in den Mund läuft, mit anderen Worten, daß wir sowohl militärisch als auch wirtschaftlich vor dem Zusammenbruche stehen. Wie noch wurde ein größerer Fehler gemacht. Die Zentralstaaten haben das Friedensangebot einzig und allein von dem Wunsche befeelt gemacht, diesem sinnlosen Schlachten und der Zerstörung der Kultur, an deren Aufbau Europa Jahrhunderte gearbeitet hat, ein Ende zu machen. Diesen Krieg zu beenden, betone ich, ist der heißeste Wunsch unseres Monarchen, des gleichzeitigen Oberkommandanten, welcher in zweiunddreißig Monaten, die er an der Front verbrachte, alle Seiten des Krieges kennt.“

Feldmarschall Conrad hat das sechzigste Lebensjahr überschritten. Sein jugendliches Gesicht, die Fülle seiner weißen Haare, sein grauer Schnurbart, verleihen ihm eine kraftvolle Erscheinung. Seine dunkelbraunen Augen bestätigen den Eindruck, daß ihr Träger einen geraden und aufrichtigen Charakter hat. Feldmarschall Conrad ist von mittlerer Größe, schlanker Figur und hat ein sehr demokratisches und sympathisches Auftreten. Sein Kleid war von höchster Einfachheit; er hatte keine Orden angelegt, er schien ganz außerordentlich in seine Werkstätte zu passen, ein großes Zimmer, in dessen Mitte ein großer Tisch steht, mit Karten belegt.

„Die Antwort der Entente hat uns keinen anderen Weg offen gelassen, als den Krieg fortzusetzen,“ erklärte weiter Feldmarschall Conrad. „Wir hatten gar kein Interesse an der Fortsetzung des Krieges, wir waren gewillt, Schluß zu machen, aber was konnten wir tun angesichts der Antwort der Entente. Es war Pflicht der Zentralmächte, ihre Zerstückelung durch ihre Feinde zu verhindern, und so mußte der Krieg weitergeführt werden. Zu der falschen Hoffnung, daß Oesterreich-Ungarn bei Kriegsausbruch zerfallen werde, kam noch die falsche Hoffnung der Entente, daß wir nicht imstande seien, militärisch länger Widerstand zu leisten. In diesem Punkte hat sie sich getäuscht. Ich bin weit davon entfernt, irgendwelche Prophezeiungen für die Zukunft zu geben, aber so viel ist sicher, daß wir das Friedensangebot nicht aus Schwäche gemacht haben, weil wir zusammengebrochen sind, sondern weil wir dem Elend ein Ende machen wollten, welches sich über ganz Europa verbreitet hat, und welches sich durch den Entschluß der Entente weiter verbreiten soll.“

Die österreichisch-ungarische Monarchie wird von der Entente nicht richtig gewertet. Wir sind kein heterogenes Konglomerat, in dem alle Teile voneinander loszukommen streben, wir sind vielmehr der Keilstein von Europa, in dem sich die verschiedenen Nationen Europas nicht nur sozial, wirtschaftlich und politisch vereinigen, sondern in dem sie im wahrsten Sinne des Wortes als Familie leben. Oesterreich-Ungarn ist nicht der Sitz einer herrschenden Nation, es ist vielmehr das Vaterland von allen Nationalitäten, welche es bewohnen. Der Krieg hat dies bewiesen, und ein denkender Mensch muß sagen, daß dieser Beweis — objektiv betrachtet — als völlig gelungen zu betrachten ist.

Der Bestand Oesterreich-Ungarns ist eine Notwendigkeit für Europa und diejenigen, die für dieses Ziel kämpfen, werden nie aufhören, diesen Standpunkt zu vertreten. Einige Nationen, denen man zum Vorwurf gemacht hat, daß sie unklug genug sind, die Zugehörigkeit zur russischen Knete anzustreben, haben sich als die besten Verteidiger der öster-

reichisch-ungarischen Integrität erwiesen. Es ist wahr, daß es in Friedenszeiten Streitigkeiten gegeben hat, diese waren aber intern politischer Natur.

Dieselben Streitigkeiten, welche in anderen Ländern auf Grund von parteipolitischen Zwistigkeiten entstehen, haben in Oesterreich-Ungarn ihren Ausgangspunkt in den nationalen Gruppen, welche in dieser Beziehung als politische Gruppen angesehen werden können. Dieser Umstand brachte es auch mit sich, daß im allgemeinen die falsche Anschauung Platz greifen konnte, daß wir voneinandergehen wollen.

Noch nie ist ein größerer Trugschluß gefolgert worden als in Angelegenheit des U-Boot-Krieges. Der Fall läßt ungefähr folgenden Vergleich zu, sagt Feldmarschall Conrad: Angenommen, Sie wären allein in einem Walde gegenüber fünf Raufbolden, welche die Absicht haben, Sie zu töten. Was würden Sie tun? Sie würden sich verteidigen und in dieser Verteidigung würden Sie gerechterweise alle Ihnen zu Gebote stehenden Mittel in Anwendung bringen. Das ist ein Recht, das Sie niemandem versagen werden, warum also sollen es die Zentralmächte nicht haben, als ein Aggregat von einzelnen?

Das U-Boot ist ein völlig rechtmäßiges Mittel in unserem Kampfe um die Existenz, und hätten wir früher dazu gegriffen, so wäre heute der Krieg aus. Wir haben dieses Mittel nicht in Anwendung bringen wollen, ohne vorher unseren Feinden die Möglichkeit zu geben, zur Besinnung zu kommen. Diese Möglichkeit haben sie mit Veringschätzung von sich gewiesen. Sie können niemandem als sich Vorwürfe machen.

Viel Unsinn wurde ausgestreut in der Diskussion über das Thema, wie die Truppen der Zentralmächte ohne gegenseitige Schwierigkeit und Reibung kämpfen. Tatsache ist, daß die Armeen der Zentralmächte Körper sind, welche in fortwährendem gegenseitigen Einvernehmen geleitet werden. Das heißt: es sind österreichisch-ungarische Truppen unter deutschem und ebenso deutsche Truppen unter österreichisch-ungarischem Kommando. Diese Tatsache gilt für alle Fronten. Die modernen Kommunikationsmittel sind derart, daß der österreichisch-ungarische, deutsche und verbündete Generalstab, jederzeit die Möglichkeit haben, sich gegenseitig ins Einvernehmen zu setzen, ebenso ist es notwendig, daß die Chefs der Generalstäbe sich von Zeit zu Zeit treffen, um grundlegende Ideen operativer Natur zu besprechen. Für alle anderen Phasen militärischer Art gerät der Telegraphen- und Kurierdienst. Dieses System, sagt Feldmarschall Conrad, „hat die besten Erfolge gezeigt, und ihm war auch ein Großteil des Erfolges zuzuschreiben.“

Der Vertreter der Associated Press hat Feldmarschall Conrad das erstemal im Herbst 1914 gesehen. Seither, so bestätigt der Chef des Generalstabes, wurden große militärische und politische Erfolge in Galizien gemacht.

Baron Conrad bespricht dann das „arme Rumänien“, welches für Vernunftgründe unzugänglich war und dafür büßen mußte. „Der Krieg ist ein schlechtes Geschäft für jeden, besonders aber für Berrückte. Rumäniens Stellung war eine glänzende bis zu dem Augenblick, wo es sich entschloß, uns anzugreifen. Seine Staatsmänner waren eben auch der Ansicht, daß wir vor dem Zusammenbruche stehen. Sie haben gelernt, und jedes andere Volk sollte es vermeiden, es erst lernen zu müssen, daß ein Angriff auf die Zentralmächte kein leichtes Beginnen ist, seitdem alle Soldaten bis zum letzten sich zu der Ueberzeugung durchgerungen haben, daß Frieden nur werden kann, wenn alles bis zuletzt denen gegenüber Widerstand geleistet hat, welche uns unser Heim, unser Vaterland nehmen und unter sich aufteilen wollen.“

Der Geist unserer Truppen ist und bleibt der beste, sie sind prächtige Soldaten und verehren ihren Kaiser, dessen feinfühlig und sympathische Natur allen so teuer ist. Da hat Feldmarschall Conrad einige Beispiele dafür angeführt, wie der Kaiser, damals Thronfolger, in Erfüllung seiner Mission als Vertreter weiland Kaiser Franz Josephs es verstanden hat, alle Würden, die ihm erwachsen, auf sich zu nehmen.

Auf rein militärische Diskussionen wollte Feldmarschall Conrad nicht eingehen.

„Bitte, fragen Sie mich nicht nach diesen Dingen, Sie sehen, ich bin Soldat und als solcher etwas zugeknöpft,“ sagte er lächelnd, auf seine Bluse zeigend. „Solche Dinge

überlasse ich Politikern, die mehr Redefreiheit haben. Mein Beruf ist, Krieg zu führen, nicht aber über den Krieg zu sprechen.“

Es scheint, daß Feldmarschall Conrad einen bestimmten Ententestaatsmann bei diesen Worten vor Augen hatte. Feldmarschall Conrad erzählte weiter, daß Kaiser Karl sich mit größtem Interesse allen kriegerischen Operationen zuwendet und daß er das Hauptquartier nur verläßt, wenn dringende Staatsgeschäfte ihn abberufen. Feldmarschall Conrad ist nie in den Vereinigten Staaten gewesen, weil er — Soldat seit dem Jahre 1871 — außer seinem vierwöchigen Urlaub alle Jahre niemals auf Reisen war. Mit der Begründung, mit amerikanischen Verhältnissen nicht vertraut zu sein, weigerte sich Feldmarschall Conrad, über die durch den Bruch der Beziehungen zwischen Washington und Berlin geschaffene Situation zu sprechen.

# weiter = Zeitung

Organ der Deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

ersch. um 6 Uhr morgens, Montag um 2 Uhr nachmittags.

Montagmittagsblatt 3 h.  
Abonnementbedingungen:  
Wien: Mit Zustellung ins Haus:  
Wöchentlich 60 h.  
monatl. K 2.60, vierteljähr. K 7.50  
Zum Abholen in den Filialen, in allen  
Lokal-Verkäufen und Versteherbüros:  
Wöchentlich K 2.00.  
Streich und Ungarn:  
Monatl. K 3.—, vierteljähr. K 9.—  
bei freier Zustellung durch die Post.  
Deutschland: Vierteljähr. K 12.—  
Für alle anderen dem Weltpostverein  
angehör. Länder: Viertelj. K 15.—  
Abonnements werden angenommen  
in der Administration, V. Reichle  
Wenzelsplatz 97, und in den Filialen:  
I. Schulterstraße 18, Telefon 9191  
II. Baumgartengasse 20, Tel. 40228  
X. Wieselplatz 3, Telefon 86244  
XIV. Wientingplatz 6, Tel. 23123  
XVI. Klostergasse 24, Telefon 84246  
XVII. Buchergasse 23, Telefon 17175  
XXI. Angereckstraße 14.  
Für die an fremde Ausländer aber  
Versteher bezahlten Beiträge leisten  
wir keine Garantie.  
Offene Reklamationen sind willkommen.

Wien, Samstag, 10. März 1917.

XXIX. Jahrgang.

## Die Internationale und ihre Wirksamkeit im Krieg.

Ein Brief der Exekutive an die Franzosen.

Man schreibt uns aus Amsterdam:

Die Ereignisse der letzten Monate und die sie begleitende Entwicklung der Meinungen haben den Wunsch, die Internationale aus dem Stadium der Teilkonferenzen, der platonischen Resolutionen und der gegenseitigen Zuschreibungen der Erfüllung unerlässlicher Vorbedingungen heraus und zur gemeinsamen Aktion für den Frieden im Geiste der internationalen Kongresse zu bringen, in fast allen sozialistischen Parteien so stark gemacht, daß die Exekutive in Haag den Versuch, die einleitenden Schritte dazu zu machen, mit größerem Nachdruck zu unternehmen sich gedrängt fühlte. Sie stieß hierbei wiederum auf den Widerstand der französischen Parteimehrheit, die selbst den Vorschlag unverbindlicher Beratungen mit der Exekutive argwöhnisch ablehnte. In den Gang dieser Verhandlungen und den Geist, worin sie geführt werden, leuchtet das folgende Antwortschreiben der Haager Exekutive an den französischen Parteivorstand hinein. Es gibt gleichzeitig einen klaren Ueberblick über das in den Bestrebungen zur Neubelebung der internationalen Aktion schon Erreichte. Der an den französischen Parteisekretär Dubreuilh adressierte Brief lautet:

Haag, 17. Februar.

Werter Genosse!

Wir bestätigen Ihnen den Empfang Ihres Schreibens vom 17. Jänner und des beigelegten Protokolls der Sitzung Ihres Parteivorstandes vom 15. Jänner. Diese Beratung gibt die Antwort auf unseren Brief vom 3. Jänner. Wir gestatten uns, zu dieser Beratung einige Bemerkungen zu machen, die uns der Wunsch eingibt, jedes Mißverständnis zu vermeiden und die Aufgaben unseres Amtes getreu auszuführen.

### Die gegenwärtige Zusammensetzung des Exekutivcomités.

a) Ihr Beschluß wirft vor allem die Frage der gegenwärtigen Zusammensetzung des Exekutivcomités auf und wiederholt Ihren Vorbehalt wegen der Einziehung der holländischen Delegierten. Wir glauben, daß diese in der Kommission keine Eindringlinge sind. Sie haben um die Aufnahme darin nicht ersucht und haben die Aufgabe erst nach Befragung der angeschlossenen Parteien übernommen.

Bis zum Oktober 1914 funktionierte die belgische Delegation allein als Exekutive. In jenem Augenblick hielt es das Sekretariat — aus eigenem Entschluß — für angezeigt, sich im Haag niederzulassen, weil es in Verbindung mit allen angeschlossenen Parteien bleiben wollte. Andererseits waren mehrere Sektionen der Meinung, daß im Interesse der Aufrechterhaltung der Beziehungen der Parteien mit der Zentrale und auch zur Bewahrung des Vertrauens aller in die Objektivität des Exekutivcomités es klug und vielleicht notwendig sei, diese Funktion einer Sektion eines nicht kriegführenden Landes anzuvertrauen. Die belgische Sektion nahm diese Lösung nicht an und erklärte, daß sie ein Opfer des Krieges und ein Kriegführender wider Willens sei. Sie fügte hinzu, daß die Invasion keine Expropriation rechtfertigt. Das war auch unsere Meinung.

Das Sekretariat, das nach Holland übergebracht worden war, hielt sich gegenüber der holländischen Sektion für verpflichtet, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei nicht zu ignorieren, und berief eine Sitzung der belgischen und niederländischen Delegierten ein. Um den Wünschen der belgischen Sektion und zugleich dem von den anderen Sektionen ausgesprochenen Begehren Rechnung zu tragen, schlug das Sekretariat vor, die niederländischen Delegierten dem Exekutivcomité für die Dauer des Krieges und mit gleichen Rechten anzugliedern. Dieser Vermittlungsvorschlag wurde von den zwei Delegationen auf dringendes Ersuchen der anwesenden belgischen Delegierten angenommen und seine Unterbreitung an die angeschlossenen Parteien beschlossen. Das Ergebnis dieses Referendums ist Ihnen bekannt. Alle Antworten waren dieser Lösung günstig. Nur die französische Partei stimmte ihr nicht zu. Sie enthielt sich der Stimme. Aber wie Sie uns schrieben, sollte diese Entscheidung nicht als feindliche Stimme angesehen werden.

Es ist vielleicht nützlich, an diese verschiedenen Punkte zu erinnern, damit wir feststellen können, daß das Exekutivcomité, so wie es für die Kriegsdauer konstituiert worden ist, auf Grund von Vollmachten handelt, die ihm durch die ganze Internationale übertragen worden sind.

### Die Kommission gegen Kriegsmißbräuche.

b) Die zweite Frage, von der Ihre Erklärung spricht, bezieht sich auf die Errichtung einer Kommission gegen Kriegsmißbräuche. Sie wissen, wie diese Idee das Licht erblickt hat. Infolge des Appells an alle sozialistischen Parteien, worin unser Kollege Vandervelde zum Protest gegen die Deportation der belgischen Arbeiter aufgefordert hat, hielt es die niederländische Delegation für die Pflicht der sozialistischen Parteien, in Zukunft neue Maßregeln zu treffen, um die vermeidlichen Uebel des Krieges nach Möglichkeit zu verhüten. Zahlreiche Klagen waren uns von verschiedenen Seiten zugekommen. Wir wollten sie nicht mit Genugtuung wiedergeben, um nicht den Anschein zu erwecken, als wollten wir die Verantwortlichkeit einer bestimmten Regierung vermindern, indem wir uns auf Tatsachen berufen, die andere Regierungen betreffen. Wir zitieren nur pro memoria ein allgemein bekanntes Dokument, die umfangreiche Klageschrift, die uns 1916 vom sozialistischen jüdischen Arbeiterbund (P. J.) übermittelt worden ist und die wir in zahlreichen Exemplaren allen Parteien zugestellt haben.

Nach der Meinung der niederländischen Delegation sollte die Errichtung einer Kommission ohne politischen Charakter durch Austausch von Dokumenten und Beschwerden den verschiedenen Parliamentsfraktionen ermöglichen, zu intervenieren, um allzu harte Wirkungen militärischer Art zu mildern und womöglich unnötige Grausamkeiten hintanzuhalten.

Sie haben uns zwei Gegenorschläge zugesendet. Sie scheinen zu fürchten, daß die Anwesenheit von Delegierten anderer Sektionen als indirekte Aufnahme der Beziehungen vor: a) entweder unser Exekutivcomité mit der Aufgabe zu betrauen, die wir der Kommission zuweisen wollten, oder b) diese Kommission zu errichten, aber es den interessierten Parteien anheimzugeben, sich darin durch niederländische Genossen, die in ihrem Namen handeln, vertreten zu lassen.

Wir sind der Meinung, diese zwei Vorschläge annehmen zu können. Der erste wird unmittelbar in Kraft treten und bis zum Inkrafttreten des zweiten maßgebend sein. Das Exekutivcomité wird die Beschwerden und die Berichte schon von jetzt an übermitteln und wir können selbst hinzufügen, daß es das schon getan hat.

Wir erwarten also die Ernennung Ihres oder Ihrer Delegierten und haben die anderen interessierten Parteien ersucht, das gleiche zu tun. Selbstverständlich können die Parteien uns auch Angehörige ihrer eigenen Nation als Delegierte senden. Es scheint uns indes wenig ausschlaggebend, ob der Ihrige der niederländischen oder der französischen Nation angehört. Es genügt, daß er Ihre Partei repräsentiert, in Ihrem Namen zu handeln befugt ist und daß er bei Ihren offiziellen Stellen das zur Ausübung seines Mandats nötige gute Ansehen genießt.

Die Kommission gegen Kriegsmißbräuche ist somit im Prinzip geschaffen und wir danken Ihnen aufrichtig für Ihre Zustimmung.

### Vollziehung des Büros und Internationale Konferenz.

c) Die dritte Frage betrifft unsere Einladung an Sie, gemeinsam mit uns die von verschiedenen Sektionen ausgehenden Vorschläge zu prüfen, die sich einerseits auf die Einberufung einer Vollziehung des Büros, andererseits auf die einer internationalen Konferenz beziehen.

Sie haben uns bekanntgegeben, daß es Ihnen unmöglich ist, unseren Vorschlag anzunehmen.

Gestatten Sie uns nun, Ihnen zu sagen, daß wir den Zusammenhang nicht begreifen, den Sie zwischen dem Beschluß Ihres Kongresses und über die Ablehnung der Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen und unserem Vorschlag herstellen, der die Versammlung einer Konferenz Ihrer Delegierten zum Gegenstand hat. Wir fordern Sie nicht auf, zu einer gemeinsamen Sitzung mit den Delegierten der mit Frankreich im Kriege stehenden Länder zu kommen. Wir haben Sie eingeladen, mit den belgischen und niederländischen Delegierten zu konferieren, denen sich der schwedische Delegierte Genosse Branting zugesellen sollte, dessen Sympathien kein Geheimnis für Sie sind.

Wir verhehlen Ihnen nicht, daß wir uns in einer sehr delikaten Situation befinden. Wenn wir Sie ersucht haben, die Lage mit uns zu prüfen, so geschah dies nicht nur aus Höflichkeit gegen die französische Sektion, sondern auch, weil es notwendig ist, daß jeder seine Verantwortung übernehme.

Gleich nach Beginn der ersten Feindseligkeiten sind Aufforderungen zur Einberufung des Büros an uns gelangt. Die erste, vom 2. September 1914, ging von der Sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten aus, die diese Aufforderung seither mehrmals wiederholt hat. Gleiche Vorschläge kamen uns in der Folge von Italien, von Parteien neutraler Länder

# Der Neubau des polnischen Staates.

## Die Zukunft Polens.

Aus Polen schreibt man uns:

Die Entwicklung der Dinge im Königreich Polen seit seiner Verkündigung vom 5. November 1916 hat anfänglich nach vielen Seiten enttäuscht. Möchte man den kühnen und hochherzigen Schritt der verbündeten Monarchen Deutschlands und Österreich-Ungarns billigen oder verwerfen, man erwartete nach allem, was man über Polen wußte, doch überall den Dank und die freudige Zustimmung des polnischen Volkes. Beides zeigt sich nur sehr bedingt. Fast sah es aus, als habe der Schein getrogen, als man in den jubelnden Kundgebungen nach dem Abzuge der Russen, in der freudigen Begrüßung des wiedererwachenden polnisch-nationalen und kulturellen Lebens die Freude über die Befreiung von dem angeblich so tief und schmerzhaft empfundenen russischen Joch zu erkennen geglaubt hatte. Einem kurzen, übrigens keineswegs allgemeinen Freudenrausch folgten sehr bald Bedenken, Zaghafigkeit, ja Ablehnung. Mißtrauen in die wahren Absichten der Verbündeten begann sich wieder zu regen, Besorgnis vor einem Wandel des Kriegsglücks, also der Rückkehr der Russen, auch wohl die stille Hoffnung auf die Wiederkehr der alten, zwar unwürdigen und wenig ehrenvollen, aber bequemen Zustände der zwischen Brutalität und Lässigkeit schwankenden russischen Herrschaft. Die Tat vom 5. November hatte das Gefühl der Unsicherheit nicht zu bannen vermocht; Polen stand ratlos vor dem großen Geschenk, das ihm, wahrlich ohne sein Zutun, in den Schoß gefallen war. Statt entschlossenen Eintretens für die seit einem Jahrhundert erhoffte und ersehnte Wendung der Dinge kühlte Zurückhaltung; statt mutigen Entschlusses zum Kampf für die zunächst durch das Blut anderer errungene Freiheit Ausflüchte und zaghaftes Verjagen der eignen Kraft. Wo waren die Männer, die diesem angeblich nach Freiheit sehenden Volk Führer sein wollten und konnten? Wo schlossen sich die Massen zusammen, um diesen Führern zu folgen? Nichts von alledem. Wohl bemühten sich einige Parteiführer, in dem Wirrwarr der Parteien neue, dem nationalen Gedanken geeignete Parteigruppierungen zu schaffen, aber nur mit mäßigem, örtlichem Erfolg; die überwiegende Mehrzahl des Volkes verharrte in der alten Parteizerküftung und in der Unklarheit und Unsicherheit über ihre eignen Wünsche und Ziele. Nur eins drängte sich allmählich mehr und mehr hervor: der Ruf nach einer „polnischen Regierung“.

Selbstverständlich konnte von dieser in dem bestehenden Kriegszustand zunächst keine Rede sein. Die gesetzmäßige Regierung des Landes bilden, auf Grund der Bestimmungen der Haager Konferenzen, nach wie vor die Okkupationsbehörden. Die Kundgebung vom 5. November stellte nur den selbständigen Staat in Aussicht und trat an seine Bildung heran. Erst mußte die Grundlage geschaffen werden, auf der er sich erheben sollte; hierzu wollten die verbündeten Regierungen von vornherein die Polen selbst mit heranziehen: so entstand der provisorische Staatsrat. In Anbetracht des Kriegszustandes und der unregelmäßigsten innern Verhältnisse des Landes konnte diese erste vorläufige nationale Vertretung des Landes nicht aus allgemeinen oder ständischen Wahlen hervorgehen, sondern mußte durch die Okkupationsbehörden berufen werden. Diese Aufgabe war ebenso schwer wie verantwortungsvoll. Es galt, eine Körperschaft von politischer Einsicht und überzeugter Bereitwilligkeit zur Mitarbeit zu bilden, die sich nicht als eine Parallelevertretung, sondern als die Stimme des Landes fühlte. Das Verhalten des Staatsrats scheint diese Erwartung nicht zu täuschen. Es ist auch nicht zu leugnen, daß seit seinem Zusammentritt die Stimmung im Lande vertrauensvoller und zuverlässiger geworden ist. Auch die Parteigruppierung hat an Klarheit gewonnen. Wenn auch die russenfreundliche Nationaldemokratie — in ideellem Zusammenhalt mit Teilen der äußersten Rechten — und andererseits der internationaler Sozialismus polnischer und jüdischer Färbung abseits stehen, kann man doch sagen, daß die beiden großen Gruppen der Aktivist und der Passivist, unter die sich die andern Parteien allenfalls wohl subsumieren lassen, in ihrem letzten Ziel, der Unabhängigkeit, auf dem Boden des 5. Novembers, jetzt einig sind — mit dem Unterschied, daß die Aktivist die Kräfte des polnischen Staats je eher, je lieber an der Seite des Vierbundes in den Kampf eintreten, die Passivisten dagegen die Kräfte wohl entwickeln, aber in abwartender Neutralität verharren lassen möchten. Für die Weiterführung der in Polen eingeleiteten Politik ist dieser Unterschied zunächst nur wenig von Belang. Es handelt sich vor allen Dingen darum, den Staat zu bilden, um ihn im Augenblick des Friedensschlusses auf festen Füßen zu haben. Gelingt dies nicht, so wird die polnische Frage bei den Friedensverhandlungen ein Streitgegenstand von unabsehbaren Folgen werden. Um dies zu vermeiden, bedarf es nun keineswegs eines gekrönten Königs und eines in allen Teilen fertigen und fest organisierten Staatswesens. Polen muß staatl. vollständig neu aufgebaut werden, und dazu braucht es Jahre. Zu seiner Anerkennung als selbständiger Staat genügt es aber, wenn es sich selbst als einen solchen erklärt und in dem großen Weltkonflikt unserer Tage entschlossen und aktiv Partei ergreift. Zu beidem befähigt es der Besitz eines Heeres, dessen Bildung daher seine erste und wichtigste Aufgabe ist. Den weitem Ausbau seiner staatl. Einrichtungen kann es um so mehr einem besondern geleiteten Entwicklungsgang überlassen, als es erst beim Friedensschluß seine endgültige politische und geographische Gestalt erhalten kann.

Dem temperamentvollen und politisch unreifen Volk wird dabei allerdings eine schwere Geduldsprobe auferlegt. Seine einsichtigen Politiker werden sich aber sagen, daß die außerordentlich schwierige Neuschöpfung nicht übereilt, sondern mit Bedacht vor sich gehen muß. Auf diesen Überlegungen müßte sich der Arbeitsplan des an die Seite der Okkupationsbehörden berufenen provisorischen Staatsrats gründen. Polen sieht nun zwar mit Recht in ihm seine erste und höchste nationale Körperschaft, möchte ihm

aber, am liebsten gleich von vornherein nicht nur die Befugnisse eines Parlaments, sondern zugleich auch diejenigen einer obersten regierenden Gewalt beilegen. Demgegenüber ist zu betonen, daß seine Tätigkeit in der Hauptsache vorbereitend und grundlegend für den künftigen Staat, und beratend für die augenblicklich die Regierungsgewalt ausübenden Okkupationsbehörden sein soll. Von dem tatkraftvollen und ersprießlichen Zusammenwirken dieser Faktoren wird der Gang der allmählich fortschreitenden Entwicklung abhängen. Daß auch in dem gegebenen Rahmen schon jetzt eine sehr wesentliche und durchaus willkommene Einwirkung des Staatsrats auf die Verwaltung und das staatl. Leben Polens ausgeübt werden kann und wird, offenbart sich in der ihm übertragenen Befugnis zur Stellung von Initiativvorschlägen und Anregungen in Landesangelegenheiten, zur Mitwirkung an der Bildung der polnischen Armee und zur Beschlußfassung über Behebung der Kriegsschäden und der wirtschaftlichen Belebung des Landes. Wie sich die Weiterentwicklung bis zu einem vorläufigen, den polnischen Staat tatsächlich konstituierenden Abschluß gestalten wird, ist bei der noch immer verworrenen innern Lage des Landes und vor den noch bevorstehenden kriegerischen Entscheidungen bis jetzt nicht zu übersehen.

Die immer noch notwendige Beschränkung in der Erörterung der Kriegsziele verbietet, hier auf die vielseitigen politischen Erwägungen und Entschlüsse einzugehen, die die Lösung der polnischen Frage bis zu ihrem gegenwärtigen Stande gefördert haben. Nur so viel kann gesagt werden, daß es in Deutschlands eigenstem Interesse liegt, an die Stelle des bisher tief in sein Gebiet eingeschobenen russischen Keiles einen befreundeten und eine kraftvolle Entwicklung versprechenden Staat zu stellen, der den Grenzschutz Deutschlands — und mittelbar auch Österreich-Ungarns — unter allen Umständen wesentlich nach Osten hinausschiebt. Die Frage, ob dieser Zweck und mit ihm die Regelung der polnischen Dinge besser auf andern Wege zu erreichen gewesen wäre, ist müßig. Die Polenpolitik Deutschlands und Österreich-Ungarns ist — soweit das Königreich Polen in Betracht kommt — durch die Kundgebung vom 5. November unabänderlich festgelegt. Nur auf dieser Grundlage kann weitergebaut werden. Daß hiergegen sehr beachtenswerte Bedenken bestanden und auch noch erhoben werden, muß zugegeben werden, doch lassen sich die schwersten von ihnen, wenn nicht völlig widerlegen, so doch auf ein bescheidenes Maß zurückführen. Die Hauptbedenken richten sich auf die Entstehung einer polnischen Irredenta in Deutschland und Österreich und auf die daraus erwachsenden Schwierigkeiten ihrer innern Politik. Die diesen Bedenken zugrunde liegenden Beseitigungen sind allerdings vorhanden, werden aber von allen ernstlichen polnischen Politikern auch als solche erkannt. Die Abtrennung dieser Länder von ihren Staaten ist ebenso in das Reich der Utopien zu verweisen, wie die kühnen Wünsche nach der Ausdehnung des polnischen Reiches bis zum Baltischen Meer. Die gutwillige Herausgabe solcher Gebiete ist einfach undenkbar, — und wie sollte man durch eine andre als die russische Macht dazu gezwungen werden können? Glaubt man denn im Ernst, daß Polen etwaige großpolnische Wünsche auf Kosten eines neuen Russenjochs zu verwirklichen gedenkt? Was würde die Rufenhilfe andres bedeuten, als ein neues Russenjoch? Polen weiß, was es von den Versprechungen eines Nikolai Nikolajewitsch zu halten hat und wird deshalb für diese Erfüllung solcher Wünsche zu danken wissen! Ezzentrische Äußerungen einzelner Persönlichkeiten oder selbst Parteien ändern hieran nichts.

Allerdings sollte dieser Gedankengang allmählich auch in den deutsch- und österreichisch-polnischen Gebieten mehr Verständnis finden und zu einer andern Haltung ihrer Bewohner führen. Insbesondere ist es die höchste Zeit, daß die preussischen Polen ihre oft geradezu feindselig zu nennende Haltung gegen Staat, Reich und Deutschum fallen lassen und die Unabänderlichkeit ihrer staatl. und wirtschaftlichen Zugehörigkeit zu Deutschland endgültig anerkennen. Die völlige Aussichtslosigkeit anderer Hoffnungen oder Ansprüche muß ihnen ein für allemal klar werden. Staaten bilden sich nicht einzig und allein nach ethnographischen Gesichtspunkten. Geographische, strategische und wirtschaftliche Gründe verlangen dieselbe, ja oft geradezu eine entscheidende Berücksichtigung. Auch die noch so strenge Durchführung des Nationalitätsprinzips kann hieran nichts ändern. Sicherheit und wirtschaftliches Gedeihen können seine Durchbrechung gebieterisch fordern, geschichtlich gewordene Zustände nicht ohne weiteres einem Prinzip zu Liebe beseitigt werden. Das Deutschum in Österreich, der Schweiz, in Holland und Flandern sprechen hierfür eine beredete Sprache.

Daß andererseits innerhalb der Nationalstaaten gewisse Rücksichten auf die Besonderheiten der ihnen eingegliederten Teile anderer Völker, auf ihre nationalen und kulturellen Eigenschaften und Gewohnheiten genommen werden sollten, ist unter der Voraussetzung zuzugeben, daß sie sich staatl. rückhaltlos in den höhern Verband ihres politischen Vaterlands einfügen. Die Wenden der Gaus und die Wallonen der Rheinprovinz haben nie anders gedacht und gehandelt; ebenso die Polen Oberschlesiens, bis eine verwerfliche Agitation ihnen in phantastischen Illusionen das verführerische Bild eines polnisch-nationalen Daseins in einer politisch und historisch unmöglich zu verwirklichenden Form vorgaukelte. Darüber, wie weit und in welchen Grenzen die Polen auf die Wiedererzeugung staatl. Lebens hoffen können, hat den Wahrspruch der eiserne Mund der Geschicke gesprochen, die den Träger der verderblichen russisch-asiatischen Halbkultur aus ihrem Lande verjagt haben. Möge Polen die Günst der Stunde nützen und in weiser Beschränkung seiner politischen Ziele, im Anschluß an das Kulturleben des Westens, das reichliche Maß politischer Selbstständigkeit, nationalen und kulturellen Lebens erwerben und genießen, das ihm eine ungeahnt glückliche Schicksalswendung, die zu erleben nicht eben viele seiner Söhne noch ernstlich zu hoffen gewagt hatten, wie eine Himmelsgabe entgegenbringt.

Die nächste Nummer der „Neuen Freien Presse“ erscheint Montag nachmittags.

## Amerika vor der Entscheidung.

Von Ladislaus Freiherrn v. Sengelmlüller.

Früherer österreichisch-ungarischer Botschafter in Washington.

Budapest, 9. März.

Die Welt ist aus den Fugen. Dinge, welche vor einigen Jahren undenkbar geschehen hätten, drohen jetzt zur Wirklichkeit zu werden, sind es zum Teile auch schon geworden. Der Eintritt der Vereinigten Staaten von Amerika in die Reihe unserer aktiven Feinde steht heute als widersinnige und das Gefühl empörende Eventualität vor uns.

Kein Interessengegensatz trennt uns von der amerikanischen Republik, keine feindseligen Erinnerungen bestehen in der öffentlichen Stimmung des einen Landes gegen das andere. Während achtzehn Jahre habe ich mein Vaterland in Washington vertreten. Die Möglichkeit, daß es zwischen unseren beiden Ländern zum Kriege kommen könnte, ist auch als ausgefallenstes Phantasiegebilde niemals in meinen Gedankenkreis eingetreten. Heute grinst uns diese Eventualität ins Gesicht.

So wenig als zwischen unseren Ländern besteht ein wirklicher Interessengegensatz zwischen Deutschland und Amerika. Wenn heute in weiten Kreisen jenseits des Ozeans unlangbar eine starke feindliche Strömung gegen Deutschland herrscht, so entspringt dieselbe weder aus dem Interesse noch aus den Traditionen des eigenen Landes, sondern aus eigentümlicher Mentalität und der durch diese der Macht unserer Feinde gebotenen Förderung. Im Gegensatz zu unserer hat die deutsche Einwanderung nach Amerika zu einer Epoche stattgefunden, da die dortige Regierung und öffentliche Meinung dieselbe ungehindert freudig begrüßten und in den neuen Anhänglingen einen wertvollen und leicht assimilierbaren Bevölkerungszuwachs sahen. Als solchen haben die eingewanderten Deutschen sich auch bewährt, im großen Bürgerkriege ihre Pflicht gegen ihr neues Vaterland vollaus erfüllt. Während dieser schwersten Zeit der amerikanischen Geschichte sind auch die Sympathien in Deutschland voll auf Seiten der für die Aufrechthaltung der Union kämpfenden Nordstaaten gestanden, was bekanntlich weder in Frankreich und noch viel weniger in England der Fall war.

Heute, wo wir und Deutschland um unsere Existenz kämpfen, hat die Union mit letzterem die diplomatischen Beziehungen bereits abgebrochen. Formell ist dieser Abbruch mit uns noch nicht erfolgt, die Entscheidung darüber steht bei Mr. Wilson; da dieselbe in wenigen Tagen erfolgen dürfte, so wären Vermutungen über deren Ausfall überflüssig. Jedenfalls haben wir mit dessen Möglichkeit zu rechnen. Ob aus diesem Abbruch der Krieg hervorgehen wird, ist eine andere Frage. So wie dieselbe durch Mr. Wilsons bisheriges Vorgehen gestellt ist, hängt deren Entscheidung nicht von uns, auch nicht von Mr. Wilsons

ursprünglichen Zielen, sondern von den Folgerungen ab, welche er aus den möglichen Zufälligkeiten des uns durch unsere Feinde aufgezwungenen Notwehrkrieges zu ziehen sich bemüht glauben wird.

Natürlicherweise hat diese Haltung der amerikanischen Regierung in dem öffentlichen Empfinden der Mittelmächte Betrübnis, Bitterkeit und Entrüstung erregt. Diese Gefühle werden durch eine leidenschaftslose Erwägung der Motive, welche zu jener Haltung geführt haben, wahrlich nicht gemildert. Daß in Amerika, namentlich in den Oststaaten der Union, die Sympathien in weiten und führenden Kreisen von Anfang an auf Seiten unserer Feinde standen, ist eine bekannte Tatsache. Insofern es sich hierbei um private Meinungen und Gefühle handelte, wäre hierüber nichts weiter zu sagen, denn das Recht jedes einzelnen Individuums, seine Sympathien der einen oder anderen Seite entgegenzubringen, ist unbestreitbar. Befremden und Bitterkeit mußte aber die leidenschaftliche und hysterische Art erregen, wie der durch jene Sympathien erzeugte Antagonismus gegen die Zentralmächte Ausdruck fand. Hierbei denke ich nicht nur an draufgängerische oder verbissene Parteigrößen. Vor wenigen Tagen habe ich eine Rede des ehemaligen Staatssekretärs Mr. Root gelesen, welche derselbe in Washington am 27. Januar gehalten und worin er die These ausgeführt hat, daß die Billigung des Prinzips, für welches die Zentralmächte in den Krieg eingetreten sind und welches in der Suprematie des Staatsinteresses über die Regeln der im Privatverkehr geltenden Ethik bestünde, den Untergang der amerikanischen Freiheit bedeuten würde. Mr. Root ist eine Fierde seines Landes, den ich als objektiv denkenden, wohlwollend fühlenden Staatsmann gekannt habe. Wie er dazu kommt, in dem möglichen Siege der Zentralmächte eine Bedrohung der Freiheit seines Landes zu sehen, scheint unerfindlich. Er hat bei dieser Äußerung offenbar das in Amerika so breitgetretene belgische Thema im Auge, verkennt aber, daß dasselbe nicht das Ausgangsmotiv, sondern ein Zwischenereignis des Krieges war, daß der Grundsatz der Suprematie des Staatsinteresses im Kriege zu allen Zeiten befolgt und von keiner Macht rücksichtslos und brutal verletzt worden ist als von England. Die Pointe gegen Amerika ist aber in diese Frage ganz willkürlich hineingelegt.

Die Beweggründe dieser Gefühlsströmungen und Meinungsverirrungen sind verschiedener Art. Bewußt oder unbewußt fällt hierbei die Ursprungs- und Sprachgemeinschaft mit England am meisten ins Gewicht. Enoibismus spielt auch mit eine Rolle, vielleicht mehr noch als materielle Interessen. Von den mindest achtbaren Motiven ist zweifelsohne die unter dem Einfluß der Entente stehende Presse der Oststaaten geleitet.

Im Gegensatz zu diesen Strömungen hatte sich Mr. Wilson auf den Standpunkt der Neutralität gestellt. In einer bemerkenswerten Rede hatte er vor zwei Jahren seinen Landsleuten die Befolgung einer wahren und aufrichtigen Neutralität auch in ihren privaten Auffassungen und Äußerungen ans Herz gelegt. Wie verhält sich nun seine Handlungsweise zu dieser Empfehlung?

Auf dem Papier ist die amerikanische Regierung bis in die jüngste Zeit allerdings neutral geblieben. Wie aber



# Hungerrevolte in Petersburg.

Blutige Unterdrückung durch Militärgewalt. — Angeblich 400 Tote und Verletzte. — Die Drohung des Stadtkommandanten. — Rufe nach Brot und Frieden.

## Der Krach der russischen Verwaltung.

Petersburg, 11. März. (Reuter.)

Der Kommandant der Petersburger Truppen General Chawalow gibt in einem Aufruf bekannt:

„Infolge der Unruhen und Gewalttätigkeiten in den letzten Tagen und infolge der versuchten Angriffe auf Soldaten und Polizei sowie der trotz Verbotes in den Straßen abgehaltenen Versammlungen wird die Bevölkerung darauf aufmerksam gemacht, daß die Truppen Befehl haben, von jeder Waffe Gebrauch zu machen und vor keiner Maßregel zurückzuschrecken, um die Ordnung aufrecht zu erhalten.“

Die Zeitungen erscheinen nicht. Der Straßenbahnbetrieb ist eingestellt.

Berlin, 12. März.

Nach einem Bericht des Stockholmer Korrespondenten der „Doff. Itg.“ beträgt die Zahl der bei der Petersburger Hungerrevolte Getöteten und Verwundeten 300 bis 400. Die blutigen Vorgänge, welche sich vom letzten Montag bis Mittwoch abgepielt haben, sollen in ihrer Schrecklichkeit den Revolutionstagen von 1905 nicht nachgestanden haben. Bemerkenswert sei, daß bei der zweitägigen Hungerrevolte aus der tausendköpfigen Menge die Rufe nach dem Frieden mindestens ebenso oft wie die Rufe nach Brot erklangen.

In Petersburger politischen Kreisen herrscht die Furcht, daß die ausgebrochene Revolte nur ein unbedeutendes Vorspiel zu weit ernsteren Unruhen sei und daß sie sich auch auf die nicht weniger hungernde Provinz demnächst ausdehnen werde.

## In Moskau ernster als in Petersburg?

Amsterdam, 12. März.

Einem hiesigen Blatte zufolge melden die „Times“ aus Petersburg: Sonntag nachmittag herrschte große Aufregung auf den Straßen. Kavalleriepatrouillen durchzogen die Stadt nach allen Richtungen. Die Menge jubelte den Truppen und die Soldaten jubelten der Menge zu. Die ganze Angelegenheit hätte nicht so gefährlich ausgesehen, wenn nicht die Leute stundenlang vor den Brotläden gestanden wären, aber durch die Anwesenheit Tausender Wartender erhielten die Lebensmittel Demonstrationen ein ernsthaftes Aussehen. Die Läden wurden in den äußeren Vierteln und in den Fabriksvierteln ernsthaft beschädigt.

Aus Moskau liegen noch keine Berichte vor; dort muß die Lebensmittelkrise ernster gewesen sein als in Petersburg.

## B Verschlimmerung der Lage. — Ministerbesprechungen.

Bern, 12. März.

Der Petersburger Korrespondent des „Corriere della Sera“ meldet, daß die Lebensmittelkrise in den letzten Tagen sich noch verschlimmert hat. Mehl- und Brotmangel machen sich besonders in Petersburg und Moskau fühlbar. Außer der Transportkrise kommen noch zahlreiche Momente in Betracht, durch die die geregelte Versorgung der beiden Hauptstädte behindert wird. Es wurde die Einführung der Brotkarte mit einer Tagesration von 140 Gramm beschlossen; sie „soll“ innerhalb zehn Tagen in Kraft treten. Außerdem werden wiederholt Personenzüge für eine ganze Woche unterdrückt, um den Lebensmitteltransport zu steigern.

Die Duma hat einstimmig eine Tagesordnung des Abgeordneten Miljukow angenommen, die die sofortige Versorgung von Petersburg, Moskau und anderen industriellen Städten und außerdem die Zulassung von Arbeitervertretern in das Komitee für die nationale Verteidigung verlangt.

Die Annahme der Tagesordnung erfolgte, während die Arbeitermassen streikten. In den letzten Tagen feierten zahlreiche Manifestanten, um gegen die Brotnot Einspruch zu erheben. Es kam zu blutigen Zusammenstößen.

Ministerpräsident Golizyn berief nachts einen bringenden Ministerrat ein, zu dem auch die Präsidenten und Vizepräsidenten des Senats und der

Duma sowie der Oberbürgermeister von Petersburg und andere Persönlichkeiten geladen wurden.

## Amflicher Beschönigungsversuch.

Kopenhagen, 11. März.

Wie die Petersburger Telegraphenagentur meldet, haben die außerordentlich starken Schneefälle dieses Winters ernste Störungen im Getreideverkehr der russischen Eisenbahnen zur Folge gehabt. Die Schwierigkeiten in der regelmäßigen Versorgung der Hauptstadt verursachten „übertriebene Besorgnisse“ in der Bevölkerung, die aus Furcht, daß auch die Brotvorräte zur Neige gehen könnten, anfangs Brot mit Gewalt fortzunehmen und auf diese Weise einen mehr oder weniger fühlbaren Mangel herbeiführte. Besonders die Frauen der unteren Stände riefen in einigen Stadtteilen Unruhen hervor, die aber dank den energischen Maßregeln der Behörden „nirgends“ einen ernsteren Charakter annahmen.

Gleichzeitig wurde eine Reihe außerordentlicher Maßnahmen getroffen, so der öffentliche Verkauf von Brot in verschiedenen Stadtvierteln. Da überdies die Schneefälle nachgelassen haben, ist die normale Versorgung der Hauptstadt nur noch eine Frage kurzer Zeit.

## Vor der großen Offensive. — Bruch zwischen Regierung und Duma. — Friedensrufe.

K. Kopenhagen, 12. März.

Die aus Petersburg eintreffenden Berichte stimmen dahin überein, daß sich ganz Rußland in fieberhafter Erregung befindet und so wie vor dem Kriegsausbruch einem Heerlager gleiche. Die militärischen Vorbereitungen seien abgeschlossen, der Beginn der großen russischen Offensive hänge nur noch vom Wetter und vom Eintreffen gewisser Kriegsmaterialtransporte ab, die bisher trotz wiederholter Ankündigungen ausgeblieben seien. Der Zar und der König von Rumänien hätten formell den Oberbefehl übernommen. Als Exekutivorgan sei ihnen Großfürst Nikolai Nikolajewitsch beigegeben, dem nominell als Adlatus der rumänische Kronprinz zur Seite stehe. Große Kommandostellen hätten weiters die Generale Brussilow, Everth, Schtscherbatom, Kuropatkin, Dimitrijew, Leschtschizki, Ruski, Zwanow, Rennenkampff, Mischtschenko, Popow, Pietrow, Plehwe und Gurko.

Unterrichtete Kreise sehen trotz dieses Apparates der Offensive mit größter Sorge entgegen, da die innere Lage Rußlands sich katastrophal zu gestalten beginnt. Die steigende Gärung wird gar nicht mehr geleugnet. Wie „Ruskija Wjedomosti“ erfahren, hat der Innenminister die Provinzbehörden angewiesen, ihm alle nur halbwegs politischen Reden, die auf Kongressen welcher Art immer gehalten werden, unverzüglich telegraphisch weiter zu geben. Dem Vernehmen nach planen die Semstwo nämlich gleich den Adelsverbänden scharfe Resolutionen wegen der inneren Krise, weshalb Protopopow auf dem Laufenden sein will, um eventuell sogleich einschreiten lassen zu können. Nach derselben Quelle ist der Bruch zwischen Duma und Regierung vollständig. Die Regierung bezichtigt die Duma rundweg revolutionärer Umtriebe und stützt sich auf den Brief des Petersburger Militärchefs General Chawalows an Guttschkow als den Obmann des industriellen Zentralkomitees für Kriegsmaterialerzeugung, worin es heißt: „Die Arbeitergruppe hält im Vereine mit zahllosen anderen, gar nicht zu ihrer Partei gehörigen Personen und Körperschaften fortgesetzt Beratungen ab, in denen revolutionäre Forderungen erhoben und der schleunige Friedensschluß verlangt werden. Ich werde daher alle derartigen Versammlungen durch Polizeiorgane mit weitgehenden Vollmachten überwachen lassen!“

# Die Ausschreitungen in Petersburg

Vornehmlich gegen den Krieg gerichtet.

Berlin, 14. März. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.)

Der „Lokalanzeiger“ schreibt:

In Schweden treffen jetzt die ersten Reisenden aus Rußland ein, welche die schrecklichen Tage der Unruhen in Petersburg mitgemacht haben.

Sie schildern die beständige Steigerung der Erregung der Massen, welche schon fast das Aussehen offener Revolution gehabt habe.

Die Ursachen seien keineswegs bloß Forderungsercheinungen, sondern es handle sich um politische Ausschreitungen, die vornehmlich gegen den Krieg gerichtet seien.

Die Polizei suche die Erregung des Volkes auf die Brot- und Fleischgeschäfte abzulenkeln und rufe selbst Plünderungen von Lebensmittelläden hervor.

Uebereinstimmende Berichte geben folgendes Bild: In der ganzen vergangenen Woche herrschte in allen Fabriken Streik, überall waren geheime Arbeiterversammlungen an der Tagesordnung. In der Stadt wurden alsbald die Lebensmittelgeschäfte geplündert, wobei die Polizei ruhig zusah. Nur in Zarskoje Selo schritt die Polizei ein, wobei es zum ersten heftigen Zusammenstoß mit den Massen kam.

Donnerstag verließen die Arbeiter die Fabriken und strebten unter Ausrufen wie „Nieder mit dem Zaren!“ „Gebt uns den Frieden!“ dem Stadtzentrum zu. Hier wurden sie abermals von einem auf sie feuernden starken Polizeiaufgebote empfangen, wobei zahlreiche Arbeiter getötet wurden.

Dies war das Signal zum allgemeinen Aufruhr. Die Regierung versuchte zunächst eine Beruhigung durch die Reichsduma. Der Präsident Rodsjanko verlas auf Wunsch Golizyns eine beruhigende Erklärung, worin der Zusammentritt zu einer besonderen Beratung angekündigt wurde. Dieser Versuch erwies sich als vergeblich, denn in der Nacht auf Freitag wurden die großen Speicher der Patronenfabrik in der Solodacio-Straße in die Luft gesprengt.

Am nächsten Morgen bot Petersburg das Bild eines Kriegsschauplatzes. Die Polizei war vor den öffentlichen Gebäuden mit Maschinengewehren aufgezo-gen. Selbstverständlich ruhte überall die Arbeit. An den Mauern sah man große Anschläge, worin die Bevölkerung aufgefordert wurde, in ihren Wohnungen zu bleiben.

D. Stockholm, 13. März. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Es scheint, daß sich der allgemeine Streik zu einem Bürgerkrieg entwickeln wird. Der englische Botschafter erschien vor kurzem beim Zaren in Audienz, um neuerlich die Ernennung Sasanows zu forcieren.

Gr. Haag, 14. März. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Die Ententeblätter stellen die Vorgänge in Petersburg nicht als Ausfluß der wirtschaftlichen Kollage, sondern als eine Folge der politischen Situation dar, die dadurch verschärft worden sei, daß die Duma ohne bestimmtes Datum des Wiederzusammentrittes vertagt wurde.

## Die zweite Dumassitzung.

K. Kopenhagen, 13. März. Die zweite Sitzung der russischen Reichsduma hat das gleiche Bild wie die vorhergegangene: äußere Ruhe bei stärkster innerer Bewegtheit.

Der Sprecher der Kadettenfraktion, Miljukow, verurteilte die allgemeine politische Lattil der Regierung, deren Beziehungen zur Duma und zum Reichsrat weit entfernt von dem Wohlwollen und der Würde seien, die in dem Restrikt des Zaren an Fürst Golizyn gefordert wurden. Seit dem Schlusse der vorigen Tagung, erklärte Redner, ist in der inneren Lage eine schwerwiegende Aenderung vor sich gegangen. Der innere Friede ist jetzt notwendiger denn je, da wir uns im entscheidenden Abschnitt des Krieges befinden. Das Land strebt nach innerer Organisation, doch die Regierung, die nur um die eigene Existenz besorgt ist, sieht in

diesen Bestrebungen eine Gefahr für sich. Rittichs System der Lebensmittelversorgung hat gegenüber den Ergebnissen des gleichen Zeitraumes im vorigen Jahre einen großen Mißerfolg gebracht. Die Lage ist ernst. Wir wollen den wahren Zustand des Landes nicht verschweigen. Sobald die Gefahr entsteht, daß die Früchte der ungeheuren Volksoffer durch die Unfähigkeit der Regierung vernichtet werden, wird das Volk sein Schicksal in die eigenen Hände nehmen. Ueberall hat jene patriotische Unruhe platzgegriffen, die unsere Rettung sein wird. Wenn das Land zur Einsicht gelangt, daß mit dieser Regierung der Sieg unmöglich ist, wird es ohne sie zu siegen trachten.

Der Sprecher der Arbeitspartei Kerenskij führte aus: Man erzählt uns, daß die Kräfte des Feindes im Abnehmen sind. Aber auch wir werden schwach. Die Stimmung der Volksmassen sinkt mit unheimlicher Raschheit. Wir erleben in unserem Vaterlande eine noch nie dagewesene Verwirrung. Das ganze Wirtschaftsleben des Landes ist ruiniert. Es ist soweit gekommen, daß die Kohlentransporte zwischen den einzelnen Gouvernements von bewaffneten Wachabteilungen beschützt werden müssen. Wir befinden uns in dem gleichen Zustande wie Paris zur Zeit der großen Revolution: überall Desorganisation und Demoralisation. Stürmer, Rittich und Protopopow setzen die Arbeit Sucholnows fort. Dieser hat den Verteidigungsapparat desorganisiert, jene desorganisieren die Wirtschaft des Landes. Protopopow zerstörte die Organisation des gesellschaftlichen Lebens und legte der Presse vollkommene Stummheit auf. Das Transportwesen ist gänzlich desorganisiert und die Industrie vernichtet. Die Regierung verwirklicht die Theorie der Antimilitaristen, den Krieg durch Desorganisation und Zerstörung unmöglich zu machen.

Kerenskij wandte sich sodann gegen die imperialistischen Kriegsziele des Progressiven Blocks und sagte: Ihr wollt als Resultat des Krieges Konstantinopel, aber die anarchische Tätigkeit der Regierung schafft ganz andere Resultate. Die Zeit ist vorbei, da man aus unserem Lande einen Organismus schaffen konnte, der imstande gewesen wäre, Heldentaten zu vollführen. Ihr schart euch um das Ideal des Imperialismus. Im Verein mit der Regierung banet Ihr Utopien und strebet unerreichbaren Zielen zu, ohne die Lage des Landes zu bedenken. Nach drei Kriegsjahren ist es endlich Zeit, diese Ziele zu liquidieren. Wir müssen Bedingungen schaffen, daß unser Volk seine Meinung frei heraus sagen darf wie in Deutschland und England. Eure Kriegslösungen und Eroberungstendenzen werden vom Volke mißbilligt. Das Volk will mitsprechen, wenn über seine Zukunft bestimmt wird. Lasset das Volk zu Worte kommen. Teilet nicht das Bärenfell, bevor ihr den Bären habt!

Der Sozialist Skobelew begründete eine Interpellation wegen der Verhaftung der Arbeitergruppe des Kriegsindustriellenkomitees und führte aus: Die Auflösung der Arbeitergruppe muß als Beginn der Vernichtung der gesellschaftlichen Organisationen überhaupt angesehen werden. In der jetzigen Zeit können die Arbeiter nicht schweigen. Sie werden die Möglichkeit finden, ihren Willen durchzusetzen.

Von den Pressestimmen über die zweite Dumassitzung ist der Ausdruck des Kadettenorgans „Njetsch“ sehr bemerkenswert, daß Kerenskij in der Frage der Kriegsziele zwar nicht die volle Zustimmung der Duma gefunden habe, daß jedoch in den breiten Volksschichten sowie in gewissen Gruppen der Intelligenz Kerenskij's Standpunkt sehr populär sei. „Njetsch“ beklagt die Uneinigkeit der russischen Gesellschaft in einer so wichtigen Frage.

„Rußkoja Wolja“ kommt auf Rittich's Ausführungen zurück und meint, Rittich habe zwar das Bestehen des Lebensmittelchaos nicht zugegeben, doch hätten seine Mitteilungen im Laurischen Palais über den Stand der Lebensmittelversorgung des Landes auf jeden beängstigend gewirkt. Unser Fehler ist, schießt das Blatt, daß wir uns einbilden, gegen den deutschen Militarismus zu kämpfen. Gegen uns steht das ganze vereinigte, gut disziplinierte und klug organisierte deutsche Volk.

Freundenblatt *Abdruck*  
14. III. 1917  
62

# Bethmanns Rede im Abgeordnetenhaus.

## Abgeordnetenhaus gegen Herrenhaus.

Sitzung vom 14. März. (Fortsetzung.)

Abg. Dr. Friedberg (mitl.):

Wenn uns Abgeordnete eine Freilinie gegeben wird, so liegt das im Geiste der Verfassung. Die Abgeordneten der zweiten Kammer sollen Diäten und Reisekosten erhalten. Beim Herrenhaus aber ist die Voraussetzung der Verfassung, daß die Herren in keiner Weise entschädigt werden sollen und doch haben sie freie Fahrt angenommen. (Stürmisches Hört, hört!) Wenn man selber im Glashaufe sitzt, soll man nicht mit Steinen werfen. (Sehr richtig!) Man hat nicht nur die Fahrarten angenommen während der Dauer der Session, sondern in den Jahren 1912 und 1914 sind von Herrenhausmitgliedern Fahrkarten sogar während der Zeit der Verfassung angenommen worden. (Stürmisches Hört, hört und lebhafte Bewegung.) Also während einer Zeit, in der die Herren in Berlin gar nichts zu tun hatten. (Lebhafte Hört, hört!) Als wir dieselbe Vergünstigung verlangten, ist sie zurückgenommen worden. (Hört, hört und Bewegung.) Es ist sehr unangenehm, über so etwas sprechen zu müssen, es sind natürlich Kleinigkeiten, ich möchte sagen, unartige Gedanken, aber wenn von jener Seite in dieses Haus herübergeschossen wird, dann müssen wir auch entsprechend antworten können. Was war denn die Hauptsache bei der Vorlage? Die Anwesenheitsgelder, denn die Frequenzverhältnisse hier im Hause sind nicht gerade befriedigend. Das wird selbst der allwissendste Besucher des Abgeordnetenhauses nicht behaupten können. (Lebtere Zustimmung.)

Ein weiteres Kuriosum des Redners war, daß er behauptete, die Abgeordneten hätten kein Recht zur Information, sie hätten damit überhaupt in die Geschichte, in der Verfassung sei dazu keine Handhabe gegeben. Das ist ein so eigenartliches Argument, daß es nur in einem Kopfe entstehen kann, der allerdings ganz eigenwillig organisiert ist. (Seiterkeit und Sehr gut!) Das hängt mit dem ganzen Gedankengang des Redners zusammen; er ist sogar so reaktionär, daß er die Verdrückung des Wortes Legislaturperiode als unzulässig empfindet. (Seiterkeit.) Alles was aus dem Reichstag kommt, lehnt er ab, je er geht soweit, zu sagen: dem Königtum größeres Rechte als eine Angleichung Preussens an das Reich fordern, daß eine Angleichung des Reiches an Preußen stattfindet. (Hört, hört!) Das ist ein schöner Grundsatz nach der Errichtung des Deutschen Reiches, eine schöne Dankbarkeit gegenüber dem Schöpfer des Deutschen Reiches. Mit solchen Grundsätzen kann man freilich keine moralischen Eroberungen in Deutschland machen. (Lebhafte Zustimmung. Zurufe: Auch im Auslande nicht!)

### Bismarck, Jord und der Reichsgebirge.

Im Wigen spielte Graf Jord darauf an, daß beim 80. Geburtstag des Fürsten Bismarck eine Anzahl Parlamentarier sich demonstrativ nicht beteiligen hätten. Wenn er schon diesen Geburtstag anführte, so hätte er aber auch nicht vorübergehen dürfen an der Rede, die Fürst Bismarck damals gehalten hat. Ich habe das Glück gehabt — es gehört das zu den schönsten Erinnerungen meines Lebens — diese Rede zu hören. Damals hat Fürst Bismarck gerade das Gegenteil von dem gesagt, was dieser konservative Redner ausgeführt hat. Fürst Bismarck sagte damals: „Meine Herren, in allen Parlamenten, seien es preussische, bayerische, sächsische usw., sollen Sie niemals den Reichsgedanken aus dem Auge verlieren. Sie sollen sich bewußt sein, daß es keine besonderen preussischen, sächsischen, bayerischen Angelegenheiten gibt, daß stets das Reich voranzutreiben muß in Ihren Ermüdungen, und daß das in einem Teile des Reiches geschieht, nicht ohne Rückwirkung auf die anderen bleiben kann.“ Das ist eine wahrhaft staatsmännische, patriotische Auffassung gegenüber diesem über angebrachten Partikularismus, der sich noch immer nicht damit abfinden kann, daß Preußen ebenfalls, wenn auch ein wichtiges, so doch immer nur ein Glied des Reiches ist. (Zustimmung links.)

Dann schloß in der Rede des Grafen Jord auch nicht die üblichen Seitenhiebe auf das Berufsparlamentarierium, das dem praktischen Leben fernstehe; der Redner behauptete auch, es werde das Berliner Zentrum durch das Gesetz gefördert, und es wäre sich nicht in Berlin eine Nebenregierung aufmachen. (Abg. Adolf Hoffmann: Hotel Adlon Große Heiterkeit.) Abg. Adolf Hoffmann, der Berufsparlamentarier dem praktischen Leben fernstehe, so sammelt er jedenfalls eine Fülle von politischen Erfahrungen, und wenn diese auch im Herrenhause etwas stärker vertreten wären, so wäre das gewiß sehr wünschenswert. (Sehr richtig! links.)

### Die „Nebenregierung in Berlin“.

Was die angebliche Nebenregierung in Berlin betrifft, so kann ich nur sagen, daß die hier in Berlin domicilierenden Abgeordneten meist sehr froh sind, wenn die Session zu Ende ist. (Sehr richtig!) Aber diese Ausführungen über die Berufsparlamentarier haben neben der mehr komischen auch eine ernste Seite. Was hat denn eigentlich der Parlamentarier in Deutschland für Vorteile? Ich möchte nur den einen, daß er das Bewußtsein hat, seine Pflicht nach bestem Wissen erfüllt zu haben (sehr richtig), und wenn es heute gibt, die unabhängig und materiell sichergestellt es zu ihrer Lebensaufgabe machen, im Parlament tätig zu sein, hier gewissermaßen die Traditionen aufrecht zu erhalten und den Kollegen, die mit Berufsgeschäften überlastet sind, manches abzunehmen, dann sollte das doch eine andere Anerkennung finden als diese Verhöhnung des Berufsparlamentarier. (Sehr richtig!) Weiter wurde gesagt: die jetzige Zeit eigne sich ungünstig für Verfassungsänderungen. Schon der Vortredner hat betont, endlich einmal müsse doch die Zeit kommen, wo man sich über gewisse Streitfragen einige, und der Verfassungsänderung sei hier eigentlich nur eine formelle. Wir haben in der Tat schon eine ganze Menge solcher Verfassungsänderungen machen müssen und werden das noch öfter tun müssen. Die preussische Verfassung ist in ihrem Wortlaut nicht so präzis. Ich erinnere an den Paragraphen, nach dem ein einheitliches Unterrechtswesen erlassen werden soll, der uns stets entgegengesetzt worden ist, wenn wir ein Spezialgesetz machen wollten. Und schließlich ist der Vorwurf, daß man an der Verfassung nicht rütteln dürfe — an sich ja ein ganz schöner Grundsatz —, noch besonders merkwürdig, wenn er aus einem Munde kommt, das seine Existenz nur einer Verfassungsänderung zu verdanken hat (sehr richtig links) und noch dazu einer, die auf einer juristisch recht fruchtigen Grundlage beruht. (Lebhafte Zustimmung links. Adolf Hoffmann: Verfassungsbruch!)

### Das Existenzrecht des Herrenhauses.

Die betreffende Verfassungsbestimmung von 1853 spricht nur von der Kammerbildung und nicht von der Zusammenfassung. Die Verfassung gibt nicht das Recht, extra Verbände zu schaffen mit Präsenziationsrecht, oder lebenslänglicher Mitglieder zu ernennen, deren Mitgliedschaft nur an das Amt oder den Besitz gebunden ist. Die ganze Verordnungsform, auf der das Herrenhaus be-

ruht, ist mit dem klaren Wortlaut der Verfassungsbestimmung nicht vereinbar (Zustimmung). Nachdem 60 Jahre darüber vergangen sind, mag das Gewohnheitsrecht die Schäden geheilt haben. Aber wenn man in einem solchen Hause sitzt, soll man nicht den andern vorwerfen: Ihr seid leichtsinnig mit Verfassungsänderungen (Zustimmung).

Dann hat der betreffende Redner alle Schleusen der Beredsamkeit geöffnet. Aller Grimm, den er aufgespeichert hat, muß heraus. Er behandelt den U-Boot-Krieg, den Graf Jabern, den Vaterländischen Hilfsdienst, den internationalen Verkehr der Parlamente, die Diplomatie — ich nehme sogar an, daß er gesagt hat: „Diplomatie“ (Seiterkeit) — der Fall Polens, die Demokratie in Frankreich. Dabei kommen nicht weniger als vier Sätze in französischer Sprache vor. Das erinnert an eine Anekdote des alten Helmerding: Sein bischen Französisch ist gar zu schön, damit kann man jedem Menschen imponieren (Seiterkeit). Vermutlich ist auch der Vorwurf des Kompromisses. Alle Politik bewegt sich in Kompromissen, wo der eine den andern entgegenkommen muß. Die konservative Partei hat davon ausgiebigen Gebrauch gemacht. Ich erinnere an das Wort: Ohne König keine Röhne (Seiterkeit). Dann der Vorwurf gegen die ständigen Kommissionen. Der Herr Graf scheint nicht zu begreifen, daß wir augenblicklich Krieg haben. Oder er sieht die Sache so auf, daß man das Volk einfach in den Krieg hineinführt und es wieder herausführt, daß es dabei aber den Mund zu halten hat. Daß aber das Volk den Wunsch hat, mit der Regierung in Fühlung zu bleiben, scheint ihm nicht einzuleuchten.

Abg. Dr. Friedberg (mitl.) fortfahrend:

Es macht auch einen sonderbaren Eindruck, wenn nicht der patriotischen Verdienste des Reichstages in dieser Zeit gedacht wird, wenn nicht anerkannt wird, wie großzügig der Reichstag sich in den mit dem Kriege zusammenhängenden Fragen benommen hat, wenn nicht hervorgehoben wird, daß er sogar auf einen großen Teil seiner gesetzgeberischen Rechte zugunsten der Regierung verzichtet hat. Es wäre geradezu patriotische Pflicht gewesen, auch dieser Großzügigkeit des Reichstages Ausdruck zu geben. (Abg. Adolf Hoffmann: Zur: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan.) „Auch das Abgeordnetenhaus“, sagt der Redner weiter, „hat sich in Angelegenheiten gemischt, die nicht in seine Kompetenz gehören.“ Ich erinnere nur an den bekannten U-Boot-Kriegsbeschluß der Abgeordnetenkommision. Dieser Beschluß ist von der Haushaltskommission gefaßt worden, um dem Abgeordnetenhaus feierlicher, wo es nicht verfaßt ist, als Organ für seine Meinung zu dienen. Man hat, wie gesagt, erklärt, daß das Abgeordnetenhaus für diesen Beschluß nicht zuständig sei. Aber meine Herren, die konservative Partei war ja gerade bei dieser Beschlußfassung führend, und Sie, Herr Abg. v. Seydewitz, mühten dann geradezu vom Grafen Jord als roter Revolutionär bezeichnet werden. Wenn es nach dem Grafen Jord ginge, mühten Sie neben dem Abg. Adolf Hoffmann Platz nehmen.

Auch das Herrenhaus hat sich einer Ausdehnung seiner parlamentarischen Rechte schuldig gemacht. Ich erinnere an den jetzt im Herrenhause vorliegenden Antrag des Grafen Hoensbroech. Man greift sich geradezu an den Kopf, wenn man diesen Antrag stellt. Ferner liegt dem Herrenhause auch ein weiterer Antrag in ähnlicher Richtung vor, von dem Herrn v. Didenburg-Januschau. Dieser Antrag ist meines Erachtens ziemlich harmlos. Ich bedauere, daß Herr von Didenburg-Januschau nicht mehr Abgeordneter ist. Er ist sozusagen ins Herrenhaus abgedrückt worden. Sein gesunder Humor und sein gutes Urteil haben uns hier oft in wichtigen Fragen unterrichtet. Er hat aber eine eigenartige Form für seinen Antrag gewählt. Dieser Antrag und die Form, die er hat, paßt zu der ganzen Persönlichkeit des Herrn von Didenburg.

### Graf Jord und das parlamentarische System.

Abg. Friedberg beschäftigt sich weiter mit einzelnen Ausführungen aus der Rede des Grafen Jord: Graf Jord hat davon gesprochen, daß wegen des militärischen Drucks, dem Deutschland infolge seiner geographischen Lage ausgesetzt ist, das parlamentarische System für Deutschland in Preußen nicht geeignet sei. Man merkt bei dieser Ausführung den Piederfuß. Aber gerade durch den Krieg sind die Anschauungen, die Herr Graf Jord vertreten hat, widerlegt worden. Der Krieg hat gezeigt, daß die militärische Kraft durchaus unabhängig ist von der Form der Regierung. Auch Länder, die demokratisch regiert werden, haben eine militärische Kraft entwickelt, die wir in diesem Kriege nie wieder öfters zu unserem Schaden unterschätzt haben. Herr Graf Jord bemängelt weiter den Einfluß, den die Parlamente auf die auswärtige Politik zu üben versuchen. Es ist aber keine Frage, daß wir alle uns einer Unterlassungssünde schuldig gemacht haben, daß wir uns vor dem Kriege so wenig um auswärtige Politik gekümmert haben. Wir waren leider immer der Ansicht, daß die Diplomatie eine Art Schwarzkunst, eine Art Geheimkunst sei. Die großen Interessen der Völker könne auch heute von gebildeten Menschen bis zu einem gewissen Grade übersehen und abgeschätzt werden.

Abg. Friedberg erinnert weiter daran, daß das Herrenhausmitglied Fürst zu Salm-Horstmar wiederholt, sogar in Briefen an den Kaiser, sich in die Politik eingemischt habe, und sagt dann: Die Ausführungen des Herrn Grafen Jord scheinen bei den Herrenhausmitgliedern sehr viel Beifall gefunden zu haben, allerdings nicht bei den Mitgliedern, die Staatsratslehrer sind, denn für sie sind die Dinge, die Graf Jord vorgetragen hat, wenn ich mich so ausdrücken darf, „alle Kamellen“. Nur ein Professor hat dem Grafen Jord begeistert Dank gesagt. Dieser Mann ist aber Professor des Salskrit (Seiterkeit), er hätte vielleicht die Ausführungen des Grafen Jord noch durch eine Darstellung des indischen Kostenwesens ergänzen können.

### Politische Mystik.

Natürlich hat sich Graf Jord auch gegen den Grundgedanken der Freiheit gewendet, und hat gesagt, Freiheit im deutschen Sinn bestehe nicht in der Selbstregierung durch die Masse, sondern sie werde „einerseits fingiert“ (Seiterkeit) und sie werde andererseits tingiert von diesen und jenen Dingen. Der Krieg habe gezeigt, wie ungleich die Menschen sind. Zunächst freue ich mich, daß die deutsche Sprache um ein neues Fremdwort bereichert ist (Seiterkeit). Graf Jord scheint uns mit politischer Mystik tingieren zu wollen (Seiterkeit). Wenn er uns aber Vorschriften machen zu müssen glaubt über die Pflichten eines Volkvertreter, so leben wir nicht als Präzeptoren ab (Beifall links und im Zentrum). Es ist gewiß richtig, daß ein Herrenhausmitglied, weil es nicht gewählt ist, in mancher Beziehung freier und unabhängiger dasteht, als ein gewählter Abgeordneter. Es ist auch sicher sehr bequem, Herrenhausmitglied zu sein für jeden, der als Graf zur Welt kommt und auf Grund der Erblichkeit im Herrenhaus sitzt (Sehr richtig! links). Man wird erkennen, an das Wort in Beuymarchen, „Kraax“ von den großen Scenen, die hier die Wölfe gegeben haben, geboren zu werden (Sehr gut links). Aber für die anderen Leute, von denen es doch auch einige Millionen gibt, und die sich politisch betätigen wollen, ist es ein Vorzug, wenn sie sich auf das Vertrauen ihrer Mitbürger

stützen können bei der Betätigung politischer Anschauungen (Beifall links und im Zentrum). Im übrigen ist es ganz falsch, wenn Graf Jord gesagt hat, der Krieg ist eine Schule der Gleichheit der Menschen.“ Der Krieg zeigt es sich, daß die Schladen von uns abfallen und alle die äußeren Einwirkungen, er läßt uns den Menschen im Dienste des gemeinsamen Vaterlandes (Beifall). Täglich den Tod vor Augen bringend, der Krieg die Menschen Gott näher und je näher wir Gott kommen, desto mehr entfernen wir uns von den irdischen Schladen und wir sehen, daß wir alle Gottes Kinder sind und uns gegenseitig zu Lieben und zu achten haben (Stürmisches Beifall links und im Zentrum). Wenn man die Rede des Grafen Jord liest, so muß man sich doch fragen, wie wunderbar sich in manchen Köpfen die Welt malt (Sehr gut links).

### Es geht gegen die Reorientierung.

Man hat den Eindruck, daß das Herrenhaus einen Vorstoß unternehmen wollte gegen die vom Kanzler verkündete Reorientierung. Vielleicht war der Antrag noch nicht fertig, aber die Rede des Grafen Jord war nun einmal fertig und da mußte sie heraus, ganz gleich, bei welcher Gelegenheit es geschah. (Seiter Zustimmung.) Die Rede beweist jedenfalls — und das ist ihr bleibender Wert — was wir für Reformbestrebungen auf den Gebieten der Verwaltung und des Wahlrechts vom Herrenhause zu erwarten haben und deshalb was es nicht unwohlend, auf diese Rede eingehend einzugehen. (Sehr richtig! links.)

Herr v. Buch sagte, man könne in politischen Dingen nicht kleinlich genug sein. (Seiterkeit.) Er ist in seiner Herrenhausrede diesem Wahrspruch treu geblieben. (Seiterkeit.) Das Herrenhaus und er als Führer der größten Partei hätten so klug sein müssen, sich zu überlegen, ob es sich angehöre, der geringen Popularität, die das Herrenhaus besitzt, lauschen würde, von dem Recht der Ablehnung eines Gesetzes Gebrauch zu machen. (Sehr richtig! links.) So viel Besonnenheit aber hat die Mehrheit nicht aufgebracht und hat dadurch erneut dazu beigetragen, daß das Herrenhaus unpopulär wird und daß es in den kommenden Anstürmen viel leichter als erste Körperkraft um seine Existenz wird kämpfen müssen. (Bewegung — Sehr gut! links.) Auch ich halte Informationsreisen für sehr erwünscht, und bin schon auf eigene Kosten sogar erster Klasse gefahren, auch überall von den Behörden freundlich aufgenommen worden. Aber wenn Herr von Buch irgendwo Landrat oder Regierungspräsident wäre — ihn würde ich nicht belästigen, dazu ist er mir zu wenig höflich. (Sehr gut! und Seiterkeit.)

Ich muß nun etwas richtigstellen. Ich habe zweimal zu dieser Frage Stellung genommen. Das eine halte ich vollkommen aufrecht: Das war, als ich vor einigen Jahren der Ueberzeugung Ausdruck gab, die gesteigerten Kosten der Lebenshaltung mühten auch dazu führen, die Ministergehälter zu erhöhen. Dadurch haben wir den Ministern das Odium abgenommen, sich selbst Gehaltserhöhungen beantragen zu müssen. Das war vornehm gehandelt von uns. Ich hätte erwartet, daß die Minister nun uns das Odium abnehmen würden. Das haben sie nicht getan. Am 2. März 1916 habe ich nicht gesagt, wenn die Regierung uns nicht entgegenkomme, mühten wir die Repräsentationszulage freizugeben, das würde ich für einen großen Unfug halten, da sie einen Teil des Einkommens der Minister darstellten, sondern ich habe auf mancherlei andere Unnehmlichkeiten angespielt.

### Wo blieb die Regierung im Herrenhause?

Der Herr von Buch, der sich berufen fühlt, den Ton des Reichstages und des Abgeordnetenhauses zu kritisieren, hat die Regierung in sehr verletzender Weise angegriffen, ohne eine entsprechende Zurückweisung zu finden. (Hört, hört!) Als der Landwirtschaftsminister neulich den Eisdacherschen Vorwurf des Ressortpatriotismus zurückwies, gebrauchte er sehr starke Ausdrücke und ging über das Ziel eigentlich hinaus. Aber der bürgerliche Rhetor einer Sandelschuldschule ist etwas ganz anderes als ein Herr von Buch. Wie war überhaupt die Regierung vertreten? Ich will dem Unterstaatssekretär keinen Vorwurf machen, er hat alle Gründe für die Vorlage angeführt und sich tapfer gewehrt. (Zustimmung.) Aber wenn der Minister erkrankt war, warum ist dann die Vorlage nicht von einem Ministerkollegen vertreten worden. (Zustimmung. Zuruf: Schorlemer war auch da!) Ja, als Minister. Aber das ist für in Preußen gibt es kein Cabinet, da ist nur ein Ressortminister, und hier war der Ressortminister der Minister des Innern, und die anderen freuten sich dießhalb, daß sie nicht dabei zu sein brauchen. (Große Seiterkeit.) Und wo waren eigentlich die Liberalen? (Sehr richtig!) Und wo waren die Bürgermeister? (Sehr richtig!) Es handelte sich doch nicht bloß um die Dänenvorlage, es handelte sich um Zurückweisung der politischen Ausführungen. (Sehr richtig!) Da verlangten die Liberalen vollständig. (Zuruf: Wie immer!) Dagegen kann aber eine Reform des Herrenhauses auch nichts helfen. Die Verhandlung schloß mit einem Votum gegen das Abgeordnetenhaus, der dadurch verifiziert wurde, daß man die Vorlage nicht einmal einer Kommissionberatung gewürdigt hat.

Es ist unzutreffend, wenn man von einem Konflikt zwischen Abgeordnetenhaus und Herrenhaus spricht. Dazu ist uns der Geogenstand in dieser Zeit viel zu unwichtig, und dazu ist die Zeit nicht angetan. Daß solche Gelegenheiten hervorgerufen werden in einer solchen Zeit, überlassen wir der Erbarmlichkeit der preussischen Baize. (Sehr richtig!) Wir tun etwas anderes: wir bringen jetzt die Oberhausbewegung in Fluß, zugleich mit der Reform und der Reorientierung. Deshalb haben wir unseren Antrag eingebracht, der unser Programm für die Bewegung sein soll. Nach den Beweisen politischer Unklugheit, die das Herrenhaus sich geleistet hat, mühten wir befürchten, daß es ein Hemmschuh der Entwicklung wird. Darum ist es endlich Zeit, daß etwas geschieht. Der Zusammenhang zwischen der Dänenvorlage und unserem Antrag ist nicht Verbitterung oder Wästelung über die Ablehnung, sondern er kommt aus dem Bewußtsein:

### Mit diesem Herrenhaus ist auf die Dauer nicht zu arbeiten.

wenn die anderen großen Fragen akut werden, mit denen wir nach dem Kriege zu tun haben werden. Hier heißt es: was tun wir, das tue bald. Wer nicht Angst vor seiner eigenen Courage hat, möge unseren Weg mitgehen. (Lebhafte Beifall links.) Es genügt nicht, die Frage nur in einer Kommission zu erörtern. Sie muß vor dem ganzen Volke zur Diskussion gestellt werden. Welche Ansicht der Bevölkerung begehen es nicht, daß heute noch ein solches Oberhaus existieren kann, von dem die wichtigsten Berufsstände ausgeschlossen sind. Der Zweck des Oberhauses ist doch, daß es die wichtigsten Elemente des Volkes zu einer Vertretung zusammenfassen soll, um ihnen unabhängig von den Wahlen einen gewissen Einfluß auf die Gesetzgebung zu geben. Aber ein solches Oberhaus muß durch diese Kräfte in sich zusammenfassen. (Sehr wahr! links.) Seht entscheidet zu Zweidrittel der ständliche Kleinadel in diesem Hause durch sein Veto über die wichtiger

# Revolution in Petersburg.

Alle Minister verhaftet. — Anschluß der Garnison an die Revolutionären.

## Ein Duma-Ausschuß im Besitze der Macht.

**S. Petersburg, 14. März.** (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.)

In Petersburg ist die Revolution ausgebrochen.

Ein aus 12 Dumamitgliedern bestehender Exekutiv-Ausschuß ist im Besitze der Macht.

Alle Minister sind ins Gefängnis gesetzt.

Die Garnison der Hauptstadt (30.000 Mann) hat sich mit den Revolutionären vereinigt.

Am Donnerstag (Mittwoch?), dem dritten Tage der Revolution, war die Ordnung in der Hauptstadt wiederhergestellt.

Der Deputierte Engelhardt ist vom Ausschuß zum Kommandanten von Petersburg ernannt worden.

Ein gewaltiges, in seinen schwerwiegenden Folgen noch nicht vollständig abgeklungenes Ereignis hat sich abgespielt: in der russischen Hauptstadt ist die Revolution ausgebrochen; alle Minister sind ins Gefängnis geworfen, ein Duma-Ausschuß hat die Regierung ergriffen und die Petersburger Garnison ist zu den Aufständischen übergegangen.

Zar Nikolaus weilt augenblicklich im Hauptquartier; seine Person ist nicht in die Gewalt der Revolutionäre geraten und so ist die Entscheidung über den Ausgang der Revolution noch nicht gefallen.

Die blutigen Straßenaufstände in Petersburg und Moskau, die stürmischen Sitzungen in der Duma ließen den nahenden Sturm erkennen und es schien gewiß, daß das ganze russische Volk von einer tiefgehenden Gärung ergriffen war.

Der Zwiespalt zwischen Duma und Regierung tritt schon seit einem Jahr immer stärker zutage. Der liberale Block hielt die Stunde für gekommen, das parlamentarische System im Zarenreiche durchzusetzen und sich der Herrschaft über Rußland zu bemächtigen. Seine Bestrebungen wurden offen unterstützt vom englischen Vorkämpfer Buchanan, der in engster Fühlung mit dem Führer der Opposition, Miljukow, stand. Dieser hat in seinen letzten zwei Reden die Revolution angekündigt. Einmal sagte er, daß das Volk sein Schicksal in die eigenen Hände nehmen werde und das andere Mal erklärte er, das Volk müsse selbst die Leitung übernehmen, sonst sei keine Lösung möglich.

Am 27. Februar trat die Duma zusammen. Sofort hagelten auf die Regierung die heftigsten Angriffe herab und es zeigte sich sehr bald, daß der Konflikt zwischen Kabinett und Volksvertretung ein unüberbrückbarer geworden sei. Dann erfolgten die blutigen Aufstände in Petersburg und Moskau, die, wie jetzt klar zu ersehen ist, nicht bloß Hungerrevolten waren, sondern auch einen eminent politischen Charakter trugen. Die Regierung entschloß sich unter solchen Umständen, die Duma und Reichsrat auf unbestimmte Zeit zu suspendieren. Diese Maßregel gab das Signal zur Revolution, die in Petersburg durch den Uebergang der Garnison zu den Aufständischen siegreich geblieben ist.

In der Geschichte des modernen Rußland stehen die jüngsten Ereignisse in der Hauptstadt des Zarenreiches ohne Beispiel da. Das ältere Rußland kannte bloß erfolgreiche Palastrevolutionen, wie die, welche Elisabeth, Katharina II. und Alexander I. zur Macht gelangen ließen. Im 19. Jahrhundert erst beginnt die Reihe ausländischer Bewegungen, die sich zuerst auf einen kleinen Kreis beschränkten, dann aber immer weitere Schichten der Bevölkerung ergriffen. Stets waren diese revolutionären Strömungen die Folgen von Kriegen, die Rußland geführt, aber stets kamen sie erst nach Beendigung des Kampfes gegen den äußeren Feind zum gewalttätigen Ausbruch. So, um nur einige Beispiele anzuführen, die Dekabristen-Verschwörung gegen Nikolaus I., die Nihilisten-Verbrechen zur Zeit Alexander II., die Revolution im Jahre 1905. Jetzt ist es aber zum erstenmal, daß ein organisierter Aufstand mitten im Krieg losbricht und es geschieht auch zum ersten Male, daß eine russische Revolution einen solchen Erfolg aufzuweisen hat, wie er durch die Erringung der Herrschaft über die Hauptstadt und die Gefangennahme der gesamten Regierung gestiftet wurde.

Im Jahre 1905 gelang es zwar den Revolutionären, vorübergehend beinahe ganz Moskau in ihre Gewalt zu bekommen, aber sie wurden schließlich und endlich von den aus Petersburg herbeigeleiteten Truppen zu Boden geschlagen.

Und dann — dies erscheint als der wichtigste Unterschied zwischen den früheren Revolutionen und der jetzigen — hat es im Zarenreich noch niemals eine revolutionäre Gegenregierung gegeben. Jetzt aber ist ein zwölfgliedriger Duma-Ausschuß an die Spitze der Geschäfte getreten, ist die Garnison der Hauptstadt ins revolutionäre Lager übergegangen und es ist die erste Revolution nach westeuropäischem Muster, die sich im Zarenreich vollzogen hat.

Unverkennbar ist der Einfluß Englands auf den Ausbruch der Revolution und es ist ganz gewiß, daß Frankreich Großbritannien bei seinen Bemühungen, einen Umsturz in Rußland herbeizuführen, unterstützte. Sir George Buchanan hat seit dem Rücktritt des Herrn Sazonow unverhüllt gegen alle nachfolgenden Regierungen konspiziert und man erinnert sich noch, daß er der Gegenstand stürmischer Ovationen seitens der Opposition in öffentlicher Duma-Sitzung gewesen ist. Herr Miljukow und seine Anhänger waren eben die unbedingte Kriegspartei und deshalb wandte England alles an, um sie zur Macht gelangen zu lassen. Nikolaus II. mag sich nun eigenen Gedanken über das Glück hingeben, welches ihm Englands Bundesgenossenschaft gebracht hat und er wird vielleicht zur Ueberzeugung kommen, daß es Englands traditionelle Politik ist, sich in die innersten Angelegenheiten seiner Alliierten einzumengen. Das mächtige Zarenreich wird von Großbritannien nicht anders behandelt als Persien oder China.

Es wäre vermessend, schon heute unter dem ersten Eindruck der überwältigenden Nachrichten aus Petersburg ein Urteil über die Folgen, welche das ungeheure Ereignis der russischen Revolution nach sich ziehen werden, zu fällen. In der russischen Hauptstadt haben vorläufig die Revolutionäre die Oberhand und unter ihnen ist gewiß die Kriegspartei sehr mächtig. Allein, wie schon erwähnt, der Zar ist im Hauptquartier und die Geschichte der Revolutionen lehrt uns, daß der Erfolg einer solchen Bewegung nur dann sicher ist, wenn es dem Herrscher eines Landes nicht gelingt, seine Person dem Machtbereich der Aufständischen zu entziehen. Mit größter Spannung muß man auf die weiteren Nachrichten aus Rußland horchen, denn dort vollziehen sich Ereignisse, die vielleicht für das Geschick der Welt von entscheidender Bedeutung sein werden.

## Die verhafteten russischen Minister.

Die Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur besagt, daß alle russischen Minister ins Gefängnis gesetzt wurden.

Ministerpräsident in Rußland ist gegenwärtig Fürst Golizyn.

Weiters gehören dem Kabinette von bekannten Persönlichkeiten an:

Protopopow als Minister des Innern,  
Wolrowski als Minister des Aeußern,  
Bard als Finanzminister,  
Graf Fredericks als Minister des kaiserlichen Hofes.

Bjelajew als Kriegsminister,  
Gregorowitsch als Marineminister,  
Woznowski-Priger als Verkehrsminister,  
Nittich als Landwirtschaftsminister,  
Dobrowolski als Justizminister,  
Schachowgoi als Handelsminister,  
Kolschikski als Unterrichtsminister.

## Stadtkommandant Engelhardt.

Ueber die Persönlichkeit des von den Revolutionären zum Kommandanten von Petersburg ernannten Deputierten Engelhardt ist noch nichts Genaues bekannt. Die Familie Engelhardt stammt aus dem Bivaldischen. Ein Engelhardt hat als Gouverneur von Archangelsk eine große Rolle gespielt. Ein anderer Engelhardt gehört zu den wichtigsten Mitarbeitern der „Nowoje Wremja“, ist aber kein Deputierter.

Es dürfte sich bei dem Kommandanten von Petersburg um den Vertreter der gemäßigten Arbeiter Engelhardt handeln. Dieser Deputierte hat bisher in der Duma keine besondere Rolle gespielt. Er befaßte sich hauptsächlich mit Wohlfahrts- und Sanitätsangelegenheiten.

## Absperrung von Petersburg.

**S. R. Zürich, 14. März.** Aus Stockholm wird gemeldet: Petersburg ist seit dem Beginn der großen Straßenunruhen vollständig abgesperrt. Man kann die Stadt nur mit größten Schwierigkeiten verlassen, da die Widierung der Pässe absichtlich verzögert wird. Auch die ganze Post wird seit Tagen vollständig zurückgehalten. Telegramme unterliegen der schärfsten Zensur. Alle diese Maßnahmen deuten auf den großen Umfang der Unruhen in Petersburg hin.

Soviel authentisch bekannt ist, haben die Arbeiterunruhen bereits am 27. Februar begonnen, an welchem Tage große Massen von Arbeitern aus der Umgebung von Petersburg in die Hauptstadt und vor den Duma-Palast ziehen wollten, aber durch das Militär gehindert wurden. Ähnliche Absperrungsmaßnahmen wie in Petersburg wurden auch in Moskau verfügt. Nach beiden Städten sind Kosakenverstärkungen abgegangen. Man hält in Stockholm politischen Kreisen die Lage in Rußland für ernst.

## Sazonow noch in Petersburg.

**S. R. Stockholm.** Nach „Ruskaja Wiedomosti“ hat Sazonow seine Reise nach London neuerlich verschoben. Er will erst nach Beendigung der Arbeiten der Polenkommission nach London fahren.

**Für Oesterreich-Ungarn:**  
 Morgen- und Abendblatt mit täglich  
 einmaliger Postversendung:  
 Monatlich . . . . . 4 K 40 h  
 Vierteljährig . . . . . 12 K — h  
 Halbjährig . . . . . 24 K — h  
 Ganzjährig . . . . . 48 K — h

**Mit täglich zweimaliger Postversendung:**  
 Monatlich . . . . . 5 K — h  
 Vierteljährig . . . . . 14 K 50 h  
 Halbjährig . . . . . 29 K — h  
 Ganzjährig . . . . . 58 K — h

**Für das Ausland:**  
 Mit täglich einmaliger Postversendung  
 für Deutschland vierteljährig 18 K  
 für die andern Länder des Weltpost-  
 vereines 20 K

**Bei den Postämtern Vierteljährig:**  
 In Deutschland Mark 9,12, Schwedens  
 Kr. 18,30, Bulgariens Kr. 14,25.

**Inserate übernehmen alle renommir-**  
**ten in- und ausländ. Annoncenbureau's.**



11.

51. Jahrgang.

## Die Revolution in Petersburg.

Die Revolution in Petersburg ist von der Kriegspartei der Dumamajorität gemacht worden. Ob sie auch in ihrer letzten Wirkung für den Krieg sein wird? Die Antwort auf diese Frage ist im Augenblick nicht zu geben. Entfesselte Elemente lassen sich selten über vorgebahnte Wege leiten. Das Wasser sprengt und überflutet die Dämme, und Flammen folgen dem unberechenbaren und unbezähmbaren Winde, nicht aber jenem, der sie entfacht hat. Das grandiose und blutige Schauspiel, das Petersburg in die Hände der Revolutionäre brachte, hat schwerlich eines Regisseurs entbehrt. Wenn man die Akteure betrachtet, die

an die Spitze der neuen Regierung getreten sind — durchweg Mitglieder des kriegslüsterigen Dumablocks —, jener Partei also, die sich der mächtigen und krupellosen Förderung des englischen Botschafters Buchanan von jeher erfreute, so ist der Schluß unvermeidlich, daß England der Anstifter der Erhebung mit ihrem in Rußland beispiellosen Ergebnis gewesen ist. Schon seit langem galt Buchanan für den geheimen Diktator Rußlands, der Kabinette ernennet und entläßt, und er hat von dieser arrogierten und mit allen Mitteln festgehaltenen Berechtigung, wie man weiß, in den jüngsten Monaten reichlich Gebrauch gemacht. Aber die giftigen „Heilmittel“, die er dem russischen Organismus einschlößte, scheinen nicht immer die erwartete Wirkung befunden zu haben. Immer häufiger mußte er sie an-

wenden und zu immer größeren Mengen von Opiaten greifen, um die Friedenssehnsucht, die sich wohl in weitesten Kreisen Rußlands geragt hat, zu betäuben. Endlich mußte er sich zu dem äußersten Mittel — die Aerzte nennen es ein heroisches, Politiker und Geschichtschreiber werden es anders qualifizieren — entschließen, er half die Flamme der Revolution zu entfachen.

Wir kennen ihr Resultat. Die Minister des Zaren wurden eingekerkert, die Petersburger Soldaten liefen über, und Männer, im Auslande nur wenig bekannt, rissen alle Gewalt an sich. Sie regieren nun gegen den Zaren. Der Präsident der Duma, Rodzjanko, ist Präsident der provisorischen Regierung, Generalstabsoberst Engelhart, ein Mitglied des Dumazentrums und offenbar zur Erfüllung seiner neuen und größeren Aufgabe von der Front zurückgeholt, der Diktator der Zarenresidenz. Das russische Parlament hat gegen die Selbstherrschaft des Zaren gemeutert und dem Vertagungsbeschuß des Monarchen Nüchternheit und Befolgung versagt. Die Freunde und Anhänger des „rücksichtslosen Krieges bis zum siegreichen Ende“ haben nun das Petersburger Fest in Händen.

Was nun? Unzählbare Rätselfragen, unmeßbare Möglichkeiten steigen auf. Ob die Bewegung so geglückt ist, wie es die Entente ursprünglichen Pläne ihrer Ausführer über den Kopf gewachsen ist, ob sie nicht selbst die ursprünglichen Pläne ihrer Ausführer über den Haufen warf und Umfang und Formen annahm, weit über das ursprünglich geplante und erwartete Maß hinaus — darüber kann nur die Zukunft Aufschluß geben. Revolutionsprogramme erhalten oft geheime, unwillkürliche, Farbe und Richtung verändernde Zusätze. Der Bergstrom, der reizend von der Höhe stürzt, muß sich den Eintritt trübender Wasser aus Tiesen gefallen lassen, und er ist, in der Ebene angelangt, ein ganz anderer geworden und strömt Wege dahin, die er sich nicht selbst zu weisen vermocht hat. Nicht nur die Kriegspolitiker waren unzufrieden mit dem offiziellen Rußland, das heute und vorläufig in Petersburg nichts mehr dreinzureden hat, die Gärung hat aus tausendundein Gründen heraus das ganze Volk erfasst, und schließlich standen die Schichten einander feindlich gegenüber, nur in einem geebnet, in ihrem Widerstand gegen die Gewaltthäter, die niemand mehr gefielen. Werden, können sich alle diese disparaten Elemente nun zu einem Ziele zusammenscharen?

Auf alle diese Rätselfragen wird derjenige die Antwort zu geben haben, gegen den die Revolution in erster Reihe sich gewendet hat: der Zar. Die Entschlüsse, die er fassen wird — Unterwerfung unter den Willen der Revolutionsmänner oder der Versuch, Petersburg zurückzuerobern —, werden über den Ausgang der Revolution entscheiden. Schlägt er, ein Gefangener Englands, den ersten Weg ein, so wird er wohl für immer das System selbstherrlicher Regierung im Rußlande ver-

# tung

sterreich.

er nachmittags.

Montagmittagsblatt 8 h

Abonnementbedingungen:  
Wien: Mit Anlieferung ins Haus.  
Wöchentlich 60 h.  
Monatlich K 2.60, vierteljährlich K 7.80  
Zum Abholen in den Filialen, in allen  
Lebals-Verkaufsstellen und Verschleißstellen:  
Monatlich K 2.60.

Provinz und Ungarn:  
Monatlich K 3.—, vierteljährlich K 9.—  
bei freier Zustellung durch die Post.  
Deutschland: Vierteljährlich K 12.—.  
Für alle anderen dem Verlagsverein  
angehör. Länder: Vierteljährlich K 15.—.  
Abonnements werden angenommen  
in der Administration, V. Rechte  
Wienerzeile 97, und in den Filialen:  
I. Schulterstraße 13, Telefon 9191  
II. Bayramiteingasse 20, Tel. 40223  
X. Wielandplatz 6, Telefon 55244  
XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 55125  
XVI. Klausgasse 24, Telefon 34146  
XVII. Radnergasse 22, Telefon 17175  
XXI. Angererstraße 14.  
Für die an fremde Zusteller oder  
Verkaufsstellen besandten Beträge leisten  
wir keine Garantie.  
Offene Reklamationen sind vorzuziehen.

XXIX. Jahrgang.

## Revolution gegen den Krieg.

68

Wehe dem Staatsmann, der die Zeichen der Zeit nicht versteht! Hat Bethmann Hollweg, als er diese Worte gestern sprach, die Revolution in Russland vorhergesehen? Wären wir nicht entschlossen, alle die Folgerungen, die sich aus dem Erleben dieses Krieges ergeben, rückhaltlos zu ziehen, dann gehen wir inneren Erschütterungen entgegen, deren Tragweite kein Mensch übersehen kann: so sprach der Reichskanzler an dem Tage, da durch die Revolution in Petersburg die Gewalt und Tragweite dieser Erschütterung dargetan ward. Ist es nicht, als ob er an die Revolution in dem Zarenreich gedacht hätte? Die russischen Staatslenker, der Zar, seine Günstlinge und Werkzeuge verstanden die Zeichen der Zeit nicht. Sie verharrten in ihrer Verstocktheit und griffen vermessen in die Rechte des Volkes. Heute sitzen sie hinter Schloß und Riegel, und was ihrer noch Nohles harret, mag ihnen die Geschichte der revolutionären Erhebungen in Russland künden. Wir wissen über die Vorgänge in Russland nur wenig und vermögen nicht abzuschätzen, wer die Erhebung lenkt, worauf sie zielt, worin sie münden wird. Aber daß der freile Versuch, die Duma auszuschalten und wegzuschicken, der Versuch, die wilde Gärung im Lande mit Gewalt zu unterdrücken, der Anstoß zu der Bildung der revolutionären Regierung war, scheint doch klar zu sein. Es ist nur die Duma, eine erbärmliche Klassenregierung, die der überberätene Zar wegstoßen wollte. Vielleicht mögen auch die Beweggründe der Dumamitglieder nicht die edelsten sein, vielleicht feuert sie mehr die Begier nach der Herrschaft, als das Verlangen an, dem Volke sein ganzes Unrecht zu wahren. Und in allgemeinen haben sich die revolutionären Arbeiter von einer besonderen Begeisterung für das reaktionäre Gebilde gerade der dritten Duma immer ferngehalten. Aber das Unterfangen, die Volksvertretung in diesem Augenblick, in einem Augenblick höchster Not und Erregung, aufzuheben und davonzujagen, dieser Versuch war wohl der Funke ins Pulverfaß. Nun fliegt das ganze Despotengebäude in die Luft. Es ist nur die Duma, und dennoch hat das Unternehmen, sie beiseite zu schaffen und im ganzen Lande selbstherrlich schalten zu wollen, zu einer Revolution während des Weltkrieges geführt! ... Wehe den Staatsmännern, die die Zeichen der Zeit nicht verstehen!

Der Krieg erzeugt eine beispiellose Macht, unter deren Wucht alles innere Leben der Völker und Staaten zusammenbricht. Es ist Krieg, und nichts ist neben ihm und nichts behauptet sich vor ihm. Wie es im Inneren der Menschen ausschaut, wie es an ihnen nagt, in ihnen tobt, was sie denken, wünschen, wollen, das alles tritt nicht hervor, darüber breitet der Krieg sein unermessliches und undurchdringliches Reichentuch. Außerlich gehen die Menschen ihrem Tagewerk nach, wandeln stumpf, zermürbt dahin und scheinen ihr Geschick ergeben zu tragen. Aber im Innern stürmen die Gedanken, werden Leidenschaften wach, die um so stärker anschwellen, als ihnen jeder Abfluß versagt ist; in den Gehirnen und Herzen gärt es schon lange, wogt die Empörung, bevor nach ein starkes Geschehnis sie zur Entladung brachte. Der Hunger war es wohl, der in Petersburg die revolutionäre Gärung entband und in revolutionärer Tat entbrennen ließ. Weit weniger als jeder der in den Weltkrieg hineingerissenen Staaten ist das Zarenreich diesem langen Riesentriebe gewachsen: ihm mangelt die organisatorische Gewandtheit, um das, was der Krieg bedingt, leisten zu können. So wird allmählich alles in Verwirrung gekommen sein, alles stockt und verstopft sich, und jede Schwierigkeit wird eine Quelle neuer Hemmungen. Wir können uns also schon vorstellen, daß in den Hauptstädten des großen Agrarlandes, in dem so viele Lebensmittel wachsen, Hungersnot herrscht, der Hunger die Empörung gegen den Krieg, die Entrüstung über die unfähigen Staatslenker, die Wut über alle die, die diesen verbrecherischen Krieg auf dem Gewissen haben, daß er das alles noch steigert und den Entschluß zu der Tat aneifert, die diesem elenden Treiben ein Ende machen will. Bevor die Revolution war, war die revolutionäre Gesinnung da: sie war da als die unentrinnbare Folge des furchtbaren Krieges, der alles auffrisst, was an Menschenleben und Menschenglück vorhanden ist, der

Abonnement für Wien  
 vom Abheben in unseren Expeditionskonten  
 monatlich K 3.40.

Mit täglich zweimaliger Zustellung ins Haus  
 monatlich K 4.—, vierteljährig K 11.00  
 halbjährig K 23.20, ganzjährig K 46.40.

Abonnement für Österreich-Ungarn:  
 mit täglich einmaliger Postversendung  
 monatlich K 4.40, vierteljährig K 13.—  
 halbjährig K 26.—, ganzjährig K 52.—.

Mit täglich zweimaliger Postversendung  
 monatlich K 5.—, vierteljährig K 15.—  
 halbjährig K 30.—, ganzjährig K 60.—.

Nach allen Weltpostvereinskodexen  
 monatlich K 0.70, vierteljährig K 2.00.—.

Für die an Agenten, Austräger oder Verschleuser bewilligten  
 Beiträge leisten wir keine Garantie, wenn sie nicht unsere  
 Quittung vorlegen.

16. März 1917

16. Jahr.

## heutigen Kriegsberichte. Arco und Villa Lagarina. er entsagt dem Thron. e Nachrichten auf Seite 4.

Langung eines Friedens hinstellt, sondern, daß im Gegenteil die Unzufriedenheit sich nicht gegen die Regierung richtete, weil sie den Krieg weiterführt, sondern vielmehr deshalb, weil sie ihn nicht mit der Wirksamkeit und Energie weiterführt, die das Volk erwartet. (Rauscher Beifall)

Bonar Law erklärte sodann, daß nach eingegangenen Nachrichten der Verlust an Menschenleben nicht groß gewesen und der Wechsel mit verhältnismäßiger Ruhe bewirkt worden sei.

### Das Manifest des Militärkomitees.

An die Marine- und Armeebefehlshaber.  
 NB Amsterdam, 16. März.

Nach einer Reuter-Meldung aus Petersburg wurden der Militärkommandant sowie Tausende von Gendarmen und Polizeibeamten verhaftet und die politischen Gefangenen freigelassen.

Es konstituierte sich ein Militärkomitee zur Aufrechterhaltung der Ordnung mit militärischer Hilfe.

Rodjanko hat im Namen des Militärkomitees an die Marine- und Armeebefehlshaber aller Fronten ein Manifest gerichtet mit der Aufforderung, ruhig zu bleiben, aber den Kampf gegen den Feind fortzusetzen. Ebenso wurden Aufrufe an die Arbeiter gerichtet, die Ordnung zu wahren und die Arbeit wieder aufzunehmen, damit der Kampf fortgesetzt werden könne.

### Großfürst Kyryll für Rodjanko.

Die Antwort der Befehlshaber.  
 NB Amsterdam, 16. März.

Dem Reutersehen Bureau wird aus Petersburg telegraphiert:

Großfürst Kyryll erklärte, er stelle sich Rodjanko vollständig zur Verfügung.

Alexejew antwortete, er nehme den Vorschlag der Duma an.

General Brussilow erklärte, er treue seine Pflicht gegen Kaiser und Reich.

### Alarmgerüchte in Finnland.

Protobopow und Stürmer ermordet?  
 NB Stockholm, 16. März.

Zu den Vorgängen in Rußland erfährt Astorbladet aus Saporanda, daß seit heute der Eisenbahnverkehr zwischen Tornea und anderen Teilen Finnlands abgebrochen ist. Reisende erzählen, die finnischen Eisenbahnlinien seien an mehreren Stellen aufgerissen. Andere sagten, daß die in Finnland stehenden Truppen sich sicher der Revolution anschließen würden, denn als die alte Regierung sie nach Petersburg berufen wollte, hätten sie sich geweigert, dem Befehl Folge zu leisten.

In Petersburg seien alle Gefängnisse geöffnet. Die Minister Protobopow und Stürmer seien von der Volksmenge ermordet worden. Ueber Selbstmord sei der Belagerungszustand verhängt worden.

### Die Revolution für den Krieg.

Weitere Fortschritte.  
 NB Wien, 16. März.

Die Abhandlung des Zaren erfahren wir über London, und der englische Minister Bonar Law, der sie dem Unterhaus mitgeteilt, hat daran die Versicherung geknüpft, daß es eine „wirkliche Erleichterung“ für England bedeute, daß die Bewegung nicht auf Erlangung eines Friedens hinstellt, sondern im Gegenteil auf eine energisichere Fortführung des Krieges. Warum der Zar abgedankt hat, ist damit nicht gesagt. Er mag durch die schweren Kämpfe, die seine Regierungszeit und besonders der japanische Krieg, die erste Revolution und die zweieinhalb Jahre Weltkrieg ihm gebracht, müde und müde geworden und sich nach Ruhe gesehnt haben. Er mag sich auch, obwohl die Revolutionäre ihn geschont zu haben scheinen, an dem Gewaltregime seiner Minister und deren mannigfachen Verfehlungen mitschuldig gefühlt und für ein Hindernis einer altden Auffösumg der Wirren

### Abdankung des Zaren.

Mitteilungen im englischen Unterhaus,  
 NB London, 16. März.

Das Reuterische Bureau meldet:

Im Unterhaus teilte Schatzkanzler Bonar Law mit, der Zar habe abgedankt. Großfürst Michael Alexandrowitsch sei zum Regenten berufen worden. Bonar Law über die Ursache der Bewegung.

Bonar Law sagte bei dieser Mitteilung: Es ist eine wirkliche Erleichterung für uns, daß die Bewegung nicht auf die Er-

„Nein,“ antwortete ich, „Donnerstag konnten Sie mich nicht empfangen, weil Sie plätteten und gefährlich aussehend, da kam ich Sonnabend wieder, wie wirs verabredet hatten. Aber der Vogel war ausgeflogen und das Nest leer. Na, dagegen läßt sich nichts sagen. Sie haben mit sich zu tun und sollen nicht meinetwegen zu Hause hocken. Na, kam also Montag wieder. Sie waren zu Hause. Na, sah Sie hinter dem Fenster, wurde aber nicht eingelassen.“

„Na, habe nicht gehört, daß jemand geklopft hat,“ versicherte sie mit einem Kreimut, der für mich, der ich ihr Wesen und ihren ganzen Tonfall noch von alten Tagen her kenne, völlig überreute. „Worum hätte ich Sie denn nicht herein lassen sollen?“

„Na, wie kann ich das wissen, Lola? Vielleicht haben Sie mich alten Kungesellen satt. Vielleicht habe ich, ohne zu wollen, etwas gesagt oder getan, was Ihnen mißfallen hat, und da sollte ich bestraft werden.“

„Das glauben Sie doch selbst nicht, Faber. In meinem Leben habe ich keinen rücksichtsvolleren Menschen getroffen, als Sie es sind.“

„Na, ja gelogen,“ sagte ich. „Aber auch wenn es wahr wäre, so täte ich weiter nichts als meine Pflicht zum Dank für die kameradschaftliche Art und Weise, in der Sie mich immer aufnahmen.“

„Na, kann es bezeugen,“ ergriff Olgas Nähkollegin das Wort (Madame Söberg heißt sie und ist Söldnerswitwe), „daß Lola, sobald sie einmal aus dem Hause gewesen ist, gleich fragt: Herr Faber ist doch wohl nicht hier gewesen, während ich fort war. Wenn er nur nicht krank ist.“

Mein Mikstranen schwand wie Lan vor der Sonne, und während die Maschinen um die Wette surrten, hielten Lola und ich unser Schwätzchen, O, diese Stunden bei ihr sind Balsam mein Herz

Madame Söberg redet so gut wie nichts, kummert sich bloß um ihre Näherei. Trotzdem wünsche ich sie zum Bloßberg, denn ich kann doch nicht so mit Lola sprechen, wie wenn wir unter vier Augen sind. Und ich kann es auch Lola anmerken, wie sie sich ob und zu unterbricht und oft mitten im besten aufhört — offenbar, weil wir nicht allein sind und sie nicht jeden an ihren Gedanken und Erlebnissen teilnehmen lassen will.

Bald darauf bereitete Lola Kaffee, ich spendierte ein Quat Bunisch und ein paar Zigaretten, die ich mitgebracht hatte.

Skaun hatten wir uns den Kaffee zu Gemüte gezogen, so bumberte es gegen die Tür und herein stürmte ein großes fettes Weib unter Gelärm und Geschrei:

„Daß! mir's schon, daß Ihr Kaffee trinkt, Kinder,“ schrie sie. „Geht mir 'n Tropfen ab!“

Und sie wartet sich auf einen Stuhl, daß er frachte.

„Bist du betrunken, Fedese! Wie beträngst du dich!“ unterbrach Lola sie scharf. „Willst du dich nicht ordentlich betragen, so kommst du wegbleiben, hab' ich dir gesagt! Bei dir zu Hause kannst du Mordal machen — bei mir nicht. Du sollst dich schämen, Geh deiner Bege!“

„Na, Lolachen, gib mir 'ne Tasse Kaffee, ich habe heut' noch keinen Bissen Essen in den Mund gekriegt.“ Kam es flehend.

„Natürlich sollst du eine Tasse bekommen, aber du nimmst dich zusammen!“

Serein brachte Lola eine große Tasse Kaffee und einen mächtigen Runkel Weißbrot.

„Kannst du mehr essen, bekommst du mehr!“ Bei der Stodumtheit, die im Zimmer herrschte, hatte die Fedese mich noch nicht gesehen.

„Na, schließlich in die Küche hinaus. Lola war sofort da.“

„Sie dürfen nicht gehen, Faber.“  
 „Fürchte, ich geniere,“ sagte ich.  
 „Im Gegenteil. Na, bitte Sie, zu bleiben.“  
 Sie zündete die Lampe an.  
 „Kommen Sie nun mit hinein, Faber.“  
 Natürlich gehorchte ich.  
 Die Fedese stand auf und knickte.  
 „Na, dachte, ihr wäret allein. Ich habe den Herrn nicht gesehen; entschuldigt.“

„Deshalb kannst du dich doch ordentlich betragen,“ sagte Lola. „Sonst kommst du mir nicht über die Schwelle.“

Die Fette sah ganz eingeschüchtert da. Dann kamen die Nähmaschinen in Gang. Lola sang ein englisches Liedchen, dann ein russisches; immer bei der Arbeit.

Dann brach ich auf.  
 „Kommen Sie bald wieder, Faber,“ waren Lolas letzte Worte, als sie mich hinausbe-

## Wien, 16. März.

Der Akt des Zaren, durch den die Auflösung der Duma verfügt wurde, gab das Signal zum Ausbruche der Petersburger Revolution. In der Geschichte der gewalttätigen Umstürze der Staaten zeigen sich merkwürdige Analogien und was sich jetzt in der russischen Hauptstadt ereignete, erinnert an jene denkwürdige Szene in Versailles, da Mirabeau dem Sprossling Ludwig XVI., der auch die Auflösung der Nationalversammlung verfügen wollte, zurief: „Sagen Sie Ihrem Herrn, daß wir hier durch den Willen des Volkes versammelt sind und nur der Gewalt der Bajonette weichen werden.“ Der Präsident der Duma, Herr Rodzjanko, hat es allerdings leichter als der Graf Mirabeau. Denn es wurde bald klar, daß die Gewalt der Petersburger Bajonette auf Seite der Duma standen. So konnte es denn geschehen, daß ein in der Geschichte der Revolutionen unerhörtes Ereignis sich vollzog, daß sämtliche Minister verhaftet und ins Gefängnis geworfen wurden, ohne daß, wenigstens soweit bisher bekannt ist, irgend ein nennenswerter Widerstand sich geltend gemacht hätte. Ein sonderbarer Zufall der Geschichte will es, daß auch bei der Petersburger Revolution die Iden des März des kritische Moment waren und daß beinahe auf den Tag sich im Jahre 1917 in der russischen Hauptstadt Ereignisse vollzogen, die eine äußerliche Ähnlichkeit mit den Geschehnissen der Märztage des Jahres 1848 in den Metropolen der Zentralmächte haben. Allerdings so gründlich, wie die Revolutionäre von Petersburg mit der russischen Regierung verfahren, ist noch keine umstürzlerische Gewalt mit den früheren Machthabern umgegangen. Ein ganzes Ministerium ins Gefängnis geworfen! Das läßt wohl auf eine sorgfältige und lang vorbereitete Aktion schließen und die Duma hatte gewiß nur den Augenblick erwartet, in dem sie Gelegenheit hätte, der Gewalt Gewalt entgegenzusetzen.

An der Spitze der neuen revolutionären Regierung steht der Dumapäsident Rodzjanko. Der Vollzugsausschuß der Duma, der in Petersburg die Macht an sich gerissen, hat einen Aufruf erlassen, der in mehr als einer Beziehung hochbedeutend ist. Es wird darin, ein in Rußland unerhörtes Ereignis, der Grundsatz der Souveränität des Volkes proklamiert, denn es soll eine Regierung geschaffen werden, die den Wünschen des Volkes entgegenkommt und dessen Vertrauen genießt. Das geschieht in dem Staate, als dessen Grundlage bisher die Autokratie galt. Aber noch mehr! In dem Manifest



# Blatt

is für Österreich-Ungarn: Täglich einmalige Postversendung; Jährlich K 42.60  
in K 21.20; vierteljährlich K 10.60; monatlich K 3.50. Täglich zweimalige Post-  
e: Jährlich K 60.40; halbjährlich K 25.20; vierteljährlich K 12.60; monatlich K 4.20.  
is für das Ausland: Vierteljährlich bei direktem Bezug unter Kreuzband: Für  
nd K 12.--, für alle anderen Länder K 10.50. Bei den Postämtern: in Deutschland  
Pf.; in der Schweiz 11 Frk. 65 Cent.; Italien 11 Frk. 35 Cent.; Serbien 13 Frk.  
Bulgarien 13 Frk. 60 Cent.; Rumänien 13 Lei 80 Bani; Aegypten 650% Millimes;  
Rußland 4 Rub. 6 Kop.

W. Nummer: Schriftleitung 339. 6822. Haupt-Verwaltung 3365, Vertriebsstelle 1024,  
Druckerei 3365.

71. Jahrg.

## Thron. Regenten bestellt.

Wien, 16. März.

Das Verhängnis nimmt in Rußland seinen Lauf. Nikolaus II. hat abgedankt. Er unterwirft sich der siegreich gebliebenen Revolution, er wagt es nicht, den Kampf um seine Krone anzunehmen und so hat er dem aufgehört, der Zar von Rußland zu sein.

Mit wahrhaft dramatischer Wucht überstürzen sich die Ereignisse im Zarenreiche. Mitten im Weltkriege, den er heraufbeschworen hat, stürzt der Zar, weil er offenbar sich selbst unter seinen Soldaten nicht sicher fühlte, weil zweifellos auch die Armee vom Geiste des Umsturzes ergriffen war. Nikolaus II. ist einer der Hauptschuldigen an der großen Katastrophe des Weltkrieges. Die Mobilmachung des russischen Heeres in den letzten Julitagen des Jahres 1914 erfüllte die letzte Hoffnung, das große Unglück, welches seit 2½ Jahren die Menschheit heimsucht, zu verhüten. Die russische Kriegspartei glaubte eben, daß der Moment gekommen sei, ihre hochstehenden Träume zu erfüllen und seit Jahren wurden im Zarenreiche die Vorbereitungen zu dem großen Kampfe getroffen. Die pan-slawische Idee feierte Triumphe. Zertrümmerung unserer Monarchie, Vernichtung der Türkei, Eroberung von Konstantinopel, Niederwerfung des Deutschen Reiches, Unterjochung des Balkans — das waren die hochstehenden Pläne, die durch den Weltkrieg für Rußland verwirklicht werden sollten.

Nikolaus II., der Herrscher, der den Friedenskongreß von Haag ins Leben rief, hat den fürchterlichsten Krieg der Weltgeschichte entfesselt. Er machte es dem Kaiser Wilhelm unmöglich, zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland zu vermitteln, und in den kritischen Julitagen des Jahres 1914 sandte er an den deutschen Kaiser Telegramme, die ein ewig schändliches Denkmal von Hinterlist und Lüge bleiben werden.

Nun hat ihn das Schicksal erreicht. Er hoffte, daß der Krieg seinen Thron, der schon einmal so bedenklich ins Wanken geraten war, stützen werde, und statt dessen sieht er sich zur Abdankung gezwungen, muß er die Krone niederlegen.

Nach niemals hat wohl die Geschichte einen Herrscher gesehen, dessen Regierung so blutig und unglücklich war, wie die des Zaren Nikolaus II. Bei seiner Krönung am Winterfelde — es war dies gleichsam eine Vorbedeutung der furchtbaren Zukunft — ereignete sich die schreckliche Katastrophe, daß mehr als 5000 Menschen zugrunde gingen, als sie sich drängten, um die Krönungsbecher zu erhalten. Und dann folgte Unglück auf Unglück, Katastrophe auf Katastrophe. Von einer Revolution zur anderen taumelte das Land, von einem Krieg in den anderen wurde es hineingetrieben. Immer und überall ertönte die Hölle. Nikolaus II. schmachlichen Schiffbruch. Rußland wurde von Japan besiegt und mußte auf seine Träume, die Vormacht Ostasiens zu werden, verzichten. Der Revolution im Jahre 1905 konnte der Zar nicht Herr werden, er war gezwungen, die Duma zu schaffen, und wenn er auch durch einen Staatsstreich den größten Teil seiner Zugeständnisse wieder zunichte machte, die alte Autokratie vermochte er nicht wieder aufzurichten.

Ein Herrscher von schwächstem Charakter, der ein Spielball der verschiedensten Einflüsse war, ein Mann ohne hervorragende Geistesgaben, hat Nikolaus II. sich niemals einer schwierigen Situation gewachsen gezeigt. Energie besaß er nicht, wohl aber ließ er sich, wie dies gerade bei schwachen Menschen der Fall ist, oft zu unüberlegten Gewalttätigkeiten hinreißen. So war er denn einer der verhängnisvollsten Regenten Rußlands und die Annalen seiner Ge-

### Ermordung des Botschafters Buchanan?

St. Berlin, 16. März. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Stockholm: Soeben kommt aus Haparanda die Meldung, ein dort angelommener Reisender aus Petersburg wolle wissen, daß der englische Botschafter Sir G. Buchanan ermordet worden sei.

Wenn sich diese sensationelle Meldung bestätigen sollte, so kann diese Tat nur von den Anhängern der bisherigen Regierung verübt worden sein, die in Buchanan den Haupt Urheber der Revolution sieht und beiseite jagen wollen.

St. Berlin, 16. März. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Aus dem Haag wird berichtet: Der „Times“-Korrespondent berichtet, daß Buchanan nachmittags 4 Uhr aus Finnland nach seiner Botschaft zurückgekehrt sei. Dabei seien ihm die Kugeln über den Kopf geflogen.

### Das russische Revolutionstabinett.

Fürst Lwow Premierminister, Miljukow Minister des Aeußern.

St. Petersburg, 16. März. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Der Vollzugsausschuß der Reichsduma veröffentlicht folgende Liste des neuen nationalen Kabinetts:

- Fürst Lwow, Präsident des Senatsverbandes, wird zum Ministerpräsidenten und Minister des Innern,
- der Abgeordnete für Petersburg Miljukow zum Minister des Aeußern,
- der Abgeordnete für Saratow Kerenski zum Justizminister,
- der Vizepräsident der Reichsduma Urasow zum Verkehrsminister,
- der Abgeordnete für Koptroma Konowalow zum Minister für Handel und Industrie,
- der Professor an der Universität in Moskau Manuilow zum Minister für öffentlichen Unterricht,
- das Mitglied des Reichsrates und frühere Präsident der dritten Reichsduma sowie Präsident der vereinigten Ausschüsse der mobilisierten Industrie Gutschkow wird zum Kriegsminister und interimistisch zum Marineminister,
- der Abgeordnete von Petersburg Schingarew zum Ackerbauminister,
- der Abgeordnete von Kiew Tereščenkows zum Finanzminister und
- der Abgeordnete von Kasan Gubnew zum Reichskontrollleur ernannt.

Der neue russische Ministerpräsident, Fürst Lwow, ist Mitglied der Progressivpartei und zählt zu den hervorragendsten Politikern von Moskau. An der Revolution des Jahres 1905 hatte er intensiven Anteil genommen. Als er zum Bürgermeister von Moskau gewählt wurde, verweigerte ihm die Regierung die Bestätigung. Im Jänner 1909 forderbe er auf einem Bankett der slavischen Kulturgesellschaft die Annäherung Rußlands an die Westslawen. Auch während des Weltkrieges hielt er wiederholt scharfe Reden gegen das herrschende System.

Der Kadettenführer B. N. Miljukow zählt zu den bekanntesten Politikern Rußlands und wurde spöttisch der „ewige Anwärter auf das Haus an der Sängerbühne“ genannt. Seine letzte sensationelle Rede in der Duma steht noch in frischer Erinnerung. Im August 1909 richteten die Extremisten eine Massenpetition an den Zaren, worin sie die Ausweisung Miljukows forderben. Miljukow ist von Beruf Professor der Geschichte und wirkte als solcher lange Zeit in Sofia. Er hat England und Frankreich wiederholt bereist und weilte auch mehrmals in Wien. Mit Sazonow ist er intim befreundet. Mit Hessen hat er die „Kessch“ begründet. Seit Kriegsausbruch ist er, namentlich seit sein Sohn fiel, sehr chauvinistisch. In letzter Zeit stand er zweimal im Mittelpunkt von Sensationsaffären: Als ein gewisser Prochowski, von den Reaktionsären gebungen, ein Attentat gegen ihn organisierte, und als ihn Stürmer wegen Verleumdung klagte.

Der Saratower Deputierte Kerenski, dem das Justizportefeuille übertragen wurde, ist Führer der Arbeitspartei. Im August 1915 — er ist überhaupt durch die aggressiven Reden und durch seine oratorischen Fertigkeiten bekannt — kündigte er einen Massenschritt der Provinzpresse gegen die Militärzensur an. Im Oktober 1915 forderbe er die Duma auf, das Volk in einem Aufrufe zur Revolution zu bewegen. Im Februar 1916 interpellierte er Sazonow wegen der Sonderfriedensgerüchte und der Affäre Rubinstein. Im März 1916 weilte er, angeblich erkrankt, im finnischen Sanatorium Grankula. In Wirklichkeit organisierte er die revolutionäre Bewegung in Finnland. Zu Beginn des laufenden Jahres bezeichnete er in seiner Rede den Friedensschritt des Vierbundes als einen Akt von hoher Weisheit, der die Verantwortung für das weitere Blutvergießen auf die Entente wälze.

Der neue Unterrichtsminister Professor Manuilow erregte im April 1916 Sensation, als er auf dem Moskauer Städtetage erklärte, die Kriegskosten Rußlands seien nicht mehr zu bedenken und Rußland müsse energisch von seinen Alliierten ausgiebige finanzielle Hilfe verlangen. Manuilow war bis 1912 Rektor der Universität Moskau und wurde dann wegen seiner politischen Gesinnung gemäßigert, worauf der Lehrkörper der Universität sich mit ihm solidar erklärte und gleichfalls zurücktrat.

Der neue Kriegsminister A. J. Gutschkow wurde im März 1910 Präsident der Duma. Er ist berühmt, durch seine Tatkraft und seinen persönlichen Mut — er hat freiwillig am Burenkrieg teilgenommen. Während des Weltkrieges ist er Bevollmächtigter des Roten Kreuzes, Präsident des kriegsindustriellen Komitees und weilte wiederholt in den Schützengräben. Anfangs 1916 erkrankte er so schwer, daß an seinem Aufkommen gezweifelt

wurde. Die Gründung der Oktoberpartei ist einzig und allein sein Werk. Einer Kaufmannsfamilie angehörend, interessiert er sich besonders für kommerzielle Fragen. Sein Bruder war lange Bürgermeister von Moskau. Gutschkows Verhältnis zu Miljukow ist nicht besonders freundschaftlich. Im Juli 1910 bereiste Gutschkow den Balkan, im Mai 1912 wurde wegen seines Duells mit dem Obersten Mjasojedow gegen ihn ein Strafverfahren eingeleitet. Im März 1911 trat Gutschkow vom Dumapräsidenten zurück und reiste nach Ostasien. Im Oktober 1914 holte Gutschkow die Leiche des in Ostpreußen gefallenen russischen Generals Samsonow ab, die Deutschland bekanntlich der Witwe auslieferte. Gutschkow hat jetzt interimistisch auch das Marineportefeuille übernommen.

Der Petersburger Abgeordnete Schingarew ist Ackerbauminister geworden. Im März 1916 hat er in seiner sensationellen Dumarede dem Finanzminister vorgeworfen, daß dieser die Bevölkerung systematisch täusche. Er verglich die gegenwärtige Lage Rußlands mit jener während des japanischen Krieges. Im April 1916 warf er der Regierung Kopflosigkeit vor und forderbe, daß diese von den Alliierten in jeder Beziehung reichlichere Hilfe als bisher verlange. Großes Aufsehen hatte im Juni 1914 seine Rede über die mangelnde Ausbildung der russischen Generale, sowie über deren geringe Frontkenntnisse erregt.

Der neue Finanzminister ist der Kiower Abgeordnete Tereščenkows, ein mehrfacher Millionär und einer der bekanntesten Zuckermagnaten.

### Der Vollzugsausschuß der Reichsduma.

St. Kopenhagen, 16. März. Der von der Reichsduma eingesetzte Vollziehungsausschuß besteht aus folgenden Personen:

- Dem Vorsitzenden der Reichsduma Rodzjanko,
- dem Führer der sozialdemokratischen Reichsdumafraktion Tschcheidze,
- dem Führer der Arbeitspartei Kerenski,
- dem Kadettenführer Miljukow,
- dem Angehörigen der Oktoberfraktion Oberst Engelhardt,
- dem Vizepräsidenten der Reichsduma Kadetten Konowalow,
- dem Kofalenoffizier Karaulow,
- dem ersten Reichsdumasekretär Dimitrijukow,
- dem zweiten Reichsdumasekretär Nischewski,
- dem Oktoberistenführer Schidlowski,
- dem Kadetten Kletessow,
- dem Führer der gemäßigten Oktoberisten Fürst Lwow und
- dem Führer der Linksnationalisten Schulgin.

### Der Verlauf der Revolution.

St. Petersburg, 15. März. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) In der Nacht zum Montag wurde eine geheime Sitzung der Duma

abgehalten. Am frühen Morgen Montags erklärten verschiedene Garde-Regimenter, daß sie auf die Seite des Volkes treten wollten; einige Offiziere wurden getötet. Andere Regimenter schlossen sich ebenfalls der Bewegung an. Das Hauptquartier der Artillerie wurde überwältigt und der Kommandant getötet. Auch die Peter Pauls-Festung wurde genommen

und das Gefängnis geöffnet. Die Zitabelle ist jetzt das Hauptquartier der revolutionären Streitkräfte.

Als die Mitglieder der Duma am Montag zur Sitzung kamen, fanden sie einen kaiserlichen Erlaß vor, wonach die Sitzungen bis zu einem nicht späteren Zeitpunkt als Mitte April vertagt werden sollen. Die Parlamentsführer beschloßen jedoch, daß die Duma nicht auseinandergehen sollte.

Präsident Rodzjanko telegraphierte an den Zaren, die Lage sei ernst, in der Hauptstadt herrsche Anarchie; die Regierung sei gelähmt; der Transport von Lebensmitteln und von Heizmaterial sei völlig desorganisiert; die Unzufriedenheit steige;

auf der StraÙe feuerten die Truppen aufeinander; es sei notwendig, sofort jemand, der das Vertrauen des Landes genieße, mit der Bildung einer neuen Regierung zu beauftragen.

Rodzjanko telegraphierte die Botschaft gleichzeitig an den Chef des Generalstabes Aleksejew und an die kommandierenden Generale an der Front, die er aufforderte, ihren Einfluß auf den Zaren zur Unterstützung des Appells der Duma aufzuwenden.

Gegen 1 Uhr nachmittags kam eine Abordnung der aufrührerischen Truppen

zum Duma-Gebäude, um zu hören, welche Haltung die Duma einnehmen würde. Präsident Rodzjanko teilte der Abordnung den Beschluß der Parteiführer zugunsten einer Veränderung der Regierung mit und betonte, daß die Ruhe und Ordnung aufrechterhalten werden müßten. Die Duma wählte ein Komitee aus zwölf Mitgliedern zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Die Abgeordneten der äußersten Rechten wohnten der Sitzung nicht bei.

Um 2 Uhr kamen neue Truppen bei der Duma

an, die mit lebhaften Zurufen begrüßt wurden. Die militärische Wache der Duma wurde durch Aufständische ersetzt. Der Offizier der Wache wurde auf der StraÙe verwundet. Um halb 3 Uhr wurde der Präsident der Ersten Kammer gefangen genommen, die Häuser vieler Minister durchsucht.

Ministerpräsident Fürst Golizyn telephonierte, daß er zurücktrete. Die Revolutionären setzten sich inzwischen des verhafteten Kresty-Gefängnisses bemächtigt und setzten alle politischen Gefangenen in Freiheit. Ebenso wurden die Frauen befreit, die sich in Untersuchungshaft befanden. Das Hauptbureau

der Geheimpolizei wurde zerstört und das gesamte Archivmaterial, das sich auf politische Personen und Organisationen bezieht, verbrannt.

Abends äußerten sich alle Truppen von Petersburg, sowohl die Land- als auch die Marine-Streitkräfte, daß sie sich auf die Seite des Volkes stellen. Die Truppen aus Kronstadt kamen nach Petersburg, um sich der Bewegung anzuschließen; sie waren aber nicht von vielen Offizieren begleitet.

Die Straßen sind jetzt sicher. Einige Polizeibureau sind verbrannt oder zerstört als Racheakt gegen die Polizei, die von den Dächern der Häuser das Volk mit Maschinengewehren und Handgranaten beschöß. Schätzungsweise sollen

einige Hundert Zivilisten verwundet worden sein. Die militärische Polizeimacht ist jetzt organisiert.

### Weltre Einzelheiten.

St. Kopenhagen, 16. März. Ueber die russische Revolution und ihre Entwicklung erfährt der Korrespondent der „Politiken“ in Haparanda eine Reihe von Einzelheiten, in denen es u. a. heißt:

Die Revolution wurde Donnerstag mit Straßenkundgebungen eingeleitet, die die Behörden nicht zu unterdrücken vermochten. Freitag und Samstag ereigneten sich ernste Zusammenstöße zwischen Gendarmen und der Volksmenge. Auch Militär griff ein und schoß auf das Volk. Eine große Anzahl Personen wurde getötet oder verwundet. Sonntag ging ein großer Teil des Heeres zu den Revolutionären über, worauf eine förmliche Schlacht zwischen den Regierungstruppen und den Truppen der Revolutionären

entbrannte. Die letzteren wurden durch zahlreiche Zivilisten unterstützt, die mit Gewehren und Revolvern ausgerüstet waren. Die Regierungstruppen setzten sich im Mittelpunkt der Stadt fest, beherrschten alle Hauptstraßen und beschossen das Volk mit Maschinengewehren und Gewehren.

Die Revolutionäre beherrschten die andere Seite der Rewa und rückten von dort über die Rewa-Brücken trotz heftiger Beschießung vor. Auf beiden Seiten gab es zahlreiche Verluste. Auch Montag noch, nachdem bereits der Aufruf der Duma veröffentlicht worden war, dauerten die Straßenkämpfe an. Erst Dienstag hörten sie größtenteils auf, da zehn weitere Regimenter, die den überwiegenden Teil der Garnison ausmachten, zu den Revolutionären übergingen. Die Revolutionäre hatten ihr Hauptquartier beim finnischen Bahnhof aufgeschlagen und beherrschten dort die Verbindungen mit dem Auslande über Finnland. Seit Montag ist von dort kein Zug mehr abgefahren, mit Ausnahme eines Smalidenzuges, der gestern in Tornea eintraf. Die Gendarmen, die den Zug begleiteten, waren vor der Abreise in Petersburg von den Revolutionären ihrer Waffen beraubt worden und machten einen bedauernden Eindruck. Sie teilten mit, die Revolutionäre hätten die Zinsassen des Kresty-Gefängnisses freigegeben. Die Reisenden, die gestern in Haparanda eintrafen, kamen nicht aus Rußland, sondern aus Finnland, was mit Rußland keine Verbindung mehr hat.

Ein Augenzeuge berichtet, daß

### Samstag der blutigste Kampftag

gewesen sei. Die Regierungstruppen hätten in Schützenlinien Aufstellung genommen und die Kasan-Kirche von den Straßen aus beschossen. Auch Montag waren alle Straßen und Kais von erregten Volksmassen angefüllt. Militärautomobile, in denen Soldaten und Arbeiter Seite an Seite saßen, fuhren durch die Straßen. In einigen von ihnen befanden sich Dumamitglieder, die an die Volksmassen Ansprachen hielten und den Aufruf des Exekutivkomitees vorlasen. Alle Straßen bis in die Vorstädte waren von bewaffneten Menschenmassen erfüllt, die singend vorwärts drangen. Selbst Frauen und Knaben waren an diesen Tagen mit Revolvern bewaffnet.

### Berichte der „Times“.

St. Amsterdam, 16. März. „Telegraf“ gibt ausführliche Meldungen der „Times“ vom 13. März über die russische Revolution wieder. Demnach kam es Sonntag zu neuen Straßenkämpfen,

die einen viel größeren Maßstab annahmen als die am Freitag. Das schöne Wetter hatte die Bevölkerung aus den Häusern gelockt und die vergeblichen Versuche, die Straßen freizuhalten, scheinen zu den ersten Befehlen geführt zu haben, auf die Menge zu feuern.

### Die Meutereien der Gardetruppen

sollen ihren Anfang genommen haben, als ein Student dem Kommandanten der Truppen den Säbel entriß und ihm damit erhebliche Wunden beibrachte.

Die Dumakommission hatte sich versammelt, um über die Lebensmittelfrage zu beraten, und alle Mitglieder, die den Taurischen Palast erreichen konnten, waren beisammen. Es gingen Gerüchte um, daß Protopopow zurückgetreten sei und daß die Bestätigung davon am nächsten Tage nach der Rückkehr des Zaren zu erwarten stände.

Montag früh wurde bekannt, daß die Duma auf zwei Monate vertagt werden solle. Drei Garde-Regimenter und verschiedene Linien-Regimenter hatten sich den Abgeordneten angeschlossen. Das Arsenal war durch aufständische Truppen besetzt. Maschinengewehre, Gewehre und Munition wurden unter das Volk verteilt. Später hatten die Führer der Duma eine Konferenz mit Abgeordneten der aufständischen Truppen, deren Zahl auf 30.000 angegeben wird. Sie hätten beschloßen, ein Komitee von zwölf Mitgliedern

Wien, 17. März.

Gleichsam, als ob er eine Siegesbotschaft zu verkünden hätte, teilte der englische Schatzkanzler im Tone größter Genugtuung dem Unterhause die Nachricht von der Abdankung des Zaren mit. Die Rücksichtslosigkeit der britischen Politik hat zwar die Welt an so manche merkwürdige Dinge gewöhnt, allein, was jetzt England im Zarenreiche unternahm, übersteigt selbst die kühnsten Begriffe, die man sich von der ränkenreichen und egoistischen Politik des „perfiden Albion“, wie die Franzosen früher so gerne den jetzigen Bundesgenossen nannten, gemacht hat. Zar Nikolaus war mehr als zwei Jahre der Bundesgenosse Großbritanniens, er ist der Vetter des Königs von England, seine Armeen haben unter seinem Oberbefehle im Vereine mit England gekämpft, und nun wird er mit einer kühlen Handbewegung weggeschoben und Herr Bonar Law, als offizieller Sprecher der englischen Regierung erklärt, er atme infolge der russischen Revolution erleichtert auf. Gewiß mußte der englische Schatzkanzler auf das Publikum, vor welchem er sprach, Rücksicht nehmen und er war wohl vor allem dazu genötigt, die öffentliche Meinung Englands, welche ohnehin durch den U-Bootkrieg tief beunruhigt ist, nicht noch weiter zu entmutigen. Er stellte daher den Umsturz in Rußland in einem möglichst günstigen Lichte dar, allein der kalt-egoistische Ton seiner Mitteilungen übersteigt doch jedes bisher für möglich gehaltene Maß. Wenn noch ein Zweifel bestehen konnte, daß die britischen Staatsmänner ihre Hand bei der Herbeiführung der russischen Revolution im Spiele hatten, so muß er jetzt schwinden, umso mehr, als die neue russische Regierung die Namen von Männern enthält, welche direkt Werkzeuge des Sir George Buchanan gewesen sind. Vor allem ist die Ernennung des Herrn Miljukow zum Minister des Aeußern kennzeichnend, denn dieser Politiker stand offen in Verbindung mit dem britischen Botschafter und war dessen auserlesenes Sprachrohr. Niemals wohl hat eine kühnere und unersrorenere Einmischung in die entscheidendsten inneren Angelegenheit eines Staates von Seiten einer fremden Macht stattgefunden, wie dies jetzt Rußland von dem ihm verbündeten Großbritannien

Wien) und auf der Seite von März 126 (Vorstand des Starke) wiesen wir feindliche Abteilungen ab und machten einige Gegenstände.

## Das künftige Parlamentsverfahren.

Von Dr. Karl Meißner.

Staatsratsdirektor des Abgeordnetenhauses.

Ein kleines, ehemals rotes, jetzt grünes Gestein. Parlamente sind aufgelöst und gewählt worden, Regierungen zugegangen und gekommen — das Gestein ist, so gut als unberührt vom Wandel der Dinge, auf dem Tisch des Hauses liegen geblieben. Es ist von den Geschäftsordnungen sämtlicher großen parlamentarischen Körperschaften Europas, vielleicht der ganzen Erde, diejenige, die sich am längsten unverändert erhalten hat. In den übrigen Volksvertretungen waren Reformen des formalen Verfahrens in den letzten Jahrzehnten ziemlich häufig. Die Geschäftsordnung des österreichischen Abgeordnetenhauses hat sich als widerstandsfähig genug erwiesen, um entweder von vornherein die ihre Integrität bedrohenden Angriffe abzuweisen oder Abänderungen, die ihr aufgezwungen wurden, bald wieder wie einen Fremdkörper auszustoßen. Die einzigen zwei Reformen, denen diese Geschäftsordnung unterzogen wurde und die tiefer griffen, bei denen sozusagen das Messer am Kern saß, waren die Verfassung vom November 1897 mit der Ausschließung von Abgeordneten und die Verfassung vom 1909, welche die Freinachung der Tagesordnung zum Gegenstande hatte. Beide Reformen waren Provisorien, von denen das erste die Stürme dreier Sitzungstage nicht überdauert hat. Das zweite fristete sich einige Jahre fort und lief im Mai 1914, kurz nach der letzten Tagung des Reichsrates vor dem Kriege, ab. Es steht dahin, ob es erneuert worden wäre. Geltung behalten hat bloß die in den Jahren 1908 und 1909 beschlossene Vermehrung der Stellen der Vizepräsidenten und der Schriftführer. Dieses Richtige ist alles, was seit dem 2. März 1875, dem Geburtstag der heutigen Geschäftsordnung, zahllose Reformversuche zustande gebracht haben.

Die Geschäftsordnung, für die damaligen Verhältnisse gewiß nicht schlecht konzipiert, war fürs alte parlamentarische Handwerk geschaffen, nicht für einen Fabriksbetrieb, wie ihn die umfangreichen, vielfältigen Verhandlungen eines modernen Volkshauses notwendig machen. Die würdevollen, sakramentalen Formen zu beobachten, mit denen sie den Geschäftsgang auf Schritt und Tritt umgibt, hat man jetzt einfach nicht die Zeit und Ruhe. Die Geschäftsordnung schreibt vor, daß Interpellationen an die Minister vor dem versammelten Hause vorzulesen sind. In den sechs Jahren der achten Reichsratsession, in der die Geschäftsordnung beraten und angenommen wurde, mag es noch angegangen sein, daß sich das Haus die insgesamt eingebrachten 249, meist sehr kurzen Interpellationen vorlesen ließ. In den sechs Jahren der siebzehnten Session, zu Beginn des neuen Jahrhunderts, konnte sich das Haus nicht mehr damit unterhalten, den Wortlaut von 11.591 Interpellationen, von denen viele die Dicke eines Buches hatten, anzuhören. Der Geschäftsordnung sind die Geschäfte über den Kopf gewachsen. Wollte das Haus in den neueren Sessionen vorwärts kommen, so mußte es sich über sein eigenes Statut hinwegsetzen. Immer weiter ist die Praxis von der Norm abgewichen, und in keinem anderen Parlament deckt sich heute das wirkliche Verfahren so wenig mit der geschriebenen Geschäftsordnung als im Abgeordnetenhause des Reichsrates. In arbeitswilligen, obstruktionsfreien Tagungen hält sich weder das Haus noch der Präsident an das Hausgesetz, die Geschäftsordnung, was allerdings dem bei dem Werke der Gesetzgebung zusehenden Volke, von dem Gehorsam gegen die Gesetze gefordert wird, kein nachahmenswertes Beispiel gibt. Und geht der Geist der Obstruktion um, so ist das Haus wie gelähmt, weil die obstruierende Partei Einhaltung der Geschäftsordnung verlangt. Sobald der Präsident verhalten wird, nach der Geschäftsordnung vorzugehen, so etwa die wörtliche Verlesung der Interpellationen anzuordnen, steht jede gemeinnützige Tätigkeit im Hause still.

Um aus diesen Zuständen herauszukommen, hat man es nicht nötig, sich viel nach ausländischen Vorbildern zusehen. Man braucht nur die heimische Praxis, die sich in normalen Zeiten außerhalb der Geschäftsordnung oder

ganzen Deutlichkeit und diese Nachahmungen bekannt. Lloyd-George hat kürzlich ein wahres Wort gesprochen: „Das beste Mittel, Zeit zu gewinnen, ist, sie nicht zu verlieren.“ Man soll auch vom größten Gegner lernen. Das Abgeordnetenhause wird für seine verfassungsmäßigen Obliegenheiten hinlänglich Zeit übrig haben, wenn es nicht mehr durch seine Geschäftsordnung gezwungen sein wird, sie an Formalien zu verschwenden. Je mehr sich die Agenden des Hauses erweitert und angehäuft haben, desto mehr bemüht sich denn auch seine Präsidenten, eine freiere, erpeditivere Behandlung der Geschäfte, selbst wider die Geschäftsordnung, durchzusetzen, und man ist es der geschichtlichen Gerechtigkeit schuldig, daran zu erinnern, daß es die Präsidentschaft, um nicht zu sagen Parlamentsdikatur, Baron Chlumetzky war, unter der zum erstenmal, aber auch am kraftvollsten und mit nie wieder erreichtem Erfolg mit den Umständen der Geschäftsordnung aufgeräumt wurde, um des Zweckes willen, die Leistungsfähigkeit des Hauses zu steigern. Nur gegen eine Bestimmung der Geschäftsordnung konnte Baron Chlumetzky nicht aufkommen, gegen die Zehnminutenpause. Ihr stand selbst er bei der Obstruktion des Jahres 1895, der ersten im Abgeordnetenhause, hilflos gegenüber.

Zugleich mit der Vereinfachung des Vorgehens muß dem Präsidenten die Handhabung und Auslegung der Geschäftsordnung anvertraut werden. Heute ist der Präsident bei seiner Geschäftsführung den mannigfaltigsten Einprüchen aus dem Hause ausgesetzt, die er dem Hause zur Entscheidung vorlegen muß. So bei der Reibung der Abstimmungen. Kostbare öffentliche Zeit geht mit den Geschäftsordnungsdebatten und den Abstimmungen verloren, die über diese Einprüche stattfinden haben. Dem Präsidenten muß auch die Erledigung von Angelegenheiten überlassen werden, die, wie die Zurückweisung von Regierungsvorlagen und Anträgen an die Ausschüsse, nach der jetzigen Vorschrift vom Hause besorgt werden sollen.

Ein weiteres Mittel zur Beschleunigung der parlamentarischen Arbeiten läge im Ausbau und der Vervollkommnung der Arbeitsteilung zwischen Haus und Ausschüssen. Die Prüfung einer größeren, schwierigeren Gesetzesvorlage im einzelnen kann nur Sache eines Sachausschusses, nicht eines Hauses von fünfshundertsechzehn Mitgliedern sein. Dem Hause, als der obersten Instanz, wäre die Entscheidung über das vom Ausschusse vorberatene Gesetz als Ganzes vorbehalten. Gegenwärtig wird ein und dieselbe Arbeit zweimal verrichtet. Sowohl der Ausschuss als auch das Haus führen eine eingehende Spezialdebatte durch. Das ist wider die „parlamentarische Dekonomie“, auf die sich schon Präsident Dr. Rechbauer mit Vorliebe berufen hat. Es dürfte sich empfehlen, die Spezialdebatte demjenigen Körper, der sie besser zu erledigen vermag, dem Ausschusse, zu überlassen. Im Hause würde dann, wie dies jetzt schon bei Staatsverträgen geschieht, lediglich eine Generaldebatte stattfinden, nach welcher in einer einzigen Abstimmung die Vorlage in ihrer Gesamtheit angenommen oder abgelehnt wird. Höchstens Anträge auf Rückverweisung der Vorlage an den Ausschuss zu neuerlicher Vorberatung wären zulässig. Die Ausschaltung der Spezialdebatte aus dem Hause wäre von reichlichem Zeitgewinn begleitet. Will man aber der Zukunft nicht so weit vorgreifen, um heute schon die Spezialdebatte völlig aus dem Hause zu beseitigen — wozu man sicherlich einmal sich entschließen wird — so müßte wenigstens ein wohlbegründeter Vorschlag des Präsidenten Dr. Sylvester verwirklicht werden, wonach Abänderungsanträge, die im Hause in der Spezialdebatte zu einer Vorlage gestellt werden, nicht sogleich zur Abstimmung zu bringen, sondern zurück an den Ausschuss zur Vorberatung zu verweisen, sind. Solche im letzten Augenblicke gestellte Anträge haben schon öfter Verwirrung im Hause angerichtet und Widersprüche in ein Gesetz getragen.

Ueberhaupt darf nicht übersehen werden, daß in Österreich so gut wie in allen anderen Ländern das Plenum des Hauses und die Ausschüsse sich allmählich zu ganz verschiedenen Charakteren differenziert haben. Nachdem die Initiative in der Gesetzgebung und die Verfassung der Gesetze entwürfe fast vollständig auf die Regierung übergegangen sind, verblieben dem Parlament nicht so sehr schöpferische Tätigkeiten als die Ueberwachung und Kritik der Regierung und ihrer Maßnahmen. Der Prüfung der einzelnen Regierungsvorlagen haben sich mehr und mehr die Ausschüsse bemächtigt, deren Bedeutung fortwährend im Wachsen ist. Wogegen die Vollversammlung des Hauses zum Schauplatz der großen politischen und wirtschaftlichen Verhandlungen, der Erklärungen der Parteien über die Haltung der Regierung im allgemeinen sich herausgebildet hat. Diese Entwicklung, die sich ununterbrochen fortsetzt, war nicht aufzuhalten und wird es nicht sein. Eine Geschäftsordnungsreform wird ihr Rechnung tragen müssen, indem sie die Angelegenheiten der Technik der Gesetzgebung in die Ausschüsse verlegt und dafür im Parlamentsplenium mehr Raum schafft für die hohe Politik. Auch sonst bieten ja die Volksvertretungen nicht mehr das Bild dar, das sie in der Kindheit des Parlamentarismus gezeigt haben. Ehemals hat man in den Parlamenten Redeschlachten geschlagen, in denen die Gegner sich erhitzen, um einander durch Argumente zu besiegen. Heute sind diese Schlachten im voraus durch Klubbeschlüsse entschieden, und keine Partei zählt damit, durch ihre Gründe die anderen Parteien auf ihre Seite bringen zu können. Ein alter englischer Abgeordneter hat die Summe seiner parlamentarischen Erfahrungen gezogen: „Ich sitze fünfzig Jahre im Palast von Westminster und habe Tausende von Reden gehört. Wenige haben meine Ansichten geändert, nicht eine meine Abstimmung.“

Es gibt sicherlich noch mancherlei Maßregeln, welche die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses nicht unbeträchtlich abkürzen würden. Beschränkungen der Redezeit im Hause und in den Ausschüssen können, wo sich Neigung zur Obstruktion einstellt, wohlthätig sein. Vielleicht befreundet man sich bereinst auch mit der amerikanischen Einrichtung der geschriebenen Reden. Reden werden im Repräsentantenhause der Vereinigten Staaten nicht selten nur zum Teil mündlich gehalten. Dafür legt der Redner ein Manuskript vor, das als keine Rede ins stenographische Protokoll und in die Zeitungen kommt — eine naheliegende, aber ganz sinnreiche Methode, um mit der Verhandlungszeit hauszubalten. Daß man die jetzigen schwerfälligen Abstimmungsarten, zumal die

## Deutschtum und Judentum.

Von Rabbiner Dr. Rosenthal (Köln).

Der Weltkrieg hat mit der scharfen und blutigen Scheidung der Nationen auch den Blick für die nationale Eigenart der einzelnen Völker geschärft und erweitert. Wo früher füllsüßweidig eine enge geistige Verwandtschaft und wesentliche Gemeinsamkeit des Fühlens und Willens angenommen worden war, da hat sich mit einem Schlage eine unüberbrückbare Kluft, ein völliges Anderssein, eine durchaus geteilte Richtung der Welt- und Lebensanschauung herausgestellt. Auf der andern Seite muß sich diese Umwertung und Umgruppierung auch in dem Versuche äußern, vermeintliche Verschiedenheiten auf unserm Gebiete auszugleichen und getrennte Entwicklungen auf eine gemeinsame Wurzel zurückzuführen. Von diesem Gesichtspunkt ist neuerdings von mehreren Seiten die Frage behandelt worden, in welchem innern Verhältnis und Zusammenhang Deutschtum und Judentum miteinander stehen.

An erster Stelle hat Hermann Cohen in einer unter dem Titel „Deutschtum und Judentum“ erschienenen Schrift die Wesensgleichheit dieser beiden Geistes- und Kulturwesen zu begründen und darzustellen versucht; seiner Schrift hat er einen Nachtrag mit dem gleichen Kernwort in dem von Friedrich Thimme herausgegebenen Sammelwerk „Von innern Frieden des deutschen Volkes“ folgen lassen. Den Ausgangspunkt seiner Darlegungen bildet folgende Erwägung: Sowohl Judentum wie Deutschtum haben sich mit einer dritten Volkskraft, nämlich dem Griechentum, schöpferisch verbunden. Darum werden sich in beider Philosophie, Kunst und Religion gleichartige Merkmale und gegenseitige Einwirkungen nachweisen lassen müssen. Zunächst einmal der philosophische Idealismus. Der Urheber der „Idee“ ist Plato. Nicht das unmittelbare Gegebene ist das wirkliche Sein, sondern die in ihm und hinter ihm liegende Idee. Das unmittelbar Gegebene ist lediglich Problem, durch wissenschaftliche Behandlung zu lösende Aufgabe. Das ist der klare und tiefe Sinn des deutschen Idealismus. So hat er sich in den führenden deutschen Geistes als das Gewissen der Wissenschaft, der Philosophie, der Religion erwiesen. Wir haben hier grundsätzliche Berührungen mit dem Judentum. Sein Gott offenbart sich dem Moses am Dornbusch als der Seiende. „Ich bin, der ich bin.“ Alles andre außer mir ist, wie Plato sagen würde, lediglich Erscheinung. So hat das Judentum, sobald es mit dem Griechentum in Berührung kam, denn auch seine Verwandtschaft mit dem Idealismus gefühlt und im Alexandriner Pilo zum klassischen Ausdruck gebracht. Eine weitere Verwandtschaft berühren wir mit den Psalmen. Worin besteht die ästhetische Eigentümlichkeit des deutschen Geistes? Was unterscheidet die Lyrik eines Goethe vom Minnefang, den Troubadours und selbst der Lyrik eines Dante? Cohen meint, daß das deutsche Gemüt aus Luthers Psalmenübersetzung die Reinheit seiner Liebekraft schöpft, von aller Rhetorik und Exotik sich befreit und die ihr anhaftende Natürlichkeit und Wahrhaftigkeit gewonnen hat. „Sehnsucht und Ehrfurcht, was ein Deutscher Liebe nennt“ (Kleist), schmelzen gerade in der Psalmenliebe zusammen, und so sind die Psalmen der Born der Wahrhaftigkeit der deutschen Liebe. Auch die Eigenart der deutschen Musik, unserer idealsten, in reiner Gedankenwelt sich erschöpfenden Kunst, kann nur mit ihrem religiösen Ursprung zusammenhängen; die Musik hat aber bei keinem andern Volk des Altertums eine Pflege gefunden wie im ehemaligen Tempel zu Jerusalem.

Die Verbindung der beiden Volkstypen wurde allerdings erst nach langen Vorversuchen zu einer Tatsache der modernen Kultur. Schon unter Karl dem Großen haben Juden die deutsche Sprache überallhin verbreitet. Die deutsche Mystik wie der deutsche Minnefang rufen Mit- und Nachwirkung im jüdischen Lager hervor. Die deutschen Juden beteiligen sich an der Bearbeitung mittelalterlicher dichterischer Stoffe: Artussage, Schmied Wieland, Tristan und Isolde, Eulenspiegel, sogar Parzival, und zwar in reinem Deutsch. Sie reden den rabbinischen Lehrer nicht mit „Rabbi“, sondern mit Meister an (1542). Und zwei Jahrhunderte später hat Moses Mendelssohn das Deutschtum geradezu zu einer Lebenskraft des Judentums gemacht: er hat die deutsche Sprache als das Heilmittel erwählt, um seine Glaubensgenossen aus dem Ghetto zu erlösen und das Gepräge des deutschen Judentums ihnen einzupflanzen. Um dieselbe Zeit tritt der deutsche Geist in das Zeitalter der Humanität ein. Herder schreibt seine „Briefe zur Beförderung der Humanität“. Derselbe Mann verkündet auch den „Geist der ebräischen Poesie“. Er verkündet damit die tiefe innere Gemeinsamkeit zwischen Judentum und Deutschtum. Denn der Begriff der Menschheit wurzelt im Messianismus der jüdischen Propheten. Er ist die höchste Konsequenz des Monotheismus, wie gerade Herder hervorhebt: „War Gott, der einige, Schöpfer der Welt, so war er auch der Gott aller Menschen, aller Geschlechter“. Im Völkerfrühling Herders, in der Menschheit der Ethik Kants war den Juden der Messias ihrer Propheten zurückgegeben, der ihnen in der Ghetto-Enge abhanden gekommen war. Dieser jüdische Messianismus führt in natürlicher Folge zur allerinnerlichsten Verwandtschaft von Judentum und Deutschtum. In ihm wie im allgemeinen Priestertum ist der Sozialismus begründet, die wechselseitige Verpflichtung aller für einander zur Hebung und Erhöhung des Volks- und Menschheitsganzen. Indem nun der deutsche Staat die Sozialpolitik als eine ethische und seine höchste Aufgabe anerkennt (allgemeines Wahlrecht, allgemeine Wehr- und Schulpflicht), befindet er sich auf dem Boden des biblischen Messianismus und, bei aller Entfernung der Zeit und Verschiedenheit der Umstände, im praktischen Vollzug seiner Ideen.

So weit die Hauptgedanken Cohens hinsichtlich der innern Verwandtschaft von Deutschtum und Judentum. Daß ihnen eine

gewisse Außerlichkeit anhaftet, bisweilen auch ein etwas gewalttames Aneinanderreihen ähnlicher Merkmale, die auf verschiedenen Ursprung zurückgehen, darf nicht übersehen werden. Auch ist auf die Einseitigkeit hinzuweisen, die in der Nichtbeachtung des Katholizismus unter den Trägern und Ausdrucksformen deutscher Art und deutschen Wesens sich ausdrückt. In seinem Aufsatz in Thimmes Sammelbuch hat Cohen denn auch den Schwerpunkt der Untersuchung verschoben, um weniger von einer Gleichheit als von einer Verständigung zwischen Deutschtum und Judentum zu reden. Er behandelt die ihr entgegenstehenden Einwände der Rassen- und Religionsverschiedenheit. Hinsichtlich der ersteren findet er, daß gerade der naturwissenschaftliche Standpunkt, der den Rasseninwand begründet, ihn wiederum abschwächt und einräumt muß, daß der deutsche Jude im Lauf der Jahrhunderte genügend deutsche Bodenständigkeit gewonnen hat. Was aber die Religion betrifft, so kann von einer wahrhaft sittlich-religiösen Differenz und unveröhnlichen Gegensätzen zwischen Judentum und Christentum nicht gesprochen werden, „wenn anders zwischen den Evangelien und den Propheten die Harmonie, wenn auch noch nicht ausgesprochen, doch aber dem letzten Sinne nach anerkannt wird“. In der Fortführung des israelitischen Monotheismus aber erblickt der deutsche Jude „eine unabwälbare Aufgabe der Weltkultur und daher insbesondere des führenden deutschen Geistes in dieser“.

Anziehender und auch geschlossener hat der jugendliche Nachkomme Goldmann in Heft 8 der Schriftenfolge „Weltkultur und Weltpolitik“, das von der „weltkulturellen Bedeutung und Aufgabe des Judentums“ handelt, das Problem erfaßt und dargestellt. Goldmann geht im Gegensatz zu Cohen von der tiefen Wesensungleichheit zwischen dem alten Judentum und dem antiken Griechentum aus, von denen das erste, abstrakt veranlagt und synthetisch verfahren, zur Idee des einen Gottes und der einen Menschheit gelangen konnte, während das Griechentum, vorwiegend konkret und analagisch denkend, auf das Persönliche eingestellt war und alles individualisierte. Darum ist auch trotz Renaissance die Grundlage unserer heutigen Kultur viel weniger das antike Griechentum als das alte Judentum; denn der Charakter der neuen Zeit wird nicht durch die künstlerischen Ideen der Renaissance, sondern durch die religiösen, sittlichen und sozialen Gedanken der Reformation und des Humanismus bestimmt, die beide nicht an allegorische, sondern an altjüdische Kultur anknüpfen.

Die Frage selber der innern Verwandtschaft von Deutschtum und Judentum beantwortet Goldmann dahin, daß er in beiden grundsätzlich dieselbe Lebensauffassung findet, und zwar hinsichtlich des Daseins überhaupt, des nationalen Daseins und endlich des individuellen Daseins. Beiden ist das Dasein überhaupt in erster Linie eine Aufgabe, ein Beruf, eine Mission. Für das Judentum ist der einzig-einzige Gott, die Grund- und Zentralidee seiner Weltanschauung, vor allem höchstes sittliches Prinzip, Verlebendigung der sittlichen Idee, wie es in dem bekannten Satz aus dem 3. Buch Moses, 19, 2 seinen klassischen Ausdruck findet: „Sollt ihr sein, denn heilig bin ich, der Herr, euer Gott“. In der völlig entsprechenden Weise haben auch die Vertreter des typischen Deutschtums, Goldmann nennt Etzschard, Böhm, Lufner, Leibritz, Kant, Fichte, Lessing, Herder, Goethe, Schiller, Friedrich den Großen und Bismarck, ihre Stellungnahme zum Leben überhaupt gekennzeichnet: daß das Sollen über dem Sein steht und über der Erforschung der Ursachen der Dinge die Erkenntnis ihrer Zwecke. Schafft auch die Willensrichtung des Juden im Gegensatz zur Gemütsrichtung des Deutschen im einzelnen manche Verschiedenheit: in der Grundorientierung zum Ethischen hin, und nicht etwa zum Künstlerischen, Politischen oder Wirtschaftlichen, stimmen beide Kultursysteme überein.

Von selbst ergibt sich nun aus dieser ursprünglichen Wesensverwandtschaft eine entsprechende Gleichheit auch in der Auffassung des nationalen Daseins. Auch die nationale Existenz, und gerade sie, ist eine Aufgabe, ein Beruf, eine Mission. Beim jüdischen Volk ist der Gedanke seiner Auserwähltheit nichts anderes als die religiöse Ausdrucksform dieser Missionsidee; er beherrscht das jüdische Denken von der Zeit der Bibel bis zum heutigen Tag und hat es in erster Linie seinen Trägern ermöglicht, in 2000jährigem Existenzkampf sich zu erhalten. Und für Deutschland hat der Begründer und Meister der nationalen Theorie des deutschen Volkes, hat Fichte in seinen Reden an die deutsche Nation den nationalen Missionsgedanken, die Erfüllung einer unendlichen Aufgabe zum Mittel- und Angelpunkt der Daseinsberechtigung und -bürgschaft unsers Volkes in gewaltiger, dem biblischen Prophetismus innerlich verwandter Beredsamkeit hingestellt. „Der eigentliche Unterscheidungsgrund — zwischen deutsch und undeutsch — liegt darin, ob man an ein absolutes Erstes und Ursprüngliches im Menschen selber, an Freiheit, an unendliche Verbesserblichkeit, an ewiges Fortschreiten unsers Geschlechts glaube, oder ob man an alles dieses nicht glaube“ (7. Rede, gegen Schluß), so und ähnlich ist hundertfach von ihm bekannt, was auch bei Schiller und Hegel, in Bismarcks Bekenntnissen und den Reden unsers Kaisers, insbesondere aber auch in unser aller tiefster Überzeugung gegenüber dem harten Ringen der Gegenwart zum Ausdruck kommt: daß Deutschland eine weltgeschichtliche Aufgabe hat, und daß erst sie seinem Dasein Sinn und Inhalt verleiht.

Damit ist nun auch die dritte Seite des Problems, das individuelle Dasein, bereits gegeben und bestimmt und ganz naturgemäß gleichfalls im Sinne einer Aufgabe und einer Mission. Die Auffassungswiese des menschlichen Lebens überhaupt und des nationalen Daseins kann sich in den Beziehungen, in die sich das Individuum zur Gesellschaft setzt, gewiß nicht verleugnen; die Gesellschaft ist das höhere Element und hat das sittliche Recht, die Unterordnung des einzelnen unter ihr Gebot zu fordern. Indem

aber diese Unterordnung nicht willkürlich und unbedingt, sondern lediglich zur Mitwirkung an den sittlichen Aufgaben der Gesellschaft verlangt wird, bleibt das Individuum dabei autonom, erfüllt mit den Geboten der Gesellschaft nur seine eignen und erringt mit der scheinbaren Unterordnung selber die höchste Würde. Dem entsprechend ruht in den ethischen und sozialen Lehren des Judentums der Schwerpunkt durchaus auf der Gesamtheit. Alle biblischen Gebote und Verbote wenden sich ausschließlich an die Gesamtnation; selbst die Lehre von Sühne und Strafe ist nicht individualistisch — das dritte und vierte Geschlecht haftet noch für die Sünde des ersten, das tausendste erntet noch die Frucht seiner Gattat. Die gesamte Nation ist ein einheitlicher Organismus und bleibt es im Wandel der Geschlechter; der einzelne darf sich „von der Gemeinde“ nicht lösen, muß sich ihr unterordnen; nur daß über dem Ganzen, als oberstes Regulativ, das Sittengesetz steht, und über dem König, dem Repräsentanten des Staats, wenn er sich versündigt, der Prophet, der ihn im Namen des Gesetzes zu rechtweist. Nicht minder, das braucht gar nicht erst bewiesen zu werden, bildet auch für das deutsche Denken die Auffassung der Gesellschaft als eines dem Einzelwesen übergeordneten Organismus einen Grundpfeiler der Ethik und Staatslehre. In höchster Folgerichtigkeit hat Kants kategorischer Imperativ von der Maxime des Handelns jedes einzelnen ihre Tauglichkeit als Allgemeingesetz verlangt, haben Fichte und Schelling Nation und Staat zu immer höherer Würde erhoben und Hegel ihn als das höchste Resultat alles historischen Bestehens proklamiert.

Diese Ausgestaltung der sittlichen und philosophischen Ideen vom Sinn des Daseins, die in der praktischen Verwirklichung auf beiden Seiten zu einer völligen sittlichen Unterordnung, zur Organisation und Disziplinierung geführt hat — man denke an die jüdische Gesetzesreligion des Ghettojudentums und andererseits an den deutschen Militarismus —, muß letzten Endes auf einer in gewisser Hinsicht gleichgerichteten Wesensveranlagung beider Völker beruhen. „Sie sind“, um mit den schönen Worten Goldmanns selber zu reden, „die trostlosesten, steinstädtehaftesten, zähesten und widerspruchsvollsten Völker der Geschichte; Judentum, denen es nicht gegeben ist, frei, leicht und beschwingt das Dasein schön und harmonisch zu gestalten, und mühselos, sich ihren Neigungen anvertrauend, die in ihnen ruhenden Kräfte zu entfalten und schöpferisch auswirken zu lassen; die vielmehr des ehernen Zwangs und der straffesten Selbstzügelung bedürfen, um wahrhaft groß zu sein, denen Not und Leid die Voraussetzung ihrer Stärke ist, und die leiden müssen, um schaffen zu können. — Die Juden nennen schon die Bibel das Volk des steifen Nackens; gelten der steife Nacken, der unbändige Trotz, das Widerspruchsvoll-Gegensätzliche seit jeher nicht auch als bestimmende Eigenarten deutschen Wesens? — Und nun ist die Auffassung des Lebens als Pflicht, als Aufgabe nichts anderes als die gedankliche, im Bewußtsein vollzogene Widerspiegelung jener unbewußten Wesensveranlagung. Völker, die von Natur aus harmonisch veranlagt sind, die, um ihre Bestimmung zu erfüllen, sich nur ihren naturhaften Trieben und Neigungen anzuvertrauen brauchen, die die schönsten Früchte, die die Welt ihnen bietet, leicht, mühelos, wie selbstverständlich pflücken —, die alten Griechen, die modernen Romanen —, solche Völker kennen diese Lebensauffassung der Pflicht nicht, weil sie ihrer nicht bedürfen. Das Dasein ist ihnen eine Gabe, keine Aufgabe. Aber Völker von steifem Nacken, und über unbändigem Trotz und tiefer Widerspruchhaftigkeit können ihrer Bestimmung nur gerecht werden, wenn sie ihr Dasein als unerbittliche Aufgabe auslegen und ihr Tun von den Normen strengster Pflichterfüllung bestimmen lassen.“

Auch die Ausführungen Goldmanns, so ansprechend und ungekünstelt sie sind, halten einer sachlichen, mit dem Gegebenen rechnenden Kritik nicht durchaus stand. Sie bauen sich in wichtigen Punkten auf unzutreffenden Voraussetzungen auf. Nach der ganzen Problemstellung und -lösung müßte als feststehend zu erachten sein, daß die Verschmelzung von jüdischem mit deutschem Wesen besonders leicht, zum mindesten leichter als mit andern Volkswesenheiten vor sich geht. Das ist nicht bekannt und nicht erwiesen. Wenn wir auch von den slavischen Ländern absehen (dort ist es zu einem geistigen Verschmelzungsprozess überhaupt nicht gekommen), in den romanischen Ländern, in England und Amerika, in der Türkei und Kleinasien hat sich diese geistige Vereinigung gleichfalls von innen heraus vollzogen, ohne daß dabei irgendeine Wesensverschiedenheit überwunden werden mußte. Des weitern aber setzt die Bemühung, die Gleichheit von Judentum und Deutschtum in den wichtigsten und höchsten Angelegenheiten nachzuweisen, in dem einzelnen „jüdisch-deutschen“ Individuum zunächst die entsprechende Zweifelt und Gelpaltenheit voraus: es beantwortet jede bedeutende und insbesondere jede sittliche Lebensfrage sowohl als Jude wie als Deutscher, findet dabei die gleiche Antwort und vermeidet so den Konflikt. Dem ist aber durchaus nicht so. Der sittliche Entschluß, die Stellung zu irgendeinem Daseinsproblem, gehen in allen Fällen von einer einheitlichen Quelle aus, und wir sind uns niemals bewußt, daß zwei verschiedene Seiten unsers Wesens mitwirken, um sich in einem Zeitpunkt zu vereinen.

Die Ähnlichkeit zwischen Judentum und Deutschtum scheint vielmehr eine äußerlich-geschichtliche zu sein: zwischen der jüdischen Geschichte überhaupt und der deutschen Gegenwartsgeschichte hat sich nach einer Richtung eine gewisse Korrespondenz herausgebildet, und darum hat auch gerade die Gegenwart unser Problem aufgegriffen. Man kann diese Ähnlichkeit etwa in diese Formel bringen: Wie es bis jetzt galt und immer noch gilt: „Tut nichts, der Jude wird verbrannt“, so seit Beginn des Kriegs in den Augen einer halben oder fast ganzen Welt: „Tut nichts, der Deutsche wird verbrannt.“ Es ist der Kampf für eine gerechte Sache gegen eine vorgefaßte, schier übermächtige Meinung, der

ringum bedrohten Minderheit gegen eine Welt von Feinden, die sich im kleineren Maßstabe, aber durch die Jahrhunderte und Jahrtausende beim Judentum, in gewaltigsten Massen und vor unsern Augen beim Deutschtum vollzieht. Was aber beide innerlich miteinander gemein haben, das ist nichts Völkisch-Eigenartiges, sondern das Rein-Menschliche an ihnen. Das Judentum hat dies Rein-Menschliche am frühesten als Religion verkündet und verlangt, das Deutschtum hat es am stärksten in der Welt und Wirklichkeit entfaltet: das ist ihr Zusammenhang.

## Italienische Kammer.

R. Zürich, 16. März. In der gestrigen Sitzung der italienischen Deputiertenkammer verzichteten mehrere vorgemerzte Redner auf das Wort.

Der frühere Schatzminister Deputierter Rubini hob die bedrückende Verschlechterung des Geldwechsels und der Handelsbilanz hervor, wobei er die Hoffnung auf Unterstützung seitens der Verbündeten aussprach.

Deputierter Bentini (Sozialist) betonte den Widerspruch in der bisherigen Erörterung, insofern man nicht gleichzeitig eine kräftige Weiterführung des Krieges wünschen und das Fehlen der im Kriegsdienst stehenden landwirtschaftlichen Arbeitskräfte beklagen könne. In der Po-Ebene sei der Getreideanbau um ein Drittel weniger ertragreich, als erwartet wurde. Die Regierung lasse zu, daß außer den Baumwollmännern und den Reebnern auch die Agrarier den Staat in ihrer Faust halten. Die Regierung möchte die Grenzen Italiens erweitern, könne aber nicht einmal eine Hand breit römischen Aders für die wirtschaftliche Erschließung erobern. Die russische Revolution sei doch wohl nicht zum Kriegsführen gemacht, zumal die Geschichte bisher nur Revolutionen gegen den Krieg verzeichne.

Deputierter Cappa (Republikaner) vertrat hingegen den Standpunkt, daß eine starke Kriegspolitik und eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion wohl harmonisieren, und stellte die russische Revolution als für die Fortsetzung des Krieges günstig hin. In Anbetracht der großen Ereignisse, die zum April reifen, müsse man hoffnungsvolle Zuversicht und Energie bewahren.

Deputierter Starbini (Radikaler) führte im Namen von 90 Deputierten verschiedener Parteien aus, daß die Regierung Italien zum Siege führen müsse, indem sie die militärische und bürgerliche Betätigung verstärke und die nationalen Aspirationen gegen Verfälschung schütze. Die Ereignisse in Rußland seien den Kriegszwecken des Vierverbundes günstig und würden dazu beitragen, den Plan der Centralmächte, alle anderen Völker durch Vernichtung ihrer Unabhängigkeit und Freiheit zu absorbieren, zu vereiteln. Die Loyalität der Verbündeten und insbesondere Englands sei ungewiss. Deutschlands Kriegführung folge politischen Gesichtspunkten, und darum lehre Deutschland auch nicht seine Waffen direkt gegen Italien. Die parlamentarischen Erörterungen müssen so gehalten werden, daß sie auch den Feinden keinen Anlaß zu Jubel und Hoffnung geben und die Kampffreudigkeit der eigenen Soldaten erhöhen und nicht mindern. Der Ausgang des Krieges hänge freilich mehr von der Regierung als von der Heeresleitung ab, denn die Approbation und das Einbernehmen mit den Verbündeten seien von wesentlicher Bedeutung.

Deputierter Modigliani (Sozialist) entgegnete, daß Zweifel und Angst tagtäglich von Deputierten und Ministern privat geäußert werden und mithin auch im Plenum nicht unterdrückt werden dürfen, ungeachtet des Eindringens, den dies auf die Kriegführung und auf das Volk machen könnte. Keine italienische Regierung hätte Italien in den Krieg jagen dürfen, da Italien sich nicht in Verhältnissen unbegrenzter Widerstandsfähigkeit befinde. (Lebhafte Beifall.) Die militärische Lage lasse nicht die Möglichkeit erkennen, den Krieg mit blutiger Anstrengung in diesem Frühjahr zu lösen, und somit würde es notwendig werden, noch im Jahre 1918 zu kämpfen, weil inzwischen die Centralmächte ihrer Erschöpfung durch die nächste Ernte abgeholfen haben werden. (Lebhafte Beifall.)

Hierfür reichen aber weder Italiens noch ganz Europas Kräfte aus; somit sei anzunehmen, daß unversehens der Friede eintreten werde. Aus den Ereignissen in Rußland, aus den parlamentarischen Vorgängen in Frankreich und aus Englands eifigen Bestrebungen, seine Eroberungen im Orient zu erweitern und zu befestigen, könne man Beweise der Kriegsmüdigkeit der Verbündeten ableiten. Die italienische Regierung dürfe also den Leuten guten Willens, welche den Frieden vorzubereiten suchen, nicht in den Weg treten. Sonnino selbst habe ja gesagt, daß ernstliche Friedensvorschlüsse in Erwägung gezogen werden würden; er habe freilich später diese Richtlinie wohl verlassen. (Sonnino ruft dazwischen: „Aber Deutschland lehnte es ab, seine Friedensbedingungen bekanntzugeben.“) Die Antwort des Vierverbundes habe die Friedensmöglichkeit entfernt. Wenn der Vierverband eine loyalen, konkreten Friedensvorschlüsse formuliere, werde es eine schreckliche Erschütterung und Erschöpfung ganz Europas geben, zum Vorteile unserer, junger Völker, die die Stunde zur Eroberung Europas erwarten.

## Ministerpräsident Boselli.

ergreift das Wort und erklärt, er empfinde es als Genugtuung, daß mehrere Redner den Verbündeten Italiens und der Widerstandskraft des italienischen Volkes freundliche Worte gewidmet haben. Der Ministerpräsident bittet, von den Erklärungen der Minister Abt zu nehmen und auf den Beschlüssen nicht zu bestehen. Das Ministerium werde innerhalb der von den Kriegsnotwendigkeiten und dem höchsten Ziele des Sieges gebieterisch auferlegten Grenzen die Zugeständnisse für die landwirtschaftliche Arbeitskraft aufrecht erhalten und womöglich noch zu erweitern suchen.

Die Kammer müsse sich die unzähligen Schwierigkeiten des Kriegsministeriums, alle erhältlichen Kräfte zusammenzuziehen, gegenwärtig halten. Die vorgebrachten Sonderwünsche und Empfehlungen werde das Ministerium möglichst berücksichtigen. Mit den patriotischen Gefühlen in den verschiedenen eingebrachten politischen Tagesordnungen sei er freudig einverstanden. Auch das Ministerium anerkenne, daß die Verbreiter schlimmer Prophezeiungen und falscher Nachrichten, die niederdrückend wirken, rücksichtslos und streng bestraft werden müssen. Auch das Ministerium wünsche und ersehne den Frieden, aber der Frieden hänge nicht von den einzelnen Kriegsführenden und erst recht nicht von einer Partei ab. Der Friede werde erreicht werden, indem die Stunde des Sieges beschleunigt werde und dies nicht bloß mit Waffen, sondern auch durch die Festigung des öffentlichen Geistes gegen gefährliche Nachstellungen. Alle müssen das größte Vertrauen zu den Geschickten des Landes haben, da das Vaterland nicht eine einfache Ideologie, sondern eine in unser aller Wesen lebende Wirklichkeit sei. Das Vaterland lebe auch in dem Schmerzensschrei jener Frauen Neapels und Sardinien, die mit dem Ausrufe „Nieder mit Oesterreich!“ Brot heischen. Die bevorstehende Abstimmung möge ein patriotischer Trompetenton sein, der die Befestigung unserer Treue und Kraft durch ganz Italien und zu den Verbündeten trage. Die Verbündeten mögen wissen, daß Italien mit ihnen nicht bloß bis zu dem Tage des Sieges, sondern auch nachher auf dem gemeinsam gezeichneten Kulturwege sein werde. Die Kammer möge aufrichtig sagen, ob das Ministerium ihrem Vertrauen entsprochen habe, denn jede Hinterhältigkeit wäre in dieser gewichtigen Stunde unentschuldig. Das nationale Ministerium sei seinem Ursprunge treu geblieben, insofern es aus verschiedenen, aber in Gedanken an die Notwendigkeit des Krieges und im Siegesvertrauen geeinten Parteien entstanden sei. Das Ministerium werde alles tun, um ein wesentliches Element des Sieges, nämlich die Munitionsversorgung zu verstärken. An der Front seien so gewichtige Verteidigungen hergerichtet, daß Ruhe und größtes Vertrauen erlaubt sei. Wenn die Kammer es nicht für zweckmäßig erachte, dem Ministerium das Vertrauen zu erneuern, und wenn neue Männer zur Regierung kommen, so seien einige der gegenwärtigen Minister bereits auf dem Sprunge, in die Schützengräben zu gehen.

Wenn aber die Kammer das Vertrauen erneuere, werde alle Sorge des Ministeriums der Herbeiführung des Sieges gelten, und das Ministerium werde die Rechte des Vaterlandes gegen jedwelle offene und versteckte Nachstellung verteidigen. Das Ministerium glaube fest an den Sieg und schwöre auf den Sieg im Namen des Vaterlandes und der Kultur.

## Ein Vertrauensvotum.

Hierauf wurde gemäß dem Wunsche des Ministeriums die Tagesordnung Baccelli, worin das Vertrauen zum Wirken der Regierung und zu den Kräften der Nation ausgesprochen wird, mit 369 gegen 43 (sozialistische und wenige vereinzelte andere) Stimmen angenommen. Alle anderen Tagesordnungen waren zurückgezogen worden.

**Abonnementbedingungen:**  
 Wien: Mit Anheftung ins Haus:  
 Wöchentlich 60 h.  
 monatlich K 2.60, vierteljährlich K 7.80  
 Zum Abholen in den Filialen, in aller  
 Laub- und Winterzeiten:  
 Monatlich K 2.60.  
 Böhmen und Ungarn:  
 Monatlich K 3.—, vierteljährlich K 9.—  
 bei freier Anheftung durch die Post.  
 Deutschland: Vierteljährlich K 12.—  
 für alle anderen vom Verlegerverein  
 angehö. Länder: Vierteljährlich K 15.—  
 Abonnements werden angenommen  
 in der Administration, V. Reichel  
 Wienzeile 97, und in den Filialen:  
 I. Sölkergasse 18, Telefon 6191  
 II. Baumgasse 80, Tel. 40228  
 X. Wiedenplatz 6, Telefon 68244  
 XIV. Wientingplatz 6, Tel. 63196  
 XVI. Kleingasse 54, Telefon 64146  
 XVII. Radneugasse 23, Telefon 17176  
 XXI. Kugelschraube 16.  
 Für die an fremde Anstalten oder  
 Verleger bezahlten Beiträge leisten  
 wir keine Garantie.  
 Offene Reklamationen sind jederzeit

# itung

erreicht.

nachmittags.

XXIX. Jahrgang.

Arbeit

verbündeten Nationen verknüpfen, und wir vertrauen darauf, daß diese Beziehungen noch inniger und dauerhafter werden unter dem neuen Regime in Rußland, das eingeschlossen ist, sich leiten zu lassen von den demokratischen Grundsätzen der Achtung, die man großen und kleinen Völkern schuldet, der Freiheit ihrer Entwicklung und dem guten Einvernehmen unter den Nationen.

### Der Exekutivauschuß regiert.

**Petersburg, 17. März.** Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: Auf Aufforderung des Exekutivauschusses erkannte die Duma, daß es, um den Krieg zu einem siegreichen Ende zu führen, unerlässlich sei, die Ordnung wiederherzustellen und die gemeinsame Arbeit hinter der Front wiederaufzunehmen. Es wurde einstimmig beschlossen, für alle Angelegenheiten, die mit der Verwaltung des russischen Staates zusammenhängen, bis zur Einberufung der gesetzgebenden Versammlung die Gewalt des Exekutivauschusses der Duma anzuerkennen.

**Mailand, 18. März.** Der „Corriere della Sera“ meldet aus London: Das Exekutivcomité der Duma und der Kommandant der Petersburger Garnison empfingen vorgestern Vertreter und die Militärattachés Englands, Frankreichs und Italiens, die sich als ermächtigt erklärten, normale Beziehungen mit dem Exekutivcomité unter Anerkennung dessen Autorität zu beginnen.

### Ein Abkommen zwischen Volksgangsausschuß und den Arbeiterverbänden.

**Bern, 18. März.** Die Pariser Blätter melden: Die Konferenz zwischen dem Volksgangsausschuß der Duma und den Abgeordneten der Arbeiterverbände Rußlands dauerte bis gestern früh. Schließlich wurde ein Abkommen bezüglich einer Uebergangsperiode getroffen, die der Wahl der konstituierenden Versammlung vorhergehen soll. Der Volksgangsausschuß bestand auf der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung im Interesse der Fortführung des Krieges, bevor Neuwahlen stattfinden sollen.

Nach Meldungen der Pariser Presse trafen in Petersburg siebenzig Eisenbahnwagen mit Mehl und Getreide ein.

### Der Generalstab für die Revolution.

**London, 16. März.** Die „Times“ melden aus Petersburg, daß sich der ganze Generalstab der neuen Regierung angeschlossen habe. Dasselbe taten die Kosaken und andere Truppenkörper.

### Antideutsche Strömung — jagen die „Times“.

Die neue Regierung ist im Besitz von Listen von Spionen und Angebern, die sie unschädlich machen will. Die Bevölkerung wird von sehr antideutschen Gefühlen beherrscht. Es wird systematisch nach allen Angehörigen der höheren Kreise Jagd gemacht, die im Verdacht stehen, deutsche Neigungen zu haben, oder die deutsche Namen und Titel tragen. Baron Fredericks, dessen Haus zerstört wurde, wurde gestern in einem Versteck entdeckt, worauf er verhaftet und nach der Duma gebracht wurde. Soldaten und Bübel machten Jagd auf die Gräfin Kleinmichel, die verdächtigt wird, eine deutsche Spionin zu sein. Sie wurde in der chinesischen Gesandtschaft gefangen und von Soldaten gefangenengenommen. Baron Stachelberg feuerte gestern aus einem Fenster auf Soldaten. Er wurde aus dem Hause geschleppt und auf der Strafe hingerichtet.

### Die kaiserlichen Wappen verbrannt.

**Petersburg, 17. März.** (Reuter.) Am 16. d. nachmittags begannen Männer mit Leitern die kaiserlichen Wappen von den öffentlichen Gebäuden und von den Läden zu entfernen. Gleich darauf wurde von den Blättern gemeldet, daß der Zar auf den Thron verzichtet habe. Die Wappen wurden auf den Straßen verbrannt oder in die Kanäle geworfen. Die Nachricht, daß der Zar abgedankt habe, traf in Petersburg nachts ein und verursachte infolgedessen wenig Aufregung. Im Laufe des Tages sah der Korrespondent des Reuterschen Büros Soldaten und Bürger unter Abkündigung der Marschallaise durch die Straßen ziehen. Großer Jubel brach aus, als berittene Truppen mit einer Fahne, die die Inschrift trug: „Es lebe die sozialistische Republik in allen Ländern!“ vor der Duma hielten.

**Stockholm, 17. März.** Der russische Gesandte in Stockholm erhielt vom Konsul in Gaparanda ein Telegramm,

## Die Proclamation des Großfürsten-Thronfolgers.

**Kopenhagen, 17. März.** Das Rigauische Büro meldet aus Petersburg: Großfürst Michael Alexandrowitsch hat nachstehende Proclamation erlassen:

Durch meines Bruders Willen wurde mir eine schwere Aufgabe auferlegt, indem mir während eines Krieges ohne Beispiel und unter inneren Unruhen der kaiserliche Thron übertragen wurde. Befüllt von dem gleichen Gedanken, der das ganze Volk erfüllt, daß das Wohl des Vaterlandes allem vorangehe, habe ich den festen Entschluß gefaßt, die höchste Macht nur unter der Bedingung anzunehmen, daß dies der Wille des Volkes ist, indem das Volk durch ein Plebiszit, ausgedrückt durch seine Repräsentanten in einer konstituierenden Versammlung, die Regierungsform und die neue Verfassung des russischen Staates festsetzen muß. Indem ich den Segen des Höchsten herabflehe, stelle ich also allen russischen Mitbürgern anheim, sich der Regierung unterzuordnen, die auf Initiative der Duma gebildet worden und mit aller Macht und Autorität ausgerüstet ist, bis die durch eine allgemeine, direkte, gleiche und geheime Abstimmung gewählte konstituierende Versammlung durch ihren Beschluß über die Regierungsform den Volkswillen ausgedrückt hat.

### Keine Thronübernahme bis zur Entscheidung der konstituierenden Versammlung.

#### Die Zuschrift Miljukows spricht nicht ausdrücklich vom Kriege.

**Petersburg, 17. März.** (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Die russische Regierung hat an ihre Vertreter im Ausland ein Telegramm gerichtet, worin sie ihnen von der nationalen Bewegung Mitteilung macht und den Verzicht Kaiser Nikolaus II. für sich und den Großfürsten-Thronfolger zu Gunsten des Großfürsten Michael Alexandrowitsch sowie dessen Verzicht bis zur Festsetzung der Regierungsform und der neuen Grundgesetze durch die konstituierende Versammlung zur Kenntnis bringt.

Das vom Minister des Aeußern Miljukow gezeichnete Telegramm schließt: „Die Regierung, welche die Macht übernimmt im Augenblick der schwersten äußeren und inneren Krise, die Rußland im Laufe seiner Geschichte durchgemacht hat, ist sich der ungeheuren Verantwortlichkeit, die ihr zufällt, vollkommen bewußt. Sie wird sich zu allererst bemühen, den niederdrückenden Fehlern abzuweichen, welche ihr die Vergangenheit hinterlassen hat, um Ordnung und Ruhe im Lande zu sichern und endlich die notwendigen Bedingungen vorzubereiten, damit der Wille der souveränen Nation sich frei über ihr zukünftiges Geschick aussprechen kann.“

Auf dem Gebiet der äußeren Politik wird das Kabinett, in welchem mir das Ministerium des Aeußern übertragen worden ist, die internationalen Verpflichtungen achten, die von dem gefallenen Regime übernommen worden sind, und die Worte Rußlands ehren. Wir werden sorgfältig die Beziehungen pflegen, die uns mit den anderen befreundeten und

# Zeitung

704

o gelehrten Sachen

er Morgen-Ausgabe aufgeführt

26 \* Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800.  
11 801 bis 11 850, 15 280, 15 281 bis 15 291. Zentrum 8690

## versenkt.

länderäumung an der Westfront.

### Südflawen.

Eine Frage für Mitteleuropa.

Von

E. B. Jenker, Wien.

Mitglied des österreichischen Reichsrats.

In den diplomatischen Notizen und Rundgebungen, die in letzter Zeit durch das mittelmächtige Friedensangebot hervorgerufen wurden, ist auffällig wenig von der südslawischen Frage die Rede: die Antwortnote der Entente an Wilson spricht wohl von der Wiederherstellung Serbiens und Montenegros, von der Räumung dieser Gebiete und von den ihnen geschuldeten Entschädigungen, sie verliert aber kein Wort darüber, wie man sich die Ordnung der Dinge am Balkan vorstellt, der ja ganz genau dasselbe Völkermosaik zeigt wie die österreichisch-ungarische Monarchie; die jüngste Rede Wilsons räumt wohl der polnischen Frage einen Ehrenplatz ein, erwähnt die südslawische aber nicht mit einem Worte. Der Tatsache ist um so auffälliger, als die südslawische Frage im engeren Sinne, das heißt die serbokroatische Frage, den Ausgangspunkt des Weltkonfliktes gebildet hat und als das ganze serbokroatische Gebiet dermalen in der Hand der Mittelmächte und ihrer Verbündeten ist. Es ist ebensowenig anzunehmen, daß man auf der anderen Seite der Schützengräben diese Frage einfach übersehen habe oder wolle, als man von der Entente erwarten darf, sie beabsichtige auf dem Balkan einfach den status quo ante wieder herzustellen. Gerade der Bukarester Friede fällt ja unter das scharfe Urteil, das Wilson über Abmachungen zwischen Siegern und Besiegten fällt, die wohl den Einzelinteressen und augenblicklichen Zwecken der beteiligten Staaten dienen, nicht aber einen dauernden Frieden begründen können. Ich will nicht darüber grübeln, weshalb man sich in der Entente und in Amerika, wo man doch mit großer Vorliebe das Kartenzichnen betreibt, so gar nicht mit der südslawischen Frage befaßt. Aber ich darf wohl mein Erstaunen darüber äußern, daß auch wir selbst uns mit einer gewissen Scheu an diesem Problem vorbeidrücken, obwohl gerade wir, als die augenblicklichen Besitzer des gesamten serbokroatischen Länderkomplexes, unstreitig den Vortritt in der Debatte haben.

Die südslawische Frage ist sehr leicht und zugleich sehr schwer zu beantworten; sie ist von Natur aus überaus einfach und klar gestellt, durch die geschichtliche und staatsrechtliche Entwicklung der letzten hundert Jahre aber überaus verwickelt, förmlich zum gordischen Knoten geworden. Wir haben es da mit einem sprach-einigen Volke von etwa 9—10 Millionen Seelen zu tun, das in geschlossener Siedlung das nordwestliche Viertel der Balkanhalbinsel bis zu den Gestaden der Adria im Westen und bis in die ungarische Tiefebene im Norden erfüllt. In diesem Volke lebt ein mächtiges Bestreben nach politischer Einigung, das im Beginne des neunzehnten Jahrhunderts erwacht, in den Jahren 1848/49 die politischen Kämpfe entscheidend — aber nicht etwa in österreich-feindlichem Sinne — beeinflusst, in jüngster Zeit aber für den Bestand der Donaumonarchie immer bedrohlichere Formen angenommen hat. Von den 9—10 Millionen Serbokroaten gehört die größere Hälfte dem staatsrechtlichen Verbands der Monarchie an, der Rest verteilt sich auf zwei selbständige nationale Staaten. Dieses Volk lebte also vor dem Kriege unter folgenden verschiedenen Staatsrechten. Es gab 1. Serben im eigenen Königreich, 2. in Montenegro, 3. Serben in Südbungarn, die einfach ungarische Staatsbürger waren, 4. Serben und Kroaten in Kroatien und Slavonien, die im Rahmen des ungarischen Staates eine gewisse Autonomie besaßen, 5. Serben und Kroaten in Dalmatien, die staatsrechtlich zu Kroatien und Slavonien, also zu Ungarn, de facto aber zu Oesterreich gehörten, 6. Kroaten in Istrien, die Oesterreicher waren oder sind, und endlich 7. Serben und Kroaten in Bosnien und der Herzegowina, die zur Monarchie, aber zu keinem der beiden Staaten gehörten und ihre eigene und, sagen wir, eigenartige Autonomie besaßen. Es ist wahr, daß dieses scheinbar unnatürliche Verhältnis nicht etwa das Ergebnis einer willkürlichen dynastischen Politik, sondern das ganz natürliche Produkt des geschichtlichen Wandens, der Interferenz aller an dieser Schwelle zum Balkan wirkenden staatsbildenden Kräfte ist. Andererseits folgt daraus aber auch wieder nicht, daß dieser Zustand sozusagen die letztwillige Entscheidung der Natur ist und als ein Stück der besten aller Welten hingenommen werden muß. Ich will auf das, was vor dem Kriege war, hier nicht zurückkommen, ich halte es aber für eine Pflicht der größten deutschen

Verlöbten der Monarchie, mit wenigen Ausnahmen von Triest liegen im südslawischen Gebiete. Die Bocche de Cattaro, einer der großartigsten und entwicklungsfähigsten natürlichen Häfen der Welt ist kroatisches Siedlungsgebiet. Eine Lösung der südslawischen Frage, die gegen Oesterreich aussteht, würde sonach auch die Lebensinteressen des Deutschen Reiches berühren, jedenfalls aber die große Idee eines wirtschaftlichen Mitteleuropas zu einer Utopie machen. Wie sich der staatsrechtliche Aufbau Oesterreich-Ungarns unter dem Einfluß einer Angliederung Serbiens und Montenegros gestalten müßte, ist eine Frage zweiter Ordnung; für Oesterreich ist diese Angliederung eine Lebensfrage, der sich jede staatsrechtliche Velleitheit unterzuordnen hat; für das Deutsche Reich ist sie eine Frage um die Verwirklichung des großen Kriegszieles, genannt Mitteleuropa; darüber muß man sich unter allen Umständen klar sein.

Zeitung

19. III. 1917

89



**Konstituante in Rußland.**

Von Dr. Hans Heberberger.

Professor für Geschichte Osteuropas an der Wiener Universität.

Nichts charakterisiert die Stellung der Revolutionsregierung in Rußland so sehr wie das Versprechen der Einberufung einer „konstituierenden Versammlung, die, auf dem allgemeinen Stimmrecht beruhend, eine Regierung einrichtet und eine Verfassung annehmen soll“. Der nach dem Thronverzicht des Zaren für sich und seinen Sohn nach den bisherigen Staatsgrundgesetzen nächste Thronanwärter Großfürst Michael Alexandrowitsch geht sogar noch weiter. Er erklärt, die höchste Macht nur unter der Bedingung anzunehmen, daß dies der Wille des Volkes ist, indem das Volk durch ein Plebiszit, ausgedrückt durch seine Repräsentanten in einer konstituierenden Versammlung, die Regierungsform und die neue Verfassung des russischen Staates festsetzen muß“. Und während die provisorische Regierung von dem „allgemeinen Stimmrecht“ spricht, definiert er ausdrücklich, daß die konstituierende Versammlung durch „allgemeine, direkte, gleiche und geheime Abstimmung“ gewählt werden müsse. Dieses Wahlrecht erhielt in der Revolutionsperiode von 1905 das Schlagwort des „vierchwänzigen“. Vierchwänziges Wahlrecht und Konstituante waren damals die Losung des radikalsten Flügels der ganzen Bewegung.

Die Forderung nach einer Konstituante auf Grund dieses allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlrechtes wurde der Regierung und dem Zaren gegenüber zum ersten Male in jener Petition erhoben, die die von Sapon geführten Volksmassen am 9./22. Januar 1905 (dem roten Sonntag) dem Zaren überreichen wollten. Die sozialdemokratische russische Publizistik war es vor allem, die nach dem Muster der französischen Konstituante von 1789 bis 1791 eine ähnliche russische Konstituante einberufen wissen wollte. Einer der Führer der menschewistischen Fraktion der russischen Sozialdemokratie, F. Dan, nahm in einer Broschüre diese Forderung vom 9./22. Januar 1905 auf und begründete sie ausführlich als Parteiforderung der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Der Zar und

die Tschinowniks mühten bei der Beschlußfassung der Konstitution vollständig ausgeschaltet werden, verlangte Dan, auch die von der Intelligenz und den besitzenden Klassen gewählten Volksvertreter würden die Rechte des besitzlosen und ungebildeten Volkes nicht entsprechend wahren. Von den bürgerlichen revolutionären Gruppen hat der „Bund der Befreiung“ mit seinem in Stuttgart erscheinenden und von Peter Struve redigierten Organ („Dewoboschewe“) nur ganz im Beginne der Bewegung von einer „konstituierenden Versammlung“ gesprochen. Die konstitutionellen Demokraten, die aus dem „Bunde der Befreiung“ und der Gruppe der „konstitutionellen Semstwo männer“ als Partei sich gebildet haben und nach den Anfangsbuchstaben K und D bald als Kadetten bezeichnet wurden, haben diese Forderung nicht einmal in ihr erstes Parteiprogramm aufgenommen. Dabei war dieses Parteiprogramm, da die gründende Sitzung der Kadettenpartei gerade in die Tage des Oktoberstreiks fiel, äußerst radikal. Der sozialdemokratische Historiker Martynow hat von diesem Programm gesagt, „daß es jene äußerste Grenze der Demokratie darstellt, die die russischen Liberalen weder vorher noch nachher jemals erreicht haben“. Der Punkt 13 jenes Parteiprogramms, der da lautet: „Der konstitutionelle Aufbau des russischen Reiches wird durch ein Grundgesetz bestimmt“, läßt ebensogut eine Republik als eine Monarchie zu. Es enthält weiter zwar die Forderung des vierchwänzigen Wahlrechtes, läßt aber die Frage, ob Ein- oder Zweikammersystem, offen. Allerdings ging die Entwicklung bald so, daß unter dem Einflusse der revolutionären Ereignisse vom Oktober bis Dezember für viele das Programm der konstitutionell-demokratischen Partei zu gemäßigt, wie es für andere zu radikal war. Auf Grund dieses Programms und dank des Boykotts der Wahlen in die erste Duma durch die Sozialdemokratie sind die Kadetten auch mit 179 von 478 Abgeordneten, die die erste Duma bei ihrer Auflösung vom 8. Juli 1906 zählte, in das Laurische Palais eingezogen. Ihre Haltung aber enttäuschte die nach links stehenden Parteien, vor allem die Sozialdemokratie. So kam es, daß die Sozialdemokratie nach der Verjaugung der ersten Duma mit deutlichen Angriffen auf die Taktik der Kadetten sofort wieder höchst nachdrücklich die Forderung einer Konstituante von neuem erhob. Die Wahlen in die zweite Duma vollzogen sich von dieser Seite mit deutlicher Kampfstellung gegen die Kadetten. So kam es, daß diese unter 505 Abgeordneten der zweiten Duma, die bis zur Auflösung derselben ihren Sitz einnahmen, nur mehr 91 Parteiangehörige zählten.

In der dritten Duma spielten die Kadetten nur mehr dank ihrer geistigen Potenz eine Rolle; der Staatsreich vom 30./16. Juni 1907 mit seinem neuen Wahlrecht hat ihnen zu der Abkehr der radikalen Elemente anlässlich ihrer Taktik in den ersten zwei Dumas nun auch durch die Einschränkung des Wahlrechtes ihre Wahlmöglichkeiten verringert. Im Laufe der dritten Duma vollzog sich übrigens schon die starke Wendung der Kadetten zu einer Staatspartei, eine Metamorphose, die während der vierten Duma, namentlich mit Kriegsausbruch, sogar äußerst rasch sich entwickelte. Sie wurden neben den Nationalisten die Hauptträger der imperialistisch-panslawistischen Kriegspolitik. Unter Aufgabe wichtiger Parteiforderungen, wie der nach einem verantwortlichen Ministerium, gelang ihnen die Bildung eines Majoritätsblocs, der am 8. September 1915 sich auf ein relativ gemäßigtes Programm einigte. Wer dieses Blocsprogramm nun mit der provisorischen Regierung vergleicht, wird unschwer daraus erkennen, daß diese unter dem Drucke der linksstehenden Parteien, der Trudowiken, Sozialdemokraten, vielleicht auch Sozialrevolutionäre sich das Programm dieser Parteien zu eigen machen mußte. Einmal schon durch ihre Bundesgenossen geprellt, bekarren diese Parteien der äußersten Linken vor allem auf der Einberufung einer konstituierenden Versammlung. Daß diese konstituierende Versammlung alle weiter nach rechts als die Kadetten stehenden Parteien weggehen wird, ist nach den

Erfahrungen der ersten zwei Dumas wohl außer Zweifel. Ob die Kadetten sich an der Macht und überhaupt behaupten werden, ist eine Frage, deren Beantwortung davon abhängen wird, wie weit sie sich mit den Forderungen ihrer linken Bundesgenossen identifizieren werden. Da sie in der ersten und zweiten Duma schon einmal diese enttäuscht haben, ist es wahrscheinlich, daß ihnen entsprechend auf die Hände gesehen wird. Es gäbe allerdings noch ein Mittel, diesem Druck zu entgehen, indem sie die Führer der äußersten Linken gefangensetzten und mit Gewalt jede Volksbewegung unterdrückten. Haben sie diese Kraft, dann haben sie für ihre Kriegspolitik, soweit dies der Bürgerkrieg zuläßt, freie Hand. Gelingt ihnen dies aber nicht, dann werden sie zwischen ihrer Kriegspolitik und den Forderungen der äußersten Linken und der hinter ihnen stehenden Volksmassen lazieren müssen, was aber früher oder später auch wieder zum offenen Konflikt führen muß.

20. III. 1917

96

Westlich des Doiransees ist der Bahnhof Poroj nach Vertreibung der Engländer wieder von uns besetzt worden.

Der Erste Generalquartiermeister:  
Ludendorff.

Berlin, 19. März.

Das Wolffsche Bureau meldet:

19. März 1917, abends.

Im Somme- und Disegebiet mehrfach Gefechte unserer Sicherungen mit englischen und französischen Strifabteilungen.

Aus dem Osten ist nichts Besonderes gemeldet.

Westlich des Pressafees und nördlich von Monastir sind neue Angriffe der Franzosen gescheitert.

## Die Kultur- und Verfassungs-ideale der russischen Revolution.

Wien, am 19. März.

Aus einzelnen offiziellen Kundgebungen, durch die Presse vermittelt, werden die Hauptziele, die Kultur- und Verfassungs-ideale der russischen Revolutionäre bekannt. Sie sind Geist vom Geiste 1789. Man könnte über sie hinweggehen mit dem Hinweis auf die Geschichte und ihr praktisches Urteil über das in der Wurzel und im Kern Utopische, Falsche der Ideen von 1789. Man könnte darüber hinweggehen mit einer gewissen Schadenfreude im Herzen beim Gedanken, daß die Verbreitung dieser Ideen das uns feindliche Rußland aufs tiefste schwächen muß. Weil aller Irrtum, jede Lüge, weil jedes logische oder ethische Unrecht schwächt, die stärksten Kräfte in Zwiespalt und Unordnung aufreißt. „Alle Heere, die auf Erden sind“ — schreibt Görres einmal — „vermögen nicht eine einzige mathematische Wahrheit zunichte machen, noch weniger werden sie ein ethisches Weltgesetz erschüttern. Jedes Unrecht ist von Gott verlassen, der allein der gerechten Sache hilft; mag auch die Gewalt auf seiner Seite stehen, das Unrecht verwickelt sich nur allzu bald in seine eigenen Widersprüche, wird in seinen Sophismen verfangen und in seinen Inkonssequenzen verstrickt, daß ihm zuletzt kein Entrinnen mehr möglich ist.“ — Soweit die Ideen von 1789 heute den russischen Revolutionären vorschweben, könnte man verächtlich schweigend darüber hinweggehen. Soweit sie aber, von der orientalischen Presse im Westen und bei uns sympathisch begrüßt, neuerdings in empfehlende Erinnerung gebracht und als immerwährendes Evangelium aller Kultur und Zivilisation betont werden, verdienen sie entsprechende Beleuchtung.

Da ist die Idee der vollen Religionsfreiheit. Religionsfreiheit bedeutet Geltenlassen aller plumpen Einfälle, aller geistigen Hysterien und Spielereien neben der Weisheit der Jahrtausende, neben der erlauchten christlichen Kulturtradition, an deren Anfang die göttliche Offenbarung steht, in deren Geschichte das Denken der erlauchtesten Köpfe, der Enthusiasmus heiligster Herzen sich auswirkt. Sie bedeutet das Preisgeben unendlich mühevoller Vergeistigungs- und Erhebungsarbeit, das Preisgeben der Kulturleistungen vieler Jahrhunderte; der Leistungen, erreicht um den Preis des selbstlosen Heroismus ungezählter Edelmenschen; erreicht im Zeichen einheitlicher Kredo's. Sie bedeutet Eröffnung des Chaos, das alle Kulturarbeit lähmt, unmöglich macht. Denn Kultur ist auf die Dauer nur bei Einheit der Weltanschauung, der Ideale, zu schaffen, nicht aber dort, wo alle wichtigeren Ueberzeugungen mit jedem Jahr bzw. Jahrzehnt, mit jedem Menschen wechseln. Mit Meinungen baut man keine Dome, sagt Heine; mit Tageseinfällen und Modeglaubensbekenntnissen keine Kulturen. Die modernen

Freigeistereien leben doch nur wie Parasiten und als solche; sie sind undenkbar ohne nährenden Organismus.

Volle Religionsfreiheit bedeutet in dieser Welt, in der die Erbsünde wuchert, Freipaß für die Parasiten, bis diese die Organismen aufs tiefste schädigen, lähmen; bis ihr Ueberwuchern jedwede Kultur vernichtet. Das Christentum der russischen Orthodorie ist mit Irrtümern vermisches Christentum. Aber vermöge des Schatzes echter Ideen, die noch in ihm lebendig, vermag es unendlich mehr wahre Erziehungsarbeit und seelische Erlösung zu schaffen, als jene westeuropäischen Freigeistereien, denen von den Revolutionären Wirkungs-freiheit in Rußland zuge-dacht ist.

Da ist die Idee der vollen Pressefreiheit. Hat sie Sinn in einem Lande, wo die Wenigsten gebildet genug sind, um der freien Presse gegenüber die eigene Freiheit zu bewahren? Ist die Idee der Pressefreiheit verlockend nach 50jähriger Erfahrung in Europa, die besagt, daß Pressefreiheit auf die Dauer doch nur Auslieferung der Presse an Unwürdige, zuguterletzt an die bloßen Geldleute bedeutet? Daß sie nicht zur Herrschaft der Gebildetsten, Besten, der wahren Volks- und Kulturfreunde im Reich der Aufklärung führt, sondern bloß zur Herrschaft der Charakterlosen, der Ungebildeten, der zweifelhaften Figuren aus Galizien oder Russisch-Polen; der Feilen, die rechts und links schreiben können, wie es gerade erwünscht, und die immer zu den Mächten halten, die mit den meisten braunen und blauen Lappen zur Stelle sind? („Wenn das Geld im Kasten klingelt, die Seele aus dem Feuer springt.“) Ist die volle Pressefreiheit schlechthin begrüßenswert, nachdem in ihrem Zeichen  $\frac{1}{6}$ , wenn nicht noch mehr, der großen europäischen Blätter in die Hand, bzw. Abhängigkeit semitischer Kreise gekommen sind; und wenn die neuere freie Presse Europas doch nichts Besseres zu tun weiß, als die Arbeit des neueren Kapitalismus zu segnen, den Biz der neueren Geldleute zu preisen und über ihre Schlechtigkeiten, Gaunereien und großen Diebstähle ein verdeckend Gewand zu breiten? Ist die Pressefreiheit ein schlechthiniges Ideal, nachdem wir gesehen, daß sie eben so großen wie unberufenen Lumpen (vergl. Northcliffe, Reuters, Strauß, Pulitzer usw.) die Möglichkeit gibt, Ministerien aus dem Sattel zu heben, jahrhundertalte Kulturüberlieferungen zu erschüttern, ganze Völker in Verblendung, Wahnsinn und Haß zu treiben?

Da ist die Idee der freien Volkswirtschaft, der vollen Bewegungsfreiheit der wirtschaftlichen Unternehmer und Triebkräfte. Ist die Idee noch verlockend nach 80 oder 100 Jahren Kultus von Smith, Malthus, Darwin; nach 100 Jahren Manchester-tum? Ist sie noch verlockend, nachdem wir gesehen, wie in ihrem Zeichen die Herrschaft der Plutokraten sich herausbildet, die mit Geld und Schlechtigkeit immer Reichtümer gewinnen, die die finanzielle Uebermacht zu immer mehr Ausbeutung benützen; bis der Besitz, die Beherrschung des Großteils zunächst der mobilen, dann auch der unbeweglichen Güter in den Händen Weniger ist, indes die großen Massen in Abhängigkeit und Armut schmachten? Bis die Typen Morgan, Rockefeller, Harriman, Gould, Field, Mendelssohn, Bleichröder, Rothschild, Reizes usw. entwickelt sind? Bis Emil Rathenau sagen kann: dreihundert Männer, aufs engste miteinander verbunden, beherrschen schlechthin das Wirtschaftsleben Europas; bis Walter Rathenau sagen kann: „Wenn ein Duzend unserer Großbankiers und Großkapitalisten die Hand auf denbeutel legt, steht die europäische Volkswirtschaft still.“ Bis im Wirtschaftsleben Interessen der Kultur, der Menschenseele, die Ideen von Gerechtigkeit, Solidarismus und allgemeinem Nutzen völlig ausgeschaltet sind und das Programm der Maßgebenden nur mehr lautet: „Mache Geld, mein Sohn, mache Geld! Wenn's geht auf anständige Weise, aber auf jeden Fall: mache Geld!“

**Manifest der neuen Regierung.**

An das erneuerte Rußland.

St. Petersburg, 19. März.

(Melbung der Petersburger Telegraphenagentur.)

Die provisorische Regierung hat heute vormittags folgendes Manifest erlassen:

Mitbürger! Das große Werk wurde mit mächtigem Schwung vollendet. Das russische Volk hat die alte Regierungsform gestürzt, ein erneuertes Rußland ist aus diesem Staatsstreich geboren, was lange Jahre des Kampfes nicht erreichen konnten.

Unter dem Druck der erwachten Volkskräfte hatte der Akt vom 17. Oktober 1906 Rußland verfassungsmäßige Freiheiten verheißen, die jedoch nicht in Wirklichkeit umgesetzt wurden. Die erste Duma, die Trägerin der Forderungen

den Regierungsweise gestürzt. Alle Versuche, der Vernunft bei der Regierung Gehör zu verschaffen, waren vergeblich. Der große Weltkrieg, in den das Vaterland hineingezogen wurde, fand es gegenüber dem moralischen Verfall einer mit dem Volke uneinigen, für die Zukunft des Vaterlandes gleichgültigen, in Schanden und Laster verstrickten Regierung. Die heldenhaften Anstrengungen der Armes, die unter dem Druck der grauenhaften Unordnung im Innern unterlag, und die Stimme der Volksvertretung, die angesichts der nationalen Gefahr zusammentrat, waren unfähig, den ehemaligen Kaiser und seine Regierung auf den Weg des Zusammengehens mit dem Volke zu bringen.

**Aufrechterhaltung der Bündnisse.**

Als daher Rußland wegen gesetzwidrigen und unheilvollen Handelns seiner Regierenden sich vor dem größten Unglück sah, verstand es das Volk, die Macht in seine eigenen Hände zu nehmen. Der revolutionäre Schwung eines der ganzen Ernsthaftigkeit des Augenblicks sich bewußten Volkes und der feste Wille der Reichsduma schufen die provisorische Regierung, die es als ihre geheiligte Pflicht ansieht, die Wünsche des Volkes zu erfüllen und das Land auf den leuchtenden Weg freier bürgerlicher Organisation zu führen. Die Regierung glaubt, daß der Geist hoher Vaterlandsiebe, den das Volk in dem Kampf gegen die alte Regierungsform bewiesen hat, auch unsere tapferen Soldaten auf den Schlachtfeldern beseelen wird. Die Regierung ihrerseits wird ihr Möglichstes tun, um der Armees alles Notwendige zu sichern, damit sie den Krieg zum siegreichen Ende führen kann. Die Regierung wird alle uns mit anderen Mächten verbindenden Bündnisse treu bewahren.

**Die konstituierende Versammlung.**

Indem die Regierung die unumgänglich notwendigen Maßregeln für die Verteidigung des Landes gegen den auswärtigen Feind ergriff, hat sie es als ihre erste Pflicht angesehen, dem Volke den Ausdruck seines Willens hinsichtlich

# Oesterreich-Ungarn und Albanien.

Von Dr. Georg Koleski, Bischof von Sappa.

Die beiden Bischöfe Msgr. Koleski von Sappa und Msgr. Bumci von Lesch, welche gemeinsam mit dem Erzbischof Sereggi von Schodra vom Kaiser in Audienz empfangen worden sind, hatten Gelegenheit, in einem mehrwöchigen Aufenthalte in Wien mit den maßgebenden politischen Persönlichkeiten Rücksprache zu nehmen und sich von der tatkräftigen Unterstützung der Fortentwicklung Albaniens durch unsere Monarchie zu überzeugen. Bevor die Oberhirten morgen Wien verlassen, um in ihre Heimat zurückzukehren, wollte Bischof Dr. Koleski von Sappa zu dem Leserkreis der „Reichspost“ von der Zukunft Albaniens im Rahmen eines in den Grundlinien feststehenden Programms sprechen.

Den Albanern unserer Tage wird häufig die geringe Einigkeit und das fehlende Nationalgefühl zum Vorwurf gemacht. In dieser Hinsicht muß aber hervorgehoben werden, daß diese Geistesverfassung eines Teiles der einzelnen Volksstämme Albaniens in der Vergangenheit die Folge des völligen Aufgebens Albaniens vonseiten der ottomanischen Regierung war. Es war naturgemäß, daß bei den sich selbst überlassenen Volksstämmen sich Einflüsse von auswärts geltend machten, welche Einflüsse die Bestrebungen und Ueberzeugungen der einzelnen Persönlichkeiten nach ihrem privaten Interesse zu beherrschen wußten. So entstand eine vorübergehende Unmöglichkeit, die einzelnen Landstriche in Einheit zusammenzufassen und die einflußreichsten Persönlichkeiten zur Zusammenarbeit zu bewegen. Tatsächlich beginnen aber diese separatistischen Bestrebungen seit der Besetzung durch die k. u. k. Truppen zu verschwinden und alle politischen Persönlichkeiten und einzelnen Führer beginnen zu begreifen, was es heißt, ein einiges Vaterland zu besitzen, und was nützt, um diesem Vaterland eine Zukunft zu geben. Und darin besteht die Wirksamkeit und die Leistung der k. u. k. Regierung, welche unser Volkstum zu diesem Verständnis der Vaterlandsliebe führt. Unser Volk hat längst begriffen, daß die einzige Macht, welche die ehrliche Absicht hat, ein einiges Albanien zu bilden, die Monarchie ist, und dies beweist jetzt neuerdings Oesterreich-Ungarn durch seine Taten, indem es durch alle verfügbaren Mittel bestrebt ist, unser Volk zur ideellen Einheit zu erziehen. Und wenn vielleicht anfänglich diese Absicht der Monarchie nicht von allen Albanern erfaßt wurde, so war dies nicht auf Feindseligkeit, sondern auf ein Mißverständnis zurückzuführen.

Die Durchführung der öffentlichen Ordnung bei uns ist bereits in der besten Weise angebahnt, wenn sie vielleicht noch nicht die beabsichtigte Vollendung erreicht hat. Die Schwierigkeiten, die sich entgegenstellten, waren ja außerordentliche, das Land befand sich in vollkommener Anarchie. Es waren aufeinander gefolgt die Revolution gegen die ottomanische Regierung und die serbische Invasion während des Balkankriegs und dann während des Weltkriegs, welche jedes Band der Ordnung im ganzen Land aufgelöst hatten. So wurde das bereits bestehende Chaos der inneren Gegensätze auf das äußerste gesteigert. Die inneren Landstriche, die Gebirgsgegenden, hatten überhaupt keine Obergewalt einer Regierung gekannt. Trotz all dieser chaotischen Zustände ist aber die k. u. k. Regierung zu dem Ziel gelangt, der öffentlichen Gewalt Achtung zu verschaffen und dem Land Ruhe und Sicherheit zu geben. Beispielsweise hat die Regierung außerordentlich viel erreicht hinsichtlich des uralten Brauches der Blutrache, die früher an der Tagesordnung war, während sie jetzt zur Seltenheit geworden ist. Ja, die Blutrache wird jetzt sogar verdienstermaßen als ein Akt der Barbarei in der öffentlichen Meinung gebrandmarkt, während sie früher als

Heroismus galt. Mit Freuden erklären jetzt die Gebirgsbewohner, daß sie nicht mehr nötig haben, sich mit so viel „Eisen“ (Flinten und Dolchen) bei ihren Auszügen zu beladen. Man kann von einer allgemeinen Entwaffnung sprechen. Und dies hat Oesterreich in einem Jahr vollbracht, trotzdem seine Truppen noch viele andere Aufgaben zu lösen hatten. Das Volk ist es zufrieden, „wenigstens sein trockenes Brot in Ruhe essen zu können“. Alles haben die Truppen noch nicht zur Vollendung führen können, und die Unstimmigkeiten, die sich im Lande ereigneten, auch sie sind zurückzuführen auf die Umtriebe der Außenseinde der Monarchie und des Landes.

Von tiefen aufrichtigen Gefühlen der Ergebenheit gegen die Monarchie sind alle Bekenntnisse durchdrungen; es existiert nicht mehr jener Gegensatz, der früher zwischen den einzelnen Bekenntnissen bestand, und es ist zu erhoffen, daß er mit der Zeit und mit dem Fortschreiten der Volkserziehung völlig verschwinden wird und daß sich ein fester, gemeinsamer Bund bilden werde, um unserem Vaterland jene Zukunft zu geben, die es allein an der Seite der Monarchie erhoffen kann.

Es ist von uns immer hervorgehoben worden und wir betonen dies neuerdings, daß, um dies zu erreichen, die Monarchie das Land nicht durch eine Reihe von Jahren sich selbst überlassen darf, wenn sie nicht sehen will, daß das Land in denselben chaotischen Zustand der Gegensätze zurückfällt, der früher herrschte und das Werk der Monarchie wieder in Frage gestellt werde, nachdem Oesterreich weder Kosten noch Mühen, noch das Blut seiner Söhne zur Erreichung dieses Zieles gespart hat.

Die Zukunft wird es lehren, daß unter der verständnisvollen Verwaltung und Organisation der k. u. k. Regierung Albanien sich nicht als jenes unwerte und allen Mühen undankbare Land erzeigen wird, als welches es fälschlich in gewissen Finanzkreisen bezeichnet wurde. Aus dem Munde der Offiziere vernahmen wir die Ausdrücke des Entzückens über die Schönheit und den Reichtum des Landes. Wir besitzen ausgezeichnete Häfen und fischreiche Seen und Flüsse. Für einen fruchtbringenden Anbau dehnt sich eine unermessliche Ebene von Schodra bis nach Brevesa aus, welche alle Arten von Getreidefrüchten, Obst, Gemüse hervorbringen vermag, bei vernünftiger Bewirtschaftung doppelt so reich als bisher, da die Einwohner noch den Pflug Homers benutzen. Dann haben wir die Ebene von Cossova, die alle Vorteile des Küstenlandes mit den Vorzügen eines gesunden und prächtigen Klimas vereint. Da jede Ausfuhr fehlte, gingen die Naturprodukte bisher im Lande zugrunde. Fachleute haben in Damskon und an anderen Orten große Metallschätze aufgezeigt. Ackerbau und Viehzucht würden, sobald Ordnung im Lande herrscht, einen ungeahnten Aufschwung nehmen. Es ist daher zu erhoffen, daß die k. u. k. Regierung eine besondere Obforge dem Ackerbau und der Verbesserung der Viehrassen zuwende.

In den Albanern wird die Regierung ein kulturfähiges Element finden; die Albaner wünschen selbst Verkehrswege im Innern und nach Außen. Als das Sinnbild einer neuen Zukunft würde die erste Eisenbahn in Albanien begrüßt werden. Das Flußsystem, das jetzt die Gegenden bei Ueberschwemmungen mit dem Verderben bedroht, muß durch planmäßigen Ausbau zur Quelle des Reichtums werden. Diese äußeren Maßnahmen setzen selbstverständlich eine solide und wirkliche Grundlage einer gesunden geistigen Kultur voraus, da sonst die Gefahr besteht, daß das Land die Nachteile, nicht die Vorteile des materiellen Fortschritts sich zu eigen macht. Der wirtschaftliche Aufschwung muß Hand in Hand gehen mit dem allgemeinen geistigen Fortschritt, und um diesen zu erreichen ist die Errichtung von Elementarschulen in allen Teilen des Landes notwendig. Die Elementarschulen genügen vorläufig und erfüllen den Zweck, die besten Talente kennen zu lernen, um dieselben dann in der Monarchie weiter ausbilden zu lassen. Dann wird die Zeit kommen, wo die Albaner

auch Beamte, Richter und Professoren sein werden. Da die Häuser in den Gebirgen vereinzelt stehen und die Entfernungen überaus groß sind, wird es notwendig sein, die jungen Leute am Sitze der Schulen in Anstalten unterzubringen. Die wichtigste Aufgabe wird es sein, an den Hauptpunkten des Ackerbaus, wie z. B. in meiner Diözese, landwirtschaftliche Anstalten zu errichten. Ich betreibe die Errichtung einer solchen Anstalt seit drei Jahren in meiner Diözese.

Bisher hielten Serben und Montenegriner herrliche Teile unseres Landes besetzt. Die Hoffnung der Rückgabe dieser Landstriche an die Heimat nährt die bereits erfolgte Errichtung von Schulen in denselben durch die k. u. k. Regierung. So bleiben endgültig Serben und Montenegriner ausgeschlossen von dem Besitze Albaniens, und es bleibt nur der Kampf gegen den italienischen Einfluß. Da aber infolge der Besetzung durch die k. u. k. Truppen augenblicklich dieser italienische Einfluß ausgeschaltet ist, so können wir die Hoffnung aussprechen, daß jetzt die Einheit aller Geister erreicht wird, um ein einiges Albanien unter dem Schutze der Monarchie zu schaffen.

24. III. 1917

M

# Der Sieg der Revolution.

## Eine amtliche Schilderung.

Petersburg, 22. März. (Melbung der Petersburger Telegraphenagentur.) Nach den letzten Nachrichten hat sich ganz Rußland mit Einschluß von Finnland, Turkestan und Sibirien voll und ganz der neuen Regierung angeschlossen, welche die Duma mit kräftiger Unterstützung der patriotischen Truppen plötzlich im Jarenreich aufgerichtet hat. Niemals ist eine Revolution so kurz gewesen wie diese, die wie eine Fäulnis von Petersburg ausging, in wenigen Tagen das ganze Land in Flammen setzte und eine völlige Wiedergeburt vollendete. Man muß die Quelle dieses offensibaren Erfolges in der logischen Notwendigkeit suchen, die seit Jahren, ganz besonders in der letzten Zeit der ganzen russischen Nation, die sich dessen vollkommen bewußt war, den Beweis lieferte, daß der Staat in den Abgrund eines nicht wieder gutzumachenden Unglücks geschleudert würde und der Krieg mit Schmach verloren wäre, wenn die alte durch und durch zaristische Regierung unter der Führung einer verweichlichten Dynastie forisfahren würde, die Politik der Volksunterdrückung zu treiben, die alle schaffenden Kräfte lähmt. Darum erlöste der Ruf: „Nieder mit dem alten verrotteten Regime! Es lebe der freie demokratische Staat!“ in Petersburg und ist von ganz Rußland einstimmig aufgenommen worden, von Rußland, das sich mit einem Schlage und fast schmerzlos der Fesseln der absoluten Monarchie entledigte. Tatsächlich kostete der Staatsstreich nach Schätzungen Rußland mit seinen 130 Millionen Einwohnern nur zweitausend Tote und Verwundete. Diese Zahl stellt einen verhältnismäßig unbedeutenden Bruchteil gegenüber der Gesamtsumme der Opfer von Revolutionen anderer Länder dar, die die Geschichte kennt. Aus dem gleichen Grunde hat Rußland oder vielmehr Petersburg, das höchstens eine Woche in Unordnung war, fast das ganze normale Leben wieder aufgenommen, denn jedermann schließt sich schnell dem neuen Regime an. Die Zeit, da der Zar und seine Günstlinge das Land erwürgten, erscheint wie ein Alpdruck, der vor dem Lichte der politischen Freiheit glücklich zerronnen ist. Diese Freiheit genießt Rußland umsomehr, da die neue Regierung das möglichste tut, um ohne die geringste Verzögerung die Grundzüge zu verwirklichen, die sie in ihrem Manifest am ersten Tage, nachdem sie zur Macht gelangt war, verkündete. In der Tat sind die politische Amnestie, die völlige Wiederherstellung der finnischen Verfassung und andere liberale Maßregeln militärischen und zivilen Charakters der beste Beweis dafür.

Die neue Regierung, die von der Bevölkerung mit Beifall aufgenommen und eifrig unterstützt wird, setzte die Gouverneure und Vizegouverneure ab, von denen die notorischen Parteigänger des alten Regimes verhaftet wurden, und übergab die örtliche Verwaltung den Präsidenten der Semstvos als zeitweiligen Kommissären. Um das Land gegen jeden Versuch einer Gegenrevolution und gegen eine monarchistische Propaganda zu sichern, beraubte die Regierung den ehemaligen Zaren und die Zarin der Freiheit und isolierte sie im Palast zu Zarskoje Selo.

Justizminister Kerenski brachte im Ministerrat einen Gesetzentwurf auf Abschaffung der Todesstrafe ein, traf Verfügungen, um die Frauen zu den Wahlen für die konstituierende Versammlung zuzulassen, und befahl ferner, mit allen nur möglichen Mitteln die Flüchtlinge der wegen politischer Vergehen Ausgewanderten und Verbannten nach Rußland zu erleichtern. In den meisten Städten wurde die ehemalige bestechliche Polizei durch eine Miliz ersetzt, die, aus Einwohnern gebildet, überall vollkommene Ordnung aufrecht erhält. Eine gleiche Miliz ist auch in Petersburg eingerichtet, das fast sein gewöhnliches Aussehen wieder angenommen hat. Die Petersburger Zeitungen erscheinen nicht mehr von der Zensur verstümmelt. Eine freudig bewegte Menge durchzieht die Straßen und füllt die Läden. Zahlreiche politische Vereinigungen und Versammlungen, die von den ehemaligen bürokratischen Verwaltungsbeamten niemals genehmigt wurden, werden unausgesprochen abgehalten und erfüllen die Hauptstadt mit angeregtem öffentlichen Leben. Die Theater werden Sonntag die Vorstellungen wieder aufnehmen. Die Lichtspieltheater bereiten Filme vor, die die Ereignisse aus der Revolution vorführen. Das einzige, was an die großen durchlebten Tage erinnert, sind die roten Fahnen und die Sinnbilder der Freiheit, mit welchen die meisten Häuser geschmückt sind, sowie die große rote Fahne auf dem Dache des Winterpalais, das gemäß einem

Beschluß der Regierung der Sitz der demnächst zusammentretenden konstituierenden Versammlung sein wird.

Die Nachrichten aus der Provinz lauten ermutigend. Sie melden fast einstimmig von der Freude der Bevölkerung, vom Zuche des Zarismus befreit zu sein, sowie von dem festen Entschluß des Landes, sich ihm niemals wieder zu beugen.

### Gruß aus der Schweiz.

Bern, 23. März. Die sozialdemokratische Fraktion des Nationalrates hat an die sozialistische Fraktion der Reichsduma folgendes Telegramm gerichtet: Wir senden Ihnen unseren brüderlichen Gruß. Wir freuen uns über den Sieg der Sache des Volkes und wünschen Ihnen Glück zur Erreichung der Demokratie. Wir hoffen, daß die russische Sozialdemokratie kräftig für den Frieden wirken wird.

Bern, 22. März. (Melbung der Schweizerischen Telegraphenagentur.) Im Nationalrat brachten Grimm und die übrigen Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion folgenden Antrag ein:

Die schweizerische Volksvertretung, die Repräsentantin der ältesten Demokratie Europas, entbietet der russischen Revolution ihren freudigen Gruß und Glückwunsch. In der unheilvollen Zeit des Grauens erblickt der schweizerische Nationalrat in dem weltgeschichtlichen Ereignis den glorreichen Aufstieg jener demokratischen, freiheitlichen Ideen, die die Grundlage der bürgerlichen Republik und den lebendigen Inhalt ihrer Verfassung bilden. Er erwartet von der Demokratisierung des bisherigen Jarenreiches eine der Bürgschaften für den endlichen Triumph des Friedens und einer Verständigung der Völker über die Schreckensherrschaft des Krieges.

**Deutscher Reichstag.**

Sitzung vom 27. März.

An Spitze des Bundesrats: Graf Roederer, Dr. Helfferich.  
Präsident Dr. Raumbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min.  
Eingegangenes ist das Rotgesetz zum Reichshaushaltsplan.

**Klein-Anfragen.**

Abg. Dr. van Cafer (nflb.) fragt an, ob der Reichsanwalt bereit ist, auf die Heeres- und Marineverwaltung dahin einzuwirken, daß auf Erkranken der Bundesversicherungsanstalten Versicherte, die während ihrer Dienstzeit geschlechtlich erkrankt waren, ohne deren besondere Befragung zwecks weiterer Fürsorge namhaft gemacht werden.

Ministerialdirektor Dr. Jonquieres: Die Entscheidung darüber, ob geschlechtliche Erkrankungen von Heeres- oder Marineangehörigen den Versicherungsbehörden gegen den Willen der Betroffenen von den zuständigen militärischen Stellen mitgeteilt werden sollen, ist ausschließlich Heeresangelegenheit, weil dabei nicht nur Gesichtspunkte der Hygiene, sondern auch militärische Interessen in Betracht kommen können, die eine solche Mitteilung unter Umständen als unerwünscht erscheinen lassen. Den Ärzten ist es verboten, unbefugt das Berufsgeheimnis zu lüften. Mitteilungen von Behörden fallen daher überhaupt nicht unter diese Bestimmung. Befugt ist eine Mitteilung, falls sie mit Einwilligung der Kranken erfolgt, wenn eine öffentlich-rechtliche Befugnis oder eine Pflicht zur Mitteilung besteht, und in der Rechtsprechung des Reichsgerichts die Befugnis zur Preisgabe des Berufsgeheimnisses begründet können. Inwieweit diese Pflicht so überträgt, daß sie den Arzt von der Schweigepflicht entbindet, hängt vom Einzelfall ab.

Abg. Gunter (Vpt.) fragt an: Im vorigen Jahre ist wegen Mangel an Kupfervitriol und Schwefel eine erhebliche Schädigung des Weinbaues eingetreten. Ist der Reichsanwalt in der Lage und bereit, zur Bekämpfung der Rebschädlinge Kupfervitriol und Schwefel an die Weingärtner in genügender Menge rechtzeitig zur Verfügung zu stellen?

Ministerialdirektor Dr. Jonquieres: 1916 wurden für den Weinbau 3500 Tonnen Kupfervitriol freigegeben. Mehr konnte das Kriegsministerium wegen der Knappheit der Vorräte und der vorhergehenden anderweitigen Ansprüche nicht bewilligen. Allerdings darüber, daß diese Mengen nicht ausgereicht hätten, sind in erheblichem Umfange nicht laut geworden. Wenn die Bekämpfung der Reblaus 1916 nicht den gewünschten Erfolg gehabt hat, so ist das in erster Linie auf die ungünstige Witterung und den Mangel an Arbeitskräften zurückzuführen. Für 1917 hat sich das Kriegsministerium bereit erklärt, die gleichen Mengen Kupfervitriol wie im Vorjahr dem Weinbau zur Verfügung zu stellen. Außerdem gibt es auch ein gutes Ersatzmittel über das schon seit längerer Zeit Erfahrungen in der Bekämpfung der Reblaus vorliegen. An Schwefel wurden für den Weinbau 3000 Tonnen vom Kriegsministerium bereitgestellt; hierüber sind verschiedentlich Klagen laut geworden, die sich einmal gegen die zu späte Lieferung und sodann gegen die Beschaffenheit des Schwefels gerichtet haben. Die Klagen rühren in erster Linie daher, daß wir früher den Schwefel aus Italien bekommen haben, und daß wir jetzt auf inländische Produktion angewiesen sind, deren Fabrikate im vorigen Jahre noch nicht voll genügt haben. Für 1917 liegen die Verhältnisse wesentlich günstiger, da die neuen Fabriken fertiggestellt sind und wir nunmehr damit rechnen können, ein einwandfreies Material für den Weinbau zu erhalten.

**Die zweite Lesung der Steuervorlagen.**

Auf der Tagesordnung stehen dann die verschiedenen Steuervorlagen und zwar das Gesetz über den Zuschlag zur Kriegssteuer, das Gesetz über die Sicherung der Kriegssteuer, die Vorlage über die Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs und die Kohlensteuervorlage. Die einzelnen Vorlagen werden besonders zur Verhandlung gestellt.

Zunächst wird die Vorlage über die Erhebung eines Zuschlags zur Kriegssteuer beraten. Der Zuschlag beträgt bekanntlich 20 v. H. Der Ausschuss hat in dem grundlegenden § 1 zugunsten kinderreicher Familien folgende Bestimmung neu eingefügt: Sofern das Gesamtvermögen des Steuerpflichtigen nach dem Stande vom 31. Dezember 1916 100.000 M. nicht übersteigt, ermäßigt sich auf Antrag des Steuerpflichtigen der Zuschlag bei Steuerpflichtigen mit mehr als zwei Kindern unter 18 Jahren auf 15 v. H., mit mehr als drei Kindern unter 18 Jahren auf 10 v. H., mit mehr als vier Kindern unter 18 Jahren auf 5 v. H. und wird bei Steuerpflichtigen mit mehr als 5 Kindern nicht erhoben. Dem Antrag ist nur stattzugeben, wenn er binnen einem Monat nach Zustellung des Steuerbescheids gestellt wird.

**Anträge zum Kriegssteuer-Zuschlag.**

Die Sozialdemokraten beantragen, den Zuschlag auf 33 1/2 v. H. zu erhöhen. Die Deutsche Fraktion beantragt, bei Steuerpflichtigen mit einem kriegssteuerpflichtigen Vermögenszuwachs von 3000 bis 20.000 M. 10 v. H. und bei einem höheren Vermögenszuwachs 20 v. H. zu erheben. Der Zuschlag soll sich bei einem Zuwachs von mehr als 100.000 M. auf 25 v. H. erhöhen, wenn das Anfangsvermögen sich um mehr als ein Drittel vermehrt hat, auf 30 v. H., wenn es sich um mehr als die Hälfte, und auf 40 v. H., wenn es sich mehr als verdoppelt hat. Sofern das Gesamtvermögen 100.000 M. nicht übersteigt, soll sich der Steuerzuschlag bei mehr als zwei Kindern um ein Viertel, bei mehr als drei Kindern um die Hälfte, bei mehr als vier Kindern um drei Viertel ermäßigen und bei fünf Kindern nicht mehr erhöht werden. Schließlich beantragt noch Freiherr von Camp (Deutsche Fraktion) folgenden neuen § 7a einzufügen: Wird glaubhaft dargetan, daß der Kurs dem Verkaufswert eines Wertpapiers nicht entspricht, so ist der Reichsanwalt verpflichtet, in eine erneute Prüfung des beanstandeten Kurses einzutreten.

Abg. Dr. David (Soz.): Der Ausschuss hat sich bei der Kriegssteuer im wesentlichen auf den Standpunkt der Regierungsvorlage gestellt. Er hat alle Verschärfungen der direkten Besteuerung abgelehnt. Wir haben wenig Hoffnung, daß Sie von dem verhängnisvollen Weg der Belastung der breiten Massen durch die Kohlen- und Verkehrssteuer Abstand nehmen werden. Trotzdem haben wir es für unsere Pflicht gehalten, erneut die Erhöhung der Kriegssteuer von 20 auf 33 1/2 v. H. zu beantragen. Dadurch würden alle indirekten Steuern überflüssig werden.

**Für eine Reichsvermögenssteuer.**

Sollte unser Antrag abgelehnt werden, so ist immer noch in dieser Zeit der Not der Weg einer einmaligen Reichsvermögenssteuer gegeben, für die im Prinzip ja auch die Fortschrittler, Nationalliberalen und sogar Herr von Camp sind. Leider aber nur im Prinzip, niemals aber in der Praxis. Wir können nicht zugeben, daß die Belastung der Vermögen durch die Einzelstaaten und Kommunen schon übergroß ist. Die Konservativen sind sogar soweit gegangen, daß sie mögliche Schonung der Vermögen verlangt haben, die höchstens um nur 10 v. H. abgenommen haben. Hier tut sich ein bedauerlicher Gegensatz der Anschauungen auf. Diese Leute gehören immerhin doch zu den Gläubigen.

## Das andere Europa.

Die russischen Großfürsten haben auf ihre Stellungen verzichtet. Mehr als irgend eine Nachricht beweist diese, daß die russische Revolution über den Zarismus voll und endgültig und unwiderruflich, nicht nur moralisch, sondern auch in den tatsächlichen Machtverhältnissen gesiegt hat. Eine Niederlage gleich dieser kennt in der Geschichte eine Wiederherstellung nicht. Wohl teilen wir die Annahme vieler Beurteiler, daß die Ereignisse, deren stauende Zeugen wir sind, nicht ein Abschluß, sondern ein Anfang sind. Denn wenn einmal die politischen, nationalen und sozialen Gegensätze dieses Riesenreiches so allgemein und bis auf den tiefsten Grund in Bewegung geraten, so finden sie an sich so leicht und rasch ein neues Gleichgewicht nicht. Der russischen Umwälzung aber liegt außerdem der unmittelbare, unverhüllbare und unvertagbare Gegensatz von Kriegs- und Friedenswillen zugrunde und dieser ist noch lange nicht ausgetragen. Das heldenhafte russische Proletariat ringt bewußt, die übrigen Volksmassen vielleicht bloß unbewußt um den Frieden. Dieses Ringen hält heute schon die Welt mehr in Atem als der Kampf wider den Zarismus, der beinahe heute schon ein Kampf von gestern erscheint.

Für Europa aber, für die Beziehungen aller Staaten und Völker Europas zueinander bedeuten diese Märztage den Abschluß einer Epoche. Als im Jahre 1814 unter der Führung Alexanders I. von Rußland die Heere der verbündeten Völker Europas in Paris einzogen und Napoleons Sturz besiegelt war, erschien dieser Zar sich selbst und der Welt als Befreier und Friedensbringer des Weltteils. Er betrieb den Gedanken einer Heiligen Allianz aller monarchisch-konservativen Mächte Europas, die nach außen den allgemeinen Frieden, nach innen aber die Aufrechterhaltung aller überlieferten, legitimen Staatsformen garantieren sollte. Die Heilige Allianz kam auch zustande und begründete das starre und zähe System einer internationalen Reaktion gegen die Ideen von 1789, gegen jegliche Revolution, gegen jede innere Erneuerung und Rußland war die Vormacht dieses Bundes, Rußland galt als letzte Zuflucht und sicherer Hort aller reaktionären Mächte des alten Europas. Der verunglückte Heereszug des gewaltigsten Kriegsmannes der Welt nach Rußland, Napoleons Katastrophe in Moskau, ließ Rußland den Nimbus der Unbesiegbarkeit; die Tatsache, daß Rußland allein von allen Einwirkungen der französischen Revolution verschont blieb, verlieh dem Zarenthron das Ansehen völliger Unererschütterlichkeit; die im Westen unverstandene griechische Orthodoxie schien die Seelen des Vielmillionenvolkes in so unlöslichen Bann zu schlagen, daß auch die kirchliche Reaktion in jeder Bedrängnis ihren letzten und festesten Halt in der russischen Christenheit zu finden erwartete. Im politischen und geistigen Wirrsal des „faulen Westens“ erschien Rußland als der unbewegliche, unerschütterliche Fels. Und bei der politischen Zerrissenheit Mitteleuropas, bei der niemals geschwundenen Feindseligkeit der romanischen Randvölker gegen die Deutschen erhob sich die Zarenmacht auch diplomatisch und militärisch zum Schiedsrichter Europas.

So war es bis zu diesem März. Wohl hat die Heilige Allianz ihre offene Herrschaft unter dem Schläge der Februarrevolution 1848 eingebüßt, sie wurde zerrissen durch den Krimkrieg, den die Westmächte gegen den Osten unter der untätigen Zuschauerschaft der Mittelmächte führten. Trotzdem aber blieb das europäische Schiedsrichteramt des Zaren, trotzdem blieb der Zarismus der Hort der Legitimität, der Kirchlichkeit, der Reaktion. Bevor Bismarck an das Werk der Einigung des Deutschen Reiches schritt, ging er als Botschafter nach Petersburg und versicherte sich der Duldung seines Werkes durch den Zaren. Die diplomatische Geschichte des letzten Jahrhunderts ist die Geschichte abwechselnder schmerzvoller Demütigung der Mittelmächte vor dem Grohherrn des Ostens gewesen, bis der Zwei- und Dreibund Mitteleuropa endlich die Möglichkeit ehrenvoller Selbstbehauptung gab. Und auch dann sah sich Bismarck noch genötigt, die Beziehungen zu Petersburg mit Sorgfalt zu pflegen, auch dann griff er noch zu der bekannten Müßversicherung im Osten. Die auf dem Wiener Kongreß 1814 begründete Vormachtstellung des Zarismus auf dem Festland hat bis kurz vor dem

Kriege angebauert, sie kennzeichnet die Diplomatie eines ganzen Jahrhunderts!

Diese außenpolitische Stellung des Zarismus war es nicht allein, was die Erbitterung aller fortgeschrittenen Kreise aller Völker erbitterte, was den Staaten Europas in Ruhe ihrer Selbstbestimmung zu folgen unmöglich machte. Das Parentum war in den meisten Staaten auch ein Bestimmungsgrund der inneren Politik, in dem republikanischen Frankreich nicht anders als in dem monarchischen Preußen und allüberall. Das waren die beiden äußersten Gegenpole des politischen Denkens und Handelns: 1789 und der Zar, das System des Westens und des Ostens. Die alten Stände und die geschichtlichen Klassen suchten bald offen, bald versteckt Anlehnung und Bündnis im Osten. So weit ging das, daß selbst die französische Bourgeoisie, einmal zur Herrschaft gelangt, den russischen Großfürsten im Pariser Salon umschmeichelte, die tief gewurzelte Scheu der Konservativen von ganz Mitteleuropa vor allem, was auch nur Freiheit heißt, ließ ihnen die demokratischen Staaten des Westens als bündnisunfähig, Rußland allein als bündnisfähig erscheinen. Umgekehrt aber war das Rußland des Zarismus fast durch ein Jahrhundert der europäischen Demokratie kein denkbarer Bundesfreund. Das europäische Ideal der einen war der „Dreikaiserbund“, das Ideal der anderen der Bund mit dem Westen. Das waren feste Ausrichtungen des politischen Denkens, die allmählich auf beiden Seiten zum Erbgut und der äußeren wie der inneren Politik beinahe organisch geworden sind, ihre letzten Wurzeln gehen zurück auf den Gegensatz der Heiligen Allianz und der europäischen Demokratie.

Wohl haben die letzten zwei Jahrzehnte dieses politische Gedankensystem allmählich ausgehöhlt. Seitdem die französische Bourgeoisie als alleinherrschende Klasse des Landes zwar politisch aus Hebertlieferung freiheitlich, doch sozial aus Furcht vor den arbeitenden Klassen reaktionär geworden, seitdem die englische Bourgeoisie aus kapitalistischen Konkurrenzgründen der deutschen Bourgeoisie feindselig gegenüberstand, verblaßten die politischen Traditionen der großen Revolution wie die Erinnerungen des Krimkrieges und die Feinde von vormalig wurden Bundesgenossen. Aber dieses so unnatürliche Bündnis hob zunächst die politischen Unterschiede nicht auf und lange währte der Zar, daß die Marxellaise ungestraft bei seiner Hofstapel gespielt werden könne. Und noch immer stand Napoleons Wort, Europa habe keine Wahl, als „republikanisch oder kosakisch“ zu werden.

Nun ist diese geistreiche Antithese, das Stichwort eines Jahrhunderts, über Nacht sinnlos geworden und kosakisch wird im äußersten Falle eine parlamentarische Monarchie nach englischem Muster bedeuten, selbst dann, wenn ein zäsaristisches, bonapartistisches Zwischenspiel des Säbels auch hier die gerade Linie der Geschichte zeitweilig verwirren sollte. Das ist nun die heute schon vollendete Tatsache, was immer noch kommen möge! Die obersten Ausrichtungen äußerer wie innerer Politik, die Europa durch ein Jahrhundert geläufig waren, sind hinfällig. Hinfällig sind die alten zählbaren Vorstellungen der Heiligen Allianz bis in ihre letzten Ausläufer und hinfällig auch alle Vorstellungen der europäischen Demokratie von der Bündnisunfähigkeit des russischen Reiches. Die eine wie die andere Denkrichtung hat ihren Gegenstand eingebüßt und beide, die Konservativen wie die Demokraten, müssen nach neuen Richtpfeilern ihres Denkens forschen. Das diplomatische System Europas ist so gründlich umgewälzt, daß irgend welche feste Neuordnung zunächst gar nicht vorstellbar scheint. Das Gleichgewichtssystem der Nationen hat sich völlig gewandelt, ja wir können kaum erst ahnen, welche Völkerschaften des Riesenreiches im Osten zu neuem nationalen Eigenleben aufsteigen. Bisher geschichtslose Nationen feiern zurzeit die Stunde ihres Erwachens, denn das Haus des Zaren war nicht nur die Zelle ungezählter politischer Märtyrer, sondern auch das Gefängnis vieler bis heute fast namenloser Völker. In den alten Völkern der Mitte und des Westens jedoch müssen die Ereignisse im Osten ein nachhaltendes Echo wecken, frische Hoffnungen und Befürchtungen erregen, deren letzte Auswirkung heute noch nicht abzusehen ist. Außen und innen, vom Grökten bis ins

kleinste gilt der Satz: Wir stehen vor einem neuen Europa. Schwierig mag es sein, bei völlig geändertem Strom und Wind und Wetter das Steuer sofort richtig zu stellen; aber verhängnisvoll kann in dieser Stunde jeder Fehltriff werden, und das hieße der schicksalhaften Rat, beim Geirigen zu verharren, als ob nichts geschehen wäre!

# Die Neutralen als Vorspann der englischen Hungerblockade.

Bekennnisse edler Britenseelen. — Lord Cecils Taten und Pläne.

London, 27. März. (Neuter.)

Im Unterhause sprach Abg. Herins über die Schwierigkeiten der indirekten Blockade auf dem Wege über die Neutralen, die auf den feindlichen Einfluß zurückzuführen seien. Er bedauerte, daß Handelsabkommen geschlossen worden seien. — Abg. Ballairs bezeichnete es als einen unfreundlichen Akt, daß von skandinavischer Seite die Exportstatistik nicht mehr veröffentlicht werde. In gleicher Weise wandte er sich gegen das Vorgehen Hollands in bezug auf bewaffnete Handelsschiffe und erklärte, England sei berechtigt, eine neue Doktrin für Europa aufzustellen (1), wenn dadurch der Krieg beendet werden könnte. England könne (1) die Nordsee schließen oder die Preisgerichte aufheben oder mit den Vereinigten Staaten, die sich jetzt mit den Alliierten vereinigen, ein Abkommen treffen, um den Kredit an die Neutralen einzuschränken. — Abg. Peto tabelte ebenfalls den holländischen Standpunkt, bezüglich der bewaffneten Handelsschiffe und erklärte, es könne logischer Weise eine schärfere Einschränkung seiner Lebensmitteleinfuhr nicht beantragen, da es nicht wie andere Neutrale alles, was in seiner Macht stehe, tue, was das allgemeine Völkerrecht hinsichtlich der Verteidigung von Handelsschiffen zweifellos verlange.

Blockademinister Lord Robert Cecil gab hierauf eine Uebersicht über seine Tätigkeit seit seiner Ernennung und schilderte die Schritte, die er getan habe, um Reibungen zwischen dem Auswärtigen Amte und der Admiralität zu vermeiden. Er erwähnte die Errichtung einer Abteilung für den Außenhandel im Auswärtigen Amte, die sich mit der Aufstellung von Schwarzen Listen befaße und deren Untersuchungen den gewaltigen Umfang der Organisation des deutschen Handels zeigten. Ich hoffe, daß die Informationen, die gesammelt worden sind, für den Wiederaufbau nach dem Kriege von größtem Nutzen sein werden. Ferner haben wir eine Finanzabteilung, die darauf zu achten hat, daß feindliche Händler den Londoner Geldmarkt nicht für ihre Zwecke ausnützen. Die bei weitem wichtigste Maßnahme des Blockadeministeriums war die Aufstellung des Grundgesetzes des Systems der Rationierung durch Abkommen mit Stellen in neutralen Ländern. Es ist weit wirksamer, reibungsloser und weit besser vom Gesichtspunkte der Blockade aus als die zwangsweise Rationierung. Das dänische Abkommen war vom Gesichtspunkte der Blockade aus ein vollständiger Erfolg. Es gewährte uns den größtmöglichen Vorteil, indem es uns eine Körperschaft gab, die den gesamten Handel Dänemarks vertritt, womit wir die Rationierung festgesetzt haben, die für die Blockade, die wir durchführen müssen, wesentlich ist. Das System der Versicherungsscheine, das wir mit Amerika eingeschlagen haben, war sehr wirksam, um die Schwierigkeiten zu verringern, die vorher mit Amerika bestanden. Es gab uns genaue Kenntnis von der Ausfuhr aus Amerika nach den neutralen Ländern und setzte uns instand, ohne Parteilichkeit oder Ungerechtigkeit die Vorratssendungen an die Neutralen zu „regeln“. Das Ergebnis dieser und anderer einschränkender Maßnahmen war, daß die Ueberseeimporte in feindliche Länder vollständig aufgehört hat.

Lord Cecil gab sodann Einzelzahlen über die Einfuhr nach Skandinavien und Holland vor dem Kriege und heute an und erklärte: Diese Zahlen beweisen, daß von den in Frage kommenden Artikeln auf dem Wege über diese Neutralen an den Feind nichts durchgelangt. Ich glaube aber, daß wir, wenn wir alle Einfuhr vom Schmuggel abgesehen, verhinderten, noch immer nicht alles taten, um die Blockade Deutschlands vollständig zu machen. Es kommt die Frage der heimischen Erzeugung in den an Deutschland grenzenden neutralen Ländern hinzu. Dies ist ein schwieriges Problem. Mit der direkten Blockade war die Sache ganz einfach. Aber jetzt müssen wir uns mit der indirekten Blockade auf dem Wege über die Neutralen befassen. Wir hatten den Grundsatz der fortgesetzten Reise voll und ganz zur Anwendung gebracht und alle Waren angehalten, die an letzter Stelle für den Feind bestimmt waren. Infolge gewisser internationaler Schwierigkeiten gab es bis leht hin einige Waren, bei denen wir keinen vollen Erfolg hatten. Das einzige Mittel, den Handel in diesen Waren zu verhindern oder zu verringern, wäre ein Abkommen mit den beteiligten neutralen Staaten. Norwegen zum Beispiel wünschte eine große Menge Kupfer für elektrische Betriebe. Das in Norwegen selbst erzeugte Kupfer besaß nicht die erforderliche Qualität. Norwegen wünschte also Kupfer von uns. Wir trafen Abmachungen, nach welchen Norwegen als Gegenleistung für unsere Kupferlieferungen seinen Handel mit Deutschland auf ein gewisses Maß beschränkte. Dieser Art sind unsere Handelsabkommen. Diese Art von Verhandlungen scheint mir das einzige Mittel, das Problem zu lösen. Cecil ging sodann auf die Anregung des Abg. Ballairs ein, daß England alle Lebensmittellieferungen beschlagnahmen solle, falls nicht alle neutralen Staaten die Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte nach Deutschland einstellten, und erklärte: Eine solche Maßregel würde sich mit unseren ausgesprochenen Ansichten über die Rechte der kleinen Nationen (1) schwer vertragen. Ueberdies würde die einzige Wirkung sein, daß die gesamte landwirtschaft-

liche Produktion solcher Länder dann nach Deutschland gehen würde, während unter den jetzigen Bedingungen unser Anteil aus Dänemark langsam steigt und wir, was Holland anbetrifft, beinahe wieder die vor dem Kriege bestehenden Verhältnisse erreicht haben. Ich habe niemals behauptet, daß ich mit der Blockade Wunder wirken würde, aber ich würde das Haus und das Land täuschen, wenn ich nicht sagte, daß jetzt als Ergebnis der Blockade in Deutschland ein sehr großer Mangel an Nahrungsmitteln und ein sehr erheblicher Mangel an anderen Dingen, wie Wolle, Baumwolle, Schmieröle und anderen Bedarfsartikeln, herrscht. Ich kann die wiederholten wohl belegten Mitteilungen von Lebensmittelunruhen, die auf die tiefe Unzufriedenheit der deutschen Bevölkerung mit den herrschenden Zuständen hindeuten, weder übersehen noch als unglaubhaft betrachten. Ob der Krieg durch die Blockade zu Ende gebracht wird, ist eine andere Sache. Aber ich kann sagen, daß, wenn wir die Endschlacht zu kämpfen haben werden, die Wirkung unserer Blockade sehr ins Gewicht fallen wird.

Und diese nämlichen Briten, die in der Verfolgung ihres Aushungerungsplans so kaltblütig über jedes menschliche und göttliche Gesetz hinwegschreiten und zu dem Zwecke, um die Völker der Mittelmächte dem Hungertode zu überantworten, ohne viel Umstände die Neutralen unterjochen, sie auf knappe Ration setzen, ihnen Vorschriften über die heimische Produktion machen, haben die Stirne, von den Mittelmächten allerlei Rücksichten im U-Boot-Krieg zu verlangen, der doch nur Notwehr gegen den unmenschlichen britischen Aushungerungsversuch ist! Lord Cecils brutale Offenberzigkeit muß auch den letzten „Westlern“ den Star stechen.

## Erweiterung des Sperrgebietes.

Osag, 28. März.

Das Ministerium des Meubern macht bekannt, daß die britische Regierung mitgeteilt habe, daß vom 1. April an das von England für abgeschlossen erklärte Seegebiet erweitert wird. Von diesem Zeitpunkte an wird es mit Ausnahme der dänischen und der niederländischen Territorialgewässer ein Gebiet umfassen, das folgendermaßen begrenzt ist: im Norden durch den Parallelkreis 56 Grad nördlicher Breite westlich von einem Punkte, der drei Seemeilen von der Küste von Jütland liegt; im Westen durch die Verbindungslinie folgender Punkte: 56 Grad nördlicher Breite und 6 Grad östlicher Länge, 54 Grad 45 Minuten nördlicher Breite und 4 Grad 30 Minuten östlicher Länge sowie 53 Grad 23 Minuten nördlicher Breite und 5 Grad 1 Minute östlicher Länge; im Süden durch eine Linie, die durch die letztgenannten und einen in 53 Grad 25 Minuten nördlicher Breite und 5 Grad 5 Minuten 5 Sekunden östlicher Länge gelegenen Punkte verläuft und dann im Osten der Grenze der niederländischen Territorialgewässer folgt.



## Eine rumänische Kriegsgegnerpartei.

Von unserem Kriegsberichterstatter Karl Fr. Nowak.  
Bukarest, im März.

Keine der Parteien rumänischer Kriegsgegner hat in dem jetzt zu Boden geworfenen Königreich den Kampf gegen Kriegsteilnahme und Kriegshetze so bedingungslos, so offen und leidenschaftlich geführt, wie die rumänischen Sozialisten. Unter der Parteiführer, die in bezug auf die unabwendbare Katastrophe im Falle eines Eingreifens Rumäniens in den Weltbrand auf so tragische Weise recht bestanden, läßt mich ein wenig hinter die Kulissen dieses Kampfes blicken. Seine Einzelheiten spielten sich in Rumänien jedem sichtbar, gegen das Ausland natürlich völlig unterdrückt ab. Zwei Jahre lang entfalte sich die ganze Parteitätigkeit ausschließlich gegen den Krieg. Sie war selbst an dem Tage noch nicht ganz unterbunden, da Rumäniens Kriegserklärung dann tatsächlich erfolgte. Ihre Wirkungen waren freilich mit jenem Tage ebenso lahmgelegt, wie das persönliche Schicksal der meisten Führer in diesem Ringen damit besiegelt war.

„Keine Versammlung“, erzählt der Bukarester Parteiführer, „keine einzige wurde überhaupt von uns abgehalten, deren antikriegsische Tendenz nicht Programm gewesen wäre. Unsere sozialistische Zeitung „Lupta“, das Organ des über Rumäniens Grenzen weit hinaus bekannten Führers Rakowski, brachte nicht einen Artikel, der nicht in jeder Zeile den Protest gegen den Krieg ausgesprochen hätte. Der Anhang der Kriegsgegner war frühzeitig schon so groß, da es schon im Mai 1915, als nach dem großen Durchbruch von Larnow und Gorlice die Russophilen die im Sinken begriffene rumänische Stimmung durch eine im Bukarester Cismigiu-Garten abgehaltene große Versammlung zu heben suchten, zu schweren Zusammenstößen mit dem aufgebotenen Militär und der rücksichtslos einhauenden Polizei kam. Es stieß schon damals viel Blut. Die Zahl der bei jenem Anlaß Verwundeten war ganz erheblich.

Dann brachten die ersten Monate des Jahres 1916 eine straffere Organisation der sogenannten „Transylvanier“, der Eroberungslustigen, die um jeden Preis Siebenbürgen haben wollten. Sie sorgten dafür, daß in den Straßen der Hauptstadt nur mehr solche Zeitungen verkauft werden sollten, die russophob waren und für den Krieg eintraten. Den Redaktionen der Blätter, die Neutralität predigten und forderten, wurden die Fenster eingeschlagen. Die Sozialisten ließen sich durch die „Transylvanier“ nicht einschüchtern. Ihre Frauen kamen auf die Straße und verkauften selbst die Zeitungen der Partei, die Russophilen wagten, so dreist sie sich sonst in Bukarest aufspielten, doch nicht, sich an den Frauen tatsächlich zu vergreifen. So waren es diese Frauen eigentlich allein, die für die Brechfreiheit ihre Haut zu Markte trugen.

Aber der Krieg war eine beschlossene Sache. Er war beschlossene Sache an der Seite der Gegner der Zentralmächte im Juni 1916. Jeder wußte dies von dem Augenblicke an, da die Russen in der Zeit der Brusilowischen Offensive gegen die Bulowina die rumänische Grenze verletzten. Galatz war von jeher, Galatz war auch damals der Sitz der russophilen Propaganda gewesen. Die Sozialisten protestierten noch einmal gegen den Krieg: in Galatz brach der Generalkrieg aus. Er

wurde rücksichtslos in Blut erstickt. Das wütete wütere ärger als in Flandresland. Jeder die Toten, noch die Verwundeten waren zu zählen. Die Soldaten verfuhrten bereits nach kosakischem Muster. Mit den gefallenen Männern wälzten sich Frauen und Kinder in ihrem Blut in den Straßen von Galatz.

Der 14. August war der Tag der Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn. Bekanntlich ein Sonntag. Für den Vormittag auf zehn Uhr — gleichzeitig mit dem Kronrat im Schloß — war in Bukarest eine große antikriegsische Versammlung angesetzt, im Jirkus Sidost. Die Ausgänge wurden durch Militär verschlossen. Als endlich nachmittags um zwei Uhr wieder freigegeben wurden, sah man überall große Plakate, die besagten, daß der Belagerungszustand über Bukarest verhängt sei. Um vier Uhr erschienen zwei Gendarmen auf der Calea Victoriea, die dann durch alle Straßen der Stadt zogen und ein riesiges Plakat schleppten. Auf dem Plakate war zu lesen, daß der Krieg erklärt sei. Der Eindruck war im ersten Augenblick ungeheuerlich, doch schon in diesem ersten Augenblick zwiespältig. Es gab viele, die über das hereingebrochene Verhängnis weinten, freilich ebenso viele, die in lauten Jubel ausbrachen. Um fünf Uhr rief man die Schriftleiter aller Bukarester Zeitungen zur Polizei. Man verständigte sie, daß der Kriegszustand tatsächlich eingetreten sei und fortan ihre Blätter nur unter Zensur erscheinen dürften. Zwei Stunden später brachten die Blätter die Kriegserklärung.

Über schon um acht Uhr abends zeigte die Hauptstadt ein völlig verändertes Bild. Von Begeisterung war gar nichts mehr zu merken, auch die vielen, die eben erst jubelt hatten, waren auf einmal stumm. Einige Kinder riefen eingelernte Rufe in die Straßen, die sie selbst nicht verstanden. Eine Traurigkeit ohne gleichen ergriff die Stadt, sie war in Friedhofsstimmung gänzlich erstorben. Um neun Uhr abends durfte in Bukarest, dessen Publikum, wie man weiß, leichtlebiger und vergnügungssüchtiger ist, als irgendwo sonst, niemand mehr auf die Straße gehen.

Während dies am Tage der rumänischen Kriegserklärung sich im Innern der Stadt zutrug, waren die Vorstädte bewegt genug. Große Arbeiterdemonstrationen fanden statt, ohne freilich den bereits beschlossenen Gang der Dinge ändern zu können. Um jedenfalls die Demonstrationen auch für die folgende Zeit vollständig auszuschalten, verfiel die Regierung auf ein sehr einfaches Mittel. Schon am Tage nach der Kriegserklärung wurde die ganze Arbeiterschaft im Alter von 21 bis zu 46 Jahren einberufen. Die Zensur wurde den Zeitungen gegenüber sofort mit der größten Strenge gehandhabt, mit noch viel größerer Schärfe und Unbuddsamkeit, als man es selbst in Ausland schon gewöhnt war. In erster Linie wurde naturgemäß von der Zensur die „Lupta“ getroffen. Das Blatt wurde sehr rasch überhaupt verboten. Der Sozialistenführer Rakowski, gegen den man mit allen möglichen Mitteln gearbeitet hatte, um seine Projekte gegen einen rumänischen Krieg — man hatte ihn erst bestechen wollen, dann hatten ihn die Russophilen als zentralmächtefreundlich und vor allem als deutsch-freundlich verächtlich —, Rakowski wurde einfach auf der Straße verhaftet. Eine Weile war er in seinem eigenen Hause interniert, dann wurde er bei Nacht und Nebel von Bukarest fortgeholt und verschleppt. Die Parteizentrale wurden durch die Polizei versperrt und besiegelt. Was von der Partikelung zu ergreifen war, wurde festgesetzt. Man steckte die Verhafteten einfach ins Bucaresti-Gefängnis. Dort wurden sie von den einziehenden Deutschen aufgefunden und befreit.

Der Einzug und die Herrschaft der Deutschen fanden in Bukarest nicht weniger als 36 000 Industriearbeiter vor. Und nicht weniger als 20 000 davon waren ohne Arbeit. Und man kann sich leicht vorstellen, wie ein Zustand unter diesen Arbeitslosen herrschte. Besser waren die Familien der Mobilisierten daran. Ihnen hatte die rumänische Regierung, als ihre Flucht unvermeidlich wurde, die Unterstützung von 20 Franken monatlich auf vier Monate vorausbezahlt. Auch für die Beamten hatte die Regierung vor ihrer Flucht vorgesorgt. Sie zahlte ihnen die Gehälter schon bis zum 1. März. Gleichwohl sind die rumänischen Beamten jetzt nicht gerade rosig gebettet. Nicht etwa, weil die Deutschen die Herren des Landes geworden sind, sondern sie bekommen jetzt wirklich nur ihre normalen Gehälter, die ihre Regierung nie allzu spigig bemessen hatte, weil sie ja wußte, daß keiner dieser Beamten ohne Bestimmungsgelder zu wirtschaften gewöhnt war. Und die Bestimmungsgelder bleiben jetzt allerdings aus. Glücklicher daran sind entschieden die Arbeiter: sie arbeiten jetzt in den Fabriken, deren eine ganze Anzahl von den Deutschen eröffnet worden sind. Es sind wieder geordnetere Verhältnisse eingetreten.

Der Parteiführer schweigt. Dann fügt er nachdenklich hinzu: „Seit der Eröffnung zahlen die Fabrikdirektoren auch wieder täglichen Lohn. Er beträgt vier Franken für den Tag. Die Fabrikdirektoren bequemen sich nicht gerade sehr willig dazu. Aber ist das nicht bezeichnend: die Deutschen haben sie, ohne viel Redensarten gelten zu lassen, einfach dazu gezwungen.“

# Kanzler-Etat und auswärtige Politik im Reichstag

Sitzung vom 20. März. Fortsetzung.

Am Bundesratsitz: der Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg, Dr. Helfferich, Graf Koedern.

## Der Etat des Reichskanzlers.

Die Aussprache über den Etat für den Reichskanzler und die Reichskanzlei sowie für das Auswärtige Amt wird fortgesetzt.

Abg. Roese (Soz.) fortfahrend: In Russland wird befürchtet, Deutschland könne bei der Wiederherstellung des russischen Parismus mithelfen. Diese Auffassung muß auch von deutscher amtlicher Stelle gerichtet werden. Der Reichskanzler muß erklären, daß Deutschland nicht daran denkt. Das Mißtrauen ist alt. Man denke an den Königsberger Prozeß schändlichen Angebens. Den Aufbruch der russischen Sozialisten in Kopenhagen hat die Zensur des Auswärtigen Amtes zugelassen, er ist in der "Kölnischen Zeitung" zu lesen. Die militärische Zensur hat seine Veröffentlichung nachträglich verboten. (Pfeil bei den Soz.) Man will sie mit allen Mitteln und mit aller Strenge verhindern. (Lebhafte Pfui-Rufe und Ausrufe: Unerhört! bei den Soz.) Es scheint keine Rücksicht und Dummheit zu groß zu sein, die man nicht begreift. (Zustimmung bei den Soz.) Der Appell war ja überflüssig, die deutschen Sozialdemokraten werden jeden Versuch, dem verurteilten Parismus beizuspringen, bekämpfen. (Zurufe bei den Soz.) Verbote haben die Vorgänge in Russland benehmen wollen, um möglichst weitgehende Eroberungsziele zu verwirklichen. Dem müssen wir nachdrücklich entgegenwirken. Das Wort des Kaisers muß Geltung behalten: Uns treibt nicht Eroberungslust. Das russische Volk haben wir nie für den Krieg verantwortlich gemacht. (Beifall der Soz.) Seinen Freiheitskämpfen gilt unsere lebhafteste Sympathie. Mit Bewunderung und Verehrung denken wir der russischen Wärfreier, die jahrzehntlang unter dem zarischen Joche geschmachtet haben. (Beifall der Soz.) Falls in Russland die Stimmung für einen raschen Frieden wächst, dann erwarten wir von der Regierung, daß sie nichts unterläßt, was die Verwirklichung eines solchen dauernden Friedens mit dem größten Nachbarn im Osten ermöglicht. (Beifall links.)

## Deutschlands innere Politik.

Dann deutsche Innerpolitische Fragen. Den Volksmassen muß endlich ihr Recht werden. Jedes Bögen kann den größten Schaden anrichten. Es heißt auf alles achten, was vorgeht, im Lande und in der Welt. (Sehr gut links.) Eine Neugestaltung Europas, ja der Erde, ist im Werden. Aber es gibt Leute, die sich in ungebührlicher Verbundenheit gegen jede Reform wehren. So wird nicht Weltgeschichte gemacht. (Beifall der Soz.) Die Reden im Herrenhaus wären bedeutungslos, wenn man nicht im Auslande glauben würde, das sei die Stimme Deutschlands. Sie waren ein Triumph der Feinde Deutschlands. (Zustimmung links.) Die Mißstimmung gegen Deutschland ist da und wirkt, wenn auch den westlichen Staaten manche Einrichtung noch recht reformbedürftig ist. (Achtung rechts.) Deutschland wird nicht mehr reaktionär regiert werden können, wenn es nun auch im Osten an eine Demokratie grenzen sollte. Der deutschen Sozialdemokratie hat die Entente schon öfters empfohlen, Revolution zu machen; die Befolgung dieses Rates hätte Deutschlands Niederlage, Not und Elend für uns bedeutet. (Sehr wahr!) Was wir in Deutschland zu tun haben, wissen wir selbst und ermaßen es mit aller Ruhe. Uns empfehlen die französischen Sozialisten Revolution zu machen — sie selbst bewilligen ihrer Regierung, deren Kriegsziele bekannt sind, die Kriegskosten.

Wir haben früheres Unrecht nicht vergessen. Diese Erinnerung wird nicht durch ein paar verbindliche Redensarten ausgelöscht. Bei manchen Erscheinungen, die den Besitzenden nicht gefallen, mögen sie daran denken, daß sich die Sünden ihrer Väter rächen. Die Konserwativen wünschen Burgfrieden auf ewige Zeit — das könnte ihnen so passen! Der Burgfrieden sicherte vor allem die Besitzenden, die preussische Regierung hat auf ihn gepfiffen, als sie das Feindbild in sich eingeschrieben. So bald das Vaterland gesichert ist, ist es mit dem Burgfrieden vorbei! (Sehr richtig! bei den Soz. — Ruf rechts: „Gott sei Dank!“) Dem Zentrum hat man die Aufhebung des Jesuitengesetzes zugelassen — gut; nach 2½ Jahren verspricht man den Polen Ermäßigungen über die Aufhebung des Enteignungsgesetzes. Ja, warum nicht im Großen reformieren, warum Unrecht, das man als solches erkannt hat, noch einen Tag weiter bestehen lassen? (Sehr gut links.) Preußen hat bisher keine moralischen Eroberungen gemacht, es gefährdet vielmehr durch Ungehörigkeit und bösen Willen das Gute, was das Reich will. Ueber die schweren Fehler und das Unrecht in Elsaß-Lothringen wird noch zu reden sein; wir warnen aber vor einer Neuorientierung im Reichslande, die partikularistischen und dynastischen Interessen dient. Das deutsche Volk will nicht vergrößerte Einzelstaaten, sondern ein geeinigtes, geschlossenes Reich! (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

## Die Gegner der Neuorientierung.

Die Fehler im Ernährungswesen haben sehr ernste Mißstimmung im Volke hervorgerufen; möge die Regierung die bedauerlichen Vorfälle in Barmen, Hamburg und Magdeburg nicht leicht nehmen! Aber an politischen Reformen zur Hebung der Volkstimmung hindert uns nicht die Entente, — da stehen die Gegner im eigenen Lande. (Zustimmung bei den Soz.) Wir können es nicht zugeben, damit bis nach dem Kriege zu warten. Nicht alles Notwendige kann heute schon geschehen, aber Vieles. Der Krieg hindert ja auch nicht daran, dem Volke neue, sehr drückende Steuern aufzupacken. Warum soll lediglich der Fortschritt unterbleiben und warum soll das alles in Deutschland der Fall sein? (Sehr wahr! bei den Soz.)

England dehnt sein Wahlrecht im Krieg aus. In dem Falle möge der Reichskanzler vom Feinde lernen. Warum besteuert man nicht sofort das Unrecht der Wahlkreiseinteilung? Die Verfassung schreibt eine Neueinteilung der großen Wahlkreise vor. Es wäre also keine Reform, sondern nur eine Nachachtung der Verfassung. Wenn die deutschen Staatsmänner sich auf die Kunst der Menschenbehandlung verstanden, gäbe es kein Dreiklassenwahlrecht mehr. Gätte man bei Kriegesbeginn mit einem Federstrich damit aufgeräumt, so hätte man im Lande und in der ganzen Welt moralische Eroberungen gemacht. Die Reform des preussischen Wahlrechts muß auch gegen den Willen der Landtagsmehrheit kommen. Eine großzügige Tat des Reichskanzlers auf diesem Gebiet würde den besten Eindruck bei den Volksmassen machen. Um ein paar Junter bei guter Pause zu erhalten, sieht er statt dessen zu, wie der Unmut der Volksmassen wächst. Das ist verhängnisvoll. Wenn er dabei verharret, dann müssen wir befürchten, daß für ihn kein anderes Wort gelten wird: Wehe dem Staatsmann, der die Zeichen der Zeit nicht erkennt!

## Abg. Dr. Müller-Meinungen (Up.):

Das russische Volk will offenbar Frieden, aber die englischen Drahtzieher in Petersburg nicht. Es wäre zu begrüßen, wenn die deutsche Regierung erklärte, daß sie nicht daran denkt, in die innerpolitischen russischen Dinge einzugreifen, insbesondere nicht für den Zarismus, was ja auch die größte Torheit wäre. Unbegreiflich ist das Verbot des Friedensaufrufs der russischen Sozialisten durch den Polizeipräsidenten in Magdeburg; was jagt das Auswärtige Amt dazu? (Sehr gut links.) Die amerikanische Regierung weiß, daß die Seesperrung heute eine unabänderliche Tatsache ist. Was andere müssen wir ihr überlassen, so sehr wir es bedauern, daß zwei so eng verwandte Nationen in den Kampf hineingezogen werden sollen. (Sehr wahr! links.) Entsprechen unsere inneren Zustände der großen Zeit? Die feudale Mehrheit des preussischen Herrenhauses hat dem deutschen Volke den Fehdehandschuh hingeworfen, ein Pronunciamento der alten Privilegierten gegen die neue Zeit wurde ausgesprochen, das beweist der rauchende Beifall und die geradezu devote Zuhaltung zur Rede des Grafen Yorck. Gestern hat Herr v. Kleist versucht, die Rede Yorcks auf den Berliner Antichronen herunterzuziehen (Heiterkeit), aber diese Vorbilder des Herrn v. Kleist haben viel mehr Witz als er, das beweist ihr Vergleich der Roffelengruppen am Lustgarten als „geförderter Rückschritt“ mit dem Herrenhaus und als „gehämmerter Fortschritt“ für das Abgeordnetenhaus, das nach der Anschauung der Herrenhausredner allerdings geradezu ein revolutionärer Fortschritt ist. (Heiterkeit.) Es war doch sehr unvorsichtig, daß Graf Yorck sich als Präceptor aller deutschen Parlamente aufstellte und deren Zusammenkünfte mit den Fürstentischen verglich. Denn in den Augen des deutschen Volkes ist der Wert dieser Zusammenkünfte auf Null herabgesunken, da sie zur Täuschung der Völker, vor allem des deutschen, und zur Entehrung Deutschlands dienen, ohne daß freilich die deutschen Diplomaten etwas davon merken. (Sehr gut.) Gerade die geschieht geleiteten franko-englischen Parlamentarier zum amnestischen waren die beste Vorbereitung des Ententebündnisses; unsere deutsche Staatskunst dagegen hat es so schlecht verstanden, auf dem parlamentarischen Instrument der öffentlichen Meinung zu spielen, daß z. B. trotz fünfundsiebzigjährigen Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn erst jetzt viele Irrtümer beseitigt werden müssen, die hätten vermieden werden können, wenn die Parlamente beizeiten in Fühlung miteinander gekommen wären. In der Herbeiführung solcher Zusammenkünfte liegt ein besonderes Verdienst unseres heutigen Reichstagspräsidenten. (Beifall.)

## Das angebliche Parlamentsherr.

Jetzt spielt man auch wieder die Affäre Sabern aus. Wie war es denn? Hat nicht das Parlament glänzend recht bekommen? Die Militärgewalt wollte sich klaren Gesetzen nicht fügen, aber die von uns beauftragten Verordnungen sind schließlich beseitigt. Wir haben damals ebenso zum Schutz der Sicherheit der Staatsbürger gekämpft, wie bei der Verwirklichung des Schulgesetzes. Am vorigen Sonnabend hat der Kriegsminister selbst im Interesse der deutschen Armee gebeten, die Grausamkeiten des Militärfiskus abzustellen und herabzusetzen. Es ist ein Frevel, solche alten Streisachen wieder auszugraben und zu Parteitagen zu mißbrauchen und zu fälschen.

Was haben wir denn an neuen parlamentarischen Ermirungenschaften zu verzeichnen? Bedächtig die Kleinen Anfragen. Diese erfreuen sich steigender Beliebtheit und werden sogar von der Rechten, die anfanglich streikte, benutzt. Im übrigen haben wir sogar unser eigenes Gesetzgebungsrecht aus Vaterlandsliebe am 4. August 1914 dem Bundesrat übertragen, weil der Reichstag das Verständnis für verwickelte politische Sachlagen hat. Lattvoll ist es nicht, wenn man die Verdienste einzelner bevorzugter und im preussischen Herrenhaus verankelter Familien aufdringlich unterstreicht. Die „Kreuzzeitung“-Verdächtigung, daß einzelne Reichstagsparteien für die Kredite gestimmt hätten, weil der verantwortliche Staatsmann ihnen allerdings unklare Zusicherungen gemacht hat, bei denen die Freunde des Königtums bange Sorge beschleicht, weisen wir mit aller Schärfe zurück. Daß man die im feierlichem Ton erlassene Thronrede des Königs als eine wertlose Komplikation und eine Wortübung der Minister bezeichnet, beweist die Geltung des Wortes: Unser König absolut, wenn er unsern Willen tut“. Im andern Fall sprechen die pseudo-konserwativen Herzen so verächtlich, wie das gestern Graf Roem im Herrenhaus getan hat.

Graf Yorck hat immer den englischen Hochadel als Vergleich herangezogen. Der englische Hochadel hat jedoch stets die nötigen Zugeständnisse gemacht und deshalb die politische Führung des englischen Volkes auch in der aufregtesten Zeit behalten. Ganz anders der preussische Hochadel. Je wunderbarer die herrlichen Opfer unseres Volkes Herz und Gemüt erfreuen, desto unerkennlicher ist sein zähes Festhalten an alten Vorrechten und seine verständnislose Weigerung, der Zeit irgendwelche Konzessionen zu machen. Nur herbe Kritik hat man für die Vertretung dieses Volkes. Kein Minister findet dagegen ein Wort. Schorlemer, der Stieling des Abgeordnetenhauses, schwieg sogar, als dieses als eine — revolutionäre Korporation bezeichnet wurde. Er hat ja schon manche Fensterhebeln vor Gott und den Menschen eingeschmissen. Es wird sehr immer mehr Sitte, sich Leumundsartikel unserer populärsten Heerführer ausstellen zu lassen. Das wird allmählich zum gefährlichen Unfug. Die Absonnerungsverweigerung zeigt, wie die Maulwürfe ad majorem gloriam gewisser Hinterfrontmarschälle arbeiten. Unsere beiden großen militärischen Autoritäten sollte man außerhalb des Lageskreises stellen. Eine Art Ver Jehooah wäre am Platze! (Heiterkeit.)

Die Rede des Reichskanzlers im Abgeordnetenhaus bindet nicht nur den Mann, sondern auch die Regierung, die Krone und den Nachfolger des Reichskanzlers. Er muß dabei auch die volle Ueberzeugung gehabt haben, daß er die Kraft und den Rückhalt besitzt, seine Zusagen auch durchzuführen. Selbstverständlich steht das ganze preussische Staatsministerium hinter dieser Rede (Heiterkeit), deren Wirkungen nach allen Seiten sehr gute waren. Wer weiß, daß alle diese Dinge, auch diejenigen, die sich um den U-Boot-Krieg rankten, in letzter Linie zurückzuführen waren auf die Angst vor der sogenannten Neuorientierung (kürzliche Unterbrechung rechts, zahlreiche und immer wieder eintreffende Rufe: „Unerhörte Unterstellung!“) — Präsident Dr. Kaempf: Der Redner wollte das Haus gewiß nicht beleidigen. — Andauernde Unruhe rechts.) Wer die offenen und geheimen Widerstände kennt, kann sich über die Wirkung der Rede vom 14. März im Lager der „Pseudokonserwativen“, um mit Oktaoio v. Bellik zu sprechen, nicht wundern. Was man zuerst im Hotel Adlon und in den berühmten Ausflüssen nur geheimnisvoll raunte und verschwiebert, entstellte, das kam jetzt in aller Offenheit ans Tageslicht. Es sollte nur noch die Aufzählung, den „gem. eingefährlichen Vollstreibern“ — nämlich Herrn v. Bethmann Hollweg — einfach niederschreiben. (Rufe rechts: Unerhört!) — Die Worte „Wahrheit und Niedertracht“ wurde hier nach dem Vortrag der Rede durch den Redner

losgelassen. Wir begrüßen es, daß der Ministerpräsident die preussische Wahlrechtsfrage in den Vordergrund gestellt hat: niemand könnte Preußen nieder demütigen, als der, der bezweifeln wollte, daß diese Frage die große deutsche Frage ist. Der heutige König von Bayern hat schon vor dem Kriege unter Zustimmung der konserwativen bayerischen Reichsratskammer erklärt, das Volk sei reif für das allgemeine und direkte Wahlrecht. Wollen Sie dem preussischen Volke die Schande und Schmach antun, zu sagen, es stehe politisch tiefer als das Volk in Bayern, Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen, die dieses Wahlrecht haben? Ein Jubel ginge durch das deutsche Volk, wenn der König von Preußen sagen würde: „Ich kenne keine politische Degradierung des preussischen Volkes mehr, ich kenne nur politisch gleichberechtigte und deutsche Staatsbürger!“ (Beifall links.) Bei der langen Dauer der Kriege wird die Einhaltung eines gewissen Burgfriedens auf diesem Gebiete zur Unmöglichkeit. Wehe denen, die die Zeit verfluchen! Die großen inneren Umwälzungen in Russland und auch in England können wir nicht als ungeschehen ansehen. Die Nichtbeachtung der jetzigen Gelegenheit kann für das Reich und die Bundesstaaten unabsehbare Folgen zeitigen. — Wie steht es mit der freien Wahl für jeden Tüchtigen? Der häßliche Dissidentenerlass gegen Offiziere ist bis heute nicht zurückgenommen, die alle Abkufung der Regimenter fängt wieder an, die Ober- und Regierungspräsidenten werden weiter ganz erklüft ausgesetzt.

## Die Wirkung des Belagerungszustandes.

Sehen Sie doch wenigstens den zweiten Personaldekret im Auswärtigen Amt auf, der Wächter des eisernen Ringes der Feudalen, damit man den guten Willen sieht! Unerträglich ist die Militärabschlusur des Belagerungszustandes. Die politische Zensur ist abgeschafft — in Russland; bei uns besteht sie ärger als je. Das Vereingeseh ist ein wertvoller Papierkeck geworden, die Gewerkschaftsnovelle hat man illusorisch gemacht, sogar der Briefwechsel zwischen Abgeordneten wird nach Kriegesrecht nichtachtet und das Schulgesetz vollständig ignoriert. Wir haben jahrelang über all das geschwiegen, aber wir müssen jetzt reden, da die große Stimmung, die wir zu dem Schlußakt in dem großen Drama brauchen, unter der Mißstimmung leiden würde. (Sehr wahr! links.) Nichts hat uns im Auslande in der Vergangenheit mehr geschadet, als die Ausschreitungen einer ungezügelter Militärgewalt, als der Ansehen eines militärischen Absolutismus. Es muß alles vermieden werden, um dem Auslande wieder einen solchen Glauben beizubringen. Herr v. Schorlemer sagte freilich, der militärische Absolutismus habe Preußen und Deutschland groß gemacht. (Sehr richtig! rechts.) Also auch nach Ihrer Meinung? (Rufe rechts: Jawohl!) Das sprach Schorlemer genau zu der Stunde, als der größte Militärabsolutismus, den die Weltgeschichte jemals sah, wie ein Kartenhaus zusammenstürzte. (Lebhafte Zustimmung links.) Die allgemeine Wehrpflicht hat Preußen und Deutschland dreimal vom Untergang gerettet; nicht militärischer Absolutismus, Willkür und Negation jeden Rechts, sondern die organisierte deutsche Volkskraft. (Zustimmung links. — Einige Gegenrufe rechts.) Der preussische Landwirtschaftsminister gibt unseren Feinden selbst Waffen in die Hand. Der Reichskanzler sollte ihn mindestens zu größerer Vorsicht ermahnen. Gegenüber unserem Schmerzenskind Elsaß-Lothringen dürfen wir nicht in Zweifel lassen, daß wir die dortigen Verhältnisse glücklicher gestalten wollen. Das Volk ist dort gut deutsch. Das Vertrauen zum deutschen Wesen müssen wir heben und stärken. Die künftige Regelung darf nicht im Interesse einseitiger partikularistischer Interessen erfolgen, der große Krieg darf nicht mit einer Art von Reichsdeputationshauptschlus enden.

Das Volk sieht die verschiedenen Temperaturen und Atmosphären von der Prinz-Albrecht-Straße und vom Königsplatz. Mit der Zeit muß es davon krank werden. In einem sind wir alle einig, im restlosen Vertrauen zu diesem herrlichen opferwilligen Volke. (Beifall.) In dem neuen Deutschland, das ganz anders aussehen wird, als es die Zukunft der staatsverwaltenden Erbpächter des Patriotismus von früher gelehrt hat, muß der Autokratenglaube gewisser Klassen, das Mandarinenwesen, der Klassenbinkel, der Rassengeist und die patriarchalische Begünstigung einem gegenseitigen Vertrauen und gegenseitiger Achtung weichen. Der Reichskanzler will ein stärkeres, mächtigeres und freieres Deutschland schaffen. Optimistisch hat er hinzugefügt, ganz Deutschland sei in diesem Gedanken einig. Aber bezüglich der Freiheit im Innern will eine kleine und mächtige Partei sich in vermessenerm Stolz der Zeit entgegenstellen. Für die Stärke und Macht des zukünftigen Deutschland sorgt ein herrliches Volksherr, dem die glücklichste und fließende Dankbarkeit des ganzen Volkes sicher ist. Für die Freiheit zu sorgen, ist die heilige Pflicht der Volksherr und der Volksvertretung. Wir müssen das deutsche Haus so wohlthätig machen, daß dadurch der Siegeswille und das Bewußtsein des Durchhaltens um jeden Preis bei unseren Brüdern im Felde gestärkt wird. Nicht durch Taten des Krieges, nein, durch Taten ausdauernder friedlicher Kulturarbeit wollen wir dann der ganzen Welt beweisen: Am deutschen Wesen soll die Welt genesen. Das wolle ein gültiges Schicksal. (Stürmischer wiederholter Beifall.)

## Abg. Dr. Stresemann (ntf.):

Dem Jubel über unsere strategischen Rückzug im Westen ist bei unseren Gegnern Unruhe und Besorgnis gefolgt. Ob es vorwärts oder rückwärts geht, wir bewahren das Gefühl vollkommener Zuversicht, wie es uns der Name Hindenburg verleiht. Die Mitteilungen des MarineSekretärs von Capelle über die Wirkungen des U-Bootkrieges erfüllen uns mit Freude. Geht es so weiter, dann steht bei längerer Fortdauer des Krieges für England der Verlust der ganzen flir Handelszwecke überhaupt verfügbaren Flotte auf dem Spiele. Die Verluste an rein englischen Schiffen wachsen, die neutraler Verluste gehen prozentual zurück. Die mittelbaren Wirkungen des U-Bootkrieges machen sich fühlbar. Die Hochstrafen des Welt Handels werden einsamer und England, das sich unangreifbar fühlte, spürt die Gefahren seiner Insel Lage, und es muß ihm die letzte Hoffnung schwinden, uns wirtschaftlich zusammenzubrechen zu sehen. Die gleiche Ansicht muß ihm auch auf militärischem Gebiet kommen. Größer als Deutschland ist das heute von deutschen Truppen besetzte Gebiet. Der Angriff auf Rom und Kiel ist ein Traum geblieben, aber deutsche Seestreitkräfte sieht man an Englands Küsten, deutsche Luftschiffe schweben über England. Der Name des Schöpfers dieser Waffe, des Grafen Zeppelin, wird auf immer mit dem Kampf gegen England verbunden sein. Er hat den englischen Dunkel der Unangreifbarkeit zerstört und bietet ein Bild deutscher Beharrlichkeit und Widerstandsfähigkeit. Man sieht ihn als einen Großen über das Grab hinaus die Tote reden. Durch den unbedingten U-Bootkrieg ist eine schwierige Lage für die neutralen Mächte geschaffen worden, aber sie ist nicht durch uns zu verantworten. Wir werden vernehmlicher gewesen, wenn die Neutralen durch ihren Zusammenfluß die volle rechts-

**Montagmittagsblatt 8 h**  
**Abonnementbedingungen:**  
 Wien: Mit Zustellung ins Haus:  
 Wöchentlich 60 h.  
 monatlich K 2.00, vierteljährlich K 7.80  
 Zum Abholen in den Filialen, in allen  
 Lokal-Verkäufen und Verkaufsstellen:  
 monatlich K 2.00.  
 Ungarn und Böhmen:  
 monatlich K 3.—, vierteljährlich K 9.—  
 bei freier Zustellung durch die Post.  
 Deutschland: Vierteljährlich K 12.—  
 für alle anderen dem Verlagsverein  
 angehör. Länder: Vierteljährlich K 15.—  
 Abonnements werden angenommen  
 in der Administration, V. Rechte  
 Wienzeile 27, und in den Filialen:  
 I. Schulstrasse 18, Telephon 9191  
 II. Bognerstrasse 20, Tel. 40253  
 III. Wienzeile 27, Telephon 88224  
 XIV. Wienzeile 27, Tel. 88128  
 XVI. Klausgasse 84, Telephon 84148  
 XVII. Badnergasse 22, Telephon 17178  
 XXI. Kagerstrasse 14.  
 Für die an fremde Länder oder  
 Verkaufsstellen bezahlten Beiträge leisten  
 wir keine Garantie.  
 Offene Reklamationen sind vorzuziehen.

# ung

sterreich.

er nachmittags.

XXIX. Jahrgang.

nur das durchläßt, was für Kinder gut und nützlich ist, und auch deshalb, weil die Buge heute überall als patriotische Jugend gilt —, erscheint doch das eine sicher, daß der Zarismus unter dem Druck der vereinigten Macht der oppositionellen Parteien zusammengebrochen ist, wie ein Kartenhaus zusammenbricht. Zwei Parteien wirkten da zusammen, die Partei des imperialistisch-liberalen Bürgerthums, die die zarischen Regierungen anklagte, daß der Zarismus den Krieg zu führen durch seine Korruptheit unfähig war, und die Partei der Arbeiterschaft, die den Zarismus anklagte, nicht daß er den Krieg nicht richtig führt, sondern daß er ihn führt, und als die Duma davongejagt wurde, da vereinigten sich die beiden Strömungen. Die Strömung, die den Krieg wollte, aber ein bürgerlich freies Rußland, die konnte natürlich den Kampf nicht allein führen; gekämpft und die Schlacht gewonnen haben die proletarischen Massen in den großen Städten Rußlands, vor allem Petersburgs, und die zarische Regierung, die weder Frieden zu halten vermochte, noch den Krieg zu führen verstand, war im Nu weggefallen. Aber diesmal ist es tiefer gegangen als vor zwölf Jahren und man hat den Zarismus mit der Wurzel ausgerissen. Was nun kommen wird, das wissen wir nicht, und sich darüber in Prophezeiungen zu ergothen wäre eine Torheit; was wir wissen, ist, daß die Revolution, die zunächst gesiegt hat, keine einheitliche ist, daß sich zwei Klassen zu ihr verbunden haben,

ist aber mächtiger geworden, kräftiger, wirtschaftlich und politisch entwicklungsfähiger und hört damit auf, eine Gefahr für Europa zu sein. Andere Bündnisse, andere Freundschaften werden entstehen müssen, denn ein liberales oder gar republikanisches Rußland wird eine ganz andere Anziehung in Europa ausüben und Europas Staatsmänner werden sich rüsten müssen, die Konkurrenz mit ihm aufzunehmen, und auch ein erneutes Oesterreich, vor dem man so viel hört, wird sich konkurrenzfähig machen müssen.

Über noch ein anderes Zeichen ist es, das die Staatsmänner sehen müßten, das ist, daß jetzt der Moment ist, Frieden zu machen! (Lebhafter Beifall.) Der Zar konnte vielleicht nicht Frieden machen, weil er für den Thron fürchten mußte. Die Völker Rußlands aber — bis auf eine kleine, allerdings mächtige Schicht — wollen den Frieden. Man sagt uns mit Recht, die Arbeiterschaft ist keine zahlreiche Klasse in Rußland, das Wesentliche ist die Bauernschaft. Aber kann jemand ernsthaft glauben, daß die Bauernschaft den Krieg will? Daß eine Gegenrevolution in Rußland kommen kann, das leugne ich nicht, aber daß sie mit dem Ziele, den Krieg weiterzuführen, sich auf die Bauernschaft stützen kann, das glaube ich nicht. Umgekehrt kann es sein, daß man in die Bauernschaft die Buge trägt, daß der Zar gestürzt wurde, weil er ein Friedensfreund sei. Und wie weit diese Buge Verbreitung findet, ob sich nicht die Geistlichkeit einer solchen Buge bemächtigt, das weiß ich nicht. Aber ausgeschlossen ist, daß man die Bauernschaft zur Fortsetzung des Krieges anrufen könnte. Noch ein Moment ist da, von dem man nicht weiß, was es für eine Rolle spielt: das ist die Armee. Man hat geglaubt, daß die Armee die Gegenrevolution machen könnte. Es wäre ja möglich gewesen, daß irgend ein Großfürst oder ein General ein Armeekorps gegen Petersburg führt und die Revolution im Blute erstickt, aber es scheint, daß die Zeit dafür vorbei ist.

Wenn die bürgerliche Presse aller Länder nun meint, daß die „Unordnung“, die nun in Rußland eintrat, Rußlands Kraft gebrochen hat, so scheint das doch übertrieben. Wir haben nie geglaubt, daß der Zarismus, daß die Unterdrückung und die Allmacht der Bürokratie ein Moment der Kraft eines Staates ist, denn wir wußten, daß gerade die schwachen Staaten alle diese Taster haben, daß Gewalt und Absolutismus eine Quelle der Schwäche eines Staates ist, und deshalb erscheint es uns sicher, wie immer man über die Zukunft denken mag: Rußland wird nicht schwächer, wenn es seine Tyrannen los wird und seine korrupte Bürokratie zum Teufel gejagt hat, es wird nicht schwächer, wenn die tüchtigsten und begabtesten Elemente des Bürgerthums und der Arbeiterschaft das Geste in die Hand bekommen. Außerdem wird uns auch erzählt, daß das eine „englische Revolution“ sei, um den Krieg fortzuführen. Ich weiß es nicht, es ist wohl möglich, daß die englische Regierung in der That diese Entwicklung beschleunigt hat, weil ihr Bundesgenosse schuldig geblieben ist — nicht Oest, das er ja immer schuldig war (Geierkeit), aber schuldig geblieben ist die militärische Machtentfaltung und den Erfolg im Kriege. Aber wenn das wahr sein mag, so viel ist sicher, daß der Erfolg weit über das hinausgegangen ist, was sie wollten, und daß die Revolution heute keine englische Revolution mehr ist, sondern eine richtig gehende russische Revolution, von der wir nicht sagen können, wohin sie führt, die aber die Geschichte Rußlands wendet, und eine Revolution, in der das führende, vorläufige siegreiche Element das ist, das die Revolution nicht macht für den Krieg, sondern für die Freiheit und für den Frieden. (Lebhafter Beifall.)

Nun handelt es sich darum, daß der Friede ermöglicht und nicht gewalttätig verhindert werde durch die Staatsmänner, es handelt sich darum, daß sich unsere Staatsmänner vor der siegreichen Revolution weniger fürchten als vor dem derzeit unterliegenden Rußland, daß sie erkennen, daß wenn — wie sie uns so oft gesagt haben — wir den Krieg nur für unsere Verteidigung und nicht um zu erobern führen, daß dann unsere besten Verbündeten die kämpfenden Proletarier Rußlands sind (lebhafter Beifall), die gewiß nicht die Zertrümmerung Rußlands wollen, so wenig wie wir die Zertrümmerung unseres Staates wollen, die aber den Frieden wollen ohne Eroberung und ohne Demütigung, so wie wir. (Beifall.) Und wie die Mittelmächte vor drei Monaten aufrichtig ihre Hand zum Frieden geboten haben, so wäre jetzt der Moment, nochmals und deutlicher zu fragen. Wir sind nicht schwächer geworden seitdem, wir sind stärker geworden und wir haben den ungeheuren Trost, daß nun auch die Brüder hungern und leiden, und wir und die anderen sind reif für das Ende des Krieges. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß auch die anderen endlich darauf gekommen sind.

Wir meinen also, daß Rußland durch die Revolution nicht schwächer geworden ist, und wir wissen, daß wir uns gegenüber nicht mehr das Rußland haben, das repräsentiert war durch das verhasste Regime, durch den Zaren, gegen den unser Land zu verteidigen auch für uns, die wir wirklich den Krieg nicht wollten, ein Grund war, uns zu wehren. Heute haben wir nicht mehr den russischen Zaren drüben, sondern Rußland ist das russische Volk, dem wir nicht Haß, sondern Liebe entgegenbringen, Liebe und Solidarität (lebhafter Beifall), das russische Volk, das nichts anderes als wir, nichts sehnlicher wünscht als den Frieden. Aber nicht nur für uns, sondern für alle Staaten ist diese russische Revolution das wichtigste geschichtliche Ereignis, jedenfalls das wichtigste Ergebnis dieses furchtbaren Krieges. Bisher war Rußland der böse Geist für Europa, die brennende Schande, die jeder fürchte, und das Bündnis mit Rußland war selbst für seine getreuesten Alliierten ein Makel, den sie spürten trotz aller Kriechereien der Herrschenden vor dem Zaren. Sie krochen vor ihm, weil er der Besieger der großen „Dampfwalze“ war, die alles vor sich niederwerfen konnte, unerschöpflich an Mitteln und unerschöpflich vor allem an Kanonensutter. Deshalb stellten sie alle Hoffnung auf ihn, aber sie hatten kein gutes Gewissen dabei. Heute sieht es anders: Ein freies Rußland ist nicht der Schrecken für Europa, insofern als man gewissenlose Eroberungspolitik von ihm erwarten könnte, ein freies Rußland

Donnerstag wird der Kanzler des Deutschen Reiches sprechen — bei uns haben die Völker, aber damit freilich auch die Minister auf die Tribüne verzichten müssen —, aber Bethmann wird sprechen und ich halte es für bedeutungsvoll, daß unser Minister des Aeußern vorgestern nach Berlin gefahren ist; hoffen wir, daß sich an die vernünftige Rede, die Bethmann vor wenigen Tagen über die innere Politik gehalten hat, ein vernünftiges und entschlossenes Wort über die äußere Politik anschließen wird. Er muß sich jetzt sagen: Wehe dem Staatsmann, wehe dem Bölferrn, deren Staatsmänner die Zeichen der Zeit nicht erfassen können und die nicht tun, was das eiserne Gebot der Zeit ist!

## Die russische Revolution und die Wiener Arbeiter.

Es war eine Massenversammlung, in der die Wiener Arbeiter zu der russischen Revolution Stellung nahmen und mit vollem Verständnis jedes Wortes das Referat Adlers über die russische Revolution und ihre Bedeutung aufnahmen. Der große Saal im Favoritener Arbeiterheim war dicht gefüllt, auch die Galerie besetzt und in den Gängen drängten sich die Arbeiter, die nicht nur aus Favoriten, sondern aus ganz Wien herbeigeströmt waren.

Die Versammlung wurde von Bötzger eröffnet, der der Hoffnung Ausdruck verlieh, daß der Sturz des Zarismus dazu beitragen werde, den längst ersehnten Frieden schneller herbeizuführen. Dann erstattete Dr. Adler sein Referat.

Dr. Adler:

Aber wenn unsere russischen Genossen, von denen wir in diesen Jahren der Gegenrevolution so viele hier begrüßen konnten, verzweifeln wollten, suchten wir sie immer wieder aufzurichten, indem wir ihnen sagten, daß die Revolution und ihre Früchte aus der Geschichte Rußlands und der Menschheit nicht mehr zu streichen seien. Wie bei der Flut Welle um Welle kommt und zurückgeht und jede neue Welle doch ein neues Stück Boden erobert, so vollzieht sich eben der Fortschritt der Geschichte nicht geradlinig, sondern mit Rückschlägen, mit Siegen und Niederlagen. Und so ist es auch gekommen. Aus dem, was wir jetzt in Rußland sehen — soweit wir es aus den Nachrichten erfahren können, die man ia mit Vorsicht aufnehmen muß, wie man denn überall

# Zimmermann über das Anerbieten an Mexiko.

Am Bundesratstische: Kriegsminister v. Stein, Staatssekretär Dr. Helfferich.

## Die Herabsetzung der Mindeststrafen beim Militär.

Der Ausschuss, über dessen Verhandlungen Abgeordneter Dr. Osborn Caller (natl.) Bericht erstattet, empfiehlt die Vorlage von Caller (natl.) Bericht erstattet, empfiehlt die Vorlage

Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß den bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes abgeurteilten Militärpersonen die Vergünstigungen dieses Gesetzes durch Gnadenklasse der Konventionen gewährt werden.

Ein sozialdemokratischer Antrag will einfügen, daß ein Untergebener, der eine von einem Vorgesetzten ausgeführte Körperverletzung auf der Stelle erwidert, für straffrei erklärt werden kann.

Anträge der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft verlangen weitergehende Milderung der Mindeststrafen und gleichfalls Straffreiheit sofortiger Erwidmung einer Körperverletzung; für den Fall der Ablehnung dieses Antrags soll die Straffreiheit dann eintreten, falls dem Untergebenen nicht nachgewiesen wird, daß er durch seine Tat nicht seine Ehre oder die Unverletzlichkeit seines Körpers verteidigen wollte. Endlich soll das Gesetz rückwirkende Kraft für alle seit dem 31. Juli 1914 abgeurteilten, noch nicht völlig verurteilten Straffälle erhalten.

Von beiden sozialdemokratischen Fraktionen ist weiter die Aufhebung des § 152 Absatz 2 beantragt, wonach derjenige mit Arrest bestraft wird, der wiederholt und leichtfertig auf unwahre Behauptungen gestützte Beschwerden oder eine Beschwerde unter Abweichung von dem vorgeschriebenen Dienstweg einbringt.

Abg. Landsberg (Soz.) begründet die Anträge seiner Fraktion. Es ist ein unwürdiger Zustand, daß ein Untergebener, der eine Körperverletzung durch eine Verleumdung oder Körperverletzung auf der Stelle erwidert, unter allen Umständen bestraft werden muß.

Gesetzesbestimmungen, welche das Beschwerderecht hemmen, müssen fallenlassen werden. Die in der letzten Zeit abgehaltenen politischen Versammlungen der Sozialdemokratischen Partei in Deutschland sind ein Beispiel für die Notwendigkeit der Herabsetzung der Mindeststrafen.

Die politische Parteien für die Herabsetzung der Mindeststrafen sind ein Beispiel für die Notwendigkeit der Herabsetzung der Mindeststrafen.

Es ist anzunehmen, daß der neue Ministerpräsident die Herabsetzung der Mindeststrafen anstreben wird.

Es ist anzunehmen, daß der neue Ministerpräsident die Herabsetzung der Mindeststrafen anstreben wird.

Es ist anzunehmen, daß der neue Ministerpräsident die Herabsetzung der Mindeststrafen anstreben wird.

Es ist anzunehmen, daß der neue Ministerpräsident die Herabsetzung der Mindeststrafen anstreben wird.

Es ist anzunehmen, daß der neue Ministerpräsident die Herabsetzung der Mindeststrafen anstreben wird.

Es ist anzunehmen, daß der neue Ministerpräsident die Herabsetzung der Mindeststrafen anstreben wird.

Es ist anzunehmen, daß der neue Ministerpräsident die Herabsetzung der Mindeststrafen anstreben wird.

Es ist anzunehmen, daß der neue Ministerpräsident die Herabsetzung der Mindeststrafen anstreben wird.

Es ist anzunehmen, daß der neue Ministerpräsident die Herabsetzung der Mindeststrafen anstreben wird.

Es ist anzunehmen, daß der neue Ministerpräsident die Herabsetzung der Mindeststrafen anstreben wird.

Es ist anzunehmen, daß der neue Ministerpräsident die Herabsetzung der Mindeststrafen anstreben wird.

Deutschland möglich sein müßten?! Die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen wäre kein Staatsstreik, wäre nur Entmachtung alten Unrechts, und Reichstag und Bundesrat könnten dies ohne weiteres tun. Der Reichskanzler liebt es zwar, von Zeit zu Zeit eine Verbeugung vor dem Geist der neuen Zeit zu machen, aber er regiert nach wie vor im alten Geist!

## Radikale Forderungen.

Früher hieß es, die Frau gehört ins Haus. Heute bedroht man Frauen, die nicht in Arbeit gehen wollen, mit Entziehung der Kriegsunterstützung; sie halten den ganzen Produktionsprozess aufrecht — sie müssen auch das Wahlrecht haben. Der Anarchismus des Herrenhauses muß beseitigt, die Ausnahme Gesetze aufgehoben werden. Den Polen muß man entgegenkommen, das Jesuitengesetz wird aufgehoben — nur die Arbeiter gehen leer aus, man denkt nicht daran, die gegen sie gerichteten Gesetze und ihre Ausführung zu beseitigen. Wir fordern eine Amnestie für alle politischen Verurteilten, die Entlassung aller Schutzhäftlinge, die man für das Reich gefährlich nennt, das doch zum Siege schreitet. Unser früherer Kollege Liebknecht wird im Zuchthaus wie ein gemeiner Verbrecher behandelt. (Hört, hört! h. d. Soz.) Rosa Luxemburg ist seit Dreiviertel Jahren in Schutzhäft, zahlreiche Menschen sitzen im Gefängnis, weil sie für den Frieden eingetreten sind. Die Regierung glaubt, Konzessionen an die Arbeiter nicht nötig zu haben, weil auch Arbeitervertreter ihre Kriegspolitik unterstützen. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Die russische Revolution legt uns die Verpflichtung auf, ohne einen Augenblick zu veräumen, Friedensverhandlungen einzuleiten und zu raschem Abschluß zu bringen.

Der Reichskanzler muß die preussische Geschichte nicht kennen, wenn er es als Legende hinstellt, daß die preussische Regierung den Zarismus nie unterstützt habe. Hat sie nicht russische Spionagebüros gegen russische Freiheitskämpfer, die hier ruhig studierten (Abg. Lebedour: „Schmorzer und Verschwoerer!“), auf deutschem Boden geduldet, hat sie sie nicht über die russische Grenze ausge-

schickt? Hat sie nicht die russische Revolution unterstützt? Hat sie nicht die russische Revolution unterstützt?

Hat sie nicht die russische Revolution unterstützt? Hat sie nicht die russische Revolution unterstützt?

Hat sie nicht die russische Revolution unterstützt? Hat sie nicht die russische Revolution unterstützt?

Hat sie nicht die russische Revolution unterstützt? Hat sie nicht die russische Revolution unterstützt?

Hat sie nicht die russische Revolution unterstützt? Hat sie nicht die russische Revolution unterstützt?

Hat sie nicht die russische Revolution unterstützt? Hat sie nicht die russische Revolution unterstützt?

Hat sie nicht die russische Revolution unterstützt? Hat sie nicht die russische Revolution unterstützt?

Hat sie nicht die russische Revolution unterstützt? Hat sie nicht die russische Revolution unterstützt?

Hat sie nicht die russische Revolution unterstützt? Hat sie nicht die russische Revolution unterstützt?

Hat sie nicht die russische Revolution unterstützt? Hat sie nicht die russische Revolution unterstützt?

Hat sie nicht die russische Revolution unterstützt? Hat sie nicht die russische Revolution unterstützt?

Hat sie nicht die russische Revolution unterstützt? Hat sie nicht die russische Revolution unterstützt?

Hat sie nicht die russische Revolution unterstützt? Hat sie nicht die russische Revolution unterstützt?

Hat sie nicht die russische Revolution unterstützt? Hat sie nicht die russische Revolution unterstützt?

gierung der Vereinigten Staaten hat es vielmehr abgelehnt, überhaupt mit uns zu verhandeln. Sie hat sich dagegen unverzüglich an sämtliche Neutrale gewandt und sie zum Anschluß an die Vereinigten Staaten und zum Bruch mit Deutschland zu veranlassen gesucht. Jeder Barzuteilsfreie wird wohl darin ein feindliches Verhalten der amerikanischen Regierung finden. In einem Augenblick, wo sie noch nicht im Kriege mit uns war, hat die amerikanische Regierung es für ihr Recht betrachtet, die ganze Welt gegen uns aufzubringen.

Uns also wird man kaum das Recht bestreiten können, uns nach Bundesgenossen umzusehen für den Fall, daß die Vereinigten Staaten uns den Krieg erklärten. Nun hat der Abgeordnete Haase weiter auf die große Enttäuschung in den Vereinigten Staaten wegen unseres Angebotes an Mexiko hingewiesen. Natürlich ist die Sache zunächst in Amerika zum Zuge gegen uns benutzt worden. Inzwischen hat sich auch dieser Sturm längst gelegt.

Ruhige und vernünftige Politiker wie die große Masse des amerikanischen Volkes haben inzwischen längst eingesehen, daß gegen unsere Instruktion nichts einzuwenden ist, wobei ich besonders auf die Rede des Senators Underwood verweise. Es ist doch ganz natürlich, daß, wenn wir uns Bundesgenossen gegen Nordamerika gewinnen wollten, wir zunächst einmal an Mexiko dachten, das Nordamerikas Nachbarstaat ist. Unsere Beziehungen zu Mexiko sind seit den Zeiten Porfirio Diaz freundschaftlich und vertrauensvoll. Dagegen ist die Abneigung der Mexikaner gegen die Amerikaner uralten Datums und wohlbegründet, wie ja auch zwischen Amerika und Japan weltbekannte Gegensätze bestehen.

Trotz des Krieges zwischen Deutschland und Japan stehe ich nicht an, hier zu behaupten, daß diese Gegensätze sogar erheblich stärker sind als der deutsch-japanische Gegensatz. Auch die Beziehungen, die zwischen Japan und Mexiko bestehen, sind allgemein bekannt. Es wird ja sogar die Annahme vertreten, daß beide Völker gleichen Stammes sind und jedenfalls bestehen zwischen ihnen altertraute Beziehungen. Wenn man es aber sogar als schamlos bezeichnet hat, daß wir überhaupt daran dachten, einen Bundesgenossen von der Entente abzuziehen, so muß ein derartiger Vorwurf sehr eigenartig berühren, nachdem unsere Feinde sich kein Gewissen daraus gemacht haben, zwei Völker, mit denen wir durch mehr als 30jährige Verträge verbunden waren, von uns zu sich herüberzuziehen und ein altes europäisches Kulturvolk durch unerhörte Zwangsmassnahmen ihren Wünschen gefügig zu machen.

Es war also geradezu meine Pflicht, uns weitere Feinde möglichst fernzuhalten. Daß der Fall Mexiko-Japan dazu hervorragend geeignet war, kann nicht in Abrede gestellt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Und ich übte nicht nur mein Recht aus, sondern tat meine patriotische Pflicht, wenn ich so handeln konnte, wie ich es getan habe. (Lebhafte Beifall.)

Es war also geradezu meine Pflicht, uns weitere Feinde möglichst fernzuhalten. Daß der Fall Mexiko-Japan dazu hervorragend geeignet war, kann nicht in Abrede gestellt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Und ich übte nicht nur mein Recht aus, sondern tat meine patriotische Pflicht, wenn ich so handeln konnte, wie ich es getan habe. (Lebhafte Beifall.)

Es war also geradezu meine Pflicht, uns weitere Feinde möglichst fernzuhalten. Daß der Fall Mexiko-Japan dazu hervorragend geeignet war, kann nicht in Abrede gestellt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Und ich übte nicht nur mein Recht aus, sondern tat meine patriotische Pflicht, wenn ich so handeln konnte, wie ich es getan habe. (Lebhafte Beifall.)

Es war also geradezu meine Pflicht, uns weitere Feinde möglichst fernzuhalten. Daß der Fall Mexiko-Japan dazu hervorragend geeignet war, kann nicht in Abrede gestellt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Und ich übte nicht nur mein Recht aus, sondern tat meine patriotische Pflicht, wenn ich so handeln konnte, wie ich es getan habe. (Lebhafte Beifall.)

Es war also geradezu meine Pflicht, uns weitere Feinde möglichst fernzuhalten. Daß der Fall Mexiko-Japan dazu hervorragend geeignet war, kann nicht in Abrede gestellt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Und ich übte nicht nur mein Recht aus, sondern tat meine patriotische Pflicht, wenn ich so handeln konnte, wie ich es getan habe. (Lebhafte Beifall.)

Es war also geradezu meine Pflicht, uns weitere Feinde möglichst fernzuhalten. Daß der Fall Mexiko-Japan dazu hervorragend geeignet war, kann nicht in Abrede gestellt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Und ich übte nicht nur mein Recht aus, sondern tat meine patriotische Pflicht, wenn ich so handeln konnte, wie ich es getan habe. (Lebhafte Beifall.)

Es war also geradezu meine Pflicht, uns weitere Feinde möglichst fernzuhalten. Daß der Fall Mexiko-Japan dazu hervorragend geeignet war, kann nicht in Abrede gestellt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Und ich übte nicht nur mein Recht aus, sondern tat meine patriotische Pflicht, wenn ich so handeln konnte, wie ich es getan habe. (Lebhafte Beifall.)

Es war also geradezu meine Pflicht, uns weitere Feinde möglichst fernzuhalten. Daß der Fall Mexiko-Japan dazu hervorragend geeignet war, kann nicht in Abrede gestellt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Und ich übte nicht nur mein Recht aus, sondern tat meine patriotische Pflicht, wenn ich so handeln konnte, wie ich es getan habe. (Lebhafte Beifall.)

Es war also geradezu meine Pflicht, uns weitere Feinde möglichst fernzuhalten. Daß der Fall Mexiko-Japan dazu hervorragend geeignet war, kann nicht in Abrede gestellt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Und ich übte nicht nur mein Recht aus, sondern tat meine patriotische Pflicht, wenn ich so handeln konnte, wie ich es getan habe. (Lebhafte Beifall.)

Es war also geradezu meine Pflicht, uns weitere Feinde möglichst fernzuhalten. Daß der Fall Mexiko-Japan dazu hervorragend geeignet war, kann nicht in Abrede gestellt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Und ich übte nicht nur mein Recht aus, sondern tat meine patriotische Pflicht, wenn ich so handeln konnte, wie ich es getan habe. (Lebhafte Beifall.)

Es war also geradezu meine Pflicht, uns weitere Feinde möglichst fernzuhalten. Daß der Fall Mexiko-Japan dazu hervorragend geeignet war, kann nicht in Abrede gestellt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Und ich übte nicht nur mein Recht aus, sondern tat meine patriotische Pflicht, wenn ich so handeln konnte, wie ich es getan habe. (Lebhafte Beifall.)

Schluß der Etatdebatte im Reichstag.

Sitzung vom 30. März. Fortsetzung.

Am Bundesratspräsidenten Kriegsminister v. Stein, Staatssekretär Dr. Helfferich.

Die zweite Lesung des Haushaltsplans für den Reichskanzler wird fortgesetzt.

Der Friede ohne Annexion.

Herr Dr. David (Soz.) wendet sich gegen den Abg. Haase. Haase behauptete, Deutschland könne den Frieden haben, wenn es auf Annexionen verzichte.

Die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes stimmt ihnen zu. Freilich hat sich der Reichskanzler damit gegen die Militärzensur vergangen. Denn zur selben Zeit, als er hier diese Worte sprach, wurde in Magdeburg von der dortigen Zensurbehörde das Verbot erlassen, es dürfe in der deutschen Presse nichts erscheinen, was gewissermaßen die Zustimmungserklärung zur russischen Revolution bedeuten würde.

Der weitere Verlauf der Dinge in Rußland.

Ist noch unsicher. Die an erster Stelle stehenden Politiker waren bekanntlich die schärfsten Kriegspolitiker, und die englische Patentschaft der russischen Revolution zeigt deutlich genug, daß zunächst nicht beabsichtigt war, mit der Revolution einen Frieden mit Deutschland zu dienen.

Angesichts der Entwicklung der Dinge in Rußland entsetzt für die deutsche Regierung die Aufgabe, alles zu vermeiden, was der Kriegserklärung in Rußland Vorschub leisten könnte, alles zu tun, was geeignet ist, sie zu schwächen.

Deutschlands Friedensbereitschaft.

Daher ist es von größter Bedeutung, daß die deutsche Regierung keinen Zweifel läßt, daß sie auf dem Boden der Friedensbereitschaft ganz allgemein nach allen Seiten feststeht. Das ist auch um so notwendiger, weil es in Deutschland Leute gibt, die nach der Abweisung unseres Friedensangebotes glauben, die Regierung müsse nun ihre auswärtige Politik in diesem Punkte revidieren.

Redner weist dann darauf hin, daß eine absolute Monarchie nicht immer eine starke Monarchie ist. Eine solche starke absolute Monarchie haben wir vor einigen Tagen verschwinden sehen.

dem spezifisch preussischen Geist die Klauen abschneiden! Ohne den Reichstag wäre nicht am 4. August 1914 die erste große Schlacht gewonnen worden. Ohne ihn wäre das russische Vordringen vielleicht nur ein Abbild gewesen.

Die Lehren der russischen Revolution.

Herr Dove (Fortchr. Bpt.): Den Ausführungen des Reichskanzlers über die auswärtige Politik stimmen wir durchaus zu und freuen uns besonders, daß alle Parteien dieses Hauses durch ihre Erklärungen die Verleumdungen widerlegt haben, als ob Deutschland sich in die inneren russischen Dinge einmischen würde.

Wir wollen keineswegs das Deutsche Reich zum Einheitsstaat machen, wir erkennen die föderative Grundlage unserer Verfassung durchaus an. Gerade in meiner Partei haben Vertreter aller deutschen Gauen und jeder die beiden vielbesprochenen Völkchen Staaten sind bei uns allen vertreten.

Der Bürokratismus im Kriege.

Die Zivilverwaltung ist zur Zeit überall durch die militärische Verwaltung aus den Angeln gehoben. Die Militärverwaltung ist ja keineswegs ideal, das beweist die Handhabung von Zensur und Belagerungszustand.

der Ablehnung des Grafen Westarp hat Herr v. Hendorffand die preussische Wahlrecht „fast“ ideal genannt. Die weitesten Kreise sind anderer Meinung. Die preussischen Zustände sind zurückgeblieben. Die Rechte beruht sich immer auf Friedrich den Großen.

Märzwind im Herrenhause.

Jetzt sind ja andere Töne im Herrenhause laut geworden. Märzwind hat sich gezeigt. Aber es bleibt die Vertretung des altpreussischen Junkertums. Für die Reife, Reue, Dork gilt die nützliche Mahnung: Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen!

Der Reichskanzler war nicht durchwegs ablehnend gegen das Streben nach einer Demokratisierung des Wahlrechts. Er gab eine diktatorische Antwort. Er meint, der Augenblick sei noch nicht gekommen. Das läßt die Hoffnung zu, daß die Stunde vielleicht nicht all zu lange auf sich warten lassen wird.

Herr Schiffer tritt: Die autoritative Feststellung des Reichskanzlers, daß wir uns in die inneren Verhältnisse Rußlands nicht einmischen, war wohlgeant. Wohlwend berührt es auch, daß der Kanzler sogar von dem menschlichen Mitgefühl mit dem Schicksal der russischen Herrscherhäuser gesprochen hat.

Die Wandlung des Reichskanzlers.

Bei seinen Ausführungen zu der inneren Politik hat der Reichskanzler den einen Gedanken vorausgeschickt, wie der Krieg zu einem guten Ende gebracht wird. Der Eindruck wäre stärker und nachhaltiger gewesen, wenn er nicht hätte einräumen müssen, daß in der politischen Frage die grundsätzliche Stellung aufgegeben und damit erschütterter ist.

Fürst Bülow sagt in seiner deutschen Politik, das preussische Staatsleben müsse sich mit dem deutschen so versöhnen, daß beide ineinander wirken, ohne einander zu schwächen. Das ist eine der Hauptprobleme der gesamten inneren Entwicklung.

Gegen den Kastengeist.

Preußen kann nur in Deutschland stark sein und nur auf dem Boden der in Deutschland als sittlich empfundenen Freiheiten. Mit weitem Blick und offenem Herzen sollte man an die freigeistliche Ausgestaltung unserer Verhältnisse gehen, soweit es sich mit dem Gesamtinteresse und dem starken und niemals Lockernden Gefühl für unser Staatswesen vereinbaren läßt.

# Der Weg des Weltfriedens.

Wien, am 30. März.

Trauriger ist die Verfassung der Gegner noch nicht gewesen, als jetzt. Nach den schweren Misserfolgen auf den Schlachtfeldern, dem Zusammenbruch der kleineren Bundesgenossen und dem Trauerspiel des Bierverbandes in Rumänien zerlegt die Revolution ihre letzten Hoffnungen, es werde mit dem unerschöpflichen Uebergewicht des russischen Riesenreiches schließlich doch der Bloß der Mittelmächte erdrückt werden. Mit einer revolutionären Zerrüttung im Rücken kann keine Armee der Welt auf längere Sicht einen Krieg führen, der im Hinterlande das tadellose Arbeiten eines feinen, aus unzähligen Rädchen zusammengesetzten Uhrwerkes, eine Höchstleistung an Ordnung, Pünktlichkeit, Manneszucht und rückhaltloser Einigkeit voraussetzt. Auch das russische Heer nicht. Dazu kommt, daß die Revolution in den Massen von der Sehnsucht nach dem Frieden genährt worden ist. Daß im dritten Kriegsjahre nach einer Zeit so unerhörter Anstrengungen und Kriegseiden eine Armee ein altes, sicherlich tief im Volke verankertes Herrschergeschlecht stürzen hilft, nicht um den Frieden zu erlangen, sondern um den Krieg fortsetzen zu können, ist ein Unding. Es mag für den Augenblick der geschickten englischen Bühnentechnik gelungen sein, die zuvor dem Frieden geneigten Petersburger Volksführer mit dem Schlagwort zu blenden, daß Deutschland bei einem Siege seiner Waffen die errungene Freiheit des russischen Volkes wieder vernichten werde; selbst Eschewidse, der sozialrevolutionäre Volkstribun von der Newa, wiederholte bei der letzten Petersburger Demonstration, wie heute vorliegende Berichte melden, diese aus dem englischen Souffleurkasten stammende Wendung. Aber das sind doch nur künstliche Galvanisierungen des Kriegswillens.

Es ist klug und großherzig, daß in dieser Lage, in der die Gegner unkestreitbar schwächer und eines schrecklichen Ausganges im Falle eines rücksichtslosen Endkampfes sicherer sind als je, die führenden Staatsmänner der Mittelmächte nochmals zu freimütigen Annäherungen des Friedens werden, eines Friedens, der niemanden demütigen, niemanden vernichten soll. Wenn gestern im Reichstage der deutsche Kanzler dem russischen Volke die Versicherung gab, daß Deutschland keine Zerstörung seiner inneren Freiheiten wolle, und wenn er, um diese Versicherung zu unterstreichen, sogar davon sprach, daß an der Ostfront keine militärische Unternehmung größeren Stiles gegenwärtig geplant sei, so ist heute Graf Ottokar Czernin noch um

ihm ein Beispiel zu sein, wie man die Ehre nicht mit dem Schwerte, sondern mit dem Worte verteidigen kann.

Die Ehre ist ein Gut, das man nicht mit dem Schwerte, sondern mit dem Worte verteidigen kann. Die Ehre ist ein Gut, das man nicht mit dem Schwerte, sondern mit dem Worte verteidigen kann. Die Ehre ist ein Gut, das man nicht mit dem Schwerte, sondern mit dem Worte verteidigen kann.

klares Anerbieten die Wand von Rauch und Feuer durchbringen wird, die Lüge und Haß zwischen uns und unseren Feinden aufgerichtet haben.

Es gibt jetzt keine Ausrede mehr, daß das Friedensanerbieten der Mittelmächte nur eine unaufrichtige Spekulation auf die Uneinigkeit der Gegner sei und über allgemeine Redensarten nicht zu deutlichen Friedensbedingungen hinauskomme. Das Anerbieten ist an alle gerichtet und es spricht die Grundzüge für den Frieden mit einer Deutlichkeit aus, wie dies außerhalb der Friedenskonferenzen niemand klarer vermag.

Minister Graf Ottokar Czernin geht aber auch auf die formale Frage, wie vom Kriege der Uebergang zur Friedenskonferenz gefunden werden könne, ein. Vor einem Jahre hat Papst Benedikt XV. die Anregung gegeben, die Kriegführenden sollen bei Fortführung des Krieges, ohne eine der kämpfenden Parteien ihrer Vorteile zu berauben, sich zu einer Verhandlung der Friedensfragen zusammensetzen; so könnten die vielverworrenen Forderungen im Zusammenhang irgend einer Klärung nähergebracht werden. Graf Czernin formuliert jetzt diesen Gedanken seinerseits zu dem Vorschlag, es sollten sich die Vertreter der Kriegführenden, wenn schon eine Einstellung der Kriegshandlungen nicht erzielt werden kann, bei deren Fortdauer zusammensetzen, um die gegenseitigen Einzelforderungen auszutauschen und eine Annäherung zu versuchen. Es beruht dieser Vorschlag auf der Zuversicht, daß wenn nur erst einmal die hermetische Trennung der Gegner, die der Krieg geschaffen hat, durchbrochen werde, die Völker selbst dafür sorgen werden, daß die Ränke der Diplomaten nicht mehr verderben können, was die Völker wollen.

Dann wird auch Downing Street nicht mehr mit verdeckten Karten spielen können, wenn der unmittelbare Kontakt der Kriegführenden es möglich machen wird, jeden Anschlag gegen die Völkerverständigung aus der Nähe zu parieren.

Es ist möglich, sogar wahrscheinlich, daß der neue Friedensvorschlag, den Graf Ottokar Czernin zur internationalen Erwägung stellt, dieselben spanischen Reiter feindselig gegen sich aufgestellt finden wird, wie das erste Friedensanbot der Mittelmächte. Das kann uns nicht schrecken. Es ist unverkennbar, daß trotz der Vereitelung unmittelbarer praktischer Folgen die Friedensstimmung der Völker durch jenes Anbot in allen Staaten, vielleicht mit Ausnahme Englands, reifer und zuversichtlicher geworden ist. In einen umgegrabenen Acker senkt sich die neue, gute Saat. Sie wird da und dort zertreten werden, aber sie wird aufgehen. Jetzt werden auch die Neutralen, die bisher noch gezögert haben, sich in der Unterstützung der Völkerverständigung zu versuchen, eher Mut gewinnen und die Form für ihre Mittlertätigkeit finden, da die siegreichen Mittelmächte selbst die Formel aufgestellt haben: „Einen ehrenvollen Frieden für alle!“

Eben jetzt ruft Papst Benedikt XV. in seiner ergreifenden Antwort an die Kundgebung der Züricher Internationalen Katholikentagung zur Wiederveröhnung der Völker im Geiste des Christentums und der Gerechtigkeit auf. Es ist die Stimme des Völkerhirten, der mit diesem Appell auch den Vorschlag Oesterreich-Ungarns allen Redlichen und Gutwilligen, welcher Nation sie auch sein mögen, ans Herz legt, im Namen der christlichen Gesittung und der Rettung der Menschheit.

Der Generalsekretär: Georg Baumberger.  
Der Präsident: Adalbert Wirz. Es folgen  
die Unterschriften sämtlicher Konferenzteilnehmer.

### Die Antwort des Heiligen Stuhles.

Staatssekretär Seiner Heiligkeit.

Aus dem Vatikan.  
2. März 1917. Nr. 27, 321.

An den sehr geehrten Herrn Adalbert Wirz, Vorsitzenden der Internationalen Katholischen Konferenz von Zürich.

Sehr geehrter Herr!

Der Heilige Vater hat das schöne Guldigungsschreiben empfangen, das von der kürzlich abgehaltenen internationalen Konferenz katholischer Mitglieder der Parlamente und Parteien von Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Polen und der Schweiz unter Zustimmung führender Katholiken auch aus anderen Ländern einstimmig beschlossen und am 19. Februar d. J. an Seine Heiligkeit abgesandt wurde. Dem erhaltenen angenehmen Auftrage entsprechend, teile ich Ihnen, sehr geehrter Herr, als Vorsitzendem dieser Konferenz mit, daß der Papst mit großer und aufrichtiger Freude von der Guldigung und den dankbaren und ergebenen Gesinnungen gegen seine geheiligte Person Kenntnis genommen hat, die in jenem Schreiben ausgesprochen werden. Aus demselben leuchtet auch die kindliche, dankbare Anerkennung jener erbarmenden Liebe hervor, die dem gemeinsamen Vater der Gläubigen Beweggrund und Leitstern war, bei allen seinen umfassenden Bemühungen die Leiden des Krieges zu lindern und die Kriegführenden zum Frieden zu ermahnen. Im Hinblick auf das Ziel, das die genannte Konferenz in ihren Arbeiten verfolgt, nämlich die Wiederannäherung der Völker Europas nach dem Kriege im Geiste der wahren Liebe, hat Seine Heiligkeit auch geruht, der väterlichen Genugtuung und seiner innersten Erleichterung seines Herzens Ausdruck zu geben. Denn er sieht daraus, daß in die ungeheure Glut des Hasses, die gegenwärtig Sachen und Personen zusammen in schredlicher Weise ergriffen hat, sich jetzt nach edler christlicher Art eine kühlende Welle ergießen soll, entsprungen aus der höchsten Quelle unserer göttlichen Religion, die eine Religion der Liebe und des Friedens ist. Das Christentum, das zum ersten Male auf Erden das Gesetz der Bruderliebe gegen alle Menschen aufgestellt hat, ohne selbst die Feinde davon auszunehmen, kann ja für wahr nicht gestatten, auch während ein so graufiger Krieg wie der gegenwärtige noch wütet, daß ein himmlisches Gebot gewissermaßen außer Kraft gesetzt, und der Haß, der gewiß mit Recht gegen das Böse sich wendet, auch auf die Personen ausgedehnt werde, denen man als Urheber und Werkzeugen die Schuld daran zuschreibt. Und wenn dieses für die Zeit des Krieges wahr bleibt, so gilt es noch vielmehr für später, wenn sich die Kriegführenden Staaten in gemeinsamen und feierlichen Nebereinkommen wieder geeinigt haben. Denn dann wird es sicherlich von der höchsten Bedeutung sein, alle ihre noch übrigen Kräfte zusammenwirken zu lassen, nicht zur Verewigung einer bitteren und unedlen Gesinnung, aus der voraussichtlich wieder neue Kriege und neues Unglück erwachsen würden, sondern zur möglichst freudigen und großherzigen Wiederherstellung der gestörten öffentlichen und gesellschaftlichen Ordnung auf den Grundlagen der Religion und der Gerechtigkeit.

Diese einfachen Erwägungen beweisen zur Genüge, wie sehr mit Recht die Züricher Konferenz sich bemüht, jene Bestrebungen zu fördern, die gleichzeitig so echt christlich und so höchst dienlich für das öffentliche Wohl erscheinen. Deshalb wünscht der Heilige

Vater, daß dieselben sich weiter ausdehnen und an Wirksamkeit gewinnen und er empfiehlt sie sehr gerne der Mitarbeit aller. Er segnet diejenigen, die sich in wirksamer Weise an ihnen beteiligen.

Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr, den Mitgliedern der Konferenz die obigen wohlwollenden Gesinnungen Seiner Heiligkeit bekannt zu geben, und ich hoffe, daß alle Wünsche, die Sie ausgesprochen haben, dank der göttlichen Hilfe eine glückliche Verwirklichung finden werden.

Mit Freuden ergreife ich die Gelegenheit, Sie, sehr geehrter Herr, meiner vorzüglichen und aufrichtigen Hochachtung zu versichern. Ihr Ergebenster

gez. p. Kardinal Gasparri.  
Segreteria di Stato di sua Santità dal Vaticano.

2. Marzo 1917.

## Papst Benedikt XV. über die Wiederherstellung der friedlichen Völkerbeziehungen nach dem Kriege.

Die Antwort des Papstes auf die Rundgebung der Züricher Konferenz.

(Eigener Drahtbericht der „Reichspost“.)  
Zürich, 30. März.

Auf der im Februar hier stattgehabten Katholikenzonferenz, welche die erste große Unternehmung war, die der Wiederannäherung der Völker für die Zeit nach Beendigung des Krieges gewidmet war, war eine Guldigungsrundgebung an den Papst beschlossen worden, die nunmehr im Wortlaute veröffentlicht wird, nachdem jetzt auch die Antwort des Papstes vorliegt. Diese ist ein hoheitsvolles, historisches Dokument, eine apostolische Rundgebung von ergreifender Schönheit.

Die Adresse der Konferenz an Seine Heiligkeit Papst Benedikt XV. lautet:

Heiliger Vater! Eure Heiligkeit!

Eine am 12. und 13. Februar 1917 in Zürich in der Schweiz versammelte Internationale Konferenz von katholischen Mitgliedern der Parlamente und Parteien des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, des Königreiches Polen und der Schweiz, zu welcher Konferenz auch führende Katholiken anderer Länder ihre Zustimmung gaben, beginnt ihre Arbeiten für die Wiederannäherung der politischen und sozialen Führungen sowie der Völker Europas nach dem Kriege mit der ehrfurchtsvollsten Guldigung an das erhabene Oberhaupt unserer heiligen katholischen Kirche, voll des heißesten Dankes für die unvergleichlichen Werke der Liebe und Barmherzigkeit gegenüber allen an Kriegsnöten Leidenden, ganz besonders den Kriegsgefangenen und Zivilinternierten und für die unermüdliche Friedensarbeit Eurer Heiligkeit, die den erhabenen Namen Benedikt XV. zu einem gesegneten bei allen Völkern der Erde gemacht hat.

Indem die Arbeiten der Konferenz dem Zwecke gewidmet sind, daß alle Völker nach dem Kriege sich wieder im Geiste jener Liebe einandernähern, deren höchster und glorreicher Träger und Verkünder Eure Heiligkeit sind, hoffen wir in kindlichem Vertrauen die gnädige und väterliche Zustimmung Eurer Heiligkeit zu finden und bitten in Ehrfurcht um den apostolischen Segen für uns und für unsere Beschlüsse und Bemühungen zum angegebenen Zwecke.

Die gesamte katholische Welt dankt Eurer Heiligkeit für die immer wieder erneuten Bemühungen zur Wiederherstellung des Friedens, des Friedens zur Erfüllung des heißesten Wunsches, der die Völker des Erdballs beseelt. Die Christenheit setzt alle ihre Hoffnungen auf das segensreiche Wirken Eurer Heiligkeit für diesen großen, erhabenen, wahrhaft katholischen Zweck und betet dafür, daß dieses Wirken von baldigem Erfolg gekrönt werden möge. Die Konferenz stellt ihre Kräfte in freudigem Eifer Eurer Heiligkeit zur Verfügung und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der Friede dem Heiligen Stuhle jene Souveränität, Freiheit, und Unabhängigkeit geben möge, deren er zur ungehemmten Ausübung seines göttlichen Amtes und seiner göttlichen Mission bedarf.

## Die Rolle des Proletariats.

Die russische Revolution ist vor allem das Werk der Arbeiter, sofern demjenigen das Werk zu eigen gehört, der die Tat verrichtet hat. Ohne das Kühn und kluge Vorgehen der Duma-Parteien wäre es nicht möglich gewesen, das alte todgeweihte System so rasch zu enthaupfen; aber der Duma-Block verweigerte die Gelegenheit, die Revolution, die von den Arbeitern bereits in Gang gebracht war, zu vollenden. Nur der Ueberritt der Petersburger Garnison konnte dem Aufstand Sieg verleihen; allein wie hätten die Soldaten „meutern“ können, wenn sie nicht an einer kampfkraftigen Volksmacht Anschluß gefunden hätten? Auf Reden, Programme, Parlamentsbeschlüsse hin wird niemand Kopf und Kräfte dransetzen. Im Anfang war auch hier die Tat — die Tat der Arbeiter. Die ersten Meldungen führten den Aufbruch in Petersburg auf die Lebensmittelnot zurück, sprachen damit jedoch bloß eine Halb Wahrheit aus. Der Hunger hat auch politische Gleichgültige aufgerüttelt, hat den Einfluß der revolutionären sozialistischen Arbeiterschaft weit über den Kreis ihrer geistigen Einwirkungen verbreitet. Er hat die Spannung der Kräfte bis zum Entschluß der Verzweiflung erhöht. Indes ging der Aufstand fast von Beginn auf sein großes politisches Ziel aus und verrät in jedem Zuge die Kriegsführung, deren Strategie und Taktik der russische Arbeiter in der Revolution des Jahres 1905 ausgebildet hat.

Der russische Arbeiter ist der Schöpfer der proletarischen Form der Revolution. Die vorangehenden Revolutionen waren zwar nach der Hauptzahl ihrer Kämpfer alleamt gleichfalls proletarisch, vom handarbeitenden Volk getragen, mit seinem Blute erlauft; aber die Bewegungsforn der Aufstände war die aus älteren Klassenkämpfen überlieferte. Organisation und Streik bildeten die Kriegsmittel und Kriegsmethoden der Revolution von 1905, bildeten dies in solchem Maße, so vorherrschend, daß auch alle nichtproletarischen Revolutionäre bis zu den Mittelschülern, den Beamten und Aerzten nach diesen Mitteln und Methoden griffen. Der Verlauf der letzten Revolution in Petersburg war zu rasch, führte zu unmittelbar zum Siege, um den Wirkungen des allgemeinen Aufstandes vollen Raum zu geben. Aber den Aufstand begleiteten als starke Helfer die Straßenkämpfe, die Organisation mit den rasch gewählten Arbeiterdeputierten an der Spitze leitete sie; für die machtvolle Stellung des Arbeiters unter den revolutionären Gewalten, die jetzt Rußland beherrschen, ist die Streikmöglichkeit geradezu entscheidend. Mit der Drohung des Streiks hält der Arbeiter die Eisenbahnen, die Telegraphen, die Munitionsfabriken, die Stadt- und Armeeverpflegung — Krieg und Frieden unter seiner Faust.

Es scheint widerspruchsvoll, daß die besondere Stellung des Arbeiters im Produktionsprozeß gerade in Rußland ihre schärfste politische Ausprägung gefunden hat, in dem Lande mit der — am Volke- und Staatsganzen gemessen — verhältnismäßig schwächsten und jüngsten Industrie. Und der Widerspruch vertieft sich, wenn wir erwägen, wie jung die proletarische Bewegung in Rußland ist, wie rein wirtschaftlich, aus der Tagesnot geboren, völlig unbegleitet von allen politischen Gedanken, ihre ersten Regungen waren. Im eigentlichen Großenrußland bildet der Petersburger Weberaufstand vom Jahre 1896 den Ausgangspunkt, den ersten Anfang. Der Kampf ging um die Verkürzung der Arbeitszeit von dreizehn auf zehneinhalb Stunden; politische Gedanken suchten die Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre heranzubringen, die aber fast ausschließlich aus Zugehörigen der gebildeten Schichten bestanden und vorwiegend „revolutionäre Spezialisten“ (Pashitnow) waren ohne wahren Zusammenhang mit den Massen. Es gab sozialistische Strömungen und Kreise, aber außer Verbindung mit dem Proletariat, und es hob eine proletarische Bewegung an, aber aus den Lebensnöten, die von der Arbeitsverfassung in den Fabriken und Werkstätten unmittelbar erzeugt werden, ungeleitet und unerleuchtet durch die sozialistische Idee. Das gilt im großen und ganzen auch von der gewaltigen Streikbewegung, die in den ersten Jahren des neuen Jahres hundert die Industriestädte des Südens Charkow, Kowno am Don, Jekaterinow, Odesa, Tiflis überslutete. In den Streikversammlungen traten Sozialisten als Redner auf, ihre Worte fanden Widerhall in den Streikforderungen der Arbeiter; doch wenn der Kampf erlosch, war meist dies alles wie verweht, oder es setzte gar wie in Charkow und zum Teil in Kowno eine rückläufige Bewegung ein. Für diese Zeit ist nichts bezeichnender als die Tatsache, daß mehrere der Aufstände, wie zum Beispiel der in Odesa, aus den Subatowischen Organisationen entsprangen, Organisationen, die von der Polizei gegründet waren, um in zaristischen Sinne die Wirtschaftsnöte der Arbeiter politisch auszubreiten. Die sozialistischen Agitatoren der Intelligenz konnten umsoweniger nachhaltig wirken, als sie in ihrer rein politischen Denkart den gewerkschaftlichen Fragen nicht Zeit und Kräfte gewidmet hatten.

Stamm verändert finden wir diese Lage der Dinge in den letzten Monaten des Jahres 1904, als die Niederlagen in der Mandchurie und die Ermordung Plehwe die liberale „Gesellschaft“ in Ordnung versetzte hatten. Die Semstwocongresse mit ihren Stundgebungen und Programmformu-

lierungen wurden begleitet von Stundgebungen der Studenten. Daneben gingen zwar zahlreich, jedoch zusammenhanglos und meist rein wirtschaftlichen Beweggründen entsprungen, die Aufstände der Arbeiter. Die Notwendigkeit des Auftretens des Proletariats wurde immer dringender, was auch in der Partei erkannt wurde; dem Proletariat war diese Notwendigkeit indes noch nicht bewußt. . . . Infolgedessen wurden die Sozialdemokraten von den Vertretern der liberalen und demokratischen Kreise gehänselt und verhöhnt. Wo ist eigentlich euer Proletariat, fragten sie uns bisfig und giftig; warum tritt es nicht auf? (Tscherewanin.) Die Tätigkeit der sozialistischen Parteien mußte sich zum größten Teil auf den Feldzug gegen die „Semstvos“ beschränken; die sozialdemokratische Intelligenz erschien auf den Banketten der Liberalen und Demokraten, um durch scharfe Reden deren mattes Wesen vorwärtszutreiben. Doch hatte das begrifflicherweise geringen Erfolg. So lange die hebende und drängende Macht der Masse fehlte, war es nur der natürliche Ausdruck der Kraftverhältnisse, daß die Semstwowolungen halb und halb in die Bittform ausliefen und das Ziel des Geforderten lahmere Halbkonstitutionalismus blieb. Unter der Autokratie wankte der Boden, doch den Fallenden zu stürzen fehlte die starke Faust.

Wohl niemals hat sich die Stellung, die der Arbeiter im modernen Gesellschaftsaufbau einnimmt, so deutlich ausgesprochen wie in jenen Tagen eines kraftlosen Stodens der revolutionären Bewegung. Alle Bedingungen eines raschen, fleghaften Fortschreitens schienen gegeben, die geistigen in der vollkommenen Ausbildung und Verbreitung der liberalen, demokratischen und sozialistischen Idee, die moralischen in der Bloßstellung des schmachlich besiegten Zarismus, seiner an sich selbst irre gewordenen Armes, die politischen in einem schwankenden, unsicheren, zu ängstlichen Zugeständnissen bereiten Ministerium. Dennoch ging es nicht vorwärts, denn eines fehlte, das Entscheidende: der Massenträger des Geschehens, der Arbeiter. Aber als dieser dann am 22. Jänner 1905 endlich die Bühne betrat, da war auch von Stund an die Revolution mit all ihren Wunden, zerstörenden, heilenden und neu schaffenden Mieskräften im Gange. Und merkwürdig! Es war nicht einmal der sozialistische Proletarier, der die Wunder vollbrachte; es war die unter dem wohlwollenden Mitwirken der Polizei gegründete, von einem Gefängnisgefänglichen geleitete „Petersburger Gesellschaft der Fabrikarbeiter“. Wohl hatte die Anhänger Gapon's und ihn selbst zuletzt eine revolutionäre Aufregung ergriffen, wohl vermochte der Einfluß sozialistischer Agitatoren in die berühmte Witte an der Kaiser streng demokratische, sozialdemokratische und revolutionäre Forderungen wie den Achtstundentag, die verfassungsgebende Versammlung, die Abschaffung des privaten Grundbesitzes einzufügen. Doch die Gedanken einer proletarischen Umwälzung lebten in den Arbeitern Gapon's mit der knechtischen und kindischen Vorstellung friedlich gesellt, als dürfte und könnte ein Volk seine Selbstmacht, seine „Souveränität“, als dürften und könnten die Arbeiter ihre gewerkschaftlichen Lebensbedürfnisse von einem Autokraten verlangen und erlangen.

Und dennoch war es der Geburtstag der russischen Revolution. Das schreckliche Blutbad, das die Maschinengewehre des Zaren unter den mit friedlicher, zutraulicher Witte Nahenden anrichtete, hat in wenigen Stunden einen grausamen, aber eindringlichen Lehrgang an den russischen Arbeitern vollzogen. In der nicht mehr abbrechenden Folge von Streiks, die stets deutlicher ihren politischen Zweck ausformten, verwirklichte sich die innere Durchdringung der hämonischen Kraft des Proletariats mit der leitenden, ordnenden, zielhebenden, sozialistischen Idee. Was bedeuteten noch die Semstwowongresse, die Bankette der Demokraten? Sie waren zum Beiwert geworden. Handelnd schritt über den Schauplatz des Kampfes der erwachte Miese des arbeitenden Volkes. Und so ganz beherrschte er nicht nur das äußerliche Siche ereignen, sondern formte auch die innere Gestalt des revolutionären Werbens nach dem Ebenbild seines Geistes, daß nun alle Schichten der Gesellschaft, soweit sie tätig an der Revolution teilnahmen, die Tätigkeitsform des Aufstandes sich zu eigen machten. Der siegreiche Oktoberkampf mit seinem Ausklang der Oktoberverfassung war ein Streik aller. Es ist noch niemals genug gewürdigt, in seiner geschichtsphilosophischen Tiefe zureichend ergründet worden, daß 1905 eine Staatsumwälzung geschah, ein Weltreich die Verfassung empfing, lediglich durch die Mittel, mit denen in der Fabrik um höhere Löhne und günstigere Arbeitsbedingungen gestritten wird.

Doch aus dem Oktoberkrieg erhob sich mit der Verfassung zugleich im Arbeiterdeputiertenrat die vielberufene proletarische Nebenregierung — der Grundsaß der proletarischen Selbstorganisation gewann unmittelbare staatliche Wirkungen. Freilich nur für die kurze Dauer von fünfzig Tagen. Die sozialdemokratische Selbstkritik hat diese fünfzig Tage einer scharfen, einer herben Prüfung unterzogen. Und sicherlich, der mißglückte Versuch, eigenmächtig den Achtstundentag einzuführen, hat zuerst die Schlachtreihe der Revolution verwirrt, das Bürgertum unter den Schutz des Zarismus geschucht, dem hierauf der mit ungenügenden Kräften vorbereitete „bewaffnete Aufstand“ die eifrig gesuchte Gelegenheit gab, der Revolution die Uebermacht der modernen Waffentechnik sichtbar zu machen. Wenn wir aber heute, im Lichte der Geschehnisse der

letzten Wochen, jenes Jahr 1905, und seine voraus-eilenden Gedanken und Taten anschauen und tiefer zu erfassen versuchen, müssen wir nicht gestehen, daß die Niederlage des Augenblicks dem Sieg der Zukunft die Wege bahnte? Wäre ohne jene „Ueberheblichkeiten“ der fünfzigjährigen proletarischen Nebenregierung der Gedanke der Souveränität im russischen Volke bei seiner kulturellen Mäßigkeit lebendig geworden? Hätte sich das Feuer der Revolution — in der ersten und zweiten Duma fortglühend und durch den Blutstrom der Feldgerichte unmausgeblöcht — sonst wohl erhalten, um heute in neuen, alles verlegenden Flammen auszubrechen? Man fragt so oft verwundert, wie es möglich sein soll, just eine russische Republik zu gründen. Neben der Verkommenheit des Zarismus, die der Monarchie in Rußland alle moralischen Stützen wegfaulen ließ, gibt es dafür einen zweiten Grund: das in der Revolution gereifte Selbstbewußtsein der arbeitenden Massen. Man könnte fast auf den Tag den Zeitpunkt der inneren Wende angeben. Es war in den stürmischen Novemberwochen 1905; begütigend versuchte Witte auf die Arbeiter einzureden und nannte sie in seinem Aufruf „Brüder“. Hohmvolll aber wiesen die Proletarier seine Anrede zurück; sie wußten nichts von verwandtschaftlichen Banden, die sie mit dem Herrn Ministerpräsidenten verknüpften. Es waren dies aber dieselben Proletarier, die noch im Jänner bittflehend, friedlich und demütig dem goldenen Thron des Zaren zu nahen berührt.



Wien, 1. April.

Die Worte, welche Graf Czernin vorgestern gesprochen, haben einen tiefen und nachhaltigen Eindruck gemacht. Der Widerhall, den die Erklärungen des Ministers des Aeußern in unserer öffentlichen Meinung gefunden haben, läßt erkennen, daß Graf Czernin der ganzen Bevölkerung aus dem Herzen gesprochen hat. Der feste Wille, der diesen Staatsmann beseelt, den Weg zum Frieden zu finden und der entsetzlichen Menschenschlächtere ein Ende zu machen, ist in kräftiger und unzweideutiger Weise in seinen Worten zum Ausdruck gelangt. Graf Czernin hat Mut gehabt, seine Friedensbereitschaft zu proklamieren, unbekümmert darum, daß von feindlicher Seite seine Aeußerungen mißdeutet und mißbraucht werden könnten, als ein Beweis dafür, daß wir schwach geworden seien und daß unsere Kampfesfähigkeit nachgelassen habe. Gerade das Gegenteil aber entspricht den Tatsachen: Graf Czernin konnte ohne Scheu und ohne Bedenken vor der ganzen Welt erklären, daß wir jeden Tag bereit seien, an einer Friedenskonferenz teilzunehmen, weil er von dem Bewußtsein unserer unverminderten Stärke durchdrungen ist, weil er überzeugt ist, daß es unseren Feinden nicht mehr gelingen kann, ihr ursprüngliches, so oft und laut hinausposauntes Kriegsziel, die Vernichtung der österreichisch-ungarischen Monarchie, zu erreichen. Dieses Bewußtsein hat unseren Minister des Aeußern bewogen, öffentlich seinen Friedenswillen an den Tag zu legen, denn es ist die Rolle des Starken, die Wege zur Wiederkehr des Friedens zu ebnen. Wie beinahe alle Kriege, die Oesterreich-Ungarn geführt, war auch dieser Krieg ein Verteidigungskrieg. Wir haben nicht das Schwert gezogen, um unsere Gegner zu vernichten, und in dem Augenblicke, wo unsere Feinde zur Erkenntnis kommen, daß sie unsere Existenz nicht zu zerstören vermögen, hat die Stunde für den Frieden geschlagen. Und die Ereignisse der zweieinhalb Kriegsjahre sollten doch unsere Gegner belehrt haben, daß unsere Monarchie

1. IV. 1917

260

BY II

Hagy, Julius & Co., Geh. Leopold, Ant. Mezel,  
Rudolf Mosse, Jul. Tanzer, Ludwig Heggl,  
Jos. Schwarz, Generalvertretung des  
Pester Lloyd für Oesterreich und das  
gesamte Ausland; H. Dukas Nachfolger A.-G.,  
Wien, Wollzeile 16. — Auch alle anderen  
renommierten Inseratbureaus in Oester-

## Amerikareise des Botschafters Mr. Penfield

Aus Wien wird uns telegraphiert:

In hiesigen diplomatischen Kreisen wird heute bekannt, daß sich der amerikanische Botschafter Mr. Penfield demnächst für die Dauer von etwa drei Monaten aus Wien entfernen wird. Er ist zur Berichterstattung über die europäische Lage nach Washington berufen worden; der

Präsident wünscht die Auffassung des Botschafters, der jetzt schon so lange in einem der wichtigsten Mittelpunkte des europäischen Krisengebietes bestimmte Eindrücke gewinnen konnte, in persönlicher Aussprache kennen zu lernen. Mr. Penfield glaubt, daß diese ehrenvolle Mission ihn etwa einen Monat lang in Amerika festhalten werde. Die zwei Monate, die noch zu der angegebenen Dauer seiner Entfernung aus Wien fehlen, sind auf die Hin- und Zurückreise zu rechnen. Der amerikanische Botschafter wird, wenn seine Aufgabe in Washington erfüllt ist, wieder auf seinen Wiener Posten zurückkehren.

Die vorliegende Meldung wird in der spannungsvollen Zeit, da sie an die Öffentlichkeit gebracht wird, nicht verfehlen, ein gewisses Aufsehen und selbst Erregung hervorzurufen. Den Abbruch der Beziehungen mit Deutschland, das seit Jahrzehnten der Bundesgenosse und seit drei Jahren der treu bewährte Waffengenosse Oesterreich-Ungarns ist, hat Präsident Wilson leider für nicht vermeidbar gehalten. Wir gebrauchen das Wort „leider“ nicht bloß, um die Empfindungen anzudeuten, die in uns der vollzogene Bruch zwischen Washington und unserem Verbündeten rege gemacht hat. Vom Präsidenten Wilson selbst nehmen wir ebenfalls auch heute noch an, daß ihm, als er jenen schwerwiegenden Entschluß faßte, nicht ganz wohl zumute gewesen ist, und daß, welches immer die Aussichten einer Politik sein mögen, die sich auf schiefer Ebene fortbewegt, der erste Schritt auf dieser Bahn nicht eben mit freudiger Herzhaftigkeit unternommen ward. Mit Oesterreich-Ungarn hat die Regierung des Herrn Wilson die Beziehungen aufrechterhalten, ohne sich darum zu kümmern, daß ihr in den Ententeländern mit der süßsauren Höflichkeit, die es sich mit einem mächtigen Freunde nicht verderben mag, zu verstehen gegeben wurde, daß man in dem Verfahren einen fränkenden Mangel an Folgerichtigkeit erblicke. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß der Bruch mit der Monarchie nicht etwa infolge einer jener Zufälligkeiten, die für uns das Verständnis der amerikanischen Politik so sehr erschweren und uns gelegentlich zu unausgiebigem Gerumraten verführen, unterblieben war. Für die Aufrechterhaltung der Verbindung wurden vielmehr von beiden Seiten allerlei Bemühungen aufgewendet. So ist es natürlich nicht ohne Einvernehmen mit der amerikanischen Regierung geschehen, daß sich nach unserer Seesperrrerklärung ein lange fortgeführter reger Gedankenaustausch zwischen Mr. Penfield und unserem Minister des Aeußern Grafen Czernin entspann. Die Anfrage der amerikanischen Regierung an den Ballhausplatz über Sinn und Tragweite unserer Seekriegspolitik wurde zwar von der Entente in voreilender Hoffnungslosigkeit als ein technisches Hilfsmittel der amerikanischen Diplomatie begrüßt, das den Zweck haben sollte, den Bruch herbeizuführen. Aber die Folgen bewiesen, daß in dieser Anfrage die Absicht angedeutet war, aus einer Sackgasse herausgeleitet zu werden. Die Antwortnote Oesterreich-Ungarns, deren höchst geschickte Abfassung überall gewürdigt wurde, kam, ohne Preisgebung unseres Standpunktes, dieser Politik entgegen und fand, abermals in Wider-

immer wieder in den Vorhof der größten Geheimnisse führt. Es ist darin von Versuchen, Maßnahmen, Veraleichen

ost.  
reich-Ungarns.

für Wien:

monatlich	K 4.30
vierteljährlich	12.—
halbjährlich	24.—

für Oesterreich-Ungarn:

monatlich	K 5.—
vierteljährlich	14.50
halbjährlich	29.—

Bei täglich einmaliger Zustellung (das Morgenblatt zugleich mit der Nachmittagsausgabe des vorherigen Tages) für auswärts:

monatlich	K 4.30
vierteljährlich	12.—
halbjährlich	24.—

Für Deutschland:

viertelst. Kreuzbandfend.	K 18.—
---------------------------	--------

und durch die Postämter laut dort aufstehender Postsetzungsliste.

Mitglieder des Weltpostvereines:

viertelst. Kreuzbandfend.	K 22.—
---------------------------	--------

und durch die Postämter laut dort aufstehender Postsetzungsliste.

Eingangspreise für auswärts:

Morgenblatt	14 h
Sonn- und Feiertage	16
Nachmittagsblatt	6

XXIV. Jahrgang

ischen Kaiserpaar.

Die „Garantien“  
Oesterreich-Ungarns.

Wien, am 2. April.

Minister Graf Czernin schloß seine, seit Samstag im Mittelpunkte der politischen Erörterungen Europas stehenden Aeußerungen mit den Worten: „Ich habe öffentlich erklärt, daß wir einen uns aufgezwungenen Verteidigungskrieg führen, dessen Zweck die gesicherte, freie, ungestörte Entwicklung der Monarchie ist. Die Garantien für unseren Bestand und für unsere Existenzmöglichkeit müssen wir erhalten; so wie unsere Gegner ihre unerfüllbaren Ideen, uns zu zerstückeln, fallen lassen, so wie sie bereit sind, übereinen für sie wie für uns ehrenvollen Frieden zu verhandeln, steht den Verhandlungen nichts mehr im Wege“.

Die Aeußerungen unseres Ministers des Aeußern sind in der neutralen Welt sehr begrüßt worden, selbst in jener, die dem Verbande zuneigt; man anerkennt daran die leidenschaftslose, niemanden verletzende Ruhe, und die Vernünftigen scheinen auch zu verstehen, daß die Bescheidenheit, die sie aus den Worten herauslesen, nicht etwa der Furcht entspringt, sondern gerade deshalb sich so zu äußern vermag, weil die Stärke der Mittelmächte heute doch wohl auch dem Gegner so einleuchtend ist, daß jede Berufung auf das Gegenteil eine Geschmacklosigkeit wäre. Die Friedenswünsche Oesterreich-Ungarns aber zu verbergen, hatte Graf Czernin keinen Grund; wir Oesterreicher haben nicht schauspielerisches Talent genug, um im dritten Jahre dieses furchtbaren Krieges noch Gefühle und Wünsche zu verbergen, die jeder gesittete Mensch nach diesen Hekatomben von Opfern an Leben und Gut hegen muß. Freilich haben wir auch die wenigste Veranlassung, diese Empfindungen zu verbergen, denn sobald wir den Angriff auf unsere Existenz zunichte gemacht und der Welt gezeigt haben, daß sie mit einem nicht besiegbaren Bunde der Mittelmächte rechnen muß, haben wir aus diesem Kriege keine Enttäuschungen mehr zu befürchten.

In einigen neutralen Erörterungen des neuerlichen Friedensrufes des Grafen Ottokar Czernin wird nur ein Wort mit Kritik und Unruhe aufgenommen, jenes von den „Garantien“, die wir „für unseren Bestand und unsere Existenzmöglichkeit“ erhalten müssen. Ein holländisches Blatt besorgt, es könnten darunter sowohl die unschuldigsten als auch die verabscheuenswürdigsten Friedensbedingungen verstanden werden, und mehrere Stimmen wünschen deshalb die Bekanntgabe dieser Bürgschaften, die Oesterreich-Ungarn verlange. Wohl nur eine das Wort aus dem Zusammenhange lösende Interpretation, die übersehen, daß Graf Czernin gleichzeitig von einem aufgezwungenen Verteidigungskrieg der Monarchie und einen auch für die Gegner ehrenvollen Frieden spricht, kann in den „Garantien“ etwas anderes suchen, als die vernünftigen und selbstverständlichen Ansprüche eines Großstaates, der nicht zu Eroberungen ausgezogen ist, der niemanden demüthigen will, der aber nach der opferreichen Verteidigung seiner Existenz nicht binnen weniger Jahre einem abermaligen frivolen Angriffe ausgesetzt werden will. Und weil Oesterreich-Ungarn durch seine Stellung in Europa nicht in seinem Lebensrechte angetastet werden kann, ohne daß die folgenschwersten Verwicklungen für das ganze Festland und darüber hinaus entstehen, deshalb sind diese „Garantien“ auch ein allgemeines Friedensinteresse und eine allgemeine Friedensbürgschaft. Es wird sie uns jeder zubilligen müssen, der Ruhe für Europa wünscht.

162

## Oesterreich-Ungarn und Rußland.

Wien, 31. März.

Von den beiden Mittelmächten ist es die österreichisch-ungarische Monarchie, die reale Interessenverschiedenheiten mit Rußland hat. Die Donaumündungen, wie der ganze Balkan waren und sind der Gegenstand diplomatischer Rivalitäten beider Reiche. In der inneren Politik sowohl Rußlands wie Oesterreich-Ungarns fanden die außenpolitischen Gegensätze ihre natürliche Fortsetzung. Der russische Panlawismus, der ja ein revolutionäres Ferment ist, hätte am Zarenhofe schwerlich Unterdrückung gefunden, wenn er nicht zugleich ein Mittel gewesen wäre, durch Ausschäkelung des Nationalismus der österreichischen Slaven die österreichisch-ungarische Monarchie innerlich zu schwächen. Andererseits war die Vorzugstellung, die der Wiener Hof den Polen einräumte, nur zum einen Teil der politischen Klugheit der Polen, zum anderen aber der Tendenz zu verbanken, dem in Rußland niedergehaltenen polnischen Element draußen einen Rückhalt zu bieten; wie auch die Anerkennung und Förderung der ruthenischen Nationalität in Oesterreich zusehend auf die russische Ukraine hinüberwirken sollte. Das diplomatische Ränkespiel an den Balkanhöfen hat in demselben Gegensatz seinen Ursprung. Rußland trieb den selbstlichen Wähl mit mörderischer Konsequenz in das Fleisch Oesterreich-Ungarns. Die Wiener Regierung aber betrugte dem bulgarischen Frieden, der Bulgarien unschädlich machen sollte, ihre Anerkennung.

Trotz dieser Jahrhunderte alten, nur durch gelegentliche heilige Allianzen und Drakalserbündnisse unterbrochenen Feindschaften kann man von einer eigentlichen Feindseligkeit zwischen den Völkern der beiden Reiche, die ja miteinander fast gar keine Verührung haben, nicht reden. Der Magyar verargt dem „Russe“ noch die Intervention vom Jahre 1849 und steht in Rußland nur die Stätte der seinem freihellischen Temperament besonders verhassten Knutenherrschaft. Aber die Abneigung gilt — oder vielmehr galt — dem Regime, nicht dem Volk. Die österreichischen Slaven haben sogar verwandtschaftliche Sympathien für die Russen, und der österreichische Deutsche empfindet überhaupt keinerlei Nationalhaß. So war es kein Wunder, daß die Kunde von der grundstürzenden russischen Revolution in der Oesterreich-Ungarn Monarchie mit der größten Freude aufgenommen worden ist. Spielte dabei auch die Hoffnung auf die Verminderung des Kriegswillens in dem von revolutionären Wron geschüttelten Rußland eine Rolle, so war es doch zunächst die menschliche Teilnahme an dem Schicksal des russischen Volkes, die in der Presse zum Wort kam. Man kennt ja Rußland nur aus der oppositionellen, revolutionären Literatur. Als im Januar 1905 die vom Priester Jaxon geführte Prozession mit Maschinengewehren niedergemäht wurde, fand in Wien ganz spontan eine Entrüstungskundgebung gegen den mörderischen Zarismus statt, und den russischen Märtyrern wurde wärmste Teilnahme und Sympathie ausgesprochen. Für den Zarismus erhob sich nie eine Stimme, und wer es unternahm, unter Berufung auf die Unreise des russischen Volkes die Notwendigkeit der Autokratie in Rußland zu beweisen, würde tauben Ohren predigen. Es gab auch in Oesterreich-Ungarn keine Partei, die wie die preussischen Konservativen, mit dem zarischen Absolutismus sympathisiert hätte. Ganz und ungeteilt wandte sich das Mißgefühl Oesterreich-Ungarns allezeit dem gedrückten, niedergehaltenen russischen Volke zu, und daran hat auch der Krieg, der in seinen Anfängen fast nur ein Krieg gegen Rußland war, nichts wesentliches geändert.

Die Freude über die Befreiung des russischen Volkes war dann auch so lebhaft, daß es direkter Mahnungen der Besonnenen bedurfte, um von ungezügelter Kundgebung die Freude abzuhalten. Das war besonders schwer bei der Sozialdemokratie, deren Vorstand eine Resolution faßte, die — wir wissen nicht, ob mit Recht — von der Pressensur zur Veröffentlichung nicht zugelassen wurde. Auch eine Rede Viktor Adlers, des Führers der deutschen Sozialdemokratie, über die russische Revolution und das neue Rußland konnte nur mit beträchtlichen Mühen vom Wiener Parteivorgan wiedergegeben werden. Aber auch in der Presse der übrigen Parteien kommen nur die besten Wünsche für das russische Volk zum Ausdruck. Wäre nicht Krieg, so gäben wahrscheinlich Zustimmungsbriefe und parlamentarische Deputationen über die Grenze, dem befreiten Teil der europäischen Menschheit zum Geburtstag seiner neuen Freiheit zu gratulieren. Aber es ist Krieg und das Ende der russischen Revolution ist noch so wenig abzusehen, wie über ihren

Ursprung und ihre eigentlichen Ziele wirkliche Klarheit besteht. Wenn die Revolution nur eine im russischen Volk vorhandene Friedensstimmung eindämmen und ablenken sollte, bestände für die Völker Oesterreich-Ungarns wahrlich kein Anlaß zu neuen Annäherungsversuchen an das neue russische Regime. Auch mühte böswilliger Mißdeutung verfrühter Kundgebungen vorgebeugt werden, als ob es Oesterreich-Ungarn gar nicht erwarten könnte, die Waffen niederzulegen. Die Kriegsrüstung der Monarchie ist vollkommen intakt, ist stärker als je. Die Friedenssehnsucht ist gewiß so lebhaft wie überall im schwergeprüften Europa, aber der Wille durchzuhalten bis zu einem ehrenvollen Frieden ist trotz aller Entbehrungen ungeschwächt, und nicht das leiseste Anzeichen innerer Zerfegung ist wahrzunehmen. Im Gegenteil. Das Bewußtsein der inneren Zusammengehörigkeit der Monarchie war nie so lebhaft wie jetzt dank dem Kriege und der gemeinsam gebrachten Opfer. So konnte wohl zugelassen werden, daß die Volksparteien in Rußland Kenntnis erzielten von der warmen Sympathie, die ihren Befreiungskampf in dem vermeintlich feindlichen Oesterreich-Ungarn begleiteten, und das ist wohl mit und ohne Zutun der verantwortlichen Stellen geschehen. Aber mehr konnte nicht getan werden. Insbesondere war es ganz unmöglich, wie einzelne Sanguiniker gehofft und gefordert haben, an das neue Rußland mit dem Anerbieten eines Separatfriedens heranzutreten. Das neue Rußland wird an Oesterreich-Ungarn keinen Feind haben, wenn es nicht der Erbe der imperialistischen gegen den Bestand Oesterreich-Ungarns gerichteten Pläne des absolutistischen Rußlands sein wird. Aber das muß es uns erst sagen. Es wird auch nicht die phantastische Hoffnung nähren dürfen, daß nun föderalistisch-republikanische Ideen, die für Rußland die Freiheit bedeuten mögen, über die Grenze bringen und in dem ganz anders geschichteten Oesterreich-Ungarn chaotische Verwirrung hervorrufen könnten.

Aus diesen Gedankengängen ergibt sich die notwendige Haltung der österreichisch-ungarischen Staatskanzlei von selbst. Im Einvernehmen sind an zwei aufeinanderfolgenden Tagen amtliche Äußerungen in Berlin und Wien erfolgt. Der Reichskanzler ist neuerdings der verleumderischen Lüge entgegengetreten, daß Deutschland sich in die inneren Verhältnisse Rußlands einmischen wolle und jemals eine Stütze der Autokratie gewesen sei. Graf Czernin hatte keinen Anlaß, sich mit einer derartigen Behauptung zu befassen, aber er wiederholte in einem Interview, das er dem Chefredakteur des offiziellen „Fremdenblattes“ gab, die Einladung zu einer allgemeinen Friedenskonferenz, auf der die „Hundert von Fragen, die der Krieg aufgeworfen hat und die ein unzerbrechbares Ganze bilden, gelöst werden können“. Er hat neuerdings betont, daß Oesterreich-Ungarn nur einen Verteidigungskrieg führe und deshalb einem Gegner, der unerfüllbare Zerschmetterungspläne fallen lasse, nichts im Wege stehe, in Friedensverhandlungen einzutreten. Man hat allen Grund, auch in Deutschland auf diesen Satz zu achten. Wie die Erklärung über Rußland, die der Reichskanzler im Reichstag verlesen hat, vermutlich während der Anwesenheit des Grafen Czernin vereinbart worden ist, so auch das Interview des Grafen Czernin. Wenn aber der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern nach den Verhandlungen mit dem Reichskanzler und in zweifelloser Uebereinstimmung mit ihm feierlich jeden Gedanken an eine Eroberung abweist und lediglich Garantien für den Bestand und die Existenzmöglichkeit der Monarchie fordert — also etwa gegen Serbien und Rumänien — so gilt das ebenso gut auch für Deutschland und es kann auch Deutschland nicht den Frieden von der Möglichkeit zu Annexionen abhängig machen wollen. Sollten gewisse Parteien dies dennoch versuchen, so müssen sie sich darüber klar sein, daß solche Bestrebungen in Oesterreich-Ungarn keinen Widerhall finden würden.

Aus den beiden Äußerungen, der des Reichskanzlers und der des österreichisch-ungarischen Ministers des Aeußern, die man als vereinbart ansehen darf, geht demnach hervor, daß die beiden Mittelmächte bis auf weiteres keinen Anlaß haben, die pflichtgemäße Abwehrfeindschaft gegen das absolute Rußland auch auf das neue demokratische zu übertragen, daß sie neuerdings zur Verhütung weiteren vergeblichen Blutvergießens die Aufforderung an die Gegner richten, eine Friedenskonferenz zur Lösung aller durch den Krieg aufgeworfenen Fragen zu beschicken, und daß sie nicht daran denken, einen für den Gegner minder ehrenvollen Frieden zu erlitten oder zu erzwingen. Mitteleuropa führt einen Verteidigungskrieg. Wenn das die Entente mit demselben guten Gewissen von sich behaupten kann, so steht dem Frieden nur noch eine Täuschung über die Absichten der Mittelmächte im Wege, und diese Täuschung könnte in der ersten Stunde gemeinsamer Beratung behoben werden. Anders liegen die Dinge freilich, wenn die

Ententemächte sich von der Ausschichtslosigkeit ihres Verteidigungskrieges noch nicht überzeugt haben und unter Fortsetzung der bewußten Zerschmetterung ihrer Völker diesen weiter vorpressen müßten, der zur Unterwerfung Deutschlands und zur Auflösung Oesterreich-Ungarns führen soll. Auch in diesem Falle hätten die Staatsmänner der Mittelmächte nur einer Pflicht der Menschlichkeit Genüge geleistet, wenn sie dem Gegner neuerlich die Friedenshand geboten haben. Daß diese Hand noch immer zur stählernen Faust geballt werden kann, würde er dann noch halb genug erfahren.

# Pester Journal.

Sechshundvierzigster Jahrgang.

Erscheint (mit Ausnahme des Montags) täglich.  
Redaktion und Administration:  
Vilmos császár-ut (Kaiser Wilhelmstraße) Nr. 24.  
Telephon: Redaktion 26-09. Administration 26-10, 23-81.

## Die russische Revolution.

Von Georg v. Lukács,

Wirkl. Geheimrath, Minister a. D., Reichstagsabgeordneter.

Czar Alexander III., der Vater und Vorgänger des entthronten Czaren Nikolaus II., ist mit der Ueberzeugung hingeshieden, daß Rußland die größte und stärkste Monarchie der Welt sei. Von ihm stammt die Bezeichnung Rußlands als sechsten Erdtheiles. Sein Nachfolger, Czar Nikolaus II., wurde vom Traum der Allmächtigkeit durch die russische Revolution, die ihn zur raschen und sehr nachtheiligen Beendigung des Krieges mit Japan zwang, nicht erweckt. Vergebens gab Czar Nikolaus unter dem Druck der revolutionären Bewegungen das sogenannte Oktobermanifest aus, in dem er den Absolutismus aufhob, die Einflußnahme der Staatsduma auf die Gesetzgebung, ferner die verfassungsmäßigen Grundrechte, die persönliche und die Gewissensfreiheit und das Versammlungs- und Vereinsrecht anerkannte. Sobald sich die Gegenrevolution organisierte, die den czarischen Absolutismus in seine alte Unbegrenztheit zurückzusetzen bestrebt ist, vergißt Czar Nikolaus alle seine Verheißungen und antwortet der Deputation, die ihn im Namen des sogenannten russischen Volksbundes ersuchte, seine unbegrenzte persönliche Macht nicht aufzugeben, folgendermaßen: „Ich werde weiterregieren als Alleinherrscher und lege von meinen Thaten bloß dem Herrgott Rechenschaft ab, niemand Anderem. Erzählet Euren Freunden, daß ich mit Gottes Hilfe und mich auf den russischen Volksbund stützend, meine Feinde vernichten werde.“ Es geschah auch so, die Revolution wurde in blutiger Mezelei ersticht.

Aber vergebens war der Hochmuth der beiden letzten Romanow'schen Czaren. Die Frucht wurde endlich doch ganz reif und es kam die Dämmerung des unverantwortlichen Czarismus. Der Versuch, der sich während des Krieges mit Japan zum ersten Male in die That umsetzte, der aber während eines Jahrzehnts durch einen systematischen Druck paralysirt werden konnte, wurde unter dem Einflusse des Weltkrieges neu ins Leben gerufen, die Revolution erneute sich und sie führte bereits — alle Zeichen sprechen dafür — zu einer endgiltigen Niederlage des czarischen Absolutismus.

Welche Regierungsform sich die erwachende russische Nation wählen wird, kann jetzt, inmitten der Gahrungen, noch nicht festgestellt werden. Obwohl die Verhältnisse, die der Wirbel der Märzrevolution in Rußland zerrüttete, noch chaotisch sind und die Ereignisse noch ein ununterbrochen wechselndes Bild zeigen, bieten die bisher bekannt gewordenen Einzelheiten doch einen genügenden Stützpunkt zur Beurtheilung dessen, welche Wirkung der Umsturz und die innere Explosion in Rußland auf den Weltkrieg und auf die Friedensfrage auszuüben vermögen.

Die innere Revolution des russischen Reiches wurde eigenthümlicherweise von britischer Intrige zum Aufflammen gebracht. England hat als Diktator der Ententemächte den Czaren Nikolaus und seine Regierung verdächtigt, sie seien geneigt, mit Deutschland und mit den verbündeten Centralmächten im Allgemeinen einen Sonderfrieden zu schließen. Ob dieser Verdacht begründet gewesen, wird nur festgestellt werden können, wenn von den Ereignissen der Schleier, der sie jetzt verhüllt, fallen wird. Es scheint aber, daß der Czar

und seine Regierung sich der Unhaltbarkeit der in Gährung befindlichen inneren Zustände bewußt waren und darum auf der raschen Sonderfrieden denken mochten, ebenso wie anno 1905, als gleichfalls die inneren Krankheiten des Reiches Rußland zum raschen Friedensschluß mit Japan zwangen, und es hätten auch der Czar und seine Regierung von den verbündeten Ententemächten auch aus deren Gesichtspunkt nicht als Treubruchige betrachtet werden können, wenn sie auf den Weg des Sonderfriedens getreten wären, hat sich doch Rußland angeblich im Londoner Abkommen für den Fall der inneren Revolution das Recht zur Schließung eines Sonderfriedens reservirt. Soviel steht außer Zweifel, daß es für England ein fürchterlicher Schlag gewesen wäre, wenn Rußland den Krieg eingestellt hätte. England hat unzähligemale seinen unbeugsamen Willen verkündet, keinen Frieden zu schließen und auch durch seine Verbündeten keinen Frieden schließen zu lassen, solange es nicht Deutschland, beziehungsweise den sogenannten deutschen Militarismus militärisch und wirtschaftlich völlig niedergeworfen hat. Die englische Diplomatie gewann auch dieses Spiel, wie schon viele andere. Es gelang ihr thatsächlich, den Czaren und seine Regierung aus dem Wege zu räumen, und zwar mit dem drastischen Mittel der Revolution.

Der englische Erfolg ist aber bloß ein scheinbarer. Die englische Diplomatie löste ihre unmittelbare Aufgabe zweifelsohne günstig. Es ist aber noch die Frage, ob sie auch das fernere Ziel erreichen wird, das mit der Dethronisirung des Czaren angestrebt wurde, daß sie nämlich im Lande die Friedensbestrebungen ein für allemal vernichte. Die Revolutionen lassen sich nämlich nicht lenken. Die entfesselten Volksleidenschaften machen nicht dort Halt und verlaufen nicht nach dem Rezept, wie es dem Schürer des Feuers genehm wäre, der die Leidenschaften mit kalter Berechnung zur Explosion führte. Die entfesselten Leidenschaften brechen sich selbst Bahn, die Bewußtsein, die sie begleitet und ihre weitere Entwicklung läßt sich durch die Berechnung, die sie in Bewegung setzte, nicht weiter regeln.

Englands Erwartung, daß die an die Stelle des entthronten Czaren tretende Regierung mit der zögernden Kriegspolitik unterweilt brechen und im Interesse der energischsten Weiterführung des Krieges Alles mobilisiren werde, erhielt bereits durch die Ereignisse eine Widerlegung. Die provisorische Regierung zeigt eine geringere Kriegsbegeisterung, als England anzunehmen beliebte, und eines ihrer Mitglieder verkündet sogar ganz offen, daß Rußland sich mit der Internationalisirung Konstantinopels und der Dardanellen begnügen könnte. Und der mit der provisorischen Regierung parallel wirkende und agitirende Ausschuß der Sozialisten, hinter dem gewaltige Macht-faktoren stehen, betont unverbürgt die Nothwendigkeit des Friedensschlusses. Die Verhältnisse haben sich also nicht in der Richtung der von England gewünschten Kriegsbereitschaft geklärt, und das Zögern, die Unsicherheit, das Ringen der entgegengesetzten Strömungen dauern fort und steigern sich sogar. In diesem Ringen der Kräfte der inneren Gährung wird die wilde Energie der rücksichtslosen Kriegspolitik kaum die Siegerin bleiben können.

Uebrigens ist dies unschwer verständlich. Wie sollen die Machtfactoren, die das innere Fieber

### Friedensahnungen.

Nur zögernden Schritts hält in diesem dritten Jahre des Weltkrieges der Frühling seinen Einzug in das winterliche Land, immer wieder höhnen eisige Winde und Schneeböen jeglicher Lenznung, die sich voreilig regen will. Aber was tut das? Die Menschen, die so tapfer das lange Winterleid getragen, lassen sich nicht entmutigen und halten in ihrem Herzen den frohen Glauben fest: Es muß doch Frühling werden! Gleichzeitig mit diesem starkfreudigen Frühling geht jetzt ein Friedensahnen durch unser Volk, ganz leise nur und noch sehr zaghaft, aber für jeden fühlbar, der dem Herzschlag der Massen lauscht. Ist es nur die suggestive Kraft der holdesten Mitration, über die unsere Sprache verfügt, der Mitration von Frühling und Friede, die diese Ahnung erweckt? Aber wie wäre es dann zu erklären, daß vor einem, daß vor zwei Jahren, als der Frühling, damals wie ein Triumphator mit wehenden Fahnen, ins Land kam, in seinem Gefolge Ahnung und Hoffnung eines nahen Friedens schlichte und jeder nur an neue Waffengänge dachte? Oder entspringt die Friedensstimmung dieser ersten Lenztage einem Schwächegefühl? Davon kann wohl bei einem Volke nicht im mindesten die Rede sein, das eben erst durch die Einführung der allgemeinen Zivildienstpflicht, die Uebernahme neuer gewaltiger Steuerlasten, die freudige Hergabe weiterer Milliarden für die Kriegführung den unerschütterlichen Entschluß bekräftigt hat, nicht eher die Waffen niederzulegen und zu seiner Arbeit zurückzukehren, als bis ihm ein ehrenvoller deutscher Frieden gesichert ist, den es auf Grund seiner ungeheuren Opfer, seiner Waffentaten und seiner glänzenden militärischen Lage gegenüber einer Welt von Feinden beanspruchen darf. Nein, wenn heute in Millionen mutiger Herzen die Hoffnung sich regt, daß der Krieg nicht allzulange mehr währen werde, so hat das andere Gründe.

Als im Dezember 1916 Deutschland und seine Waffenengenossen im Vollbewußtsein ihrer unzerbrechlichen Kraft unserer Feinde großherzig die Hand zum Frieden boten und dafür nur höhnisch-trochige Abweisungen ernteten, wollte es manchen dünken, nun sei jede Hoffnung auf ein Ende des furchtbaren Ringens wieder für unabsehbare Zeit eingespart, und eines weltfremden Optimismus wurde geziehen, wer die Ansicht aussprach, das fortan durch allen Waffentlärm hindurch das Zauberwort Friede im Ohr der blutenden Völker haften bleiben, daß der von Deutschland entzündete Hoffnungsschimmer durch alles Schlachtengewölk immer wieder durchbrechen werde. Aber die Tatsachen haben diesen vermeintlichen Optimisten recht gegeben. Seit jenen Dezembertagen ist das Friedensgespräch — das etwas ganz anderes ist als Friedensgerede! — nicht mehr verstummt, mitten während der Zurüstungen zu neuen gewaltigen Kämpfen an den verschiedenen Fronten, während des verschärften Tauchbootkrieges und während der Kriegsvorbereitungen der Vereinigten Staaten rissen in den Kriegführenden wie in den neutralen Staaten die Erörterungen über unser Friedensangebot und seine Beantwortung, über Kriegsziele und Friedensmöglichkeiten nicht mehr ab. Einen neuen starken Antrieb erhielten sie durch die Umwälzung in Rußland, deren letzte Auswirkung in Hinsicht auf den Krieg überall in der Welt eifrig erwogen wird. Dazu die letzte Rede des deutschen Reichskanzlers, die Äußerungen des Grafen Czernin, der deutsche halbamtliche Kommentar dazu, die Antwort der deutschen Sozialdemokratie auf die Friedensstundgebungen der russischen — all das macht es erklärlich, wenn der Friedenswunsch, der wohl keinen Menschenherzen in Europa und insbesondere in Deutschland fremd ist, in frohe Ahnungen hinübergleiten will.

Die Reise des österreichischen Kaiserpaars ins Große deutsche Hauptquartier, die unter anderen Umständen vielleicht nur als ein Akt höfischer Courtoisie gedeutet werden konnte, wird im jetzigen Augenblick vielen um so mehr als ein Schritt dem Frieden entgegen erscheinen, als im Gefolge Kaiser Karls sein Minister des Aeußeren und sein Generalstabschef sich befinden, während gleichzeitig im deutschen Hauptquartier neben dem Kaiser und Hindenburg der Reichskanzler weilt. Vor wenigen Tagen hat der Saager Korrespondent der „Times“ von deutschen Friedensanbietungen an die Adresse Englands fabuliert. Wie handgreiflich die Unglaubwürdigkeit dieser Meldung auch war, so ist sie doch von manchen in einem Zusammenhang mit der Tatsache gebracht worden, daß Graf Czernin fast gleichzeitig neuerdings im Namen der Mittelmächte deren Friedensbereitschaft verkündet hat. Das Bild der Lage, das sich so ergibt, ist schief, ja mehr als das, es ist verkehrt. Mancherlei Anzeichen deuten darauf hin, daß allerdings eine Anregung zu Friedensverhandlungen erfolgt ist, aber nicht von deutscher Seite

# Der Wortlaut von Wilsons Botschaft.

Die im Auszug bereits mitgeteilte Ansprache, die Präsident Wilson am 2. d. M. an den in gemeinsamer Sitzung versammelten Kongress richtete und in der er den Kongress aufforderte, das Bestehen des Kriegszustandes gegen Deutschland festzustellen, hat, nach einem Funkspruch des R. S. B., folgenden Wortlaut:

„Meine Herren vom Kongress! Ich habe den Kongress zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen, weil ernste, sehr ernste politische Entschlüsse sofort zu fassen sind, für die ich die Verantwortung übernehmen möchte.

Am 3. Februar dieses Jahres habe ich Ihnen amtlich die außergewöhnliche Bekanntmachung der Kaiserlichen Deutschen Regierung vorgelegt, daß sie vom 1. Februar an beabsichtige, alle Beschränkungen von Gesetz und Menschlichkeit beiseite zu legen und ihre Unterseeboote dazu zu verwenden, jedes Schiff zu versenken, das versuchen würde, sich entweder den Häfen Großbritanniens und Irlands oder den westlichen Küsten Europas oder irgendeinem Hafen im Mittelmeer, der unter der Kontrolle der Feinde Deutschlands steht, zu nähern.

Dies schien der Zweck des deutschen Unterseebootkrieges zu einer früheren Zeit des Krieges gewesen zu sein, aber seit April letzten Jahres hatte die Kaiserliche Regierung den Kommandanten ihrer Unterseeboote einige Beschränkungen auferlegt in Uebereinstimmung mit ihrem uns damals gegebenen Versprechen, daß Passagierschiffe nicht versenkt werden sollten, und daß allen anderen Schiffen, die ihre Unterseeboote zu zerstreuen versuchten würden, entsprechende Warnung gegeben werden würde, wenn kein Widerstand geleistet oder Fluchtversuch gemacht werde, und daß Sorge getragen werden sollte, daß ihren Mannschaften wenigstens eine günstige Gelegenheit geboten werde, ihr Leben in ihren offenen Booten zu retten.

Die ergriffenen Vorsichtsmaßregeln waren ziemlich dürftig und blieben dem Zufall überlassen, wie das traurige Beispiel beim Fortgang des grausamen und unmännlichen Geschäftes bewiesen haben. Aber ein gewisser Grad von Beschränkung wurde beobachtet. Die neue Politik hat jede Beschränkung beiseite gesetzt.

Schiffe jeder Art, von welcher Art ihre Ladung, ihre Bestimmung oder ihr Auftrag war, sind rücksichtslos ohne Warnung und ohne einen Gedanken an Hilfe oder Mitleid für die an Bord befindlichen Personen auf den Grund des Meeres befördert worden, Schiffe von befreundeten Neutralen Seite an Seite mit denen der Kriegführenden.

Selbst Hospitalschiffe und Schiffe, die dem schwer beraubten und geschlagenen Volke Belgiens Hilfe brachten, wurden, obgleich die letzteren mit sicherem Geleit durch die vorgeschriebenen Gebiete von der deutschen Regierung selbst versehen worden waren und durch unverkennbare Abzeichen kenntlich gemacht waren, mit dem gleichen rücksichtslosen prinzipiellen Mangel an Mitleid versenkt.

Ich war für eine kurze Zeit unfähig, zu glauben, daß solche Dinge tatsächlich von irgendeiner Regierung ausgeführt werden würden, die bisher die menschlichen Gebräuche der zivilisierten Völker unterschrieben hatte. Das Völkerrecht hatte seinen Ursprung in dem Versuch, irgendein Gesetz aufzurichten, das auf den Meeren geachtet und befolgt werden würde, wo keine Nation ein Recht auf Herrschaft hatte und wo die freien Verkehrsstraßen der Welt lagen.

Mühsam, Schritt für Schritt ist das Gesetz aufgebaut worden, mit in der Tat recht magerem Ergebnis, schließlich ward geleistet, was geleistet werden konnte, aber immer mit einem klaren Blick wenigstens auf das, was Herz und Gewissen der Menschheit verlangten.

Dieses Mindestmaß von Gesehmäßigkeit hat die deutsche Regierung beiseite gesetzt unter dem Vorwande der Wiedervergeltung und der Notwendigkeit und weil sie keine anderen Waffen habe, die sie auf See gebrauchen könnte, als diese. Es ist aber unmöglich, diese so zu verwenden, wie Deutschland sie verwendet, ohne alle Bedenken der Menschlichkeit und Rücksichten auf Vereinbarungen in alle Winde zu streuen, auf deren doch wohl die internationalen Beziehungen der Welt beruhen. Ich denke jetzt nicht an den damit verbundenen Verlust an Vermögen, so ungeheuer und ernst er auch sein mag, sondern nur an die unbedenkliche und völlige Vernichtung der Leben von Nichtkämpfern, Männern, Frauen und Kindern, die in Tätigkeiten begriffen waren, die selbst in den dunkelsten Zeiten der neueren Geschichte als unschuldig und rechtmäßig gelten haben. Vermögen kann ersetzt werden, das Leben friedlicher und unschuldiger Menschen nicht. Der gegenwärtige deutsche Unterseebootkrieg gegen den Handelsverkehr ist ein Krieg gegen die Menschheit.

Es ist ein Krieg gegen alle Nationen. Amerikanische Schiffe sind versenkt worden, amerikanische Leben sind vernichtet worden in einer Weise, von der wir nur mit tiefer Erregung gehört haben. Aber Schiffe und Menschen anderer neutraler und befreundeter Nationen sind in derselben Weise versenkt und in den Wassern begraben worden. Es sind keine Unterschiede gemacht worden, die Herausforderung hat der ganzen Menschheit gegolten. Jede Nation muß selbst darüber entscheiden, wie sie sie aufnehmen will. Die Wahl, die wir für uns treffen, muß mit der höchsten Ueberlegung und dem Maßhalten im Urteil getroffen werden, die unserem Charakter und unseren Beweggründen als Nation angemessen sind. Wir müssen aufgeregte Gefühle beiseite lassen. Unser Beweggrund soll nicht Rachsucht oder der Wunsch nach siegreicher Befestigung der physischen Macht der Nation sein, sondern allein die Vertretung des Menschenrechts, für das wir nur ein einzelner Streiter sind.

Als ich mich am 28. Februar zum letzten Male an den Kongress wandte, glabte ich, es würde genügen, unsere neutralen Rechte mit Waffen zu verteidigen, unser Recht auf Benutzung der Meere ohne unrechtmäßige Störung, unser Recht auf Sicherheit unseres Volkes vor ungesetzlicher Gewalttätigkeit. Aber es zeigt sich jetzt, daß bewaffnete Neutralität undurchführbar ist. Weil Unterseeboote eigentlich außerhalb jedes Rechtes stehen, wenn sie so verwendet werden, wie die deutschen Unterseeboote gegen die Handelschiffahrt verwendet worden sind, ist es unmöglich, Schiffe gegen ihre Angriffe zu verteidigen, wie nach Annahme des Völkerrechts sich Kaufahrtschiffe gegen Raper oder Kreuzer (schwarze Fahrzeuge), die sie auf offener See verfolgen, verteidigen würden,

Es ist ein Gebot der einfachen Klugheit, ja unter solchen Umständen harte Notwendigkeit, zu versuchen, sie zu vernichten, ehe sie ihre Absichten kundgegeben haben. Man muß auf Sicht gegen sie vorgehen, wenn man überhaupt gegen sie vorgehen will. Die deutsche Regierung bestreitet dieses Recht der Neutralen, überhaupt in den Seegebieten, die sie angegeben hat, Waffen zu gebrauchen, selbst nicht zur Verteidigung von Rechten, deren Verteidigung noch von keinem neueren Schriftsteller in Frage gestellt worden ist. Es ist uns die Angabe übermittelt worden, daß die bewaffneten Nachposten, die wir auf unsere Kaufahrtschiffe gesetzt haben, als außerhalb des Rechtes stehend angesehen und so behandelt werden sollen, als wären sie Seeräuber.

Bewaffnete Neutralität ist nicht wirkungsvoll genug, wenigstens nicht unter solchen Umständen, und angesichts solcher Annahmungen ist sie schlimmer als unwirksam; sie führt nur zu leicht das herbei, was sie verhindern soll und sie führt uns in Wirklichkeit sicher in den Krieg, ohne daß wir die Rechte oder Nachmittel der Kriegführenden haben. Wir werden nicht den Weg der Unterwerfung wählen und dulden, daß die heiligsten Rechte unserer Nation und unseres Volkes außer acht gelassen oder verletzt werden. Das Unrecht, gegen das wir jetzt auftreten, ist kein gewöhnliches Unrecht; es reicht bis an die Wurzeln des menschlichen Lebens.

Mit diesem Gefühl für den ersten und sogar tragischen Charakter des Schrittes, den ich unternehme, und für die schwere Verantwortung, die er auferlegt, aber in Gehorsam ohne Säubern gegen das, was ich als meine verfassungsmäßige Pflicht ansehe, empfehle ich, daß der Kongress erklärt, daß das jüngste Vorgehen der deutschen Regierung in Wirklichkeit nichts weniger ist als Krieg gegen die Regierung und Volk der Vereinigten Staaten, daß der Kongress formell die Rolle des Kriegführenden annimmt, in die er so gedrängt worden ist, und daß er sofort Schritte unternimmt, nicht nur, um das Land in einen vollständigen Verteidigungszustand zu versetzen, sondern auch alle Nachmittel anzuspinnen, alle Hilfsmittel anzuwenden, um die Regierung des Deutschen Reiches zu zwingen, Bedingungen anzunehmen und den Krieg zu beenden.

Was dies mit sich bringen wird, ist klar. Es wird mit sich bringen weitestgehendes Zusammenarbeiten in Rat und Tat mit den Regierungen, die sich jetzt im Krieg mit Deutschland befinden, und im Zusammenhang damit die Gewährung finanzieller Kredite an diese Regierungen, damit unsere Hilfsmittel, soweit wie möglich, den übrigen hinzugefügt werden. Es wird mit sich bringen die Organisierung und Mobilisierung aller materiellen Hilfsmittel des Landes, um Kriegsbedarf zu beschaffen und den damit zusammenhängenden Bedürfnissen der Nation in so reichlicher und doch so wirtschaftlicher und wirkungsvoller Weise wie möglich zu dienen. Es wird mit sich bringen die sofortige völlige Ausrüstung der Flotte in jeder Beziehung, namentlich aber durch Versorgung mit den besten Hilfsmitteln, um gegen feindliche Unterseeboote vorgehen zu können. Es wird mit sich bringen die sofortige Vermehrung der bewaffneten Kräfte der Vereinigten Staaten, die schon für den Fall eines Krieges vorgesehen sind, um mindestens 500 000 Mann, die nach meiner Meinung nach dem Grundsatz allgemeiner Dienstpflicht ausgehoben werden sollten, und es wird auch mit sich bringen die Ermächtigung zu nachfolgenden weiteren Vermehrungen in gleicher Größe, sobald sie gebraucht werden sollten und ausgebildet werden können.

Es wird natürlich auch mit sich bringen die Gewährung entsprechender Kredite an die Regierung, die, wie ich hoffe, soweit sie überhaupt von der gegenwärtigen Generation ausgebracht werden können, durch gut erdachte Besteuerung aufzubringen sein werden, denn es würde mir als unklug erscheinen, die Kredite, die jetzt notwendig sein werden, obgleich auf geborgtes Geld zu stützen.

Es ist, worauf ich mir erlaube mit Nachdruck hinzuweisen, unsere Pflicht, unsere Bevölkerung, so weit wir können, vor den sehr ernstlichen Gefahren und Risiken zu schützen, die wahrscheinlich aus einer Ueberflutung mit riesigen Anleihen entstehen werden.

Es wird eine sehr werthvolle Pflicht sein, die Völker, die sich schon im Krieg mit Deutschland befinden, mit den Dingen zu versorgen, die sie nur von uns oder durch unsere Unterstützung erlangen können. Sie stehen im Felde, und wir sollten ihnen in jeder Weise helfen, dort erfolgreich zu sein. Ich werde mir die Freiheit nehmen, durch die verschiedenen mit der Exekutive betrauten Aemter der Regierung Maßregeln zur Erreichung der verschiedenen Ziele, die ich erwähnt habe, vorzuschlagen zu lassen. Ich hoffe, Sie werden bei deren Behandlung gern im Auge behalten, daß sie nach sehr sorgfältiger Ueberlegung durch den Zweig der Regierung, auf dem die Verantwortung für die Kriegführung und Sicherheit der Nation in erster Linie ruhen wird, ausgearbeitet worden sind. Während wir diese Dinge, diese äußerst wichtigen Dinge tun, wollen wir uns sehr klar darüber sein, und aller Welt sehr klar machen, was unsere Beweggründe und Ziele sind.

Mein Geist ist durch die unglücklichen Ereignisse der letzten zwei Monate nicht aus seiner gewohnten und normalen Richtung abgelenkt worden, und ich glaube nicht, daß der Geist der Nation durch sie verändert oder getrübt worden ist. Ich habe genau dasselbe im Sinn, was ich im Sinne hatte, als ich am 22. Januar zum Senate sprach, dasselbe, was ich im Sinne hatte, als ich am 3. Februar und am 28. Februar zum Senate sprach. Unser Ziel ist jetzt wie damals, die Grundzüge des Friedens und der Gerechtigkeit im Leben der Welt gegen selbstsüchtige und autokratische Macht zu verteidigen und unter den wirklich freien und sich selbst regelnden Völkern der Welt eine solche Vereinbarung in Plan und Handlung aufzurichten, die hinfort noch Beobachtung dieser Grundzüge strebt.

Neutralität ist nicht länger tadellos oder wünschenswert, wo es um den Frieden der Welt und um die Freiheit ihrer Völker geht; und die Bedrohung dieses Friedens und dieser Freiheit liegt in dem Vorhandensein einer autokratischen Regierung, geknüpft auf organisierte Macht, die völlig von ihrem Willen abhängig ist, nicht von dem Willen ihres Volkes. Wir stehen am Beginn eines Zeitalters, in dem man darauf bestehen wird, daß dieselben Richtlinien des Verhaltens und der Verantwortlichkeit für begangenes Unrecht unter Nationen und ihren Regierungen eingehalten werden wie unter einzelnen Bürgern zivillistischer Staaten.

Wir haben keinen Streit mit dem deutschen Volke. Wir haben gegen dieses nur ein Gefühl der Sympathie und der Freundschaft. Seine Regierung hat nicht auf sein Betreiben gehandelt, als sie in diesen Krieg eintrat. Das geschah nicht mit vorheriger Kenntnis oder Billigung des Volkes. Es war ein Krieg, der beschlossen wurde, so wie in alten unglücklichen Zeiten Kriege

beschlossen wurden, als die Völker von ihren Regierenden nirgendwo befragt wurden, und Kriege hervorgerufen und geführt wurden im Interesse von Dynastien oder von kleinen Gruppen Ehrgeiziger, die gewohnt waren, ihre Mitbürger als Schachfiguren und Werkzeuge zu benutzen. Völker mit Selbstregierung über-schwemmen nicht ihre Nachbarstaaten mit Spionen oder setzen Intrigen in Gang, um irgendeinen kritischen Zustand herbeizuführen, der ihnen eine Gelegenheit gibt, zum Schlage auszuholen und Eroberungen zu machen. Solche Pläne können mit Erfolg nur unter der Decke ausgearbeitet werden und da, wo niemand ein Recht hat, Fragen zu stellen. Schlau erfundene Pläne für Betrug und Angriff, die vielsüchtig von Generation zu Generation weitergegeben werden, können nur in der Heimlichkeit des Hofes oder hinter sorgfältig gewachter Vertraulichkeit in einer engebegrenzten und bevorrechteten Klasse ausgearbeitet werden. Sie sind glücklicherweise unmöglich, wo die öffentliche Meinung den Ausschlag gibt und auf vollständiger Mittelung über alle Angelegenheiten der Nation besteht.

Eine feste Vereinigung für den Frieden kann nur aufrechterhalten werden, wenn die Mitglieder demokratische Nationen sind. Man könnte einer autokratischen Regierung das Vertrauen schenken, daß sie ihr treu bleiben oder ihre Vereinbarungen innehalten würde. Es muß ein Bund der Ehre sein, eine Beteiligung aus Ueberzeugung. Nur freie Völker können mit ihren Absichten und ihrer Ehre an dem gemeinsamen Ziele festhalten und die Interessen der Menschheit irgendwelchen engebegrenzten eigenen Interessen voranstellen.

Ich nicht jeder Amerikaner, daß unserer Hoffnung auf einen künftigen Weltfrieden eine Befestigung zuteil geworden ist durch die wundervollen und zu Herzen gehenden Dinge, die sich in den letzten wenigen Wochen in Rußland ereignet haben? Rußland war bei denen, die es am besten kannten, als in Wirklichkeit im Herzen demokratisch bekannt, in der wesentlichen Art seines Denkens, in allen intimen Verhältnissen seines Volkes, was sich in seinen natürlichen Instinkten und seiner gewohnten Lebenshaltung ausdrückte. Die Autokratie, die den Gipfel seines politischen Baues krönte, so lange sie auch geherrscht hat, und so schrecklich sie in ihrer Macht war, war in Wirklichkeit nicht Rußland in seinem ursprünglichen Wesen oder Wesen, und jetzt ist sie abgeschüttelt worden, und das große edle russische Volk hat sich in all seiner nationalen Majestät und Macht den Kräften hinzugesellt, die für die Freiheit in der Welt, für Gerechtigkeit und für den Frieden kämpfen. Hier ist ein geeignetes Mitglied für einen Bund der Ehre.

Einer der Umstände, der dazu beigetragen hat, uns davon zu überzeugen, daß die preussische Autokratie unser Freund nicht war und nie sein konnte, war der, daß sie von Anbeginn des Krieges an unsere arglosen Körperschaften und selbst die Büros unserer Regierung mit Spionen überflutet hat und daß verbrecherische Intrigen überall Fuß faßten gegen unsere nationale Einigkeit in der Beratung, gegen unseren Frieden im Innern und überall in unserer Industrie und unserem Handel. Es ist jetzt in der Tat klar, daß ihre Spione hier waren, noch ehe der Krieg begann, und es ist leider nicht eine bloße Vermutung, sondern eine vor unseren Gerichtshöfen erwiesene Tatsache, daß die Intrigen, die mehr als einmal verhängnisvoll nahe daran waren, den Frieden zu stören und die Industrien des Landes zu verwirren, auf Anstiftung, mit Unterstützung und sogar unter persönlicher Leitung beamteter Agenten der kaiserlichen Regierung, die bei der Regierung der Vereinigten Staaten beglaubigt waren, durchgeführt worden sind. Selbst bei der Hemmung dieser Dinge und beim Versuche, sie auszuwachen, haben wir uns bemüht, ihnen eine möglichst großmütige Auslegung zuteil werden zu lassen, weil wir wußten, daß sie nicht irgendwelchem feindlichen Gefühl oder Absicht des deutschen Volkes gegen uns entsprangen (des Volkes, das zweifellos ebensoviele Kenntniss davon hatte, wie wir), sondern nur den selbstsüchtigen Plänen einer Regierung, die tat, was ihr gefiel und ihrem Volke nichts davon mitteilte.

Diese Dinge haben dazu beigetragen, uns schließlich davon zu überzeugen, daß diese Regierung keine freundschaftlichen Gefühle gegen uns hegt und gewillt ist, wenn es ihr paßt, gegen unseren Frieden und unsere Sicherheit zu handeln, das heißt, daß sie unter unseren eigenen Augen als Feind gegen uns handelt, wie die aufgefängene Rote an den deutschen Gesandten in Mexiko in berebter Weise dazut. Wir nehmen diese in feindlicher Absicht erlassene Herausforderung an, weil wir wissen, daß wir in einer solchen Regierung, die solche Wege einschlägt, niemals einen Freund haben können, und daß es angesichts ihrer organisierten Macht, die immer auf der Lauer liegt, um wir wissen nicht was für einen Plan auszuführen, keine wirkliche Sicherheit für die demokratischen Regierungen der Welt geben kann.

Wir sind jetzt daran, den Fehdehandschuh dieses natürlichen Feindes der Freiheit aufzunehmen, und wir werden, wenn nötig, die ganze Kraft der Nation dazu verwenden, seine Annahmung und seine Macht im Zaume zu halten und zunichte zu machen. Wir freuen uns, da wir die Tatsachen nicht vom Schleier falschen Scheins umgeben sehen, so für den endlichen Frieden der Welt und für die Befreiung ihrer Völker, mit Einschluß des deutschen Volkes, zu kämpfen, für die Rechte der großen und kleinen Nationen und für das Vorrecht der Menschen, überall ihre Art zu leben, selbst zu wählen. Die Welt muß für die Demokratie sicher gemacht werden. Ihr Friede muß auf die erprobten Grundlagen der Freiheit gepflanzt werden.

Wir brauchen keine selbstsüchtigen Zwecke zu fördern. Wir wünschen keine Eroberung, keine Herrschaft. Wir suchen keine Entschädigungen für uns selbst, keinen materiellen Ersatz für die Opfer, die wir ausgiebig bringen werden. Wir sind nur einer der Verechter der Rechte der Menschheit. Wir werden aufrechten sein, wenn diese Rechte so gesichert worden sind, wie sie der gute Glaube und die Freiheit der Nationen sichern können.

Gerade weil wir ohne Groll und ohne selbstsüchtigen Zweck fechten und nichts für uns suchen, was wir nicht wünschen werden, mit allen freien Völkern zu teilen, werden wir, darauf vertraue ich, unsere Unternehmungen als Kriegführende ohne Leidenschaft ausführen, und wir werden mit stolzer Genauigkeit die Grundzüge von Recht und ehrlichem Spiel beachten, für die zu fechten wir uns bekennen.

Ich habe nichts über die mit der deutschen Regierung verbandenen Regierungen gesagt, da sie nicht Krieg gegen uns geführt oder uns dazu herausgefordert haben, außer Recht und uns

## Der neue Feind.

Wien, am 6. April.

Nun ist auch die letzte innerpolitische Formalität in den Vereinigten Staaten erledigt und Wilson kann sein Land triumphierend als „Borkämpfer der Menschenrechte“ in den ersten transatlantischen Krieg führen, den die Union seit ihrem Bestande führt. So sieht also die Gelegenheit aus, die erforderlich ist, damit ein sich ultrapazifistisch gebardender Staat, der sich feierlich verpflichtet hat, alle Streitigkeiten mit anderen Mächten nur auf schiedsgerichtlichem Wege auszutragen, die „ganze Kraft der Nation“ in einen Krieg werfe, an dessen Ausgang er nur als Lieferant der einen Partei Interesse hat. Es hat genügt, daß den amerikanischen Schiffen verwehrt wurde, eine bestimmte Verbotzone des Kriegsgebietes zu befahren, um die Union zu veranlassen, schleunigst das Gesetz über die obligatorische Anwendung von

Schiedsgerichten außer Kraft zu setzen, und einem Staat den Krieg zu erklären, dessen Wunsch es war, mit den Vereinigten Staaten die besten Beziehungen aufrechtzujalten.

Ueber die wahren Ursachen des Vorgehens Amerikas ist man sich bei uns natürlich längst vollständig im Klaren. Es ist die typische angelsächsische Geschäftspolitik, die hier ans Tageslicht tritt und über deren Charakter auch die verwegendsten Redensarten und Behauptungen der Botschaft Wilsons nicht zu täuschen vermögen. Für die Vereinigten Staaten handelt es sich lediglich darum, die ewaltigen Gewinne, die ihnen ihr bisheriges neutralitätswidriges Verhalten im Weltkrieg eingetragen hat, zu sichern und für den wirtschaftlichen Imperialismus, der durch den vom Krieg ins Land geleiteten Milliardenstrom noch mehr angefeuert wurde, erweiterte Grundlagen zu schaffen. Das amerikanische Kapital braucht den Sieg des Bierverbandes, seines Schuldners, für den es sich mit riesigen Beträgen festgelegt hat. Die unmittelbare finanzielle Unterstützung des Bierverbandes durch Amerika soll bereits mehr als fünfundschwanzig Milliarden Kronen betragen, wobei die amerikanischen Kapitalisten für mehr als zwölf Milliarden Wertpapiere eingekauft und in der gleichen Höhe Kredite gewährt haben. Diese Summen sind zum größten Teil verloren, wenn der Bierverband unterliegt und ebenso befürchten die Amerikaner in diesem Fall auch eine schwere Unterbindung ihrer wirtschaftlichen Entwicklung, da eine Reihe der besten Abnehmer der amerikanischen Produkte bei einem Zusammenbruch des Bierverbandes mit einem Male auscheiden würden. Amerikas Industrie, Handel und Verkehr, die schon vor dem Kriege Ansätze zu riesenhafter Entwicklung zeigten, haben während des Weltkrieges einen ungeheuren Aufschwung genommen. So erzeugte die amerikanische Eisenindustrie beispielsweise während des Krieges schon bisher mehr Eisen, als die deutsche und englische Industrie und die aller anderen Länder vor dem Kriege zusammengenommen. Die großen Bethlehem-Stahlwerke konnten für das Jahr 1916 eine Dividende von 200% verteilen und die Bilanz des amerikanischen Stahltrusts für das letzte Viertel des Jahres 1916 zeigt noch nie dagewesene Ziffern. Die Einnahmen dieses letzten Vierteljahres betragen mehr als 550 Millionen Kronen, sind um mehr als 100 Millionen größer als die im dritten Vierteljahr 1916, mehr als doppelt so hoch als die des letzten Viertels des Jahres 1915 und fast zehnmal so hoch als jene des letzten Viertels des Jahres 1914. Aus diesen Daten kann man erkennen, welch ein Nutznießer des Weltkrieges Amerika bisher war, denn auch alle übrigen amerikanischen Industrien haben ähnliche Ergebnisse zu verzeichnen und können heute die Bestellungen trotz größter Anspannung kaum bewältigen. Die Gesamtausfuhr der Vereinigten Staaten stieg im Jahre 1916 auf mehr als das Doppelte von 1913, nämlich auf fast dreißig Milliarden Kronen. Sie übertrifft die amerikanische Einfuhr um nahezu fünfzehn Milliarden und ist größer als die Gesamtsumme der Ausfuhr Deutschlands und Englands vor dem Kriege. Der größte Teil dieser riesigen Ausfuhr setzt sich aus Lieferungen aller Art für die Verbandsstaaten zusammen, gleichzeitig konnte sich aber die Industrie der Vereinigten Staaten überdies eine Reihe neuer großer Absatzgebiete eröffnen, die sie auch nach dem Kriege dauernd zu behaupten trachten wird.

Diese erfolgreiche Betätigung eines mächtig ausgreifenden wirtschaftlichen Imperialismus sah man nun in Amerika mit einem Male durch den „rückwärtslosen Unterseekrieg“ der Mittelmächte schwer gefährdet.

Z. IV. 1917

179



## Erste Stunde.

Auch Oesterreich-Ungarn wird dem verschärften Unterseeboottkrieg den Zoll zahlen und von dem kriegerischen Konflikt mit den Vereinigten Staaten ergriffen werden. Der Abbruch unserer diplomatischen Beziehungen mit Washington wird zwar erst „für den Fall“ in Aussicht genommen, daß der Kongreß den Kriegszustand zwischen den Vereinigten Staaten und dem Deutschen Reiche erklären werde; aber an diesem „Fall“ wor leider nicht zu zweifeln, und er ist seither eingetreten. Bevor der Abbruch der Beziehungen verkündet ward, waren ja die Beziehungen schon sehr gelockert worden; unseren neuen Botschafter, den Grafen Tarnowski, hat Herr Wilson bisher überhaupt nicht empfangen und der amerikanische Botschafter in Wien ist bekanntlich vor kurzem abgereist. Obwohl sich der Schritt des Grafen Czernin nur als die unvermeidliche Folge der Dinge, wie sie sich herausgebildet haben, darstellt, reißt doch wieder eine Hoffnung ab: die leise Hoffnung, daß sich aus den offiziell nicht aufgelösten Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Amerika eine Milderung der Spannung zwischen Amerika und Deutschland gewinnen lassen könnte. Darauf war die behutame Antwort gestimmt, die von Wien aus auf die Anfrage Amerikas, wie wir es mit dem U-Bootkrieg fortan halten wollen, gegeben wurde; solange dieser Nebendraht nicht abgerissen war, bestand eine schwache Hoffnung, daß von da aus eine Verständigung angebahnt werden könnte. Nun ist an dem vollen Ernst der Sachlage, wie sie durch die Verschärfung des Unterseeboottkrieges entstanden ist, nicht zu zweifeln, und wir müssen es mit der ganzen Schwere in unser Bewußtsein aufnehmen, daß die Mittelmächte, gegen die sich schon vorher eine ungeheure Welt gesammelt hatte, nun auch den gewaltigen Freistaat mit der unermesslichen Fülle seiner Hilfsmittel zu ihren Feinden zu zählen haben. Was so lange bestrachtet wurde und was abzuwehren man sich so lange redtliche Mühe gegeben hat, ist nun in der Fülle seines Gewichtes Wirklichkeit geworden.

Die Vereinigten Staaten sind ein großes, reiches und mächtiges Land, aber zwischen ihnen und dem Weltkrieg liegt der Ozean; also mögen diejenigen, die beweisen, daß der Eintritt Amerikas in die Reihe der Gegner die militärische Lage nicht wesentlich beeinflussen werde, durchaus im Rechte sein. Das erhoffen auch wir und darauf vertrauen wir. Indessen spielen im Leben der Völker auch andere Erwägungen mit, Erwägungen gleichsam moralischer Art, und da kann nicht übersehen werden, daß der Eintritt Amerikas in den Kreis der gegen die Mittelmächte kämpfenden Staaten die Stimmung, die wohl schon überall sehr gesunken war, mächtig aufklammern läßt. Man braucht nur die von neuer Zuversicht geschwellte und geschwollene Rede des französischen Ministerpräsidenten zu lesen und erkennt, daß ein Feuer, das schon zu erlöschen schien, neubelebt wird. Trotz allem, was sie redeten und verkündeten, waren die Gegner schon matt, des Krieges müde; der Sieg, von dem sie so lange träumten, erschien ihnen immer ungewisser und unerreichbarer. Nun tritt die Union auf den Plan und entzündet den schon versickernden Kriegswillen aufs neue. Dazu kommt, daß sich mit den Vereinigten Staaten kein Erobererstaat, kein Staat des Militarismus zum Kriege entschließt, vielmehr ein Staat, der, wieviel davon in der Wirklichkeit auch abziehen ist, in der Vorstellung der Menschen als ein friedliches, demokratisches Gemeinwesen dasteht, ein Freistaat, der die Vorstellung für sich hat, daß er sich nicht leichtfertig, nicht aus kriegerischem Drange, aus einer ererbten militärischen Wesensart, vielmehr nur aus dem Gebote sittlicher Pflicht zu der Teilnahme an dem Kriege entschlossen habe. Nicht ob es so ist, ist das Entscheidende; daß es so erscheint und von den Völkern, mit denen wir im Streite liegen, so angesehen wird, ist das für uns Tragische. Denn dadurch wird in dem Bewußtsein der gegnerischen Völker — nicht ihrer schuldigen Regierungen — der Krieg gegen Deutschland gleichsam rehabilitiert; er empfängt den falschen Schein, daß es auf ihrer Seite wirklich ein Krieg für Demokratie und gegen Autokratie sei, den falschen Schein, hoffen wir, der aber die gegnerischen Völker dennoch blendet und zum Ausharren in diesem trostlosesten aller denkbaren Kriege verführt. Bisher waren die

„Daily Telegraph“ findet, der insultierende Charakter der Note liege in der Zumutung an Amerika, einer Rechtsverweigerung gegenüber der Menschlichkeit zuzustimmen. Die „Morning Post“ benützt die Gelegenheit, um unter die wütenden Angriffe gegen uns eine Lektion für Wilson zu mischen, die man damals für dringend nötig hielt, indem sie sagt, daß Deutschland das „alberne Schlagwort von der Freiheit der Meere“ in Umlauf gebracht habe, das entweder schrankenlose Seeräuberei oder gar nichts bedeute. Nach englischer Auffassung ist eben nur das „Recht“, was zur Aufrechthaltung der Alleinherrschaft Englands auf dem Meere und zur Niedererschlagung eines unbequemen Konkurrenten geschieht.

Menschlich sind diejenigen Regeln der Seekriegsführung, die England passen, unmenschlich diejenigen, die ihm nicht passen. Die von englischen Regierungsvertretern seinerzeit mitberatene und unterfertigte, dann aber nicht ratifizierte Londoner Seerechtsdeklaration wird von der „Morning Post“ heute als völkerrechtswidrig bezeichnet. Was der damaligen englischen Regierung recht war, ist der heutigen nicht mehr billig. Denn Vergewaltigung der Neutralen zur Erreichung englischer Zwecke ist jetzt ein Bestandteil der englischen Rechtsordnung; Versuche zum Widerstand aber sind gemeingefährliche Piraterie, gegen welche sich die gesamte Menschheit einmütig zu erheben hat. Durch Zetergeschrei über den verruchten Sünder, über den „Outlaw“, wie sich jüngst ein Parlamentsredner ausdrückte, über den Vermeffenen, der sich durch Untastung Englands außerhalb aller menschlichen Gesetze gestellt hat, vor allem aber durch hartnäckigen Druck auf Handel und Verkehr und auf die Volksernährung sollen die Neutralen einer nach dem anderen zum Polizeidienst gegen den Feind Englands herangezogen werden. Das Zetergeschrei besorgen zum Teil die Minister selbst. Wer einen Vergleich zieht zwischen der Sprache, deren sich heutzutage die Regierungen in England bedienen, und der Sprache ihrer großen Vorgänger aus früheren Zeiten, ist erstaunt über den ungeheuren Rückgang in Haltung und Ausdrucksweise der britischen Staatsmänner von heute. Alles Maß ist verloren, ohne Scham wird die Wahrheit in ihr Gegenteil verkehrt, Himmel und Hölle werden in Bewegung gesetzt. Besaß schon das England der klassischen Zeit ein ausgiebiges Selbstgefühl, so ist in dem modernen, man möchte sagen, barocken England der Anspruch auf die Vorherrschaft und Regentenstellung auf Erden geradezu zum Wahne geworden. Um aber Europa, Amerika und Asien aufzuwiegen, wird mit unglaublicher Verdrehungskunst Deutschland, als dessen Werkzeug Oesterreich-Ungarn hingestellt wird, bezichtigt, nach der Seeherrschaft zu streben.

Den ganzen Tiefstand der englischen Polemik charakterisiert es aber, daß in keinem einzigen der fanatischen Artikel über das österreichisch-ungarische Aide-Memoire auch nur der geringste Versuch gemacht wird, unsere Beweisführung zu widerlegen. Wir können damit ebenso zufrieden sein, wie mit dem Lärm, der über sie erhoben wird, denn beides zeigt, daß dieses Schriftstück den Engländern höchst unangenehm war. Die einfache und klare Feststellung, daß eine vorausgehende allgemeine Warnung vor dem Befahren des Sperrgebietes besser und menschlicher ist als das Einlassen von Schiffen in dieses Gebiet, in dem das Unterseeboot vor ihnen auftaucht, wird mit einem Spottwort abgetan.

Es ist ganz folgerichtig, daß eine der Zeitungen, die über uns herfallen, den Italienern rät, uns zur Strafe für den Unterseebootkrieg keinen Zugang zum Meere zu lassen, sondern uns erbarmungslos wegzunehmen, was wir besitzen.

Braucht man den Italienern diesen Gedanken erst einzugeben? Er steht ja in ihrem amtlichen Programm, und an dem guten Willen, es auszuführen, fehlt es ihnen nicht; es fehlt ihnen nur am Können. Sie sind heute dank der Zähigkeit unseres Heeres und der Geschicklichkeit unserer Flotte ihrem Kriegsziel nicht näher als im Augenblick ihres Vertragsbruches. Daß es aber den Engländern vorteilhaft wäre, wenn unsere Küste italienisch würde, begreifen wir vollkommen. Italien zittert vor England. Die Furcht vor der Abschneidung seines Seeverkehrs und vor einer Beschließung seiner Hafenstädte war eine der Ursachen seines Abfalls vom Dreibund und seines Uebergangs in das feindliche Lager. Oesterreich-Ungarn ist für England schwer angreifbar, Italien ist leicht angreifbar und daher zum Vasallen vortrefflich geeignet. Das Meer soll England gehören, und wer zur Rolle des Vasallen nicht geeignet ist und sich in sie nicht schicken will, dessen Flagge muß vom Meere verschwinden, und wenn er sich widersetzt, wird er als Seeräuber versemmt. Aber wir sorgen dafür, daß dieses System ein Ende nehme, und wenn der Kampf vorüber ist, wird die Welt uns dankbar sein.

### Unser Aide memoire an Amerika.

Das Aide memoire, mit welchem Oesterreich-Ungarn die Anfrage der Vereinigten Staaten betreffend die Verschärfung des Unterseebootkrieges beantwortet hat, wurde im neutralen Auslande freundlich aufgenommen. Die von uns darin bewiesene Konzilianz fand volle Anerkennung und unserer eingehenden Argumenten wurde weitgehende Würdigung zuteil. In den Vereinigten Staaten selbst wurden unsere Ausführungen achtungsvoll angehört. Der englischen Presse blieb es vorbehalten unser Aide memoire mit einem Hagel von Beschimpfungen zu empfangen. Seeräuber und Mörder, teuflische Heuchler, unverschämte und impertinente Menschen werden wir genannt, dem Haß und der Verachtung der Welt werden wir überantwortet und insbesondere dem Haß und der Verachtung Amerikas empfohlen, das aufgefodert wird, sich eine solche Erwiderung nicht gefallen zu lassen. Die „Times“ verlangen vom Präsidenten Wilson, daß er sich durch das Memoire beleidigt fühle, indem sie ihn versichern, der Ton unserer Note sei höhnisch und wir sprächen von Menschlichkeit nur, um uns über ihn lustig zu machen. Der

se.

Abonnement für das Ausland:

Deutschland, Serbien, Italien, Schweiz, Rumänien, Bulgarien, Griechenland, Türkei, Ägypten, Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland, Holland, Belgien, Portugal, Spanien, Frankreich, England, Russland, Österreich, Ungarn, Japan, China, Korea, Indien, Australien, Neuseeland, Südamerika, Afrika, Asien, Ozeanien.

1917.

Unterzeichnung der Kriegserklärung durch Wilson.

Washington, 6. April. Neuter meldet: Präsident Wilson hat die Kriegserklärung sowie die Proklamation des Kriegszustandes mit Deutschland unterzeichnet.

Die Annahme des Kriegsantrags im Repräsentantenhaus.

Washington, 6. April. Die Annahme der Kriegserklärung durch das Repräsentantenhaus erfolgte mit 373 gegen 50 Stimmen.

Die Ansprache Wilsons an den Kongress.

Washington, 2. April. Der Vertreter des Wolffschen Bureaus meldet: Der Präsident richtete folgende Ansprache an den in gemeinsamer Sitzung versammelten Kongress: Meine Herren vom Kongress! Ich habe den Kongress zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen, weil ernste, sehr ernste politische Entschlüsse sofort zu fassen sind, für die ich die Verantwortung übernehmen müßte.

Der unbeschränkte U-Boot-Krieg.

Am 3. Februar dieses Jahres habe ich Ihnen amtlich die außergewöhnliche Bekanntmachung der kaiserlich Deutschen Regierung vorgelegt, daß sie vom 1. Februar an beabsichtige, alle Beschränkungen von Gesetz und Menschlichkeit beiseite zu setzen und ihre Unterseeboote dazu zu verwenden, jedes Schiff zu versenken, das versuchen würde, sich entweder den Häfen Großbritanniens und Irlands, oder den westlichen Küsten Europas, oder irgendeinem Hafen im Mittelmeer, der unter der Kontrolle der Feinde Deutschlands steht, zu nähern.

Dies schien der Zweck des deutschen Unterseebootkrieges zu einer früheren Zeit des Krieges gewesen zu sein, aber seit April letzten Jahres hatte die kaiserliche Regierung den Kommandanten ihrer Unterseeboote einige Beschränkungen auferlegt, in Uebereinstimmung mit ihrem uns damals gegebenen Versprechen, daß Passagierschiffe nicht versenkt werden sollten, und daß alle anderen Schiffe, die ihre Unterseeboote zu zerstören versuchen würden, entsprechende Warnung gegeben werden würde, wenn kein Widerstand geleistet oder Fluchtversuch gemacht werde, und daß Sorge getragen werden sollte, daß ihren Mannschaften wenigstens eine günstige Gelegenheit geboten werde, ihr Leben in ihren offenen Booten zu retten.

Die ergriffenen Vorichtsmaßregeln waren ziemlich dürftig und blieben dem Zufall überlassen, wie das traurige Beispiel beim Fortgang des grausamen und unmännlichen Geschäfts bewiesen

Admont hat im Hinblick auf die schwierigen Verpflegungsverhältnisse beschlossen, den Zugang von Sommergästen im heurigen Sommer nach Möglichkeit hintanzuhalten. Die Marktgemeindevorsteherung Scheibbs gibt bekannt, daß sie wegen Knappheit der Lebensmittel für die heimische Bevölkerung in keiner Weise eine Zuficherung für die Verpflegung von Sommerparteiern geben kann.

[Ein Enkel Longfellow als Munitionsarbeiter.] Unser Amsterdamer Korrespondent schreibt uns: Obwohl die Vereinigten Staaten von Amerika sich noch nicht im Kriegszustande befinden, treibt die Kriegseiferung der Yankee doch schon recht seltsame Blüten. Der 68jährige Roosevelt, der trotz seines Oberstentitels nicht die geringsten militärischen Kenntnisse besitzt, will ein Freiwilligenheer von nicht weniger als 200.000 Mann nach Europa führen, und ein Enkel des großen amerikanischen Dichters Longfellow, der Universitätsprofessor Trombridge Dana, ist als gewöhnlicher Arbeiter in eine Munitionsfabrik eingetreten.

[Todesfälle.] In ihrer Wohnung in der Bakeriestraße starb hier am 2. d. die Sternkreuzordenstauhe Helene Josefa v. Rághy-Banya geborne v. Rozslyoni-Rozslyony. Einer der ältesten ungarischen Adelsfamilien entstammend, war sie in erster Ehe mit Emerich v. Horvath vermählt, einem Enkel des Feldmarschalls Mabeck, dessen Salons sie in jugendlicher Schönheit zur Herberge gereichte. — Wie uns Paris gemeldet wird, ist Jacques Hébert, ein Bruder des Direktors und Chefredakteurs des „Temps“, in der Nacht gestorben; er war gleichfalls in der Redaktion des „Temps“ tätig.

[Selbstmord eines jungen Mädchens.] Die 19jährige Bernine S., Tochter der Bädermeisterschleute Franz und Elisabeth S., hat sich am 2. d. mittags mit Styrhain vergiftet.

[Jaegers Wiener Almanach 1917.] Der 26. Jahrgang von „Jaegers Wiener Almanach“ ist auch heuer in schöner Ausstattung erschienen. Aus dem reichhaltigen Inhalt wären bisher ungedruckte Arbeiten von Ebner-Eschenbach, Dönn, Franz Klein, Levinsky, Mitterwurzer und vielen anderen besonders hervorzuheben. Der illustrative Teil des Almanachs enthält neben Kaiserbildern viele Reproduktionen berühmter Meister. Der „Wiener Almanach“, der auch ein willkommenes Nachschlagewerk bildet,

politischen Baues kränke, so lange sie auch geherricht hat und so schrecklich sie in ihrer Macht war, war in Wirklichkeit nicht Rußland in seinem ursprünglichen Wesen oder Absicht, und jetzt ist sie abgegrenzt worden und das große, edle, russische Volk hat sich in all seiner nationalen Majestät und Macht den Kräften hinzugefügt, die für die Freiheit in der Welt, für Gerechtigkeit und für den Frieden kämpfen. Hier ist ein geeignetes Mitglied für einen Bund der Ehre.

Beschuldigungen gegen die deutsche Regierung.

Einer der Umstände, der dazu beigetragen hat, uns davon zu überzeugen, daß die preussische Autokratie unser Freund nicht war und nie sein konnte, war der, daß sie von Anbeginn des Krieges an unsere arglosen Körperlichkeiten und selbst die Bureauz unserer Regierung mit Spionen überschwemmt hat und daß verbrecherische Intrigen überall Fuß faßten gegen unsere nationale Einigkeit in der Beratung, gegen unseren Frieden im Innern und überall in unserer Industrie und in unserem Handel. Es ist jetzt in der Tat klar, daß ihre Spione hier waren, noch ehe der Krieg begann, und es ist leider nicht eine bloße Vermutung, sondern eine vor unseren Gerichtshöfen erwiesene Tatsache, daß die Intrigen, die mehr als einmal verhängnisvoll nahe daran waren, den Frieden zu stören und die Industrien des Landes zu verwirren, auf Aufstiftung, mit Unterstützung und sogar unter persönlicher Leitung beamteter Agenten der kaiserlichen Regierung, die bei der Regierung der Vereinigten Staaten beglaubigt waren, durchgeführt worden sind. Selbst bei der Hemmung dieser Dinge und beim Versuch, sie auszurotten, haben wir uns bemüht, ihnen eine möglichst großmütige Auslegung zuteil werden zu lassen, weil wir wußten, daß sie nicht irgendwelchem feindseligen Gefühl oder Absicht des deutschen Volkes gegen uns entsprangen (des Volkes, das zweifellos ebensowenig Kenntnis davon hatte wie wir), sondern nur den selbstsüchtigen Plänen einer Regierung, die tat, was ihr gefiel und ihrem Volke nichts davon mitteilte. Diese Dinge haben dazu beigetragen, uns schließlich davon zu überzeugen, daß diese Regierung keine freundschaftlichen Gefühle gegen uns hegt und gewillt ist, wenn es ihr paßt, gegen unseren Frieden und unsere Sicherheit zu handeln, das heißt, daß sie unter unseren eigenen Augen als Feind gegen uns handelt, wie die aufgefangene Note an den deutschen Gesandten in Mexiko in herber Weise darthut.

Wir nehmen diese in feindseliger Absicht erlassene Herausforderung an, weil wir wissen, daß wir in einer solchen Regierung, die solche Wege einschlägt, niemals einen Freund haben können und daß es angesichts ihrer organisierten Macht, die immer auf der Lauer liegt, um wir wissen nicht was für einen Plan auszuführen, keine wirkliche Sicherheit für die demokratischen Regierungen der Welt geben kann. Wir sind jetzt daran, den Zehbehändh die Freiheit anzunehmen, und wir werden, wenn nötig, die ganze Kraft der Nation dazu verwenden, seine Annahme und seine Macht im Zaum zu halten und zu vernichten zu machen. Wir trennen uns, jetzt, da wir die Tatsachen nicht vom Schleier falschen Scheins umgeben sehen, so für den endlichen Frieden der Welt und für die Befreiung ihrer Völker, mit Einschluß des deutschen Volkes, zu kämpfen, für die Rechte der großen und kleinen Nationen und für das Vorrecht der Menschen, überall ihre Art zu leben und zu gehorchen, zu wählen. Die Welt muß für die Demokratie sicher gemacht werden. Ihr Frieden muß auf die erprobten Grundlagen der Freiheit gestützt werden. Wir brauchen keine selbstsüchtigen Zwecke zu fördern. Wir wünschen keine Eroberung, keine Herrschaft. Wir suchen keine Entschädigungen für uns selbst, keinen materiellen Ertrag für die Opfer, die wir ausgiebig bringen werden. Wir sind nur einer der Verehrer der Rechte der Menschheit. Wir werden zufrieden sein, wenn diese Rechte so gesichert worden sind, wie sie der gute Glaube und die Freiheit der Nation sichern könnten.

Gerade weil wir ohne Groll und ohne selbstsüchtigen Zweck stehen und nichts für uns suchen, was wir nicht wünschen werden, mit allen freien Völkern zu teilen, werden wir, darauf vertraue ich, unsere Unternehmungen als Kriegsführende ohne Leidenschaft ausführen, und wir werden mit stolzer Genauigkeit die Grundsätze von Recht und ethischem Spiel beachten, für die zu stehen wir uns bekennen.

Sinausschiebung der Stellungnahme zu Oesterreich-Ungarn.

Ich habe nichts über die mit der deutschen Regierung verbündeten Regierungen gesagt, da sie nicht Krieg gegen uns geführt oder uns dazu herausgefordert haben, unser Recht und unsere Ehre zu verteidigen. Die österreichisch-ungarische Regierung hat, in der Tat ihre unbeschränkte Unterstützung und Annahme des rücksichtslosen und geschloßen Unterseebootkrieges erklärt, der jetzt unverhüllt von der kaiserlich deutschen Regierung zur Anwendung gebracht wird, und deshalb ist es für unsere Regierung nicht möglich gewesen, von Grafen Tarnowski, den kürzlich bei unserer Regierung beglaubigten Botschafter der österreichisch-ungarischen Regierung, zu empfangen, aber jene Regierung ist nicht tatsächlich im Kriegszustand gegen Bürger der Vereinigten Staaten zur See eingetreten, und ich nehme mir die Freiheit, wenigstens für jetzt, eine Besprechung unserer Beziehungen zu den Behörden in Wien hinauszuschieben. Wir treten in diesen Krieg nur da ein, wo wir offenbar dazu gezwungen werden, weil es keine anderen Mittel gibt, unsere Rechte zu verteidigen.

Es wird uns um so leichter sein, uns als Kriegsführende in einem hohen Geiste von Recht und Ehrlichkeit zu benehmen, da wir ohne Gehässigkeit handeln, nicht in Feindschaft gegen ein Volk oder mit dem Wunsch, ihm ein Leid oder Schaden zuzufügen, sondern nur in bewaffneter Gegenseitigkeit gegen eine unverantwortliche Regierung, die alle Rücksicht auf Menschlichkeit und Recht beiseite geworfen hat und Amol läuft. Wir sind, lassen Sie es mich nochmals sagen, die aufrichtigen Freunde des deutschen Volkes und werden nichts so sehr wünschen als die baldige Wiederherstellung untrügender Beziehungen zwischen uns zum beiderseitigen Vorteil, so schwer es ihm auch zur gegenwärtigen Zeit werden mag, zu glauben, daß dies vom Herzen gesprochen ist. Wir sind so lange nachsichtig mit seiner gegenwärtigen Regierung gewesen, all diese bitteren Monate hindurch, wegen dieser Freundschaft; wir haben eine Geduld und Nachsicht bewiesen, die sonst unmöglich gewesen wäre. Wir haben, glücklicherweise, immer noch eine Gelegenheit, diese Freundschaft in unserer täglichen Haltung und unseren Handlungen gegen die Millionen Männer und Frauen deutscher Geburt und mit Neigung für ihr Heimatland, die unter uns leben und unser Leben teilen, zu beweisen, und wir werden stolz sein, sie zu beweisen, allen gegenüber, die tatsächlich loyal waren ihre Nachbarn und

Die lokale indere werden wissen und wird abteilt d sie außer m. meine Sie mit w a s i ch e frech- voll- der wir t am serer, ihrer steten des allen die unser alles, der sein ihm be- kann

### Schwere Verletzung des freien Geleites durch England.

Berlin, 6. April. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Der hiesigen schweizerischen Gesandtschaft ist folgende Note zugestellt worden:

„Nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten hat die amerikanische Regierung dem deutschen Botschafter Grafen Bernstorff sowie den in seiner Begleitung nach Deutschland zurückkehrenden Personen einen Paß zur ungehinderten Heimreise ausgestellt und sodann die schweizerische Gesandtschaft in Washington benachrichtigt, daß dem Botschafter und seiner Begleitung seitens der britischen und der französischen Regierung für die Ueberfahrt freies Geleit zugesichert werde (safe conduct to count von Bernstoff and his party). Die amerikanische Regierung hatte ferner bemerkt, daß „all personal effects, some household-goods and a reasonable amount of money“ mitzunehmen erlaubt sei. Verboten war nur die Mitnahme von „confidential papers and documents“. Auch wurde die Bedingung gestellt, daß der zu benützende Dampfer den Hafen von Halifax zur Untersuchung anlaufe.

Der deutsche Botschafter und die ihn begleitenden Reichsbeamten mit ihren Familien und Haushaltsgenossen sowie die andern Deutschen, die von der amerikanischen Regierung im Basse des Botschafters mit ihren Namen angeführt sind, glaubten, auf die volle Einhaltung der Zusicherung der amerikanischen Regierung, insbesondere hinsichtlich des von ihr vermittelten sicheren Geleites rechnen zu können. In dieser Annahme haben sie sich getäuscht. Abgesehen davon, daß sie die ungewöhnlich lange Ausdehnung der Untersuchung im Hafen von Halifax, die sich vom 16. bis zum 27. Februar erstreckte, als unnötige Behinderung und Belästigung empfinden mußten, sind den Beteiligten die Geldbeträge und eine Reihe von Gegenständen, deren Mitnahme ihnen nach der Zusicherung der amerikanischen Regierung freistand, als Konterbande abgenommen worden.

Ferner bewegte sich die Untersuchung im Hafen von Halifax, die unter Aufsicht englischer Offiziere und einem großen Aufgebot englischer Soldaten durch kanadische Beamte, darunter Frauen, vorgenommen wurde, in Formen, die sich mit den Begriffen guter Sitte und des Anstandes schlechterdings nicht vereinigen lassen. Die Habe einzelner Personen wurde zum Teil in roher Weise in ihren Räumen durchwühlt, nachdem die Personen selbst zur Leibesuntersuchung fortgeführt worden waren. Bei ihrer Rückkehr fanden sie alles im Zustande völliger Unordnung. Der Leibesuntersuchung wurden, mit Ausnahme des Botschafters, alle Personen, Männer und Frauen, darunter die Gattin des Botschafters, sowie die Kinder jeden Alters unterzogen. Die Untersuchung erstreckte sich meist bis auf die Haut, auch bei Frauen, wobei eine der kanadischen Beamtinnen in einer die weibliche Ehre geradezu verletzenden Weise vorging.

Der deutsche Botschafter, der von Halifax aus die schweizerische Gesandtschaft in Washington als Vertreterin der deutschen Interessen von der unwürdigen Lage, in der er und seine Begleitung sich befanden, telegraphisch benachrichtigen wollte, um davon der amerikanischen Regierung Kenntnis zu geben, wurde von den britischen Behörden daran gehindert; erst eine Stunde vor Abfahrt des Dampfers von Halifax wurden seine Telegramme angenommen.

Nach den Mitteilungen nichtdeutscher Fahrgäste, die sich an Bord befanden, wurden übrigens auch sie unter der Aufsicht britischer Offiziere von den kanadischen Beamten in rücksichtsloser Weise behandelt. Die Passagiere haben festgestellt, daß zwei dieser Beamten im Dienste betrunken waren.

Die deutsche Regierung sieht sich genötigt, wegen der Behandlung, der ihre aus den Ver-

einigten Staaten zurückkehrenden Beamten und deren Begleitung im Hafen von Halifax unterworfen worden sind, entschiedene Verwahrung einzulegen. Der von der Regierung der Vereinigten Staaten für den deutschen Botschafter und seine Begleiter unter dem 3. Februar ausgestellte feierliche Paß spricht von freiem Durchlaß ohne Verzug und Belästigung, ferner von freundlicher Unterstützung und Schutz.

Die amerikanische Regierung hat sich auch ausdrücklich von der britischen Regierung freies Geleit für die in dem von ihr ausgestellten Paß bezeichneten Personen ausbedungen. Bei dieser Sachlage glaubt die deutsche Regierung, erwarten zu sollen, daß die amerikanische Regierung, sobald sie Kenntnis von den vorstehend angeführten Tatsachen erhält, Unlaß nehmen wird, diese Angelegenheit als ihre eigene aufzunehmen und der britischen Regierung entsprechende Eröffnungen zu machen. Die deutsche Regierung glaubt dies um so mehr, als sich gerade das amerikanische Volk zu rühmen pflegt, überall für ritterliches Verhalten gegen Frauen und Kinder einzutreten, es also mit besonderer Empörung empfinden wird, daß Frauen, die auf den Schutz der Regierung der Vereinigten Staaten vertrauten, erfahren mußten, daß er sie nicht vor entwürdigender Behandlung in einem britischen Kriegshafen zu bewahren vermochte.

Das Auswärtige Amt bittet die schweizerische Gesandtschaft, veranlassen zu wollen, daß Vorstehendes möglichst auf telegraphischem Wege zur Kenntnis der schweizerischen Gesandtschaft in Washington behufs Benachrichtigung der amerikanischen Regierung gebracht wird. Auch darf angeregt werden, daß die schweizerische Gesandtschaft in Washington bei der amerikanischen Regierung Schritte tut, damit die britische Regierung veranlaßt wird, die den deutschen Beamten und ihrer Begleitung entgegen der erteilten Zusage weggenommenen Geldbeträge und andern Gegenstände der schweizerischen Gesandtschaft in Washington behufs Weiterleitung an die Eigentümer oder wenigstens zur Aufbewahrung bis nach Beendigung der Feindseligkeiten übergeben werden. Die Nachlieferung eines Verzeichnisses dieser Geldbeträge und Gegenstände behält sich das Auswärtige Amt vor.  
Berlin, den 29. März 1917.“

**Wilson's Botschaft.**

Von Dr. Bernhard Dernburg.

Kaiserlich deutscher Staatssekretär a. D., Wirklicher Geheimrat.

Berlin, 5. April.

Die Botschaft des Präsidenten an den Kongreß ist ein kümmerliches und des Hauptes einer großen und ernsthaften Nation wenig würdiges Dokument. Es strotzt von Unwahrheiten und noch schlimmeren Halbwahrheiten. Deutschland wirft es vor, daß „es jede durch Gesetz und Menschlichkeit gebotene Einrichtung beiseite schiebe“, als ob die Vernichtung von Blockadebrechern nicht allgemeinen und von Amerika angenommenen Seerechts wäre. Es behauptet, daß die Schiffe „ohne Warnung, ohne Gedanken an Hilfeleistung versenkt würden“, als ob nicht bereits schon vor dem Fall der „Lusitania“ gewarnt und in unzähligen Fällen auch seit dem 1. Februar, wo immer möglich, schiffbrüchige Mannschaften mit eigener Gefahr für die U-Boote gerettet worden wären. Deutschland torpediere „fogar Lazarett-schiffe und Schiffe, denen es freies Geleit gegeben hätte“, als ob für die Lazarett-schiffe nicht ein absolut sicherer Weg angegeben und der Ausdehnung der Genfer Konvention, soweit sie die Abzeichen von Lazarett-schiffen betrifft, nicht gerade von England widersprochen, sie auch von ihm nicht ratifiziert worden wäre und als ob den bekannten holländischen Schiffen überhaupt nicht nur eine „relative“ Sicherheit für den betreffenden Tag zugesagt worden sei. Der „jetzige deutsche Krieg gegen den Handel sei ein Krieg gegen die Gesetze sämtlicher Nationen“, als ob wir den amerikanischen Waren größere Hindernisse bei der Erreichung feindlicher Küsten in den Weg legten, als die Entente es ihrerseits tut. Der Krieg gegen Nonkombattanten, Frauen und Kinder, ist ein Märchen; Seelente, die eine Blockade brechen, wissen, was sie tun. Amerikanische Frauen und Kinder hätten England erreichen können mit vollkommener Sicherheit, wenn das Angebot der deutschen Regierung vom 3. Februar angenommen worden wäre, welches bekanntlich bestimmt kenntlich gemachten Passagierdampfern einmal wöchentlich nach England den Weg offen hielt. Frankreich und Italien können jederzeit über Spanien, Griechenland auf ungeperrtem Wege, Rußland über Schweden, der Orient über Suan-dinavien, Holland und Deutschland, der Osten über die amerikanische Westküste erreicht werden; neutrale Linien gibt es zur Genüge. Kein Amerikaner, der reisen muß, begibt sich in irgendeine Gefahr infolge von deutschen Maßnahmen. Unser Kampf geht gegen die Ware und die Schiffe und tut nichts anderes, als was von jeher im Seekrieg Brauch war, und wenn es kein geschriebenes Recht über die U-Boote gibt, so gibt es auch kein geschriebenes Recht hinsichtlich der englischen Gefahrenzone und Fernblockade, und es ist nirgends gesagt, daß neue Dinge alten Gesetzen folgen müssen. Ebenso unwahr ist es, daß Neutrale in den Sperrgebieten „Waffen zur Verteidigung ihrer Rechte benutzen“ dürfen. Einmal haben sie in den Sperrgebieten überhaupt nichts zu suchen, dann aber bestimmt § 63 der Londoner Erklärung: „Der gewalttätige Widerstand gegen die rechtmäßige Ausübung des Anhaltungs-

Durchsuchungs- oder Beschlagnahmegerichtes hat in allen Fällen die Einziehung des Schiffes zur Folge“, und es ist doch klar, daß ein Schiff, das sich nicht wehren darf, auch keine Waffe zu führen berechtigt ist. Herr Wilson spricht, als ob es das amerikanische Gesetz von 1819 nicht gäbe, das den Widerstand von Handelsschiffen gegen Kriegsschiffe verbietet. Es kann nicht fehlen, daß diese gewalttätigen Perversionen der Tatsachen sehr bald einen großen Zwiespalt zwischen amerikanischer Regierung und Volk bringen müssen, denn das idealistisch angelegte amerikanische Volk kann es sich auf die Dauer nicht gefallen lassen, mit derartigen Scheingründen von seiner Regierung am Gängelbunde geführt zu werden.

Ist ein derartiges Umspringen mit der Wahrheit bedauerlich, so sind die Sätze, die auf den Eindruck in Deutschland und Oesterreich-Ungarn gemünzt sind, plump und verblendet. Wilson spricht gegen besseres Wissen, wenn er seine Landsleute glauben machen will, die Dynastien Hohenzollern und Habsburg führen den Krieg ohne volle Einmütigkeit mit ihren Völkern und aus selbststichtigen Motiven, und die Völker der Mittelmächte seien hinsichtlich der Kriegsziele betrogen, und plump und beleidigend ist der Zusatz, der sich an Oesterreich und Ungarn wendet, um es von Deutschland in dem Streit mit Amerika zu trennen. Auch die russische Demokratie wird sich durch die lobende Anerkennung dieses Praeceptor et magister mundi vernünftig kaum sehr geschmeichelt fühlen. Wilson schließt: „Amerika werde für die teuersten Güter kämpfen, nämlich für die Demokratie, die Rechte und die Freiheiten der kleinen Nationen“. Zu diesen Allgemeinheiten muß der Präsident seine Zusucht nehmen, weil sonst in Amerika wirklich niemand verstehen kann, wie man mit einem mäßigen Grad von Anstand und Verantwortungsgefühl mit Deutschland in Krieg kommen kann. Natürlich wird die Fiktion aufrechterhalten, daß Deutschland diesen Krieg angefangen habe, den kindlichen Seelen drüben hat man bei Beginn schon klargemacht, daß, wer den Krieg anfange, auch an ihm schuld sei. Auch sind die Worte Wilsons, „daß es Nationen gäbe, die zu stolz seien, um zu fechten“, zu neu, um schon ganz vergessen zu sein.

Trotzdem ist es nützlich, in einem Satz den Streitfall noch einmal niederzulegen. Er nimmt seinen Ausgang von der Note, die Amerika an uns bei der Torpedierung der „Sussex“ gerichtet hatte; alles, was vorher liegt, hat mit dem Streit nichts mehr zu tun. Auf diese Note hatten wir geantwortet, daß Deutschland die Regeln des Kreuzerkrieges zunächst befolgen werde, daß aber, falls es nicht gelänge, England von seinem ungesetzlichen Aushungerungskrieg abzubringen, wir vor einer neuen Situation stehen würden, die uns die Handlungsfreiheit wieder gäbe. Amerika hat nichts getan, um seinem Protest gegen diesen „ungesetzlichen“ Aushungerungskrieg Ausdruck zu geben, und so hat Deutschland das Sperrgebiet um England gelegt. Es wollte nur Waren sperren und nicht Reisende. Ob es mit dieser Sperrordnung im Recht war oder nicht, mußte nach der amerikanischen Doktrin schiebsrichterlich entschieden werden; statt dessen macht man Krieg, einen Krieg, so sehr es Herr Wilson auch leugnet, der „Revanche“ dafür, daß wir uns dem amerikanischen Diktat nicht fügen und des „Geltendmachers der physischen Kraft“. Die Amerikaner behaupten immer, so gute Sportsleute zu sein, aber die Regierung entblödet sich doch nicht, über Deutschland herzufallen, das bereits elf Gegner zu bekämpfen hat, ja sie tut es, vermutlich nicht trotzdem, sondern weil...! Stünde Wilson Deutschland allein Aug' in Auge gegenüber, so würde er schon die Hand von der Sache lassen, aber weil er glaubt, daß die Mittelmächte von der klaffenden Wunde gestützt und festgehalten

sind, meint er ungefährdet ihm den Fauststoß geben zu können und vergißt, daß es dabei doch leicht aufgerissene Seiten- und gefährliche Schenkelwunden gibt. Das bessere Empfinden des Volkes wird aber diesen Krieg schwerlich populär machen, und den Rückstoß wird Herr Wilson und die demokratische Partei anzukosten haben, so sehr auch die Republikaner mit in die Jagdhörner stoßen. Also man hofft auf eine leichte Beute, und von einem Einsetzen der Vereinigten Staaten-Armee ist in Wilsons Botschaft nicht die Rede.

Im Grunde der ganzen Aktion liegt aber neben einem gewissen berechtigten Handelsinteresse — denn der deutsche U-Boot-Krieg zerstört auch die andere Hälfte des von England unterbundenen amerikanischen Europahandels — doch letzten Endes die Furcht. Man sagt sich, daß einem Mitteleuropa, das mit zehn Segnern, darunter allen Großmächten der östlichen Welt, siegreich fertig wird, durch diese Tatsache selbst die Welt Hegemonie zufällt, daß dadurch der Niedergang des Anglosachsentums, dem Amerikas Blut, und Frankreichs, dem seine Sympathie und Ideologie gehört, besiegelt würde, und damit eine Isolation Amerikas eintreten müßte, die der Zukunft des Weltfriedens abträglich ist. Davon kann bei unseren Kriegszielen ja nicht die Rede sein, aber es ist bedauerlich, daß wir es nicht möglich gemacht haben, diese Kriegsziele mit solcher Deutlichkeit zu umschreiben, daß es für diese Verdrehungen keinen Raum gibt. Wilson fühlt aber, daß er unter allen Umständen gegenüber der Gefahr, die er so fälschlicherweise befürchtet, an der Schaffung des Friedens beteiligt sein muß. Man hat ihm unsererseits diesen Platz nicht einräumen wollen; so wird er jetzt erzwungen. Solange aber Amerika glaubt, daß diese eingebildete Gefahr eine wirkliche sei, solange wird man den Streit nicht auf sein ursprüngliches Gebiet wieder zurückschieben können. Dieses große Volk wird auf die Dauer einen nicht zu unterschätzenden Gegner abgeben, und nach Lage der europäischen Machtverhältnisse wird es von innen heraus eher zu überwinden sein als von außen. Deswegen müssen sich auch die Mittelmächte überlegen, ob sie nicht in gewissem Umfange dazu beigetragen haben, den allgemeinen Beschuldigungen der Unfreiheit der Völker, der Kauflust und Nichtachtung der Gesetze Nahrung zu geben; denn nicht die Dinge selbst, sondern, wie sie sich die anderen vorstellen, sind in der Politik das Entscheidende.

Da darf man doch sagen, daß gewisse Erscheinungen im Zweibund den amerikanischen Tiraden den Anschein, ich sage „Anschein“ der Berechtigung geben. Amerika ist ein demokratisches Land, welches die großen Entscheidungen der Selbstbestimmung der Völker vorbehalten will, es versteht nicht, wie es kommen kann, daß während des ganzen Krieges Oesterreich-Ungarn sich bei seiner Regierung mit einem Notparagrafen unter Ausschaltung der Volksvertretung behelfen muß. Die Entwicklung in Rußland scheint Preußen als die einzige Großmacht mit einer Klassenherrschaft zurückzulassen, und man versteht nicht, wenn England mitten im Kriege sein Wahlrecht völlig demokratisieren kann, daß solches bei uns so großen Widerstand findet. Amerikas Herz hängt an Veranstellungen, den Weltfrieden über ein Völkerbündnis auf Grund einer obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit sicherzustellen. Es hat seinerseits Schiedsverträge allen Nationen zu den verschiedensten Zeiten angeboten, und man sieht den Vorwurf der Kauflust und Gewalttätigkeit aus der Haltung der mittelstaatlichen Völker, die diesen Ideen kein sichtbares Interesse entgegenbringen, unter Führern, die es mit platonischen Bekenntnissen genug sein lassen. Es scheint daher

nötig, daß gerade für diesen Gedanken die Intelligenz Mitteleuropas sich einsetzt und daß für die Forderungen, die sich im Kriege erfüllen lassen, an Stelle der Versprechungen die Taten gesetzt werden. Niemals wird so viel versprochen, als wie in einem Krieg; Reden haben heute wenig Kredit, Taten wiegen!



**Für Österreich-Ungarn:**  
 Morgen- und Abendblatt mit täglich  
 einmaliger Vorkostenzahlung:  
 Monatlich . . . . . 4 K 40 h  
 Vierteljährig . . . . . 12 K - h  
 Halbjährig . . . . . 24 K - h  
 Ganzjährig . . . . . 48 K - h  
 Mit täglich zweimaliger Vorkostenzahlung:  
 Monatlich . . . . . 5 K - h  
 Vierteljährig . . . . . 14 K 50 h  
 Halbjährig . . . . . 29 K - h  
 Ganzjährig . . . . . 58 K - h

**Für das Ausland:**  
 Mit täglich einmaliger Vorkostenzahlung:  
 für Deutschland vierteljährig 16 K  
 für die andern Länder des Weltpost-  
 bezirkes 20 K  
 Bei den Postämtern vierteljährig:  
 in Deutschland Post 117, Schweiz  
 Nr. 13.30, Bulgarien Nr. 14.00

Inserate übernehmen alle Anzeigen  
 in- und ausländ. Anzeigenabteilung

51. Jahrgang.

## Die Schicksalsstunde der Sozialdemokratie.

Von Heinrich Friedjung.

Noch immer ist eine sichere Wertung der Folgen der russischen Revolution für die Weltlage nicht möglich geworden. Noch läßt sich nicht mit voller Klarheit abschätzen, ob der die Massen Rußlands durchwehende Friedenswille die Kraft haben werde, uns des Erwachens der Völkerversöhnung näher zu bringen. Die Grenzen des russischen Reiches sind durch Miljukow und seine Ministerkollegen für die Ausfuhr wahrhaftiger Berichte gesperrt, die Petersburger Telegraphenagentur überschwemmt die Welt mit Meldungen über die kriegsätzenden Beschlüsse von Vereinen und Versammlungen, deren Mitgliederzahl und Einfluß aus der Ferne nicht beurteilt werden können. Die wie Flugsand bewegte öffentliche Meinung des übrigen Europa ist während einiger Tage durch Gerüchte eines nahen oder gar eines abgeschlossenen Sonderfriedens aufgewühlt worden, gleich darauf aber ließ sie die Erwartung auf den Völkerfrühling enttäuscht fallen.

In diesem Hin- und Herwogen des öffentlichen Urteils steht eines fest: der Verlauf der Dinge in Rußland hat weder den schlimmsten Befürchtungen Mitteleuropas noch auch überschwenglichen Hoffnungen recht gegeben. Das Unerwünschteste wäre nämlich gewesen, wenn Nikolaus II. die Ratsschläge Englands befolgt und sich mit der kriegslustigen Mehrheit der Duma verständigt hätte, um das Volk noch mehr gegen Deutschland zu fanatisieren. Nikolaus lehnte die Versöhnung mit Miljukow und Gutschkow, die der englische Botschafter und Lord Milner dringend empfahlen, mit der Begründung ab: er könne sich nicht in die Hände der Feinde seines Thrones und seiner Dynastie geben. Die für uns größte Gefahr, daß der Zar sich auf das Schiff des blindwütigen Nationalismus hätte retten wollen, ist glücklich abgewendet.

Auf der andern Seite wieder lassen die Enthusiasten, von denen die russische Revolution als Beginn eines Zeitalters des Friedens begrüßt wurde, die Fittigel hängen, weil der Sozialismus nicht mit Sturmeseilen zum Siege gelangt ist, also der deutschen Nation nicht den Delzweig reichen konnte. Dieses allergrößte Glück hat sich ebensowenig eingestellt wie das Unheil eines Bundes der noch aufrechten Zarenmacht mit den nationalfanatischen Elementen des Bürgertums. Es ist vielmehr ein Mittleres eingetreten: die kriegslustige Dumamehrheit geht in den inneren Angelegenheiten gemeinsam mit dem sozialistischen Arbeiter- und Soldatenausschüsse vor, die Entscheidung dagegen über Krieg und Frieden wurde bis

## Polen und die russische Revolution.

Von Dr. Richard v. Krahl.

Welche Folgen die russische Revolution für das Innere Rußlands und für den Krieg haben mag, ist uns noch dunkel. Wird sich das Riesentum, dieser Popanz von Europa, auflösen in seine unzähligen disparaten Bestandteile? Werden die freundlichen Bundesgenossen dabei mithelfen und sich schadlos halten für anderweitige Verluste? Wird eine Föderativrepublik entstehen? Wird das Zartum wieder zur Macht kommen? Das alles wissen wir nicht. Nur das eine ist sicher, daß die Stoßkraft des Reiches nicht eben gewonnen hat wenigstens für den Augenblick nicht, und daß die Bande der Legitimität auch für diesen Augenblick zerrissen sind. Die Dynastie Oldenburg-Solstein, die man fälschlich Dynastie Romanow nennt, existiert nicht mehr, weder faktisch, noch rechtlich. Die Gewalt der Revolution hat sie weggefegt; die Dynastie selber hat in Form Rechtes abgedankt. Es gibt, wenn wir recht berichtet sind, heute keinen Prätexten der Legitimität. Die Rechtsbasis soll erst auf Grund des allgemeinen Stimmrechts hergestellt werden, ohne jede Rücksicht auf ältere Rechte, lediglich auf dem neuen Volkswillen beruhend. Es ist nicht unsere Sache, zu untersuchen, ob die Dynastie freiwillig oder gezwungen abgedankt hat; es ist nicht unsere Sache, zu erforschen, ob die Revolution im Namen des ganzen Volkes aufzutreten darf oder ob sie nur die Ueberrumpelung des Volkes durch eine gewinnlüstige Partei ist. Das müssen die Herren Russen unter sich selbst ausmachen. Ich freue mich nur, daß damit wenigstens ein Anfang gemacht ist, um die empörende Suggestion der Angst, die von Rußland ausgegangen ist, endlich allmählich zu brechen.

Keine Wirkung der russischen Revolution ist aber so wichtig, so bedeutend, keine geht uns so nahe und ist von unserem Standpunkt aus so sicher zu dirigieren, wie die Wirkung auf das von uns Mittelmächten gemeinsam eroberte Russisch-Polen. Dies Polen stand kraft der Wiener Verträge von 1815 rechtlich der Zarendynastie zu, zuerst in Union, dann infolge zweier unglücklicher Revolutionen in immer enger werdender Unterwerfung. Die Rechtsfrage, ob die Wiener Verträge durch all das noch in Kraft bestünden oder nicht, ist oft verhandelt worden. Sie war strittig, und wurde von uns mit vorzichtiger Loyalität behandelt. Die Proklamationen der beiden Mittelmächte vom 5. November 1916 haben nicht Polen annectiert, sie haben nicht mit Absetzung des Zaren von Petersburg eine neue Dynastie eingesetzt; sie haben lediglich die beiden Mittelmächte in dieser Beziehung selbst gebunden, in-

dem sie erklärten, seinerzeit, wenn es rechtlich möglich würde, nichts gegen die Selbständigkeit eines Königreiches Polen zu beabsichtigen. Eine Konstituierung des unabhängigen Königreiches war aber in legaler Weise nicht möglich, so lange die nur durch Kriegsgewalt faktisch gestörte Rechtsbasis des russischen Kaiserreiches bestand.

Das ist aber durch die russische Revolution ganz anders geworden. Es ist nicht so wie 1870 in Frankreich, wo an die Stelle des Kaisertums einfach die Republik trat, sondern hier in Rußland trat an die Stelle des Zarentums einfach das Nichts, das Chaos. Wenigstens rechtlich. Vielleicht hält das Meer zusammen. Vielleicht wird es den Anlaß zu einer Restauration der Monarchie geben. Aber heute hat Moskau oder Kiew oder irgend eine andere Hauptstadt dasselbe Recht wie Petersburg, sich eine eigene Verfassung zu geben. Die Finnen, die Ukrainer können sich für unabhängig erklären, ohne einen Eid zu verlegen. Dem slavischen Volksgeist ist der Begriff der Zentralisation ohnedies viel weniger eigen als den Franzosen; ihnen ist vielmehr der von Bakunin entwickelte theoretische Anarchismus von Natur eigen. Das Zarentum ist ein katarischer Einschlag.

Was die Petersburger, die Moskauer, die Kiewer vermögen, das können auch die Warschauer. Das heißt: es besteht nun nicht mehr der legale Rechtsboden, sondern ein Zustand, demgemäß ohne Verletzung einer moralischen Pflicht die Bevölkerung des ehemaligen Russisch-Polen sich eine definitive Verfassung geben kann und im Einvernehmen mit den beiden Mittelmächten eine Dynastie annehmen darf. Erst jetzt ist die Zeit dafür gekommen. Früher war es nicht möglich. Es dürfte aber eben jetzt der richtige Augenblick durch die Rücksicht auf all das gegeben sein, was sich sonst infolge der russischen Revolution in Rußland und auf der ganzen Welt begeben wird. Eine neue, auf dem allgemeinen Wahlrecht beruhende Petersburger Reichsversammlung braucht man nicht abzuwarten, sie ist für uns und für Polen nicht maßgebend. Selbst dann, wenn infolge einer Reaktion diese neue Versammlung das Zarentum wieder einführen sollte, geht das rechtlich uns und Polen gar nichts mehr an; denn es würde sich doch um ein neues, anderes Zarentum handeln. Das jetzige Zwischenreich kann nicht ungeschehen gemacht werden.

Die Vollendung eines neuen, bereits geplanten Königreiches Polen wird aber noch von anderer, weit über das engere Problem hinausragenden Tragweite sein. Bekanntlich ist der Weltkrieg ein Ideenkampf zwischen dem Gedanken der ordnungsvollen, allgerechten Monarchie und dem Gedanken der schrankenlosen Demagogie, die notwendig die Mammonarchie zur Folge hat. Unsere beiden Mittelmächte sind der einzige Damm gegen die schrankenlose Herrschaft des Mammons. Darum sucht die gegnerische Gruppe überall die sogenannte Demokratie zu stärken, darum jubelt sie über die russische Revolution, denn wenn man schon mit dem zaristischen Rußland gute Geschäfte machen konnte, so eröffnen sich in einer Scheindemokratie ohne jede Hemmung ungeahnte Perspektiven. Auch die Nationen, die nicht in den Kern der Sache sehen, lassen sich von den Schlagworten der Demagogie einfangen.

Es dürfte also im Interesse der durch die beiden Mittelmächte vertretenen Ideen der Ordnung, der Autorität, der Legalität, der sozialen Gerechtigkeit liegen, daß die polnische Frage in einer Weise gelöst wird, die diesen Ideen entspricht, die einen unblutigen Sieg dieser Ideen bedeutet. Als man vor mehr als einem Jahrhundert die polnische Frage unterschätzte, da brach über Europa das furchtbare Elend der französischen Revolutionskriege herein. Es steht geschichtlich fest, daß damals eine sachgemäßere Lösung der polnischen Frage sowohl die französische Schreckensherrschaft wie die Napoleonkriege unmöglich gemacht hätte.

Trotz einer geradezu seelenmörderischen Russifizierungspolitik gilt auch heute vom Polentum das, was Floßjan Ziemiakowski am 7. April 1867 an einen Historiker schrieb: „Wir sind Polen; dem Slaventum haben wir den Abschied gegeben, seit wir aus demselben hervorgetreten sind. Das polnische Volk kennt die Benennung ‚Slawe‘ nicht. Sowohl die Geschichte als auch die Zeitgenossen kennen uns nur unter dem Namen ‚Polen‘. Als wir in Europa nach den unglücklichen Kämpfen von 1831 und 1863 Zufluchtstätten suchten, wurden wir aufgenommen, weil Polens Verdienste Verdienste um die Menschheit waren. Der Masure, der Litauer, der Ukrainer fanden überall Mitgefühl; keineswegs als Slawen, sondern als Polen. Dies war der Name, der die Herzen bezauberte. Halten wir an diesem Namen fest und verzichten wir nicht auf unser Polentum, um nach Illusionen zu fischen!“ Zu diesen Illusionen gehörte ein großrussisches Reich mit Konstantinopel, darin auch Ungarn eine kleine Stelle eingeräumt war.

Ich würde all dies nicht schreiben, wenn ich nicht von Kennern der Verhältnisse hätte erfahren müssen, wie sehr in der letzten Zeit die Polen des Zarentums mehr noch unter der geistigen Suggestion von Petrograd her als unter brutaler Gewalt wie früher zu leiden hatten. Durch die russische Revolution ist die Gefahr der Suggestion noch gestiegen. Ebendarum muß sie gebrochen werden. Das ist möglicherweise entscheidend für den Ausgang dieses Krieges, der ja nur auf verderblicher Suggestion, auf dem Wahn, auf der Verkennung der tatsächlichen Kräfte und Werte beruht. Das allein ist es, was soeben Amerika auch in den Krieg treibt. Nur unsere reinen Absichten und Handlungen können den Wahn bannen, die dämonische Suggestion zerstören. Es ist nicht wahr, ihr da draußen, daß eure Ideen Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit heißen! Sie heißen: Geschäft, Ausbeutung, Bewucherung. Diesen Wahn müssen wir bei uns und bei den Gegnern bekämpfen. Dem Würdigsten wird Sieg und Preis.

Das Schicksal Polens, im rechten Augenblick von den Siegern und von den Befreiten geregelt, kann möglicherweise die lange gesuchte Entscheidung herbeiführen. Die Polen waren das Herz Rußlands, dessen vorgeschrittenste Nation. Ihr Beispiel kann vielleicht noch vor dem Zusammenritt einer Konstituante auf die Völker Rußlands, auf Finnland, auf die Ukraine usw. entscheidend wirken und so für immer die allzulange auf Europa lastende russische Gefahr bannen.

8. VII. 1917

101

## Bourgeoise und Proletariat im Weltkrieg.

Von Karl Renner.

Der imperialistische Raub hat den Freistaat und die freie Bourgeoisie von Nordamerika ergriffen und sein Deckmantel verhängt dort die Kriegsurache. Denn diese Bourgeoisie stand nicht unter absolutistischer oder feudaler Vormundschaft, sie kennt keine allmächtige Bürokratie noch eine herrschende Offizierskaste. Weder der Heimatboden noch das Heimatvolk war bedroht und um nichts ging der Streit als um das Recht und die Freiheit des Exports und der Schifffahrt innerhalb eines abgegrenzten Kriegsgebietes. Man kann nicht sagen, daß ein Volk ohne Ahnung der Kriegsschrecken in den Krieg hineingezogen worden ist. Der allgegenwärtige Film hat das Grausen der Menschenschlächtere durch viele Monate bis in die kleinsten Stadelungen ausgebreitet. Und damit der Gegensatz voll werde: Diese Bourgeoisie war durchaus und ehrlich pazifistisch veranlagt und hat eben erst einen pazifistischen Professor unter dem Stichwort „Friede und Wohlfahrt“ zu ihrem Präsidenten gewählt. Wie bei einem physikalischen Versuch scheint da das Problem in peinlicher Feinheit herausgearbeitet und von allen störenden Nebenursachen befreit. Kein absoluter, kein Zwangs-, kein Behörden-, kein Militärstaat, ja nicht einmal ein Militär; keine kriegerische Ueberlieferung, keine Erbfeindschaft; nicht der Schatten einer ernsthaften Bedrohung, keine Gefährdung anderer Leben als jener, die trotz Warnung die Gefahr suchen, und so wenige Leben im ganzen, daß sie gegenüber den Todesopfern eines einzigen Schlachttages nicht einmal zählen! Und trotzdem nimmt diese Bourgeoisie um einfacher Handels- und Seefahrtsinteressen, die im besten Falle nur sehr kurze Zeit beeinträchtigt werden und niemals dauernd beschränkt worden sind, den Krieg aus freien Stücken auf sich!

Und auch dort hat sich das Proletariat bis auf geringe und unernste Ausnahmen leidenschaftlich gegen den Krieg gewehrt, auch dort ohne Erfolg, obgleich ein Mindestmaß organisierter Gewalt ihm entgegenstand.

Es ist der imperialistische Raub der bourgeoisen Welt, der sein letztes großes Opfer geholt hat — es ist auf Erden keine kapitalistische Großmacht mehr, die außerhalb des Krieges stünde. Die Vereinigten Staaten waren ausersehen, die reinste Probe des Imperialismus zu liefern, und ihr Krieg ist frei von allen Beimischungen, die das Urteil verwirren könnten. Man wende nicht die Rassengemeinschaft der Nordamerikaner und der Engländer ein. Wir kennen viele Länder, in denen Rassengleichheit und Massennähe nicht das geringste bewirkt haben. In Wahrheit ist die anglikanische Bourgeoisie dies- und jenseits des Atlantischen Ozeans dieselbe Bourgeoisie, die seit langem in den gleichen Rechts- und Wirtschaftsformen lebt, die im Punkte der wirtschaftlichen Beherrschung der Welt und im Punkte der Seebeherrschung zuweilen rivalisiert hat, aber allezeit von der gleichen Auffassung beherrscht war, daß die See ihr gehöre. Oekonomisch läßt sich dieses Verhältnis so ausdrücken: England war bis zum Kriege in Amerika Mitaktionär, im Kriege hat sich dieser Anteil ausgeglichen, vielleicht sogar umgekehrt. Solche Gemeinschaften erzeugen Reibungen, bleiben jedoch nichtsdestoweniger sehr reale Gemeinschaften. Die anglikanische Bourgeoisie des Mutterlandes und über See in Nordamerika, Australien und Südafrika führt den Krieg um die wirtschaftliche Beherrschung der See und damit der Welt.

Daß diese letzte Phase des Krieges möglich war und eintrat, beweist vollends, wie tief und ganz die Welt vor dem Kriege bürgerlich war, wie sehr ihr die Bourgeoisie noch das Gepräge und das Gesetz gab und wie weit vom nah geschauten Ziele praktisch noch das Proletariat entfernt war.

Der Aposteleifer des Sozialismus hatte wohl die Geister schon mächtig erregt, aber die Idee war den tatsächlichen Machtverhältnissen weit vorausgeeilt wie immer. Sie hat eine soziale Kräfteverteilung vorausgenommen, die in den Dingen noch nicht war. Wohl wußten wir alle, daß der Bourgeois die herrschende, der Arbeiter die beherrschte Klasse sei, aber die volle Wucht dieses Beherrschenseins, des noch immer Beherrschenseins wird erst ganz offenbar darin, daß in dem freiesten Bande der Welt, in dem Hundertmillionenreich ohne Bürokratie und ohne Militarismus, der Kriegswille der schmaleren bourgeoisen Oberschicht triumphiert über die unendliche Mehrheit friedliebender Farmer und Arbeiter, triumphiert durch die meisterhafte Beherrschung der Maschinerie der öffentlichen Meinung allein.

Und an einem zweiten Kennzeichen verrät sich der bourgeoise Charakter des Zeitalters. Der Friedenswille des heldenhaften russischen Proletariats, sein revolutionärer Emanzipationskampf bewirkt die in der Geschichte vielleicht bedeutendste und folgenschwerste, die fast unentbar gehaltene Umwälzung, er stürzt den Zarismus und führt den Zaren Nikolaus in die Peter-Pauls-Festung. Was er aufbauen hilft, das ist vorläufig die Republik der russischen Bourgeoisie, deren imperialistische Wortführer am Tage nach der Revolution das Wort vom sofortigen Frieden in das vom Erdsteg umzuwenden suchen. Eine neue Potenz ist in die Geschichte eingeführt, die russische Bourgeoisie, die von nun ab unter eigenem Namen heischend auf der Tribüne der Welt auftritt, eine Bourgeoisie besonderer Geistigkeit, eine literarisch überheijte, in der Verschwörerromantik eines Jahrhunderts politisch herangereifte, große, selbstbewußte Bourgeoisie, deren Tatkraft nicht gelähmt, deren Gesichtskreis weder eingengt ist durch Kleinbürgerschranken noch durch

schöngeistige Behäbigkeit, die durch ihren langen Leidensweg allein schon befreit ist von allen Strupeln und Bedenklichkeiten. Was sich die Welt und was sich Rußlands Proletariat von ihr zu versehen haben, ist noch ungewiß.

Der Krieg hat so gründlich die hüllenden Decken von der Welt gerissen, daß er in einer kurzen Spanne Zeit die bourgeoise Staatsform, die repräsentative Republik oder parlamentarische Monarchie, zur vorherrschenden Verfassung gemacht hat vom Atlantischen bis zum Stillen und vom Stillen bis zum Atlantischen Ozean. Darin hat er sich als eine der Lokomotive der Geschichte erwiesen, darin hat er das Testament des Konvents vollstreckt. Und soweit scheint er politisch der Triumph des bourgeoisen und kapitalistischen Systems, daß er bei seinem Beginn den Vorboden aller späteren Gesellschaftsgestaltungen, die Internationalität des Proletariats und des Sozialismus, äußerlich zum Zerfall und innerlich zur Ohnmacht verurteilt hat. Die Welt genießt so den Segen des Kapitalismus und Imperialismus rein und voll!

Nicht erstaunlich und leider allzu begreiflich, daß tiefe Niedergeschlagenheit, Verzweiflung und Verwirrung viele Sozialisten ergriffen hat, daß die Unmenslichkeit eines solchen Krieges Herzen zerrissen und Gehirne zerstört hat. Und in der Tat, wer nicht bloß in Gedankensystemen lebt, sondern den Menschen selbst liebt, wie er leidet und schafft, und das Werk seiner Arbeit achtet, findet beim Anblick so vieler vernichteter Menschen und so vieler zerstörter Arbeit auch darin kaum einen Trost mehr, daß durch diesen Jammer hindurch der Weg zum Sozialismus führt. Das ist der bitterste Vorwurf wider den Imperialismus, daß er uns zu Bettlern macht, bevor wir frei werden sollen, daß er den ganzen stolzen Reichtum aus vieler Jahrhunderte Kulturarbeit in Schutt und Asche kehrt, auf daß wir den Boden in einer Art wilder Feldbrandwirtschaft neu urbar machen sollen. Das Proletariat war durch die stille Entwicklung der Wirtschaftskräfte berufen, in der Fülle der Zeit der Erde einer reichen Welt zu werden und Kulturstaaten zu höherer Kultur zu führen. Früher als zu seiner Zeit wird es nun berufen sein, bresthafte Völker, verschuldete Staaten und verarmte Volkswirtschaften in Pflegschaft zu nehmen!

Uns, die wir diese Katastrophe miterleben, dünkt ein armseliger Trost die Erkenntnis, daß der große äußerliche Triumph der bourgeoisen Welt zugleich ihren Zusammenbruch vorbereitet. Jederman begreift nun bei der jähen Ueberstürzung der Entwicklung, daß das Wort von der Konzentration des Kapitals, von der Proletarisierung der Massen, selbst von der Verelendung der Völker durch den Kapitalismus kein wages Schlagwort mehr ist. Selbst den auf ihre Kollegienhefte eingeschworenen Professoren wird es schwer werden, sich über die Verelendungs- und Katastrophentheorie vom Kapital hämisch auszulassen, von dem Segen des Kapitals und von der moralischen Erstickung durch den freien Wettbewerb zu predigen. Der Epilog, der dem Krieg in den Gerichtssälen aller Länder wird, überschreit alle Rathgeberweisheit.

Aber eine Freude, auf solche Weise recht zu behalten, ist es uns darum doch nicht!

Heute, wo sich alle bürgerlichen Vereinerungsarten in der Treibhaushitze des Krieges aufdringlich hervordrängen, ist es ein leichtes, sie zu veranschaulichen; sie sind gemeinverständlich geworden, ohne die Beihilfe einer erklärenden Lehre. Die von Ueberlieferungen geheiligte Grundrente wird sofort durchschaut, wenn der Verbraucher Sündenpreise für das



## Oesterreich-Ungarn und Amerika.

### Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Die österreichisch-ungarische Monarchie hat die diplomatischen Beziehungen zu der Regierung der Vereinigten Staaten abgebrochen. Für unsere Botschaft in Washington wurden die Pässe verlangt, dem hiesigen Geschäftsträger der Unionsrepublik Mr. Gre w wurden sie für sich, das diplomatische und Konsularcorps zugestellt. Damit endet vorläufig eine Staatenfreundschaft, die über ein Jahrhundert währte und über manche augenblickliche Erübnng hinweg immer wieder zu harmonischer Stimmung zurückkam. Der Weltkrieg hat auch dieses Opfer gefordert.

In der Stunde des Scheidens sind Vorwürfe von zweckloser Unhöflichkeit. Es mag

also genügen, in Kürze festzustellen, was den Bruch mit den Vereinigten Staaten verursacht hat. Unsere Leser wissen aus zahlreichen früheren Auseinandersetzungen, wie die Zentralstaaten von den Vereinigten Staaten von Nordamerika seit Ausbruch des Weltkrieges trotz aller Neutralitätsversicherungen immer feindseliger behandelt wurden, wie jedem Völkerverrechtsbruch Englands mit nachsichtiger Duldung, jeder erzwungenen Gegenwehr Deutschlands mit immer drohenderen Worten begegnet wurde. Bis endlich die Unionsregierung selbst den Bruch mit Deutschland herbeiführte und den Kongress den eingetretenen Kriegszustand mit Deutschland bestätigen ließ.

In treuem und unerschütterlichem Bundesgefühl hat Oesterreich-Ungarn aus diesem Verhalten Nordamerikas gegenüber Deutschland die logische Folgerung gezogen und die Beziehungen zur Unionsregierung abgebrochen. Die Bande, die uns mit Deutschland einen, lange vor dem Weltkrieg entstanden, durch ihn gehärtet und gestählt und unverleslich auch für die Zukunft gemacht, lassen keine Unklarheit aufkommen. Wir sind in allen Dingen mit unserm Verbündeten solidarisch, teilen mit ihm Freundschaften und Feindschaften, und Hoffnungen oder Versuche, eine andre Haltung Oesterreich-Ungarns hervorzurufen, waren und bleiben jederzeit hinfällig.

So haben wir auch, da Amerika Krieg gegen Deutschland führt, nicht länger freundschaftlichen Verkehr mit den Vereinigten Staaten aufrechterhalten können. Wir bedauern die Tatsache, aber sie wurde unvermeidlich durch die feindselige Haltung der Regierung der Vereinigten Staaten.

### Die offizielle Mitteilung.

Wien, 9. April. Infolge Eintritts des Kriegszustandes zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten von Amerika wurde der k. und k. diplomatische Vertreter in Washington angewiesen, von der Regierung der Vereinigten Staaten seine Pässe zu verlangen und mit dem Personal der Botschaft das Land zu verlassen. Dem hiesigen amerikanischen Geschäftsträger wurden die Pässe zugestellt.

Washington, 9. April. (Meldung des Neuterischen Bureaus.) Der österreichisch-ungarische Geschäftsträger hat seine Pässe verlangt.

während der Nacht lebhafter Handgranatenkampf. Im Priesterwald ziemlich heftiger Artilleriekampf. Nördlich von Arrancourt brachten französische Patrouillen Gefangene ein. In der Gegend von Van de Sapt tätigten die Franzosen bei einem Einbruch in die deutschen Linien nördlich von La Fontenelle dem Gegner Verluste zu.

## Die Revolution in Rußland.

### Eine Erklärung der provisorischen Regierung.

Petersburg, 11. April. Die Petersburger Telegraphenagentur veröffentlicht folgende Erklärung der provisorischen Regierung:

„Nach Prüfung der militärischen Lage des russischen Staates hat sich die provisorische Regierung dafür entschieden, um ihrer Pflicht gegen das Land zu genügen, dem Volk offen und direkt die ganze Wahrheit zu sagen.

Die jetzt gestürzte Regierung ließ die Landesverteidigung in einem Zustand schmerzlicher Unordnung. Durch ihre sträfliche Untätigkeit und ihre ungeschickten Maßnahmen brachte sie Unordnung in unsere Finanzen, in das Verpflegungs- und Transportwesen und in die Munitionsversorgung der Armee. Sie hat unsere ganze wirtschaftliche Organisation erschüttert.

Die provisorische Regierung wird mit lebhafter, tätiger Unterstützung des ganzen Volkes alle Kraft dazu verwenden, diese schlimmen Folgen des alten Regimes zu beseitigen. Aber die Zeit drängt. Das Blut zahlreicher Söhne des Vaterlandes ist im Verlaufe dieser langen 2½ Kriegsjahre reichlich geflossen. Trotzdem steht das Land immer noch einem mächtigen Gegner gegenüber, der ganze Länder unseres Staates besetzt hält und uns gerade jetzt, in den Geburtsstagen der russischen Freiheit, mit einem neuen entscheidenden Vorstoß bedroht.

Die Verteidigung unseres eigentlichen nationalen Vaterlandes um jeden Preis und die Befreiung des Landes vom Feinde, der über unsere Grenzen gedrongen ist, bildet die hauptsächlichste und wichtigste Aufgabe unserer Krieger, die die Freiheit des Volkes verteidigen.

Die provisorische Regierung überläßt es dem Willen des Volkes, in enger Gemeinsamkeit mit unsern Verbündeten alle den Weltkrieg und seine Beendigung betreffenden Fragen endgültig zu entscheiden, hält es aber für ihr Recht und ihre Pflicht, schon jetzt zu erklären, daß das freie Rußland nicht das Ziel hat, andre Völker zu beherrschen, ihnen ihr nationales Erbe wegzunehmen und gewaltsam fremdes Gebiet zu besetzen, daß es vielmehr einen dauerhaften Frieden auf Grund des Rechtes der Völker, ihr Schicksal selbst zu bestimmen, herbeiführen will. Das russische Volk erstrebt nicht die Steigerung seiner äußeren Macht auf Kosten anderer Völker, es hat nicht das Ziel, irgendein Volk zu unterjochen oder zu erniedrigen. Im Namen der Gleichheit entfernte es die Ketten, die auf dem polnischen Volke lasteten, aber das russische Volk wird nicht zugeben, daß sein Vaterland aus dem großen Kampf erniedrigt und erschüttert in seinen Lebensbedingungen hervorgeht.

Diese Grundsätze werden die Grundlage der äußeren Politik der provisorischen Regierung bilden, die den Volkswillen unfehlbar zur Ausführung bringt und die Rechte unseres Vaterlandes schützt, wobei sie die Verpflichtungen, die wir gegen unsere Verbündeten eingegangen sind, einhält.

Die provisorische Regierung des befreiten Rußland hat kein Recht, dem Volke die Wahrheit vorzuenthalten. Das Vaterland ist in Gefahr. Alle Kräfte müssen angespannt werden, um es zu retten. Möge das Land auf diese Wahrheit nicht mit unfrucht-

barer Niedergeschlagenheit, nicht mit einem Zustand der Entmutigung antworten, sondern mit Schwung, um einen einheitlichen nationalen Willen zu schaffen. Das wird uns neue Kräfte für den Kampf verleihen und wird uns das Heil bringen. Möge die Stunde harter Prüfung das ganze Land kräftig genug finden, um die eroberte Freiheit zu sichern und um sich unermüdbar Arbeit zu widmen zum Wohle des freien Rußland.

Die provisorische Regierung, die den feierlichen Eid abgelegt hat, dem Volke zu dienen, hat die feste Ueberzeugung, daß mit allgemeiner, bisher unbekannter Unterstützung aller und eines jeden sie selbst in der Lage sein wird, ihre Pflichten gegen das Land bis zum Ende zu erfüllen.

Gen.: Der Präsident des Ministerrates  
Fürst Lwow.

### Eine neue Rede Miljutows.

Petersburg, 10. April. Im Verlaufe der dritten Sitzung des Kongresses der Partei der nationalen Freiheit hielt Minister des Aeußern Miljutow eine Rede, in welcher er unter anderm sagte:

Erst jetzt habe ich begriffen, welche ungeheure organisatorische Rolle die Partei der nationalen Freiheit in dem Leben Rußlands zu spielen berufen ist. Nicht nur Rußland, sondern die ganze Welt hört auf die Stimme dieser Partei. Der Beschluß, den sie gestern bezüglich des Krieges angenommen hat, wurde von den Vertretern unserer Alliierten mit großer Begeisterung angenommen. Diese Entschliessung wird die Unruhe, die die ersten Tage der russischen Revolution in England und Frankreich erregt haben, vollkommen zerstreuen. Unsere Alliierten haben nunmehr die Sicherheit gewonnen, daß sie in dem demokratischen Rußland noch sicherere Verbündete besitzen, als in dem kaiserlichen Rußland.

Was den Krieg anlangt, gab Miljutow dem festen Vertrauen Ausdruck, daß der Sieg völlig gesichert sei. Diese Worte wurden mit begeistertem, langanhaltendem Beifall aufgenommen.

Miljutow charakterisierte hierauf die Tätigkeit der Parteien der Linken, wobei er,

brachte: — all dies erschien mir in Anbetracht

keine Maximen und Reflexionen, sondern be-

Anfänglich war ich freilich enttäuscht. Die

### Ein Kriegsziel, das nicht vergessen werden darf.

Wir kämpfen für einen dauerhaften Frieden. Er soll nicht nur uns auf Jahrzehnte hinaus eine ungestörte Kulturarbeit sichern, er soll auch Europa davor bewahren, über kurz oder lang wieder ein Brandherd zu werden, von dem aus die Funken überspringen können auf unser Vaterland. Wir brauchen den Frieden Europas, deshalb kann unser Kampf nur diesem Frieden gelten, und wir kämpfen in diesem Sinne für die Sache aller Völker Europas. Der Schlachtenleiter der drei Kriege, die zu Deutschlands Einheit führten, hat uns dieses schwere Ringen, in dem wir heute stehen, vorausgesagt. Wir würden es durchkämpfen müssen, so urteilte er, um zu bewahren, was wir gewonnen, um unsre Daseinsberechtigung als Großmacht und Weltvolk zu erweisen. Wie das starke Deutsche Reich 43 Jahre in Europa der Hort des Friedens gewesen ist, so sind wir der Meinung, daß unser Vaterland, wenn es diesen Krieg glücklich überstanden und die Grundlage erworben hat, auf der es, allen Neidern zum Trotz, weiterbauen kann zum Nutzen der Welt, auch dann wieder der Hort des Friedens werden wird. Unsre Sorge geht daher auf einen Frieden, der jene hindert, nochmals einen so gefährlichen Gang zu wagen.

Es ist nun schon recht viel darüber geredet und geschrieben worden, wie nach Osten und Westen hin unsre Grenzen beim Friedensschluß auszuweichen hätten. Auch auf die Forderungen, die wir in kolonialer Hinsicht zu stellen haben werden, ist schon mannigfach hingewiesen worden, und die Notwendigkeit einer Kriegsschädigung wird von Tag zu Tag mehr Gemeingut aller Kreise des deutschen Volkes. Dem rücksichtslosen Vernichtungswillen unsrer Feinde stellen wir unsern rücksichtslosen Siegeswillen entgegen und die Entschlossenheit, unbekümmert um das Wehgeschrei der betrübten Vohgerber beim Friedensschluß so für uns zu sorgen, daß wir ruhigen Gewissens nach dem Krieg wieder an unsre Kulturarbeit gehen können, ohne jeden Augenblick einen neuen Angriff befürchten zu müssen, der begünstigt wird, wie es bei dem Angriff im Jahre 1914 gewesen ist, durch die Unsicherheit unsrer Grenzen. Uns scheint aber, daß, wenn man bisher von Kriegszielen Deutschlands geredet hat, doch ein Kriegsziel vergessen worden ist, das unter keinen Umständen vergessen werden darf.

Der Feind unsrer Tage ist der Zehnerband; wir wissen sogar noch nicht, ob nicht ein elfter, zwölfter und dreizehnter Feind, ob nicht die Vereinigten Staaten, Brasilien und China der Liga gegen uns beitreten werden. Trotz alledem ist mit Recht so manches Mal betont worden, daß wir wohl viele Gegner hätten, aber nur einen einzigen Feind: England. Deutsch gesprochen: es ist nicht einzusehen, ob wir mit allen andern Staaten, die uns jetzt gegenüberstehen, nicht wieder über kurz oder lang auf den Fuß der sogenannten freundschaftlichen Beziehungen, des politischen Geschäfts, gelangen werden, der Kampf gegen England wird erst dann ein Ende nehmen, wenn einer der beiden Staaten physisch nicht mehr ringen kann. England oder wir. Wir werden unsern letzten Blutstropfen und den letzten Gedanken daransetzen, daß wir nicht diejenigen sind, die eines Tages bekennen müssen: wir können nicht mehr, gebt Frieden. Aber weil wir davon überzeugt sind, daß dieser große Kampf, der trotz der sonderbaren Mischung der Gegner ein Kampf des europäischen Festlands gegen die Seemacht England ist, zum Heil der Welt nur erden wird, wenn England unterliegt, haben wir allen Anlaß, über der eignen Sache nicht die Sache Europas zu vergessen. Vor uns hat sich — wiederum waren die Gegner sonderbar gemischt — Napoleon I. an diese Aufgabe der Niederringung Englands gewagt: rücksichtslos, unbändig und wild ist er deshalb seinen Weg gegangen, und erst so, wie er selber bekamte, ist er, der den Frieden der Welt, die Freiheit von Englands Tyrannei wollte, zum „Dämon des Kriegs“ geworden. Napoleon unterlag, England selber war für ihn unangreifbar. Nun England, die Insel, dank unsern Tauchbooten eine belagerte Festung geworden ist, deren Bezwingung jedenfalls im Bereich der Möglichkeit liegt, ist für den Gegner Englands auch die Aussicht auf den Sieg gestiegen, der Napoleon unerreikbaar war.

Das Kriegsziel, das, wie wir meinen, nicht vergessen werden darf, richtet sich gegen England, und es ist, bei Nichtbesehen, nicht nur ein Kriegsziel für uns, sondern auch für unsre Gegner, Frankreich, Italien, Rußland. Man nehme eine Weltkarte vor und betrachte die Polypematur des englischen Reiches. Den schwachen Leib und, dank der bisher für unüberwindlich gehaltenen britischen Armada, die tausend Saugnäpfe, die England überall in der Welt, an allen Erdteilen angeheftet hat, die Unzahl von Flottenstützpunkten, größern oder kleinern Niederlassungen, die überall in der Welt den englischen Stolz sprechen lassen können: *Civis Britannicus sum*, die überall in der Welt England die Oberaufsicht auf dem Meere gestatten, getreu der Forderung des alten Plut: „Ohne Englands Erlaubnis darf nirgendwo auf dem Meer ein Kanonenschuß abgefeuert werden.“ Das wichtigste Meer Europas, das Mittelmeer, die Hochstraße des Verkehrs mit Ostasien, ist in englischem Besitz durch Gibraltar und Malta: Gegen Frankreich waren diese beiden Stützpunkte gerichtet, und ohne Englands Erlaubnis könnten auch heute nicht die französische Mittelmeerflotte und die französischen atlantischen Geschwader sich vereinigen. Was die englische Aufsicht im Mittelmeer vermochte, was Malta, der vielumstrittene Gewinn Englands aus den napoleonischen Kriegen, für eine Bedeutung hat, das hat auch Italien erfahren vor seinem Eintritt in den Krieg gegen uns. Immer müssen Frankreich und Italien nach Englands Pfeifen tanzen, solange die Schlüssel zum Ausgang und Eingang des Mittelmeers in englischen Händen sind. Aber diese Pfortnerstellung Englands hat sich noch gefestigt im Laufe des Kriegs. Die Ionischen Inseln, einst englischer Besitz, dann aufgegeben,

sind heute wieder in englischen Händen. Auf Zypern sitzen die Engländer, wie sie ihren größten Anhang unter den Griechen auf Kreta haben, das doch auch als ein Bissen für England ausereichen sein könnte. Italien strebt nach afrikanischem Besitz, und Rußland wünscht zum wenigsten die Öffnung der Dardanellen. Aber wer sitzt vor dem Schatz, wie Fafnir der Drache? England! Auf den Inseln vor den Dardanellen haben die Briten sich häuslich niedergelassen.

Das ist ein Blick in die Ferne — wie steht es mit dem andern wichtigen Meer Europas, der Nordsee? Nicht anders. Wer sitzt in Calais? Wer möchte durch diese *pénétration pacifique*, wie der französische Fachausdruck lautet, den Brückenkopf auf dem Festland erlangen, den es in jahrhundertlangen Kämpfen nicht zu erringen vermochte und doch immer wieder anstrebte? England. Französische Stimmen haben im Verlaufe dieses Weltkriegs eindringlich genug so manchesmal auf diese englische Gefahr für Frankreich hingewiesen. Und hätten es die Engländer nur vermocht, sie sähen auch am Sund und sperrten den Weg in die Ostsee. England, überall England! Die Sache Europas ist hier in Gefahr; unter dem Deckmantel des Kriegs und der Bundesgenossenschaft hat der englische Polyp wieder einige Saugnäpfe mehr angeheftet.

Wir kämpfen für den Frieden Europas durch unsern Sieg. Darum lautet ein Kriegsziel, das unsrer Meinung nach nicht vergessen werden darf: England muß heraus aus Calais, muß herunter von den Ionischen Inseln, von Kreta und Zypern, von den Wachtposten vor den Dardanellen. Das ist die mindeste Forderung, auch Malta und Gibraltar schlossen wir gern in unsre Forderung ein. Sollen wir uns daran stören, daß wir nur mittelbar davon betroffen werden, daß England an diesen Stützpunkten sitzt, daß wir Frankreich, Italiens, Rußlands Geschäfte führen, wenn wir ein solches Kriegsziel aufstellen? Die Wichtigkeit dieses Ziels sollte auch für uns klar am Tage liegen. Hat doch der Verlauf des Kriegs es glücklich mit sich gebracht, daß Belgien, wie es geplant war in London, als englischer Brückenkopf auf dem Festland ausgeschieden ist. England ist der Feind nicht nur Deutschlands, sondern Europas. Die Entente wird nicht ewig dauern, ebensowenig ewig, wie der Bierbund und der ganze Zehnerband. Aber gerade darum, weil Europa befreit werden soll vom englischen Joch, sollten wir Deutsche, wenn wir von unsern Kriegszielen sprechen, dies eine nicht vergessen, das im Interesse Europas und der Welt nicht vergessen werden darf!

# idspost.

Tagblatt für das christliche Volk Oesterreich-Ungarns.

wöchentlich . . . . . K 4.50  
 vierteljährlich . . . . . 13.—  
 halbjährlich . . . . . 24.—  
 Für Oesterreich-Ungarn:  
 monatlich . . . . . K 5.—  
 vierteljährlich . . . . . 14.50  
 halbjährlich . . . . . 29.—  
 Bei täglich einmaliger Zustel-  
 lung (das Morgenblatt zugleich  
 mit der Nachmittagsausgabe des  
 vorherigen Tages) für auswärts:  
 monatlich . . . . . K 4.50  
 vierteljährlich . . . . . 12.—  
 halbjährlich . . . . . 24.—  
 Für Deutschland:  
 viertel. Kreuzbandf. K 18.—  
 und durch die Postämter laut dort  
 aufliegender Postzeitungsliste.  
 Käufer des Postpostreines:  
 viertel. Kreuzbandf. K 23.—  
 und durch die Postämter laut dort  
 aufliegender Postzeitungsliste.  
 Einzelpreise für auswärts:  
 Morgenblatt . . . . . 14 b  
 Sonn- und Feiertage . . . 16  
 Nachmittagsblatt . . . . . 6

ien, Freitag, den 13. April 1917

XXIV. Jahrgang

## sterschlacht in Nordfrankreich.

licher Angriffe. — 24 feindliche Flieger an einem Tag abgeschossen.  
 einander der Meinungen in Russland.

An der Front des Generalobersten Erz-  
 herzog Josef und bei der  
 Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls  
 Mackensen keine wesentlichen Ereignisse.  
 Mazedonische Front: Die Lage ist

bekräftigt und bestätigt wurde, hätte uns vermutlich das  
 ungeheure Kriegsleid erspart! Wenn man in Belgrad,  
 Rom und Bukarest die Dinge vorausgesehen, wenn man  
 in Petersburg, London und Paris unsere kraftvolle und  
 erfolgreiche Verteidigung, die unsere Angreifer zu immer  
 gigantischeren Anstrengungen zwingt und in ihrer Ver-  
 zweiflung zu immer neuen Bundesgenossenschaften flüchten  
 macht, vorausgesehen hätte, so hätte im Sommer 1914  
 niemand den Generalüberfall auf die verbündeten Kaiser-  
 mächte gewagt. Die furchtbare Verantwortun-  
 gung jener, die unermüdet mit fanatischer Wut  
 darauf aus waren, Oesterreich-Ungarn herabzusehen,  
 klein zu machen, in den Augen des Auslandes zu er-  
 niedrigen und der Verachtung auszuliefern, Kleinmut  
 und Schwarzseherei zu predigen, ist offenkundig.

Warum wir dies heute hier wieder einmal fest-  
 stellen? Weil das Wiener sozialdemokratische Organ,  
 dieser gewohnheitsmäßige Verkünder aller Oester-  
 reichischen, anknüpfend an die verschiedenen demo-  
 kratischen Äußerungen der letzten Zeit in der Umgebung,  
 wieder einmal tut, als stünde Oesterreich-Ungarn meilen-  
 weit hinter allen anderen Staaten in der politischen Ent-  
 wicklung zurück. Das Blatt denkt nicht „anders als mit  
 Scham“ an die Verhältnisse in Oesterreich, spricht von  
 „verbitterndem Unrecht an den breiten Massen“, von  
 „der falschen und irrtümlichen Spekulation, daß die  
 demokratische Welle bei Bodenbach Halt machen müsse“,  
 und versteigt sich zu den Ausrufen: „Wir wollen unter  
 den Völkern Europas keine Varias sein und werden es  
 nicht bleiben. Die hehren Gedanken der Freiheit und  
 Demokratie pochen an allen Türen und heischen ge-  
 bieterisch Einlaß. Auch hier wird der Wille entstehen,  
 der Raum schafft für die neue Zeit.“

Keine Varias sein! Dies heißt man doch  
 die Dinge zum Schaden Oesterreich-Ungarns auf  
 den Kopf stellen! Haben wir nicht demokratischere  
 Einrichtungen als alle, die jetzt ringsum mit ihrer Demo-  
 kratie pröckeln? Wo gibt es bei uns eine solche Recht-  
 losigkeit eines ganzen Volkes und Landes, das jener  
 Irlands auch nur vergleichbar wäre, Irlands mit seiner  
 anderthalbtausendjährigen Geschichte und Kultur? Wo  
 gibt es bei uns eine so allmächtige Despotie, wie sie der  
 Geldsack durch seinen Exponenten Wilson im „freien“  
 Amerika auszuüben vermag? Wäre es auch nur denkbar  
 gewesen, daß die Völker Oesterreich-Ungarns ohne  
 jeden anderen Grund, als weil etliche Munitions-  
 industriemagnaten für ihre Beute fürchten, sich in einen  
 Krieg stürzen ließen, wie es das „freie Volk“ Amerikas  
 sich gefallen läßt? Und die französische Republik — daß  
 Gott erbarm! Herrscht dort das Volk oder ein Klotz  
 von skrupellosen Geldleuten und Advokaten, von Be-  
 stechenden und Bestochenen? Und die „Freiheit“ in  
 Italien! Eine Freiheit der d'Annunzio und Mussolini,  
 Bissolati und Bärzel, des terroristischen Böbels und der  
 vom Ausland gekauften Sekzprelle! Das Volk hatte und  
 hat nichts zu sagen. Alle Tage bezeugt und beklagt es,  
 um einen Zeugen zu nennen, den auch das Wiener  
 sozialdemokratische Hauptorgan gelten lassen muß, der  
 Mailänder „Avanti“. Auch die Freiheiten, welche die  
 junge Demokratie in Russland der Bevölkerung wirklich  
 gewähren wird, müssen erst noch abgewartet werden.  
 Einstweilen scheint das russische Volk und scheinen die  
 vielen Völker Russlands noch recht wenig vom neuen  
 Glück zu spüren. Die zaristische Knechtschaft ist beseitigt,  
 aber dafür hat sich die Despotie der Miljukow, Rodzjanto,  
 Gutschkow und Genossen eingestellt. Wer Widerspruch  
 wagte, wurde niedergemacht oder kam in die Festung.  
 Einen Monat ist die neue Freiheit alt, aber die Duma,  
 die der Zar fallweise tagen und reden und raten ließ,  
 kann noch immer nicht zum Worte kommen, die Miljukow  
 und Genossen regieren, wie eben erst der Verkehrs-  
 minister Nekrosov auf dem Parteitage der Kadetten  
 selber zugegeben hat, einstweilen noch zaristischer als

### Verderbliche Schwarzmalerei.

Oesterreichische Demokratie und ausländische.  
 Wien, am 12. April.  
 So wie heute unsere Verbraucher für die falsche  
 Wirtschaftspolitik vor dem Kriege, wie sie aus Schwäche  
 gegenüber dem demagogischen Konsumentenrettergeschrei  
 an Stelle einer tatkräftigen zielbewußten Produktions-  
 förderung vielfach betrieben wurde, mit bittersten Ent-  
 behrungen büßen müssen, ebenso müssen unsere Krieger  
 alle die Lügen, Unwahrheiten und Uebertreibungen, die  
 vor dem Kriege eine unösterreichische Publizistik uner-  
 müdlich über unsere Monarchie in Umlauf setzte, mit  
 ihrem Blute bezahlen.

Eine Legion von Federn war rastlos  
 an der Arbeit, die Habsburgermonarchie herab-  
 zusehen, sie als eine Unmöglichkeit, als etwas Unhaltbares,  
 als ein dem unaufhaltsamen Verfall geweihtes, lebens-  
 unfähig gewordenes Mißgebilde zu schildern, dessen ein-  
 zeln Teile nur auf die günstige Gelegenheit lauerten, um  
 auseinanderzufallen und sich nach allen Windrichtungen  
 an die Nachbarn anzugliedern. Sooft irgend ein an  
 Schmökern geistig emporgespäpelter politischer Homunkel  
 oder irgend ein vertrockneter Lineal- und Konstruktions-  
 mensch am Studiertisch sich eine neue Theorie von  
 Oesterreich zurechtgeschneidert hatte, sooft sich  
 Oesterreich dann beharrlich weigerte, die ihm  
 von den verschiedenen Doctores Eisenbart  
 zugemuteten Rosturen zu versuchen, lautete die Diagnose  
 der Abgewiesenen unrettbar auf Kräfteverfall und Tod;  
 diese politischen Mediji gaben unermüdet den Geist  
 Oesterreichs auf, statt Rat und Hilfe gegen ihre eigene  
 Geistlosigkeit zu suchen. Einer dieser falschen Propheten und  
 publizistischen Tuiselmalers verstieg sich bis zum Urteil:  
 „Kadaver“!

Kein Wunder, wenn die feindliche Nach-  
 barschaft, die fort und fort solches  
 Rabengekrähe vernahm, schließlich ihre Vertegier nicht  
 mehr zu händigen vermochte und eines Tages von allen  
 Seiten über uns herfiel, um zur Inventarversteigerung  
 nicht zu spät zu kommen. Hätten die „Großherben“ und  
 italienischen Irredentisten, die Allrussen und Rumänen,  
 Briten und Franzosen gewußt, ein wie harter Knochen  
 dieses Oesterreich-Ungarn sei, sie wären nie in die Ver-  
 suchung geraten, ihre Zähne an uns zu wehen. Jene  
 Propaganda eines schwarzgalligen Pessimismus, jener  
 überall verbreitete Irrglaube an ein dem Verfall  
 nahes Oesterreich-Ungarn hat uns den Welt-  
 krieg mit all seinem unermeß-  
 lichen Weh gebracht; der Glaube an ein  
 starkes, mächtiges, wehrhaftes Oesterreich-Ungarn,  
 wie er jetzt durch die Erfahrungen dreier blutiger Jahre

# Zeitung

## gelehrten Sachen

M. 2.70 bei wögl. zweimalig. Zustellung. Durch die Post monatl. M. 2.50  
 vhr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellengesuche 50 Pf., Stellenangebote  
 Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. — Annahme  
 ochstr. 22-28, und in allen Geschäftsstellen des Verlages Ullstein & Co

Fernsprech - Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800,  
 11 801 bis 11 850, 15 280, 15 281 bis 15 291. Zentrum 8690

## Ungleiches Wahlrecht.

### Ungleiches Wahlrecht.

Nach den gewaltigen Bestrebungen des ganzen Volkes in diesem furchtbaren Kriege ist nach meiner Ueberzeugung für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr, so sagt der König in der Osterbotschaft, indem er zugleich erklärt, der Gesammtwille werde unmittelbare und geheime Wahl der Abgeordneten vorzusehen haben. Aus dem Umstand, daß das gleiche Stimmrecht nicht erwähnt wird, schließen manche Blätter und Parteiführer, die Regierung werde ein abgestuftes Stimmrecht vorschlagen, bei dem einzelne Gruppen von Wählern auf Grund besonderer Eigenschaften neben der Grundstimme eine oder mehrere Zusatzstimmen abgeben.

Wie stellt man sich das Mehrstimmrecht vor? Ehemalig bezeugte man dem Plan, das Wahlrecht nach Alter, Bildung, Besitz zu steigern. Bei der Verhandlung über die Wahlreformvorlage von 1910 wurde im Abgeordnetenschauspiel beantragt, unter gewissen Voraussetzungen Wähler, die das 30. Lebensjahr vollendet haben, mit erhöhtem Stimmrecht auszustatten. Aber die Vorstellung, daß der Mensch, wenn er schier dreißig Jahre alt ist, doppelt so viel Befähigung für öffentliche Angelegenheiten habe wie zuvor, findet in der Erfahrung keine Bestätigung. Der eine kann mit weniger Jahren ein ausgezeichneter Politiker und Staatsmann sein — der jüngere Pitt war mit 23 Jahren schon Kanzler der Schatzkammer —; der andere kann alt werden wie Methusalem und sein Leben lang ein verständnisloser Fremdling in allen Fragen des Staatslebens sein. Schon der alte Roscher hat treffend gesagt, in Ländern mit eingelebter Volksfreiheit und Bewegung reifen die Menschen auch politisch früher. In Deutschland jedenfalls ist für eine Abstufung des Wahlrechts nach dem Alter kein Raum; die Widersinnigkeit ihrer Wirkung würde sich bei jeder näheren Prüfung handgreiflich ergeben.

Nicht viel anders ist es um die Abstufung nach Bildung bestellt. Wer und was soll die Bildung bezeugen? Im Jahr 1910 wurde im Landtag vorgeschlagen, denen ein erhöhtes Wahlrecht zu geben, die „vor wenigstens zehn Jahren vor einer akademischen deutschen Behörde oder einer ähnlichen oder ähnlichen Behörde in Preußen eine Prüfung bestanden haben, zu deren Ablegung ein wenigstens dreijähriges Studium auf einer Universität oder einer sonstigen deutschen höheren akademischen Lehranstalt erforderlich ist.“ Daneben sollten noch verschiedene andere Gruppen Wähler als „Kulturträger“ anerkannt und bevorzugt werden. Aber wie viele haben sich nicht bei der Prüfung durch das Leben glänzend bewährt, die bei der Prüfung durch die Behörde durchgefallen waren? Und umgekehrt. Und wie viele sind nicht Helden ihres Berufs und ihres Volkes geworden, ohne je vor einem günstigen Prüfungsausschuss gestanden zu haben? Schon dazumal wurde darauf hingewiesen, daß ein Dichter wie Friedrich Hebbel nur Kirchspielschreiber sein sei, und daß Gerhart Hauptmann auch nicht das meiste Examen bestanden habe, er, der Träger des Nobelpreises, und daß auch Friedrich Schiller, der aus der Karlschule entlaufen war, in Preußen schwerlich den Anforderungen für das erhöhte Wahlrecht genügt hätte. Wie diese Merkmale einer „gehobenen“ Begabung für die Stimmabgabe sind gesucht und gekünstelt und führen zu unhaltbaren Unterscheidungen. Zudem hat selbst die „Kreuzzeitung“ im Jahre 1906 hervorgehoben, die Begünstigung der Bildung im Wahlrecht sei „rein plutokratisch, da ja auch die durch Staats-, Schul- und Fakultätsexamen nachgewiesene höhere Bildung in den meisten Fällen nur durch Wohlhabenheit der Eltern zu erreichen ist.“

Endlich die Abstufung nach dem Besitz — bedarf heute keiner näheren Widerlegung. Sie findet in diesem Augenblick kaum Fürsprecher. Auch auf eine Reihe anderer, wohl hergeholter Ideen zur Bestimmung der Gleichheit im Wahlrecht braucht nicht eingegangen zu werden. Vielmehr läßt sich über das Mehrstimmrecht zusammenfassend sagen:

„In der Theorie würde ein Pluralwahlrecht, welches im Stande wäre, jeden Wähler nach dem Maße seiner Bedeutung im wirtschaftlichen, geistigen und politischen Leben des Staats zu erfassen und sein Stimmgewicht nach diesem Wert des Wählers für das Staatswesen zu bemessen, der Forderung eines gerechten und vollkommenen Wahlrechts am

206

Wien, 13. April.

Die russische Revolution, hervorgerufen durch die Nöten des Weltkrieges, aber auch durch Ideen, welche seit vielen Jahrzehnten in der russischen Gesellschaft lebendig waren, hat naturgemäß vor allem ihre Kraft dazu benützt, das Bestehende zu stürzen. Denn in diesem Punkte waren sich die von nationalistischen Gedanken erfüllten konstitutionellen Demokraten einig mit den viel weiter linksstehenden Parteien, daß das alte Regime vom Schauplatz verschwinden müsse. So war es ja immer bei Revolutionen: in der Negation fanden sich alle Elemente, die zu einem Umsturze drängten, wenn es aber zur Durchführung eines positiven Programmes kam, trat sofort der tiefe Gegensatz zwischen den sogenannten gemäßigten Revolutionären und den radikalen Umsturzeuten zutage. Auch in Rußland zeigt sich jetzt dieselbe Erscheinung, wie wir sie bei den gewaltigen Umgestaltungen anderer Staaten kennen gelernt haben. Für die ganze Welt aber besteht das lebhafteste und das vitalste Interesse an der Frage, wie sich das neue Rußland zu der Wiederherstellung des Friedens verhalten wird. Verschiedene Kundgebungen liegen aus Petersburg vor, Kundgebungen, die klar die mannigfachen Strömungen in den augenblicklich maßgebenden Kreisen Rußlands erkennen lassen. Herr Miljulow, der Minister des Aeußern, hat noch vor einigen Tagen den Pressevertretern gegenüber Erklärungen gemacht, die darauf hinausliefen, daß die Zerkümmernng der Türkei und die Aufteilung der habsburgischen Monarchie die Kriegsziele des neuen Rußlands seien. Aus dem Munde des Herrn Miljulow, der ein Exponent Englands ist, konnten solche Reden nicht wundernehmen. Wenige Tage später kündigte der Justizminister, Herr Kerenski, der Vertrauensmann der russischen Arbeitspartei, an, daß die russische Regierung eine Erklärung abgeben werde, wonach Rußland einen Frieden ohne Eroberung abzuschließen bereit wäre. Kurz darauf haben die augenblicklichen nominellen Machthaber in Petersburg das Wort ergriffen und auch sie schlugen nicht jene Töne an, die der unbedingte Anhänger Englands, Herr Miljulow, hören ließ. Das Manifest der russischen Regierung, welches der Ministerpräsident Fürst Drow unterzeichnete, mag wohl in manchen Punkten zweideutig und dunkel erscheinen. Allein, zwischen diesem Dokumente und den hochtrabenden Erklärungen des Herrn Miljulow läßt ein schreiender Widerspruch. Es ist schon auffallend, daß die Lage Rußlands mit einer geradezu verblüffenden Offenheit geschildert, daß die Anarchie im Transporte und Verpflegswesen zugegeben wird — selbstverständlich infolge des Verschuldens der

früheren Regierungen. Eine solche Vorrede konnte unmöglich ein politisches Kapitel einleiten wie das, welches Herr Miljulow geliefert hat. In der Tat spricht das Manifest des Fürsten Drow nicht von konkreten Kriegszielen, sondern es bewegt sich in mehr allgemein gehaltenen Redensarten, aus denen die Eroberungsscheu des neuen Rußland hervorgeht. Soweit man bei der jetzigen verworrenen Lage die russischen Dinge beurteilen kann, darf man annehmen, daß die Mehrzahl der Männer, die das heutige Rußland regieren, einen ehrenvollen Frieden wünschen. Der Arbeiter- und Soldatenausschuß aber geht noch weiter und verlangt die sofortige Einleitung von Friedensverhandlungen. Diese Ideen stimmen überein mit den Gedanken, die der deutsche Reichskanzler und Graf Czernin in jüngster Zeit entwickelt haben. Kein Eroberungskrieg und Zusammentritt einer Friedenskonferenz. Zum ersten Male seit Ausbruch des Weltkrieges nähern sich die Auffassungen von Staaten, die bisher im Kampfe gestanden sind. Es ist wohl verständlich, daß Herr Miljulow versucht, Dämme gegen die Friedensströmung, die im russischen Volke Platz gegriffen hat, aufzurichten und daß die englische Diplomatie ihm bei diesem Bemühen nach Kräften behilflich ist. Allein es wird wohl schwer sein, die Flut, die im Steigen begriffen ist, aufzuhalten, und die Tatsache kann nicht geleugnet werden, daß berufene Vertreter des russischen Volkes heute auf einem Standpunkte stehen, der mit dem des Herrn v. Bethmann Hollweg und des Grafen Czernin nicht vereinbar ist.

Die britische Diplomatie indessen versucht noch immer in Rußland den Glauben wachzuhalten, als ob die Zentralmächte den Krieg weiterführen wollten, um den Zarismus wieder aufzurichten. Wir begreifen ganz gut, daß England zu solchen Mitteln greift, um Rußland noch weiter für die Interessen Großbritanniens bluten zu lassen. Allein, wir glauben nicht, daß irgend jemand in der Welt wirklich der Meinung sein könnte, Oesterreich-Ungarn und Deutschland würden die furchtbaren Opfer dieses ungeheuren Krieges weiter tragen, um die Gestaltung der inneren Angelegenheiten Rußlands zu bestimmen. Nichts liegt uns ferner, als das Blut unserer Söhne zu vergießen, damit in Rußland diese oder jene Regierungsform zur Herrschaft gelange. Für diesen Zweck werden wir auch nicht einen Mann und auch nicht einen Heller opfern. Wir zogen in den Krieg, weil man es versuchte, uns in unserem eigenen Hause nicht zur Ruhe kommen zu lassen, aber wir werden den Krieg nicht weiter fortführen, um in einem fremden Hause mitzusprechen. Die Ideen aber, welche der Reichskanzler und Graf Czernin in jüngster Zeit zum Ausdruck gebracht haben, stehen nicht mehr im schroffsten Gegensatz mit den Erklärungen der